Hakenkreuz und Totenkopf

Die Partei des Verbrechens

K. Pätzold / M. Weißbecker

tb

BÖRGERMOOR
NEUENGAMME
ESTERWEGEN
RAVENSBRÜCK
BERGEN-BELSEN
SACHSENHAUS
DORA-NORDHAUSEN
BUCHENWALD
THERESIENSTAD
FLOSSENBÜRG
NATZWEILER
DACHAU
MAUTHAU

STUTTHOF

TREBLINKA

CHEŁMNO

SOBIBÓR

ROSSROSEN

MAJDANEK

BEŁŻEC

AUSCHWITZ

EN

SEN

Konzentrationslager 1933–1945

K. Pätzold/M. Weißbecker · Hakenkreuz und Totenkopf

Kurt Pätzold/Manfred Weißbecker

Hakenkreuz und Totenkopf

Die Partei des Verbrechens

Mit 52 Abbildungen und 1 Karte

VEB Deutscher Verlag
der Wissenschaften · Berlin 1982

Die Kapitel 1–4, 13–16 wurden von M. Weißbecker, die Kapitel 5–12 von K. Pätzold verfaßt.

Bildvorlagen stellten freundlicherweise zur Verfügung:
J. Heartfield-Archiv, Berlin; Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Zentrales Parteiarchiv; Museum für Deutsche Geschichte, Berlin; Zentralbild, Berlin
Die Einbandgestaltung erfolgte unter Verwendung der Fotomontage von J. Heartfield „Blut und Eisen".

Verlagslektor: Christa Fritsch
Verlagshersteller: Lothar Pohl
Einbandgestaltung: Rudolf Wendt

DDR 1080 Berlin, Postfach 1216
Lizenz-Nr. 206·435/167/82
Printed in the German Democratic Republic
Druckerei: Offizin Andersen Nexö Leipzig, Betriebsteil Hildburghausen
LSV 0269
Bestellnummer: 571 000 6
DDR 11,80 M

Die imperialistische Kapitalistenklasse überbietet als letzter Sproß der Ausbeuterklasse die Brutalität, den unverhüllten Zynismus, die Niedertracht aller ihrer Vorgänger. Sie wird ihr Allerheiligstes, ihren Profit und ihr Vorrecht der Ausbeutung, mit Zähnen und mit Nägeln, mit jenen Methoden der kalten Bosheit verteidigen, die sie in der ganzen Geschichte der Kolonialpolitik und in dem letzten Weltkriege an den Tag gelegt hat. Sie wird Himmel und Hölle gegen das Proletariat in Bewegung setzen. Sie wird das Bauerntum gegen die Städte mobil machen, sie wird rückständige Arbeiterschichten gegen die sozialistische Avantgarde aufhetzen, sie wird mit Offizieren Metzeleien anstiften, sie wird jede sozialistische Maßnahme durch tausend Mittel der passiven Resistenz lahmzulegen suchen, sie wird der Revolution zwanzig Vendéen auf den Hals hetzen, sie wird den äußeren Feind, das Mordeisen der Clemenceau, Lloyd George und Wilson als Retter ins Land rufen – sie wird lieber das Land in einen rauchenden Trümmerhaufen verwandeln als freiwillig die Lohnsklaverei preisgeben.

Aus dem Programm
der Kommunistischen Partei Deutschlands,
angenommen am 31. Dezember 1918
auf dem Gründungsparteitag der KPD

Aber welche Maske der Faschismus auch aufsetzen, in welchen Formen er auch auftreten und auf welchem Wege auch immer er zur Macht gelangen mag,

der Faschismus – das ist die grausamste Offensive des Kapitals gegen die werktätigen Massen;

der Faschismus – das ist der zügelloseste Chauvinismus und Raubkrieg;

der Faschismus – das ist die wütende Reaktion und Konterrevolution;

der Faschismus – das ist der schlimmste Feind der Arbeiterklasse und aller Werktätigen!

Aus der Rede Georgi Dimitroffs
vor dem VII. Weltkongreß der
Kommunistischen Internationale 1935

Inhalt

Vorwort

Ein Vierteljahrhundert existierte die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP). Ihr Name war in jedem seiner Bestandteile verlogen und in betrügerischer Absicht gewählt. Diese Partei war weder dem Charakter ihrer Ziele noch ihrer sozialen Struktur nach eine Arbeiterpartei. Sie wurde als ein Instrument des Kampfes gegen die Bestrebungen der Arbeiterklasse geschaffen. Diese Partei war keine Partei des Sozialismus. Sie kämpfte seit ihrer Gründung mit allen Mitteln des Terrors und der Demagogie gegen den Sozialismus, vor allem gegen dessen revolutionären Wegbereiter, die Kommunistische Partei Deutschlands, und gegen den ersten sozialistischen Staat, die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, den die reaktionärsten Monopolherren und Militaristen Deutschlands als größtes Hindernis für ihren Plan der Schaffung einer weltweiten Vorherrschaft betrachteten. Die NSDAP trat nicht für die nationalen Interessen des deutschen Volkes ein. Sie setzte seine geschichtliche Existenz und – mehr noch – selbst sein physisches Dasein für antinationale, imperialistische Ziele aufs Spiel.

Die NSDAP stellte einen wesentlichen Teil des internationalen Faschismus dar. Dieser formierte sich am Ende des ersten Weltkrieges, als die Herrschaft des Kapitalismus auf dem Erdball nicht mehr ungeteilt war, weil in Rußland die Große Sozialistische Oktoberrevolution gesiegt hatte. Damals kämpften auch in anderen europäischen Staaten mächtige Bewegungen der Arbeiterklasse und der anderen werktätigen Massen unmittelbar für den Sturz der Herrschaft des Kapitals. In diesem geschichtlichen Augenblick erhöhte sich die Nachfrage aller nationalen Fraktionen des Weltkapitals nach neuen, verläßlichen Sicherungen ihrer Macht, nach Rettern vor dem Sturz in den Abgrund. Dieses konterrevolutionäre Bedürfnis ließ neue politische Organisationen entstehen. Zu ihnen gehörten die faschistischen Parteien.

In jener Situation aufs äußerste zugespitzter Klassenkämpfe suchte sich die NSDAP – zunächst im Deutschen Reich eine unter anderen reaktionären Organisationen, deren Namen wie die ihrer Führer heute zumeist längst vergessen sind – einen politischen Platz zu erobern und in die Struktur der herkömmlichen bürgerlichen Parteien einzubrechen. Mit diesen hatte sie das reaktionäre Klassenwesen, den unbändigen Haß auf die Arbeiterklasse und deren revolutionäre Führung, die fortschritts- und volksfeindliche Programmatik gemein. Von ihnen unterschied sie sich vor allem in Fragen der politischen Taktik, der Skrupellosigkeit und Bestialität ihrer Kampfführung, des abenteuerlich-terroristischen Extremismus und auch der Beschaffenheit ihres militanten Antikommunismus, ihrer chauvinistischen, rassistischen und pseudosozialistischen Ideologie.

Die NSDAP erzielte rasch Anfangserfolge vor allem deshalb, weil eine besonders reaktionäre, abenteuerliche und militaristische Fraktion des deutschen Monopolkapitals auf die baldige Vernichtung der Weimarer Republik drängte und zur direktesten Vorbereitung eines Revanchekrieges trieb. Von dieser monopolkapitalistischen Gruppierung wurden auch die NSDAP und deren Führer als brauchbar erkannt und allseitig, materiell und ideell, gefördert. Schon 1923 waren sie daher an dem konterrevolutionären Putsch in München führend beteiligt, der jedoch scheiterte. Sechs Jahre später, als mit dem Ausbruch der Weltwirtschaftskrise 1929 die Herrschaft des Kapitals vor allem in Deutschland erneut tief erschüttert wurde und einflußstarke Kräfte der herrschenden Klasse zugleich den Weg zur forcierten Aufrüstung für den zweiten Weltkrieg zu öffnen suchten, konnte sich die NSDAP im gesamten Gebiet des Deutschen Reiches zu der bürgerlichen Partei mit dem größten Masseneinfluß entwickeln. Immer mehr Monopolherren hielten diese Partei für am besten oder doch am ehesten geeignet, die politischen, ökonomischen und militärischen Voraussetzungen und Bedingungen für den neuen Krieg zu schaffen, der die Ergebnisse des ersten Weltkrieges revidieren und zugleich um die Weltherrschaft des deutschen Imperialismus und Militarismus geführt werden sollte.

Anfang 1933 wurden einige Führer der NSDAP in die Reichsregierung lanciert und eine faschistische, offen terroristische Diktatur errichtet. In ihr erhielt die NSDAP binnen kurzem das absolute parteipolitische Monopol. Sie konnte sich als einzige Partei der deutschen Monopolbourgeoisie durchsetzen, weil sie nach innen wie nach außen ein extrem reaktionäres imperialistisches Programm verfocht, weil sie

es wie keine andere der zahlreichen bürgerlichen Parteien verstanden hatte, ihre abgrundtief volksfeindlichen Absichten zu verbergen und – wenn auch nicht die Mehrheit – so doch bis Anfang 1933 etwa zwei Fünftel der erwachsenen deutschen Bevölkerung für sich einzunehmen und sie als mehr oder weniger blinde, gehorsame Gefolgschaft zu formieren.

Zwölf Jahre später, im Frühjahr 1945, als die Armeen der Antihitlerkoalition Europa und auch das deutsche Volk vom Faschismus befreit hatten, galt selbst vielen Anhängern und Wählern der faschistischen Partei der Name NSDAP bzw. die gebräuchlichere, abwertende Bezeichnung „Nazipartei" als ein Fluch – ausgestoßen zwischen zertrümmerten Wohn- und Fabrikationsstätten, in Kriegsgefangenenlagern, in Trecks der Umzusiedelnden und an vielen Gräbern vor allem junger deutscher Menschen, denen der Faschismus mit Millionen Einwohnern aller europäischen Staaten das Wertvollste geraubt hatte, das Leben. Für viele Überlebende wurde der Fluch aber zum Schwur und Kampfruf. Sie nahmen die Parolen „Nieder mit dem Faschismus" und „Nie wieder Faschismus" auf – Losungen, die Kommunisten und andere antifaschistische Streiter beseelten und unter denen sie opfer- und todesmutig für den Sturz der Hitlerdiktatur sowie für die Schaffung neuer gesellschaftlicher Verhältnisse gekämpft hatten.

Dieses Buch wurde in der Absicht geschrieben, zu den antifaschistischen Bestrebungen der Gegenwart beizutragen. Das heißt auch: für die Autoren besitzen die nazifaschistischen Organisationen und Personen, von denen auf den folgenden Seiten die Rede sein wird, kein selbständiges historisches Interesse. Wie der Faschismus im Deutschen Reich entstand, welche sozialen und politischen Verhältnisse seinen Aufstieg und zeitweiligen Sieg ermöglichten oder begünstigten, wie sich monopolkapitalistische Interessen in nazifaschistischer Politik umsetzten und durch sie realisierten, wie es dem Faschismus gelang, Millionen Deutsche, Angehörige aller Klassen und Schichten, für seine verbrecherischen Ziele zu mobilisieren und damit gegen deren eigene Lebensinteressen agieren zu lassen, wie das faschistische Führer-Gefolgschafts-Prinzip bis in die Agonie dieses imperialistischen Herrschaftssystems aufrechterhalten werden konnte und welche Rolle in allen diesen Belangen die NSDAP, ihre Politiker und Organisationen spielten – das sind die Fragen, welche die Verfasser in einer ersten zusammenfassenden marxistischen Abhandlung zu beantworten versuchen.

In dem Maße, wie die nazifaschistische Partei im Deutschen Reich an Einfluß gewann, vor allem seit 1929/30, und mehr noch seit sie das parteipolitische Monopol besaß, verflocht sich ihr unheilvolles Wirken mit der gesamten deutschen Geschichte. Daraus ergab sich die Notwendigkeit, wenn auch in aller durch den Umfang eines Taschenbuches diktierten Kürze, auf allgemeine historische Prozesse einzugehen. Dennoch durften und wollten die Verfasser ihr Vorhaben nicht in eine umfassende Darstellung der Klassenkämpfe jener Zeit ausufern lassen. Wer sich über diese informieren will, dem stehen viele Mittel zu Gebote, vor allem der „Grundriß der deutschen Geschichte" (Berlin 1979), die kontinuierlich wiederaufgelegten und neubearbeiteten Lehrbücher der deutschen Geschichte (Beiträge) für den Zeitraum 1917 bis 1945 und weitere Publikationen marxistisch-leninistischer Historiker.

In diesem Buch konnte auch keine annähernd vollständige Vorstellung von jenen unerschrockenen Kämpfen gegeben werden, die in erster Linie von der Kommunistischen Partei Deutschlands getragen und geführt wurden, die den Sieg des Faschismus in Deutschland verhindern und – später – den Sturz der faschistischen Herrschaft durch das deutsche Volk selbst herbeiführen sollten. Jedoch werden die vielfältigen Veröffentlichungen zur Geschichte der Kommunistischen Partei Deutschlands und des antifaschistischen Widerstandskampfes, darunter vor allem die unlängst erschienenen Bücher „Geschichte der SED – Abriß" (Berlin 1978) und die Ernst-Thälmann-Biographie (Berlin 1979), jenen Lesern Fragen an die Geschichte gründlicher und beweiskräftiger beantworten, von denen hier nur kurz berichtet werden konnte.

Das vorliegende Buch gibt ein Zwischenresultat von Forschungen. Zu manchen Zeiträumen und Details des verbrecherischen Wirkens der nazifaschistischen Partei sind noch weitere und eingehendere Forschungen notwendig. Das gilt insbesondere für die Rolle der NSDAP in jenen Jahren, als der Faschismus an die Macht gebracht worden war, und es trifft wiederum vor allem auf die Jahre des zweiten Weltkrieges zu. Sehr unterschiedlich ist der Forschungsstand auch im Hinblick auf die Spezialorganisationen der NSDAP. Es war schließlich das geschilderte politische Anliegen dieses Buches, das Verfasser und Verlag dazu bewogen hat dennoch Ergebnisse neuer wissenschaftlicher Untersuchungen nicht abzuwarten.

Die Autoren danken den Kollegen des Zentralen Staatsarchivs der

Deutschen Demokratischen Republik sowie Mitarbeitern anderer Archive und Bibliotheken für ihre freundliche Unterstützung, den Professoren Wolfgang Schumann, Walter Wimmer und Olaf Groehler für wertvolle Anregungen und Hinweise, die die Arbeit am Manuskript gefördert haben. Zugleich bekunden sie ihr Interesse, Meinungen und Kritiken zu erfahren, die der weiteren Erforschung der Geschichte des Faschismus in der Absicht dienen wollen, diese Geißel der Menschheit für immer zu beseitigen.

Berlin/Jena, März 1980

1. Kapitel

Eine faschistische Partei wird geboren

Unbemerkt von der Öffentlichkeit entstand am fünften Tag des Jahres 1919 in der Hinterstube eines kleinen Münchener Gasthauses eine Partei – eine der vielen neuen Organisationen des Faschismus[1], aber eine, die diesem später das parteipolitische und ideologische Siegel des verbrecherischen Nationalsozialismus aufprägen sollte. Ihr Name lautete „Deutsche Arbeiterpartei" (DAP); ihr Vorsitzender hieß Anton Drexler, ein nationalistisch und antisemitisch beeinflußter Stehkragenproletarier. Der Vorgang an sich schien banal und zufällig, ein Vorfall und alles andere als ein Ereignis von geschichtlicher Bedeutung. Und dennoch: in ihm kam mehr zum Ausdruck als kleinbürgerliche Vereinsmeierei und bloßer Hintertreppenspuk. Hier fanden sich Kräfte zusammen, die auf ihre Weise Notwendigkeiten und Möglichkeiten in der weiteren Entwicklung der deutschen Bourgeoisie beim Übergang vom verlorenen imperialistischen Krieg zum imperialistischen Frieden sowie für den Kampf der Konterrevolution gegen die deutsche Arbeiterbewegung, gegen alle revolutionären und wirklich demokratischen Kräfte widerspiegelten. Ihre allerersten Forderungen lauteten:

- „Adelung des deutschen Arbeiters ... als ein dem Mittelstande gleichgestellter Staatsbürger",
- „Resolute Aufklärung unter den Arbeitermassen über den Verrat ihrer undeutschen (d. h. kommunistischen und sozialdemokratischen, d. Vf.) Führer" und
- „unermüdliche Pflege des nationalen Gedankens".

Sie gipfelten in der Warnung vor einem „Zusammenbruch der deutschen Wirtschaft", falls die von der revolutionären Arbeiterbewegung und breiten Schichten des werktätigen Volkes in der Novemberrevolution 1918/19 angestrebte Sozialisierung, die Vergesellschaftung der

wichtigsten Produktionsmittel, durchgesetzt werde. Drexlers „Richtlinien" für die Arbeit der DAP schlußfolgerten daraus, das „Großkapital" sei „als Brot- und Arbeitgeber zu schützen", verbunden allerdings mit der verschwommenen Einschränkung, es dürfe „rücksichtsloseste Ausbeutung des Arbeiters diesem ein menschenwürdiges Dasein" nicht unmöglich machen.[2]

Bereits in ihren Anfängen ließ die DAP den geschichtlichen Hintergrund erkennen, den Schoß – um mit Bertolt Brecht zu sprechen –, „aus dem das kroch"; damals. Drexler und, etwas später, auch Hitler machten sich für ihr Konzept grundlegende strategische und taktische Interessen der herrschenden Klasse des imperialistischen Deutschlands zu eigen. Sie bildeten mit ihrer Partei von ihrer Entstehung an einen, wenn auch zunächst sehr kleinen, bescheidenen Teil des großen Geflechts bürgerlicher Organisiertheit. Die konkrete Situation des Klassenkampfes, die Lage des im ersten Weltkrieg gescheiterten deutschen Imperialismus und Militarismus, die unterschiedlichen taktischen Varianten der einzelnen Teile der herrschenden Klasse sowie die unermüdlichen Versuche, die Ergebnisse des Krieges und der Novemberrevolution rückgängig zu machen, selbst um den Preis eines neuen Krieges – all das bildete den Boden, auf dem sich der deutsche Faschismus formieren konnte. Objektive Bedingungen und eindeutig zu erkennende gesellschaftliche Kräfte forderten und förderten die Entstehung faschistischer Organisationen. Ein ganzes Bündel von Faktoren mit unterschiedlichem historischem Gewicht begünstigte die Entstehung der DAP ebenso wie ihren späteren „Aufstieg" als NSDAP zur größten und profiliertesten Organisation des deutschen Faschismus.

Die Partei mit dem so anspruchsvollen, von vornherein aber falschen Namen wurde mitten in der Novemberrevolution geschaffen. Sie richtete sich gegen die revolutionären Bemühungen der deutschen Arbeiterklasse und anderer Schichten des werktätigen Volkes, die Macht des deutschen Imperialismus und Militarismus zu brechen, die große Bewegung für den historischen Fortschritt zum Sieg zu führen. Die Volksmassen hatten sich erhoben, um die alles entscheidende Machtfrage zugunsten der Arbeiterklasse und der anderen Werktätigen zu lösen, die Macht der für den imperialistischen Krieg, für die Not und das unbeschreibliche Elend des Volkes Verantwortlichen zurückzudrängen und zu beseitigen. Neue gesellschaftliche, menschlichere Verhältnisse – so hieß das Ziel, dessen geschichtliches Beispiel seit der

Großen Sozialistischen Oktoberrevolution in Sowjetrußland überall zu wirken begann. Mit der Gründung der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund) war wieder eine revolutionäre Partei auf die Bühne des politischen Kampfes getreten. Die Existenz und die führende Rolle einer solchen revolutionären Vorhut der Arbeiterklasse sind für die Erfüllung der historischen Mission des Proletariats unerläßlich, den Imperialismus zu stürzen und die sozialistische Gesellschaft zu errichten.

Mit der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution hatte eine neue Epoche in der Geschichte der Menschheit begonnen, eine Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus, des Kampfes zwischen den beiden entgegengesetzten gesellschaftlichen Systemen und des Zusammenbruchs des Imperialismus. Die allgemeine Krise des Kapitalismus, die mit dem ersten Weltkrieg eingesetzt hatte, prägte sich nun voll aus. Auch das in seiner Macht besonders erschütterte deutsche Monopolkapital begann, sich diesen neuen Existenzbedingungen anzupassen.[3] Es suchte nach neuen Mitteln und Wegen, um „die revolutionäre Vorhut der Arbeiterklasse niederzuschlagen, bevor sie eine breite Front der Arbeiterklasse und aller Werktätigen gegen die kapitalistische Ausbeuterherrschaft und deren menschenfeindliche Folgen zustande bringen konnte".[4] Es fand eines der neuen Mittel schließlich im Faschismus ...

Die DAP entstand in einer Phase der Klassenauseinandersetzungen, in der sich die Formierung der konterrevolutionären Kräfte immer offener und rascher vollzog. Ermutigt durch die opportunistische Politik der rechten sozialdemokratischen Führer, durch den antikommunistischen und antisowjetischen konterrevolutionären Kurs der am 9. November 1918 gebildeten Regierung, die sich zur Irreführung der Massen „Rat der Volksbeauftragten" nannte, sowie durch die Entscheidung des Reichsrätekongresses, am 19. Januar 1919 Wahlen zu einer von den bürgerlichen Parteien lautstark geforderten „Nationalversammlung" durchzuführen und damit die Forderung der revolutionären Arbeiter „Alle Macht den Räten!" zu den Akten zu legen, begann die Konterrevolution in den Tagen der Jahreswende 1918/19 zur militärischen Niederschlagung der revolutionären Arbeiter und ihrer Verbündeten überzugehen. Die Generäle der Obersten Heeresleitung (OHL), obwohl sie sich nur widerwillig mit der Abdankung des Kaisers abfanden, stellten sich der neuen Regierung für die „Aufrechterhaltung von Ordnung und Disziplin" und für die „Bekämpfung

des Bolschewismus" zur Verfügung.[5] Sie organisierten die Bildung von Freikorps und anderen militärischen Verbänden, um mit ihrer Hilfe die revolutionären Kräfte niederschlagen, um mit Hilfe des weißen Terrors die Machtgrundlagen des deutschen Imperialismus retten zu können.

In Berlin provozierte die Regierung Ebert-Scheidemann die Arbeiter und ließ deren Kämpfe durch den rechten Sozialdemokraten Gustav Noske, den „Bluthund" und Henker der Revolution, brutal niederwerfen. Weißer Terror herrschte in den Arbeitervierteln der Hauptstadt. Die gesamte Konterrevolution richtete ihren Hauptschlag gegen die junge, wenige Tage zuvor gegründete KPD, noch bevor sie erstarken und Masseneinfluß erringen konnte. Sie stärkte damit zugleich die Positionen der extrem reaktionären, militaristischen und aggressivsten Kräfte in ihren eigenen Reihen. Die rechtssozialdemokratischen Führer gaben überall Positionen auf, die sich die Arbeiterklasse im Novembersturm hatte erobern können. Sie begünstigten so die Konterrevolution und drängten die Revolution immer stärker in ihre absteigende Phase. Auch in den anderen Ländern, in denen sich die Arbeiterklasse gegen Imperialismus und Militarismus erhoben hatte, verstärkte die Reaktion „die Brutalität, den unverhüllten Zynismus, die Niedertracht aller ihrer Vorgänger", wie die KPD in ihrem Programm formulierte.[6] In einer Resolution stellte auch der Gründungskongreß der Komintern vom März 1919 fest: „Die bürgerlichen Mörder schrecken vor keinen Schandtaten zurück. Sie entflammen zur Befestigung ihrer Herrschaft den Chauvinismus und organisieren ... ungeheure Judenpogrome ..."[7]

Während die deutschen Kommunisten, und mit ihnen auch Mitglieder von USPD und SPD, Gewerkschafter, parteilose Arbeiter und andere Werktätige heldenhaft für die Abwehr aller Angriffe der Reaktion kämpften, sammelte sich die Konterrevolution – über die unmittelbaren Ziele hinaus mehr und mehr an die Zukunft des deutschen Imperialismus, an eine Revision der Ergebnisse des ersten Weltkrieges, an einen neuen Krieg und an die Schaffung entsprechender innenpolitischer Voraussetzungen denkend – in einer Vielzahl neuer politischer Organisationen und militärischer Verbände. Diese knüpften in der Regel an den berüchtigten Alldeutschen Verband[8], an konservative und antisemitische Parteien und vor allem an die extrem reaktionäre und annexionistische Deutsche Vaterlandspartei[9] an, deren großindustrielle und junkerliche Gründer in den letzten beiden Kriegsjahren

eine Massenbasis für die Militärdiktatur und deren abenteuerliche „Siegfrieden"-Pläne schaffen wollten. Zu den Mitgliedern der Vaterlandspartei hatte auch Drexler gehört, der im Sommer 1918 sogar in den Reichsausschuß des mehrere hunderttausend Mitglieder erfassenden „Freien Arbeiterausschusses für einen guten Frieden" gewählt worden war und in München einem Ausschuß gleichen Namens vorstand.[10]

Drexler verfügte über enge Verbindungen zur Vaterlandspartei, aber auch zu „gelben", wirtschaftsfriedlichen Arbeitervereinen und konservativen, alldeutschen und sogenannten völkischen[11] Organisationen. Dazu gehörten in München der Kreis um den alldeutschen Verleger J. F. Lehmann und vor allem die Thule-Gesellschaft, eine arbeiterfeindliche Tarnvereinigung des 1912 nach freimaurerischem Vorbild gegründeten völkischen Germanenordens. Dieser wurde in München von Rudolf von Sebottendorff[12] geleitet und verbreitete in seiner Zeitung, dem „Münchener Beobachter", nationalistischen Ungeist und antisemitische Losungen wie: „Bolschewismus ist Judenmacht! Bolschewismus ohne Juden gibt es nicht!" Schon angesichts der revolutionären Situation und der militärischen Niederlage des deutschen Imperialismus hatte Drexler, der heute selbst von einigen bürgerlichen Historikern als „ferngesteuert" und frei von „privaten Initiativen" charakterisiert wird[13], am 2. Oktober 1918 verkündet, daß in der „kommenden Weltordnung" ein „neues geeinigtes Deutschland" anzustreben sei, in dem „Parteihader, Klassenkampf und Bruderhaß ... einem festen Nationalismus" gewichen sind. Drexler dachte auch bereits zu diesem Zeitpunkt an eine neue, mit dem Antisemitismus verbundene Form der politischen Organisiertheit der herrschenden Klasse: „Aus den politisch Obdachlosen, die zu Hunderttausenden unter den Beamten, Kleinbürgern und Arbeitern aus Unzufriedenheit mit ihren alten Parteien entstanden sind, soll ein neuer ‚nationaler Bürgerbund' (oder wie man es sonst nennen will) entstehen."[14]

Schon vor der Gründung der DAP stand Drexler im taktischen Kalkül reaktionärer Kräfte des deutschen Imperialismus und Militarismus. Seine Pläne stimmten mit den Überlegungen der herrschenden Klasse überein, auch als deren reaktionärste Kräfte im letzten Jahr des ersten Weltkrieges und in der revolutionären Situation des Herbstes 1918 immer noch eine Politik des „Durchhaltens" gegenüber den Werktätigen betrieben und vom Reichskanzler Prinz Max von Baden dafür den Einsatz „diktatorischer Macht" forderten.[15] Ebenso wie die Vor-

stellungen über die Aufgaben und Ziele entsprangen die Gedanken über die zu wählenden Mittel und über die ideologische Verbrämung keineswegs etwa bloß dem Gehirn eines von der Reaktion „unabhängigen" Biertischpolitikers. Auch die besonders starken rassistischen, antisemitischen Forderungen der DAP sind auf solche Wurzeln zurückzuführen, für die die reaktionäre Großbourgeoisie die historische Verantwortung trägt. Auf einer Sitzung der Hauptleitung und des Geschäftsführenden Ausschusses des Alldeutschen Verbandes begründete am 19. und 20. Oktober 1918 dessen Vorsitzender, der in seinen expansionistischen Forderungen maßlose Rechtsanwalt Heinrich Claß, den gezielten Einsatz des Antisemitismus als ideologische Stütze einer neuen rechtsextremistischen Taktik. Claß wollte „die Judenfrage nicht nur wissenschaftlich-politisch, sondern auch praktisch-demagogisch" behandelt wissen.[16] Ausführlich wurde darüber beraten, wie am besten „die Massen einzufangen" wären, wie es möglich sei, mit Hilfe des Antisemitismus „an das Volk heranzukommen". Damit meinten die Alldeutschen sowohl das imperialistische Bestreben, vom Klassenkampf abzulenken und Teile der Bevölkerung gegeneinander auszuspielen, als auch den Versuch, sich einen fanatisierten und aktivistischen Massenanhang zu schaffen. Claß hatte sich schon am 3. Oktober 1918 mit Nachdruck für die Schaffung „einer großen, tapferen und schneidigen Nationalpartei und rücksichtslosesten Kampf gegen das Judentum, auf das all der nur zu berechtigte Unwille unseres guten und irregeleiteten Volkes *abgelenkt* werden muß", ausgesprochen.[17] Die stärkere Hervorhebung des Antisemitismus durch die abenteuerlich-militaristische Gruppierung des deutschen Monopolkapitals und des Junkertums sollte der herrschenden Klasse zu größerem Einfluß auf die Massen verhelfen. Die Monopolbourgeoisie wollte auch mit diesem Mittel versuchen, der allgemeinen Krise des Kapitalismus und ihren immer spürbareren Auswirkungen zu entgehen. Nicht zufällig schlug in der Zeit des bourgeoisen Sieges über die Novemberrevolution der antisemitisch gefärbte Klassenhaß der Reaktion in brutalsten Terror um. Aus der terroristischen, militant antikommunistischen, friedensfeindlichen und rassistischen Konterrevolution erhob schließlich der Nationalsozialismus als wichtigster Bestandteil und als eine spezifische Erscheinungsform des deutschen Faschismus sein grauenvolles, verbrecherisches Haupt.

Die Mehrheit der herrschenden Klasse, der sich für kurze Zeit, unmittelbar am Vorabend und in den ersten Tagen der Novemberrevo-

lution, auch die schwerindustriellen Hintermänner der Deutschen Vaterlandspartei und des Alldeutschen Verbandes anschlossen, nahm allerdings – unter dem Druck der revolutionären Ereignisse – Kurs auf den Übergang zu einer neuen imperialistischen Herrschaftsform, die „parlamentarisch" und damit „demokratisch" sein sollte. Sie orientierte sich auf die Spaltung der Arbeiterklasse durch die Einbeziehung der rechten sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Führer in den Staatsapparat sowie auf die Neuformierung der bestehenden großen bürgerlichen Parteien. Sie sah sich gezwungen, soziale und politische Zugeständnisse an die Werktätigen zu machen, Zugeständnisse im *Unwichtigen*, um das für die Monopolherren und Junker *Wichtige* – die Macht- und Eigentumsverhältnisse – bewahren zu können. Da der „Rat der Volksbeauftragten" die politischen, ökonomischen und militärischen Machtpositionen des Imperialismus nicht antastete, vermochte die Monopolbourgeoisie mit seiner Hilfe, große Teile der Bevölkerung mit sozialpolitischen Zugeständnissen, demagogischen Formeln über die „reine Demokratie" und parlamentarisch-demokratischen Illusionen zu täuschen und hinzuhalten. Es gelang ihr, die Grundlagen der ökonomischen und politischen Macht des Imperialismus zu erhalten und in Form einer bürgerlich-parlamentarischen Republik erneut zu sichern und zu festigen.

Schon 1919 ging die deutsche Monopolbourgeoisie dazu über, Voraussetzungen für eine Korrektur der Ergebnisse des ersten Weltkrieges in absehbarer Zeit zu schaffen. Diese einheitliche strategische Zielstellung wurde mit den unterschiedlichsten Mitteln und Methoden angestrebt, über die es zu teilweise äußerst heftigen Differenzen kam. Während die Mehrheit der herrschenden Klasse eine bürgerlich-parlamentarische Politik betrieb und die imperialistische Staatsmacht auch durch Einbeziehung der rechten SPD- und Gewerkschaftsführer sichern wollte, verfolgten die reaktionärsten Teile der deutschen Monopolbourgeoisie eine Politik, „die auf die beschleunigte Beseitigung der bürgerlich-parlamentarischen Ordnung zielte und durch offene Gewaltanwendung gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung sowie durch extrem chauvinistische Demagogie gekennzeichnet war".[18] Letztere waren es, die mit militantem Antikommunismus, mit sozialer und nationaler Demagogie sowie mit offener Konfrontation auch gegenüber den imperialistischen Rivalen die verlorenen Positionen des deutschen Imperialismus und Militarismus wiederzugewinnen trachteten. Sie strebten die Schaffung einer kleinbürgerlich-nationalistischen Massen-

basis an, weil sie die Politik der rechten Opportunisten in der SPD als unzureichend für die Niederhaltung der Arbeiterklasse und der anderen Werktätigen betrachteten. Sie waren es auch, die faschistischer Mittel und Methoden bedurften, diese befürworteten und entsprechenden Organisationen den Weg bereiteten.

Diese Taktik versprach den Monopolherren und Junkern Erfolg, wenn es gleichzeitig gelang, das Bild der einzig realen und in die Zukunft weisenden Alternative zu Imperialismus und Krieg zu verunglimpfen, die Spaltung der Arbeiterklasse – auch durch die Gründung neuer Vereine, Zirkel, Parteien usw. – zu vertiefen und die bürgerliche Ideologie unter den Arbeitern und ihren Verbündeten weiter zu verbreiten. Insbesondere sollte dem proletarischen Internationalismus entgegengewirkt werden. Die während der Novemberrevolution entstandene und von den Monopolherren reich mit Geldmitteln ausgestattete „Antibolschewistische Liga"[19] sowie das „Generalsekretariat zum Studium und zur Bekämpfung des Bolschewismus" und eine Vielzahl anderer Vereine, die sich alle eine konterrevolutionäre „Aufklärung" der Volksmassen zum Ziel setzten und von denen einige bereits Anfang 1919 ihre Schriften mit Hakenkreuzen verzierten, diffamierten die revolutionäre deutsche Arbeiterbewegung als antidemokratisch und antinational. Sie führten alle Klassenauseinandersetzungen in Deutschland auf die Große Sozialistische Oktoberrevolution und auf die internationalistische Tätigkeit der Sowjetmacht zurück. Der Leiter der „Antibolschewistischen Liga", der fanatische Antikommunist und Chauvinist Eduard Stadtler, behauptete demagogisch, „daß unser Antibolschewismus unter keinen Umständen nur negativ sei oder gar eine Spitze gegen die Arbeiterschaft enthalte". Sein Programm sah die Bildung einer „nationalsozialistischen Vereinigung" vor, einer „Partei der Zukunft", in der nicht nur der bürgerliche Nationalismus mit dem Gedanken des Sozialismus verknüpft, sondern auch alle alten bürgerlichen Parteien eingeschmolzen werden sollten.[20]

Zielgerichtet orientierte die imperialistische und militärische Konterrevolution – so für den deutschen Imperialismus die Lehren aus der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution und der Novemberrevolution ziehend – auf den kombinierten Einsatz von brutalem Terror und raffinierter ideologischer Beeinflussung der werktätigen Massen und besonders der Arbeiterklasse. Weder der Faschismus noch die nazistischen Organisationen sind also als eine selbständige und autonome, d. h. von der herrschenden Klasse unabhängige Bewegung aus

dem Kleinbürgertum herausgewachsen oder gar von einzelnen Personen allein geschaffen worden. Solche Thesen verbreiten bürgerliche Historiker vor allem in der BRD, um von den klassenmäßigen Wurzeln und von der historischen Verantwortung der Monopolbourgeoisie für Diktatur und Krieg abzulenken.

Der Faschismus entstand auf der Grundlage neuer Bedürfnisse der imperialistischen Bourgeoisie sowie im Ergebnis der neuen, krisenhaften innen- und außenpolitischen Existenzbedingungen des deutschen Imperialismus. Dieser brauchte neue politische Organisationen, die seinen Expansionsabsichten sowie seiner innenpolitischen Zielsetzung entsprechen sollten, die Arbeiterbewegung als Hauptträger künftiger Revolutionen präventiv auszuschalten – wenn nicht anders möglich zu vernichten – und *gleichzeitig* auch ohne größere Zugeständnisse möglichst große Teile der Arbeiterklasse und des werktätigen Volkes für die eigene Massenbasis zu gewinnen bzw. in den imperialistischen Machtmechanismus zu integrieren. Im Spektrum der damals existierenden deutschen bürgerlichen Parteien fehlte ein Organisationstyp für dieses in sich sehr widersprüchliche, objektive Bedürfnis.[21] Die DAP entstand daher mit historischer Notwendigkeit, aber dennoch zufällig und spontan, wobei letzteres nicht mit der angeblichen Autonomie eines Individuums oder einer politischen Organisation gegenüber der Gesellschaft verwechselt werden darf.

Die DAP konstituierte sich in Bayern, wo am 7. November 1918 der erste deutsche Königsthron gestürzt worden war und unter Leitung der USPD ein Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrat das Land zur demokratischen Republik erklärt hatte. Die Auseinandersetzungen zwischen Revolution und Konterrevolution spitzten sich hier rasch zu. Am 8. Januar 1919 ermordeten reaktionäre Kräfte zwei Teilnehmer einer friedlichen Arbeitslosendemonstration in München und verletzten vier weitere schwer. Die Ortsgruppe der KPD und der Revolutionäre Arbeiterrat erklärten dazu in einem Aufruf, daß dies ein „Versuch von Lockspitzeln" gewesen sei, „durch Inszenierung eines Blutbades eine Hetze gegen die Spartakisten zu eröffnen, die man als Räuber und Mörder hinstellt, um besser das um seine Befreiung kämpfende Proletariat niederhalten zu können".[22] Die bürgerlichen Parteien errangen bei den Landtagswahlen vom 12. Januar in Bayern einen Sieg; von den 180 Abgeordneten gehörten 66 der großbürgerlich-katholischen Bayerischen Volkspartei, 61 der SPD und nur drei der USPD an. In Bayern besaß die Konterrevolution eine besonders starke Heimstatt.

Die ökonomische und soziale Rückständigkeit des Landes, das Fehlen schwerindustrieller Zentren und das Überwiegen einer bäuerlich-mittelständischen Struktur der Bevölkerung, die Tradition des bayerischen Partikularismus, der starke klerikale und blau-weiße monarchistische Einfluß – alle diese Faktoren bewirkten in den Gebieten zwischen den Alpen und dem Böhmerwald eine rasche Polarisierung der Klassenkräfte. Bayern erwies sich als ein besonders günstiger Boden für rechtsextremistische Gruppierungen, von denen in der Zeit der Novemberrevolution 1918/19 allein in München etwa 15 wirkten. In ihren Veranstaltungen wurden Themen behandelt wie „Warum der Krieg gekommen", „Warum wir den Krieg gewinnen mußten", „Deutschlands größter Feind – der Jude", „Hätten wir den Krieg gewinnen können?", „Wodurch wurde der Krieg verloren?", „Was sind die Folgen des verlorenen Krieges?" und „Wie ist eine Besserung der Lage Deutschlands möglich?".[23] Darin wiederholten sich immer und immer wieder die konterrevolutionären, nationalistischen und demagogischen Behauptungen: Die Schuld an der militärischen Niederlage und an der Revolution trügen die Juden und ihre revolutionären Handlanger, besonders die Kommunisten und die Sozialdemokraten; das deutsche Volk hätte den Krieg gewinnen können, wenn es einig gewesen und von besseren „Führern" befehligt worden wäre – was im Klartext hieß: wenn es nicht den revolutionären, internationalistischen Kampf der deutschen Arbeiterklasse und eine als zu schwach, zu lasch eingeschätzte Reichsleitung gegeben hätte.

Vorträge solcher Art hielten in der DAP neben Drexler und Karl Harrer auch Gottfried Feder, Dietrich Eckart, Friedrich Krohn, Paul Tafel, die alle der Thule-Gesellschaft angehörten und in den Räumen des Münchener Nobel-Hotels „Vier-Jahres-Zeiten" ein und aus gingen. Harrer avancierte zum Stellvertreter Drexlers in der DAP und galt gleichzeitig als „Reichsvorsitzender" eines Nationalsozialistischen Arbeitervereins in der Thule-Gesellschaft. Gemeinsam mit Drexler und Michael Lotter, einem konterrevolutionären Matrosen und für 10 000 Mark gekauften Mitbeteiligten an der mörderischen Verschwörung gegen den bayerischen Ministerpräsidenten Kurt Eisner[24], gründete er am 24. März 1919 einen „Politischen Arbeiterzirkel". Dieser bestimmte neben dem an der Spitze der Partei stehenden Arbeitsausschuß – und wesentlich aktiver als dieser – gleich einer konspirativen Führungszelle die Arbeit der DAP.

Feder, Ingenieur und in den Jahren von 1908 bis 1918 Leiter eines

größeren Bauunternehmens, trat als Verfasser finanzpolitischer Pamphlete und mit der demagogisch-zugkräftigen, im Grunde aber völlig nichtssagenden Losung von der „Brechung der Zinsknechtschaft“ hervor. Der Literat Eckart gab seit Dezember 1918 eine „Wochenschrift für Ordnung und Recht“ mit dem Titel „Auf gut deutsch“ heraus, in der chauvinistische Auffassungen in antisemitischer Verbrämung verbreitet wurden. Den größten geistigen Einfluß auf Drexler und die DAP übte Tafel aus, ein führendes Mitglied des 1912 gegründeten Germanenordens und ab 1920 Vorsitzender der konterrevolutionären, 40 Verbände erfassenden Sammelorganisation „Bayerischer Ordnungsblock“. Unter den verschiedenen völkisch-faschistischen Gruppen und Personen der Münchener Szene gab es kaum einheitliche Auffassungen zu tagespolitischen und organisatorischen Fragen. Sie waren sich jedoch einig im fanatischen Haß gegen die als jüdische „Novemberverbrecher“ beschimpften revolutionären Arbeiter. Gemeinsam war ihnen die Angst vor jeder Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse, ja selbst vor allen liberalen und reformistischen Schritten, die nach ihrer Auffassung nur eine Unterstützung revolutionärer Prozesse bedeuteten. Ihre gemeinsame Aufgabe sahen sie in der Verhinderung jeglicher Aktionen für eine soziale Umgestaltung der Gesellschaft.

Als unter der Führung der Kommunisten die Münchener Arbeiter am 13. April 1919 den Putsch einiger Offiziere hinwegfegten und die Novemberrevolution mit der Errichtung einer proletarischen Räterepublik in der bayerischen Hauptstadt einen letzten großen Höhepunkt erlebte, als Betriebsräte die Kontrolle über die Produktion ausübten und wichtige Funktionen der Stadtverwaltung übernahmen, als die Rote Armee heldenhaft in einigen Teilen des bayerischen Landes kämpfte und die bürgerliche Presse verboten wurde – da verkrochen sich die extrem reaktionären Vereinigungen aller Schattierungen und wühlten im politischen Untergrund. Im Namen eines sog. Bürgerrates forderte Sebottendorff von dem nach Bamberg geflüchteten sozialdemokratischen Ministerpräsidenten des Landes Bayern die Übersendung von Waffen nach München.[25] Unter seiner Leitung entstand im April 1919 das berüchtigte Freikorps „Oberland“. Erst nach dem Sieg der schwerbewaffneten Regierungstruppen Anfang Mai 1919 traten sie wieder stärker an das Licht der Öffentlichkeit, um nun aktiv den weißen Terror und die „Abrechnung“ der Konterrevolution mit den Arbeitern, der mehr als 2 000 Revolutionäre zum Opfer fielen, zu unterstützen.

Zwischen dem 16. Mai und dem 28. August 1919 fanden fünf Versammlungen der immer noch völlig bedeutungslosen DAP statt, an denen insgesamt nur 105 Personen teilnahmen. Dennoch geriet sie damit in das Blickfeld von Reichswehroffizieren, die in Bayern neben den alldeutsch-konservativen Initiatoren zu den großen Förderern der heranwachsenden faschistischen Nazipartei wurden. Dazu gehörten vor allem Generalmajor Arnold von Möhl, Chef des Reichswehrgruppenkommandos Nr. 4, Oberst Konstantin Hierl, Hauptmann Ernst Röhm, Hauptmann Karl Mayr und viele andere mehr. Sie fühlten sich berufen, „eine sinnvolle Neubegründung aller innerstaatlichen Verhältnisse"[26] durchzusetzen, betrieben aber keineswegs eine Politik auf eigene Faust. Ihre Tätigkeit entsprach der von der zentralen Reichswehrführung gestellten Aufgabe, die Funktionstüchtigkeit des inneren Unterdrückungsapparates der deutschen Monopolbourgeoisie zu erhöhen. Deutschland, so erklärte der an der Spitze des Generalstabes stehende Generalleutnant Wilhelm Groener, müsse „vor allen Dingen innere Politik treiben", dies sei die „Aufgabe für die nächsten Jahre" und dazu gehöre „in erster Linie die restlose Wiederherstellung der Staatsautorität". Sie unterstützten aber gleichzeitig auch die Positionen extrem reaktionärer Generäle und Offiziere in der Reichswehrführung, die seit Sommer 1919 einen Putsch gegen die Weimarer Republik vorbereiteten und – wie z. B. General Walther Freiherr von Lüttwitz – für sich eine „Mitwirkung ... bei allen richtunggebenden staatspolitischen Entschlüssen"[27] verlangten.

Mit der Niederschlagung der Münchener Räterepublik, die zugleich das Ende der Novemberrevolution von 1918/19 in Deutschland bedeutete, betrachteten die Militärs ihr blutiges Geschäft noch nicht als abgeschlossen. Spezielle Untersuchungskommandos fahndeten nach revolutionären Soldaten und Arbeitern, unterstützt von einem ausgedehnten politischen Nachrichtendienst. Die Reichswehrführung begann in Bayern mit einer neuen Welle antikommunistischer Hetze und nationalistischer Demagogie. In der Siegesmeldung aus dem bayerischen Ministerium für militärische Angelegenheiten vom 5. Mai 1919 hieß es dazu: „Die Arbeiterschaft, auch die bessere, sogar ein Teil der Bürgerschaft sind in den vergangenen drei Wochen derart verhetzt worden, daß es unbedingt nötig ist, in Reden durch gewandte Aufklärer Aufklärung zu schaffen."[28] Ein vertrauliches Rundschreiben von Möhls kündigte am 16. Mai 1919 die Fortsetzung „der Untersuchungen gegen Spartakisten" an und warnte vor deren Aktionen nach dem ge-

planten Abzug der preußischen Truppen. Sehr wichtig sei aus diesem Grunde „die Förderung der Werbetätigkeit für die Reichswehr" und – es wurde nicht vergessen hinzuzusetzen – „die kräftige Bekämpfung jeden Widerstandes gegen die Werbung". Einige Zeit später, am 16. Juli 1919, meldeten die Generäle der bayerischen Regierung voller Sorge, daß die revolutionären Kräfte „größte politische Werbetätigkeit" entfalten, und setzten im Ergebnis ihrer Beobachtungen hinzu: „Eine Gegenwirkung der bürgerlichen Parteien ist überhaupt nicht wahrnehmbar, die der Mehrheitssozialisten aber so gering, daß sie kaum ins Gewicht fällt." Sie hielten es „für unerläßlich, daß die übrigen Parteien zu etwas regerer Gegenwirkung angeregt werden".[29]

„Beobachten" und „anregen" – diesen wenig militärischen, aber der inneren Funktion des Militarismus entsprechenden Aufgaben unterzogen sich die bayerischen Militärs im Sommer 1919 mit großer Intensität. Auf ihre Liste der zu observierenden Organisationen wurden 49 Parteien und Verbände gesetzt. Dieser faktisch polizeilichen Aufsicht unterlagen nicht nur die Arbeiterparteien, sondern auch die BVP und selbstverständlich auch die DAP, die ja für sie ein unbeschriebenes Blatt darstellte. Die Thule-Gesellschaft blieb unbehelligt.[30] Bei der bekannten Haltung des ehemaligen kaiserlichen Offizierkorps ist die Frage überflüssig, für welche der kontrollierten Organisationen sich die Herzen der Möhl, Hierl und Röhm erwärmten. Unter Führung des Hauptmanns Karl Mayr richteten die Militärs eine Propaganda- und Presseabteilung beim Reichswehrgruppenkommando ein, die teils mit Mitteln der Berliner Reichsverwaltung, teils aus privaten Fonds finanziert wurde. Die Dienststelle I b/P organisierte die finanzielle Unterstützung nationalistischer Organisationen und Verlage und half bei der Verbreitung von Propagandamaterial, darunter auch der 1919 erschienenen Schriften von Drexler, Feder und Eckart. Außerdem begann sie, „antibolschewistische Lehrgänge" durchzuführen und Offiziere, Unteroffiziere und Soldaten für den Einsatz im Dienste der „Aufklärung" zu schulen.

Einer von diesen als „Ausbildungsoffiziere" und „Aufklärer" getarnten Spitzel der Reichswehr tat sich während der Lehrgänge besonders aktiv hervor: Adolf Hitler – jener Mann also, der sich später als Autodidakt und aus dem Volke kommend darstellte, während er doch in seinem ganzen Denken und Handeln von den barbarischen Ideen und Zielen der extrem reaktionärsten Kräfte des imperialistischen Deutschlands geprägt worden war. In der Reichswehr begann

seine „Karriere“, als das neue, objektive Bedürfnis der herrschenden Klasse nach nationalistischer und gegenrevolutionärer „Aufklärung“ zu dominieren begann. Als nach ausstrahlungsfähigen, die Massen ansprechenden „Trommlern“ des Chauvinismus, Rassismus und Antikommunismus gesucht wurde, fiel Hitler auf und entdeckten einige Bourgeois seine Fähigkeiten und politischen Potenzen.[31]

Am Lebensweg dieses damals dreißigjährigen unverheirateten Mannes ließ sich bis dahin nichts Bemerkenswertes finden. 1889 in Braunau am Inn geboren und in der Nähe von Linz aufgewachsen, hätte ihm die gutsituierte, kleinbürgerliche Stellung seiner Eltern wohl das Verbleiben in einem ähnlichen sozialen Milieu ermöglichen können. Aber schon frühzeitig ließ Hitler seine Abneigung gegen systematische Arbeit jeder Art erkennen. Was ihm seine verwitwete Mutter finanziell bieten konnte, vertat er in der Hauptstadt der österreichisch-ungarischen Monarchie. Auch als er vor Beginn des ersten Weltkrieges in München lebte, verbrachte er seine Tage sinn- und ziellos, verrichtete er nur gelegentlich Arbeiten und gelangte wiederholt in Obdachlosenasyle. Das einzige, was Hitler in jenen Jahren aufnahm und ihm später zugute kam, war eine reaktionäre Gesinnung, deren wesentliche Bestandteile großdeutscher Nationalismus, rassistische und namentlich antisemitische Lehren und elitetheoretische Vorstellungen bildeten. 1914 meldete er sich freiwillig für das kaiserlich-imperialistische Heer. Für mehr als vier Jahre geriet er in Verhältnisse, die durch militärische Befehle klar geregelt waren.

In diesen Umständen und in der Verwendung als Melder eines frontnahen Stabes fühlte sich Hitler offensichtlich wohl. Der Gefreite – bis zu dieser ersten Beförderungsstufe brachte es der Kriegsfreiwillige – war das Muster eines deutschen Chauvin. Er war bis zuletzt für diesen Krieg und erwartete den Sieg, ohne daß sich damit Pläne für die fernere Gestaltung seines eigenen Lebens verbanden. Als das militärische Fiasko des deutschen Imperialismus eintrat und die Revolution begann, drohte ihm, der sich kriegsverwundet in einem Lazarett aufhielt, erneut das bedeutungs- und ziellose, sozial ungesicherte und ärmliche Vorkriegsleben. Um dem solange wie möglich zu entrinnen, hatte sich Hitler an die Armee geklammert, wo er in bescheidenem Maße Tisch und Bett, Verpflegung und Geselligkeit besaß und ihm eigene Entscheidungen durch Befehle weiter abgenommen wurden.

Hitler nutzte ehrgeizig, geschickt und skrupellos die Chance, die sich ihm in der Reichswehr bot und die nicht nur das Ende der sozialen

Unsicherheit in seinen Lebensumständen, sondern auch einen festen Halt für seine eigenen doch recht wirren politisch-ideologischen und weltanschaulichen Gedanken bedeuten konnte. Hitlers Weg in die imperialistische Propaganda und seine parteipolitische Tätigkeit begannen nach ersten Auftritten in den „Aufklärungskursen" mit einem Auftrag Hauptmann Mayrs. Dieser schickte ihn am 12. September 1919 in den Gasthof „Sterneckerbräu" in München, wo die DAP eine Versammlung abhielt. Nach dem Vortrag von Feder, der bereits in den Lehrgängen des Reichswehr-Aufklärungsstabes aufgetreten war, ergriff der aus Österreich stammende, nun aber staatenlose Hitler das Wort, um gegen die von einem der 46 Teilnehmer geäußerte Meinung zu polemisieren, Bayern müsse sich separieren und mit Österreich eine Union bilden. Bald beantragte er, Mitglied der DAP zu werden. Er wurde als 55. Mitglied gezählt und als 7. Mitglied in deren leitenden Arbeitsausschuß aufgenommen, wo er für fast zwei Jahre offiziell als Werbeobmann und Verantwortlicher für Propaganda fungierte.

Entgegen der egozentrischen und kitschig-verlogenen Darstellung in der 1924 verfaßten Schrift „Mein Kampf", die von klassenbewußten deutschen Arbeitern mit Recht als „imperialistische Kannibalenbibel" bezeichnet wurde, vollzogen sich Hitlers Eintritt in die Politik und seine quasi hauptberufliche Mitarbeit als Propaganda-Verantwortlicher viel nüchterner und ohne eine sofort zu spektakulären Massenveranstaltungen drängende Hektik, von der bürgerliche Historiker so gern berichten. Bis Februar 1920 führte die DAP wie vorher pro Monat nur ein bis zwei Versammlungen mit insgesamt etwa tausend Besuchern durch.[32] Die Zahl der DAP-Mitglieder erhöhte sich nur langsam, bis Januar 1920 auf 190. Die soziale Zusammensetzung ließ bereits erkennen, daß die Partei sich zwar um die Gewinnung von Arbeitern bemühte, jedoch ihre Resonanz vorrangig in anderen Klassen und Schichten fand. Aus den ersten erhalten gebliebenen Berufsangaben, die für die Forschung, wie viele andere Unterlagen der Nazis, nicht allzu zuverlässig sind, ergibt sich die Zugehörigkeit von 22 Angehörigen freier akademischer Berufe (14,5 Prozent), Beamte und Angestellte machten 14 Prozent der Mitglieder aus, Soldaten und Offiziere 13 Prozent, Vertreter kaufmännischer Berufe und Geschäftsinhaber 16 Prozent, Studenten 7 Prozent und ungelernte Arbeiter 2,5 Prozent. Unter den Facharbeitern und Handwerkern (33 Prozent) befanden sich hauptsächlich die aus Drexlers persönlichem Bekanntenkreis stammenden Beschäftigten einer Münchener Eisenbahnwerkstätte.[33]

Die DAP erlebte vor allem einen Zuwachs an Mitgliedern, die noch im Dienste der Reichswehr standen: Vizefeldwebel Rudolf Schüssler, seit Ende 1919 erster Geschäftsführer der Partei; Hermann Esser, Presseverantwortlicher im Stabe Mayrs; Ernst Röhm, Verantwortlicher für die „Betreuung" der Einwohnerwehren und Organisator des nationalistischen Geheimbundes „Eiserne Faust", später SA-Führer und einer der wenigen Duzfreunde Hitlers; Offiziers-Stellvertreter Karl Beggel, zeitweilig Kassierer der DAP u. a. m. Damit verband sich gleichzeitig für die DAP die Unterstützung durch verschiedene Einrichtungen der Reichswehr – organisiert hauptsächlich durch Mayr und Röhm.

Hitler selbst gehörte der Reichswehr offiziell bis zum 31. März 1920 an und nutzte gleichermaßen Räume wie Material für die DAP, ohne auf dienstliche Schwierigkeiten in der angeblich politisch neutralen Reichswehr zu stoßen. In einem späteren Brief an den Putschisten Wolfgang Kapp stellte Mayr die Nazipartei als eine „Organisation des nationalen Radikalismus" und sogar als seine Schöpfung hin: „Die nationale Arbeiterpartei muß die Basis geben für den starken Stoßtrupp, den *wir* erhoffen. Das Programm ist gewiß noch etwas unbeholfen und vielleicht auch lückenhaft. *Wir* werden es ergänzen. Sicher ist nur, daß *wir* unter dieser Fahne doch schon recht viele Anhänger gewonnen haben. Seit Juli vorigen Jahres (1919! d. Vf.) schon suche ich ... die Bewegung zu stärken ... *Ich habe sehr tüchtige junge Leute auf die Beine gebracht.* Ein Herr Hitler z. B. ist eine bewegende Kraft geworden, ein Volksredner 1. Ranges."[34]

Ende 1919 und vor allem zu Beginn des Jahres 1920 stellte sich für die faschistische DAP die zentrale Frage ihrer weiteren Entwicklung – die nach den Möglichkeiten einer Stabilisierung und Vergrößerung ihrer Organisation. Sie wurde recht unterschiedlich beantwortet. Harrer sah – wie die Thule-Gesellschaft – ihre Aufgabe mehr darin, im Hintergrund zu agieren und mit den Mitteln indirekter Einflußnahme zu wirken. Hitler machte sich dagegen zum Fürsprecher der Auffassung, man müsse hauptsächlich an die Öffentlichkeit treten und große Massenveranstaltungen durchführen. Harrer unterlag im Streit um die von Drexler und Hitler gemeinsam vertretene neue Geschäftsordnung und schied aus der DAP aus. Nicht nur die DAP beschritt den neuen Weg. Der Deutschvölkische Schutz- und Trutzbund begann im Winter 1919/20 ebenfalls antisemitische Massenveranstaltungen durchzuführen.[35] Diese Linie entsprach den politisch-taktischen und putschistischen

Erwägungen, die von den abenteuerlich-militaristischen Kreisen der Monopolbourgeoisie und von Teilen der Reichswehrführung angestellt wurden. Nach der verfassungsmäßigen Konstituierung der Weimarer Republik und dem Inkrafttreten des Versailler Vertrages ging der deutsche Imperialismus dazu über, seine gerettete Macht zu festigen. Er startete eine politische, ökonomische und ideologische Offensive gegen die Errungenschaften der revolutionären Arbeiterbewegung und anderer demokratischer Kräfte. Im Kampf gegen den Abbau der Rechte der Betriebsräte durch das Betriebsrätegesetz, das von der Nationalversammlung am 13. Januar 1920 verabschiedet wurde, vergrößerte sich jedoch auch der Einfluß der KPD und des revolutionären linken Flügels der USPD in der Arbeiterklasse. Der Einfluß der rechten sozialdemokratischen Führer ging zurück; die Klassenfronten polarisierten sich.

In dieser Situation verstärkten sich die Auseinandersetzungen innerhalb der herrschenden Klasse: Es ging um den weiteren Weg zur Festigung und zum Ausbau ihrer innen- und außenpolitischen Macht, und dies schloß auch die Frage nach der Rolle der Reichswehr und den neugeschaffenen militaristischen Organisationen ein. Nachdem es im Verlauf des Jahres 1919 gelungen war, die imperialistische Staatsmacht zu konsolidieren, veränderten sich die Relationen zwischen der inneren und der äußeren Funktion des Militarismus. Für die deutsche Monopolbourgeoisie verringerte sich die Notwendigkeit, die Reichswehr im bisherigen Umfang für den Schutz der imperialistischen Macht- und Eigentumsverhältnisse im Inneren einzusetzen. Daher begannen führende Militaristen – unter ihnen vor allem General Hans von Seeckt, der im April 1920 zum Chef der Heeresleitung avancierte – mit dem Gedanken eines Ausbaus der Armee als Kern eines Massenheeres für künftige revanchistische Aggressionskriege zu spielen. In einer Verfügung an die Generalstabsoffiziere erklärte Seeckt: „Wenn wir arbeiten wollen, so müssen wir heraus aus dem Lärm des Tages. Daß der Offizier Verständnis gewonnen hat für die Fragen der Öffentlichkeit, daß er Teil nimmt am politischen Leben des Volkes, ist ein Fortschritt unserer Zeit. Daß so viele sich verpflichtet fühlen, ihre Ansichten der breiten Masse mitzuteilen, in den Kampf des Tages mit lauter Stimme einzugreifen, ist eine schlechte Sitte ..."[36] Andere Militaristen, vor allem General Lüttwitz, Kommandeur des Gruppenkommandos Nr. 1 der Reichswehr in Berlin, Oberst Max Bauer, früher ein enger Mitarbeiter Ludendorffs in der OHL, und Ludendorff selbst bereiteten

mit direkter Unterstützung der schwerindustriellen Monopolherren Hugo Stinnes, Gustav Krupp von Bohlen und Halbach, Paul Reusch sowie mit Hilfe der Deutschen Bank – zu ihren Aufsichtsratsmitgliedern gehörte auch der deutsch-nationale Generallandschaftsdirektor Wolfgang Kapp – einen Putsch zur Errichtung einer Militärdiktatur vor.

Beides, die Lösung vom „Lärm des Tages" und die Putschtaktik, förderte die Entwicklung der völkisch-faschistischen und antisemitischen Organisationen in vielen Teilen Deutschlands. Den Militaristen in Bayern erschienen diese außerdem als ein nützliches Auffangbecken politischer Art für jene Angehörigen der Truppe, die unter dem Druck der Entente bei der Verkleinerung des Heeres auf 100 000 Mann entlassen werden mußten und nicht alle in den Einwohnerwehren oder sonstigen paramilitärischen Verbänden zu erfassen waren. Sie sollten aber auch als ein Bestandteil jener Massenbasis mißbraucht werden, ohne die man weder bei dem unmittelbar geplanten Putsch, noch bei der weiteren Entwicklung nach rechts auskommen konnte.[37] Die bayerischen Protektoren der DAP wußten seit langem um die Vorbereitungen zum Kapp-Lüttwitz-Unternehmen. Vor dem Startschuß für die putschenden und sich mit Hakenkreuzen schmückenden Reichswehrbrigaden sollten jedoch ihre Ziele schon über zivile Kanäle propagiert werden. Es ist sicher kein Zufall, daß gerade Hitler, der „Aufklärer" der Reichswehr in der DAP, im Januar und Februar 1920 auf die Durchführung einer für die Maßstäbe dieser Partei außerordentlich großen Massenveranstaltung drängte.

Während sich die extrem rechten Kräfte der Großbourgeoisie, des Großgrundbesitzes und der Reichswehr darauf vorbereiteten, an die Stelle der Republik von Weimar eine als „nationale Regierung" verbrämte Militärdiktatur zu setzen, während die Kommunistische Partei Deutschlands in der Illegalität kämpfte und ihr Zentralorgan „Die Rote Fahne" zum wiederholten Male verboten war, lud die DAP für den 24. Februar 1920 zu einem öffentlichen Vortrag in den großen Saal des Hofbräuhauses am Platzl, einem der bekanntesten Bierpaläste im Zentrum Münchens. Es ist im einzelnen ungeklärt, aber nicht unerklärlich, woher das Geld für Saalmiete, Zeitungsannoncen, Flugblatt- und Plakatdruck genommen wurde, die diese Kundgebung publik machten und ihr einen starken, gemessen an Veranstaltungen ähnlicher Organisationen aber nicht ungewöhnlichen Zulauf von nahezu 2 000 Teilnehmern sicherten. „Was uns not tut!" – lautete das

Thema der Rede des Arztes Johannes Dingfelder, der als nationalistischer Sprecher in der Landeshauptstadt an der Isar kein Unbekannter war. Hitlers Name und die Absicht, ein 25 Punkte umfassendes faschistisches Parteiprogramm sowie die Namensänderung der Organisation in „Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei" bekanntzugeben, waren auf den Plakaten nicht erwähnt.[38]

Die Veranstaltung der NSDAP – aus diesem Namen leitete sich bald die abwertende Bezeichnung „Nazipartei" ab – vom 24. Februar 1920 im Münchener Bierpalast war in vieler Hinsicht nicht mehr als eine Episode in den von Klassenkämpfen erfüllten Jahren der revolutionären Nachkriegskrise, selbst wenn sie später in der faschistischen Geschichtsklitterung als der eigentliche Gründungsakt der faschistisch-nationalsozialistischen Bewegung gefeiert wurde. Aber auch in dieser Versammlung traten die sozialen und politischen Hauptkräfte einander gegenüber, deren unversöhnlicher Kampf die ganze Zeit der Weimarer Republik und die Jahre bis 1945 kennzeichnete. Der im Interesse der Reaktion agierende junge Faschismus zog durch Krieg, militärische Niederlage und Revolution, durch Münchener Räterepublik, Nachkriegsnot und einsetzende Inflation aufgescheuchte Kleinbürger an. Gleichzeitig war eine kleine Schar revolutionärer Arbeiter in das Hofbräuhaus gekommen, die jene politische Kraft repräsentierte, welche fortan unwandelbar der schärfste Gegner des Faschismus blieb. Von ihr waren, wie ein polizeilicher Überwachungsbericht überliefert, die Proteste laut geworden, die der nationalistischen Hetze und den verlogenen 25 Programmpunkten galten. Antifaschisten zogen gegen Ende der Versammlung mit Hochrufen auf die Internationale und auf die proletarische Räterepublik aus dem Saal. Mit dem Aufkommen des deutschen Faschismus regten sich also zugleich die Gegenkräfte. Mit dem Faschismus setzte sich – trotz seiner zeitweiligen Erfolge – die Untergrabung jener gesellschaftlichen Verhältnisse fort, zu deren Stabilisierung und Aufrechterhaltung er eigentlich auf den Plan gerufen wurde.

„Millionen stehen hinter mir." Der Sinn des Hitlergrußes. Kleiner Mann bittet um große Gaben. Fotomontage von John Heartfield (1932)

Weißer Terror gegen Revolutionäre der Münchener Räterepublik (1919)

Anton Drexler – der erste Vorsitzende der NSDAP

2. Kapitel

Das 25-Punkte-Programm: antikommunistisch-chauvinistisches Geständnis, sozialer Betrug und rassistischer Dünkel

Für den Schluß des ersten Bandes von „Mein Kampf" wählte Hitler im Jahre 1924 mit Bedacht eine Reminiszenz an den 24. Februar 1920. „Ein Feuer war entzündet", schrieb er – voller Selbstbescheidung nur sein eigenes Auftreten erwähnend und die Tatsachen mit mystischen Schleiern verhüllend. Aus der Glut dieses Feuers werde das Schwert kommen, „das dem germanischen Siegfried die Freiheit, der deutschen Nation das Leben wiedergewinnen soll. Und neben der kommenden Erhebung fühlte ich die Göttin der unerbittlichen Rache schreiten für die Meineidstat des 9. November 1918 ... Die Bewegung nahm ihren Lauf."[1] Von Bewegung konnte zwar damals noch nicht die Rede sein, wohl aber ließen Veranstaltung und Programm erkennen, wohin die Reise gehen sollte. Die revolutionären, progressiven und humanistischen Kräfte des deutschen Volkes, der historische Fortschritt der menschlichen Gesellschaft und das friedliche Zusammenleben der Völker waren in ein sich braun färbendes Visier der schlimmsten Reaktion genommen worden.

Zum ersten Mal waren am 24. Februar 1920 Widersprechende und Zwischenrufer verprügelt worden, hielt der physische Terror Einzug in die Versammlungssäle der Nazis. „Friedliche" Veranstaltungen gegen die Arbeiterbewegung galten seitdem als verpönt. Das „behördliche Maß an Anständigkeit" wurde bewußt gesprengt, um als das angestrebte Ziel aller Versammlungen einen „fanatischen Ausbruch völkischer und nationaler Leidenschaft" erreichen zu können. „Inhalt und Form" faschistischer Veranstaltungen sollten nach den Plänen ihrer Organisatoren immer geeignet sein, den Gegner, das revolutionäre Proletariat und alle progressiven, friedliebenden Kräfte „zu reizen".[2]

Mit seinen Worten verdeutlichte Hitler den Stil der nazifaschistischen Aktivitäten, deren Weg in der Zeit der revolutionären Nach-

kriegskrise von der Beteiligung am Kapp-Putsch zu einem eigenen Putschversuch führte. Die NSDAP trat im Zeichen des konterrevolutionären weißen Terrors an. Offener, brutaler und skrupelloser Terror im Dienste der herrschenden Klasse, die sich aus den Fesseln ihrer ökonomischen, politischen, militärischen und ideologischen Krise befreien wollte – das war von Anfang an das sichtbare und unverkennbare Kainsmal des Faschismus und der NSDAP.

Sowohl mit ihrem Terror als auch mit ihrer nationalen, sozialen und rassistischen Demagogie offenbarte die NSDAP ihren Klassencharakter, ihren gesellschaftlichen Standort, der die ganze weitere Entwicklung dieser neuen Partei des deutschen Imperialismus prägte, und seinen Niederschlag in der Ideologie des „Nationalsozialismus" wie im Parteiprogramm fand. Die 25 Punkte, beschlossen und verkündet am 24. Februar 1920, widerspiegelten die Entschlossenheit der Faschisten, „alle verfügbaren Mittel zum Schutze des Großkapitals und zur Durchsetzung seiner reaktionären Bestrebungen im Innern und seiner aggressiven Ziele nach außen einzusetzen".[3]

Das 25-Punkte-Programm der NSDAP, das von ihren Führern von Anfang an als „unabänderlich" und gleichzeitig auch als ein bloßes „Zeitprogramm" deklariert wurde, beinhaltete ein eklektisches Gemisch von Chauvinismus und Rassismus, von militantem Antikommunismus und Antisowjetismus, von sozialer Demagogie und pseudosozialistischer Revolutionsphraseologie. Hinter allen Formulierungen dieses Sammelsuriums von Leitsätzen für die Hand der nazifaschistischen Propagandisten schimmerte schlimmste, extrem reaktionäre Arbeiter- und Fortschrittsfeindlichkeit durch, verbarg sich die Bereitschaft zur offenen Gewaltanwendung gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung. Alles zielte darauf, größere Teile der Arbeiterklasse und anderer Schichten des werktätigen Volkes, vor deren revolutionärem und gesellschaftsumstürzendem Elan die herrschende Klasse zur Zeit der Novemberrevolution von 1918/19 gezittert hatte, wieder dem direkten politisch-ideologischen und organisierten Einfluß der Konterrevolution zu unterwerfen. Darüber hinaus war beabsichtigt, die Volksmassen so zu manipulieren, daß sie sich – im Gegensatz zu ihren eigentlichen, objektiven Interessen – willig und blind als Werkzeug imperialistischer Politik und Kriegsvorbereitung mißbrauchen lassen. Im Ergebnis antikommunistischer Hetze und chauvinistisch-rassistischer Demagogie sollte dem deutschen Monopolkapital eine eigene kleinbürgerliche Massenbasis entstehen, da die extrem reaktionären Kräfte

die Ideologie und Politik der rechten opportunistischen Führer von SPD und ADGB als unzureichend für die Niederhaltung der Arbeiterklasse und der anderen Werktätigen betrachteten.

So klar und eindeutig Zielsetzung und Aufgabe des Programms der NSDAP auch waren, die 25 Punkte selbst blieben in vielen einzelnen Formulierungen relativ unbestimmt und vielfältig deutbar. Diese Verschwommenheit des Programms war jedoch selbst programmatisch. Sie entsprang keineswegs, wie dies von bürgerlichen Historikern häufig behauptet wird, einer letztlich doch „sozialistischen" oder einer besonders raffinierten Denkweise seiner Verfasser. Sie beruhte vielmehr auf dem allen bürgerlichen Parteien wesenseigenen und grundsätzlichen Bestreben, die wirklichen Ziele vor der breiten Öffentlichkeit zu verschleiern. Sie diente, wie bei den Programmen der anderen bürgerlichen Parteien dazu, das bourgeoise Wesen ihrer Organisationen zu tarnen und den Volksmassen vorzuspiegeln, es werde Politik zu ihrem Nutz und Frommen gemacht. Alle Programme bürgerlicher Parteien wurden (und werden!) hauptsächlich für die Zwecke politischer „Reklame" entworfen und verbreitet; nicht Aufrichtigkeit, sondern Berechnung, nicht Wahrheit, sondern Zweck – so lauten folglich die Prinzipien, von denen sich ihre Verfasser leiten lassen.

Die im 25-Punkte-Programm der NSDAP feststellbare Unbestimmtheit und Verschwommenheit einzelner Aussagen entsprangen natürlich auch der Unausgegorenheit des politischen und weltanschaulichen Denkens der nazifaschistischen Führer. Vor allem widerspiegelten sie jedoch demagogische Absicht. Ein solches Programm ließ ganz nach Bedarf die unterschiedlichste und jeweils als nützlichste betrachtete Interpretation zu. Veränderten sich die konkreten Bedingungen des Ringens um die faschistische Beeinflussung der werktätigen Massen, so konnten auch die Deutungen wechseln.

Zynisch und offenherzig charakterisierte Hitler die 25 Punkte, als er sie ein „Werbeprogramm" nannte, das „psychologisch richtig auf die Seele derjenigen eingestellt" sein müsse, „ohne deren Hilfe die schönste Idee ewig nur Idee bleiben würde".[4] Die Masse habe das Wesen der faschistischen Zielsetzungen „weniger im Buchstaben unserer Leitsätze" zu suchen, als „vielmehr in dem Sinne, den wir ihnen zu geben imstande sind".[5] Obwohl mit dem Programm „in erster Linie dem Mann aus dem Volke ein *grobes* Bild des Wollens der Bewegung" gegeben werde, wirke sich jeder Versuch, eine „bessere Formulierung" zu suchen, verhängnisvoll aus: „Denn wie will man Menschen mit

blindem Glauben an die Richtigkeit einer Lehre erfüllen, wenn man durch dauernde Veränderungen am äußeren Bau derselben selbst Unsicherheit und Zweifel verbreitet?"[6] Selbst noch so wohlgemeinte, d. h. von reinen Nützlichkeitserwägungen ausgehende Änderungen würden nur „endlose Debatten" auslösen, zu „programmatischen Kämpfen" führen und die Aktivität der Bewegung nach außen herabsetzen.

Aus allen diesen Gründen sollte vor dem Sieg der NSDAP keinerlei Programmänderung vorgenommen, aber auch den kommenden Faschisten-Generationen auferlegt werden, alles so zu belassen, wie es Anfang 1920 niedergeschrieben und verlesen worden war. Zur Rechtfertigung dieses Standpunktes berief sich Hitler auch ausdrücklich auf die bewährte geistige und praktische Verführungskunst der katholischen Kirche und auf das Prinzip ihrer vatikanischen Spitze, an den Dogmen nicht zu rühren. Davon habe man auch in der Politik zu lernen. Am 22. Mai 1926 wurde das Parteiprogramm offiziell für unabänderlich erklärt, nicht zufällig in einer Situation, als interne Auseinandersetzungen die Mitglieder der Nazipartei verwirrten.

Hitlers Interpretation des NSDAP-Programms und dessen „Unabänderlichkeit" bedeutete in der Praxis der faschistischen Politik: intern würden sich die Naziführer mit der „Elite" der bürgerlichen Nation, den Kapitalisten und Junkern, ihren Ideologen und Militärs über das echte und gesamte Programm ihrer Partei grundsätzlich und im einzelnen noch zu verständigen haben. Für die herrschende Klasse reichten die 25 Punkte nicht hin, von denen die Demagogen als von einem „Glaubensbekenntnis" sprachen oder die sie, an Luthers Thesenanschlag an einer legendenumwobenen Wittenberger Kirche erinnernd, gar „Tesen" nannten. Und wenn auch der „gemeine Mann", sofern er überhaupt zum Programmtext griff, darin allzu viele seiner Fragen nicht beantwortet fand, so standen Hitler und die Unterführer bereit, ihm in exegetischen Erläuterungen den angeblichen „inneren Sinn" des Dokumentes bloßzulegen.

Obwohl sich die Funktion der NSDAP vorwiegend aus innenpolitischen Faktoren ableitete, standen die außenpolitischen Forderungen an der Spitze des faschistischen Parteiprogramms. In ihnen kamen die aggressiven, revanchistischen und expansionistischen Ziele des deutschen Imperialismus deutlich zum Vorschein, vor allem in den ersten drei der 25 Punkte.[7] Diese trugen dem bürgerlichen Nationalismus (aller Teile der imperialistischen Bourgeoisie) Rechnung und verlangten den „Zusammenschluß aller Deutschen ... zu einem Großdeutsch-

land“. Ferner forderten die Faschisten die „Gleichberechtigung des deutschen Volkes gegenüber den anderen Nationen und Aufhebung der Friedensverträge von Versailles und St. Germain“ sowie den Erwerb von „Land und Boden (Kolonien)“. Damit knüpfte die Nazipartei unmittelbar an die Vorarbeit an, die nahezu alle anderen bürgerlichen Parteien und Organisationen schon geleistet hatten, um die durch das imperialistische Friedensdiktat von Versailles möglich gewordenen nationalistischen Stimmungen unter größeren Teilen der Bevölkerung hochzuputschen. Ihre Forderungen richteten sich nicht nur gegen die 1919 erfolgten Gebietsabtretungen an Polen, Litauen, Dänemark, Belgien, Frankreich und Italien, sondern auch gegen die Zerschlagung der Doppelmonarchie Österreich-Ungarn und gegen die Bestimmung, daß der entstandene österreichische Staat sich mit dem Deutschen Reich nicht vereinigen durfte. Das Verlangen nach dem „Zusammenschluß aller Deutschen“ reichte jedoch über die – ohnehin nur durch einen neuen Krieg denkbare – Wiederherstellung des einstigen Territoriums noch hinaus. In dieser Formel verbarg sich der Anspruch, sich in die Angelegenheiten eines jeden Landes einmischen zu können, in denen deutsche Minderheiten lebten, und das war u. a. in der Tschechoslowakei, in Polen, Jugoslawien, Rumänien und in baltischen Staaten der Fall. Unumwunden gierte die NSDAP nach „Land und Boden“, worunter sie sowohl die verlorenen Kolonien in Afrika, Asien und Ozeanien als auch Gebiete in Europa verstand. Dies wurde im Programm mit demographischen und geopolitischen Scheinargumenten begründet; angeblich erforderten die Bevölkerungsdichte und die Ernährungssituation des Deutschen Reiches eine territoriale Expansion.

In wenigen, nahezu lapidaren Sätzen brachte die NSDAP nicht nur die größten Gebietsansprüche des deutschen Imperialismus und Militarismus, sondern sogar deren Absicht zum Ausdruck, das militärisch zustandegekommene Ergebnis des ersten Weltkrieges auch mit militärischen Mitteln wieder rückgängig zu machen. Zu diesem Zweck verlangte Punkt 22 des Programms, ein Massenheer („Volksheer“) zu schaffen, wobei dies mit der demagogischen Forderung nach „Abschaffung der Söldnertruppen“ verknüpft wurde. Die bewußt knapp und unklar gehaltene Formulierung dieses Punktes erhielt allerdings in der Nazipropaganda deutlichere Konturen, vor allem durch die Lobpreisungen des alten kaiserlichen Heeres. Die „gewaltigste Schule der deutschen Nation“ habe das unbedingte Gehorchen geübt, die Massen

„zum Idealismus und zur Hingabe an das Vaterland" erzogen und ein „einziges Volk gegenüber der Trennung in Klassen" bewirkt.[8]

Schillernd glänzten die gesellschafts- und die wirtschaftspolitischen Passagen des Programms der Nazipartei. An ihnen fiel am meisten auf, daß in ihnen kein ausdrückliches Bekenntnis zum Privateigentum an den Produktionsmitteln formuliert war. Genaueres Lesen überzeugt jedoch davon, daß die NSDAP für das Fortbestehen der Großbetriebe eintrat. Sie sprach sich mit Punkt 13 für die Verstaatlichung aller Trusts aus, allerdings mit der vielsagenden Klausel, daß es sich dabei nur um die „bisher bereits vergesellschafteten ... Betriebe" handeln dürfe. Dennoch erweckte sie bei denen, die befürchteten, Verstaatlichung sei bereits Enteignung und Sozialisierung, den Eindruck, als beabsichtige sie, gegen die Monopolunternehmungen vorzugehen. Beruhigt konnten sie allerdings konstatieren, daß das für sie so schreckliche Wort „Sozialismus" im Programm nicht ein einziges Mal auftauchte, auch nicht in solchen Verkleidungen wie „deutscher Sozialismus", „nationaler Sozialismus" oder „Nationalsozialismus", die in der faschistischen Propaganda ständig benutzt wurden.

Die zwar im Programm, aber nicht in den zahlreichen Erläuterungen fehlende offene Parteinahme für das Kapital behinderte später die Entwicklung der Beziehungen zwischen NSDAP und Teilen der imperialistischen Bourgeoisie mitunter recht erheblich, so daß sich Hitler am 13. April 1928 zu einer offiziellen Verlautbarung genötigt sah, die – in einem Tone, als würde die selbstverständlichste Sache verkündet – beteuerte, daß die NSDAP „auf dem Boden des Privateigentums" stehe. Gleichzeitig beseitigte er das programmatische Hindernis für engere Bindungen der Großagrarier an die Partei. Er erläuterte den Punkt 17 über die „Schaffung eines Gesetzes zur unentgeltlichen Enteignung von Boden für gemeinnützige Zwecke" als eine „in erster Linie gegen die jüdischen Grundstücksspekulationsgesellschaften" gerichtete Forderung.[9] Damit war selbst die völlig unbestimmt gehaltene Passage des NSDAP-Programms über eine „Bodenreform" praktisch hinfällig. Die Großagrarier konnten zufrieden sein, und den verführten Anhängern blieb der Kampf gegen ein Phantom, denn der Grundbesitz in den Händen Deutscher jüdischer Herkunft war lächerlich gering.

Phrasenhafter Wortradikalismus kennzeichnete die sozialpolitisch-pseudosozialistischen Teile des Programms: „Abschaffung des arbeits- und mühelosen Einkommens", „restlose Einbeziehung aller Kriegs-

gewinne", „Abschaffung des Bodenzinses" und vom „rücksichtslosen Kampf gegen diejenigen, die durch ihre Tätigkeit das Gemeininteresse schädigen". Dies und die wenigen Versprechungen, die die „Arbeiter"-Partei den Proletariern bot („Gewinnbeteiligung an Großbetrieben", „Ausbau der Altersversorgung" in den Punkten 14 und 15), wurden in den offiziellen Interpretationen des Programms vielfach als antikapitalistisch gedeutet, ja sogar mit dem falschen Etikett „revolutionär" versehen. Im Programm selbst war von „Antikapitalismus" oder „Revolution" nicht die Rede. Obwohl an bestimmte Forderungen, die in der Arbeiterklasse sehr populär waren, angeknüpft wurde, vermieden die Verfasser des Programms, von den Arbeitern oder von der Arbeiterschaft zu sprechen. Ganz bewußt sollte über die Existenz der Klassen hinweggetäuscht, sollte der antagonistische Gegensatz von Arbeiterklasse und Bourgeoisie verwischt werden.

Die „Köder", mit deren Hilfe man sich versprach, Teile der Arbeiterklasse für das Programm der Nazis zu gewinnen, waren nicht exakt adressiert. Demgegenüber wurde in Punkt 16 direkt die „Schaffung eines gesunden Mittelstandes" gefordert. Die NSDAP gab vor, die „Groß-Warenhäuser" kommunalisieren, deren Verkaufsräume an kleine Gewerbetreibende billig vermieten und die Kleinhändler bei der Belieferung von Staat, Ländern und Kommunen bevorzugen zu wollen. Sie versprach den „kleinen Leuten", daß ihre bisher durch das Bildungsmonopol der Reichen benachteiligten Kinder künftig auf Staatskosten ausgebildet würden und jeder Befähigte „in führende Stellung" einrücken könne. Wandten sich diese Zusicherungen an soziale Interessen des Kleinbürgertums, das seiner Existenzbedrohung entrinnen wollte und nach „oben" strebte, so wurden andere Passagen an das geistige Spießertum adressiert. Dazu gehörte die Ankündigung des staatlichen Kampfes gegen eine zersetzende „Kunst- und Literatur-Richtung" (Punkt 23) und das Eintreten für „das Sittlichkeits- und Moralgefühl der germanischen Rasse" (Punkt 24).

Als Eckpfeiler ihres Programms – und damit ihrer Bemühungen, den Einfluß des deutschen Imperialismus und Militarismus auf die werktätigen Massen zu vergrößern – bezeichneten die Faschisten zwei Losungen, von denen die eine jeder kapitalistischen Versicherungsgesellschaft als Werbespruch, jeder Schrebergarten-Kolonie als Panier, jedem Lotterie-Verein als Devise hätte dienen können. Brecht nannte den Satz, wonach „Gemeinnutz vor Eigennutz" gehen solle, einen der populärsten Sätze des Hitlerfaschismus, wurde in ihn doch nicht nur

hineingelesen, daß die Interessen der „kleinen Leute" im Mittelpunkt der Politik stehen sollten, sondern man pries ihn fälschlich sogar als „sozialistisch" an. In Wirklichkeit lief er auf den abgeschmackten Appell an Proletarier, Kleinbürger und Bourgeois hinaus, sich als „Volksgemeinschaft" zu fühlen, einander zu nützen und vereint dem Staat zu dienen. Die andere Parole postulierte die „Brechung der Zinsknechtschaft". Mit ihr, so hohl sie politisch-ökonomisch war, erzielten die Nazis den beabsichtigten, nahezu magischen Effekt. Ihr unterlegten die Kleinbürger, welche der NSDAP beitraten oder sie wählten, den Sinn, daß diese Partei sie in einem faschistischen Staat befreit von Schulden und anderen finanziellen Existenzbedrohungen sowie in sozialer Sicherheit leben lassen würde. Insbesondere das ländliche Kleinbürgertum, das vielfach Haus, Hof, Vieh und Acker verpfänden mußte, um sich im unerbittlichen Konkurrenzkampf zeitweilig behaupten zu können und dadurch doch nur eine qualvolle Verlängerung des Elends erreichte, verband mit dieser Formel die Vision von einem ganz neuen Dasein. Gerieten die Faschistenführer mit dieser Losung aber an Angehörige der Kapitalistenklasse, die wissen wollten, ob sie künftig besser und völlig ungehindert über ihr Kapital und seinen Einsatz verfügen könnten, so bogen die Nazis ihre zugkräftige Parole nationalistisch um und erklärten, Existenzform der „Zinsknechtschaft" sei die Reparationspflicht des Deutschen Reiches aus dem Versailler Vertrag und nur gegen diese richte sich ihr Spruch.

Eine Reihe von Fragen, darunter solche, die zum Zeitpunkt des Erscheinens der 25 Punkte unter den Rechtskräften im Weimarer Staat umstritten waren, ließ das Programm offen. Dazu gehörte die Organisationsform des anzustrebenden faschistischen Staatswesens. Monarchische Spitze oder „Führerstaat" – das wurde offenbelassen und verbindlich auch in späteren Kundgebungen der NSDAP vor dem 30. Januar 1933 nicht festgelegt. So konnten sich der Nazipartei Monarchisten verschiedenster Couleur, darunter Prinzen aus den früher regierenden Häusern Preußens, Hessens, Schaumburg-Lippes, Mecklenburgs u. a. ebenso anschließen, wie jene, die eine monarcho-faschistische Staatsform – etwa nach dem Vorbild Italiens – strikt ablehnten. Das Programm erweckte sogar in einigen vagen Wendungen den Eindruck, als sollten unter einem faschistischen Regime sogar bürgerliche Rechte und Freiheiten gewahrt werden. Im sechsten Punkt las man von dem Recht der Staatsbürger, „über Führung und Gesetze des Staates zu bestimmen", während der letzte ein „politisches Zentralparlament"

mit unbedingter Autorität sowie eine wirtschaftliche Gesetzgebung durch „Stände- und Berufskammern" versprach.

Offen ließen die Faschistenführer auch, wie im einzelnen die geforderte „starke Zentralgewalt" und die Fortexistenz von „Bundesstaaten", jener Überreste feudaler Staatlichkeit, miteinander in Einklang gebracht werden sollten. Die NSDAP hatte auf die Tatsache Rücksicht zu nehmen, daß sich ihr bisheriger Einfluß nahezu nur auf Bayern beschränkte, wo jede einseitige Betonung des Zentralismus unweigerlich auf den Widerstand partikularistischer Borniertheit stoßen mußte. Später dann, an die Macht gekommen, hat auch der Faschismus nicht etwa eine gegen den Föderalismus gerichtete „Reichsreform", wohl aber im Einklang mit dem Kriegsplan, welcher die äußerste Zusammenfassung aller Kräfte erforderte, eindeutig zentralistische Führungsprinzipien durchgesetzt.

Im 25-Punkte-Programm dominierte die Forderung nach einem strikten Kampf aller reaktionären Kräfte gegen die „korrumpierte Parlamentswirtschaft", womit die bürgerlich-parlamentarische Herrschaftsform der Weimarer Republik insgesamt gemeint war. Dieser Staat sollte beseitigt und durch einen neuen ersetzt werden, in dem diktatorisch alles verwirklicht werden sollte, was die Faschisten in ihr Programm schrieben und was den reaktionärsten Wünschen der Monopolbourgeoisie entsprach.

Neben diesem politischen Kern des Programms, der von Antikommunismus und Chauvinismus getragen war, standen rassistische und namentlich antisemitische Forderungen an der Spitze der offiziellen weltanschaulichen Verlautbarungen der NSDAP. In direkter und indirekter Abhängigkeit von ihrer politischen Funktionalität offenbarte sich die nazifaschistische Judenfeindschaft in allen Programmpunkten, ohne daß in diesen freilich bereits die Konturen von Auschwitz vorgezeichnet gewesen wären. Klar war in den Punkten 5 bis 8 ausgesprochen, daß die Deutschen jüdischer Herkunft im faschistischen Reich ihre staatsbürgerlichen Rechte verlieren und die nach 1914 aus Osteuropa eingewanderten Juden ausgewiesen werden sollten. Unmißverständlich kündigte das Programm auch die Absicht an, die jüdischen Menschen unter diskriminierende Sondergesetze zu stellen, ihnen jede öffentliche Anstellung in Reich, Ländern und Gemeinden zu entziehen und ihnen auch die Betätigung in Kunst, Literatur und Journalistik zu verbieten, also Zehntausende ihrer Existenzgrundlage zu berauben und sie mittels Schikanen aus dem Reichsgebiet zu vertreiben. Außer-

dem sollte die Betätigung des jüdischen Glaubensbekenntnisses untersagt werden. Es war eine dreiste Lüge, wenn Parteigänger des Faschismus später behaupteten, im NSDAP-Programm hätte sich der Antisemitismus nur in der Ankündigung einer gegen jüdische Menschen gerichteten Fremden-Gesetzgebung ausgedrückt.

In zeitgenössischen und auch in späteren bürgerlichen Urteilen über das 25-Punkte-Programm der NSDAP finden sich häufig Vokabeln wie dürftig, dilettantisch, nichtssagend und ähnliches mehr. Tatsächlich war das Naziprogramm – wie damals bereits die deutschen Kommunisten einschätzten – „ein Flickwerk aus kleinlichsten sozialen Reformen, kleinbürgerlichen Utopien und nationalistischen Phrasen, aus liberalen, sozialreformistischen und feudalreaktionären Ideen zusammengeschustert", das nur dazu geschaffen worden sei, Massen zu gewinnen und „nach der Machteroberung als Fetzen Papier behandelt zu werden".[10] Vor allem dienten die 25 Punkte und die politisch-weltanschaulichen Postulate der NSDAP als Grundlage ihres militanten Antikommunismus und Antisowjetismus, der Rechtfertigung ihres terroristischen Vorgehens gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung.

In seiner Rede vor dem Preußischen Landtag am 24. November 1922 setzte sich Wilhelm Pieck ausführlich mit dem arbeiterfeindlichen Programm der Faschisten auseinander und erklärte, die Forderung nach einer straffen Zentralgewalt durch die Nazis bedeute, daß jene eine „uneingeschränkte und rücksichtslose Diktatur" ausüben wollen und „fortgesetzt versuchen, nicht nur die sogenannte Ordnung und Sicherheit zu stören, sondern die drauf und dran sind, die Arbeiterschaft zu überfallen, um sie unfähig zu machen in ihrem Kampf gegen die Industriellen".[11] Insbesondere werde, so erklärte Wilhelm Pieck, gegen die Kommunisten gehetzt, diesen die „Schuld ... an dem wachsenden Elend, an der wachsenden Existenzunsicherheit und den Unruhen im Staats- und Wirtschaftsleben" gegeben.[12] Am 18. April 1923 schrieb der Kommunist Hermann Duncker in der „Roten Fahne" dazu: „Kommunismus und Sozialismus haben keinen blutrünstigeren Gegner als die Drahtzieher des völkischen Nationalsozialismus." An anderer Stelle warnte er vor dem Versuch der Faschisten, mit Hilfe ihrer Ideologie unter kleinbürgerlichen Teilen der Bevölkerung Einfluß zu erringen. Der Weg der Faschisten werde jedoch nur um einen hohen Preis erfolgreich sein, um den „des Verderbens der Nation, des Niedergangs der Kultur und des Ruins der Wirtschaft, der in kurzem die Intelligenz und den Mittelstand in den Abgrund reißen muß".[13]

Das Naziprogramm sollte nach den Absichten seiner Verfasser den Terror gegen die Arbeiterbewegung rechtfertigen, gleichzeitig aber auch als Grundlage einer Lehre dienen, die dem Marxismus als „gleichwertig" entgegengesetzt werden konnte. Dabei ging es den Faschisten nicht um eine wie auch immer geartete wissenschaftliche, sachliche und in sich logische Grundlage, sondern lediglich um die „Erziehung" der Volksmassen zu blindem politischem „Glauben" und „kämpferischem Fanatismus". Darin erblickten die Nazis die vom Imperialismus gewünschte „neue geistige Einstellung" der Massen, deren Fehlen „bislang noch immer die Bekämpfung des Marxismus" habe scheitern lassen. Man brauche, so erklärte Hitler, für den Fall der Vernichtung des Marxismus eine Weltanschauung, eine Bewegung, von der zu erwarten wäre, daß sie „die großen Scharen der nun mehr oder weniger führerlos gewordenen Arbeiter in ihren Bann zu ziehen" vermag. Diese Arbeiter würden doch nicht „augenblicklich in eine bürgerliche Partei ... einrücken".[14]

Die Arbeiter- und Volksfeindlichkeit bildete – in enger Verbindung mit Antidemokratismus, Chauvinismus, Revanchismus, Rassismus sowie mit offener Verherrlichung von Terror und nackter Gewalt – das hauptsächliche Anliegen der faschistischen Programmatik. Diese richtete sich weder gegen den Kapitalismus, noch enthielt sie irgendwelche revolutionäre Ideen und hatte alles andere als sozialistische Gesellschaftsverhältnisse zum Ziel. Ihre Verfechter vertraten mit der These vom „deutschen Sozialismus" einen demagogischen Pseudosozialismus,[15] der die Herrschaft des Imperialismus verhüllen und die Massen für dessen Interessen mobilisieren sollte. Sie gingen – nicht unbegründet – von der Annahme aus, daß mit einer direkten Apologetik der bürgerlichen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung Macht und Profit der Monopolbourgeoisie ideologisch nicht länger zu stützen möglich waren, zu sehr hatte sich der Kapitalismus in den Augen der Massen diskreditiert. Die auf der Grundlage des 25-Punkte-Programms von der NSDAP betriebene Demagogie des Antikapitalismus und Pseudosozialismus, die objektiv den Bedürfnissen des staatsmonopolistischen Kapitalismus entsprach, verknüpfte sich bei den Nazis mit einem pseudorevolutionären Aktivismus, der sich „am Bilde der kriegerisch-gewaltsamen Aktion orientierte, ... Kadavergehorsam forderte und diesen Gehorsam allein an den Befehl, jedoch an keine Legalität band".[16] Die faschistischen Theoretiker ersetzten den tiefen Pessimismus, die Untergangsstimmung vieler bürgerlicher Philosophen durch eine Art

Mobilisierungsideologie, mit deren Hilfe die Volksmassen zu einer – dem imperialistischen Drang nach Expansion und Terror gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung entsprechenden – fanatischen Aktivismus-Bereitschaft manipuliert werden sollten. Daher gehörte auch der Mißbrauch von Symbolen, Liedern und Traditionen der Arbeiterbewegung zum Mechanismus der faschistischen Beeinflussung des werktätigen Volkes.

Der Extrakt der reaktionärsten Ideen des 19. und 20. Jahrhunderts fand Eingang in Ideologie und Programm der NSDAP. Im Grunde stellte der „Nationalsozialismus" – bar an eigenen Gedanken – nur eine neue politische Synthese aller menschenfeindlichen, prokapitalistischen Strömungen der bürgerlichen Philosophie, Staatslehre, Geschichtsschreibung, Soziologie usw. dar. Er wollte trotz seines eklektizistischen, in sich äußerst widersprüchlichen Charakters bei den werktätigen Massen den Eindruck erwecken, die Überwindung der allgemeinen Krise des bürgerlichen Denkens zu sein. Bei aller Unterschiedlichkeit der vom Faschismus aufgegriffenen Ideen und benutzten Quellen – der direkt übernommenen wie auch der indirekt und über vielfältige, alltägliche Kanäle vermittelten – waren den 25 Forderungen der Nazipartei gemeinsam: Antikommunismus und eine bewußt angewandte soziale Demagogie, gepaart mit chauvinistisch-militaristischer Abenteuerlichkeit, mit Antisowjetismus und Rassismus, mit Antidemokratismus und Antiparlamentarismus, völlige Verkehrung und Mystifizierung aller wirklichen gesellschaftlichen Zusammenhänge, systematische und restlose Beseitigung aller progressiver Gedanken und des humanistischen Geistes. Ihre Leitideen beinhalteten vor allem die Verabsolutierung der Interessen einer angeblich zur Weltherrschaft auserwählten „arischen Herrenrasse" sowie die Idee „volksgemeinschaftlicher" Klassenversöhnung, die volksfeindliche und elitäre Hoffnung auf eine beliebige Manipulierbarkeit der werktätigen Massen, das militaristisch-faschistische Führerprinzip, das bald mit dem „Führerkult" verknüpft wurde.[17]

Die deutschen Faschisten setzten die Traditionslinie der chauvinistisch-antidemokratischen und rassistischen Varianten der imperialistischen Ideologie des 19. und des beginnenden 20. Jahrhunderts fort, die vor allem eng mit dem Programm des Alldeutschen Verbandes und der antikapitalistischen Demagogie der konservativ-antisemitischen, christlich-sozialen Bewegung um den Hofprediger Adolf Stoecker sowie mit dem Namen des Philosophen Friedrich Nietzsche und seinen

Ideen vom „Willen zur Macht" und vom „Übermenschen", mit seiner Absage an wissenschaftliche Formen des Denkens und deren vollendeter Abstraktion im Mythos, verbunden war.[18] In ihrem Chauvinismus und Rassismus stützte sich die NSDAP auf den französischen Schriftsteller Joseph Arthur de Gobineau, der als Ideologe der feudalen Reaktion in seinem „Versuch über die Ungleichheit der Menschenrassen" (1853) den Rassenkampf zur Triebkraft der Geschichte erklärte, auf den englischen, aber in Deutschland lebenden Geschichtsphilosophen Houston Stewart Chamberlain, der in „Die Grundlagen des 19. Jahrhunderts" (1899) die aggressiven und expansionistischen Ziele der Alldeutschen begründen half, auf Georg Ritter von Schönerer, einem leidenschaftlichen Verfechter all- und großdeutscher Interessen in Österreich, auf den deutschen Religionshistoriker Paul Anton de Lagarde und seine vor allem in den „Deutschen Schriften" vertretenen irrationalistisch-mystischen Auffassungen, auf den Schriftsteller Julius Langbehn („Rembrandt als Erzieher", 1894), auf den Herausgeber des „Handbuches der Judenfrage" (1887), Theodor Fritsch, sowie auf den Historiker Heinrich von Treitschke, der 1879 verkündet hatte: „Die Juden sind unser Unglück!"[19]

Diese im Wilhelminischen Deutschland weit verbreiteten und 1919/20 stark angewachsenen alldeutsch-chauvinistischen Auffassungen bilden eine der wesentlichsten ideengeschichtlichen Wurzeln der faschistischen Ideologie des Nationalsozialismus. Die Punkte 3 bis 6, 14, 16 und 23 scheinen sogar mehr oder weniger direkt dem berüchtigten Buch „Wenn ich der Kaiser wär" des Alldeutschen Heinrich Claß aus dem Jahre 1912 entnommen zu sein.[20] Die sich selbst „Völkische" nennenden nationalistisch-konservativ-antisemitischen Ideologen und Politiker begründeten ihre extremen Forderungen auch mit den pseudowissenschaftlichen Theorien des geographischen Determinismus und der Geopolitik, wie sie z. B. Karl Haushofer in seiner „Zeitschrift für Geopolitik" vertrat, des Malthusianismus und des Sozialdarwinismus, der Darwins Konzeption vom „Kampf ums Dasein" und von der „Auslese der Tauglichsten" mechanisch auf die Gesellschaft übertrug und damit die sozialen Beziehungen der Menschen nach einem biologisch mystifizierten Modell interpretierte, und nicht zuletzt mit Hilfe der elitären psychologisierenden Theorien eines Gustave Le Bon („Psychologie der Massen", 1895, deutsch 1908) und eines Scipio Sighele („Psychologie des Auflaufs und der Massenverbrechen", 1897). Alle diese Theorien, die Ausdruck und das Ergebnis

der mit dem Übergang vom Kapitalismus der freien Konkurrenz zum Monopolkapitalismus unlöslich verbundenen Wende zur „Reaktion auf der ganzen Linie"[21] sind, richteten sich gegen das wachsende Streben der Arbeiterklasse und anderer demokratischer Kräfte, die eigenen Geschicke selbst bestimmen zu wollen und nicht länger von der Leitung der Gesellschaft und des Staates ausgeschlossen zu sein.

In den Jahren der Weimarer Republik wurde der Nationalsozialismus systematisch von den Ideen der Jungkonservativen genährt, die das eigentliche theoretische Fundament der faschistischen Ideologie lieferten und zu den entscheidenden theoretischen Wegbereitern des Faschismus in Deutschland gehörten.[22] Die Konservativen und Jungkonservativen vom Schlage eines Oswald Spengler („Der Untergang des Abendlandes", 1918; „Preußentum und Sozialismus", 1919), Arthur Moeller van den Bruck („Das dritte Reich", 1923) Edgar Jung („Die Herrschaft der Minderwertigen. Ihr Zerfall und ihre Ablösung durch das Neue Reich", 1927), Ernst Jünger („In Stahlgewittern", 1920; „Der Kampf als inneres Erlebnis", 1922) und anderer mehr verherrlichten wie die Faschisten den Krieg, schmähten die Weimarer Republik und bereiteten deren Untergang theoretisch und politisch vor. Sie suchten nach einem – vom Althergebrachten abweichenden, vor allem einen Erfolg versprechenden – Ausweg aus den vielfältigen Krisenerscheinungen der bürgerlichen Politik und Ideologie. Ihnen ging es um die geistige Fundierung einer als notwendig betrachteten politischen Neuorientierung der herrschenden Klasse im faschistischen Sinne. Diesen Gemeinsamkeiten in der Ideologie des Jungkonservatismus und des Nationalsozialismus gegenüber fielen die Unterschiede recht unerheblich ins Gewicht. Beide stellten Erscheinungsformen des sich entwickelnden deutschen Faschismus dar.[23] Differenzpunkte gab es in den Vorstellungen über die Form des imperialistischen Staates, über den Führungsanspruch im Lager der Rechtsextremisten, vor allem aber über die den Massen zugedachte Rolle im Prozeß der Rechtsentwicklung und der Faschisierung. Die Konservativen beherrschte ein tiefes Mißtrauen gegen alle Versuche, die Masse des Volkes nicht nur unterdrücken, sondern auch für die Reaktion mobilisieren zu wollen. Sie sahen darin eine Verunsicherung der kapitalistischen Eigentumsverhältnisse.

Das Programm, die Ideologie und auch die eigentlichen Ziele der NSDAP fanden in Hitlers „Mein Kampf" eine umfassende und für die Nazis autoritative Interpretation. Der stärker autobiographisch

angelegte erste Band („Eine Abrechnung", 1925) und der zweite Band („Die nationalsozialistische Bewegung", 1926), die später immer in einem Buch vereinigt und bis 1945 in nahezu 10 Millionen Exemplaren aufgelegt wurden, enthielten pseudowissenschaftliche und pseudophilosophisch verbrämte Bekenntnisse zu den Zielen der extrem reaktionären Kräfte des deutschen Imperialismus und Militarismus. In penetranter Mischung von Äußerungen über persönliche Erlebnisse und zur Geschichte der NSDAP, von politischer, sozialer und historisierender Programmatik sowie von Leitartikeln faschistischer Zeitungen ließ sich Hitler über seine von Haß und Wut getragene Feindschaft gegenüber der revolutionären Arbeiterbewegung aus. Die „jüdische Lehre des Marxismus" – bei ihm Synonym für Politik und Ideologie der fortgeschrittensten Klasse in der bürgerlichen Gesellschaft – führe zu „Chaos", „Kulturverfall", „Zerstörung der gesamten Menschheit"[24] und zur „Herrschaft des Minderwertigen"; alles Formulierungen, die sich im Vokabular der Antikommunisten aller Schattierungen und der Prediger einer „Gefahr aus dem Osten" fanden (und heute noch finden!).

Breit ließ sich Hitler auch darüber aus, was nach seiner – keineswegs originären – Auffassung von der Bourgeoisie im ersten Weltkrieg und in der Novemberrevolution alles falsch gemacht worden und woran die „Bekämpfung des Marxismus ... gescheitert" sei, mit welchen Mitteln man den revolutionären, internationalistischen Ideen der Arbeiterklasse begegnen müsse. Hitler suchte die Ursachen des militärischen und des politischen „Zusammenbruches" von 1918 zu ergründen und daraus Schlußfolgerungen für den künftigen Weg in einen neuen, erfolgversprechenderen Krieg zu ziehen, an dessen Ende kein neuer 9. November, d. h. keine Revolution der Arbeiterklasse stehen sollte. Die Führung des kaiserlichen Reiches habe der „Pestilenz" des Marxismus, der revolutionären Arbeiterbewegung, dem Parlamentarismus und der bürgerlich-liberalen Demokratie zu wenig Gewalt und keinen „neuen zündenden Gedanken" entgegengesetzt. Sie hätte die Führer der Arbeiterklasse besser „hinter Schloß und Riegel setzen, ihnen den Prozeß machen und sie der Nation vom Halse schaffen" sollen. „Man mußte rücksichtslos die gesamten militärischen Machtmittel einsetzen zur Ausrottung dieser Pestilenz."[25]

Hitler postulierte den „Grundsatz ..., daß für die Menschheit der Segen nie in der Masse lag" und man daher „den besten Köpfen die Führung und den höchsten Einfluß im ... Volke sichern" müsse.

Die durch die Klassenkämpfe des Proletariats und vor allem durch die Novemberrevolution verschreckten Naziführer stellten den „Marxismus ... als den in Reinkultur gebrachten Versuch des Juden dar, auf allen Gebieten des menschlichen Lebens die überragende Bedeutung der Persönlichkeit auszuschalten und durch die Zahl der Masse zu ersetzen". Der „Masse" aber käme „politisch die parlamentarische Regierungsform" und „wirtschaftlich das System einer Gewerkschaftsbewegung"[26] zugute. Die günstigste „Lösung der deutschen Zukunft" sei daher an deren Beseitigung sowie „an die nationale Gesinnung der breiten Masse unseres Volkes" gebunden. Folgerichtig erklärte Hitler die „Nationalisierung der Massen" zur „höchste(n) und gewaltigste(n) Aufgabe", zum „oberste(n) Ziel" des Faschismus.[27]

Ausführlich beschäftigte sich Hitler daher auch mit den Notwendigkeiten und Möglichkeiten der Ausnutzung systematisch betriebener Propaganda im Dienste von Profit und Krieg, wobei eine seiner vielfältigen elitären Schlußfolgerungen lautete, daß „die Vorsicht bei der Vermeidung zu hoher geistiger Voraussetzungen gar nicht groß genug sein" könne. Seine arbeiterfeindlichen und gegen die Volksmassen zielenden Auffassungen – im Sommer 1928 in einem weiteren, damals allerdings nicht veröffentlichten Buchmanuskript noch vieler offener und brutaler formuliert[28] – verbanden den extremen Revanchismus und das Faschisierungsstreben der deutschen Monopolbourgeoisie nach dem ersten Weltkrieg mit einem vor allem gegen die Sowjetunion gerichteten antikommunistischen Kriegs- und Eroberungsprogramm. Er rechtfertigte in aggressiven, rassistischen Formeln das Diktat der Monopole nach innen, den Terror gegen die Arbeiterbewegung, die Zerstörung der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie sowie die Versklavung und die Ausrottung anderer Völker.

In der Interpretation der außenpolitischen Ziele der reaktionärsten Teile des deutschen Imperialismus und Militarismus ging Hitler grundsätzlich und weit über die Forderung nach einer Revision des Versailler Vertrages hinaus. Es gehe, so dozierte er, um mehr als nur um die „Wiederherstellung der Grenzen des Jahres 1914". Bliebe man dabei stehen, sei dies „ein politischer Unsinn von (den) Ausmaßen und Folgen" (eines) „Verbrechens". Die Reichsgrenzen von 1914 – auch die im Westen – wären weder logisch noch vollständig oder vernünftig gewesen. Das imperialistische Deutschland müsse im Kampf gegen Frankreich und England zu einer „Weltmacht" werden, „Schwert und Blut" einsetzen für den „Gewinn eines Siedlungsgebietes, das die

Grundsätzliches Programm

der nationalsozialistischen

Deutschen Arbeiter-Partei.

Daher fordern wir:

Brechung der Zinsknechtschaft.

Gemeinnutz vor Eigennutz.

München, den 24. Februar 1920

Für den Partei-Ausschuß: Anton Drexler

Spenden u. Beiträge sind zu richten an die Geschäftsstelle München: **Corneliusstr. 12** (Tel. 23620)

Das demagogische 25-Punkte-Programm der NSDAP (1920)

Kampf gegen den Faschismus. Plakat der KPD nach einem Entwurf von John Heartfield (1924)

Grundfläche des Mutterlandes selbst erhöht und dadurch ... der gesamten Raummenge jene Vorteile sichert, die in ihrer vereinten Größe liegen".[29] Hitler bestimmte eindeutig als Ausfluß seiner antisowjetischen Grundhaltung die Richtung der künftigen Eroberungskriege: Der deutsche Imperialismus habe dort anzusetzen, „wo man vor sechs Jahrhunderten endete. Wir stoppen den ewigen Germanenzug nach dem Süden und Westen Europas und weisen den Blick nach dem Land im Osten. Wir schließen endlich ab die Kolonial- und Handelspolitik der Vorkriegszeit und gehen über zur Bodenpolitik der Zukunft. Wenn wir aber heute in Europa von neuem Grund und Boden reden, können wir in erster Linie nur an Rußland und die ihm untertanen Randstaaten denken."[30]

Mit betonter Verblüffung ist später, in und nach den Jahren des zweiten Weltkrieges, vielfach die Übereinstimmung dieses Programms mit dem tatsächlichen Ablauf der Ereignisse registriert worden. Bürgerliche Historiker schließen daraus gern und aus durchsichtigen Gründen auf einen „Fahrplan", den der „Welteroberer Hitler" zunächst selbständig ausgearbeitet und dann in eigener Regie bzw. kraft eigener Selbstherrlichkeit in die Realität umsetzen wollte. Das Ziel derer, die von einer angeblichen Identität des Willens von Hitler und der Ursachen des Geschichtsprozesses ausgehen, ist es vor allem, den objektiven Charakter der Aggressivität und der Abenteuerlichkeit des deutschen Monopolkapitals zu leugnen. Sie „vergessen", daß solche expansionistischen und annexionistischen Pläne dutzendfach vorgelegt wurden.[31] Sie unterschlagen die Abhängigkeit der Verwirklichung dieser Kriegspläne von den konkreten historischen Bedingungen, die von der weltweiten Auseinandersetzung zwischen Sozialismus und Imperialismus sowie vom Konkurrenzkampf zwischen den imperialistischen Mächten diktiert wurden, nicht von der Nazipartei oder ihrem „Führer".

Zu den wichtigsten und am weitesten verbreiteten, direkt das 25-Punkte-Programm erläuternden und ergänzenden Schriften der Nazipartei gehörten die von Gottfried Feder. Dieser „Programmatiker der Bewegung" veröffentlichte 1923 eine Broschüre unter dem Titel „Der deutsche Staat auf nationaler und sozialer Grundlage. Neue Wege in Staat, Finanz und Wirtschaft" und 1927 in der von ihm herausgegebenen Reihe „Nationalsozialistische Bibliothek" als erstes Heft „Das Programm der NSDAP und seine weltanschaulichen Grundgedanken". In letzterem fügte sich Anklage an Anklage gegen den Marxismus,

verbunden mit einigen Attacken auch gegen das Kapital. Letzteres schwächte sich im Laufe der zwanziger Jahre jedoch ab. Zunächst hieß es noch in typisch sozialdemagogischer Manier: „Riesenbetriebe (Konzerne, Syndikate, Trusts) werden verstaatlicht"; in der 7. Auflage stand allerdings schon zu lesen: „Der Nationalsozialismus wird auch größere industrielle Werke, solange sie in Privatbesitz bleiben (wir denken an Krupp, Mannesmann, Thyssen usw.), keineswegs als den Interessen der Gesamtheit zuwiderlaufend behandeln."[32]

Neben Feders Exegese des Programmtextes machte seit 1922 unter den Nazis auch die Schrift „Wesen, Grundsätze und Ziele der NSDAP" von Alfred Rosenberg die Runde. Der aus weißgardistischen baltendeutschen Kreisen stammende und von fanatischem Antikommunismus beseelte Rosenberg hob hauptsächlich den Rassismus als Grundelement mystizistischer Welteroberungsideen hervor. An Nietzsche und Chamberlain anknüpfend, erhob er 1930 in seinem Hauptwerk „Der Mythus des 20. Jahrhunderts" lautstarke Kritik am Marxismus, am Sozialismus und am Humanismus, aber auch an den Erscheinungsformen des bürgerlichen Demokratismus und Liberalismus, ferner am sogenannten Kulturverfall, an der Kirche. Solche früheren Ideale und Werte wie „Verchristlichung der Welt" und „Humanisierung der Welt" hätten den „Strom blutigroten wirklichen Lebens" mißachtet[33], das Bürgertum sei „dank humanitärer Verblödung ... am 9. November 1918" zerbrochen, aber die nordisch-arische Rasse könne Rettung bringen: „Eine neue Zeit deutscher Mystik ist angebrochen, der Mythus des Blutes und der Mythus der freien Seele" seien – natürlich mit dem Faschismus – zu „neuem bewußtem Leben" erwacht.[34]

Auch alle anderen programmatischen Verlautbarungen, Äußerungen und Reden von Naziführern – u. a. von Walther Darré, Joseph Goebbels, Gregor Strasser, Julius Streicher[35] – über die von der NSDAP angestrebte Zukunft im gelobten „Dritten Reich" (das dem ersten, dem bis 1806 existierenden „Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation", und dem zweiten, dem Kaiserreich der Jahre 1871 bis 1918, folgen sollte) liefen auf das gleiche hinaus: allen alles zu versprechen, Dummheit und Verzweiflung, Hoffnungslosigkeit und Gutgläubigkeit, Begeisterungsfähigkeit und Opferbereitschaft gewissenlos auszunutzen Alles zielte auf die Schaffung einer Massenbasis für das Streben des deutschen Imperialismus und Militarismus, in Europa und der Welt seine Vorherrschaft zu errichten, nach dem „großdeutschen" ein „groß-

germanisches", weltumspannendes Imperium zu schaffen, wobei unverhohlen an die alte, reaktionäre Tradition der „Reichsidee" angeknüpft wurde.

Je mehr allerdings die Nazipartei an Einfluß gewann und je aussichtsreicher sie im Kampf um die Führung des imperialistischen Staates wurde, desto stärker trat der Chauvinismus hervor. Gleichzeitig fielen der sozial-demagogische Wortradikalismus in den bis zu einem gewissen Grade internen Versammlungen ihrer Anhänger und der gemäßigte Ton der offiziellen Verlautbarungen immer mehr auseinander. Befriedigt konstatierte eine im zweiten Halbjahr 1932 angefertigte Expertise der Deutschen Reichsbank, daß das sogenannte wirtschaftliche Sofortprogramm der NSDAP, das am 29. Juli 1932 bekanntgegeben worden war, „im Vergleich zu den bekannten früheren Forderungen der NSDAP merklich abgemildert ist". Die Sachverständigen der Bank stellten fest: „Die schon seit längerer Zeit zu beobachtende Tendenz eines Abrückens von allzu extremen Wirtschaftsforderungen scheint sich also in der NSDAP durchgesetzt zu haben."[36]

Es war schließlich mehr als bezeichnend für die Krise des Imperialismus, für den Verfall der kapitalistischen Politik und Ideologie, daß eine Partei zur führenden politischen Organisation der deutschen Großbourgeoisie aufstieg und an die Regierung gebracht wurde, die eine „derart primitive, alle bürgerlich-progressiven Gedanken über Bord werfende, zutiefst wissenschaftsfeindliche, von Barbarei und Mystizismus geprägte Ideologie vertrat, und daß diese Ideologie zur offiziellen Staatsdoktrin des imperialistischen Deutschlands werden konnte".[37]

3. Kapitel

Vom Abenteuer mit Kapp zum Putsch in Bayerns Hauptstadt

Um eine direkte Verbindung zwischen den reaktionärsten Kreisen Bayerns mit der „Regierung" des Wolfgang Kapp und den putschenden Reichswehreinheiten in der Hauptstadt des Deutschen Reiches herzustellen, schickte Hauptmann Mayr im März 1920 Leute seines Stabes nach Berlin: Hitler und Eckart. Wie aber dem gesamten konterrevolutionären Versuch, eine offene Militärdiktatur zu errichten, so setzte der Generalstreik der zwölf Millionen Arbeiter und anderer demokratischer Kräfte auch dieser Mission ein rasches Ende. Als die beiden unverrichteterdinge wieder in München auftauchten, konnte die Reaktion hier dennoch zufrieden sein: Fast alle Ziele des Putsches waren in Bayern erreicht worden, wenn auch auf „kaltem Wege". Das sozialdemokratische Kabinett mußte einer rein bürgerlichen Regierung unter dem profaschistischen Monarchisten Gustav Ritter von Kahr weichen, die sich vor allem auf die 300 000 Mitglieder zählenden bayerischen Einwohnerwehren stützte.[1] Ihre Vertrauensleute besetzten neue Schaltstellen des Beamtenapparates, die skrupellos für die Förderung aller rechtsextremistischen Parteien und Verbände genutzt wurden. Den reaktionären bayerischen Industriellen, Militaristen und Politikern gelang es, Bayern zur „Ordnungszelle" Deutschlands, d. h. zum Hort der Konterrevolution, zur Hochburg monarchistisch-separatistischer Kräfte, zum Schlupfwinkel rechtsradikaler Terroristen, zur Brutstätte völkischer und faschistischer Organisationen zu gestalten.

Die Bedingungen waren also geschaffen, unter denen die faschistische Nazipartei verstärkt und ungestört an die Öffentlichkeit treten konnte, um lauthals die Ziele der extrem reaktionärsten Kräfte des deutschen Imperialismus und Militarismus zu verkünden. Allein in der Zeit zwischen dem Kapp-Putsch und dem 21. Januar 1921 führte sie 46 große Versammlungen mit mehr als 60 000 Besuchern durch. Ferner

fanden wöchentlich „Sprechabende" im Parteilokal – ab September 1920 im großen Saal des Hofbräuhauses – und Dutzende von Werbeveranstaltungen außerhalb Münchens statt. Gegenüber dem ersten Jahr waren die Themen, über die geredet wurde, viel globaler, demagogischer gewählt.[2] Immer fanatischer wurden nationalistische Gefühle und rassistische Vorbehalte der Zuhörer hochgepeitscht. Beinahe regelmäßig führten die Nazis Krawalle und handgreifliche Auseinandersetzungen mit Angehörigen der Arbeiterparteien und anderer Organisationen herbei, deren Versammlungen überfallen und häufig auch gesprengt wurden.

Die Münchener Behörden schritten jedoch nicht ein. Ernst Pöhner als Polizeipräsident der Stadt und Wilhelm Frick als Leiter der Politischen Polizei deckten mit allen Mitteln das Treiben ihrer Kumpane. Ebenso hielt die bayerische Landesregierung ihre Hände schützend über die Nazipartei, war diese doch eine willkommene Unterstützung ihrer eigenen reaktionären, föderalistischen und teilweise sogar separatistischen Bestrebungen gegen die Reichsregierung. Die Verhältnisse im Norden Deutschlands bezeichnete man als „bereits halb bolschewistisch", die Reichsregierung in Berlin als „verschleierte Sowjetregierung".[3] Im Mai 1921 empfing Kahr eine Delegation der NSDAP, entsprechend dem Wollen der Reaktion, alle „nationalen Kräfte" gegen die vom Zentrumspolitiker Joseph Wirth geleitete Reichsregierung zu sammeln. Die Nazis und ihr Treiben global entschuldigend sowie offiziell anerkennend, verkündete Kahr als Begründung seiner Regierungspraxis: „Gäbe es keinen linksgerichteten Radikalismus, so gäbe es auch keinen rechtsgerichteten nationalistischen ..."[4]

Von den Teilnehmern der faschistischen Versammlungen schlossen sich viele der NSDAP an, offensichtlich beeindruckt von der scheinbaren Konsequenz, mit denen ihre tatsächlichen oder vermeintlichen sozialen und politischen Nöte dargestellt wurden, vom pathetischen Stil der Redner sowie vom demonstrierten Übermaß an Aktivität und Draufgängertum. Ihre soziale Stellung war schon frühzeitig unverkennbar, auf die beispielsweise Clara Zetkin in ihrem Bericht „Der Kampf gegen den Faschismus" vor dem III. Erweiterten Plenum des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale verwies, in dem sie gleichzeitig die Gefährlichkeit dieser neuen Erscheinung im Leben vieler Völker für die Arbeiterklasse herausarbeitete und zum Kampf gegen den Faschismus aufrief.[5] Vor allem entwurzelte Offiziere und Soldaten, notleidende und notfürchtende Gewerbetreibende, politisch

Obdachlose und Enttäuschte, geistig Anspruchslose und leicht Verführbare, studentische Claqueure und lumpenproletarische Elemente jubelten den Phrasen und Schlagworten der chauvinistisch-rassistischen Redner zu. Bereitwillig ließen sie sich zu fanatischen Morddrohungen gegen Andersdenkende stimulieren, brüllten sie „aufhängen" oder „totschlagen", wann immer die Versammlungsleiter dies für richtig hielten. Was mancher zunächst als anziehendes „Gaudi" empfand, als abwechslungsreiche Politik-Spielerei, verwandelte sich rasch in blutigen Ernst, dem sich zu entziehen nur wenigen gelang.

Zwischen Mai 1920 und Januar 1921 wuchs die Zahl der Mitglieder der NSDAP von 675 auf 2 500. Bis 1923 stieg sie auf 6 000. Außerhalb Münchens formierten sich 1920 die ersten Ortsgruppen. Hauptsächlich standen sie unter der Leitung von Gewerbetreibenden, Kaufleuten, niederen Beamten, Angestellten und Lehrern. Nach einer Übersicht über 94 Ortsgruppenleiter und Führer der faschistischen Schlägergarden, die im Mai 1923 von der Münchener Polizeidirektion angefertigt wurde, befanden sich unter ihnen nur 5 Landwirte und 13 Facharbeiter bzw. Handwerker, dafür aber 22 Intellektuelle und Offiziere, 19 Angestellte und Beamte sowie 35 selbständige Gewerbetreibende.[6] Immer wieder beklagten die Naziführer den geringen Anteil von „Handarbeitern", für die – nach einer Festlegung von 1922 – sogar zwei Drittel aller Funktionen in den Ortsgruppenleitungen vorgesehen waren, weil man „den Charakter einer wahrhaftigen Volkspartei" anstrebte.[7] Wie allen anderen bürgerlichen Parteien, die sich mit diesem Namen schmückten, ging es auch der NSDAP hauptsächlich um den Versuch, in die Arbeiterklasse eindringen, deren Spaltung vertiefen sowie einige Teile zur aktiven und organisierten Unterstützung imperialistischen Macht- und Profitstrebens gewinnen zu können.

Von den neuen Mitgliedern der Nazipartei konnten sich später viele im persönlichen Erfolg sonnen, sich dann aber der gerechten Strafe der Völker doch nicht entziehen. Dazu gehörte neben Alfred Rosenberg, dem die Leitung des „Völkischen Beobachters" übertragen wurde, vor allem Hermann Göring. Dieser hochdekorierte Fliegerhauptmann und Kommandeur eines bekannten Jagdgeschwaders im ersten Weltkrieg brachte der Nazipartei mit seinen zahlreichen und guten Beziehungen zu militaristischen, konservativ-nationalistischen Kreisen erheblichen Nutzen. Der NSDAP traten in dieser Zeit auch bei der ehemalige Feldwebel Hitlers, Max Amann, der als Geschäftsführer die parteieigenen Verlage zu einem Monopolunternehmen aufbauen half, der

baltendeutsche Abenteurer Max Erwin von Scheubner-Richter, der ebenso wie Emil Gansser immer wieder neue Geldmittel auftrieb und von Hitler als unentbehrlich bezeichnet wurde, der bald an die zweite Stelle der Nazihierarchie gelangende Rudolf Heß, der Apotheker Gregor Strasser und andere kleinbürgerliche „Landsknechtsnaturen, denen der Terror Genuß ist“[8], wie Josef Berchthold, Ulrich Graf, Johann Ulrich Klintzsch, Emil Maurice und Julius Schreck. Unterstützung erhielt die NSDAP auch durch Ludendorff, der im Sommer 1920 seinen Wohnsitz nach München verlegte und seine Beziehungen zu einflußreichen Kreisen auch zugunsten der Nazis spielen ließ.

Im Dezember 1920 ging der „Völkische Beobachter“ von der Thule-Gesellschaft in den Besitz der Nazipartei über. Das Geld für den Ankauf stammte zur Hälfte (60 000 Mark) von General Franz Ritter von Epp, vermittelt durch Eckart und Röhm. Der Restbetrag wurde von mehreren Förderern der Nazipartei getragen, u. a. von dem Augsburger Fabrikanten Gottfried Grandel. Die Schuldenlast des neuen Organs betrug zusätzlich zum Kaufpreis eine viertel Million Mark. Die laufenden Ausgaben für die Herausgabe des Blattes, aber auch für die sonstige schriftliche und mündliche Propaganda sowie für die Naziführer – vor allem Hitler begann einen aufwendigen Lebensstil zu pflegen – waren außerordentlich hoch. Dennoch beeinträchtigten diese Kosten keineswegs Tätigkeit und Aufstieg der NSDAP. Obwohl die Münchener Hauptgeschäftsstelle alles unternahm, um die Mitglieder der Partei und die Versammlungsteilnehmer zu schröpfen, reichten die so gewonnenen Beträge bei weitem nicht aus, um die Kassen zu füllen. Im Januar 1921 wurde der Parteibeitrag von 0,50 auf eine Mark erhöht. Satzungsgemäß zahlten die Mitglieder ab August 1921 monatlich zwei Mark als Mitgliedsbeitrag einschließlich 0,50 Mark Pressesteuer. Diese Steuer sowie 20 Prozent der Mitgliedsbeiträge und außerdem 50 Prozent der Wahl- und Werbebeiträge hatten die Ortsgruppen an die Hauptgeschäftsstelle in München abzuliefern. Eine großzügige Überschlagsrechnung ergibt, daß von durchschnittlich 2 500 Mitgliedern – falls sie alle zahlten, und das lassen die Unterlagen der Nazipartei als zweifelhaft erscheinen – 60 000 bis 70 000 Mark eingenommen wurden, wovon die zentrale Leitung der NSDAP, der Ausschuß, etwa 40 Prozent beanspruchte. Selbst wenn noch das bei den Versammlungen geforderte Eintrittsgeld und sonstige Sammelergebnisse in Rechnung gestellt werden, läßt sich erkennen, daß die Behauptung der Nazis und die vieler bürgerlicher Historiker, die

Partei hätte sich hauptsächlich oder sogar ausschließlich durch die Groschen der Mitglieder finanziert, absurd ist.

Von Anfang an verbarg die Nazipartei ihr Finanzgebaren und vor allem ihre Finanzquellen unter dem Schleier des Geheimnisses, tatsächliche und angebliche Schwierigkeiten der Kasse wurden jedoch lautstark verkündet. Kein Wunder, daß zahlreiche Gerüchte durch die Spalten der Presse schwirrten, um Erklärungen für die offensichtlich reichhaltigen Fonds zu liefern. Vieles davon ist inzwischen durch Akten belegt, manches läßt sich auch heute noch nicht beweisen oder hat sich als haltlos herausgestellt. Als sicher muß aber die an und für sich schon aufschlußreiche Tatsache gelten, daß selbst in der Leitung der NSDAP nur wenige, vor allem Hitler und Amann, genaue Kenntnis über die Finanzgeschäfte besaßen. Hitler untersagte den Teilnehmern einer Versammlung sogar, seine Mitteilungen über finanzielle Aktionen zugunsten der österreichischen Nationalsozialisten mitzuschreiben oder stenographisch festzuhalten. In der Münchener Wohnung des Schreibwarenhändlers Anton Voll traf sich Hitler mit Finanzgewaltigen, über deren Verbindung zur NSDAP niemand etwas erfahren sollte.[9] Zu den einträglichen Beziehungen gehörten auch die zu den Familien des Pianofabrikanten Bechstein und der Verleger Hugo Bruckmann und Ernst Hanfstaengl, zu den Münchener Großindustriellen Maffei und Pietsch, zu hohen Beamten der bayerischen Unternehmerverbände sowie zu einer Vielzahl Angehöriger der nichtmonopolistischen Bourgeoisie.

Wichtige Verbindungen liefen über Feder und Eckart. Über den letzteren kam die Nazipartei mit dem Alldeutschen Verband in Berlin und mit Gansser in Kontakt. Dieser – Hitlers „erster Finanzminister" – besorgte nicht nur Geld von den sogenannten vaterländischen Verbänden, sondern vermittelte auch Hitlers Vorträge vor dem alldeutsch orientierten Berliner „Nationalen Klub" im Dezember 1921 und Mai 1922 sowie die Kontaktaufnahme zum Direktor der Siemens-Werke, Burhenne. Scheubner-Richter, der enge Beziehungen zum Reusch-Haniel-Konzern besaß, organisierte Mittel zur Bereitstellung für Ludendorff, der sie an verschiedene völkische Organisationen weiterleitete, darunter auch an die NSDAP. Natürlich hielt sich die finanzielle Unterstützung 1920/21 noch in begrenztem Rahmen; die Nazis hatten erst einmal zu beweisen, daß sich finanzielle Investitionen auch politisch lohnten.

Die Blicke der Nazis gingen schon 1920 über die bayerischen Landes-

grenzen hinaus, um die vielfältigen faschistischen Organisationen zusammenzuführen und unter ihrer Regie zusammenzuschließen. Gemeinsam mit Vertretern der 1919 entstandenen völkischen „Deutschsozialistischen Partei“ (DSP)[10], die unter der Leitung des Ingenieurs Alfred Brunner stand, der „Deutschen Arbeiterpartei Württembergs“, der „Deutschen Nationalsozialistischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakei“ und der „Nationalsozialen Partei Oberschlesiens“ nahmen Drexler und Hitler am 7. und 8. August 1920 an der „Zwischenstaatlichen Tagung der Nationalsozialisten des gesamten deutschen Sprachgebietes“ sowie am Parteitag der deutsch-österreichischen Nationalsozialisten in Salzburg teil. Für die angestrebte „Nationalsozialistische Partei des deutschen Volkes“, also einer über das Deutsche Reich weit hinaus greifenden Organisation, wurde die Bildung einer Kanzlei unter Leitung des Österreichers Walther Riehl beschlossen. Während die NSDAP nach dem euphorisch gefeierten, in Wirklichkeit jedoch unrealen Zusammenschluß die österreichischen Nationalsozialisten mit Geld und Rednern unterstützte, verstärkten sich die Spannungen zwischen ihr und der Partei Brunners. Die Vereinbarungen über die Abgrenzung der Wirkungsgebiete in Süd- und Nordwestdeutschland blieben auf dem Papier. Differenzen in taktischen Fragen und in der jeweils unterschiedlichen, immer aber demagogischen Hervorhebung des „Nationalen“ oder des „Sozialen“ verhinderten die beschworene völkische Einheit. Beide Parteien verfolgten – wie die meisten der rund 200 in Deutschland existierenden faschistischen und antisemitischen Organisationen – das Ziel, die neue Bewegung zwar zu konzentrieren, aber zugleich auch unter die eigene Führung zu bekommen. Vor allem Hitler lehnte jede Fusionsbestrebung ab. Er strebte nach einer Unterordnung der anderen Gruppen unter die NSDAP, weil er befürchtete, Kompromisse eingehen zu müssen und damit die faschistischen Kräfte zu schwächen. Der DSP warf er daher vor, sie gebe sich mit der „traditionell gewordenen Kampfesweise von früher ... zufrieden“ und habe sich vollständig „in das sogenannte demokratische Prinzip“ verrannt.[11]

In der Führung der NSDAP gingen die Meinungen zur Übereinkunft mit der DSP jedoch auseinander. Trotz einer offiziellen Absage der Nazis erschien Drexler Ende März 1921 auf dem Parteitag der Deutschsozialisten in Zeitz. Offensichtlich suchten er und andere Ausschußmitglieder der NSDAP nach einem Kompromiß, der als Grundlage für eine Vereinigung mit der DSP und anderen völkischen Organisationen dienen konnte. Diese Führer der Nazipartei nutzten eine

zeitweilige Abwesenheit Hitlers, um ihre Auffassungen auch in der Münchener Organisation durchzusetzen. Auf ihre Einladung hin referierte Otto Dickel von der Augsburger „Deutschen Werkgemeinschaft" und erklärte u. a., daß der „Großgrundbesitz . . . an Gefährlichkeit dem Judentum gleichstünde".[12] Diese und weitere Aussagen mußten als Kritik an den Nazis und insbesondere an Hitler empfunden werden. Dickels werkgemeinschaftliche und von Oswald Spengler beeinflußte „abendländische" Ideen paßten jedoch nicht in den Rahmen der Taktik jener Naziführer, die gerade im ersten Halbjahr 1921 die Aktivierung der NSDAP und ihrer terroristisch-demagogischen Methoden zur Gewinnung eines Masseneinflusses strikt der von Dickel, Drexler und anderen vertretenen Konzeption entgegenstellten, möglichst viele völkisch-rassistische und sonstige extrem reaktionäre Organisationen durch einige Kompromisse zu vereinigen.

Ähnlich wie zu Beginn des Jahres 1920 setzte sich auch in diesen Auseinandersetzungen die u. a. von Hitler vertretene Linie durch. Die Kräfte um ihn und hinter ihm erkannten, daß die bisherigen Erfolge der Nazipartei zwar nicht unbeträchtlich, aber im ganzen doch noch bedeutungslos geblieben waren. Sie wußten, daß sich nach den proletarischen Kämpfen gegen den Kapp-Putsch und für die Verteidigung Sowjetrußlands der Einfluß der KPD unter den Werktätigen immer mehr festigte, daß die KPD durch die Vereinigung mit dem linken Flügel der USPD zu einer revolutionären Massenpartei geworden war. Im März 1921 war die gewachsene antiimperialistische Kampfentschlossenheit vieler Arbeiter deutlich zutage getreten, als sie in Mitteldeutschland zu bewaffneten Auseinandersetzungen provoziert wurden. Erfolge für die Arbeiterbewegung gab es auch im Ringen um die Durchsetzung der Taktik des „Offenen Briefes" der KPD, mit der die revolutionäre Vorhut der Arbeiterklasse ihre Einheitsfrontpolitik einleitete.[13] In München und anderen bayerischen Orten führten Kommunisten und Sozialdemokraten gemeinsam einen Generalstreik durch, nachdem rechtsradikale Terroristen den Vorsitzenden der USPD-Fraktion im Landtag, Karl Gareis, ermordet hatten.

Ebensowenig hatten sich in dieser Zeit die außenpolitischen Faktoren zugunsten der extrem reaktionären Kräfte entwickelt. Unter dem Druck der imperialistischen Siegermächte mußten im Juni 1921, nach langem Sträuben, durch die Regierung auch in Bayern die Einwohnerwehren aufgelöst werden. In der herrschenden Klasse spitzten sich die Auseinandersetzungen um die Reparationen zu. Realistisch

denkende Kräfte der deutschen Monopolbourgeoisie, die über enge Beziehungen zum anglo-amerikanischen Monopolkapital verfügten, waren bereit, die Reparationsforderung teilweise und auf Kosten der Werktätigen zu erfüllen. Mit einer solchen Demonstration des guten Willens versuchten sie, die Entente zum Nachgeben zu bewegen, dies um so mehr durch ihre ständige Androhung, daß bei einer zu starken Ausbeutung und Ausplünderung der Werktätigen die Gefahr einer sozialistischen Revolution gegeben sei. Gegenüber den „Erfüllungspolitikern" traten abenteuerlich-militaristische Kräfte der deutschen Monopolbourgeoisie dafür ein, die Reparationsforderungen nicht zu erfüllen, selbst wenn daraus „Katastrophen" erwachsen sollten.[14] Die „Katastrophenpolitiker" gerieten jedoch etwas in die Hinterhand, als die imperialistischen Siegermächte im Frühjahr 1921 die Höhe der Reparationen fixierten und bekanntgaben. Angesichts des sog. Londoner Ultimatums, das die Anerkennung der Reparationen in Höhe von 132 Milliarden Goldmark forderte, demissionierte die Regierung Fehrenbach und machte Anfang Mai 1921 einem Kabinett Platz, das zur „Erfüllung" der alliierten Bestimmungen bereit war. Die von Joseph Wirth und Walther Rathenau repräsentierte Strömung der deutschen Monopolbourgeoisie versuchte gleichzeitig, durch gewisse soziale und politische Zugeständnisse Rückhalt innerhalb der reformistisch geführten Arbeiterbewegung sowie unter den Volksmassen zu gewinnen.

Ein Kompromiß mit der DSP hätte in dieser Situation für die extremen Rechten, darunter auch die Hitler-Gruppe in der NSDAP, eine Schwächung ihrer Positionen bedeutet. Für die Nazipartei bahnte sich die erste große Krise an. Hitler erklärte am 11. Juli 1921, nachdem die innerparteilichen Querelen nicht abflauten und keine der beiden Gruppierungen über die andere triumphieren konnte, seinen Austritt aus der NSDAP. Mag dieser Schritt aus Unnachgiebigkeit, aus Enttäuschung über die eigene Ausstrahlungskraft oder als berechnendes Druckmittel erfolgt sein – die NSDAP geriet dadurch in ein Dilemma. Weil Drexler und seine Anhänger Hitler als gewieften Demagogen und „Trommler" nicht entbehren zu können glaubten bzw. die von ihm beabsichtigte Gründung einer neuen Partei fürchteten, gaben sie nach. Danach war Hitler bereit, seinen Austritt zu revidieren. Er formulierte am 14. Juli allerdings sechs Bedingungen, von deren Realisierung er seinen Wiedereintritt abhängig machte.[15] Ein neuer Ausschuß sollte binnen kurzer Zeit von einer außerordentlichen Mitglieder-

versammlung gewählt werden, wobei Hitler für sich den Posten des ersten Vorsitzenden forderte. Ein spezieller Aktionsausschuß sollte die Partei von „fremden Elementen" reinigen. Hitlers Forderungen nach „diktatorischer Machtbefugnis" bezogen sich zunächst auf die Zusammenstellung eines solchen dreiköpfigen Aktionsausschusses. Ferner wollte er durch seine Bedingungen festgelegt wissen, daß München der Sitz der Bewegung bleibt und daß keine Vereinigung mit anderen Parteien stattfindet. Jede „weitere Veränderung des Namens oder des Programms" sollte nach Hitlers – übrigens völlig unlogischen – Worten „ein für allemal zunächst auf die Dauer von sechs Jahren vermieden" werden. Nach Annahme dieser Bedingungen raffte sich der alte, offiziell noch an der Spitze der NSDAP stehende Ausschuß doch noch einmal auf und versuchte, Hitler den Boden für allzu große Ansprüche zu entziehen. Esser, ein fanatischer Anhänger Hitlers, wurde ausgeschlossen, Oskar Körner, der ebenfalls Hitler unterstützte, mußte von seinem Amt als stellvertretender Parteivorsitzender zurücktreten. Am 20. Juli verbreiteten einige Nazis das anonyme Flugblatt „Adolf Hitler Verräter?", das zahlreiche Vorwürfe enthielt und nach Hitlers „dunklen Hintermännern" fragte.[16] Vor der Polizeidirektion München bat Drexler am 21. Juli faktisch um Unterstützung seiner Richtung, die „den gesetzlichen, parlamentarischen Weg einschlage", gegenüber der Hitlerschen Richtung, die nach seinen Worten „die Parteiziele auf revolutionärem Wege unter Anwendung von Gewalt verwirklichen wolle".[17] Vor der für den 26. Juli angekündigten Gründung einer neuen Partei Hitlers kapitulierte Drexler jedoch endgültig und „versöhnte" sich mit Hitler, wobei Eckart eine nicht unwichtige Vermittlerrolle spielte.

Am 29. Juli 1921 wurde Hitlers Forderung entsprochen. Eine außerordentliche Mitgliederversammlung wählte Hitler zum Vorsitzenden der NSDAP und schob Drexler auf den Posten eines Ehrenvorsitzenden ab. Obwohl Hitler vorrangig weitere Auseinandersetzungen verhindern wollte, gingen die mit der Juli-Krise beginnenden Veränderungen in der Führungsstruktur der Nazipartei in ihrem Umfang und in ihrer Bedeutung weit über die sonstigen Regelungen in bürgerlichen Parteien hinaus. Hitler erhielt diktatorische Vollmachten zugesprochen, womit wichtige Elemente des militaristisch-faschistischen Führer-Gefolgschafts-Prinzips auf eine gesellschaftliche Organisation zu übertragen begonnen wurde. Hitlers Forderungen stellten hauptsächlich eine unmittelbare Reaktion auf die verworrene Situation dar. Sie be-

deuteten keinesfalls den Abschluß irgendeiner längst eingeleiteten und planmäßig vorbereiteten Aktion, um sich selbst als „Führer" durchzusetzen.[18] Die Konsequenz der Entwicklung zu einer diktatorisch geleiteten, jeglichem demokratischen Gebaren entbehrenden bürgerlichen Partei lag in der Sache begründet: Wie anders konnte eine offen terroristische Diktatur angestrebt werden als mit einem Diktator, einem Führer, einem sogenannten Auserwählten und von Gott Begnadeten an der Spitze, wie anders ließen sich sonst selbst das bürgerliche Gesetz und Recht mit Füßen treten, wenn es der Profit der Monopole erforderte?

Die innerparteilichen Veränderungen vom Juli 1921 und das allen extrem reaktionären Organisationen wesenseigene Bestreben, einen „starken Mann" herauszustellen, bildeten den objektiven Boden für das Wirken Hitlers als „Führer" der Nazipartei, aber auch für die Entstehung und die Förderung des Kultes um Hitler. Zunächst wurde, auch um die nach wie vor in der Partei schwelenden Mißstimmungen über die Juli-Krise und die bewußt im Zeichen scheinbarer Kontinuität veränderte Taktik zu unterbinden, die durchgesetzte Entscheidung als ein Problem von lediglich personeller Natur hingestellt. Hitlers Fähigkeiten und Leistungen für die NSDAP, die zweifellos vorhanden waren, wurden zu diesem Zwecke besonders herausgehoben. Im „Völkischen Beobachter" veröffentlichte Eckart am 4. August 1921 eine Lobeshymne auf Hitler. Ihm ging es dabei weniger um die Person als vielmehr um die Verbreitung seiner Vorstellung von einem neuen „Führer", einem Diktator. Dessen Notwendigkeit und Gestalt beschrieb er einmal mit den bezeichnenden Worten: „Wir brauchen einen Mann an der Spitze, der das Geknatter eines Maschinengewehrs aushalten kann. Dem Pöbel muß man Angst in die Hosen machen. Wir können keine Offiziere gebrauchen, denn vor denen haben die Leute keinen Respekt mehr. Das beste wäre ein Arbeiter, der zu reden versteht ... Er braucht nicht viel Verstand zu haben, denn Politik ist das dümmste Geschäft der Welt, und jedes Marktweib in München versteht mehr davon, als die Herren in Weimar. Mir ist ein eitler Affe, der den Roten eine gesalzene Antwort geben kann und nicht wegrennt, wenn die Leute die Stuhlbeine schwingen, lieber als ein Dutzend gelehrter Professoren. Er muß Junggeselle sein, dann bekommen wir die Weiber."[19] In untertäniger Euphorie bezog vor allem Heß diese Vorstellungen über den neuen „Führer" auf Hitler. Nach der Juli-Krise schrieb er: „Seid ihr wirklich blind dagegen, daß dieser Mann

die Führerpersönlichkeit ist, die allein den Kampf durchzuführen vermag? Glaubt ihr, daß ohne ihn die Massen sich im Zirkus Krone stauten?"[20] Damit war in der NSDAP der politische und propagandistische Grundstein für den Kult um Hitler, für den Mythos des Nazi-Führers gelegt.

Auch die Statuten der NSDAP widerspiegeln den Prozeß der Durchsetzung des militaristisch-faschistischen Führer-Gefolgschafts-Prinzips. Die erste Satzung vom 30. September 1920 wurde im Juli 1921 erheblich abgeändert. Danach galt der „erste Vorsitzende" nur noch als verantwortlich gegenüber der jährlichen Generalmitgliederversammlung. Seine Wahl durch dieses Organ entfiel 1923. Alle anderen Führer der Partei besaßen faktisch eine untergeordnete und beratende Funktion. Aufgaben und Rechte der Mitglieder wurden nie fixiert. Von diesen wurden lediglich ein hohes Maß an Einsatzbereitschaft und dazu die blinde Anerkennung aller Entscheidungen und Befehle der Parteiführer gefordert. Rücksichten auf die Vereinsgesetzgebung des Deutschen Reiches waren es, die den Naziführern überhaupt eine formelle Satzung als notwendig erscheinen ließ, erhielt doch ihre Organisation nur dadurch Rechtscharakter. Unverkennbar dominierte jedoch seit 1921 eine autoritäre Struktur, die neben dem Terror, der skrupellosen nationalen und sozialen Demagogie ein weiteres Kennzeichen der Nazipartei werden sollte.

Eine der wichtigsten organisatorischen Veränderungen vollzog sich wenige Tage nach der außerordentlichen Mitgliederversammlung. Am 3. August 1921 entstand die SA, jene berüchtigte, zunächst als Sport- und Turn-Abteilung, bald aber als Sturm-Abteilung (SA) bezeichnete Schlägergarde der Nazis. Ihr erster Leiter, Johann Ulrich Klintzsch, kam aus der berüchtigten Marinebrigade II unter Kapitän Hermann Ehrhardt. Viele andere SA-Leute suchten und fanden in der SA eine neue „Heimat", nachdem unter dem Druck der Entente die Einwohnerwehren und einige andere paramilitärische Verbände endgültig aufgelöst worden waren. Während der Juli-Krise hatte sich Hitler bereits mit einer „Schutz"-Truppe umgeben. Mit einem Tagegeld zwischen 15 und 60 Mark bezahlte er Schläger aus den Reihen des in Oberschlesien geschlagenen und nach München zurückgekehrten Freikorps Oberland. Die jetzt geschaffene SA sollte alle jugendlichen Parteimitglieder umfassen, angeblich nur „Saalschutz" für die eigenen Veranstaltungen, in Wirklichkeit jedoch von Anfang an Terrorinstrument gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung sowie Bestandteil jener

Vielzahl von Versuchen sein, die im imperialistischen Deutschland, unternommen wurden, um die militärischen Bestimmungen des Versailler Vertrages zu unterlaufen. Unbekümmert sprach Klintzsch im „Völkischen Beobachter“ vom 14. August 1921 über die Aufgabe der SA, „eiserne Organisation“ und „Sturmbock“, d. h. Mittel des innenpolitischen Terrors zu sein. Eine weitere Aufgabe der SA sei es, „Trägerin des Wehrgedankens eines freien Volkes“, d. h. ein Mittel zur Realisierung der nur durch einen neuen Krieg erreichbaren außenpolitischen Ziele der herrschenden Klasse des imperialistischen Deutschlands zu sein. Beide Aufgaben widersprachen einander nicht; während einzelner Etappen der Entwicklung des Faschismus standen sie aber in unterschiedlichem Maße im Vordergrund, so daß diverse Streitereien und Meinungsverschiedenheiten über die Funktion der SA unter den Naziführern eigentlich stets auf der Tagesordnung standen.

Die SA probte in den eigenen Veranstaltungen und in den Versammlungen anderer Organisationen, vor allem der KPD, und faktisch bei jeder sich bietenden Gelegenheit, den Bürgerkrieg. Mit Gummiknüppeln, Totschlägern, Reitpeitschen und Pistolen gingen ihre Mitglieder, aufgeputscht durch antikommunistische und antisemitische Parolen, brutal und skrupellos gegen antifaschistische Kräfte vor. Äußerlich kennzeichneten sie sich durch eine Armbinde mit dem Hakenkreuz, das von vielen faschistischen Organisationen indogermanischen Sonnen- und Fruchtbarkeitskultformen entlehnt wurde und schließlich das aller Welt verhaßte Symbol des deutschen Faschismus war. In rascher Folge entstanden eine Motorstaffel unter der Leitung des Pferdehändlers Christian Weber, ein vom Parkettfabrikanten Fürst Karl Wrede finanziertes Reiterkorps sowie eine spezielle Nachrichtenabteilung, die von Heß ins Leben gerufen wurde. 1923 bestand die SA aus 13 allgemeinen Kompanien, einer Wachkompanie, dem „Stoßtrupp Hitler“ – Vorläufer der Schutzstaffel (SS) –, der Motorstaffel, einer Fahrradabteilung, einer Artillerieabteilung, dem Reiterkorps, einer Technischen Abteilung und einem Musikkorps. Ungefähr 15 000 SA-Schläger standen im November 1923 für das Vorhaben, den Kapp-Putsch von Bayern aus zu wiederholen, bereit. Zur SA gehörte faktisch auch der im Mai 1922 gegründete Jugendbund der NSDAP, der Vorläufer der „Hitlerjugend“. Er wurde von Gustav Adolf Lenk geleitet, der vor seinem Eintritt in die Nazipartei Mitglied des Deutsch-Nationalen Jugendbundes gewesen war und mit seiner Tätigkeit das große

Interesse der Nazis an der Gewinnung von Jugendlichen im „wehrfähigen" Alter widerspiegelte.

Die Formierung und der Ausbau der SA wären ohne die Hilfe des deutschen Militarismus, ohne die Unterstützung und Ausbildung durch Reichswehroffiziere wie Ehrhardt, Epp und Röhm nicht möglich gewesen. Als Sammelbecken des sozialen Bodensatzes der Gesellschaft hatte die SA großen Anteil an der Entfaltung der nazifaschistischen Bewegung und an der Vorbereitung der faschistischen Diktatur. Sie praktizierte im Interesse der reaktionärsten Kräfte des deutschen Imperialismus in großem Umfang den offenen Terror und den Straßenkampf, den heimtückischen Überfall auf klassenbewußte Arbeiter und den Mord als Mittel politischer Auseinandersetzungen.

Das provozierende, terroristische Auftreten der militaristischen Wehrverbände, der völkisch-rassistischen und chauvinistischen Organisationen und der Nazipartei stieß in der Arbeiterklasse und bei anderen Werktätigen, selbst in Teilen des Bürgertums auf Ablehnung und Widerstand.

Die Protestbewegung gegen den Rechtsextremismus erhob sich vor allem nach der Ermordung des Zentrumspolitikers Matthias Erzberger im August 1921 und des Außenministers Walther Rathenau im Juni 1922. Millionen Werktätiger kämpften für die von den Arbeiterparteien gemeinsam erhobenen Forderungen nach der Auflösung aller monarchistischen, faschistischen und aller antirepublikanischen Organisationen sowie nach einer Säuberung der Verwaltung, der Justiz, der Reichswehr und der Polizei von Elementen der extremen Reaktion.[21] Ihre Aktionen drängten den Einfluß der Rechtsradikalen etwas zurück und unterstützten zugleich die außenpolitische Linie, die die Reichsregierung mit dem Vertrag von Rapallo zwischen Deutschland und Sowjetrußland eingeschlagen hatte. Die Nazis gerieten mit der Ablehnung dieses Vertrages in eine gewisse Isolierung, deshalb versuchte z. B. Scheubner-Richter in seiner wöchentlich erscheinenden „Wirtschaftspolitischen Aufbau-Korrespondenz über Ostfragen und ihre Bedeutung für Deutschland" deutlich zu machen, daß die „Gefahren für Deutschland", die angeblich aus dem Vertrag erwüchsen, beseitigt werden könnten, wenn das deutsche Volk von einer „starken nationalen Regierung geführt" würde.[22] Obwohl die reformistischen Führer der SPD die beginnende antifaschistische Massenbewegung vor allem durch ihre Überbetonung des parlamentarischen Kampfes behinderten, zwang diese die Regierungen einzelner Länder, im Rahmen der Re-

SA-Trupp (1922)

Hitler und Streicher beim „Deutschen Tag" in Nürnberg (1923)

Die Hauptangeklagten nach dem Münchener Prozeß in Siegerpose (1924). Ludendorff lk. n. Hitler

Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei

Nationalsozialisten! Alte Parteigenossen u. Genossinnen!

Freitag Bürgerbräu-Keller

zur Wiederbegründung
der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei die erste

Große öffentl. Massenversammlung

Adolf Hitler

über

Deutschlands Zukunft und unsere Bewegung

Juden haben keinen Zutritt

Plakat anläßlich der Wiedergründung der NSDAP (1925)

publikschutzgesetzgebung ein Verbot von extrem reaktionären Organisationen, darunter auch der NSDAP, auszusprechen.

Mehr als eine zeitweilige Behinderung sollte es jedoch für die Nazis nicht werden. Die Gesetzgebung ließ genügend Lücken, die von den Faschisten genutzt werden konnten. Ersatz- und Nachfolgeorganisationen enstanden en masse, Bündnisse und Absprachen über eine zweckmäßige Aufteilung der Arbeit zwischen den verschiedensten rechtsextremistischen Organisationen häuften sich. In Bayern gab es keinerlei nennenswerte Schwierigkeiten für die Nazis, Überlegungen zur Ausweisung des staatenlosen Hitler verliefen im Sande. Da die bayerische Regierung das vom Reichstag verabschiedete Republikschutzgesetz nicht anerkennen wollte, erließ sie am 24. Juli 1922 eine eigenständige Notverordnung „zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung". Weil diese jedoch Bestimmungen enthielt, die die eigentliche Stoßrichtung des „Schutzes" der Weimarer Republik – gegen die deutschen Kommunisten und ihre Verbündeten – markierten, verstärkten sich im Sommer 1922 die ohnehin ständig vorhandenen Spannungen zwischen den zentralistisch und den föderalistisch orientierten Gruppen der deutschen Bourgeoisie, d. h. auch zwischen dem Land Bayern und dem Reich, wovon die Nazipartei kräftig profitierte. Als der sozialdemokratische Reichspräsident Ebert und die Münchener Regierung einen Kompromiß eingingen, war die nationalsozialistische Bewegung willkommener Partner einer am 16. August 1922 stattfindenden Protestkundgebung der nationalistischen Verbände in München, vor denen Hitler bekräftigte, daß er Bayern „zur Zeit als das deutscheste Land im Deutschen Reich" betrachte.[23] In der Entschließung hieß es noch deutlicher: „Bayerns Sache ist Deutschlands Sache! Millionen von Männern und Frauen in allen Gauen des Reiches setzen ihre letzte Hoffnung auf Bayern als Wahrer deutscher Würde und als Stütze des Widerstandes gegen die bolschewistische Flut!"[24] Der Reaktion in Bayern war alles recht, was sie für den Kampf gegen die Arbeiterbewegung mobilisieren und nutzen konnte. Sie begrüßte die provokatorischen Zwischenfälle, die in München anläßlich eines Besuches des Reichspräsidenten Ebert von rechten Kräften initiiert wurden, und hielt insbesondere die NSDAP für „notwendig als ausgleichendes Moment gegenüber den Anmaßungen der freien Gewerkschaften", wie es in einem Bericht der Münchener Polizei hieß. Eine Überwachung der Nazis erfolgte nur, um das „Überschäumen des jugendlichen Kraftgefühls rechtzeitig verhindern zu können".[25]

Ende 1922 gestalteten sich die Entwicklungsbedingungen und Wirkungsmöglichkeiten im Reich und vor allem in Bayern für die Nazipartei noch günstiger als bisher. In Berlin konstituierte sich unter Wilhelm Cuno, dem Generaldirektor der Schiffahrtsgesellschaft HAPAG, die reaktionärste deutsche Regierung seit der Novemberrevolution. Sie begann sofort, die „Katastrophenpolitik" gegenüber der Entente zu forcieren. Sie sabotierte die Reparationszahlungen und verschärfte insbesondere die außenpolitischen Beziehungen zum imperialistischen Frankreich. Die Gegensätze zwischen den Siegermächten ausnutzend, strebte sie nach einer beschleunigten Revision des Versailler Vertrages. Dieser abenteuerlich-militaristische Kurs ging mit einer zügellosen chauvinistischen Hetze Hand in Hand, um von den sozialen Ursachen des wachsenden Elends unter den Werktätigen abzulenken. Darüber hinaus betrieb die Regierung eine Politik der immer schnelleren Geldentwertung. Das verstärkte Einsetzen der Inflation war verbunden mit neuen Angriffen auf die politischen und sozialen Rechte der Arbeiterklasse. Mit Eugen Ritter von Knilling übernahm ein Vertreter des rechten Flügels der BVP das Amt des bayerischen Ministerpräsidenten.

Der Faschismus konnte sich in dieser Zeit auch in anderen europäischen Ländern verstärken; er war – wie die Kommunisten einschätzten – zu einer Gefahr für die Arbeiterklasse im internationalen Maßstab geworden. In Italien hatten die faschistischen Schwarzhemden unter Mussolini im Oktober 1922 den „Marsch auf Rom" inszeniert und die Regierungsgewalt übernommen; natürlich bejubelten die Nazis die Entwicklung in Italien als „vorbildlich". Zum ersten Male, erklärte Scheubner-Richter, habe sich „die Erkenntnis praktisch Bahn gebrochen", daß der Kommunismus nur durch „konsequente Kampfführung gebrochen" werden könne. Unverblümt hieß es weiter: „Daß der Bolschewismus in Deutschland noch nicht gesiegt hat, haben wir weder unseren Regierungen noch unseren Parlamenten zu verdanken, sondern der Volkskraft, die sich *außerhalb* dieser Institutionen ... bildete. Was die deutschen Freikorps schüchtern taten, wurde in Italien leidenschaftlich betrieben. Die Faschisten traten nach der Niederwerfung des Bolschewismus nicht demütig vom Schauplatz ab, um den unfähigen Parlamentarismus weiter fortwursteln zu lassen, sondern bauten ihre Organisation über das ganze Land aus."[26] In einer Versammlung drohte Esser am 3. November: „Nicht unmöglich ist das, was in Italien einer Handvoll beherzter Männer möglich war. Den

Mussolini Italiens haben wir auch in Bayern. Er heißt Adolf Hitler."[27] Nach einem anderen Bericht soll Esser nicht nur für Bayern, sondern sogar von „Deutschlands Mussolini" gesprochen haben.[28]

Der Faschismus war zu einer realen Gefahr geworden, in Deutschland ebenso wie in Italien, Bulgarien, Ungarn, Spanien, Portugal und anderen Ländern. Während sich zahlreiche Mitglieder aller Arbeiterparteien und der Gewerkschaften mutig den faschistischen Horden entgegenstellten, hielten die rechten sozialdemokratischen Führer an der Koalitionspolitik mit einigen Parteien der Großbourgeoisie fest, vertieften sie ihren Antikommunismus und Antisowjetismus. Gegenüber der Gefahr des Faschismus orientierten sie lediglich darauf, daß diese Bewegung zu „beobachten" sei. Im „Vorwärts" vom 18. November 1922 argumentierten sie sogar: „Deutschland ist nicht Italien. Nicht jede Erscheinung des italienischen Faschismus ist in Deutschland gleichermaßen möglich." Der Feind stand für sie links: Die ganze Agitation der Faschisten habe „einen stark primitiv sozialistischen, oft kommunistischen Einschlag". Immer wieder – und mit welchen verhängnisvollen Auswirkungen! – bewiesen sie ihr Unvermögen, das Klassenwesen der Naziorganisation als das einer bürgerlichen Partei zu begreifen. Völlig anders bewerteten die Kommunisten die italienischen Ereignisse und das Anwachsen der faschistischen Organisationen. Der vom 5. November bis 5. Dezember 1922 tagende IV. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale warnte eindringlich vor der Gefahr des Faschismus auch in anderen kapitalistischen Ländern.[29] Das EKKI unterstrich immer wieder die Notwendigkeit der proletarischen Einheitsfront: „Der Faschismus kämpft nicht gegen die eine oder andere politische Richtung der Arbeiterklasse, sondern gegen die ganze Klasse, weil die Bourgeoisie nur in der intensiven Ausbeutung und der absoluten politischen Unterjochung aller Arbeiter die Möglichkeit des kapitalistischen Wiederaufbaus erblickt."[30]

Eine große geschichtliche Leistung vollbrachten die Kommunisten, indem sie den bourgeoisen Charakter der faschistischen Bewegung und der NSDAP sowie den unlösbaren Zusammenhang von Imperialismus und Faschismus entlarvten und dieses Wissen ihrem unermüdlichen und konsequenten antifaschistischen Kampf zugrunde legten. Sie ließen sich nicht von äußeren Erscheinungen täuschen, die mit den Parolen und der sozialen Zusammensetzung der faschistischen Organisationen zusammenhingen. Grundsätzlich richtig – wenngleich zunächst

noch etwas undifferenziert und zu wenig auf die führenden, monopolistischen Kreise der Bourgeoisie bezogen – wurden der Klassencharakter und die objektive Funktion des Faschismus bestimmt, Schritt für Schritt die Grundlagen für die bekannte marxistisch-leninistische Definition[31] durch den VII. Weltkongreß der Komintern gelegt.[32] Das III. Erweiterte Plenum des EKKI ließ sich von der tiefgründigen Einschätzung des Faschismus durch Clara Zetkin leiten, daß dieser „der stärkste, konzentrierteste ..., der klassische Ausdruck der Generaloffensive der Weltbourgeoisie in diesem Augenblick" sei und die Arbeiterklasse „einen außerordentlich gefährlichen und furchtbaren Feind vor sich" habe.[33] In ihrer ersten zusammenfassenden Analyse des Faschismus ging das EKKI nicht nur vom italienischen Beispiel, sondern auch von der Verhältnissen in Deutschland aus, als es dem Referat Clara Zetkins zustimmte, in dem als Ziel und Funktion des Faschismus die Errichtung einer offenen reaktionären Diktatur des Großkapitals entlarvt wurde und in dem es über die Ursachen der Entstehung des Faschismus sowie über die Wurzeln seiner Politik hieß: „Die Bourgeoisie kann die Sicherheit ihrer Klassenherrschaft nicht mehr von den regulären Machtmitteln ihres Staates allein erwarten. Sie braucht dafür eine außerlegale, außerstaatliche Machtorganisation. Eine solche wird ihr gestellt durch den bunt zusammengewürfelten Gewalthaufen des Faschismus. Deshalb nimmt die Bourgeoisie nicht nur mit Kußhand die Dienste des Faschismus an und gewährt ihm weiteste Bewegungsfreiheit im Gegensatz zu all ihren geschriebenen und ungeschriebenen Gesetzen. Sie geht weiter, sie nährt und erhält ihn und fördert seine Entwicklung mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln des Geldschrankes und der politischen Macht. Es liegt auf der Hand, daß der Faschismus in den einzelnen Ländern verschiedene Charakterzüge trägt, je nach den vorliegenden konkreten Verhältnissen. Jedoch zwei Wesenszüge sind ihm in allen Ländern eigen: ein scheinrevolutionäres Programm, das außerordentlich geschickt an die Stimmungen, Interessen und Forderungen breitester sozialer Massen anknüpft, dazu die Anwendung des brutalsten, gewalttätigsten Terrors."[34]

Ein sogenannter „Deutscher Tag" bildete Mitte Oktober 1922 den Auftakt zu neuen Aktivitäten der NSDAP. Gemeinsam mit anderen rechtsextremen Verbänden marschierte sie durch die oberfränkische Stadt Coburg, die seit 1920 zu Bayern gehörte. In München veranstaltete sie am 30. November fünf und am 13. Dezember sogar zehn Massenveranstaltungen, die gleichzeitig stattfanden und alle einen kur-

zen, spektakulären Auftritt Hitlers erlebten. Veranstaltungen anderer Parteien, vor allem der Kommunisten, wurden rigoros gesprengt und protestierende Antifaschisten brutal zusammengeschlagen. Morddrohungen gegenüber revolutionären Arbeitern, pazifistischen Demokraten und regierenden Sozialdemokraten häuften sich. Mit dem Übertritt des in Nürnberg und im Fränkischen agierenden Antisemiten Julius Streicher, dem späteren Herausgeber des Hetzblattes „Der Stürmer", war auch der Widerstand der DSP gegen einen bedingungslosen Anschluß an die Nazibewegung gebrochen und die Tür zu deren Ausbreitung außerhalb der bayerischen Landesgrenzen offen. In einer unter bayerischen Industriellen verbreiteten Denkschrift begründete Hitler Ende Oktober 1922 die Notwendigkeit des Ausbaus der NSDAP, wobei dies mit „äußerster Schnelligkeit" und auf zwei Ebenen erfolgen sollte. An erster Stelle sollten die „Vervollständigung und Vertiefung der Propagandaorganisation" stehen, wobei er argumentierte, was „durch Papierkugeln zu gewinnen" sei, das brauche „nicht durch stählerne gewonnen zu werden". Zweitens ging es ihm um den „Ausbau der praktischen Machtmittel der Bewegung (Sturmabteilungen)", mit deren Hilfe die revolutionäre Arbeiterbewegung bekämpft und „die nationale Wirtschaft in Gang" gehalten werden sollte.[35]

Als die rechtsextremen Kräfte Ende 1922 überall in Deutschland ihre chauvinistische und revanchistische Hetze verstärkten und damit die Positionen der reaktionärsten Teile der herrschenden Klasse des imperialistischen Deutschlands ausbauen halfen, flossen die finanziellen Mittel auch für die Nazipartei reichlicher, wodurch der wesensbestimmende Zusammenhang zwischen dem Monopolkapital und den rechtsextremistischen Organisationen deutlich zutage trat. Der „Völkische Beobachter" erschien seit Dezember 1922 als Tageszeitung, was auf eine volle Parteikasse schließen ließ. Die Beträge wurden größer und die Spender immer gewichtiger, was ihre Stellung in der Bourgeoisie betraf. Dazu gehörte u. a. Ernst von Borsig, der spätere Vorsitzende der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände und Leiter des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrieller.[36] Die von ihm bereitgestellten Mittel gelangten über Dr. Litz, den Direktor der Borsig-Werke in Tegel, an Pöhner, den aktiven Nazi ohne Mitgliedsbuch im Münchener Polizeipräsidium. Zu den frühen Finanziers aus der Großindustrie zählte auch Hugo Stinnes, Generaldirektor der Deutsch-Luxemburgischen Bergwerk- und Hütten AG.[37] Emil Kirdorf, Gründer des deutschen Kohlensyndikats und Generaldirektor der Gelsen-

kirchener Bergwerk AG, und Fritz Thyssen, der Chef eines großen Stahlkonzerns, interessierten sich ebenfalls bereits 1922/23 für die NSDAP, wobei im Herbst 1923 von letzterem 100 000 Goldmark an Ludendorff und Hitler überwiesen wurden.[38]

Im inflationären Deutschland erhielten die Nazis hohe Summen in Goldmark, während sie ihre Schulden in wertlosem Inflationsgeld zurückzahlten. SA-Führer bekamen ihren Sold teilweise sogar in Devisen ausgezahlt. Gansser vermittelte von Schweizer Industriellen 35 000 Schweizer Franken, während Kurt Luedecke, Vertreter einer Pneumatikfirma, Gelder von französischen Magnaten besorgte und im Auftrage Hitlers Verbindungen nach Budapest und Rom herstellte. Adlige wie Prinz Arenberg, Gertrud von Seydlitz, der Herzog von Coburg und Freiherr von Kramer-Klett, ein Vertreter des katholischen Faschismus, reihten sich in die Liste der finanziellen Förderer ein. Auslandsdeutsche Gönner rührten sich für die Nazis in Amerika, in der Tschechoslowakei, in Schweden, Finnland und anderen Ländern. Noch nach dem Putsch vom 8./9. November 1923 besaß die NSDAP ein beachtliches Vermögen von rund 170 000 Goldmark.[39]

Im Januar 1923 führte die NSDAP den ersten „Reichsparteitag" in München durch, ein Spektakel mit 12 Massenkundgebungen, einer „Fahnenweihe" und einer Parade auf dem Münchener Marsfeld der z. T. schon völlig uniformierten SA. Angesichts der Reaktion des deutschen Monopolkapitals auf die von seinen extrem reaktionären Kräften provozierte militärische Besetzung des Ruhrgebietes durch französische und belgische Truppen wagte die Naziführung sogar eine Machtprobe mit der bayerischen Regierung, die die Taktik des „passiven Widerstandes" der Reichsregierung gegen die Ruhrbesetzung unterstützte. Die nazistische Propaganda für einen aktiven Widerstand an Rhein und Ruhr und für den sofortigen Sturz der Reichsregierung paßte daher nicht in das Konzept der bayerischen Regierung. Die Bestimmungen des Ausnahmezustandes – als formellen Anlaß dafür nahm die Reichsregierung den nationalsozialistischen Parteitag – richteten sich lediglich gegen Veranstaltungen der Arbeiterbewegung. Hitler versprach, nichts gegen die bayerische Regierung zu unternehmen, und das genügte, um die Nazis doch gewähren zu lassen. Gerade dieses Entgegenkommen der bayerischen Regierung unter dem Ministerpräsidenten von Knilling steigerte den Zustrom neuer Mitglieder und ermunterte die Naziführer nun zur unmittelbaren Vorbereitung einer erneuten Aktion à la Kapp.

Die Tätigkeit der NSDAP stand während des ganzen Jahres 1923 im Zeichen des geplanten Putsches und des nach italienischem Vorbild angestrebten „Marsches auf Berlin". Pläne und Einsatzbefehle nahmen eine immer konkretere Gestalt an. Die seit März 1923 von Göring geführte SA gebärdete sich offen als ein Wehrverband und veranstaltete in Bayern eine militärische Übung nach der anderen. Wie immer, wenn sich die Konterrevolution formierte und zum Losschlagen bereit hielt, wurde auch im Frühjahr 1923 das Gerücht ausgestreut, ein „Linksputsch" stünde bevor. Gegen die für den 1. Mai geplanten Demonstrationen der KPD sowie der SPD und der Gewerkschaften erklärte Hitler, daß die „roten Kundgebungen" nur stattfinden könnten, wenn die Kommunisten und Sozialdemokraten über seine „Leiche marschieren".[40] In den frühen Morgenstunden des 1. Mai rotteten sich in München 1 300 SA-Leute und etwa 4 000 Mitglieder sogenannter vaterländischer Verbände, darunter des Bundes Oberland, der Reichsflagge, des Blücher-Bundes, der Zellergruppe u. a. m., aus allen Teilen Bayerns zusammen. Das militärische Kommando führte Hermann Kriebel, ein Vertreter der vaterländischen Verbände. Die politische Führung lag in den Händen Hitlers. Zusätzlich zu den vorhandenen Gewehren, Handgranaten und Pistolen besorgte Röhm aus den Beständen der Reichswehr Maschinengewehre und ein Geschütz. Die Faschisten standen Gewehr bei Fuß, sie warteten auf das Zeichen, die friedliche Demonstration der Münchener Arbeiter zu überfallen. Sie warteten jedoch vergebens, der Putsch konnte noch nicht stattfinden. Die bayerische Reichswehrführung unterband jede größere Aktion und verlangte die Rückgabe ihrer Waffen, was wiederum von Röhm organisiert wurde.

Entsprechend den Gesetzen der Weimarer Republik und des Landes Bayern hätte Hitler wegen staatsgefährdender Betätigung und der Aktion vom 1. Mai 1923 zu einer zweijährigen Gefängnisstrafe verurteilt werden können. Doch Justitia war wieder auf ihrem rechten Auge blind. Röhms Verabschiedung aus der Truppe, obwohl von Reichswehrminister Otto Geßler persönlich verfügt, scheiterte am Einspruch des Generals Otto Hermann von Lossow, des Kommandeurs der Reichswehr in Bayern. Untersuchungen eines Münchener Staatsanwalts wurden angesichts der Hitlerschen Drohungen, mit „landesverräterischen Enthüllungen"[41] aufwarten zu können, rasch abgeschlossen. Der am 11. Mai verhängte Ausnahmezustand traf wieder nur die proletarischen Organisationen und deren Presse, während die militaristischen Wehrverbände weiter

ungehindert paradierten, Übungen abhielten und sich zu einer „Kampfgemeinschaft nationaler Verbände" unter Ludendorffs und Hitlers Führung formierten. Ohne Einschränkungen konnten die Nazis ihren „Helden" Albert Leo Schlageter feiern, der am 26. Mai 1923 von den französischen Besatzungsorganen im Ruhrgebiet wegen Sabotageaktionen hingerichtet worden war. Zu einem einwöchigen Verbot des „Völkischen Beobachters" kam es im Juli 1923 nur, weil die Nazis allzu selbstbewußt und öffentlich im „Völkischen Beobachter" vom 14. Juli erklärten, im Falle von Behinderungen durch die Polizei sich der bayerischen Regierung nicht mehr als „Notpolizei" zur Verfügung stellen zu wollen.

Als im August 1923 Cuno durch einen von der KPD geleiteten Generalstreik der Arbeiterklasse aus dem Amt des Reichskanzlers gezwungen und einen Monat später die Taktik des „passiven Widerstands" gegen die Ruhrbesetzung aufgegeben wurde, um sich stärker auf die Abwehr der revolutionären Kräfte konzentrieren zu können, schuf sich die herrschende Klasse neue, effektivere Bedingungen für die Niederschlagung der Arbeiterbewegung. Deren gewachsene Kraft hatte sie auch bei dem von der KPD initiierten und organisierten Antifaschistentag am 29. Juli 1923 zu spüren bekommen, als in vielen Städten Massendemonstrationen und Kundgebungen stattfanden. Die Beilegung des Ruhrkonflikts sowie eine Stabilisierung der Währung sahen alle Teile der deutschen Monopolbourgeoisie als günstige Voraussetzung zur Niederschlagung der revolutionären Kräfte an. Sie orientierte sich in ihrer Gesamtheit auf die Errichtung einer Diktatur. In seiner Regierungserklärung verkündete der DVP-Vorsitzende und neue Reichskanzler Gustav Stresemann: „Die beste außenpolitische Aktivität, die wir entfalten können, ist die Ordnung der deutschen Verhältnisse im Innern."[42]

Über Einzelfragen der konkreten Diktatur-Pläne gab es in den Reihen der Herrschenden unterschiedliche Varianten. Während sich die Reichsregierung und die Parteien der sogenannten Mitte auf den Ausnahmeartikel 48 der Weimarer Verfassung stützen und eine verfassungsmäßig verbrämte Diktatur errichten wollten, traten alle Rechtskräfte für eine mehr oder weniger offene Militärdiktatur ein. Dabei deckten sich weitgehend das von Stinnes propagierte Programm der „Zerschmetterung" des Kommunismus, der Notverfassungsentwurf des Alldeutschen Verbandes und das vieler anderer extrem reaktionärer Kräfte, darunter auch das der Nazipartei und der bayerischen Wehr-

verbände. Überall galt als ihr Ziel: Unterdrückung des revolutionären Kampfes der Arbeiter mit rücksichtsloser Gewalt, Auflösung des Parlaments, Verhängung des Standrechts, Todesstrafe für Streikende, Aufhebung der Pressefreiheit, Verbot der Gewerkschaften. Meinungsverschiedenheiten bestanden vor allem in der Frage, ob sich das angestrebte Regime vorrangig auf die Reichswehr oder auf die rechtsextremen Bürgerkriegsorganisationen stützen solle. Der Einsatz der Reichswehr erschien vielen als aussichtsreicher und letztlich auch als das kleinere Risiko, da sie zweifellos viel disziplinierter und militärisch schlagkräftiger als die Wehrverbände war. Eine Generalsherrschaft ließ sich in gewisser Hinsicht immer noch mit der Fassade „legaler" Mittel drapieren, was hauptsächlich für die weitere Vertiefung der Spaltung der Arbeiterklasse durch die rechten opportunistischen Führer der SPD wichtig war. Die Diktatur-Kandidaten der Wehrverbände vertrauten dagegen auf ihre Resonanz unter den Mittelschichten und hofften, die Arbeiterorganisationen im Blute ersticken zu können.

In Bayern gingen die monarchistisch-partikularistischen Gruppen unter dem Triumvirat von Kahr, Lossow und Oberst Hans Ritter von Seißer, dem Chef des Landespolizeiamtes, und die faschistischen Kräfte lange Zeit Hand in Hand bei der Vorbereitung eines gemeinsamen Putsches gegen die Reichsregierung und zur Beseitigung der bürgerlich-parlamentarischen Herrschaftsform des deutschen Imperialismus. Dafür wurden die Nazis weiter gepäppelt, obwohl diese mit eigenen Forderungen hervorzutreten und aus der Rolle eines nur regional wirksamen und beliebig zu dirigierenden Juniorpartners herauszuwachsen begannen. Beim „Deutschen Tag" in Nürnberg entstand am 2. September 1923 der „Deutsche Kampfbund", der die organisatorische Grundlage für die Putschvorbereitungen bot. Ungefähr 100 000 Menschen nahmen an der provokatorischen Nürnberger Machtdemonstration der Rechten teil. Unter den „Ehrengästen" befanden sich neben Ludendorff, der sich offen zu den Nazis bekannte, auch Prinz Ludwig Ferdinand von Bayern, der Herzog von Coburg, Admiral Reinhard Scheer und zahlreiche bayerische Generäle und Offiziere. Die „Generalprobe" des geplanten Umsturzes schien verheißungsvoll, zumal die opportunistischen Führer die sozialdemokratischen Arbeiter von direkten Aktionen sowie von einem gemeinsamen Vorgehen mit der KPD gegen das Treffen der rechtsextremen Nationalisten und Faschisten abhielten. Drei Wochen später gelang es Röhm, die Wahl Hitlers zum politischen Leiter des „Kampfbundes" durchzusetzen.

Die NSDAP, die im Jahre 1923 in ihren Mitgliederlisten über 35 000 Neuaufnahmen verzeichnen konnte, profitierte vor allem von den gegen Berlin gerichteten Maßnahmen der bayerischen Regierung. Diese ernannte am 26. September Kahr zum Generalstaatskommissar mit diktatorischen Vollmachten und kam Forderungen der Reichsregierung nach einem Verbot des „Völkischen Beobachters" nicht bzw. nur mit erheblicher Verzögerung nach. Kahr stellte die Ausnahmegesetze des Landes über die des Reiches, er ließ sogar die Reichswehrtruppen des Münchener Wehrkreises auf die bayerische Landesregierung vereidigen. Lossow traf sich im Herbst mehrere Male mit dem Naziführer und versicherte, er sei „mit der Auffassung Hitlers in neun von zehn Punkten völlig einig".[43] Trotz der Fülle von Gemeinsamkeiten entflammte bald eine Rivalität zwischen beiden Flügeln der bayerischen Reaktion. Der gemeinsame, offen propagierte und intensiv vorbereitete „Marsch auf Berlin", für den Lossow am 24. Oktober vor Vertretern der Reichswehr, der Landespolizei, der vaterländischen Verbände und des „Kampfbundes" die Parole „Sonnenaufgang" ausgab, entsprach nicht in allem den Plänen der blau-weißen Reaktionäre. Ihr hauptsächliches Ziel war ein eigenständiges, von revolutionären Einflüssen aus den übrigen Teilen Deutschlands abgeschirmtes Bayern. Dafür wurden zwar alle konterrevolutionären Aktivitäten der Nazis als nützlich einkalkuliert, alle Ansprüche auf eine Führungsrolle und auf Realisierung ihrer Ziele aber als überflüssig und ihrer eigenen Sache abträglich betrachtet. Die NSDAP propagierte Ziele, die über die von Kahr und Lossow weit hinausgingen. Hitler erklärte am 30. Oktober im Zirkus Krone: „Für mich ist die deutsche Frage erst gelöst, wenn die schwarzweißrote Hakenkreuzfahne vom Berliner Schloß weht"[44], wenn also nicht nur die von allen angestrebte starke „nationale" Regierung, eine Militärdiktatur, in den Sattel gehoben, sondern eine nazifaschistische Herrschaft errichtet worden sei.

Für Kahr und Konsorten war diese „Frage" jedoch offensichtlich schon erledigt, als die Reichswehr Ende Oktober in Sachsen und Thüringen einmarschierte und die legalen, von linken Sozialdemokraten und Kommunisten gebildeten Arbeiterregierungen absetzte, als der Aufstand der Hamburger Arbeiter niedergeschlagen wurde und sich die Übergabe der gesamten vollziehenden Gewalt an Reichswehrchef General Hans v. Seeckt abzeichnete. Die Aufgabe der bayerischen „Ordnungszelle", mit dem „Saustall in Berlin" aufzuräumen, schien sich für sie zu erübrigen, zumal sie zwar einen Putsch, aber keinen Bürger-

krieg im Auge hatten. Sie erkannten, daß mit dem Verbot der KPD und dem Einsatz der vorhandenen konterrevolutionären Machtmittel gegen die Arbeiterbewegung, mit der beginnenden Stabilisierung der Mark sowie mit den unterstützenden Maßnahmen des amerikanischen Monopolkapitals sich der Kapitalismus in Deutschland zu stabilisieren begann. Mit Gespür für die veränderte Situation begriffen sie, daß sich innerhalb der herrschenden Klasse diejenige Richtung durchgesetzt hatte, die die bürgerlich-parlamentarische Staatsform zunächst für unentbehrlich hielt, daß Veränderungen am politischen Herrschaftssystem vorläufig nur graduell erreichbar waren. Als Kahr, Lossow und Seißer am 6. November den Führern der vaterländischen Verbände eröffneten, daß sie allein das Kommandorecht für die erwartete Aktion beanspruchten und jede Eigenmächtigkeit brechen würden, kam dies einer Distanzierung vom nazifaschistischen Flügel der Putschistenfront gleich.

Die Naziführer versuchten dennoch am 8. November 1923 vollendete Tatsachen zu schaffen, um angesichts der für sie ungünstigen Entwicklung zu retten, was zu retten war. Sie fürchteten nicht zuletzt auch, ihre aufgeputschten Anhänger nicht mehr bei der Fahne halten zu können, und sorgten sich um den drohenden Zerfall der so mühsam aufgebauten „Kampfbund"-Einheiten.[45]

Hitler drang an der Spitze einer bewaffneten SA-Formation in den Münchener Bürgerbräukeller ein, wo Kahr gerade eine programmatische Rede halten wollte. Mit ausgesprochenem Sinn für theatralische Effekte verkündete der Faschistenführer nach einer kurzen Beratung im Nebenzimmer (und einer Versammlungspause, in der Göring die erregten Teilnehmer unter anderem mit dem Argument beruhigte, die Bayern würden auch künftig ihr Bier bekommen!) den Beginn einer „nationalen Revolution" und die Bildung einer neuen Reichsregierung, der außer ihm auch Ludendorff, Kahr, Lossow, Seißer und Feder angehören würden. Die Verantwortlichen für die Revolution von 1918/19, beschimpft als „Novemberverbrecher", sollten vor ein Gericht gestellt und innerhalb von drei Stunden hingerichtet werden. „Tumultarisches begeistertes Geschrei" und das Deutschlandlied gellten danach durch den Saal.[46] Nach anfänglicher und z. T. erzwungener Zustimmung zogen sich Kahr, Lossow und Seißer jedoch in der Nacht von diesem Unternehmen zurück und wandten sich gegen den Putsch. Die Verbrüderungsszene mit den Faschisten und die Anerkennung einer Reichskanzlerschaft Hitlers vergaß man rasch. Kahr widerrief seine Zusage

und erklärte sowohl die NSDAP als auch den „Kampfbund" für aufgelöst. Ohne jede Begründung verbot er die KPD ebenfalls. Aus anderen bayerischen Garnisonen wurden Reichswehreinheiten nach München beordert.

In der Nacht vom 8. zum 9. November 1923 gaben die Nazis eine Probe ihres propagandistischen und terroristischen „Könnens". Aus einer Buchdruckerei „besorgten" sie sich „Sold" für die SA-Leute. Das Verlagsgebäude der sozialdemokratischen „Münchener Post" wurde auf Görings Befehl vom „Stoßtrupp Hitler" gestürmt und dessen Einrichtungen verwüstet. Heß organisierte die Geiselnahme und Bewachung von Mitgliedern der bayerischen Regierung und des Münchener Stadtrates. Wahllose Verhaftungen vor allem jüdischer Bürger erfolgten an vielen Orten Münchens.[47] Unter Leitung Röhms besetzte eine Gruppe das Wehrkreiskommando. Andere „militärische" Erfolge blieben jedoch aus.

In Resignation und blinder Hoffnung glaubten Ludendorff und Hitler noch immer, zugunsten des schon gescheiterten Putsches eine Wende erzwingen zu können. Sie befahlen für die späten Vormittagsstunden des 9. November einen „Erkundungs- und Demonstrationsmarsch" ihrer Anhänger durch die Münchener Innenstadt. Eine Polizeisperre konnte den Zug zunächst nicht aufhalten; beim ersten Schuß, so drohte Göring, werde man die inhaftierten Geiseln erschießen. Als die SA-Leute und Mitglieder des Bundes Oberland das Regierungsviertel erreichten, fiel ein Schuß, dem für etwa eine Minute ein heftiger Feuerwechsel folgte. Die Salven der bei der Feldherrnhalle, einem dem Ruhme Wittelsbacher Heerführer dienenden klassizistischen Gebäude, stationierten Landespolizei stoppten endgültig die vordringenden Putschisten. 16 Nazis und drei Polizisten lagen tot oder sterbend auf der Straße. Später feierte sie das faschistische Regime als die „Blutopfer" und „Helden" der Nazibewegung, deren regelmäßig und immer dann besonders lautstark gedacht wurde, wenn der Faschismus in einer Krise steckte. Ludendorff, Drexler, Frick und einige wenige noch ließen sich an Ort und Stelle verhaften. Ansonsten zerstreuten sich die etwa 3 000 Faschisten in wilder Flucht; auch hierin erwies sich der um seine eigene Rettung bemühte Hitler als „Führer". Bis zu seiner Verhaftung verbarg er sich in einem Landhaus der Familie Hanfstaengl, während Göring, Esser, Feder, Berchtold und andere ins Ausland flüchteten. Die faschistische Geschichtsschreibung, die dem fehlgeschlagenen Staatsstreich immer einen propagandistischen zentralen Platz

in ihrer geschichtsklitternden Propaganda einräumte, konstruierte so manche Legende und fälschte viele Details des Geschehens, um die Abenteuerlichkeit und den Dilettantismus vergessen zu machen.

Ausgezogen, um neues reaktionäres Unheil über Deutschland heraufzubeschwören, kamen die Nazis bei diesem Putsch am 5. Jahrestag der Novemberrevolution nicht weit. Die Endstation hieß: Feldherrnhalle. Vorläufig.

4. Kapitel

In der zweiten Reihe: Reserve der äußersten Reaktion

Am 5. Januar 1924 stellte das bayerische Staatsministerium für Finanzen 3 000 Goldmark für einen besonderen Zweck zur Verfügung: Zwanzig (!) hauptamtliche Angestellte der Nazipartei erhielten eine Abfindung, da sie durch das Verbot der NSDAP „arbeitslos" geworden seien.[1] Dieser übertrieben-„freundliche" Akt im Umgang mit den Hochverrätern des 9. November 1923 sollte nicht der einzige bleiben ...

Die Faschisten hatten es nicht nötig, in die Illegalität zu gehen. Sie gaben entsprechende Versuche, mit geheimen Anweisungen, Organisationsrichtlinien und Decknamen zu arbeiten – z. B. mit dem Anagramm „Rolf Eidhalt" statt Adolf Hitler[2] – rasch auf. Insbesondere die bayerische Landesregierung hielt schützend ihre Hände über sie; die Herrschenden wollten diesen für sie so nützlichen – weil für die gesamte Arbeiterbewegung so gefährlichen –, extrem reaktionären Stoßtrupp nicht aufgeben. Ungehindert von den Behörden konnten sich mehrere Ersatzorganisationen der Nazipartei in die Vereinsregister bayerischer Städte eintragen lassen. Die eine konstituierte sich am 7. Januar als „Völkischer Block in Bayern", die andere am Ende des Monats als „Großdeutsche Volksgemeinschaft" (die ihre Existenz auf einen gegenüber Rosenberg geäußerten Wunsch Hitlers stützte), eine dritte entstand unter Drexlers Führung als „Großdeutsche Arbeiterpartei", eine weitere „Deutsche Arbeiterpartei" hörte in Nürnberg auf Streichers Kommando. Daneben formierten sich als kurzlebige Verbände der „Deutsche Bund" in Würzburg, der „Völkische Bund" in Bayreuth, der „Völkische Treubund Staffelstein", die „Altreichsflagge" und einige andere mehr. Die versprengten Einheiten des „Kampfbundes" sammelte Röhm unter der Bezeichnung „Frontbann"[3], wobei diese Ersatz-SA mit rund 30 000 Mitgliedern formell Ludendorff unterstellt wurde.

Die bayerische Regierung konnte es sich zwar nicht leisten, einem provokatorischen Antrag von Rechtsanwalt Lorenz Roder zu folgen und das Verbot der NSDAP, das durch Seeckt am 23. November 1923 auch für ganz Deutschland ausgesprochen worden war, schon so kurze Zeit nach dem Putsch aufzuheben. Aber sie half, indirekt und so gut es ihr die Umstände erlaubten. Ausgerechnet Kahr, den die Nazis als „Verräter" zu beschimpfen nicht müde wurden und 1934 ermordeten, leistete Hilfe für die NSDAP, für die rechtsradikalen Ziehkinder der reaktionärsten Teile des deutschen Imperialismus und Militarismus. Des Rechtsanwalts demagogische Behauptung, nur die SA und nicht die Partei sei am Putsch beteiligt gewesen, hat den Generalstaatskommissar sicher nicht sonderlich beeindruckt. Anders dürfte es mit der Erinnerung daran ausgesehen haben, daß die ihm und seiner Regierung bekannte „Gesinnung der Partei" niemals „beanstandet" worden ist. Imperialistische Klassensolidarität und Angst um die eigenen Machtpositionen bestimmten die Fortsetzung des faschistenfreundlichen Kurses, zumal Roder am 7. Dezember 1923 auch versichert hatte: „Falls der Herr Generalstaatskommissar die Aufhebung der Verbote an Bedingungen knüpfen will, so *besteht Bereitwilligkeit, diese Bedingungen anzunehmen*, soweit sie irgendwie annehmbar sind."[4]

Da die Niederschlagung des Nazi-Putsches in die Zeit des Übergangs von der revolutionären Nachkriegskrise zur Periode der relativen Stabilisierung des Kapitalismus fiel, hingen die Existenz und der künftige Weg der NSDAP weitgehend davon ab, wie der deutsche Imperialismus die neu entstandenen wirtschaftlichen und politischen Bedingungen nutzte, um seinem strategischen Ziel einer Revision der militärischen und politischen Ergebnisse des ersten Weltkrieges und der Novemberrevolution 1918/19 näherzukommen. Ihm hatten sich mit der erneuten Niederlage der Arbeiterklasse im Herbst 1923 günstigere Ausgangspositionen geboten, den imperialistischen Staatsapparat zu festigen, die Ausbeutung der Arbeiter wesentlich zu intensivieren, sich wirtschaftlich zu erholen und weitere Schritte zur Realisierung seiner weitgespannten Ziele einzuleiten, bis hin zur „erneuten Aggression nach außen und der Niederschlagung der Arbeiterbewegung und aller anderen demokratischen Kräfte im Innern".[5] Den maßgebenden Exponenten der herrschenden Klasse blieb dennoch bewußt, daß sie angesichts der immer noch vorhandenen, wenn auch geschwächten Kampfkraft des werktätigen Volkes noch nicht in der Lage waren, alle Errungenschaften revolutionärer Kämpfe der vergangenen Jahre sofort

und völlig abzubauen. Die Reichswehr konnte auf die Dauer weder in der Lage noch angesichts ihrer äußeren Funktion willens sein, eine Militärdiktatur im Innern auszuüben. Die Aufhebung des Ausnahmezustandes und der Verzicht auf allzu scharfmacherische Stabilisierungskonzeptionen ergaben sich zwangsläufig aus dieser Situation, ebenso aber das neuerliche Interesse an allen nach wie vor bestehenden extrem reaktionären und faschistischen Organisationen. Daher trieben die Herrschenden selbst unter den Bedingungen der relativen – weil zeitweiligen und brüchigen – Hochkonjunktur die politische Entwicklung nach rechts, brauchten sie die brutale Unterdrückung und die reaktionäre Manipulation der Massen zur Stützung und zur Sicherung ihres imperialistischen Profitgeschäfts. Ohne einen breiten und stabilen Einfluß auf größere Teile der Massen konnten die Monopolherren und Junker nicht an eine Realisierung ihrer weitgespannten aggressiven Ziele denken. Dafür war ihnen jedes Mittel, auch jede antiparlamentarisch-terroristische Partei recht, mochte sie auch noch so klein sein, wenn sie nur dazu beitrug, die Arbeiterklasse weiter zu spalten, zu desorientieren und von ihren potentiellen Verbündeten, den Mittelschichten, zu isolieren. Eine revolutionär und einheitlich handelnde Arbeiterklasse im Bündnis mit den anderen demokratischen, friedliebenden und humanistisch gesinnten Werktätigen, wie es von der KPD angestrebt wurde – das hätte den baldigen Untergang der Monopole und ihres Staates bedeutet.

In der Periode der relativen Stabilisierung des Kapitalismus stützte sich die Mehrheit der Industriekapitäne und Junker vorrangig auf die bürgerlichen Parteien der Rechtskoalition sowie auf die rechten Führer der SPD und der Gewerkschaften. Bereits 1924/25 begann eine neuerliche Kräfteverschiebung zugunsten der reaktionärsten Gruppen der herrschenden Klasse, wodurch sich wiederum – von den Kommunisten und revolutionären Sozialdemokraten immer wieder betont – die Gefahr des Übergangs zu diktatorischen Herrschaftsmethoden und neuen kriegerischen Abenteuern, die Gefahr einer offen terroristischen Unterdrückung der deutschen Arbeiterklasse und aller demokratischen Kräfte erhöhte.

Die bisher regierenden und wendig-parlamentarische Methoden bevorzugenden bürgerlichen Parteien waren der große Verlierer der Reichstagswahlen vom 4. Mai 1924. Die DDP[6] und DVP[7] büßten über 1,4 Millionen Stimmen ein, während die DNVP[8] 2 Millionen Stimmen gewann und die stärkste bürgerliche Fraktion des Parlaments

Zusammenkunft von Hitler und Göring mit Großindustriellen (1932)

Das Verhältnis von Großkapital und NSDAP.
Karikatur aus „Der wahre Jakob" (1932)

Das „Braune Haus" in München – Sitz der NSDAP-Reichsleitung

Rechtssozialdemokratische Unterschätzung der faschistischen Gefahr. Karikatur des „Vorwärts" (1931)

stellte. Reichsregierungen ohne sozialdemokratische Beteiligung wurden gebildet, wobei im Januar 1925 zum ersten Mal deutschnationale Politiker Aufnahme in das Kabinett fanden. Deutlichstes Zeichen für die politische Rechtsdrift wurde nach dem Tode Eberts die Wahl des Erzmilitaristen, des ehemaligen kaiserlichen Generalfeldmarschalls Paul von Hindenburg zum Staatsoberhaupt. Als Reserve für den Generalangriff auf die sozialen Errungenschaften und die demokratischen Rechte der Werktätigen (und teilweise auch als politisch-ideologisches Alibi!) unterhielt das Monopolkapital eine einflußreiche und offen antirepublikanische Fronde in Gestalt einer Vielzahl militaristischer und nationalistischer, völkisch-antisemitischer und faschistischer Organisationen.

Darin nahmen solche Organisationen wie die zahlreichen paramilitärischen Wehrverbände, darunter der „Stahlhelm-Bund der Frontsoldaten e. V."[9] mit einer Million Mitglieder, der „Verein der vaterländischen Verbände Deutschlands"[10], der „Arbeitsausschuß Deutscher Verbände"[11] und viele andere mehr einen zunächst wesentlich bedeutsameren Platz als die Nazipartei ein. Diese stand in der zweiten Reihe. Dennoch waren auch für sie alle Voraussetzungen für eine unangetastete Existenz und wohlwollende Unterstützung gegeben. Nach dem gescheiterten Putsch hatte sich zwar das Kräfteverhältnis zwischen den verschiedenen rechtsextremen Organisationen des Imperialismus zu ihren Ungunsten verändert, sich aber keinesfalls *gegen* sie entwickelt. Auch in der zweiten Reihe blieb sie eine Gefahr, vor der die KPD immer wieder warnte und die nicht unterschätzt werden durfte, da sie in bestimmten ökonomischen und politischen Krisensituationen des imperialistischen Systems rasch aktiviert werden konnte und ihr materielle, finanzielle, politische und ideologische Unterstützung durch die Monopolbourgeoisie grundsätzlich sicher war.

Und die Nazis nutzten ihre Chancen. Das kam bereits im Prozeß gegen Hitler und weitere neun Angeklagte, darunter Ludendorff, Frick, Kriebel, Röhm und Pöhner, zum Ausdruck. Dieser Prozeß fand nicht vor dem Staatsgerichtshof zum Schutz der Republik beim Reichsgericht in Leipzig, sondern lediglich vor dem Volksgericht für den Landgerichtsbezirk München I statt. Die bayerische Regierung widersetzte sich entschieden, die Reichsgesetze anzuwenden, und behielt gegenüber der kompromißbereiten Regierung des Deutschen Reiches die Oberhand. Sie wußte schon, warum – in Leipzig wäre es ihr sicher nicht so leichtgefallen, die eigenen reaktionären und separatistischen Pläne

vor der Öffentlichkeit zu verbergen. Es war zweifellos besser für sie, in selbständiger Regie alle Verantwortung auf die faschistischen Kumpane zu schieben und diese „augenzwinkernd", sofern sie ihre Rolle als Schuldige zu spielen bereit waren, als ehrenwerte Leute zu behandeln bzw. zu so geringen Strafen wie nur irgend möglich zu verurteilen.

Der Prozeß verlief vom 26. Februar bis 27. März 1924 alles in allem entsprechend den Vorstellungen der bayerischen „Ordnungszellen"-Politiker. Über die eigentlichen Ursachen des Putsches und das profaschistische Mitwirken des Triumvirats Kahr–Lossow–Seißer fiel kaum ein Wort; lediglich in Sitzungen unter Ausschluß der Öffentlichkeit kam manchmal das Verhältnis zwischen der Reichswehr, der Polizei und dem „Kampfbund" zur Sprache. Statt dessen erhielten die Angeklagten so reichlich das Wort zu ihrer Rechtfertigung, daß selbst bürgerliche Regierungsmitglieder bedenklich die Köpfe schüttelten.[12] Ein Journalist beschrieb nachträglich die Atmosphäre des Verfahrens, das in Verlauf und Abschluß so gänzlich anders aussah als das gegen die Revolutionäre vom Mai 1919: „Ein Gerichtshof, der den ‚Herren Angeklagten' immer wieder Gelegenheit gibt, stundenlange Propagandareden ‚zum Fenster hinaus' zu halten; ein Beisitzer, der nach Hitlers erster Rede (ich hab's mit eigenen Ohren gehört!) erklärt: ‚Doch ein kolossaler Kerl, dieser Hitler!'; ein Vorsitzender, der duldet, daß von der höchsten Spitze des Reiches als von ‚Seiner Hoheit, Herrn Fritz Ebert' gesprochen wird (Hitler) und daß man die Reichsregierung eine ‚Verbrecherbande' nennt (Kriebel); ein Generalstaatsanwalt, der in einer Sitzungspause einem der Angeklagten vertraulich auf die Schulter schlägt: ‚Na, mein lieber Pöhner!' ... – gehört all das nicht in den makabren Münchener Bilderbogen vom großen politischen Karneval, der mit einem fürchterlichen Erwachen am Aschermittwoch endet?!"[13]

Was am 1. April 1924 als Urteil verkündet wurde, mochte manchem als unglaubwürdig erscheinen. Doch die Strafen und ihre Milde widerspiegelten reaktionäre Konsequenz: Der deutsche Imperialismus und Militarismus kam nicht umhin deutlich zu machen, daß der Putsch zur falschen Zeit, mit falschen Mitteln und mit falschen Verbündeten versucht worden war. Fünf der Angeklagten wurden zu einem Jahr und drei Monaten Festungshaft verurteilt, aber sofort mit Bewährungsfrist auf freien Fuß gesetzt. Lediglich Hitler, Kriebel, Pöhner und Friedrich Weber erhielten fünf Jahre Festungshaft zugesprochen. Allerdings stellte man ihnen die Entlassung mit Bewährungsfrist schon nach einem

halben Jahr in Aussicht. „Straferschwerend" (!), so hieß es in der Urteilsbegründung, sei die Tatsache, daß durch das Unternehmen „die Gefahr eines Bürgerkriegs heraufbeschworen, schwere Störungen des wirtschaftlichen Lebens des gesamten Volkes und vermutlich auch außenpolitische Verwicklungen herbeigeführt" worden wären.[14] Ein Freispruch erging für Ludendorff, dessen Glanz als ehemaliger kaiserlicher Feldherr offensichtlich nicht angetastet werden sollte. Die Demonstration war eindeutig: Man brauchte die „Hochverräter", da sie von rechts kamen, noch und wollte sie nicht verprellen. Es unterblieb alles, was die Nazipartei in irgendeiner Weise etwas stärker getroffen hätte, was selbst nach dem Republikschutzgesetz vom 16. Juli 1922 möglich, ja sogar notwendig gewesen wäre: längere Haftzeiten, Bestrafung weiterer Naziführer, schärfere Haftbestimmungen und nicht zuletzt die Ausweisung des aus Österreich stammenden Hitler.

So unterschiedlich die Faschisten, ihr Putsch und ihre Führer im einzelnen auch bewertet wurden – in zweierlei Hinsicht bestand eine stillschweigende Übereinkunft aller Gruppen deutscher Monopolherren und Junker, aller Richtungen unter den bürgerlichen Politikern und Ideologen: Die NSDAP hatte mit ihren Plänen einer offen terroristischen Diktatur und beschleunigter Kriegsvorbereitungen zeitweilig in den Hintergrund zu treten, sie hatte im bürgerlichen Parteien- und Verbändesystem eine untergeordnete Stelle einzunehmen, aber sie durfte nicht etwa völlig verboten oder sogar aufgelöst werden. Jeder Schlag gegen rechts, wo ja der eigentliche Feind der Weimarer Republik stand, wäre den revolutionären, demokratischen und friedliebenden Kräften des deutschen Volkes zugute gekommen. Eine Schwächung des rechten Flügels der deutschen Monopolbourgeoisie hätte dazu beigetragen, das Kräfteverhältnis der Klassen zugunsten des sozialen und des politischen Fortschritts zu verändern.

Wie günstig Prozeß und Urteil von München für die Faschisten wirkten, zeigte sich bereits bei den Wahlen zum bayerischen Landtag vom 6. April 1924. In München erhielt die NSDAP von allen Parteien die meisten Stimmen[15], ein Erfolg, der ihr später erst wieder im Juli 1932 gelang. Sie erlangte 23 der 129 Sitze des Landtages. Bei den Wahlen im Land Thüringen errang die „Liste der Vereinigten Völkischen" sieben, in Mecklenburg-Schwerin 13 und in Lübeck sechs Mandate. Erstmalig zogen die Faschisten nach der Wahl vom 4. Mai 1924 – sie war durch einen ganz im Zeichen nationalistischer Propaganda stehenden Wahlkampf aller bürgerlichen Parteien vorbereitet worden,

brachte aber dennoch den Kommunisten 62 Mandate – in den Reichstag ein. Etwa 1,9 Millionen Wähler votierten für die Wahlgemeinschaft von 26 völkischen Verbänden Bayerns, Thüringens, Sachsens, Württembergs, Hessens, Badens und des Rheinlands, deren Kandidaten eine sogenannte Reichsliste der Vereinigten Nationalsozialistischen und der Deutschvölkischen Freiheitspartei bildeten. Unter den 32 Abgeordneten befanden sich auch die rechtskräftig verurteilten Putschisten Röhm und Frick. Erst die Wahlen vom 7. Dezember 1924 brachten gewisse Rückschläge: Gewählt mit 900 000 Stimmen, gelangten nur noch 14 Faschisten in den Reichstag.

Die teilweise beträchtlichen Wahlergebnisse standen im Widerspruch zur inneren Situation des deutschen Faschismus, die sowohl durch „starke Zersetzung" als auch durch „Umgruppierung" gekennzeichnet war.[16] Trotz einheitlicher, wahltaktisch begründeter Listen traten im Prozeß seiner Anpassung an die neuen Bedingungen der Periode der relativen Stabilisierung des Kapitalismus viele unterschiedliche Standpunkte zu den „Lehren" der gescheiterten Aktion vom November 1923 zutage. Inhaltlich ging es hauptsächlich um die Frage, welcher Weg zur Macht künftig eingeschlagen werden sollte: der des gewaltsamen Umsturzes oder der einer weitgehenden Ausnutzung der Legalität. Für Hitler, der das Gericht mit der Erklärung verlassen hatte, er werde die Ziele des Faschismus weiter verfolgen und bei der ersten besten Gelegenheit in die Tat umzusetzen bemüht sein, stand die Entscheidung bald fest, wie er in kleinem Kreise verkündete: „Wenn ich meine Tätigkeit wieder aufnehme, werde ich eine neue Politik befolgen müssen. Statt die Macht mit Waffengewalt zu erobern, werden wir zum Verdruß der katholischen und marxistischen Abgeordneten unsere Nase in den Reichstag stecken. Zwar mag es länger dauern, sie zu überstimmen als sie zu erschießen, am Ende aber wird uns ihre eigene Verfassung den Erfolg zuschieben. Jeder legale Vorgang ist langsam."[17]

Die Auseinandersetzungen im Lager der Rechtsextremisten spitzten sich mehr und mehr auf einen süddeutschen und einen norddeutschen Flügel zu, die in sich selbst wiederum alles andere als homogen waren. Das Schwergewicht der faschistischen Kräfte hatte sich von Bayern weg in andere Gebiete verlagert. Dadurch gewann zeitweilig die DVFP etwas Oberwasser.

Diese Organisation war Ende 1922 aus einer rechten Abspaltung der DNVP entstanden und wurde von Albrecht von Graefe, einem

erzreaktionären mecklenburgischen Gutsbesitzer, geleitet. Sie trieb vor allem in den preußischen und den mecklenburgisch-pommerschen Gebieten ihr terroristisches Unwesen. Trotz ihrer ausgeprägt antikommunistischen, chauvinistischen, rassistischen und z. T. auch monarchistischen Tiraden stellte sie sich auf den Boden des bürgerlichen Parlamentarismus, wodurch sie sich von den Münchener Naziführern wesentlich abhob. Als sich Ludendorff mit der DVFP verband und sich eine Einigung beider Flügel abzeichnete, delegierte der bayerische „Völkische Block" Gregor Strasser in die „Reichsführerschaft" einer neuen Organisation, der „Nationalsozialistischen Freiheitsbewegung".

Eine Beratung von Vertretern aller nationalsozialistischen Gruppen über den gemeinsamen Standpunkt gegenüber den Deutschvölkischen endete am 20. Juli 1924 in Weimar völlig ergebnislos. Nach dem Bericht Röhms verlief die Aussprache „zum Teil sehr erregt", und es verhärteten sich mindestens fünf unterschiedliche Standpunkte zu den Fragen nach dem Stellenwert der Parlamentstaktik sowie der Führung.[18] In der „Großdeutschen Volksgemeinschaft", die sich am entschiedensten gegen den Zusammenschluß mit der DVFP und gegen eine Bevorzugung der parlamentarischen Taktik wandte, wurde Rosenberg am 9. Juli durch Esser und Streicher ausgebootet. Der groß aufgezogene Weimarer Parteitag der „Nationalsozialistischen Freiheitspartei" (so nannte sich jetzt die neue Organisation) von Mitte August 1924 gestaltete sich zu einem Fiasko. Die Risse im Lager der Völkischen und der Nazis ließen sich nicht einmal mehr notdürftig zukitten, eine Vereinigung war nicht mehr möglich, nur noch die Unterordnung einer Richtung unter die andere. Diese Konsequenz bestimmte auf lange Zeit den Konzentrationsprozeß innerhalb des Lagers der deutschen Faschisten, aus dem schließlich die NSDAP als größte und erfolgreichste Partei hervorgehen sollte.

Zunächst versuchte Hitler, sich aktiv in den Prozeß der Sammlung der Nazis sowie in ihre Auseinandersetzungen mit den Anhängern Ludendorffs und Graefes einzuschalten. Obwohl er täglich bis zu sechs Stunden Besuch auf der Festung Landsberg empfangen durfte, ließen sich eine gewisse Isolierung und ein Prestigeverlust nicht völlig vermeiden. Auch undeutliche und hinhaltende Äußerungen, die von jedem außerhalb seines unmittelbaren „Hofstaates" nach eigenem Gutdünken ausgelegt werden konnten, schwächten seinen Einfluß zusehends ab. Die mehrfach, aber nicht immer deutlich geäußerte Absicht, schlagartig von der bisherigen Putschtaktik zu einer neuen, der sogenannten

Legalitätstaktik umzuschalten und auf dieser Grundlage die Zersplitterung im Lager der Rechtsextremisten zu steuern, konnte er nicht durchsetzen. Daher gab er am 7. Juli offiziell seinen Rücktritt als Vorsitzender der NSDAP bekannt. Heuchlerisch begründete er diesen sich bald als raffinierter und vorteilhafter Schachzug erweisenden Schritt: Er wollte nichts anderes und vor allem kein Minister sein, nur ein „Propagandist und Weckrufer", ein „Trommler" – das sei für ihn „das Höchste".[19] Hitler hielt sich damit geschickt aus dem Streit der einander immer heftiger befehdenden Cliquen heraus. Er profitierte von seiner Rolle als vielfach angerufener „Schiedsrichter" und konnte sich nach Kräften als „über den streitenden Parteien" stehend herausstellen.

In diesem Zusammenhang unternahm Hitler alles, um dem von allen Rechtskräften geschaffenen Mythos eines „Führers" zu entsprechen. Er versuchte, ohnehin nicht zimperlich in der Wahl der Mittel, auch damit seine erschütterte persönliche Stellung wieder zu festigen und auszubauen. Zu diesem Zweck und zur Klärung der vielen offenen taktischen Fragen begann er mit der Arbeit an seinem Buch, dem er ursprünglich den Titel „Viereinhalb Jahre Kampf gegen Lüge, Dummheit und Feigheit" geben wollte. Ein halbes Jahr lang schrieb er bzw. diktierte er seinem Privatsekretär Heß Rechtfertigungen seiner bisherigen politischen Aktivitäten sowie Begründungen für die von den Nazis neu einzuschlagende Taktik. Klarer als andere erkannte Hitler, daß die faschistische Partei auch weiterhin in hohem Maße von der direkten und indirekten Unterstützung durch die Reichswehr abhing. Außerdem begann er, die Unterstützung des katholischen Klerus für propagandistische und faschistische Aktivitäten als einen wichtigen, bisher nicht beachteten Faktor zu berücksichtigen. Daher richtete sich seine Kritik auch an die Adresse des Antiultramontanismus und insbesondere an die Ludendorffs, der beide Institutionen lauthals beschuldigte, die Urheber der Niederlage vom 9. November 1923 gewesen zu sein, und der unter dem Einfluß seiner Frau immer stärker eine abstruse deutsch-germanische „Religion" propagierte.

Hitler beließ es nicht bei kritischen und auf eine neue Taktik zielenden Worten. Er bemühte sich nach seiner vorfristigen Haftentlassung am 20. Dezember 1924 als erstes um ein Gespräch mit dem neuen bayerischen Ministerpräsidenten Heinrich Held, um diesem seine „legalen" Absichten gegenüber der Staatsmacht und seine Loyalität gegenüber der katholischen Kirche zuzusichern. Dabei beteuerte er auch,

der Putsch sei ein Fehler gewesen, aber jetzt verfolge er als höchstes Ziel, der Regierung im Kampf gegen den Kommunismus beizustehen.[20] Prompt erging Mitte Februar 1925 die Aufhebung des Verbots der NSDAP.

Am 27. Februar, einen Tag nach dem erneuten Erscheinen des „Völkischen Beobachters", vollzog sich die Wiederbegründung der Nazipartei in einer Versammlung mit etwa 4 000 Teilnehmern, vor denen Hitler zum Thema „Deutschlands Zukunft und unsere Bewegung" referierte. Seine Bemerkung, das nächste Mal werde entweder der Feind über seine Leiche oder er über die des Feindes gehen, trug ihm ein zweijähriges Redeverbot in Bayern ein. Auch in anderen Ländern des Deutschen Reiches durfte er nicht öffentlich auftreten, allerdings in geschlossenen Veranstaltungen aller Art um so mehr. Angesichts der Bewährungsfrist und der Ausweisungsmöglichkeit blieb das Redeverbot eine harmlose Maßnahme der Staatsorgane der Weimarer Republik. Die verkündeten „Grundsätzlichen Richtlinien" für den Wiederaufbau der NSDAP knüpften voll und ganz an die Zielsetzungen der alten Nazipartei an, orientierten jedoch in wesentlichen Punkten auf eine veränderte Taktik zur Erreichung dieser Ziele. Insbesondere betraf das die SA. Für sie war in den Richtlinien eine strikte Einhaltung der Vereinsgesetze und eine demonstrativ zur Schau zu tragende Waffenlosigkeit vorgesehen.[21]

Dieses vordergründige Taktieren ohne Preisgabe des strategischen Zieles stieß nicht nur auf Zustimmung, sondern bei einem Teil der Anhänger auch auf Enttäuschung, Unverständnis und ernsthaften Widerstand. Zunächst bekannten sich lediglich sechs der 25 völkisch-faschistischen Landtagsabgeordneten Bayerns zur neuen Nazipartei. Von 14 Mandaten im Reichstag fielen ihr nur vier zu. Vor allem sträubte sich Röhm gegen die Veränderungen in der Taktik. Sein „Frontbann" sollte nach wie vor ein offen militaristischer Wehrverband und von der politischen Organisation unabhängig sein. Die Führerbesprechung des „Frontbanns" vom 1. und 2. März 1925 in Wolmirstedt bei Magdeburg erkannte Hitler nur als Kopf der „nationalsozialistischen Bewegung" an und gelobte erneut dem „Schirmherrn" Ludendorff Treue. Als die Führung der neuen NSDAP kurze Zeit später ihren Anhängern „empfahl", beim zweiten Wahlgang um das Amt des Reichspräsidenten für Hindenburg und nicht für Ludendorff zu stimmen, war nicht nur mit diesem keinerlei Gemeinsamkeit mehr möglich, sondern auch der Bruch mit Röhm perfekt. Der ehemalige Hauptmann und aktive För-

derer Hitlers gab am 1. Mai 1925 seinen Rücktritt bekannt. Die Neuformierung der SA unter dem direkten Einfluß der NSDAP-Führung wurde dadurch nicht aufgehalten, es standen noch genügend Militaristen aus den ehemaligen Freikorps und sonstiger Herkunft bereit.

Andere Streitereien, so beispielsweise die in München, wo sich manche persönlich nicht mehr mit Esser oder Streicher verstanden und gegen die Umgebung Hitlers wetterten, blieben völlig belanglos.

Nicht so glimpflich verliefen dagegen die taktischen Meinungsverschiedenheiten um die Frage, wie ein Einbruch in die Reihen der Arbeiterklasse erreicht werden könne: sie erhielten einen zentralen Rang und eine alle Probleme durchdringende Bedeutung. Bisher hatte die NSDAP nur völkisch-rassistische Kräfte angezogen, also im Grunde nur Faschisten anderer Richtungen. Ihre objektive Funktion bestand jedoch darin, „um die Gefolgschaft der arbeitenden Massen" zu buhlen, wie die KPD in ihrem Aufruf vom 2. April 1924 zu den Reichstagswahlen schrieb. In diesem Aufruf entlarvte sie zugleich die Parolen der Faschisten: „Neue Demagogen treten auf ... Neue Parteien werben um Vertrauen für den alten Verrat am arbeitenden Volke ... Sie gaukeln eine alles einigende Volksgemeinschaft, eine nationale Diktatur (vor), die das Befreiungswerk nach innen und außen vollziehen werde. Sie predigen den Schafen und Wölfen die Einheit des Tierreiches. Sie hetzen gegen das jüdische Kapital, aber die christlichen Wucherer, Ausbeuter und Blutsauger wollen sie als ‚schaffendes Kapital' erhalten und schützen. Sie reden von ‚Werksgemeinschaften' und meinen damit die Beseitigung der Gewerkschaften, der Betriebsräte, des Kollektivvertrages, des staatlichen Arbeitsschutzes."[22] Ähnlich wie dieser Aufruf zeugen viele weitere Dokumente davon, daß die KPD auch in der Zeit, da der Zuspruch der Faschisten geringer geworden war und die rechten sozialdemokratischen Führer den Mitgliedern ihrer Partei einzureden versuchten, man brauche sich mit den Nazis nicht zu beschäftigen, die Entwicklung des Faschismus und der NSDAP mit großer Aufmerksamkeit verfolgte und ihr aktiv begegnete.

Wollten die Nazis, um ihren sozialen Auftrag erfüllen zu können, in den Hochburgen der Arbeiterklasse, im Ruhrgebiet, in den mitteldeutschen Gebieten, in Hamburg und Berlin, nicht total ins Leere stoßen, mußten sie sich zwangsläufig anderer Parolen und Methoden als im überwiegend agrarisch-kleinbürgerlichen Bayern bedienen. Daher wurde schon im März 1925 einer der fähigsten und zugleich skrupellosesten Naziführer, Gregor Strasser, mit der Verantwortung für alle in

Nord- und Nordwestdeutschland angesiedelten Nazigruppen betraut. Er schien dafür besonders prädestiniert, weil er ebenso wie sein Bruder Otto den „Nationalsozialismus" mehr als einen „nationalen Sozialismus" verstanden wissen wollte und antikapitalistische, sozialdemagogische und revolutionaristische Losungen stärker als vor 1923 bevorzugte.[23] Er galt als Repräsentant des sogenannten linken, oder wie manchmal auch – natürlich völlig falsch – gesagt wurde: des „sozialistischen" Flügels der faschistischen Bewegung. Strasser, der von 1921 bis 1923 Gauleiter und SA-Führer von Niederbayern gewesen war, lehnte zwar die Radau- und Krawallmethoden seiner Münchener Kollegen nicht grundsätzlich ab, aber er war sich darüber im klaren, daß sie für den sozialen Auftrag nicht sonderlich fördernd wirkten.

Zur Durchsetzung seiner Taktik bemühte sich Strasser zunächst um eine organisatorische Zusammenfassung der faschistischen Kräfte nördlich des Mains. Die Gauleiter und andere faschistische Funktionäre von Rheinland-Nord und -Süd (Robert Ley, Heinz Haake), Westfalen (Franz Pfeffer von Salomon), Hannover und Hannover-Süd (Bernhard Rust), Hessen-Nassau (Karl Dincklage), Lüneburg-Stade (Otto Telschow), Schleswig-Holstein (Hinrich Lohse), Pommern (Theodor Vahlen) und Göttingen (Ludolf Haase, Hermann Fobke) gründeten am 10. September 1925 im westfälischen Hagen eine „Arbeitsgemeinschaft der Nord- und Nordwestdeutschen Gaue der NSDAP". An der Tätigkeit der Arbeitsgemeinschaft beteiligten sich Helmuth Brückner aus Schlesien, Karl Kaufmann aus Hamburg, Ernst Schlange aus Berlin u. a. m. Der Gauleiter Mecklenburgs, Friedrich Hildebrandt, wurde nur als „korrespondierendes" Mitglied aufgenommen, mit der Begründung, dieser Gau gehöre „nicht unmittelbar zur nordwestlichen Industriegruppe".[24] Die Leitung der Arbeitsgemeinschaft lag in den Händen von G. Strasser, der durch seinen Bruder Otto vielfältige Unterstützung fand. Die organisatorischen Arbeiten sowie die Herausgabe des Organs der Arbeitsgemeinschaft, der „Nationalsozialistischen Briefe", lag faktisch in den Händen von Joseph Goebbels, einem scharfzüngigen und redegewandten deklassierten Intellektuellen, dessen politische Laufbahn wenig verheißungsvoll begonnen hatte, bevor er sich von G. Strasser protegieren ließ.

Mit der Gründung einer Arbeitsgemeinschaft beabsichtigten die genannten Gauleiter, hauptsächlich ihre organisatorische und propagandistische Tätigkeit abzustimmen, was ihnen angesichts mehrerer widersprüchlicher Anweisungen der Münchener Leitung z. B. über die Vor-

bereitung der preußischen Kommunal- und Provinziallandtagswahlen besonders wichtig erschien. Aus den zunächst rein taktisch bedingten Unterschieden entwickelten sich jedoch rasch auch andere und teilweise sogar programmatische Differenzen zwischen den Münchener „Nationalsozialisten" und den nord- und nordwestdeutschen „nationalen Sozialisten", wobei die letzteren niemals über den Rahmen und den sozialen Auftrag des Faschismus hinausgingen. Die nord- und nordwestdeutschen Gauleiter waren sich einig in der Ablehnung der von ihnen als allzu groß eingeschätzten Verschwommenheit des 25-Punkte-Programms. Die lange Liste der in der Arbeitsgemeinschaft diskutierten Probleme widerspiegelte die praktische Notwendigkeit klarer politischer Stellungnahmen zu aktuellen Fragen der Innen- und Außenpolitik des imperialistischen Deutschlands. So ging es z. B. um die Frage, ob die Nazipartei eigene Gewerkschaften organisieren solle oder nicht, wie man sich zu den „gelben" Arbeitervereinen stellen müsse, wie nach nazistischem Muster der künftige Staat aufgebaut sein solle usw. Gregor Strasser legte einen Programmentwurf vor. Darin plädierte er für einen autoritären Staat mit einem von sogenannten Berufsständen zu beschickenden Parlament. Alle Betriebe mit mehr als 20 Beschäftigten seien in eine Aktiengesellschaft umzuwandeln. Je nach Wichtigkeit der Betriebe sollten 49 oder 51 Prozent der Aktien in die Hände der „Allgemeinheit" – was das war, wurde nicht erklärt – überführt werden, davon 10 Prozent an die jeweilige Belegschaft. Von der Sache her unterschied sich der Entwurf von den offiziellen 25 Punkten so gut wie gar nicht, wenn man von Strassers Forderung nach der Schaffung eines Bundes der „Vereinigten Staaten von Europa" absieht. Seine Ausführlichkeit und Konkretheit machten jedoch mehr als nur die Ungereimtheiten und Diskrepanzen im NSDAP-Programm deutlich.

Eine entscheidende Tagung der Arbeitsgemeinschaft fand am 24. Januar 1926 in Hannover statt, die über die faschistische Taktik gegenüber dem Kampf der deutschen Arbeiterklasse um die entschädigungslose Enteignung der Fürsten beriet. Auf Initiative der KPD hatten revolutionäre Arbeiter aus KPD und SPD sowie bürgerlich-demokratische Kräfte Ende 1925 begonnen, gemeinsam eine breite Massenbewegung zu entfachen. Von dieser ging eine starke Anziehungskraft auf die Teile der Arbeiterklasse und vor allem der Mittelschichten aus, die bisher noch nicht ihren Platz im politischen Klassenkampf gefunden hatten. Der herrschenden Monopolbourgeoisie, dem imperia-

listischen Staat der Weimarer Republik und ihren politischen Organisationen drohte ein beträchtlicher Rückgang ihres Einflusses unter diesen Teilen der werktätigen Massen.

Die bürgerlichen Parteien, der Staatsapparat, die Kirche und alle sonstigen Institutionen der Reaktion zogen daher mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln gegen das Volksbegehren und den Volksentscheid (März bzw. Juni 1926) ins Feld. Während sie das heiligste Prinzip des Kapitalismus, das Privateigentum an den Produktionsmitteln, offen und in Übereinstimmung mit ihren Programmen verteidigten, gerieten die „sozialistisch" argumentierenden Demagogen der Nazipartei in ein Dilemma. Nur durch zustimmende Unterstützung der Volksbewegung gegen die Fürsten konnten sie ihrer sozialen Funktion gerecht werden, nur so konnten sie Stimmen und Mitglieder für die beabsichtigte neue konterrevolutionäre Generaloffensive des deutschen Imperialismus gewinnen; nur so war es möglich, ihrem ohnehin flachen und verworrenen Antikapitalismus wenigstens einen gewissen Schein von Glaubwürdigkeit zu verleihen. Andererseits wäre die Nazipartei im „Börsenkurs" des politischen Machtmechanismus der herrschenden Klasse gesunken, hätte sie tatsächlich einmal, wenn auch nur aus taktischen Beweggründen heraus, im Interesse des Volkes gehandelt. Die NSDAP lief Gefahr, sich selbst die Hände zu binden und die Unterstützung der Herrschenden zu verlieren, wenn sie das soziale Moment zu stark herausstellte. Strasser kam angesichts dieser Zwickmühle mit seinem Entwurf einer eindeutigen Resolution zugunsten der Fürstenenteignung in der Arbeitsgemeinschaft nicht durch. Die Münchener Zentrale nahm ganz entschieden gegen das Volksbegehren Stellung; aber dem wollten die nordwestdeutschen Gauleiter auch nicht folgen. So kam als Ergebnis der Arbeitsgemeinschaftstagung eine widersprüchliche und letztlich für die eigenen Anhänger sehr unklare Entscheidung heraus. Einerseits wurde erklärt: „Die ungeheure Notlage ... läßt es nicht zu, daß unter Berufung auf ein formales Recht hunderte von Millionen den ehemaligen Fürsten ... bewilligt werden."[25] Andererseits orientierte man auf eine verstärkte antikommunistische und antisemitische Hetze.

Bei der Debatte um den Strasserschen Programmentwurf spielten auch außenpolitische Aspekte eine Rolle. Zu ihnen gehörte beispielsweise die Frage nach der offiziellen Haltung des Weimarer Staates zur Sowjetunion, die innerhalb der deutschen Monopolbourgeoisie umstritten war. Ein Teil der herrschenden Klasse ging von der Erkenntnis

aus, daß die sozialistische Sowjetmacht nicht vor einem „Zusammenbruch" stand, wie es vor allem besonders reaktionäre Kräfte propagierten, und empfahlen eine auf dem Rapallo-Vertrag beruhende, zeitweilige und natürlich taktisch bedingte Zusammenarbeit mit der UdSSR. Auf diesen Standpunkt stellten sich auch Strasser und seine Anhänger. Wie manche andere an einer solchen Zusammenarbeit interessierten Mitglieder der DNVP und anderer Rechtsparteien glaubten auch die Vertreter der Arbeitsgemeinschaft, in der Konkurrenz des imperialistischen Deutschlands zu den westlichen Siegermächten das Hauptproblem des „deutschen Wiederaufstiegs" und seiner getarnten Kriegsvorbereitungen sehen zu müssen, während sich die Mehrheit der Monopolbourgeoisie für eine Zusammenarbeit mit dem angloamerikanischen Imperialismus auf der Grundlage des Dawes-Planes entschieden hatte. G. Strasser behauptete, der Völkerbund, in den Deutschland 1926 aufgenommen worden war, diene nur dazu, den Versailler Vertrag „zu verewigen". Im Kampf gegen Versailles und um eine Vormachtstellung des deutschen Imperialismus in Mitteleuropa sei „Rußland selbstverständlich der natürliche Bundesgenosse".[26] Ein „nationalsozialistisches Deutschland" könne sich, wenn es um das politische Nahziel gehe, den Versailler Vertrag zu annullieren, „selbst mit dem Teufel verbinden, ohne Schaden an seiner Seele zu nehmen".[27] Goebbels notierte euphorisch: „Lieber mit dem Bolschewismus den Untergang, als mit dem Kapitalismus ewige Sklaverei."[28] Solche Aussagen hoben den Antikommunismus und Antisowjetismus in der nazifaschistischen Politik und Ideologie keineswegs auf; sie waren lediglich ein situationsbedingter Ausdruck der Vorstellungen hinsichtlich der Reihenfolge für die Opfer des abenteuerlich-militaristischen Kurses deutscher Monopolherren und Junker.

In den Auseinandersetzungen um die programmatisch-politische Orientierung des Neuaufbaus der NSDAP kritisierten die in der Arbeitsgemeinschaft agierenden Gauleiter auch den Parteiführer. Sie standen ihm durchaus nicht so fasziniert und in zustimmender Begeisterung gegenüber, von der in der bürgerlichen Literatur zu lesen ist. Er sei ein begabter Agitator und „Trommler" der Partei, hieß es vielfach, aber kein „Politiker", der wirklich strategisch und taktisch zu führen verstünde. Sie lehnten die Art und Weise seiner Führungstätigkeit ab und bemängelten seine hinhaltende Unentschlossenheit, sein Desinteresse an der alltäglichen Parteiarbeit, seine als unausgewogen betrachtete Taktik gegenüber der faschistischen Arbeit in den Parlamen-

ten, aber auch den persönlichen Lebensstil, den sich Hitler in der „feinen“ Gesellschaft Münchens zugelegt hatte, sein enges Verhältnis zu umstrittenen Personen wie Esser und Streicher. Franz Freiherr Pfeffer von Salomon, ein ehemaliger Hauptmann des kaiserlichen Heeres und Leiter des NSDAP-Gaues Westfalen, nahm vor allem Anstoß daran, daß er nicht als Offizier im Kampf Verantwortung getragen und 1923 bei der ersten Probe kläglich versagt habe.[29] Die Mißstimmung kulminierte in der vielzitierten abschätzigen Äußerung von Goebbels, daß „der kleine Bourgeois“ Hitler aus der Partei ausgeschlossen werden müsse. Wie in allen anderen Fragen faschistischer Ziele und Politik fand sich die Arbeitsgemeinschaft jedoch nicht zum Bruch mit Hitler und zur Spaltung der NSDAP bereit. Nach dem Motto: „Lieber einen Führer mit Mängeln als gar keinen“[30] ging man auseinander, allerdings nicht ohne gleichzeitig am Ende der Januar-Tagung zu beschließen, daß der Einfluß der nordwestdeutschen Gauleiter in der Leitung der gesamten Partei verstärkt und die SA Hitlers Kommando entzogen werden müsse.

Für den 14. Februar 1926 berief die Münchener Leitung der NSDAP eine sogenannte Führertagung nach Bamberg ein, zu der sorgfältig ausgewählte Nazi-Prominenz eingeladen wurde. Wie stets in der Geschichte der NSDAP setzten sich bei den internen Absprachen die extrem reaktionäre Konzeptionsvariante und ihre Repräsentanten durch. Die Vertreter der Arbeitsgemeinschaft blieben in der Minderheit, etwa 50 der rund 60 Teilnehmer kamen aus süddeutschen Landen. Der Programmentwurf Strassers wurde zur Diskussion gar nicht zugelassen. Statt dessen beschwor Hitler in einer nahezu fünfstündigen Rede das 25-Punkte-Programm und nannte die Agitation zugunsten einer Enteignung der Fürsten „verlogen“, denn die Partei müsse das Privateigentum verteidigen. In außenpolitischer Hinsicht legte er ein expansives, annexionistisches, antisowjetisches und langfristig-strategisches Konzept vor, das den Kampf gegen Versailles nur als eine Etappe auf dem Wege zum „Wiederaufstieg“ und zur Erringung der „Weltgeltung“ des deutschen Imperialismus ansah. Ein „Bündnis“ mit der UdSSR hielt er angesichts der sich gestellten Aufgabe der „Zertrümmerung des Bolschewismus“ für undenkbar. Es könne außerdem zur „Bolschewisierung Deutschlands“ führen. In der etwa halbstündigen Debatte wandten sich auch Feder und Ley gegen Strasser.

Die Bamberger Tagung verhinderte so eine Verselbständigung der nord- und nordwestdeutschen Naziorganisationen, ohne allerdings die

taktischen Differenzen beseitigen zu können. Die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft, die sich eine Woche später noch einmal ohne Münchener Vertreter trafen, nahmen die Niederlage hin und beendeten offiziell die Programmdiskussion; sie beschlossen aber gleichzeitig, weiter am Ausbau ihrer Positionen zu arbeiten.[31] Daß sie dafür auch weiterhin über nicht unerhebliche und vielfach aus München stammende finanzielle Mittel verfügten, zeigte die Gründung des sogenannten Kampf-Verlages, der ab 1. März 1926 begann, in einigen nord- und westdeutschen Gauen eigene Zeitungen unter dem Titel „Der nationale Sozialist" herauszugeben. Für diese Blätter und für die „Nationalsozialistischen Briefe" rührte man sehr intensiv die Reklametrommel. Tatsächlich stiegen die Auflagen rasch in die Höhe.

Obwohl die Arbeitsgemeinschaft formell nicht mehr lange in Erscheinung trat, bewirkte ihre Tätigkeit einige Arrangements zwischen den innerparteilichen Flügeln. Hitler trennte sich im April von Esser und setzte im Sommer Pfeffer als Obersten SA-Führer ein. Im September gelangte G. Strasser auf den Posten des Propagandaleiters der NSDAP, im Januar 1927 sogar auf den eines „Reichsorganisationsleiters". Ohne Einspruch der „Linken" fixierte demgegenüber die Generalmitgliederversammlung vom 22. Mai 1926 noch einmal das Prinzip der Unabänderlichkeit des 25-Punkte-Programms, und wichtiger noch, sie stärkte die Stellung Hitlers durch eine Reihe von Veränderungen in den Vereinssatzungen. Hitler bestätigte in seinen Ausführungen vor den willkürlich ausgewählten 657 Teilnehmern, die etwa 30 000 Mitglieder „vertraten", daß eine „lokale Färbung" des Nationalsozialismus in den einzelnen Ländern möglich sei, wenn nur alle „im Prinzip" auf das gleiche Ziel losmarschieren.[32]

Daß Hitler unter diesem Ziel auch die unumschränkte Anerkennung seiner eigenen Person verstanden wissen wollte, war selbstverständlich und wurde auch entsprechend aufgefaßt. Dennoch geht die Entwicklung der NSDAP zu einer diktatorisch geleiteten bürgerlichen Partei nicht primär auf die Person Hitlers oder anderer Naziführer mit deren ehrgeizigen Wünschen zurück, selbst wenn davon in allen gängigen Biographien aus der Feder bürgerlicher Historiker immer wieder die Rede ist. Ziel und Funktion der Nazipartei waren es, die diesen diktatorischen Führungsstil in ihr verursachten und schrittweise durchsetzten. Die NSDAP besaß – wie im Grunde auch jede andere bürgerliche Partei – den ihrer Herrschaftsmethodik adäquaten Führungsstil sowie die ihrem Charakter entsprechenden Repräsentanten und Führer.

Das Streben nach einer offen terroristischen Diktatur, die verlogene innere Hohlheit des Nationalsozialismus und seine Unmöglichkeit, eine einheitliche und in sich geschlossene Theorie als Grundlage für die politisch-ideologische Manipulation der werktätigen Massen zu entwickeln – alles das verstärkte eine Entwicklungstendenz, die in den meisten rechtsextremen Organisationen der zwanziger Jahre zum Vorschein kam: die Ergänzung des allen alles versprechenden, demagogischen Programms durch das dem Militarismus entlehnte Führer-Gefolgschafts-Prinzip. Die Ursachen dieser Erscheinung sind objektiver Natur, denn angesichts der terroristischen, volks- und menschenfeindlichen Zielsetzungen konnte von den Mitgliedern der Nazipartei, von ihrem Anhang lediglich eine widerspruchslose, fanatische Befehlserfüllung verlangt werden. Jedes Mitdenken oder ein selbständiges, an den eigenen Problemen orientiertes Handeln hätte die Grenzen der bourgeoisen Gesellschaft verletzen und den Antagonismus der Klasseninteressen deutlich machen können. Blind gegenüber der schreienden Diskrepanz zwischen den Zielen faschistischer Parteipolitik und den tatsächlichen, ureigensten Interessen der Mitglieder, die nicht mehr als nur bedenkenlos, keine Fragen stellende Ausführende sein sollten. Striktes Akzeptieren aller Entscheidungen der leitenden Nazis war daher auf jeder Stufe der Parteihierarchie objektiv erforderlich. Wenn die aggressiven und expansionistischen Bestrebungen der reaktionärsten Teile des deutschen Monopolkapitals von den Massen nicht nur ohne Widerspruch aufgenommen werden, sondern auch Unterstützung finden sollten, verbot sich jede Form innerparteilicher Diskussion nahezu von selbst. Auch die prinzipielle Ablehnung der bürgerlichen Demokratie und des Parlamentarismus bedingte eine antidemokratische Leitungsstruktur.

Die diktatorische Organisationshierarchie der Nazifaschisten schloß den Parteiführer ein, sie gipfelte gleichsam in seiner Person, die nun einmal auf Grund der bisherigen Geschichte der Nazipartei Hitler und nicht anders hieß. Äußerlichkeiten wie die Einführung des Heil-Hitler-Grußes, des SA-Eides auf Hitler, des „Hoheitszeichens" (ein Adler mit Kranz und Hakenkreuz) und die wachsende, kultische Formen annehmende Verehrung des „Führers" u. a. m. haben die Entwicklung der NSDAP zu einer Organisation mit innerparteilicher Diktatur nicht hervorgerufen. Wohl aber widerspiegelten sie den Ausbau der NSDAP zu einer sogenannten Führerpartei, den sie fördern, beschleunigen und in gewisser Weise auch absichern konnten.

Die Front der nord- und nordwestdeutschen Gauleiter brach weiter auseinander, als Goebbels wenige Wochen nach der Bamberger Tagung auf die Linie der Münchener Parteizentrale umschwenkte und, gleichsam als Dankesgabe, am 26. Oktober 1926 als Gauleiter mit der Führung des Faschistenklüngels in Berlin beauftragt wurde. Die Einrichtung eines eigenen Parteigerichts, dem sogenannten Untersuchungs- und Schlichtungsausschuß (Uschla), und dessen umfangreiche Tätigkeit halfen ebenfalls, die Nazipartei zu stabilisieren. Der Weimarer Parteitag vom Juli 1926 demonstrierte in aller Öffentlichkeit den Stand der faschistischen Organisation. Hitlers Rede, vom „Völkischen Beobachter" apostrophiert als eine mit „ganz große(n) Gedanken, aus einem naturhaft-mystischen Urgrund quellend", galt bezeichnenderweise dem Thema „Politik, Idee und Organisation". Um jede Diskussion und kontroverse Meinungsäußerung zu vermeiden – Anträge und Meldungen dazu lagen vor, wurden aber an Sonderkommissionen verwiesen –, gestaltete man den Parteitag als eine Kundgebung, umrahmt von Aufmärschen, Standarten- und Fahnenweihen.

In den ersten Jahren der Periode der relativen Stabilisierung des Kapitalismus kam die Identität der Interessen des reaktionärsten Teils der deutschen Monopolbourgeoisie und der Nazipartei in vielfältiger Weise zum Ausdruck. Großzügige Duldung, stillschweigendes Umgehen gesetzlicher Vorschriften, tatenlose Hinnahme der nazistischen Terrorakte, verständnisvolle Entschuldigungen von Verstößen gegen die Weimarer Verfassung, diskrete Empfehlungen zur Verbesserung von Programm und Taktik, ständige Einbeziehung in den großen Kreis der revanchistischen und chauvinistischen Organisationen sowie die fördernd-fordernde Anerkennung jedes militant-terroristischen Antikommunismus – diese Faktoren bestimmten das Verhältnis der herrschenden Klasse zur Partei der Faschisten. Ab Mitte der zwanziger Jahre nahmen aber die Wechselbeziehungen zwischen der Naziführung und einer Reihe von Monopolherren, Militaristen und Großagrariern noch weitergehende, umfangreichere und die Gefährlichkeit des Faschismus außerordentlich verstärkende Formen an. Die geheimen Treffen des Naziführers mit einzelnen Großindustriellen, seine Vorträge vor „gehobenen" Kreisen und sonstige – auch finanzielle – Aktionen knüpften alte Verbindungen aus der Zeit der revolutionären Nachkriegskrise neu, festigten und ergänzten sie.

Fast auf den Tag genau ein Jahr nach der Wiederbegründung der NSDAP referierte deren Vorsitzender vor dem „Hamburger National-

club von 1919".[33] Am 18. Juni und am 3. Dezember 1926 sprach Hitler vor einem größeren Kreis von Industriellen in Essen, am 1. Dezember in Königswinter. Das Essener Publikum erlebte ihn wieder am 27. April und am 5. Dezember 1927. In diesen Reden propagierte er hauptsächlich den Antikommunismus und Antisowjetismus seiner Partei – der Antisemitismus blieb ausgespart – sowie die faschistischen Vorstellungen von den gesellschaftlichen Veränderungen in Deutschland zuungunsten der Arbeiterbewegung und aller progressiven Kräfte, über deren Notwendigkeit es bei dieser Zuhörerschaft keine Zweifel gab. Wenn es um die Ziele: weitere Niederschlagung und völlige Entrechtung der Arbeiterbewegung, Errichtung eines autoritären Staates, Expansionen und um die chauvinistische Zukunftsvision einer Weltherrschaft des deutschen Imperialismus ging – hielten die geladenen Herren nicht mit ihren Ovationen und diversen Spenden zurück. Die extreme Feindschaft gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung entsprach dem Anliegen der imperialistischen Großbourgeoisie des Deutschen Reiches, deren Positionen in der Mitte der zwanziger Jahre neu erstarkten. Die fortschreitende Konzentration der Produktion und des Kapitals, das Entstehen neuer Monopolorganisationen und der intensiv betriebene Prozeß kapitalistischer Rationalisierung führten zu einer wesentlich verstärkten Ausbeutung der Arbeiterklasse. Der deutsche Imperialismus und Militarismus begann in dieser Zeit, die geheime Wiederaufrüstung zu forcieren und Voraussetzungen für den Übergang zu einer offenen Aufrüstung zu schaffen. Die Faschisten und ihr Führer fanden daher grundsätzlich offene Ohren, wenn sie die strikte Fortsetzung des Kurses auf das wirtschaftliche und politische Wiedererstarken des deutschen Imperialismus sowie seine Nutzung für einen künftigen, großangelegten Expansionskrieg foderten.

Wenn Hitler in den genannten Veranstaltungen den von ihm als möglich und notwendig erachteten Weg zur Realisierung des Ziels über die demagogische Irreführung und Organisierung der Massen abhandelte, traten allerdings auch Bedenken auf den Plan. Skepsis, die von bürgerlichen Historikern häufig – aber völlig unrichtig – als Ausdruck grundsätzlich antifaschistischer Positionen der deutschen Monopolbourgeoisie interpretiert wird, äußerte sich in zweierlei Hinsicht. Einmal ging es um die mit Sorge beobachtete Tatsache, daß es den Nazis nicht gelingen wollte, wie eigentlich beabsichtigt und ihren Gönnern versprochen, die kommunistischen und sozialdemokratischen Arbeiter zur Abwendung von ihren Parteien und zum Übergang auf die

Seite der Reaktion zu veranlassen.[34] Damit waren die Funktion und das erfolgreiche Funktionieren der NSDAP als „Arbeiterpartei" der Unternehmer in Frage gestellt.[35] Ferner ging es den Angehörigen der herrschenden Klasse, die Zweifel äußerten, um die „Garantien", die die Führung der Nazipartei gegenüber ihren Anhängern zu bieten hatte, wenn diese – mit sozialdemagogischen und pseudosozialistischen Parolen angefüttert – sich eines Tages doch gegen das Monopolkapital wenden sollten. Über beide Fragen konnten jedoch nur spekulative Überlegungen angestellt werden, die politische Praxis mußte ihre Richtigkeit oder ihre Überflüssigkeit erweisen.

Eine der zentralen Figuren im Mechanismus der Beziehungen zwischen Monopolbourgeoisie und Nazis war der Montanindustrielle Emil Kirdorf, der sich schon 1923 zugunsten seiner politischen Schützlinge um Hitler spendabel gezeigt hatte. Kirdorf trat am 1. August 1927 selbst der NSDAP bei und spendete 100 000 RM, nachdem er sich am 4. Juli mit Hitler zu einer längeren persönlichen Unterredung getroffen hatte. Das Geld wurde wahrscheinlich in Absprache mit Alfred Hugenberg – Pressemonopolist und bis 1928 außerdem einflußreicher Wirtschaftspolitiker im Ruhrbergbau und dann Vorsitzender der DNVP – dem politischen Fonds des Bergbaulichen Vereins bzw. des Zechenverbandes entnommen.[36] Kirdorf forderte Hitler auf, eine geheime Denkschrift zu verfassen, um damit in konzentrierter Form auch anderen Monopolherren das eigentliche Programm der NSDAP verdeutlichen und ans Herz legen zu können. Dieser schrieb daraufhin seine geheime (und erst 1972 veröffentlichte) Broschüre mit dem Titel „Der Weg zum Wiederaufstieg".

In dieser Schrift setzte er sich mit den als „Optimisten" bezeichneten Kräften des Kapitals auseinander, die die Auffassung vertraten, der deutsche Imperialismus habe im Verlauf des konjunkturellen Aufschwungs seit 1924 schon viel erreicht. Für eine wirkliche „Konsolidierung" und „Sanierung" der Wirtschaft sei jedoch mehr vonnöten: „Das schwierigste Problem für die Zukunft wird aber keineswegs die Steigerung der Produktion sein, als vielmehr die Organisation des Absatzes."[37] Als politische Voraussetzung für den nur mit „der Kraft des Schwertes" zu erreichenden „Wiederaufstieg" sah er „die Bildung eines einheitlichen Nationalkörpers" und „die restlose Einbeziehung des sogenannten vierten Standes in die Volksgemeinschaft" an. In aufschlußreichen, den klassenmäßigen Charakter der NSDAP eindeutig entlarvenden Worten, frei von der Demagogie öffentlicher Auftritte,

hieß es weiter: Die Nazipartei „wünscht, daß diese Millionenmasse unseres Volksgutes aus den Händen ihrer derzeitigen internationalen, meist undeutschen Verführer und Leiter genommen wird und ihre volle Eingliederung in den Rahmen der Nation und des Staates findet. Sie vollzieht zunächst diesen Prozeß vorbildlich in ihren eigenen Reihen und liefert damit den Beweis für die Möglichkeit der Durchführung dieses Entschlusses. Sie sieht dabei die Erfüllung sozial berechtigter Ansprüche als selbstverständliche, *in Wahrheit überhaupt nur scheinbare Konzessionen* an, denen der immense Wert einer die gesamte Nation umfassenden innigen Gemeinschaft Aller und der daraus entsprießenden Kraft gegenübersteht". Hitlers Pamphlet schloß mit dem Gedanken, daß die nationalsozialistische Organisation „keine parlamentarische Partei" und als ein „Staat im Staate" herangewachsen sei. Sie werde sich dem Heer und dem traditionellen Preußentum „in demselben Maße nähern, in dem der offizielle Staat völkisch korrupter, persönlich entwertet und pazifistisch feiger wird".[38]

Obwohl Kirdorf 1928 aus der NSDAP austrat, weil ihm die antikapitalistische Demagogie der Nazis in seinem „Revier" zu weit ging und er in der DNVP unter Hugenbergs Führung bessere parteipolitische Voraussetzungen sah, unterstützte er sie weiterhin tatkräftig und generös. Auf dem Nürnberger Parteitag erschien er 1929 als Ehrengast. Auch andere Unternehmer und Wirtschaftspolitiker verstärkten die Reihen und die Kassen der Partei. Im Frühjahr 1927 trat Wilhelm Keppler ihr bei, ein Leiter der Chemischen Werke GmbH, der kurze Zeit später zu Hitlers wirtschaftspolitischem Berater avancierte und eine koordinierende Rolle spielte. Otto Dietrich, Wirtschaftsredakteur der deutsch-nationalen „Münchner-Augsburger Abendzeitung" wurde ebenfalls bereits 1927 Mitglied. Durch seine verwandtschaftliche Beziehung mit Theodor Reismann-Crone, der die „Rheinisch-westfälische Zeitung", das politische Sprachrohr der Bergbaumonopole, herausgab, stärkte er die Verbindung der Nazis zu den Ruhrmagnaten. 1928 schaltete sich erneut Thyssen in die Finanzierungsaktionen zugunsten der NSDAP ein.

Vor allem die Kreise der reaktionären Monopole an Rhein und Ruhr strebten danach, die wiedererstarkende ökonomische Macht des deutschen Imperialismus – 1928 hatte er das Niveau der Industrieproduktion und des Außenhandels von 1913 überschritten – und die forcierte Wiederaufrüstung relativ rasch und nach entsprechenden innenpolitischen Veränderungen zur politischen Vormachtstellunng in

Europa und in der Welt zu nutzen. Die Mehrheit der deutschen Monopolbourgeoisie ging demgegenüber noch davon aus, daß nach den Erfahrungen der Putschisten vom März 1920 und November 1923 ähnliche Versuche zur Errichtung einer offen terroristischen Diktatur zu gefährlichen und den Absichten völlig entgegengesetzten Ergebnissen, d. h. zur Zurückdrängung der Monopolherrschaft, führen könnten und daß es die militärische Schwäche des Reiches notwendig machte, noch auf Jahre hinaus „friedliche" Vereinbarungen nicht nur mit den imperialistischen Rivalen (Dawes-Plan, Locarno-Pakt u. a. m.), sondern auch mit der sozialistischen Sowjetunion zu treffen. Die Leitlinie ihrer Politik bestand darin, einen einheitlichen, rechtsgerichteten „nationalen" Block aus den bestehenden bürgerlichen Parteien oder eine einheitliche konservative Sammlungspartei zu schaffen und den bürgerlichen Parlamentarismus systematisch abzubauen. Deshalb wollte man außenpolitisch erst einmal internationale Vereinbarungen eingehen, um danach die Veränderung der durch diese Vereinbarungen fixierten Kräftekonstellationen einleiten zu können.[39] Die Faschisten boten zu dieser politischen Linie keine Alternative, eher eine weiterführende Ergänzung und abrufbereite Reserve. Die Zeit für die Durchsetzung ihrer extrem reaktionären und äußerst aggressiven Variante des strategischen Konzepts aller deutschen Monopolherren und Junker, aller militantchauvinistischen Apologeten des Antikommunismus und des Antisowjetismus war noch nicht reif. Sie brach aber an, als die vielbejubelte Konjunktur der „goldenen" zwanziger Jahre an den Gesetzmäßigkeiten des Kapitalismus scheiterte, als sich Ende 1928/Anfang 1929 eine gewaltige Streikwelle erhob und die politischen Kampfaktionen der deutschen Arbeiterklasse mit neuer Kraft ankündigten, als die Weltwirtschaftskrise drohend ihre düsteren Schatten vorauswarf, als angesichts dieser Entwicklung in den Büros der großen Industriellen und in ihren politischen Organisationen mit skrupelloser, menschenfeindlicher und rüstungsfreundlicher Energie an alten und neuen Diktaturplänen gearbeitet wurde.

Ziele und Interessen des deutschen Imperialismus und insbesondere der extrem reaktionären Industriellen, Militaristen und Junker bestimmten Charakter und Politik der Nazipartei, unabhängig von der Tatsache, daß immer mehr Angehörige des ländlichen und städtischen Kleinbürgertums Mitglieder dieser Partei wurden und sich – entgegen ihrem objektiven Interesse als Teil des werktätigen Volkes – zu einem hurrapatriotisch-antikommunistischen Anhang manipulieren ließen. Sie

bestimmten ebenso das unermüdliche, trick- und erfindungsreiche Bestreben der Nazis, immer größere Teile der werktätigen Bevölkerung zu beeinflussen und eine große Massenpartei zu werden. Wie in anderen Ländern auch, maßen die deutschen Faschisten der Schaffung eines umfassenden Systems von Organisationen große Bedeutung bei. Dabei spielten die paramilitärischen Formationen eine besondere Rolle. Sie und ebenso alle anderen nazistischen Verbände waren der Aufgabe untergeordnet, möglichst weite Kreise der Bevölkerung gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung und deren Verbündete zu mobilisieren, die werktätigen Massen durch Anwendung des Terrors niederzuhalten und ideologisch auf einen neuen Aggressionskrieg des deutschen Imperialismus vorzubereiten.

Deshalb beschränkte sich der Faschismus „nicht nur darauf, die ausgesprochen bürgerlichen Elemente als eine geschlossene konterrevolutionäre Kraft zu organisieren“, sondern „auch Kanonenfutter für die Konterrevolution unter allen anderen Schichten der Bevölkerung“ zu werben, wie die KPD darlegte.[40] Der VI. Weltkongreß der Komintern im Sommer 1928 warnte vor dem Faschismus als einer ernsten Gefahr für die deutsche und die internationale Arbeiterbewegung, wobei darüber sowohl in der Programmkommission als auch in der von Ernst Thälmann geleiteten Politischen Kommission des Weltkongresses gründlich beraten wurde.[41] In diesem Zusammenhang warnte der VI. Weltkongreß auch vor den forcierten Bestrebungen der Faschisten zum „Aufbau einer geschlossenen, besoldeten Hierarchie der faschistischen Kampfverbände, des faschistischen Parteiapparates und der faschistischen Bürokratie“. Der Weltkongreß hob die „Verquickung von sozialer Demagogie und Korruption mit dem aktiven weißen Terror“ sowie eine zum äußersten gesteigerte imperialistische Aggressivität als charakteristische Merkmale des Faschismus hervor, überall wo er sein Haupt erhebt. Diese Erkenntnis verband der Weltkongreß mit der Einschätzung, daß der Faschismus den „antikapitalistischen Plunder“ von sich werfe, sobald er seine Macht „als terroristische Diktatur des Großkapitals“ gesichert sieht.[42]

Obwohl Ende 1926 die Zahl der Mitglieder von Anfang November 1923 noch nicht wieder erreicht worden war, begann die Reichsleitung der NSDAP, einen Apparat wie für eine Millionenorganisation aufzubauen. Die Räume der Münchener Parteizentrale wurden schon 1926 beträchtlich erweitert. Eine zentrale Kartei erfaßte alle Mitglieder nach mehreren Registraturprinzipien. Das Netz der Abteilungen und

Unterabteilungen geriet immer feinmaschiger. Hierarchisch-bürokratische Prinzipien bestimmten die Beziehungen zu den Gauleitungen und den Ortsgruppen. Die Zentralisierung aller Entscheidungsbefugnisse war verbunden mit der konsequenten Ablehnung aller Versuche, kollektive Führungsorgane – z. B. nach dem Senats-Modell der italienischen Faschisten – zu schaffen. Der Ausbau der Parteiorganisation auf der unteren Ebene vollzog sich zunächst hauptsächlich in den von der Arbeitsgemeinschaft beeinflußten Gebieten, während die bayerische „Hausmacht" gewisse Verluste erlitt, die erst 1928/29 wieder ausgeglichen wurden.[43]

Ab 1926 schufen sich die Nazis neben der Parteiorganisation und den relativ selbständigen SA-Standarten weitere Verbände, die spezielle Aufträge übertragen bekamen und bestimmte Bevölkerungsgruppen erfassen sollten. Den Auftakt bildete die Gründung des Nationalsozialistischen Studentenbundes am 14. Februar 1926, der bereits 1928 bei den Wahlen zu den studentischen Ausschüssen an den Universitäten und Hochschulen beachtliche Stimmengewinne für sich verbuchen konnte. Am 4. Juli 1926 entstand die Hitlerjugend (HJ), die aus der 1925 zunächst in Sachsen gegründeten „Großdeutschen Jugendbewegung" hervorging. Bis 1931 wurde sie von Kurt Gruber geleitet und unterstand bis 1932 der SA. Das galt auch für die schwarz-uniformierte terroristische SS, die, 1925 von Berchtold und Schreck gegründet, sich rasch zu einer Organisation mit besonders verbrecherischem Charakter entwickelte, wobei nach den Vorstellungen ihrer Gründer in ihr die „Elite" der Nazifaschisten erfaßt werden sollte. Sie bekam neben dem „Schutz" der Naziführer bald zahlreiche „Sonder"-Aufgaben übertragen: Spitzeldienste in und außerhalb der Nazipartei und Femeaktionen. Bis Januar 1933 erfaßte sie etwa 50 000 Mitglieder, d. h. 10 Prozent der SA. 1927 beschloß der erstmals in Nürnberg durchgeführte Parteitag die Bildung einer „Nationalsozialistischen Wissenschaftlichen Gesellschaft", die die Aufgabe haben sollte, die faschistische Ideologie „in Kreise zu tragen, die durch Massenversammlungen im allgemeinen nicht erfaßt werden" konnten.[44] Diese Organisation trat ab 1928 unter dem Namen „Kampfbund für deutsche Kultur" und Rosenbergs Leitung an die Öffentlichkeit. Dessen Mitgliederzahl erhöhte sich zwischen 1929 und 1933 von 300 auf 38 000. In den Jahren 1928/29 wurde auch damit begonnen, die einzelnen Nazigruppen unter den im Ausland lebenden Deutschen zusammenzufassen; offiziell entstand die „Auslands-Abteilung" der NSDAP erst 1931.

In den Jahren 1928/29 formierten sich außerdem noch der Nationalsozialistische Lehrerbund (NSBL), der Bund Nationalsozialistischer Deutscher Juristen, der Nationalsozialistische Deutsche Ärztebund und der Nationalsozialistische Schülerbund. Letzterer versuchte, die Jugendlichen an höheren Schulen zu beeinflussen, bevor er 1933 in der HJ aufging. Als „Deutscher Frauenorden Rotes Hakenkreuz" wurden die von Elsbeth Zander geführten Frauengruppen der Nazis 1928 eine Gliederung der Partei. Die Naziführung betrachtete es nicht als notwendig, eine eigenständige nationalsozialistische Bauernorganisation aufzubauen. Gerade nach Ausbruch der Agrarkrise 1927/28 und im Zusammenhang mit deren tiefen Auswirkungen auf die Landbevölkerung nahm der Anteil von Bauern unter den Mitgliedern der Nazipartei rapide zu.[45] Erst 1930 begann Walther Darré den „Agrarpolitischen Apparat" in der Reichsleitung der NSDAP aufzubauen, der die faschistische Tätigkeit unter der Landbevölkerung aktivieren sollte. Außerdem versuchten die Nazis, in der Landvolkbewegung Fuß zu fassen, die sich vor allem in Schleswig-Holstein gegen Auswirkungen der imperialistischen Agrarpolitik des Weimarer Staates mit den Mitteln des passiven Widerstandes, des Boykotts und anarchistischer Sprengstoffanschläge zur Wehr setzte. Bei der speziellen organisatorischen Bindung von Arbeitern an die Nazipartei und der Bildung eines eigenen Betriebszellenverbandes, der späteren NSBO, traten große Schwierigkeiten auf, obwohl es einige Betriebszellen, z. B. in Berlin, schon seit 1927 gab. Am 3. August 1929 kam es im Rahmen des „Reichsparteitages" zu einer Sondertagung für Gewerkschaftsfragen. Der Beschluß, die Betriebszellen zusammenzufassen und eine eigene Organisation zu gründen, blieb für die nächsten zwei Jahre jedoch relativ unwirksam.

Im wesentlichen wurde der Aufbau der Gliederungen der NSDAP und der ihr angeschlossenen Verbände bereits in den letzten Jahren der relativen Stabilisierung des Kapitalismus abgeschlossen. Alle späteren Veränderungen bauten auf dem Schema auf, das einem Spiegelbild des damaligen gesamten bürgerlichen Verbandswesens glich. Darüber hinaus orientierte der „Völkische Beobachter" am 9. November 1927 auf die Bildung besonderer Organisationen, um die Nazipartei „immer deutlicher zu einem *werdenden Staate* (zu) entwickeln", d. h. auf den praktischen Einsatz im Herrschaftsmechanismus der kommenden Diktatur vorzubereiten. Hand in Hand mit dieser Zielstellung nahmen die Versprechungen und Verheißungen einträglicher Ämter zu.

Das stetige Ansteigen der Mitgliederzahl der Nazipartei ergab sich auch aus dem systematischen Aufbau und der umfangreichen, wenn auch in der Öffentlichkeit oft noch nicht sonderlich beachteten Tätigkeit der zahlreichen nazifaschistischen Teilorganisationen. Allerdings blieb die Zahl der NSDAP-Mitglieder in der Periode der zeitweiligen Stabilisierung des Kapitalismus, als im Deutschen Reich insgesamt etwa 62 Millionen Menschen lebten, noch relativ weit hinter der der anderen bürgerlichen Parteien zurück, von denen die DNVP über ca. 700 000, die DVP ca. 400 000 und die DDP ca. 120 000 Mitglieder verfügten. Die NSDAP gab bekannt, am 1. Oktober 1928 das 100 000. und im September 1929 das 150 000. Mitgliedsbuch ausgestellt zu haben. Die tatsächliche Zahl der Mitglieder war niedriger, da die Ausweise fortlaufend, unter Auslassung mehrerer Zahlenblöcke und ohne Rücksicht auf die zahlreichen Austritte usw. numeriert wurden. Unter denen, die in den Jahren 1925 bis 1929 der Nazipartei beitraten, wohnten 42,6 Prozent auf dem flachen Land und 28,4 Prozent bzw. 28,9 Prozent in Klein- bzw. Großstädten. Aus den nicht immer sehr konkret gehaltenen Angaben sind folgende Anteile berechnet worden: Handwerker 26,7 Prozent, ungelernte Arbeiter 16,9 Prozent, Kaufleute 13,6 Prozent, untere und mittlere Angestellte 13,6 Prozent, Facharbeiter 9,2 Prozent, Landwirte 8,1 Prozent, Studenten und höhere Schüler 4,3 Prozent, untere und mittlere Beamte 3,8 Prozent, Unternehmer 1,6 Prozent, leitende Angestellte 1,0 Prozent und Akademiker 0,5 Prozent.[46]

In den zwanziger Jahren verwandte die Nazipartei einen beträchtlichen Teil der ihr zur Verfügung gestellten Mittel zur Herausgabe neuer regionaler Zeitungen. Einige erschienen nun täglich und unterschieden sich wie der „Völkische Beobachter", dessen Auflage 1929 mit 18 400 Exemplaren noch recht niedrig war, von den anderen Blättern nur durch den jeweiligen Zeitungskopf. Größeren Einfluß erlangten die Nazis mit der Herausgabe weiterer Propagandamaterialien. 15 Sondernummern des „Völkischen Beobachters" erschienen in Auflagen von jeweils mehreren hunderttausend Stück. Bis Dezember 1928 brachte der schon seit 1921 parteieigene Eher-Verlag 61 Bücher und Broschüren mit über 400 000 Exemplaren heraus. Die schriftliche Propaganda stand vorwiegend im Dienste und Schatten der Versammlungstätigkeit. Auf diese konzentrierten die Nazis alle Kräfte, weil sie in ihr das werbewirksamste Mittel erblickten. Mitgliederversammlungen im eigentlichen Sinne gab es jedoch relativ selten, zumal sie „stets nur die Quelle von Streitigkeiten, Eifersüchteleien und Stänkereien" seien. Hitler sah in

ihnen „vergeudete Kraft, da neue Mitglieder dadurch nicht gewonnen werden . . .“[47] Alle Tätigkeit hatte sich nach „außen“ zu richten.

Nach der Auffassung ihrer Parteiführer und ihrer Hintermänner sollte die NSDAP das Bild einer unermüdlichen Agitations- und Demonstrationspartei, einer ständigen Zurschaustellung von Geschlossenheit und militanter Einsatzbereitschaft, einer fortwährenden Marsch-Bewegung bieten. Bestimmte anziehungskräftige und zugleich einschüchternde Rituale, unabhängig vom jeweiligen Inhalt, umrahmten das Geschehen in großen Sälen wie in kleinen Kneipen. Von der Wiederbegründung der NSDAP bis Mitte 1926 führte sie 2 370 größere Versammlungen und 3 500 sogenannte Sprechabende durch. Ende 1926 ging die Parteizentrale der NSDAP dazu über, die geschicktesten Vortrags-Demagogen zu erfassen und deren Einsatz von München aus zu lenken. Danach waren 1928 118 Redner im Einsatz, die über 4 000 Vorträge hielten. Im gleichen Jahr wurden nach Angaben des „Völkischen Beobachters“ sogar 20 000 Veranstaltungen von nur 300 Rednern bestritten, bei denen man seit November auch über die neu entwickelten Lautsprecheranalagen verfügte. Besonders bei Wahlkampagnen setzte in vielen Gebieten eine regelrechte Flut von Versammlungen ein. Für ein solches propagandistisches Dauerfeuerwerk stellten Reichs- und Gauleitungen schriftliche „Rednerkurse“ und andere Schlagwort-Materialien bereit. 1929 wurde sogar eine „Reichs-Rednerschule“ eingerichtet, in der bis 1933 etwa 6 000 Redner ausgebildet wurden.

Diese Zahlen sagen nichts über die „Qualität“ der Vorträge aus. Aber auch dazu existieren aufschlußreiche Dokumente. An den Parteitag von 1929 stellte der Gau Schleswig-Holstein den Antrag, einen „Ausschuß zur Behandlung der sozialen Frage und zur wissenschaftlichen Widerlegung des Marxismus“ einzusetzen. In der Begründung hieß es dazu, daß höchstens 10 Prozent der eingesetzten Redner überhaupt „eine kleine Ahnung vom Marxismus“ besäßen.[48] In einem Beschwerdebrief zitierte Feder z. B. die hämische Bemerkung anderer, er würde überall nur seinen „Aufwertungskaktus hinsetzen“, was sich mit seinem Selbstverständnis als „Programmatiker“ der Partei absolut nicht vereinbarte.[49] Aus solchen Notizen und Äußerungen sind die Schwierigkeiten ablesbar, vor denen die faschistischen Redner standen, wenn sie sich und ihre Zuhörer mit „geistigen“ Argumenten strapazierten, um den Marxismus zu „vernichten“ und die antikapitalistische Phraseologie an den Mann zu bringen.

Die programmatische Diffusität, die oftmals geistige Unbedarftheit und das hohle Pathos wurden übereinstimmend von antifaschistischen Zeitgenossen bloßgestellt. Der Kommunist Erich Weinert sprach in diesem Zusammenhang von „Faschistengekrächz" und „Paradegetrommel". Der bürgerlich-humanistische Herausgeber der „Weltbühne", Carl von Ossietzky, zielte auf diese neue Art reaktionärer Versammlungstätigkeit und speziell auf Hitler, als er die „kreischenden Jahrmarktsorgeln" des Faschismus anprangerte. Aus einem „Marschliedchen" des bürgerlichen Demokraten Erich Kästner stammen die folgenden Zeilen:

„Ihr und die Dummheit zieht in Viererreihen
in die Kasernen der Vergangenheit.
Glaubt nicht, daß wir uns wundern, wenn ihr schreit.
Denn was ihr denkt und tut, das ist zum Schreien.
Ihr kommt daher und laßt die Seele kochen.
Die Seele kocht, und die Vernunft erfriert.
Ihr liebt das Leben erst, wenn ihr marschiert,
weil dann gesungen wird und nicht gesprochen ..."

Bei den Reichstagswahlen vom Mai 1928 zahlten sich die erhöhten Aktivitäten noch nicht aus. Die NSDAP erhielt nur 810 000 Stimmen (2,6 Prozent) und 12 Mandate. Das waren 11 Prozent weniger als 1924, wobei die Stimmenverluste aller anderen bürgerlichen Parteien, hauptsächlich der DNVP (24 Prozent), weitaus größer ausfielen. Dagegen konnte die KPD die Zahl ihrer Mandate um 19 und die SPD um 22 erweitern. Über dem durchschnittlichen Wahlergebnis lagen die Nazis in den Städten mit überwiegend kleinbürgerlicher Sozialstruktur und vor allem in ländlichen Gebieten, während sie in den Zentren der Arbeiterklasse und in den Großstädten wesentlich darunter blieben. In den ländlichen Wahlkreisen kamen sie fast auf das Doppelte ihres allgemeinen Ergebnisses. Am besten schnitten sie mit 8,1 Prozent in Franken, 6,2 Prozent in Oberbayern/Schwaben, 5,6 Prozent in der Pfalz und 5,2 Prozent im Wahlkreis Weser-Ems ab. Bei den gleichzeitigen Landtagswahlen stimmten in Bayern 6,1 Prozent und in Oldenburg 7,5 Prozent für sie, in Preußen dagegen nur 1,8 Prozent. Bei den Landtagswahlen des ersten Halbjahres 1929 in Lippe, Sachsen und Mecklenburg-Schwerin stieg ihr Stimmenanteil weiter an.[50] Die anderen rassistisch-völkischen Vereinigungen, insbesondere die DVFP und

der „Völkische Block", lösten sich in zunehmendem Maße zugunsten der Nazipartei auf.

Als Anfang August 1929 wiederum in Nürnberg das Spektakel eines „Reichsparteitages" veranstaltet wurde und die Nazis den bis dahin größten Aufmarsch ihrer feldmarschmäßig ausgerüsteten Anhänger inszenierten, waren ihr tatsächlich schon mehr als 100 000 Mitglieder zugeströmt. Jetzt standen ihr bereits 50 Tageszeitungen zur Verfügung. Überall in Deutschland wurden Parteibüros eingerichtet, der Kauf des berüchtigten „Braunen Hauses" zu München wurde vorbereitet. Eine Vielzahl von hauptamtlichen Funktionären betrieb einen immer kostenaufwendigeren Lebensstil und benutzte bei den zahllosen Reisen von einer Veranstaltung zur anderen teure Autos und vornehme Hotels. Die NSDAP hatte es während der relativen Stabilisierung des Kapitalismus verstanden, über die Krisen nach ihrer Wiederbegründung hinwegzukommen und ihre Organisationen zu festigen. 1929 war sie zu einem wichtigen terroristischen Stoßtrupp, zu einer großen, in sich geschlossenen und skrupellos-schlagkräftigen Garde des deutschen Faschismus geworden. Jetzt stand sie auf dem Sprung, bereit, aus der zweiten Reihe unter den Organisationen des bürgerlichen Parteienwesens der Weimarer Republik hervorzutreten. Sie konnte im Interesse der Geschäfte des Monopolkapitals mit ihrem eigenen Geschäft, mit dem breiten Einsatz ihrer Terrorinstrumente, mit dem Mißbrauch sozialer und politischer Sehnsüchte der werktätigen Massen, mit der Spekulation auf die Angst des erneut einem Elend entgegentreibenden Kleinbürgertums und deklassierter proletarischer Schichten beginnen.

5. Kapitel

Aufstieg zur wählerstärksten Partei des Kapitals

Im Herbst 1929 brach in den Vereinigten Staaten eine zyklische Wirtschaftskrise aus, die in raschem Tempo die gesamte kapitalistische Welt erfaßte. Mehr als drei Jahre lang erschütterte sie auch die imperialistischen Staaten Europas, brachte eine Kette ökonomischer Katastrophen hervor und erzeugte Staats- und Regierungskrisen. Millionen von Proletariern verloren ihre Arbeitsplätze. Kleinbürgerliche Existenzen in den Städten und auf dem Lande wurden ruiniert. Soziales Elend und Zukunftsangst breiteten sich aus. Der aufs äußerste zugespitzte Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit ließ umfassende politische und soziale Kämpfe entbrennen, in die immer mehr Menschen einbezogen wurden. Während die revolutionären Parteien der Arbeiterklasse an Einfluß gewannen und die reformistischen Gesundbeter des Kapitalismus Anhänger verloren, verstärkten sich die Anstrengungen reaktionärer Demagogen, die Masse der Völker zu manipulieren und sie vom Kampf für ihre eigenen Lebensinteressen abzuhalten. Die Tendenz der Radikalisierung der unterdrückten und ausgebeuteten Volksmassen rang mit der Tendenz der Faschisierung, so charakterisierte das Zentralkomitee der KPD Mitte 1930 die Dialektik der Entwicklung in Deutschland[1], das von den Auswirkungen der Krise besonders hart getroffen wurde. Schon an der Jahreswende 1929/30 hatte die Arbeitslosenziffer die Dreimillionen-Grenze überschritten.

Die NSDAP befand sich, als Deutschland in den Strudel der Krise gerissen wurde, mitten in einem demagogischen Manöver, in das sie mit der DNVP, dem Stahlhelm, dem Alldeutschen Verband und weiteren reaktionären Organisationen gezogen war. Den Anlaß dazu hatte die Neuregelung der Reparationen geboten. Dem neuen Plan zufolge, der das Dawes-Abkommen von 1924 ersetzen sollte und auf einen Entwurf des amerikanischen Bankiers Owen D. Young zurückging,

war Deutschland bis 1988 verpflichtet, Zahlungen zu leisten. Während die KPD den Young-Plan als internationalen Kompromiß zu Lasten des Volkes bekämpfte, die SPD ihn mit der Mehrheit der Bourgeoisparteien akzeptierte, weil er die finanzielle Lage des imperialistischen Staates augenblicklich erleichterte, nutzte die extreme Rechte die Abmachung zu wüster nationalistischer Hetze. Innenpolitisch wurde dabei – wie schon während früherer Kampagnen aus ähnlichen Anlässen – das Hauptziel verfolgt, alle sozialen Probleme und Nöte im Deutschen Reich als Folgen des Versailler Vertrages und der Abkommen hinzustellen, die seine Bestimmungen konkretisierten, um von den inneren, im kapitalistischen Gesellschaftssystem wurzelnden Ursachen abzulenken. Am 9. Juli 1929 wurde ein „Reichsausschuß für das deutsche Volksbegehren gegen den Young-Plan" gegründet, in den auch die NSDAP eintreten durfte. Das kam ihrer Anerkennung als ernst zu nehmende Kraft durch die reaktionärsten schwerindustriellen und großagrarischen Kreise gleich und verbesserte ihre politische Stellung auch deshalb, weil dem Ausschuß Spenden all jener Bourgeois zuflossen, die eine abrupte Wendung in der Außenpolitik anstrebten und sich – unabhängig vom Ausgang der Kampagne – eine sozialdemagogische Wirkung auf breiteste Volkskreise erhofften.

Freilich war der in der NSDAP-Reichsleitung getroffene Entschluß, sich an dem Unternehmen zu beteiligen, nicht risikolos. Sie hatte darauf zu achten, daß ihre Gemeinschaft mit als reaktionär bekannten Organisationen und Politikern nicht gegen ihr Bestreben schlug, sich weiterhin als „revolutionär" und „sozialistisch" zu drapieren. Um derart der Nazidemagogie abträgliche Auswirkungen zu verhindern, betonte eine Anordnung Hitlers vom 25. Juli 1929 die selbständige Aktion der Nazipartei. Der Mitgliedschaft wurde beruhigend erklärt, daß man gemeinsam nur ein „taktisches Teilziel" anstrebe. Den Parteiführern war mit Ausnahme der Gauleiter untersagt, Kontakte mit der DNVP und anderen beteiligten Organisationen aufzunehmen.[2] Die NSDAP-Bezirke und -Ortsgruppen hatten aber darauf zu drängen, daß ihre Erklärungen und Verlautbarungen auch in Zeitungen der DNVP und des Stahlhelm veröffentlicht würden. Auf diesem Wege sollte die Publizität der Partei vergrößert und dem Mangel abgeholfen werden, daß die NSDAP in manchen Gebieten Deutschlands noch nicht über eigene Tages- oder Wochenzeitungen verfügte.

Monatelang zogen die vereinigten Rechtskräfte in Deutschland alle Register der geistigen Verführung, nährten nationalistischen Haß,

peitschten chauvinistische Emotionen insbesondere gegen Frankreich und England hoch und forderten die Aburteilung aller deutschen Politiker, die zum Abschluß des neuen Plans ihre Hand reichten. So lenkten sie von den inneren Ursachen der wachsenden sozialen Not ab, was der gesamten Bourgeoisie zugute kam.

Die Nazipartei gewann in der Kampagne neue Verbindungen zu Kreisen des Kapitals. Hugenbergs Pressekonzern half Existenz und Wirken der Nazipartei publik machen. Das geschah in der Hoffnung, zwischen DNVP und NSDAP eine dauerhafte arbeitsteilige Verbindung einrichten zu können. Während jene die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Schichten auf extrem nationalistischen Positionen sammeln wollte, war dieser die Aufgabe zugedacht, „Sozialisten internationaler Denkungsart zu Sozialisten nationaler Denkungsart zu machen".[3] Als Juniorpartner der DNVP sollten Hitler und seine Demagogen dem deutschen Monopolkapital also das Proletariat zuführen. Dieser spekulative Plan hinderte die nazistische Führerschaft nicht, zunächst zu nehmen, was sie bekam. Ihre eigene Rechnung fiel um so günstiger aus, als sich die innerhalb der DNVP schwelende Krise durch Hugenbergs „politische Bettgemeinschaft" mit Hitler und dessen angeblich „revolutionären" und „halbmarxistischen" Nationalsozialisten[4] verschärfte. Tatsächlich profitierte jetzt und später vor allem die NSDAP durch das wiederholte Zusammengehen mit den Deutschnationalen, der Partei des an den reaktionären Traditionen des Preußentums orientierten Konservatismus, die als Verfechterin der ökonomisch-politischen Interessen der Großagrarier und der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie und als Sachwalter der Hohenzollernmonarchie bekannt und deshalb im Volk weithin diskreditiert war.

Die NSDAP hatte nichts verloren, als das Volksbegehren am 22. Dezember 1929 nur 5,8 Millionen Stimmen, knapp 14 Prozent aller Wahlberechtigten, aufbieten konnte. Sie konnte bei Wahlen in Ländern, Städten und Gemeinden nachweisen, daß sie von der nationalchauvinistischen Kampagne am stärksten zu profitieren verstand. Die Nazifaschisten durchstießen in den verschiedensten politischen Landschaften des Reiches die Grenze der Bedeutungslosigkeit. Sie zogen einen erheblichen Teil ihres Stimmenzuwachses aus dem sich ausbreitenden Krisenelend, das sie zur Anklage gegen alle regierenden Parteien ausnutzten und vor dessen Hintergrund sie Hoffnungen auf einen sozialen Wiederaufstieg in einem herrlichen „Dritten Reich" weckten. Am 27. Oktober schickte die NSDAP im katholischen Baden, wo sie nahe-

zu 7 Prozent der Wählerstimmen einfing, sechs Abgeordnete in den Landtag, in dem sie bisher nicht vertreten war. Am 10. November eroberte sie in der Lübecker Bürgerschaft mehr als 8 Prozent der Stimmen und zog mit 6 Mitgliedern in das Stadtparlament ein, das bisher keine Nazifraktion besessen hatte. Eine Woche später setzte die Faschistenpartei bei den Landtagswahlen in Hessen ihre Erfolgsserie ebenso fort wie bei den Provinziallandtags- und Gemeindewahlen in Preußen. Bei den Gemeindewahlen in Bayern und durch die Landtagswahl in Thüringen, wo sie mehr als 11 Prozent der Stimmen gewann, wies sie ihren gewachsenen Einfluß nach. Wie insbesondere die Stimmengewinne der Nazis in den Elendsgebieten des Thüringer Waldes anzeigten, in denen die Heimarbeiter der Spielzeug- und der Glasindustrie samt ihrer Familienmitglieder schamlos ausgebeutet wurden und in tiefer Rückständigkeit lebten, verstand es die NSDAP, aus Verzweiflung und Dumpfheit ihre politische Münze zu prägen. Demgegenüber ließen die Resultate der Berliner Stadt- und Bezirksverordnetenwahlen erkennen, daß die Faschisten in der Arbeiterklasse auf schärfste Ablehnung stießen. In den proletarischen Wohngebieten, im Wedding, in Pankow, am Prenzlauer Berg, in Friedrichshain, Weißensee, Lichtenberg, Treptow, Köpenick und Neukölln erlitten sie Niederlagen; dagegen gelangen ihr in den Schöneberger und Steglitzer Vierteln der Reichen erste Einbrüche in die bürgerliche Wählerschaft. Im Stadtdurchschnitt erreichte die NSDAP 5,7 Prozent der Stimmen und stellte eine dreizehnköpfige Fraktion, an deren Spitze sich anfangs Goebbels selbst setzte. Diese Abgeordnetengruppe ließ auch durch ihre soziale Zusammensetzung erkennen, daß die NSDAP ein Konkurrenzunternehmen der Bourgeoisparteien war. Beamte, Angestellte und Intellektuelle stellten nahezu die gesamte Berliner Nazifraktion.[5]

Der Einfluß der NSDAP wuchs besonders unter der Jugend des Bürgertums und Kleinbürgertums, wie sich vor allem an den Universitäten und Hochschulen zeigte. Hier erntete die faschistische Partei, was die in ihrer Mehrheit stockreaktionäre, parteipolitisch zu einem guten Teil deutschnational orientierte Professorenschaft an nationalistischem, revanchistischem und rassistischem Ungeist gesät hatte. Bei den Wahlen der Allgemeinen Studentenausschüsse erhielt der NSDStB 1929 an der Technischen Hochschule Berlin-Charlottenburg 38 Prozent, an der Tierärztlichen Hochschule Berlin 30 Prozent der Stimmen. Ein Jahr später verbuchten die Nazis gar 66,6 bzw. 50 Prozent der Wähler, die anderen Rechtskräften und vor allem den waffentragenden Ver-

bindungen abgejagt waren. Die faschistischen Kader führten sich an den Hochschulen immer unverschämter auf, störten oder boykottierten Lehrveranstaltungen demokratischer und liberaler Hochschullehrer sowie von Professoren jüdischer Abkunft, stellten einen Teil der SA-Mannschaft und wirkten in faschistischen Spezialorganisationen.[6]

Das Anwachsen der NSDAP im Verlauf des Jahres 1929, ihr Hervortreten aus der zweiten Reihe, war Ausdruck und Bestandteil einer beginnenden Offensive monopol- und großkapitalistischer Kräfte des Weimarer Staates, die auf den Gebieten der Ökonomie, Politik und Ideologie ausgetragen wurde, also alle Bereiche des sozialen Lebens erfaßte. Nach einer nur knapp fünf Jahre währenden und von Zwischen- und Teilkrisen unterbrochenen Prosperität der kapitalistischen Wirtschaft sahen extrem reaktionäre Kreise des deutschen Imperialismus durch die neue zyklische Krise nicht nur ihre Profite bedroht, sondern auch ihre weitreichenden innen- und außenpolitischen Pläne gefährdet, die auf die grundlegende Veränderung des Kräfteverhältnisses der Klassen im Deutschen Reich gerichtet waren, in denen sie die Voraussetzung für die Wiedergewinnung von Weltgeltung und Weltmacht erblickten. Diesen Kreisen galt der seit 1919 nie aufgegebene, zeitweilig aber zurückgestellte Plan, die bürgerlich-parlamentarische Republik zu vernichten, der deutschen Arbeiterklasse eine nachhaltige Niederlage zu bereiten, ihre Parteien und Organisationen zu beseitigen, uneingeschränkte Herrschaftsvollmachten zu erlangen als das erste strategische Teilziel auf einem Weg, der schließlich die Möglichkeit eröffnen sollte, Deutschland ungehemmt aufzurüsten und es wieder aggressionsfähig zu machen.

Die einflußstärksten Kräfte des Finanzkapitals beschränkten sich also in einem Moment, da ihre eigenen sozialen und politischen Positionen im Innern wie international sich zu verschlechtern drohten, nicht auf die Defensive. Sie entwickelten Konzepte, nach denen gerade unter Krisenbedingungen Prozesse inganggebracht werden sollten, die sie rascher zu ihren fernen Zielen gelangen ließen. Dies offenbarte sich deutlich in der am 2. Dezember 1929 vom Reichsverband der deutschen Industrie herausgegebenen Denkschrift „Aufstieg oder Niedergang", deren programmatischer Charakter durch ihre Bestätigung auf einer außerordentlichen Mitgliederversammlung festgestellt wurde. Die einflußstärksten Kreise der deutschen Monopol- und Großbourgeoisie gingen zur Verschärfung des Klassenkampfes „von oben" über. Sie schlugen damit einen abenteuerlichen Kurs ein, denn der Entschluß,

den profitschmälernden Wirkungen der zyklischen Krise mit einem sozialreaktionären Programm zu begegnen und den Angriff auf Löhne, Gehälter, Renten, Pensionen, Sozialleistungen aller Art zu eröffnen, besaß weitreichende politische Konsequenzen. Er stellte eine Herausforderung für die Arbeiterklasse, auch ihres reformistisch und christlich geführten Teils, dar und gefährdete folglich die Massenbasis des deutschen Imperialismus, die sich in den Jahren der relativen Stabilisierung eben erst konsolidiert hatte. Die logisch-historische Konsequenz dieser Politik, deren Verfechter anfänglich in ihren Entscheidungen relativ frei waren, dann aber Knechte eigener früherer Beschlüsse werden mußten, war die faschistische Diktatur. Die Verantwortung für ihre schließliche Errichtung fiel damit nicht nur auf diejenigen Angehörigen der Ausbeuterklasse, die die faschistische Herrschaftsform bewußt anstrebten, sondern auch auf jene, die – ohne alle Folgen ihres klassenegoistischen Handelns zu übersehen – den volksfeindlichen, antidemokratischen Kurs einleiten halfen und ihn mittrugen.

Auf Staatsebene stellte die Beteiligung der rechten SPD-Führer an den Kabinetten im Reich und in den Ländern ein gewisses Hindernis für die Krisenstrategie der herrschenden Klasse dar. In das Zentrum reaktionärer Pläne, Intrigen und Machenschaften trat daher die Absicht, die Reichsregierung Müller zu beseitigen, ein durch bürgerliche Politiker gebildetes Kabinett zu schaffen und eine Regierungspraxis durchzusetzen, die Entscheidungen der Parlamentsmehrheit ignorierte. Damit begann der Generalangriff auf die sozialen Errungenschaften und die bürgerlich-demokratischen Rechte, die von den Volksmassen in der Novemberrevolution 1918/19 erkämpft worden waren.

Mit der Veränderung in der Strategie der herrschenden Klasse tauchte die – in ihrem Wesen ja nicht neue – Frage auf, welche Parteien und Organisationen die Politik zur Vernichtung der Weimarer Republik tragen könnten und wie sie zu kombinieren wären. Der Tageswert der faschistischen und halbfaschistischen Kräfte stieg mit dem Ausbruch der Krise augenblicklich und dann immer rascher an. Auf die DNVP, den Stahlhelm, die vaterländischen Verbände und andere militaristische, monarchistische und antirepublikanische Organisationen wirkte die grundlegend gewandelte Situation daher wie ein belebendes Elexier. Sie begünstigte auch die Tätigkeit der NSDAP, denn alles, was sich gegen die Arbeiterklasse und den von ihr zu erwartenden Widerstand mobilisieren ließ, wurde nun von der herrschenden Klasse gemustert und – wenn für geeignet befunden – gestützt und gestärkt.

Es war eine Legende, wenn in der Geschichtsschreibung der NSDAP die Jahre 1925/26 als Zeit eines „wunderbaren" Wiederaufstiegs der Naziparte hingestellt wurden, den Hitler nach ihrer Niederlage im November 1923 bewirkt habe. Wunder waren nicht im Spiel, als die NSDAP 1929 Einfluß gewann. In der ökonomisch-politischen Situation am Ende der zwanziger Jahre begegneten sich in Deutschland das Herrschaftsinteresse monopol- und großkapitalistischer Kreise mit den subjektiven Absichten der nazifaschistischen Führer, im Dienst dieses Interesses als Politiker Karriere zu machen. Der Prozeß, der diese gleichgerichteten Interessen zusammenführte, besaß seine Grundlage im extrem reaktionären, konterrevolutionären, imperialistischen Wesen der NSDAP. Das machte für die maßgebenden Kreise des Finanzkapitals den Wert dieser Partei aus und führte dazu, daß immer mehr Angehörige der herrschenden Klasse auf diese Partei, ihre politische Führungsgruppe und deren Anführer Hitler setzten.

Mit dem Wachstum der NSDAP – sie gab ihre Mitgliederzahl Ende 1929 mit 176 426 an – und ihrer Wählerschaft stellte sich den nazifaschistischen Führern auch die Frage nach deren politischem Einsatz neu. Dabei zeigten sich innerhalb der Führungsgruppe wiederum taktische Meinungsverschiedenheiten. Selbst Gauleiter und Angehörige der NSDAP-Reichsleitung gaben den Gedanken nicht auf, die Anhänger ähnlich wie 1923 einzusetzen und sie eines Tages zum großen Sturm auf die Staatsbastionen anzuführen. Diese Absicht drückte ein Artikel Gregor Strassers unter der Überschrift „Katastrophenpolitik" aus, in dem erklärt wurde, die NSDAP wolle „die Katastrophe", weil nur sie „die Bahn freimacht".[7] Dieser Standpunkt bedeutete Konfrontation mit allen Kräften des Staates, Sabotage auch gegen Reichswehr und Polizei, schloß jedoch nicht aus, daß die NSDAP jede legale Aufstiegsmöglichkeit nutzte. Vulgärer sprach der Gauleiter von Schlesien, Brückner, auf einer Kundgebung in Breslau den gleichen Gedanken aus: „Geht es nicht mehr mit dem Stimmzettel, dann geht es mit der Faust."[8] Immer wieder kündigten die Nazis in Wort und Schrift an, ihr Deutschland würde auf der Straße errichtet werden. Es sei nötig, in die Reihen der Polizei einzudringen, damit sie im entscheidenden Moment zur SA überliefe oder diese doch gewähren ließe. Vielen Faschistenführern schien das alte Rezept also noch immer tauglich.

Neben den Gewalt ankündigenden Erklärungen erklangen ungleich mildere Töne, die von den Nazianhängern zunächst einfach als Bluff gewertet und befeixt wurden. So versicherte der faschistische Reichs-

tagsabgeordnete Stöhr dem Reichswehrminisrer: „Wir streben ihre Änderung (die der Staatsform – d. Vf.) nicht einmal auf legalem Wege an, geschweige daß wir sie mit illegalen Mitteln zu beseitigen bestrebt wären."[9] Goebbels schrieb im „Angriff", der seit dem 1. Oktober 1929 zweimal wöchentlich erschien, daß niemand „im Ernst etwas gegen die republikanische Staatsform haben" werde.[10] Gregor Strasser nannte im Reichstag diejenigen Verbrecher oder Idioten, die der NSDAP Putschabsichten nachsagten, drohte aber gleichzeitig, daß im faschistischen Reich ein Staatsgerichtshof Köpfe fordern werde.[11] Hitler trat vor einem Gericht im schlesischen Schweidnitz auf, das sechzehn Nazis wegen Landfriedensbruch anklagte – sie hatten in Gemeinschaft mit mehr als 100 weiteren Faschisten eine sozialdemokratische Versammlung auseinandergeprügelt –, und beteuerte die Harmlosigkeit seiner paramilitärischen Garde, deren Abkürzung er dreist mit „Sportabteilung" übersetzte. Anschließend, in einer öffentlichen Versammlung, ermahnte er seine Gefolgsleute, sich dem Gesetz zu beugen, bis im faschistischen Staat „mit legalen Mitteln, d. h. nach unseren Gesetzen" die Abrechnung folge.[12] Indessen besang die SA in rachedurstigen und blutrünstigen Liedern jene Kameraden, die „noch bleich im Staub blut'ger Wahlstatt bleiben" würden.

Das thüringische Wahlergebnis und die Bereitschaft bürgerlicher Parteien, mit der NSDAP ein Regierungsbündnis einzugehen, gab den Faschistenführern die Möglichkeit, am 23. Januar 1930 Frick in die Weimarer Regierung zu entsenden, an der auch die DNVP und die DVP sowie die Wirtschafts- und die Landvolkpartei beteiligt waren. Der „Völkische Beobachter" konstatierte aus diesem Anlaß: „Damit beginnt ein neuer Abschnitt in der Geschichte unserer Bewegung."[13] Frick erhielt die Ressorts für Inneres und Volksbildung und nutzte sein Amt vor allem, um die Landespolizei nazistisch auszurichten. An die Spitze der Weimarer Polizeidirektion und des Landeskriminalamtes traten Faschisten. Die Schulkinder ließ der NSDAP-Minister chauvinistische Haßgebete gegen den Versailler Vertrag sprechen. Doch schon der erste Schritt in die Exekutive eines Landes verstrickte die NSDAP in tiefe Widersprüche. Lavierend – zum Standardprogramm ihrer Demagogie gehörten fortan Anträge auf Kürzung der Ministergehälter –, setzte sie sich bei ihren Anhängern dem Ruf aus, nun die volksfeindliche Politik der Reichsregierung auf Landesebene mittragen und durchsetzen zu helfen.

Ende 1929/Anfang 1930 traten die Vorbereitungen zur Beseitigung

der „Großen Koalition" in ihr entscheidendes Stadium. Die bürgerlichen Partner der rechtssozialdemokratischen Regierungspolitiker sprengten das Kabinett von innen. Indem sie auf verschärfte reaktionäre sozialpolitische Maßnahmen drängten, machten sie es den rechten SPD- und Gewerkschaftsführern, die mit der wachsenden Mißstimmung innerhalb ihrer Partei und des ADGB rechnen mußten, unmöglich, weiter in einem gemeinsamen Kabinett zu bleiben. Damit war der Weg für eine Bürgerblock-Regierung frei.

Das am 30. März gebildete Kabinett unter dem Zentrumspolitiker Heinrich Brüning erklärte, sich auf die außerordentlichen Befugnisse des Reichspräsidenten stützen zu wollen, falls ihm die Reichstagsmehrheit die notwendige Beihilfe versagte. Diese Drohung wurde mit der Behauptung gerechtfertigt, im Deutschen Reich existiere ein Notstand.

Unter Berufung auf das sich ausbreitende soziale Elend des Volkes wurden von nun an Gesetze, die keine Aussicht besaßen, im Reichstag eine Mehrheit zu erhalten, ohne Parlamentsbeschluß, lediglich durch die Unterschrift des Reichspräsidenten als „Notverordnungen" in Kraft gesetzt. Dieses Verfahren war durch die Verfassung nicht gedeckt und verwandelte die Weimarer Republik schrittweise in eine „Notverordnungs-" oder auch „Präsidialdiktatur". Beide seinerzeit verwendeten Begriffe kennzeichneten den fortschreitenden Abbau der bürgerlich-parlamentarischen Rechte und Freiheiten; der letzte verwies besonders auf die diktatorische Rolle des Reichspräsidenten, der gemeinsam mit dem Kanzler Brüning zu den politischen Zentralfiguren des Regimes wurde.

Die sukzessive Aushöhlung der de jure noch nicht beseitigten bürgerlich-parlamentarischen Verfassungsrechte konnte in der von der Reaktion gewählten allmählichen und gleitenden Form nur vonstatten gehen, weil dieses Vorgehen von allen bürgerlichen Parteien und den rechten SPD-Führern gebilligt oder doch stillschweigend geduldet wurde. Das erst ermöglichte es der Reaktion, ihren Generalangriff auf die Republik nicht frontal zu beginnen, sondern vorzugeben, es handelte sich nur um zeitweilige aus einer Notsituation und zu deren Abwendung geborene Maßnahmen. Diese demagogische Konstruktion diente dem Hindenburg-Brüning-Regiment dazu, alle Gegner ihrer Politik durch die Unterstellung zu verunglimpfen, sie wären an der Verschlimmerung und Fortdauer der Not, statt an deren Bewältigung interessiert. Dieser Vorwurf wurde vor allem gegen die KPD gerichtet, die sich dem faktischen Abbau der Verfassung sowie der Verschlechterung der

Kampfbedingungen für die Arbeiterklasse und aller Werktätigen entgegenstellte. Daher ging das präsidiale Regime dazu über, das politische Tätigkeitsfeld für Kommunisten und ihre anderen konsequent demokratischen Gegner einzuschränken. Die Regierung ließ Versammlungen und Demonstrationen von Fall zu Fall verbieten, hinderte ungenehme Zeitungen befristet am Erscheinen, dekretierte Aufführungsverbote gegen progressive Filme, verfolgte Freidenker und Pazifisten und schaltete das Parlament von der Gesetzgebung zunehmend aus.

Skrupellos nutzten die Faschisten die ökonomische Krise und die sozialreaktionäre Antwort auf die veränderten Bedingungen des Profitstrebens und des Klassenkampfes für ihre Zwecke aus. Sie machten sich vor allem den Umstand zunutze, daß die massenfeindliche Politik von allen traditionellen bürgerlichen Parteien gestützt wurde. In der Tat lieferte jeder Tag viele neue Beweise für die Unfähigkeit der Herrschenden, die Menschen zu ernähren, zu bekleiden und zu behausen. Für all dies war nach nazistischer Version das „System", die angeblich marxistische Herrschaft, verantwortlich. Nun sei erwiesen, daß die Republik für die Deutschen nicht passe, die im Elend versinken würden, wenn sie sich nicht einen Retter – den „Führer" Hitler – auserkören.

Diese Agitation hatte ihre Erfolge auch der Tatsache zuzuschreiben, daß die NSDAP zeitweilig die einzige bürgerliche Oppositionspartei war, weil die rivalisierende DNVP das Brüning-Kabinett zunächst tolerierte und so die sofortige Auflösung des Reichstages verhinderte. Der in Württemberg erscheinende „Nationale Sozialist" vom 25. April 1930 schrieb, der „Kampf gegen die Volksausbeuter" könne mit dieser Partei nicht geführt werden, und Hugenberg wurde nun ein „schielig mieser Zwerg" und „ohnmächtiger Nußknacker" genannt. Goebbels behauptete, die NSDAP habe „seit eh und je in der DNVP ein überflüssiges und damit schädliches Gebilde gesehen".[14] Während die Nazis den Deutschnationalen Politik im „Interesse eines Standes" vorwarfen, verdächtigte die schwarzweißrote Presse die NSDAP einer „kommunistischen" Politik. Das politische Pack der äußersten Rechten, eben noch verbündet, schlug aufs kräftigste aufeinander ein.

Als der Reichstag am 18. Juli 1930 eine Notverordnung aufhob, traf ihn – nach einem Wort Thälmanns – „der Generalsstiefel des Reichspräsidenten und Stahlhelmführer Hindenburg".[15]

Die Parlamentsauflösung kam niemandem gelegener als den Nazis,

deren Einfluß in vielen Teilen Deutschlands anwuchs. Zuletzt hatten dies die Wahlen im Land Sachsen am 22. Juni gezeigt, wo die NSDAP gegenüber 1929 mehr als 240 000 Stimmen gewann, 14,4 Prozent erreichte und stärkste bürgerliche Partei wurde. Die faschistische Führung erhob daraufhin in Dresden Anspruch auf das Amt des Ministerpräsidenten, und der „Völkische Beobachter" schrieb am 24. Juni 1930 triumphierend: „Nun ist Bayern an der Reihe." In Mittel- und Süddeutschland sollte ein großer geschlossener „brauner Länderblock" entstehen.

Die NSDAP zählte im Mai 1930 – nach ihren Angaben – 240 000 Mitglieder, nachdem seit Oktober 1929 ein massenweiser Zugang in Hitlers Reihen eingesetzt hatte.[16] Eine zur gleichen Zeit im Preußischen Innenministerium angefertigte Denkschrift vermerkte, das Gros der nationalistischen Anhängerschaft werde durch den „allmählich verelendenden Mittelstand in den kleineren Städten, die kleinen Handel- und Gewerbetreibenden, ferner die von der Arbeitslosigkeit betroffenen oder bedrohten Angestellten und schließlich die bei dieser Wirtschaftslage jeder Aussicht auf späteren Broterwerb baren Kreise des akademischen Nachwuchses gebildet". Neuerdings würde sich „auch eine nicht unerhebliche Zahl von unteren und mittleren Beamten, besonders von den Verwaltungszweigen, die nicht ausgesprochene Hoheitsverwaltungen sind, wie Post-, Bahn- und Finanzverwaltung, auch aus der Lehrerschaft" der NSDAP zuwenden.[17] Wenn prominente Reaktionäre, so beispielsweise Generale der ehemaligen kaiserlichen Armee, in die NSDAP eintraten, wurde dies demonstrativ gefeiert. Im Juni 1930 gab der Hohenzollernprinz August Wilhelm (genannt Auwi), ein Sohn des gestürzten Kaisers, bekannt, daß er sich der Faschistenpartei angeschlossen habe.

1930 wuchsen auch die finanziellen Mittel, über welche die Reichsleitung der NSDAP gebot, zusehends an. Davon zeugte der Ankauf des Barlowschen Palais im Zentrum Münchens, das nach seinem Umbau durch den faschistischen Architekten Paul Troost den Namen „Braunes Haus" erhielt. Wiederholte Aufrufe an die Mitglieder und Gönner, Erwerb und Einrichtung dieses verschämt „Zentralheim" genannten Palastes finanzieren zu helfen, sollten diese zur Hergabe von Geldern ermuntern und gleichzeitig vertuschen, daß es vor allem eine Spende Thyssens war, die dem faschistischen Zentralapparat zu seiner feudalen Residenz und zu höherer Funktionstüchtigkeit verhalf.

Im Kampf für die am 14. September stattfindenden Reichstags-

wahlen beuteten die Nazis vor allem die Tatsache aus, daß sie mit der Reichspolitik seit 1919 – im Gegensatz zu allen anderen bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokratie – nichts zu tun gehabt hatten. Sie zimmerten eine verlogene Anklage gegen die „Novemberverbrecher" und die „Systemparteien" zurecht und benutzten mit Vorliebe Bestechungsskandale, in die Beamte verwickelt waren, um das „verkommene" Gemeinwesen anzuprangern, das durch einen „sauberen", eben den faschistischen Staat ersetzt werden müsse. Die Nazi-Attacken gegen das „System" appellierten an die primitivste Denkweise und Gefühlswelt, täuschten antikapitalistische Haltung durch radikales Wortgeprassel vor, vermieden es aber, den Kapitalismus als Ganzes anzugreifen. Plakate der NSDAP zeigten „saufende Minister" und „feiste Bonzen" und sollten den Eindruck erwecken, einzelne Politiker und Parteien seien die Schuldigen am Elend der Massen.

Stärker noch als die soziale Demagogie verdeckte der extreme Nationalismus der NSDAP der zunehmenden Anhängerschaft den Blick auf die gesellschaftlichen Realitäten. Seine Hauptmethode bestand darin, die Folgen der zyklischen Krise, die aus dem sozialökonomischen System erwuchs, als Ergebnisse ausländischer Machtpolitik und der „Young-Sklaverei" auszugeben. Auf diese Weise wurden die einheimischen „nationalen" Kapitalisten aus der Angriffslinie geschafft und der Haß gegen die internationale, angebliche jüdische „Plutokratie" geschürt. Unter der Losung: „Für oder gegen Young"[18] setzten die Nazis die im Zeichen des Volksbegehrens geführte Kampagne fort, die ihr vor allem den Einbruch in kleinbürgerliche Massen gebracht hatte. Derart gebärdeten sich die Nazis auch außenpolitisch als die radikalste, angeblich alles umstürzende Kraft. Die Selbstdarstellung der NSDAP als Partei des „nationalen Sozialismus" geschah in schärfster demagogischer Konfrontation zur revolutionären Partei der deutschen Arbeiterklasse, die für den wirklichen Sturz des Kapitalismus und die Errichtung der sozialistischen Gesellschaft kämpfte. Unfähig, ihr in offener ideologischer Feldschlacht entgegenzutreten, verlegte sich die NSDAP von Anfang an auf die widerwärtigste Verteufelung des Kommunismus, der Komintern, der KPD, der Sowjetunion und des Marxismus-Leninismus. Sie alle wurden als „undeutsch" beschimpft und letztlich für jedwedes wirkliche oder konstruierte nationale Unglück verantwortlich gemacht, für den Ausbruch des Weltkrieges und die Niederlage 1918, für die Novemberrevolution 1918/19, für den Versailler Vertrag und so fort. Dieses Vorgehen allein war noch nicht

spezifisch nazifaschistisch, sondern kennzeichnete auch andere faschistische und reaktionäre Parteien und Politiker. Die NSDAP verband ihren ideologischen Antikommunismus aber mit der von ihr verfochtenen Rassenlehre und behauptete, der Kommunismus sei die „Waffe des internationalen Judentums" gegen alle Völker, insbesondere aber gegen das deutsche Volk, das angeblich vernichtet werden solle. Diese abstruse irrationale Konstruktion diente der äußersten Aufhetzung der eigenen Anhänger, vor allem der Angehörigen der SA, gegen die KPD, ihre Funktionäre und Mitglieder. Die nazifaschistische Partei stand in der Traditionslinie jenes Arbeitermords, den die Konterrevolution 1919 in Deutschland begründet hatte.

Mehr noch als auf ideologischem Gebiet unterschied sich die NSDAP durch den skrupellosesten militanten Antikommunismus der Tat von anderen bürgerlichen Parteien. Sie begann in der Wahlkampagne 1930 und dann in zunehmendem Maße die Taktik des bewaffneten Terrors gegen ihre Gegner auszuweiten, in erster Linie gegen die Kommunisten, aber auch gegen Sozialdemokraten, Gewerkschaftsmitglieder, Angehörige des Reichsbanners, und damit Methoden innenpolitischer Auseinandersetzungen planmäßig einzuführen, die erst gestützt auf paramilitärische Verbände der Reaktion möglich wurden. Angriffe auf Versammlungen und Demonstrationen, Anschläge auf das Eigentum von Arbeiterorganisationen wie auf Parteilokale, Parteibüros, Gewerkschaftsheime, Überfälle auf politische Gegner mit Revolvern, Hieb- und Stichwaffen charakterisierten die Methoden der NSDAP zur Bekämpfung der Arbeiterbewegung und offenbarten zugleich, daß die politische Reaktion im Reich es für geboten hielt, ihre Klassengegner auf eine neue Weise zu unterdrücken und zu drangsalieren. Das in der bürgerlichen Historiographie anzutreffende Bedauern über die „Radikalisierung" und „Verrohung" der politischen Sitten, denen die Staatsmacht angeblich ohnmächtig gegenübergestanden hätte, soll einzig verdecken, daß der Regierung Brüning die hauptsächliche Frontstellung der NSDAP gegen die Kommunisten vollständig in das eigene Konzept paßte. Deshalb konnte die blutige Spur entstehen, die der faschistische Terror seit 1930 immer breiter in die Geschichte des Weimarer Staatswesens zog.

Eine weitere generelle antikommunistische Übereinstimmung zwischen der Regierung Brüning und der NSDAP betraf das Verhältnis zur Sowjetunion. Gegen Ende der zwanziger Jahre und mit dem Ausbruch der Weltwirtschaftskrise, die die unheilbaren Gebrechen der

kapitalistischen Gesellschaftsformation kraß bloßlegte, verschärfte sich international die Feindschaft gegen den krisenfesten Sowjetstaat, dessen Bürger den Aufbau des Sozialismus fortsetzten. Der Papst stellte sich an die Spitze eines ideologischen Kreuzzuges gegen die UdSSR, und auch das blieb nicht ohne Einfluß auf die katholische Zentrumspartei, die den Reichskanzler stellte und das parteipolitische Rückgrat seiner Regierung bildete. Der 1926 geschlossene Berliner Vertrag, der u. a. die Verpflichtung enthielt, daß sich Deutschland nicht an irgendwelchen Mächtegruppierungen gegen die UdSSR beteiligen werde, und der eine Gültigkeit von zunächst fünf Jahren besaß, wurde von der Reichsregierung nicht verlängert, obwohl der Nutzen dieser Beziehungen sich gerade in den wichtigen Aufträgen des sowjetischen Außenhandels für die deutsche Industrie zeigte.

Auch unter den antisowjetischen parteipolitischen Kräften des Weimarer Staates erhob die NSDAP die grellste und militanteste Stimme. Nicht nur, daß sie mit den anderen Gegnern der UdSSR deren schwer errungene Aufbauerfolge rundweg abstritt, die sowjetische Innenpolitik als menschenfeindlich und die Außenpolitik als aggressiv und imperialistisch denunzierte. Nicht allein, daß sie den Sowjetstaat und dessen Politiker als die führenden Kräfte des „jüdischen Weltherrschaftsstrebens" hinstellte. Ungeniert propagierte sie die Expansion des Deutschen Reiches nach Osten – eine imperialistische Politik, die sie mit der Lehre von der „Herrenrasse" zu rechtfertigen suchte, die ein Vorrecht auf die angeblich ungenutzten Räume und einen Anspruch auf die Herrschaft über die vorgeblich zur Staatsbildung und Kulturschöpfung unfähigen slawischen und asiatischen Völker besitze.

Gegen diese ideologische Verblendung von Millionen Deutscher, die im Kern Bestandteil der langfristigen geistigen Kriegsvorbereitung war, kämpften die KPD und einige kleinere, wenig einflußreiche nichtkommunistische Organisationen sowie antifaschistisch-demokratische Verlage, Redaktionen und Publizisten an. Alle anderen und namentlich die großen einflußreichen Parteien im Weimarer Staat, die SPD eingeschlossen, standen auf antisowjetischen Positionen. Wenn diese Parteien auch die Inhalte der nazifaschistischen Antisowjethetze nicht immer billigen mochten, so unterschieden sie sich doch nicht in dem Ziel, die Sowjetmacht zu schwächen und sie – so oder so – sturmreif zu machen. Auch in diesem Fall war es nicht die Ohnmacht des Staates, sondern die offene oder verhohlene Übereinstimmung im wesentlichen, woraus die NSDAP ihre politische Münze zu schlagen wußte.

Im Reichstagswahlkampf 1930 perfektionierte die NSDAP auch Organisation und Technik ihrer Kundgebungen. In Städten mietete sie die größten Versammlungshallen und verstand es meist, sie berstend zu füllen, so daß häufig Lautsprecherübertragungen ins Freie oder in benachbarte Säle notwendig wurden. Das verstärkte den Eindruck, daß der NSDAP die Massen unaufhaltsam zuströmten. SA-Trupps, die an den Rednerbühnen aufzogen, suggerierten ein Bild von Jugendlichkeit, Kraft und Geschlossenheit und standen bereit, jeden Zwischenrufer aus dem Saal zu prügeln. Systematisch bearbeitete die Nazipartei die Bevölkerung der Kleinstädte und des platten Landes, wobei sie den Umstand ausnutzen konnte, daß die Arbeiterparteien in der Bauernschaft nur schwache Positionen besaßen. Sie schickte geübte Parteiredner in diese Gebiete und ließ sie dort ein sicheres Gefühl dafür gewinnen, welche Parolen bei ihrer Zuhörerschaft Zustimmung hervorriefen. Am Tage der Versammlung rückten dann zu Fuß, per Fahrrad oder in Lastwagen SA-Kolonnen aus dem Umkreis heran, die den Demagogen – wie es in einer ministeriellen Analyse hieß – „schon durch ihre Anwesenheit einen beachtlichen Rückhalt" gaben. Sie halfen die Säle füllen, übten den Versammlungsschutz aus, lockten Sympathisierende und Neugierige an und gewannen durch ihre Aufmärsche in Uniform vornehmlich die jüngere Ortsbevölkerung. Wenn die Nazitrupps abzogen, hatten sie in den Gemeinden meistens eine Ortsgruppe oder wenigstens einige Vertrauensleute gewonnen.[19]

Kurz vor Beginn des Wahlkampfes brachen in der NSDAP schwelende innere Gegensätze auf. Eine Gruppe, deren Führer Otto Strasser und deren Sprachrohr die Presse des Kampf-Verlages war, widersetzte sich der legalen Taktik und gab sich betont „sozialistisch" und „revolutionär". Sie, nicht weniger antikommunistisch als die Münchener Führung, kritisierte, daß die NSDAP sich immer einseitiger „gegen den Marxismus" richte, und wandte sich gegen die „Verbürgerlichung" und „Verbonzung der Partei".[20] Derartige Äußerungen drohten die Anziehungskraft zu paralysieren, welche die NSDAP auf Kreise des Monopolkapitals und des Großgrundbesitzes zunehmend ausübte, und konnten obendrein zum Verbot der Partei führen.

Mitte 1930 war die Bereinigung der Situation unaufschiebbar geworden. Legalitäts- oder Putschtaktik, Ausrichtung der Demagogie vor allem auf die kleinbürgerlichen oder auf die proletarischen Massen – so lauteten, verkürzt und vereinfacht – die Differenzen, zu deren Beseitigung sich Hitler mit Otto Strasser mehrfach traf. Anfang Juli

trennte sich die Strasser-Gruppe von der Nazipartei und verkündete: „Die Sozialisten verlassen die NSDAP". Die NSDAP-Presse Berlins, des Zentrums der Auseinandersetzungen, drohte den Sympathisanten des Strasser-Kurses: „Wer sich nicht einordnen will, wird eben hinausgefeuert."[21] Und da die Meinungsverschiedenheiten über den Weg an die Macht auch Ausbildung und Einsatz der SA betrafen, wurde an deren Führer, die noch immer mit dem Gedanken an einen Gewaltstreich spielten – zu ihnen gehörte Hauptmann a. D. Walter Stennes, dem alle Braununiformierten ostwärts der Elbelinie unterstanden –, die Warnung adressiert: „Wir denken nicht daran, unsere herrliche SA ... gegen Reichswehr und Polizei in sinnlosen Barrikadenkämpfen verbluten zu lassen."[22]

Der Kreis um Otto Strasser, der sich in einer neuen Organisation zusammenschloß, die sich „Kampfgemeinschaft Revolutionärer Nationalsozialisten" und seit 1931 „Schwarze Front" nannte, blieb auf Stützpunkte in Nord- und Mitteldeutschland beschränkt und hatte Schwierigkeiten, sich von der Hitlerrichtung programmatisch abzugrenzen, war er doch nicht weniger rassistisch und extrem nationalistisch wie diese.

Insgesamt konnte die NSDAP aus der Auseinandersetzung mit Otto Strasser, dessen Bruder Gregor in der Nazipartei weiter aufstieg, sogar einen gewissen Nutzen ziehen. Treffend charakterisierte Ernst Thälmann: „Der Hinauswurf der sogenannten linken Opposition aus der faschistischen Partei war eine Ergebenheitskundgebung Hitlers an das Kapital, ein Bekenntnis, daß alle soziale Demagogie der Faschisten nur zur Verschleierung ihrer Dienste für das Unternehmertum bestimmt ist."[23] Die faschistische Führung hatte ihre Verläßlichkeit durch eine weitere Tat bekundet. Das kam vor allem dem Ansehen Hitlers zugute. Bezweifelt wurde lediglich, ob die Parteispitze die demagogisch formierten Massen auch in allen künftigen Fällen würde beherrschen und lenken können, denn es war abzusehen, daß der Konflikt zwischen dem kapitalistischen Klassenwesen und dem kleinbürgerlichen Massenanhang eine Begleiterscheinung des Faschismus bleiben würde.

Seit dem erneuten und bedrohlichen Anwachsen des Faschismus in Deutschland hatte die KPD ihre Anstrengungen vermehrt, „die Massen gegen die faschistischen Pläne und Anschläge der Bourgeoisie, gegen die Terrorbanden der braunen Mordpest, gegen die nationalsozialistischen Hilfstruppen des deutschen Unternehmertums und des internationalen Finanzkapitals" zu sammeln.[24] Die KPD sah bereits im

Ausgang der Landtagswahlen in Sachsen den Beweis, daß viele werktätige Wähler den alten bürgerlichen Parteien die weitere Gefolgschaft aufkündigten und zu den Nationalsozialisten überliefen. Sie erblickte darin eine Warnung, die indessen auch in den Reihen der Kommunisten vielfach noch nicht verstanden wurde.[25] Die wehrhafte Auseinandersetzung mit den Faschistentrupps mußte durch die ideologisch-politische Bloßstellung des Nationalsozialismus als einer doppelten Lüge ergänzt werden. Mitte Juni 1930 veröffentlichte das Zentralkomitee der KPD eine Resolution über den Kampf der Partei gegen den Faschismus, die den antifaschistischen Abwehrkampf in das revolutionäre Programm strategisch einordnete und zugleich Fragen der Taktik behandelte. Allen Parteimitgliedern den Ernst der Lage vor Augen führend, kennzeichnete der Beschluß das Ziel der faschistischen Bewegung, die offene Diktatur aufzurichten, die gesamte Arbeiterbewegung blutig zu zerschmettern und das Volk einem Regime des weißen Terrors, der Standgerichte und des Meuchelmordes zu unterwerfen. Ernst Thälmann nannte die Hitlerpartei in einer Wahlkampfrede in Hamburg „das gefährlichste und schmutzigste Werkzeug des deutschen Finanzkapitals".[26]

Am 24. August 1930 veröffentlichte das Zentralkomitee der KPD eine „Programmerklärung zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes". In ihr wurde die Demagogie des deutschen Faschismus einer vernichtenden Kritik unterzogen und der Faschismus, der sich als Retter der Nation aufspielte, als die Kraft entlarvt, von der dem deutschen Volke eine Katastrophe drohe. Gegenüber dem Versuch der Nazis, die Volksmassen mit chauvinistischen Parolen von den Ursachen ihres Elends abzulenken, machte die KPD deutlich, daß der Hauptfeind nach wie vor im eigenen Land stehe und die deutschen Kapitalisten den Werktätigen mit der Errichtung der faschistischen Diktatur alles nehmen wollten, was sie von den Errungenschaften der Novemberrevolution noch hatten bewahren können. Die Abwendung all dieser Gefahren bestehe im Kampf der Arbeiterklasse für die Aufrichtung ihrer Diktatur.[27]

Der 14. September 1930 brachte den Nazis einen spektakulären Wahlsieg. 6 379 672 Wähler stimmten für die NSDAP, die 18,3 Prozent aller abgegebenen Stimmen auf sich vereinte. Den höchsten Stimmenanteil verbuchte sie in Schleswig-Holstein, wo sie 27 Prozent errang. In Ostpreußen bedeuteten ihre 22,5 Prozent die relative Mehrheit. Weit unter dem Reichsdurchschnitt lagen die Ergebnisse der

NSDAP in den industriellen Zentren und in Gebieten mit katholischer Bevölkerung. So erhielten die Nazis in den Wahlkreisen Württemberg 9,4, Oppeln in Oberschlesien 9,5 und Berlin 12,8 Prozent der Stimmen. In der Reichshauptstadt war die KPD zur wählerstärksten Partei geworden. Insgesamt hatten die Arbeiterparteien, von denen die KPD mehr als 1,3 Millionen Stimmen gewann, die SPD nahezu 600 000 Stimmen verlor, zusammen einen relativ geringeren Teil des Volkes mobilisiert als 1928.

Trotz ihres Erfolges besaßen die Faschistenführer, die jetzt an der Spitze der wählerstärksten Bourgeoispartei standen, keine Aussicht, in die Regierung eintreten oder sie gar führen zu können. Die Mehrheit der Finanzkapitalisten und Großgrundbesitzer stützte Brüning weiter und lehnte das „Experiment Hitler" noch ab.

Hitler konnte auf einer Siegeskundgebung in München keine bestimmten Erwartungen nähren. Er warnte seine Anhänger auch davor, den Wahlsieg gewaltsam ausbeuten zu wollen. Das Ziel heiße „nicht Putsch, sondern Revolution der deutschen Seele, Eroberung des deutschen Menschen. Die Abrechnung mit den Verführern überlassen wir dann dem souveränen deutschen Volk".[28]

Weniger politisches Augenmaß für den Wert des Wahlergebnisses zeigte Goebbels während einer Rede im Berliner Sportpalast. Er forderte im Reich die Ämter des Innen- und des Wehrministers und verlangte nach Neuwahlen in Preußen und auch dort das Innenministerium und das Berliner Polizeipräsidium für die NSDAP. Diese Ansprüche deuteten darauf hin, daß sich die Reichsleitung der NSDAP intern darüber einig geworden war, die Aufrichtung der faschistischen Diktatur auf von ihr beherrschte Schlüsselstellungen der repressiven Staatsgewalt zu stützen. Fortan fehlte jedenfalls, wenn es um die Bedingungen faschistischer Regierungsbeteiligung ging, die Forderung nach den Innenministerien nicht mehr. Bereits zehn Tage später schrieb der Berliner Gauleiter kleinlaut: „Was nun werden soll? Wir wissen es nicht, und wahrscheinlich weiß es noch niemand. Wir lassen die Dinge an uns herankommen."[29] Da innerhalb der Mitgliedschaft gefragt wurde, ob die Naziführer das Bündnis mit den Deutschnationalen erneuern würden, versicherte Goebbels, die NSDAP bleibe radikal. Die Parteizentrale ließ erklären, es werde auch keine Fraktionsgemeinschaft mit der Partei Hugenbergs geben.[30]

Obwohl der faschistische Wahlerfolg den Bestand der Regierung Brüning noch nicht gefährden konnte, brachte er ihr außenpolitische

Schwierigkeiten. In Paris, London, Washington und anderen Zentren des internationalen Kapitals wurde befürchtet, daß es zu einem faschistischen Putsch kommen, eine Regierung Hitler den Versailler Vertrag brechen und auch alle anderen finanziellen Verbindlichkeiten ignorieren könnte. Diese Besorgnisse beeinträchtigten die wirtschafts- und finanzpolitischen Auslandsbeziehungen des Reiches. Regierung und Reichspräsident suchten zu beruhigen; in Deutschland existiere keine Umsturzgefahr, und obendrein stehe genug Macht bereit, ihr zu begegnen.

Auch die NSDAP-Führung besaß ein Interesse daran, daß die Partei den Ludergeruch des Putschismus vollends loswürde. Eine demonstrative Gelegenheit dazu ergab sich vor dem Leipziger Reichsgerichtshof, der Ende September/Anfang Oktober 1930 gegen drei ehemalige Reichswehroffiziere prozessierte, die in militärischen Einheiten sich aktiv für die NSDAP betätigt hatten. Hitler konnte als „Zeuge" eine zweistündige Rede über die angebliche vollkommene Legalität der nazifaschistischen Methoden und Ziele halten. Obwohl das Oberste Gericht der Weimarer Republik haufenweis Dokumente besaß, durch welche die illegale und hochverräterische Tätigkeit der NSDAP bewiesen wurden, ließen die Richter Hitler behaupten, seine gesamte Partei lehne eine gewaltsame Beseitigung der Verfassung ab und die SA sei ohne militärischen Charakter, waffenlos und lediglich als Schutztruppe gegen „links" bestimmt. Wenn in seiner Bewegung von „Revolution" gesprochen werde, dann sei nur ein geistiger Prozeß gemeint. Als Hitler darauf eine vielzitierte Stelle aus den „Nationalsozialistischen Briefen" vorgehalten wurde, wonach er selbst drohend angekündigt hatte, daß im Kampf Köpfe in den Sand rollen würden, gab der NSDAP-Führer dem die provokatorische Auslegung, der Henker werde erst nach dem Sieg im legalen Kampf und dann auf der Grundlage von Urteilen eines Staatsgerichtshofes in Aktion treten.[31]

Die radikal klingenden, politisch unaufgeklärten Schichten imponierenden Phrasen waren nicht preisgegeben, nun aber reichsgerichtlich als verfassungskonform anerkannt. Fortan konnten die Nazidemagogen blutige Abrechnung ankündigen und erklären, ihre Gefolgsleute sollten die Kinder Seiler lernen lassen, damit man im „Dritten Reich" ausreichend Galgenstricke habe – nur durften sie nicht vergessen, dem hinzuzufügen, daß alles strikt nach faschistischem Gesetz vor sich gehen werde. Die braunen Scharlatane konnten von der „Revolution" schwafeln und sich erforderlichenfalls auf den umstürzlerischen Geist heraus-

reden. Wilhelm Pieck, der den „Legalitätseid" in einer Reichstagsrede „eine einzige Reklame für die Hitlerpartei" nannte, traf den Kern der Sache.[32]

Nicht nur das Reichsgericht gab den Nazis zusätzliche Gelegenheit, sich ins Rampenlicht der politischen Szene zu stellen und für ihre Politik Reklame zu machen. Die Prozesse, die zumeist deutschnationale Richter wegen der fortgesetzten Verfassungsverletzungen durch Redner der NSDAP und wegen des gewalttätigen Vorgehens der SA führen mußten, ließen die Sympathien der bürgerlichen Justizbeamtenschaft für die rechten Gegner der Republik erkennen und wuchsen sich zu einem permanenten Justizskandal aus. Während Mitglieder der KPD, aber auch der SPD, des Reichsbanners und der freien Gewerkschaften mit aller Gesetzesschärfe verfolgt wurden, erblindeten Richter und Staatsanwälte des Weimarer Staates auf dem rechten Auge zusehends.

Hitlers „Legalitätseid" vor dem Reichsgericht besaß mehrere Adressaten, deren Haltung zur NSDAP für die faschistischen Pläne wichtig war. Die Absage an den Staatsstreich sollte anderen antirepublikanischen Parteien und Politikern die Bündniswilligkeit der NSDAP bezeugen. Der Reichswehrführung wollte Hitler vor den Schranken des Gerichts bedeuten, die NSDAP-Führung werde die Generalität nicht zwingen, die Armee innenpolitisch und gegen „rechts" zu verwenden. Und die in ihrem Denken völlig verbürgerlichten Führer der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften sollte das Bekenntnis zur Legalität darin bestärken, dem Faschismus mit parlamentarischen Mitteln zu begegnen, statt ihm die mächtigen politischen Organisationen der Arbeiterklasse entgegenzustellen.

Diese Rechnung ging auf, obwohl die Ernsthaftigkeit von Hitlers Erklärungen mitunter auch in bürgerlichen Kreisen angezweifelt wurde. Die Faschisten konnten es sich getrost gefallen lassen, daß jahrelang und bis nach dem 30. Januar 1933 darüber debattiert wurde, ob Hitler die Verfassung wirklich respektieren werde, ob seine Unterführer ihm dann noch folgen würden, ob Goebbels ein Putschist und Göring ein Legalist sei usw. Als ob es für das deutsche Volk nicht völlig belanglos sein würde, ob die Faschisten die Staatsmacht legal oder illegal ausgeliefert erhielten! Die Naziführer machten sich geradezu einen politischen Jux daraus, Ermittlungs- und Justizorgane, Politiker, Beamte und Journalisten immer aufs neue zum Rätselraten über die „wahren" Absichten der NSDAP zu verleiten. Die faschistischen Demagogen mischten Legalitätsschwüre mit verschwommen-geheimnisvollen An-

kündigungen über die Anwendung anderer Kampfmittel. So erklärte Göring: „Wir bekämpfen diesen Staat und das heutige System, weil wir ihn ausrotten wollen ... aber nur auf legalem Wege – für die langohrigen Kriminalbeamten! Wir hassen diesen Staat, so sagten wir ohne Republikschutzgesetz, unter dem Republikschutzgesetz sagen wir: Wir lieben ihn, und jeder weiß doch, was wir meinen."[33]

Der 14. September 1930 lenkte auch die Aufmerksamkeit der internationalen Bourgeoisie auf die faschistische Partei. Die Monopolpresse in den Gläubigerstaaten interessierte, wie sich ein Kabinett, an dem die NSDAP beteiligt sein würde, zu den Schulden Deutschlands stellen werde. Hitler nutzte dieses Interesse, um jenseits der Grenzen Widerstände gegen die NSDAP abzubauen und Förderer zu gewinnen. Die Naziführung legte sich ein spezielles Konzept für ihr demagogisches Auftreten gegenüber dem Ausland zurecht. Das gemeinsame antikommunistische Grundinteresse des internationalen Kapitals ausbeutend, erklärten die Naziführer, Deutschland werde entweder nationalsozialistisch oder „bolschewistisch" sein, und malten den westlichen Siegermächten die Situation, in der sie ein von Kommunisten regiertes Deutschland zum Nachbarn hätten, in den schwärzesten Farben. Während ausländische Kapitalisten bangten, durch eine proletarische Revolution ihre Investitionen und Kredite einzubüßen, ließ Hitler verlauten, die NSDAP bekenne sich zum „rechtsverbindlichen Charakter von Privatschulden, ganz gleich, aus welchem Anlaß sie aufgenommen worden sind".[34] Unmittelbar nach den Wahlen stellte er dem profaschistischen britischen Zeitungskapitalisten Lord Rothermere die NSDAP als eine Partei des Friedens, der Völkerversöhnung, ja selbst der Abrüstung vor. Frech beteuerte er einem französischen Politiker, die Nazis wünschten auch Freundschaft mit Frankreich und würden für internationale Beziehungen ohne Militärbündnisse eintreten.

Derartige Erklärungen sollten auch innenpolitisch wirken und den deutschen Monopolisten anzeigen, daß die Nazipartei die Politik der Revision des Versailler Vertrages mit Bedacht fortsetzen und deren bisherige Ergebnisse nicht leichtfertig aufs Spiel setzen werde. Hitlers autoritative Erläuterungen zur Innen- und zur Außenpolitik halfen den einflußstarken Förderern des Faschismus, die bereits für den Block rechtsextremer Parteien unter Einschluß der NSDAP warben, eine geneigtere Zuhörerschaft zu finden. Reichsbankpräsident a. D. Hjalmar Schacht griff im Dezember 1930 vor dem Wirtschaftsbeirat der BVP die These an, daß sich in Deutschland nicht gegen die Sozialdemokratie

regieren lasse, und postulierte demgegenüber, daß man dies auf die Dauer nicht gegen 20 Prozent NSDAP-Wähler tun könne.[35]

Als der Reichstag am 13. Oktober eröffnet wurde und 107 Abgeordnete im Braunhemd in den Sitzungssaal einzogen, randalierte die SA in der Berliner Innenstadt und zertrümmerte – so eine von Goebbels gegebene Losung verwirklichend, wonach die Judenfeindschaft sichtbarer herausgestellt werden müsse – in der Leipziger Straße die Einrichtungen jüdischer Geschäfte. Im Parlamentssaal aber zeigte sich die Bereitschaft der bürgerlichen Parteien, sich mit der NSDAP zu arrangieren. Der Faschist Stöhr wurde zum 1. Vizepräsidenten gewählt, Frick erhielt den Vorsitz im Außenpolitischen Ausschuß und Hans Frank den im Rechtsausschuß. Nicht Konfrontation, sondern Zusammenarbeit mit den Nazis lautete die Devise selbst der bürgerlichen Parteien, die vorerst noch Brüning stützten.

Die NSDAP-Fraktion nutzte die Eröffnungssitzung, um eine Serie demagogischer Anträge einzubringen, mit der sie den eigenen Anhängern ebenso imponieren wollte wie mit ihren dröhnend-theatralischen Auftritten. Als Gregor Strasser seine Rede zur Regierungserklärung beendet hatte, brachen die Nazis in „Deutschland-erwache"-Rufe aus. Radikalismus mimend, verließen sie den Plenarsaal, sobald ihnen etwas nicht paßte oder die Szene für sie politisch unergiebig oder gar gefährlich zu werden drohte. Schließlich suchten sie in den Wandelgängen Schlägereien zu provozieren.

Bald zeigte sich, daß der Einzug der NSDAP in das Parlament mit einer Fraktion, die aufgrund ihrer zahlenmäßigen Stärke Abstimmungen zu entscheiden vermochte, für die Faschisten keineswegs nur von Vorteil war. Das traf zu, wenn die Nazifraktion mit Rücksicht auf die kapitalistischen Förderer der NSDAP unpopulären Gesetzesvorlagen zuzustimmen hatte, wie beispielsweise der Erhöhung von Zöllen und Massensteuern. Auch die fruchtlosen Erörterungen über ihre Regierungsbeteiligung begannen der NSDAP zu schaden. Als die großbourgeoise „Deutsche Allgemeine Zeitung" am Jahresende 1930 fragte „Was halten Sie von einer Regierungsbeteiligung Hitlers?", reagierte der „Völkische Beobachter" darauf mit der grundsätzlichen Verlautbarung, künftig stehe nicht mehr zur Debatte, ob Hitler sich an der Regierung beteiligen dürfe, sondern mit wem er einst regieren werde.[36] Am 25. Januar 1931 sagte Frick während einer Rede in Kassel, die NSDAP hätte sich nach dem 14. September „mit den beiden Ministerien des Innern und der Reichswehr begnügt", heute aber for-

dere sie, „daß das Volk befragt werden muß, wie eine neue Regierung aussehen soll".[37] Damit war der Führungsanspruch der NSDAP formuliert und den großbürgerlichen Kräften eine Absage erteilt, die eine Einordnung der Nazis in den Brüning-Kurs erwartet hatten. Die Nazipartei, klagte die „Berliner Börsen-Zeitung" in einem Artikel unter der Überschrift „Nationalsozialismus am Scheidewege", hätte eine stärkere Rechtsorientierung der Reichspolitik herbeiführen können, statt Reichstagsanträge aus dem „vernunftwidrigen Wirtschaftsprogramm" einzubringen. Sie hätte sich, auch ohne Regierungspartei zu sein, an der antimarxistischen Einheitsfront beteiligen, sich für „innere Reformen" einsetzen und ihre praktische Politik von der Agitation trennen sollen. Unverblümt forderte das Blatt, die faschistische Führung müsse sich von Utopien lösen, das Parteiprogramm ändern und Artikel „wie z. B. die völlig sinnlose ‚Enteignung der Bank- und Börsenfürsten'" aufgeben. Wenn sich aber die NSDAP „sozialistisch mausere" und nicht auf dem „nationalen" Kurs bleibe, würde sich das Volk andere Führer suchen, denn – so die „Berliner Börsen-Zeitung" – das Volk hätte die nationale, nicht die sozialistische Partei gewählt.[38] Als Stöhr im Reichstag auf diese Strafpredigt erwiderte, die NSDAP hätte eine derartige Belehrung nicht nötig, erinnerte das großbürgerliche Organ an die Anfangsworte des Sprichworts „Wem nicht zu raten ist ..."[39] und überließ es den Naziführern, sich klarzumachen, daß dem auch nicht geholfen werden würde.

Die Kontroverse zeigte: auch diejenigen Kräfte der Bourgeoisie, welche die NSDAP nicht mit großgezogen hatten, waren schon bereit, die sozialdemokratische Stütze des Regimes gegen die faschistische auszutauschen, aber die Naziführer ließen sich die Bedingungen dieses Wechsels nicht diktieren. Sie suchten nach Wegen, Brüning zu stürzen, und hielten erneute Wahlen für geeignet, die Übergabe der Regierungsgewalt an Hitler vorzubereiten. Auf diesem Kurs war ihnen die Teilnahme ihrer Abgeordneten an den Reichstagssitzungen auf die Dauer nur hinderlich, denn sie hatten dort – obwohl das Parlament selten zusammentrat – für oder gegen eine Politik zu votieren, welche Kapital und Großgrundbesitz nach Kräften über die Krise half und die Volksmassen zahlen ließ. Die Münchener Zentrale entschied daher, daß die Fraktion das gefährliche Terrain fortan meiden solle. Am 10. Februar 1931 zogen die faschistischen Abgeordneten aus dem „Tributreichstag". Sie beschuldigten Regierung und Parlament, die NSDAP wider Recht und Gesetz von der Herrschaft fernzuhalten, behaupteten großspreche-

risch, die „Mehrheit des Volkes" sei „längst zur nationalsozialistischen Führung abgewandert", und forderten, das „Youngparlament" aufzulösen. Mit dem Bemerken, die braununiformierten Abgeordneten würden in den Reichstag zurückkehren, wenn sie „eine besonders tückische Maßnahme der volksfeindlichen Mehrheit" vereiteln könnten, hielt sich die faschistische Zentrale die Möglichkeit für eine taktische Wende offen.[40]

6. Kapitel

Formierung und Zerfall der Harzburger Front

Obwohl die Hauptbedingung faschistischer Machtübernahme, die Favorisierung und Förderung der NSDAP durch immer weitere und einflußstarke Kreise des Monopolkapitals, und ihre Voraussetzung, der wachsende Masseneinfluß des Faschismus, immer vollkommener realisiert wurden, kam die Naziführung 1931 auf dem Weg in die Wilhelmstraße, dem Sitz der Reichsregierung, nicht sichtbar voran. Das führte in der NSDAP erneut zu Auseinandersetzungen über den Legalitätskurs. Schon nach dem Auszug der Fraktion aus dem Reichstag hatte sich die NSDAP-Reichsleitung gegen das Aufleben putschistischer Tendenzen in der Partei gewandt. Röhm befahl der SA am 18. Februar, die Tugenden des „Ausharrens" und der „Disziplin" zu bewahren, denn „der Tag der Erfüllung" werde „auf gesetzlichem Wege und mit gesetzmäßiger Sicherheit" kommen. Hitler publizierte eine demagogische Warnung vor Provokateuren und verbot seinen Gefolgsleuten ausdrücklich „den Besitz von Waffen", denn das Handeln der NSDAP werde durch „unerschütterliche Gesetzlichkeit" bestimmt sein.[1] Als Hindenburg am 28. März die Notverordnung zur „Bekämpfung politischer Ausschreitungen" erließ, die das Demonstrations- und Koalitionsrecht sowie die Pressefreiheit einschränkte, verlangte Hitler von seinen Anhängern, dieses Gesetz strikt einzuhalten. Wer dagegen bewußt verstoße, habe Parteiausschluß zu erwarten.[2]

Derartige Verlautbarungen dienten der Rückversicherung. Bei Bedarf konnten sie Richterkollegien als Beweis für den legalen Parteikurs vorgelegt werden. Faktisch behielt die Taktik der permanenten politischen und auch gewalttätigen Provokation in der Nazipartei ihren festen Platz. Eine von der Sozialdemokratie zusammengestellte Denkschrift „Gewalttaten der Nationalsozialisten" verzeichnete für 1930 und 1931 1 484 faschistische Gewaltakte, durch die 62 Menschen ge-

tötet und 3 200 verletzt worden waren.[3] Eine antikommunistische und antisowjetische Aktion löste die andere ab. Nazis zettelten in Würzburg Krawalle gegen das Auftreten des Moskauer Jüdischen Theaters an. Sie randalierten gegen die Aufführung sowjetischer Filme wie S. M. Eisensteins „Panzerkreuzer Potemkin" und der „Weg ins Leben" nach einem Roman von A. S. Makarenko, wobei ihnen Stinkbomben und weiße Mäuse ebenso als Kampfmittel dienten wie Raufhändel mit Kinobesuchern. Sie verunglimpften den in den USA nach Erich Maria Remarques Roman gedrehten Film „Im Westen nichts Neues", der aus pazifistischer Sicht die Wahrheit über den imperialistischen Völkermord 1914–1918 bloßlegte, als „jüdisches Sudelwerk" und erzwangen gemeinsam mit anderen militaristischen Chauvins sein Verbot durch das Reichsinnenmisterium.

Das lautstarke, herausfordernde Treiben und selbst das brutale Vorgehen der Faschisten auf Straßen und Plätzen dienten der Einschüchterung, Verängstigung und Ausschaltung ihrer Gegner und war zugleich Werbemethode, mit der die NSDAP sich als die „starke Partei" und ihren Führer Hitler als den „starken Mann" präsentierte. Vorübung für eine Entscheidungsschlacht im konterrevolutionären Bürgerkrieg gegen den Weimarer Staat war dieser Terror, was immer auch die SA-Schläger glauben mochten, jedoch nicht. Auch als die Bürgerblockregierung in Thüringen zerfiel und die NSDAP dort ihren einzigen Ministerposten verlor, was die „Deutsche Allgemeine Zeitung" dem mangelnden Augenmaß der Nazis im Weimarer Kabinett zuschrieb, hielten Hitler, Strasser, Göring, Goebbels und Röhm am Legalitätskurs fest. Hitler nutzte im Mai 1931 einen Prozeß gegen eine seiner brutalen Schlägergruppen vor einem Berliner Gericht, um seine Legalitätstreue erneut zu bekunden.[4] Goebbels bezeichnete es in einem „Die Legalität" überschriebenen Artikel als „aberwitzig ... auf putschistische Weise an der gegenwärtigen Situation etwas ändern zu wollen". Gleichen Tages behauptete er, der wegen seines Wortradikalismus in großbürgerlichen Kreisen noch immer als Anhänger reaktionären politischen Abenteurertums und als Hitlers Gegenspieler in taktischen Fragen galt, in einem an das Landgericht II in Berlin – Moabit gerichteten Brief, das Wort „Revolution" stets nur in einem geistigen Sinne gebraucht zu haben.[5]

Im Einklang mit dem Legalitätskonzept enthielten Presseartikel führender Faschisten versteckte Koalitionsangebote an andere bürgerliche Parteien, die freilich an Bedingungen geknüpft wurden, welche

den potentiellen Partnern vorerst noch als indiskutabel und größenwahnsinnig erschienen. Reichsorganisationsleiter Gregor Strasser hielt eine breite Front bourgeoiser Parteien für möglich und meinte, daß sich die NSDAP mit einer noch weiter nach rechts rückenden katholischen Partei ebenso würde verbünden können wie mit den katholischen Kirchenfürsten, die gegenwärtig den Laien noch untersagten, sich der NSDAP als Mitglieder anzuschließen. Dieser Annäherungsprozeß, der namentlich unter jugendlichen Mitgliedern der Zentrumspartei auf Ablehnung stieß, würde jedoch Zeit und die NSDAP-Mitgliedschaft folglich Geduld brauchen.[6]

Die konsequente Anwendung der Legalitätstaktik und der Kurs auf Bündnisse mit anderen reaktionären Kräften erhöhte für die NSDAP die Bedeutung der Mitglieder- und Wählermassen. Die NSDAP-Reichsleitung hatte bereits den Wahlerfolg vom September 1930 ausgenutzt, um die Nazipartei auch nach ihrer Mitgliederzahl und ihrem inneren Organisationsgrad zur stärksten bürgerlichen Partei zu machen. Hitler rühmte sich an der Jahreswende 1930/31, die NSDAP habe allein im Dezember insgesamt 27 000 Menschen neu aufgenommen; ihre Mitgliederzahl wurde von Hitler im Januar 1931 während einer Rede in Oberstaufen (Allgäu) mit 389 000 angegeben. Verschiedene regionale Parteiorganisationen vergrößerten sich 1930 um ein Mehrfaches. Beispielhaft mag das die Entwicklung des NSDAP-Gaus Ostmark verdeutlichen, worunter ein ausgedehntes, meist ländliches und kleinstädtisches Gebiet zwischen Ostpommern und Niederschlesien mit den Städten Schneidemühl, Frankfurt/Oder, Guben und Cottbus verstanden wurde, das 27 000 km^2 umfaßte. In ihm wohnten 1 625 015 Einwohner, von denen 1 084 677 wahlberechtigt waren.[7] In diesem Territorium besaß die NSDAP Anfang 1930 nur 1 700 Mitglieder, Ende Juni 1930 hatte sie rund 5 100 Nazis in 150 Ortsgruppen organisiert, und am Jahresende rechnete sie mit 9 500 eingeschriebenen Anhängern. Obwohl für den September 1930 Zahlen nicht vorliegen, wird man annehmen können, daß weniger als ein Prozent faschistisch organisierter Wahlberechtigter mehr als 20 Prozent der Wählerschaft dahin brachte, der NSDAP ihre Stimme zu geben. Aus dieser Mitglieder-Wähler-Relation läßt sich eine ungefähre Vorstellung davon gewinnen, in welchem Maße die NSDAP-Führung die Ortsgruppen antrieb und ihre organisierten Gefolgsleute zu unausgesetztem Einsatz für die Parteizwecke anstachelte. Nur dadurch war die Nazipartei beispielsweise in ihrem Gau Ostmark allein während des Reichstagswahlkamp-

fes 1930 imstande, 2 300 000 Flugblätter, Klebezettel und Wahlplakate bis in entlegene Dörfer und Winkel zu bringen.[8]

Anfang 1931 stellte sich die faschistische Führung die Frage, ob sie das quantitative Wachstum weiter forcieren solle. Einerseits stieg mit der vergrößerten Mitgliedermasse der Einfluß der Partei und ihr politischer Kurswert für den deutschen Imperialismus an, andererseits wuchs die Sorge der NSDAP-Führer, ob die sich aufblähende Organisation beherrscht werden könne. So tief die Verachtung dieser Führer gegenüber dem Volke war, fürchteten sie doch, daß die Herbeigelockten unwillkommene Aktivitäten entwickeln würden, die auf das Verhältnis von NSDAP-Reichsleitung und herrschender Klasse negativ zurückwirken konnten. Wie vor ähnlichen früheren und späteren Entscheidungen, bei denen Erfolg und Mißerfolg auf der Waagschale lagen, schwankte Hitler lange, bis er auseinandersetzte, einer Organisation drohe dann die größte Gefahr, wenn ihr Mitgliederbestand abnorm ansteige, weil daraus innere Uneinigkeit und Spaltung erwüchsen.[9] Diese akademisch gehaltene Erörterung blieb jedoch folgenlos. Eine Sperre gegen Neuaufnahmen, die Hitler für den Erfolgsfall als unumgänglich bezeichnete, wurde von der NSDAP nicht verkündet, und gegen eine Eintrittsgebühr von 2 RM konnte sich ihr jeder anschließen. Anfang Mai besaß die Partei, ihren eigenen Angaben zufolge, nach 40 000 Aufnahmen im Monat April nun mehr als 500 000 Mitglieder.[10]

Dieses Wachstum und die Erklärungen faschistischer Führer, wonach die Partei „vor der Sturmausgangsstellung" und „kurz vor dem Endsiege" stünde[11], ließen Erwartungen auf die Machtübertragung hochschnellen und richteten das Interesse in den Reihen der NSDAP verstärkt auf programmatische Fragen. Unterführer wurden von den Mitgliedern gedrängt, über die ersten Schritte der Regierung Hitler zu sprechen und zu erklären, wie der Zins abgeschafft, die Arbeitslosigkeit beseitigt, die Arbeiter am Gewinn beteiligt würden usf. Demgegenüber bewahrten Hitler und die anderen Oberführer die Haltung der Sphinx. Unbestimmt und ausweichend hatte Hitler schon 1929 verlauten lassen, daß die Gewinnbeteiligung „wie jede wirtschaftliche Angelegenheit von tausend praktischen Belangen bestimmt" sein werde.[12] Goebbels dozierte, die NSDAP bekämpfe nicht das Kapital, sondern lediglich dessen Mißbrauch, der Kapitalismus heiße. Gregor Strasser schrieb, die lästigen Fragesteller generell abweisend, die Reichsleitung der NSDAP besitze Vorarbeiten, nach denen sie den

künftigen faschistischen Staat errichten werde, wolle sie dem Volke aber erst bekanntgeben, wenn die Partei imstande sei, „sie von der Basis eines nutzlosen Palavers zu der Entscheidung von Gesetzen emporzuheben".[13] Es wurde weder ein Katechismus noch ein Handbuch faschistischer Wirtschaftspolitik herausgegeben, an deren Ausarbeitung in der Münchener Organisationsabteilung II, die sich unter der Leitung Konstantin Hierls mit strategischen Fragen befassen sollte, zeitweilig wohl gedacht war. Auch das Manifest zu Wirtschaftsfragen, das Strasser im Frühjahr 1931 in Aussicht stellte, erschien nicht.[14] Indessen wurden die faschistischen Verlautbarungen über die Unantastbarkeit des Kapitals immer bestimmter, diejenigen über den „deutschen Sozialismus" und die Wirtschaftspolitik einer NSDAP-Regierung immer nebuloser. Sie schrumpften in die abgeschmackte Formel vom Ausgleich zwischen Kapital und Arbeit im angeblich höheren Interesse von Volk, Nation und Rasse zusammen.

Die Volksgemeinschaftsdemagogie besaß indessen eine schwache, weil überprüfbare Stelle, behaupteten die Naziführer doch, daß in ihrer Bewegung der Geist des kommenden „Dritten Reiches" bereits Gestalt annehme. In Wirklichkeit wuchs innerhalb der NSDAP-Mitgliedschaft der Unwille über den politischen und Lebensstil vieler höhergestellter Führer, die im Vorgefühl der Macht anmaßend, großspurig und herrschsüchtig auftraten. Um die Spannungen zwischen Führern und Mitgliedern zu mildern, bestimmte die NSDAP-Reichsleitung im Februar 1931, daß alle Parteigehälter um 30 Prozent gekürzt würden, in den Gauen niemand mehr als 500 RM verdienen dürfe und Abgeordnete 50 Prozent ihrer Diäten an die Parteikasse abzuführen hätten. Parteiredner, denen die Ortsgruppen z. T. beträchtliche Honorare, Reisekosten und Spesen hatten zahlen müssen, sollten künftig nur noch ihre Unkosten erstattet bekommen. Von Hitler wurde auch bei diesem Anlaß das Bild äußerster Bescheidenheit kolportiert: der „Führer" bezahle seine Reisen aus seinen Einkünften als „Schriftsteller", und die Gauleiter hätten dies künftig ebenfalls zu tun.[15]

Das innerorganisatorische Führungsproblem Nr. 1 blieb die SA, deren Reihen mit dem Zustrom zur Faschistenpartei anwuchsen, denn jedes diensttaugliche Mitglied hatte sich ihr anzuschließen. Da die SA wie keine andere Organisation die Nazipartei repräsentierte, hing es wesentlich von ihrem Verhalten ab, welches Bild sich die Bourgeoisie vom Hitlerfaschismus und seinen Führern machte. Einerseits hatte der Reichstagswahlkampf 1930 die vielseitige Verwendbarkeit der para-

militärischen Verbände im Kampf gegen die Arbeiterklasse bewiesen, die politische Gegner terrorisiert, durch Aufmärsche geworben, in den entlegensten Dorfflecken Plakate geklebt, Flugblätter verteilt, Losungen gemalt und so den „inneren Idealismus" der Braununiformierten zur Schau gestellt hatten. Andererseits ließ sich nicht übersehen, daß in ihren Reihen die Annäherung an andere Parteien, der Eintritt in Regierungskoalitionen und die Legalitätseide mißtrauisch betrachtet, abgelehnt und teils als Verrat an der „Revolution" bewertet wurden. Das Erscheinungsbild dieser Unzufriedenheit schillerte bunt. Die SA rivalisierte mit anderen Naziorganisationen, Parteileiter und SA-Führer beneideten und befehdeten sich, stritten um die Anteile an der Parteikasse und haderten wegen des Anteils an Erfolgen oder der Verantwortung für Mißerfolge. In die Meinungsverschiedenheiten spielte auch bereits die Frage nach dem Platz der SA im „Dritten Reich" hinein.

Im Spätsommer 1930 hatten sich die Probleme mit der schwierigen Organisation schon einmal für kurze Zeit dramatisch zugespitzt, als Berliner SA-Einheiten die Räume der Gauleitung besetzten. Der Oberste SA-Führer Franz Pfeffer von Salomon verließ nach vierjähriger Amtszeit seinen Posten und motivierte diesen Schritt damit, daß die Münchener Parteileitung der SA nicht „die moralische und materielle Unterstützung" gewährte, die er für erforderlich halte.[16] Die Rebellion in Berlin wurde unter Hitlers persönlicher Mitwirkung beendet, wozu die Erhöhung des Solds für die SA-Leute beitrug. Und anstelle von Pfeffer hatte Hitler am 2. September 1930 sich selbst an die Spitze von SA und SS gesetzt. Von deren Führern und Mitgliedern verlangte er erneut Treue und Gehorsam, und gleichzeitig ließ er die finanziellen Zuwendungen an die SA-Stäbe erhöhen.[17]

Faktisch stand seit Anfang 1931 Röhm mit dem Rang eines Stabschefs an der Spitze der SA, die sich unter seinem Kommando zur größten paramilitärischen Organisation im Weimarer Staat entwickelte. Sie zog Menschen aus den verschiedensten sozialen Schichten an, junge Männer aus dem Kleinbürgertum, dem neuen Mittelstand, der Studentenschaft und arbeitslose Akademiker. Auch junge Arbeiter, von der politischen oder gewerkschaftlichen proletarischen Bewegung nicht erreicht oder durch die Tatenlosigkeit reformistischer Führer abgestoßen, gerieten in die SA, um dort vermeintlich für die radikale Änderung der gesellschaftlichen Zustände zu kämpfen. Arbeitslosigkeit, Hunger und Kälte lockten junge Erwerbslose in die SA-Heime, die in zahlreichen Groß- und Mittelstädten eingerichtet wurden. Polizeiberichte

gaben einen Eindruck von ihrer Organisation und Arbeitsweise: Das in Magdeburg im Mai 1931 eröffnete SA-Heim bestand aus einem Aufenthalts- und einem mit 30 Schlafstellen eingerichteten Übernachtungsraum, in dem erwerbslose Nazis für eine gering bemessene Wochenmiete wohnen konnten. Eine Küche gab Mittagsmahlzeiten an die Einquartierten und andere Faschisten aus, wofür ein nach der jeweiligen sozialen Lage gestaffelter Betrag zu entrichten war. In Halle existierte eine SA-Küche in dem Gebäude, das auch die NSDAP-Gaugeschäftsstelle beherbergte. Ein erwerbsloser Faschist kochte hier Gerichte, die mittags und abends teils kostenlos, teils gegen geringes Entgelt verabreicht wurden.[18] Die NSDAP bemühte sich auch um Schankkonzessionen, um die Heime zu Anziehungspunkten zu machen, in denen die jungen SA-Leute dem tristen, vom Krisenelend geprägten und zerstörten Familienleben entrückt zu sein schienen. Das Zusammensein vermittelte ihnen die Illusion, einer großen Kameradschaft anzugehören und in ihr das eigene Schicksal wie das der Nation neuzugestalten. Den tatsächlichen Vorteil genossen die Parteizentralen und SA-Stäbe, die in den Konzentrationspunkten des SA-Dienstes ständig einsatzbereite und abrufbare Faschisten antrafen und über sie verfügen konnten.

Zu dieser SA entwickelte sich in der Bourgeoisie und unter ihren Politikern und Militärs ein zwiespältiges Verhältnis, das aus Beifall und furchtsamen Bedenken gebildet war. Jener entsprang dem martialischen Antikommunismus und Antisozialismus der SA und der Erwartung, daß sie eines Tages die Reichswehr rasch zum Massenheer auffüllen würde. Diese rührten aus der Ungewißheit, ob das geschichtlich beispiellose Experiment gelingen würde, in einem Staat, in dem eine hochorganisierte und revolutionären Traditionen verhaftete Arbeiterbewegung existierte, Millionen Kleinbürger gegen diese Bewegung paramilitärisch zu formieren. Leistete die SA nicht nur Vorarbeit für linke Kräfte? Und würde sich ihre Mannschaft, sobald sie den Betrug erkannte, nicht zu den wirklichen Revolutionären schlagen? Derartige Fragen, obwohl sie in erster Linie der SA galten, betrafen doch die Beurteilung der gesamten Nazipartei. Jedenfalls sollte das „Wertvolle“ in ihren Reihen erhalten und an der SA wie an der ganzen NSDAP Erziehungsarbeit geleistet werden. Sie galt in keiner Phase dem Terror gegen die Kommunisten, wiewohl sich bürgerliche Artigkeit formal von den Mordtaten distanzierte und die Brutalität des Kampfes beklagte. Sie richtete sich darauf, den Faschismus voll

und ganz auf die generellen und taktischen Bedürfnisse des Monopolkapitals festzulegen. Verbote, die SA-Uniform zu tragen oder zu demonstrieren, und selbst das kurzzeitige Gesamtverbot, das die SA im April 1932 traf, sollten disziplinieren, nicht vernichten. So unterschied sich die Politik nach rechts grundsätzlich vom Vorgehen des Weimarer Staates gegen die revolutionäre deutsche Arbeiterbewegung. Der Rote Frontkämpferbund, 1929 verboten, erhielt nie wieder die Möglichkeit legalen Wirkens.

Die immer wiederholte und später auch in die faschistischen Geschichtsbücher eingegangene Behauptung ihrer Führer, wonach die SA durch Verfolgungen ins „Dritte Reich" marschiert sei, ist eine Legende. Schon 1930 hatte Kurt Tucholsky die Situation mit den Worten charakterisiert: „Die Nazis terrorisieren viele kleine und manche Mittelstädte, und zwar tun sie dies mit der Miene von Leuten, die ungeheuer viel riskieren ... Sie sind aber durchaus legal, geduldet, offiziös. Und hier beginnt die Schuld der Republik: eine Blutschuld."[19] In diese Schuld waren sozialdemokratische Politiker und auch andere bürgerlich-republikanisch gesinnte Personen in Staatsstellungen verstrickt, die subjektiv ehrlich und entschlossen gegen die knüppelnden, stechenden und schießenden Sturmabteilungen des Faschismus vorgehen wollten, als Anhänger der Koalitionspolitik aber an bourgeoises Wohlwollen gegenüber dem Faschismus gekettet blieben. Was der NSDAP und namentlich ihrer SA an Widerstand entgegengesetzt wurde, brachte die deutsche Arbeiterklasse auf, in erster Linie die KPD. Sie kämpfte, wie Ernst Thälmann Januar 1931 auf einer Tagung des Zentralkomitees forderte, um jede Handbreit des Bodens, den der Faschismus zu erobern trachtete. Sie stellte den betrügerischen Versprechungen der NSDAP mit dem Bauernhilfsprogramm, dem Arbeitsbeschaffungsplan und einem Selbsthilfeprogramm der Angestellten und Beamten ihre Konzepte für die Gewinnung gerade jener Klassen und Schichten entgegen, um deren faschistische Formierung die extrem reaktionären Kräfte sich mit allen Mitteln der Demagogie bemühten.

So sehr die Mitgliederzahl der NSDAP 1931 sich vergrößerte, der eklatante Widerspruch zwischen dem Anspruch, Arbeiterpartei zu sein, und der sozialen Zusammensetzung ihrer Anhänger wurde dadurch nicht gemildert. Einige Faschistenführer meinten, man sollte sich mit dieser Tatsache zunächst abfinden. Frick erklärte: „Die Masse der Arbeiter werden wir zweifellos erst gewinnen, wenn wir im Besitz der Macht sind."[20] Damit aber konnten sich die Naziführer am wenigsten

zufrieden geben, die gerade in Zentren der Arbeiterbewegung Massen zu formieren suchten. Es war daher kein Zufall, daß zuerst in Berlin, wo jede Wahl noch die Einflußlosigkeit der Nazis in den Arbeiterbezirken demonstriert hatte, versucht wurde, direkt in die Betriebe einzudringen. Goebbels unterstützte die Initiative, Nazi-Betriebszellen zu schaffen, und die damit beauftragten faschistischen Unterführer strebten ihrerseits danach, daß ihre politische Arbeit von der NSDAP-Reichsleitung anerkannt und zu einem Prinzip nazistischer Organisationspolitik erklärt werde. Nichts zeigte den kapitalistischen Charakter der Faschistenpartei klarer als die Scheu der Münchener Zentrale, sich Kommunisten, Sozialdemokraten und freigewerkschaftlich organisierten Arbeitern in den Stätten des Arbeits- und Ausbeutungsprozesses direkt gegenüberzustellen. Denn hier mußte die NSDAP zu Arbeits- und Lohnbedingungen, Streiks und Aussperrungen Flagge zeigen. Zunächst ließ die faschistische Führung die Frage, ob eine Spezialorganisation der NSDAP für die Werbung und Tätigkeit unter Arbeitern geschaffen werden sollte, offen. Einerseits fürchtete sie, daß aus deren Existenz Komplikationen für die Beziehungen mit der Bourgeoisie sich ergeben könnten, andererseits aber wollte sie einen Teil der eigenen Mitgliedschaft nicht verprellen, und ließ daher die Nazis in den Betrieben zunächst lediglich gewähren.

Und die befürchteten Verwicklungen traten ein. Als im Oktober 1930 in Berlin ein von der KPD und der RGO geführter Metallarbeiterstreik ausbrach, mit dem etwa 130 000 Proletarier eine drastische Lohnsenkung bekämpften, konnte die NSDAP-Gauleitung um den Preis einer totalen Bloßstellung nicht umhin, den Kampf zu „billigen". Das tat auch der „Völkische Beobachter"; faschistischen Streikbrechern wurde der Parteiausschluß angedroht.[21] Dies trug der Naziführung die schärfste Kritik von seiten des Kapitals ein. Von ihr sei das Einrücken in die antimarxistische Front erwartet worden, schrieb die „Deutsche Tageszeitung" am 17. Oktober 1930, und nicht der Beitritt zu einer „marxistischen" Aktion. Die „Kreuzzeitung" vom 18. Oktober 1930 zieh die faschistischen Führer der „Katastrophenpolitik".

Um die Einflußnahme der NSDAP auf die Arbeiter in Fabriken einheitlich führen und gleichzeitig klassenkämpferische Aktionen unterbinden zu können, wurde seit Januar 1931 die NSBO aufgebaut. Mit 2 984 registrierten Anhängern begann sie kläglich genug und konnte bis Ende 1931, obwohl alle in Betrieben und Verwaltungen beschäftigten Nazis sich den Zellen einzugliedern hatten, nur knapp 40 000 Mit-

glieder rekrutieren. Obendrein erfaßte sie zumeist Nazis in öffentlichen Verwaltungen und staatlichen Dienststellen sowie Angehörige des mittleren und unteren technischen und kaufmännischen Betriebspersonals. Im Proletariat verfing selbst die spezielle NSBO-Demagogie insgesamt wenig. Die Organisation, die den „Betriebsmarxismus" brechen wollte, Auseinandersetzungen zwischen Kapital und Arbeit als Folge ausländischer Unterdrückung ausgab, für die Zukunft das einträchtige Zusammenwirken von Ausbeutern und Ausgebeuteten prophezeite, folglich Streiks im „Dritten Reich" als überflüssig hinstellte, blieb in der Betriebsarbeiterschaft auch 1932[22] ziemlich einflußlos, obwohl nach faschistischen Angaben inzwischen 8 600 Betriebszellen existierten, 16 050 NSBO-Amtswalter wirkten und ihr die Naziführung im Zeichen einer verstärkten Agitation unter den Arbeitern vor den Novemberwahlen eigene Uniformen und Fahnen zuerkannte.[23]

Aufwand und Ergebnis demagogischer Verführungskünste stellten sich für die NSDAP-Führung außerhalb des Proletariats ungleich günstiger dar. Wo Unzufriedenheit über das soziale Dasein mit politischer Rückständigkeit des Denkens zusammentraf, nationalistische Erziehung durch Schule, bürgerliche Parteien und Organisationen, in der kaiserlichen Armee und durch die Kirchen eine gewisse Vorarbeit bereits geleistet hatte, da blühte der Weizen der Faschisten. Das galt beispielsweise für die große Zahl der Kriegerwitwen und Kriegswaisen. Sie litten vielfach bittere Not, die sich in der Weltwirtschaftskrise unerträglich verschärfte. Um diese Kreise zu erfassen, errichtete die NSDAP-Reichsleitung ein Referat für Kriegsbeschädigte und gab seit Mitte 1931 eine Monatsschrift unter dem herausfordernden Titel „Der Dank des Vaterlandes" heraus. Versehrten und Hinterbliebenen von Kriegstoten wurde in Rechtssachen Rat erteilt und versprochen, das „Dritte Reich" werde die „Weltkriegshelden" und ihre Familien materiell und ideell hochachtungsvoll behandeln.[24]

Leichte Erfolge erreichte die faschistische Agitation auch unter Teilen der weiblichen Bevölkerung. Millionenweise waren Frauen durch Krieg, Kriegsfolgen und Inflation aus patriarchalischen Lebensverhältnissen gerissen und in den Arbeitsprozeß gestoßen worden, in dem sie meist mindere Arbeiten zu verrichten hatten und schlecht entlohnt wurden. Viele proletarische Frauen kämpften an der Seite ihrer Männer gegen Ausbeutung, Rechtlosigkeit und Entwürdigung. Den Frauen, die sich in die zerstörten Zustände zurücksehnten, versprachen die Faschisten, sie ihrer vermeintlich wahren Bestimmung, dem Haus, dem

Herd und der Kinderstube, zurückzugeben. Nicht wenigen Frauen aus bürgerlichen und kleinbürgerlichen Schichten imponierten die Nazis dadurch, daß sie sich als „Wahrer deutscher Sitte", Feinde der kapitalistischen Unterhaltungsindustrie und Streiter gegen Prostitution und Freikörperkultur aufspielten. Sie gaben vor, gegen die angebliche Entheiligung der natürlichen Gefühle „der deutschen Frau" zu kämpfen, die ursprünglich „sittenrein" und „zuchtvoll" gewesen sei, die aber durch „den Juden" entmoralisiert und verführt worden wäre. Diese Pose trug der NSDAP weibliche Wählerstimmen um so leichter ein, als die kapitalistische Gesellschaft mit Hilfe der Kirche, in Mädchenschulen und Frauenvereinen bürgerlich-reaktionäre Moralauffassungen tief verwurzelt und die Empfindungswelt vieler Frauen denaturiert hatte. Ungeachtet der Tatsache, daß die faschistischen Frauenorganisationen, die 1931 gegründete NSF, der seit 1928 existierende Frauenorden Rotes Hakenkreuz und der BDM im Organisationsgefüge nur eine untergeordnete Rolle spielten – was der von den Faschisten aufgegriffenen These von der „Politik als Männersache" entsprach –, wuchs die weibliche Anhängerschaft der Nazis rasch. Ähnlich wie die katholische Zentrumspartei profitierte die NSDAP von der sozialen und politischen Rückständigkeit vieler Frauen.

Die explosionsartige Entwicklung des faschistischen Massenanhangs ging auch 1931 vor allem auf Kosten anderer bürgerlichen Parteien und durch die Gewinnung junger Anhänger vor sich. Diesen Prozeß trieb die NSDAP-Reichsleitung unablässig voran. Für die Monate Mai und Juni wurde ein „Zweimonatsplan" verkündet, um weitere Mitglieder zu werben. Die NSDAP-Gauleitung in Berlin forderte, die Parteireihen während dieser Kampagne zu verdoppeln.[25] Ein Befehl an die Gauorganisation Köln-Aachen besagte: „Die Monate Juli und August müssen uns weiterhin bei der Eroberung der Volksmassen finden, da wir im kommenden Herbst kaum Gelegenheit haben werden, uns mit der Organisation pp. zu befassen. Die krisenhafte Zuspitzung der politischen Lage wird ganz andere größere Aufgaben an uns stellen."[26] Die Naziführer suggerierten den Anhängern, sie stünden, wie Goebbels schon im Frühjahr 1931 geschrieben hatte, „heute näher an der Macht als je"[27] und suchten diejenigen, die von der faschistischen Demagogie bereits eingefangen waren und nicht unter den Zuspätkommenden sein wollten, zum Parteieintritt zu drängen.

Woher nahmen die Faschistenführer die Zuversicht, daß entscheidende Kräfte des Monopolkapitals, führende Militärs und auch Hin-

denburg selbst die NSDAP schließlich als „Ordnungsfaktor" akzeptieren und ihr die Staatsmacht übergeben würden? Die NSDAP-Führer besaßen zu jener Zeit zur deutschen Hochfinanz bereits beständige Verbindungen. Sie verdichteten sich nicht nur an Zahl, sondern wurden, was die Themen der politischen Verständigung (Fragen der künftigen Innen- und Außenpolitik, der Taktik der Machtübernahme, der Parteifinanzierung) anbetraf, intimer und konkreter. Zu Jahresanfang 1931 hatte Hitler die Bekanntschaft des Reichsbankpräsidenten a. D. Hjalmar Schacht gemacht und mit ihm einen der beziehungsreichsten internationalen Finanzpolitiker kennengelernt. Schacht, selbst Nationalist, Revanchist und Chauvinist von reinem Wasser, gewann sogleich den Eindruck, daß sich mit Hitler zusammenarbeiten lasse.

Er setzte fortan seine Verbindungen nicht nur ein, um im deutschen und ausländischen Monopolkapital für die NSDAP zu werben, sondern um eine Gruppe reaktionärer Monopolisten zu formieren, die koordiniert zugunsten dieser Partei auftraten. Zugleich wurde der Reichsbankpräsident a. D. einer der programmatischen und taktischen Berater Hitlers und anderer Naziführer.

Doch Schacht war nur einer unter vielen. Hitler konferierte 1931 u. a. mit Edmund Stinnes, Vögler, Thyssen, der selbst die Mitgliedschaft der NSDAP erwarb. Hitler empfing Industrielle und Großagrarier in seinem exklusiven Arbeitszimmer im Münchener Parteipalais und besuchte die wichtigsten und einflußreichsten Gönner in deren Villen und auf deren Gütern. Wie Hitler führte jeder hochgestellte Faschist ein politisches Doppelleben. Das eine galt der Gewinnung und Verführung der Massen und bestand darin, Kundgebungen zu besuchen, Demonstrationen und Paraden abzunehmen, sich der Organisationsbürokratie zu widmen, und immer wieder zu reden, zu appellieren und zu „trommeln". Bei diesen Auftritten gaben sich Hitler und die Reichs- und Gauleiter volksverbunden, antibürgerlich, nicht selten plebejisch, ja rebellisch und „revolutionär". Das andere galt der Verdichtung der Beziehungen zwischen NSDAP und Kapital und war mit vertraulichen Gesprächen, geheimen Korrespondenzen, internen Konferenzen ausgefüllt, zu deren Teilnehmern Kapitalisten, bürgerliche Politiker und auch Militärs gehörten. Dabei suchten sie die herrschende Klasse von ihrer bürgerlichen Verläßlichkeit und der Unwandelbarkeit ihrer konterrevolutionären Positionen, von ihrem strategischen Weitblick und ihrem überlegenen taktischen Geschick und vor allem von ihrer Unersetzbarkeit in den inneren und äußeren Klassenkämpfen zu überzeu-

gen. Von diesen Aktivitäten war in der Nazipresse meist keine Rede. Was hätten Mitglieder und Wähler auch von einem Brief denken sollen, in dem der NSDAP-Gauleiter in Sachsen, Martin Mutschmann, einem Fabrikbesitzer offenherzig riet: „Lassen Sie sich doch nicht immer durch die Schlagworte ‚Nieder mit dem Kapitalismus!‘, die wir auf unsere Plakate schreiben, verwirren. Diese Schlagworte sind notwendig. Sie müssen wissen, mit der Losung ‚Deutschnational oder National‘ allein, würde es nie möglich sein, unser Ziel zu erreichen. Wir müssen die Sprache der verbitterten sozialistischen Arbeiter sprechen, sonst werden sich diese nie bei uns zu Hause fühlen. Aus diplomatischen Gründen können wir nicht mit unserem wirklichen Programm herauskommen, ohne dessen Durchführung von vornherein unmöglich zu machen."[28]

Oder was hätten die Mitglieder und Wähler von dem Gespräch halten sollen, das Hitler am 24. Januar 1931 mit Friedrich Svend Fürst Eulenburg-Hertefeld, dessen Herrensitz sich in Liebenberg/Mark befand, zu dem Zweck führte, deutschnationale Junker von der Unterstützung der Partei Hugenbergs abzubringen und für die Förderung seiner Partei zu gewinnen? Im Gegensatz zu allen Versprechungen, die seine Agitatoren den Kleinbauern, Halbproletariern und Gutsarbeitern tagaus und tagein machten, erklärte Hitler, seine Politik ziele „nie und nimmer auf eine Zerschlagung oder Enteignung größerer Güter" ab und schließe auch nicht die Absicht ein, „in breitem Umfange auf deutschem Boden zu siedeln". Faschistische Siedlungspolitik werde es erst geben, „wenn uns der entsprechende Raum zur Verfügung steht". Im Klartext hieß das: Landeroberung durch Krieg. Während des Zusammentreffens mit Eulenburg-Hertefeld, der von der DNVP zur Nazipartei konvertierte, und anderen Gesprächspartnern nahm Hitler auch zu Einwänden gegen seine politische Taktik Stellung. Sie sei ganz auf den Kampf gegen den „Marxismus" abgestimmt, den der Faschismus „rücksichtlos" und „ohne Erbarmen" und „auch mit den alleräußersten Mitteln" bekämpfe „bis zur völligen, endgültigen Vernichtung und Ausrottung".[29]

Die nachträglich erhobene Behauptung bürgerlicher Historiker und Politiker, die industriellen und großagrarischen Förderer des Faschismus hätten seine wahren Absichten und Ziele nicht gekannt und sich in den Naziführern geirrt, steht zu den geschichtlichen Tatsachen in krassem Widerspruch. Während die Masse der Kleinbürger, die Hitlers Partei wählten, auf Versprechungen hereinfiel, waren die ökono-

misch Mächtigen über das, was Mutschmann „unser wirkliches Programm“ nannte, durch maßgebliche Faschisten gut informiert.

In das Zentrum der Planungen extrem reaktionärer Kräfte trat 1931 mehr und mehr die Frage, wie die Positionen demokratischer und republikanischer Kräfte im Weimarer Staat weiter untergraben und der Abbau der verfassungsmäßigen Rechte und Freiheiten rascher vorangetrieben werden könnte. Dabei spielte das innenpolitische Kräfteverhältnis im Land Preußen eine besondere Rolle. In diesem größten Land des Weimarer Staates regierte ein Staatsministerium unter Führung des sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Otto Braun. Das Innenministerium, dem die an Zahl und Bewaffnung stärkste Landespolizei des Reiches unterstellt war, leitete der rechte Sozialdemokrat Carl Severing. Die Beseitigung der Regierung Braun und die Absicht, die Machtpositionen in Preußen selbst zu besetzen und von ihnen aus die Schlußattacke gegen die Reichsregierung zu unternehmen, beherrschte die deutschnationalen Ränke gegen die bürgerlich-parlamentarische Republik. Sie gerieten zu dem Plan, das Kabinett in Preußen über Volksbegehren und Volksentscheid zu stürzen. Dieser Angriff lag – wie jedes auf die reaktionäre Verschlechterung der politischen Zustände im Weimarer Staat gerichtete Unternehmen – objektiv auch im Interesse der Nazifaschisten.

Im Februar 1931 gab die Führung des Stahlhelm bekannt, daß sie die verfassungsmäßige Prozedur zum Sturz der preußischen Braun-Severing-Regierung eingeleitet habe. Dieser Entschluß kam der NSDAP-Führerschaft vor allem aus taktischen Gründen ungelegen, denn die Nazipartei kam derzeit ohne Zweckbündnisse mit bürgerlichen Parteien und Verbänden rascher voran und bedurfte der „Krükken anderer“ nicht.[30] Außerdem hatte die Kampagne gegen den Young-Plan die Grenzen gezeigt, mit dem verfassungsmäßigen Instrument des Volksbegehrens und Volksentscheides Machtverschiebungen herbeizuführen. Hitler sprach intern „von einer von vornherein verlorenen Schlacht“.[31] Andererseits aber konnte sich die Faschistenpartei nicht ständig als der schärfste Gegner des „Marxismus“ – das Wort benutzte die faschistische Demagogie als Sammelbegriff für Kommunisten, Sozialisten und Sozialdemokraten und selbst für bürgerliche Verteidiger parlamentarischer Zustände – herausstellen und nun an einem Angriff auf die bedeutendste staatliche Position der Sozialdemokratie nicht teilnehmen. Am 8. April rief Hitler daher die Nazis auf, sich in die Listen des Volksbegehrens einzuzeichnen.[32] Mit dem

Einsatz der Parteikräfte und dem finanziellen Aufwand hielt sich die NSDAP aber zurück. Der erwartete Fehlschlag der ganzen Aktion sollte nicht als ihre Niederlage erscheinen.[33]

Der Volksentscheid, der die sozialdemokratisch geführte Regierung in Preußen stürzen sollte, kam nicht zum Ziel. Die Mehrheit der Wähler beteiligte sich nicht an der Abstimmung. Insgesamt verlangten am 9. August 1931 nur knapp 10 Millionen Stimmberechtigte, das waren 36,8 Prozent, Landtagsneuwahlen. Damit war das Konzept der rechtsextremen bürgerlichen Parteien, den Einstieg in die Machtzentren des Reiches über Preußen zu nehmen, zwar zunächst gescheitert, aber keineswegs aufgegeben.

Um die Niederlage zu vertuschen, behauptete Goebbels, die NSDAP habe im Abstimmungskampf „mindestens sieben Millionen" Stimmen zusammengebracht.[34] Die NSDAP-Reichspressestelle ließ verlauten, daß in der Kampagne nur die DNVP „ungefähr gehalten" habe, „was man von ihr erwarten konnte", alle anderen Beteiligten hätten fast vollständig versagt.[35] Eine interne Information gestand die taktische Schlappe ein und kündigte die „Generalabrechnung" mit der Preußen-Regierung in einem Dreivierteljahr bei den turnusmäßigen Wahlen an.[36] Das faschistische Reichstagsmitglied Löpelmann rief den rechten Partnern des Volksentscheids nach: „Wir sind froh, daß wir euch ein für allemal los sind."[37] Mit dieser Äußerung lag er neben dem Münchener Parteikurs, denn NSDAP und DNVP schmiedeten bereits neue Pläne für den Sturz der Regierung, deren Stellung sich merklich verschlechterte.

Das ökonomische Desaster, der drohende Staatsbankrott und die zunehmende, wenn auch zumeist latente soziale Unruhe ließen die faschistische Führung hoffen, daß die Tage der Brüning-Regierung bereits gezählt wären. In der Tat verlangten einerseits Kreise des Großkapitals und des Großgrundbesitzes immer schärfere Maßnahmen, um die Krisenlasten auf die Massen abzuwälzen, während andererseits innerhalb der SPD die Auseinandersetzungen über die Haltung der Partei zur Reichsregierung und zu deren sozialreaktionärer und antidemokratischer Politik zunahmen. Innerhalb der SPD begann sich eine Opposition zu organisieren, die für die Beendigung der Taktik des „kleineren Übels" eintrat. Selbst diejenigen Mitglieder, welche sich nicht offen gegen die Tolerierung der Regierung Brüning stellten, folgten den rechten Führern doch immer widerwilliger. Die SPD verlor zusehends an innerer Geschlossenheit, und das bedeutete – vom bürger-

lichen Herrschaftsinteresse her gesehen –, daß ein Teil der Massenbasis des Regimes brüchig wurde. Während eine politische Fraktion des Monopolkapitals noch glaubte, daß auf die Hilfe revisionistischer Arbeiterführer und deren Einfluß unter den Werktätigen nicht verzichtet werden könnte, und deshalb dafür eintrat, diesen verbürgerlichten Führern einen gewissen taktischen Spielraum gegenüber der eigenen Mitgliedschaft zu belassen, hielt eine andere Fraktion die sozialdemokratische Stütze des kapitalistischen Herrschaftssystems für entbehrlich und durch die faschistische ersetzbar. Die rechten SPD-Führer aber spekulierten darauf, daß die auf den Faschismus bauende Fraktion der Monopolbourgeoisie sich nicht durchsetzen würde. Mehr noch: sie hofften, ihre eigene Position um so sicherer behaupten zu können, je stärker sie ihre Mitglieder und Wähler an den kapitalistischen Weimarer Staat und an jene bürgerlichen Parteien banden, die mit den Deutschnationalen und den Nazifaschisten lediglich rivalisierten. Dieser Kurs war für die Arbeiterklasse und das ganze deutsche Volk verhängnisvoll, denn er kettete ihr Geschick an Entwicklungen innerhalb der herrschenden Klasse, statt es auf eigene Kraft und selbständiges Handeln zu gründen.

Als im Juli 1931 mit der Darmstädter- und Nationalbank eines der renommierten Finanzunternehmen Deutschlands zusammenbrach, das Kabinett eingreifen und Bank- und Sparkassenfeiertage verordnen mußte, benutzten seine rechten Widersacher die Ereignisse nicht allein zu verbalen Attacken, bei denen sie objektive Wirkungen des kapitalistischen Zyklus in subjektives Versagen bürgerlicher Politiker verfälschten und so den Kapitalismus indirekt verteidigen halfen. Führer der NSDAP und der DNVP glaubten die Zeit gekommen, sich als Alternative zur Regierung Brüning anbieten und hervortreten zu können.

Am 9. Juli 1931, die Volksentscheidniederlage stand noch bevor, berieten die Führungsgruppen von NSDAP und DNVP das strategisch-taktische Konzept ihres weiteren Vorgehens. Die Verhandlungspartner, von seiten der Nazipartei nahmen Hitler, Göring und Frick teil, mußten allerdings davon ausgehen, daß der soeben verkündete einjährige Aufschub internationaler Zahlungen die Situation der Reichsregierung erleichtert hatte und ihr die Chance der Stabilisierung ließ.[38] Nichtsdestoweniger kamen sie überein, jetzt „den Entscheidungskampf zur Niederringung des heutigen Systems" einzuleiten.[39] Diesem Vorhaben standen vor allem konsequent antifaschistische Kräfte aus der Arbeiterklasse entgegen. Doch selbst bourgeoise Rechtskreise, die für den wei-

teren Abbau der bürgerlich-parlamentarischen Zustände eintraten – „Der Angriff" zieh sie der Schlappheit und Inkonsequenz in einem Augenblick, „wo die Entscheidung dicht bevorsteht" –, wollten die Nazipartei nach wie vor nicht am Staatsruder sehen und begannen, „mit einem etwas umgebildeten Kabinett Brüning zu sympathisieren".[40]

Der Faschist Löpelmann und viele mit ihm mußten sich der erneuten taktischen Wendung im Verhältnis der NSDAP zur Hugenberg-Partei und zum Stahlhelm anpassen, und manche hatten damit ihre Mühe. Dem Gauleiter von Brandenburg, Ernst Schlange, der sich öffentlich vom Stahlhelm abgegrenzt hatte[41], hielt Gregor Strasser ein politisches Privatissimum: „... die aktuelle politische Aufgabe, Sturz des Kabinetts, drängt und muß mit den Mitteln und Organisationen von Menschen durchgeführt werden, die gegenwärtig für diesen Zweck zur Verfügung stehen." Der Weg zu einer nationalsozialistischen Regierung werde unter diesen Umständen „über die Etappe eines sogenannten Rechtskabinetts" führen. „Ob uns das im einzelnen paßt oder nicht, spielt gar keine Rolle, die Hauptsache ist, daß wir unser erstes Ziel erreichen und dann später im Besitze der Macht an die Durchführung der Grundidee des Nationalsozialismus von einer viel stärkeren und mächtigeren Basis ausgehen." Das sei die von Hitler selbst festgelegte Politik der „nationalen Opposition".[42] Mit dieser demagogischen Kennzeichnung als „nationale Opposition" suchte sich die NSDAP als die einzige Gegenkraft zu allen anderen angeblich antinationalen Parteien herauszustellen, ihre Agitatoren benutzten den Begriff aber auch zeitweilig für das Bündnis von NSDAP und Deutschnationalen, und da diente er gleichfalls betrügerischen Zwecken.

In den Wochen nach der Juli-Konferenz nahm der Plan des gemeinsamen Vorgehens von NSDAP und DNVP bestimmtere Formen an. Nachdem Hitler und Hugenberg sich noch einmal im oberbayerischen Bad Kreuth getroffen hatten, erklärte Frick Anfang Oktober auf einer Kundgebung in Wuppertal, man werde sich zuerst zu einer machtvollen Demonstration treffen, danach in den Reichstag zurückkehren und Brüning mit parlamentarischen Mitteln stürzen.[43] Als Ort der beabsichtigten Demonstration wurde der exklusive Kurort Bad Harzburg gewählt, der zum Territorium des Ländchens Braunschweig gehörte, das eine zweiköpfige deutschnational-nationalsozialistische Koalitionsregierung besaß. Von dort, wo das Modell für das erstrebte Reichsregiment en miniature bereits existierte, sollte die „legale Kriegserklärung an

die Regierung Brüning" abgegeben werden.[44] Bevor es jedoch zu dem Treffen kam, das den Aspiranten auf die Staatsführung den Namen „Harzburger Front" einbrachte, begegnete Brüning seinen Kontrahenten mit einem Schachzug, der das Kabinett noch einmal festigte. Der Kanzler übernahm das Außenministerium selbst, übergab dem Reichswehrminister Wilhelm Groener kommissarisch auch das Innenministerium und nahm Hermann Warmbold, ein Vorstandsmitglied der IG Farben AG, des größten europäischen Chemietrusts, als Wirtschaftsminister in seine zweite Regierung.

Am 10. Oktober, einen Tag nach der Regierungsumbildung, wurde Hitler, den Göring begleitete, zum ersten Mal vom Reichspräsidenten empfangen. War diese Begegnung an sich bereits ein Zeichen dafür, daß imperialistische und großagrarische Kreise die Nazipartei als hof- und regierungsfähig ansahen, so konnte ihr Zeitpunkt – tags darauf sollte das Harzburger Treffen stattfinden – nur ausdrücken, wie wenig die Kamarilla um Hindenburg das Verhältnis zur „nationalen Opposition" zuzuspitzen wünschte. Offenkundig war das letzte Wort über die Regierungskonstellation mit dem zweiten Kabinett Brüning nicht gesprochen. Das unmittelbare Resultat der Audienz in der Wilhelmstraße bestand in einer Aufwertung Hitlers und der NSDAP gegenüber Hugenbergs und der DNVP. Der Führer der Nazis konnte sich nun erst recht als erster Anwärter auf die Führung der Staatsgeschäfte aufführen.

Das Harzburger Treffen symbolisierte die gewachsenen Verbindungen der NSDAP zu Monopolkapitalisten, Großagrariern und Militärs, nahmen doch an den Beratungen und Kundgebungen u. a. Aktionäre, Generaldirektoren und Direktoren aus dem Bergbau und Hüttenwesen, der Kali- und Werftindustrie und mit Schacht auch die Bankiers von Stauß, Regendanz, Lubarsch, Sogemeyer, die Schwerindustriellen Thyssen und Poensgen, die Generale Hans von Seeckt und Walther Freiherr von Lüttwitz, Hohenzollernprinz Eitel Friedrich von Preußen sowie Großagrarier und Reichslandbundpolitiker teil. Nach Reden Hugenbergs, Hitlers, der Stahlhelmvorsitzenden Seldte und Duesterberg, des Grafen Eberhard von Kalckreuth vom Reichslandbund, Schachts, des Vorsitzenden des Alldeutschen Verbandes, Heinrich Claß, und des Grafen Joachim von der Goltz für die Vereinigung vaterländischer Verbände Deutschlands ging die Kundgebung mit einer Proklamation zu Ende, in der Hindenburg beschworen wurde, „in letzter Stunde durch Berufung einer wirklich nationalen Regierung den rettenden Kurswechsel" herbeizuführen.[45]

Faktisch rechneten sich die Vertreter der „nationalen Opposition" eine doppelte Chance für die Machtübernahme aus: entweder, so hofften sie, würde der Reichspräsident Brüning einfach entlassen, oder es würde gelingen, in der unmittelbar bevorstehenden Reichstagssitzung die Regierung durch ein Mißtrauensvotum zu stürzen und Neuwahlen zu erzwingen, die bezeichnenderweise am 8. November, dem 8. Jahrestag des Münchener Putsches, stattfinden sollten. Obwohl die markigen Reden nur schlecht überdecken konnten, daß sich die beiden Hauptparteien der „nationalen Opposition" weder über Führung und Zusammensetzung des Kabinetts noch über dessen Programm einig geworden waren, signalisierte das Zustandekommen der Harzburger Front die Gefahr des Faschismus besonders eindringlich. Es zeichnete sich ab, daß herrschende Kreise die NSDAP-Führung und Hitler dazu drängten, die faschistische Diktatur in der Form einer Koalitionsregierung mit anderen rechten Parteien und Kräften bald zu errichten.

In der folgenden Sitzungswoche des Reichstages überstand die Regierung den Mißtrauensantrag von NSDAP und DNVP, da die Spekulation auf die Stimmen von Abgeordneten der kleineren bürgerlichen Parteien fehlschlug. Während Hugenberg auch nach der Abstimmungsniederlage für weiteres Kooperieren der Harzburger Frondeure eintrat, gingen die Naziführer gegenüber ihrem Partner und Rivalen augenblicklich wieder auf taktische Distanz. Schon eine Woche nach der Kundgebung im Harz ließen sie in Braunschweig 100 000 SA-Leute aufmarschieren, die in die Arbeiterviertel einfielen, drei Arbeiter töteten und 70 schwer verletzten. Diese blutige Demonstration, in einem Land veranstaltet, in dem die NSDAP mitregierte, machte wie ähnlich brutales Vorgehen in anderen Städten deutlich, gegen wen sich die paramilitärischen Verbände stets in erster Linie wenden würden und welche Aufgaben ihnen in einer faschistischen Diktatur zugedacht waren. Zugleich bekundete der Braunschweiger Aufmarsch den Führungsanspruch der NSDAP innerhalb der „nationalen Opposition".[46] Aus dem Treffen in Harzburg, erklärte Wagner in der Berliner „Neuen Welt", könne nicht geschlossen werden, „daß Hitler mit Hugenberg Hand in Hand gehe". Wiederum wurden die angeblich grundlegenden Differenzen zwischen NSDAP und DNVP „auf sozialem Gebiete" hervorgekehrt, wobei sich die Naziführung das Air des Fortschritts gab.[47] Als deutschnationale Blätter die Naziführer der Untreue bezichtigten und Meldungen über Verhandlungen zwischen der NSDAP und dem Zentrum verbreiteten, dementierte Hitler dies nicht

nur, sondern erklärte, das System werde durch die NSDAP und nicht durch die DNVP gestürzt werden. Wechselseitig beschuldigten sich die Harzburger Partner, am Zerfall der Front schuld zu sein.

Großbürgerliche Zeitungen mißbilligten offen, daß es wieder nicht gelungen war, die NSDAP an das Herrschaftssystem heranzuführen. „Je länger das nicht geschieht", schrieb die „Deutsche Allgemeine Zeitung" warnend, „desto radikaler der Wechsel, desto unübersehbarer die wirtschaftlichen Konsequenzen und die außenpolitischen Rückschläge". Mit Befriedigung zitierte der „Völkische Beobachter" am 28. Oktober 1931 diese Textstelle als weiteren Beweis für die Tatsache, daß die sich vertiefende Krise des bürgerlichen Staates nicht ohne die NSDAP ihre reaktionäre Lösung finden konnte.

Wie wenig die Staatsmacht der Weimarer Republik dem aufkommenden Faschismus entgegensetzte, offenbarte sich, als der Politischen Polizei im November Schriftstücke zugespielt wurden, die hessische Naziführer im „Boxheimer Hof" bei Worms beraten hatten und die zur Verwendung am Tage X bestimmt waren. Sie gaben authentischen Aufschluß über das Regime, das der regierende Faschismus nach der Machtübergabe aufrichten wollte. Widerstand sollte grundsätzlich mit dem Tode bestraft, Waffenbesitz durch Erschießen auf der Stelle geahndet, Streikende in öffentlichen Betrieben und Dienststellen sollten füsiliert und auch Verstöße gegen nazistische Notverordnungen in schweren Fällen mit Todesstrafe geahndet werden. In scharfen Konturen trat das blutige Bild hervor, das der faschistische Staat 14 Monate später bot.

Die Naziführung verstand sofort, daß diese Entdeckung die Legalität der NSDAP gefährden könnte. In Hitlers Auftrag ließ Göring am 26. November im Reichsinnenministerium protokollieren, die Münchener Zentrale habe erst durch die Presse von Existenz und Inhalt der Dokumente Kenntnis erhalten und betrachte sie als eine Privatarbeit, die von der Annahme eines siegreichen „kommunistischen Umsturzes" ausgegangen sei. Die Pläne wären durch die Entwicklung überholt.[48] Goebbels sprach gar von „viel Lärm um Nichts", nannte die Verfasser ein „paar harmlose Zeitgenossen" und phantasierte von einer Provokation, die auf das Verbot der NSDAP ziele.[49] Scheinheilig forderte Hitler SA und SS auf, sich nicht vom Feind aufputschen zu lassen. Ein Parteibefehl vom 9. Dezember verkündete, daß die legalen Vorbereitungen zur Übernahme der Macht von der NSDAP-Reichsleitung getroffen würden. Angesichts der laschen Reaktion der Justiz-

behörden wagte Hitler nichts, als er mit der Feststellung, Strenge nach der Machtübernahme sei selbstverständlich, sich zum Inhalt der Boxheimer Dokumente bekannte.[50] Lediglich aus taktischen Gründen wurden die Verfasser der Boxheimer Dokumente solange von jeder parteiamtlichen Tätigkeit entbunden, bis die Oberreichsanwaltschaft ihre Untersuchung beendet haben würde. Deren Verhalten aber war das eigentlich Charakteristische an der politischen Episode, denn widerstrebend nur ließ sich das oberste Reichsgericht überhaupt zu einer Untersuchung herbei. Für die Gesamtpartei wie für die unmittelbar beteiligten Nazis blieb die Entdeckung der Dokumente ohne juristische Folgen, und auch dies signalisierte, welche schwerwiegenden Folgen für den Weimarer Staat aus dem Umstand herrührten, daß im Staatsapparat selbst und namentlich in seinem Justizwesen ausgemachte Feinde der bürgerlich-parlamentarischen Republik dominierten, die nun den Nazifaschismus immer unverschämter begünstigten.

1931 hatte sich zwar die in Hitlers Neujahrsaufruf verheißene Wende nicht vollzogen, doch die Ankündigung, die Nazipartei werde eine Organisation aufbauen, „wie sie keine zweite Partei in Deutschland besitzt", war zielstrebig verwirklicht worden.[51] Alle bürgerlichen Parteien waren an Einfluß und organisatorischer Kraft weit überflügelt. Ein riesiger Parteiapparat, territorial gegliedert, nach sozialen und beruflichen Gruppen geordnet und den unterschiedlichsten Aufgaben angepaßt, überzog das Reichsgebiet. Am 31. Dezember wurden – nach faschistischer Verlautbarung – 806 000 Mitglieder in 32 Gauen, deren Grenzen sich im wesentlichen mit denen der 36 Reichstagswahlkreise deckten, erfaßt, und sie gehörten zu Kreisen, Bezirken und Ortsgruppen, welche in größeren Städten wiederum in Sektionen und Straßenzellen unterteilt waren.[52] Reichsorganisationsinspektor Robert Ley, bisher Gauleiter in Köln und nun in der Parteibürokratie neben Gregor Strasser an führender Stelle[53], sorgte dafür, daß die Gaue nach „einheitlichen Gesichtspunkten" geleitet und „Unstimmigkeiten innerhalb der politischen Organisation" beseitigt wurden. Um unliebsame Initiativen unterer Führer zu unterbinden, waren größere Tagungen und Aufmärsche bei der NSDAP-Reichsleitung fortan meldepflichtig.[54] In München arbeiteten seit dem 22. Oktober 1931 weitere Spezialabteilungen im Amtsbereich des Reichsorganisationsleiters II daran, den Übergang der NSDAP zur Staatspartei vorzubereiten. Feder leitete eine ingenieurtechnische, Hans Frank eine rechtspolitische, Helmut Nicolai eine innerpolitische Abteilung und Paul Schulz ein Amt für Arbeitsdienst.

In diesem Entwicklungsstadium des Weimarer Staates konnte nur der gemeinsame antifaschistische Abwehrkampf der vereinten Hitlergegner den weiteren Vormarsch der NSDAP aufhalten. Ihre Formierung aber hing wesentlich vom Verhältnis der beiden großen Arbeiterparteien zueinander und von ihrer Stellung gegenüber dem Faschismus ab. Tatsächlich bedrohte die Nazipartei KPD und SPD gleichermaßen. Würde die faschistische Diktatur errichtet, dann würde es auch mit den untauglichsten sozialreformistischen Plänen und Projekten zu Ende sein. Gregor Strasser schrieb offen, daß auch die „Zerschlagung der sozialdemokratischen Partei ... das Hauptgebot der Stunde" sei.[55] Doch die rechten Führer der SPD orientierten sich ganz darauf, den Reichspräsidenten, die Reichsregierung und den Staatsapparat gegen die NSDAP zu mobilisieren und verlangten von ihnen Abwehrmaßnahmen. Von der Annahme ausgehend, daß die faschistische Gefahr „keine dauernde sei" und der Damm gehalten werden müsse, bis die braune Sturmflut (dieses Bild verglich einen politischen Vorgang irreführend mit einem natürlichen Ereignis, dessen Kräfte sich von selbst erschöpften) abzuebben beginne, stellte die rechtssozialdemokratische Führung die Aufgabe, „unter Ausnutzung aller taktischen Möglichkeiten den uns heimischen Boden der demokratischen Legalität" zu verteidigen.[56] Der Gedanke, mit der KPD einen Weg erfolgreicher antifaschistischer Abwehrkämpfe zu suchen, lag außerhalb dieser angeblich „überlegenen Taktik". Zweifel an ihrem Erfolg, die in der eigenen Mitgliedschaft immer lauter wurden, bekämpfte der SPD-Parteivorstand vor allem mit antikommunistischer und antisowjetischer Demagogie. In ihr Zentrum trat die Behauptung, daß NSDAP und KPD, faschistische Diktatur und Diktatur der Arbeiterklasse nur zwei Seiten einer Sache, der „totalitären Herrschaft", wären. Mit dem reformistischen Demokratie-Diktatur-Schema, das sich auf die Auffassungen Karl Kautskys gründete, drängten die rechten Führer der SPD viele sozialdemokratische Arbeiter in eine Frontstellung „gegen rechts und links", „gegen Hitler und Thälmann" und damit gegen die eigenen Klassengenossen. Um den antikommunistischen Wall gegen die Arbeitereinheitsfront zu befestigen, nutzten die rechtssozialdemokratischen Führer jene sektiererischen Fehler kräftig aus, die von der KPD und der Komintern gemacht wurden. Die Politiker der SPD engten Begriff und Praxis der Einheitsfront auf die von ihnen geführten reformistischen Organisationen ein und suggerierten den Arbeitern und Angestellten in der SPD, im ADGB und im Reichsbanner, sie wären allein stark genug, dem

Faschismus Paroli zu bieten. Viele Proletarier glaubten ihren Führern auch, daß sie die Arbeiterklasse, wenn die Machtmittel des Staates „versagten", zur Selbsthilfe rufen würden. Gegenüber dieser leichtfertigen Selbstüberhebung betonte die KPD, daß nur äußerste Anstrengungen von Millionen Werktätiger die wachsende Gefahr der faschistischen Diktatur abwenden könnten. Sie handelte zugleich nach dem Grundsatz, daß die antifaschistische Abwehr täglich organisiert werden müsse, dauernde politische, ökonomische und ideologische Aktionen erfordere und sich nicht auf die Vorbereitung für eine einmalige Entscheidungsschlacht einzurichten habe. Der Kampf der KPD für die antifaschistische Aktionseinheit führte zu Teilerfolgen, und gemeinsame Aktionen gegen den Terror der Nazifaschisten ließen auch manche Mitglieder der SPD und der freien Gewerkschaften ihre antikommunistischen Vorurteile überwinden. Andererseits verstärkten die rechten sozialdemokratischen Führer, ihre Politik der Klassenzusammenarbeit mit Teilen der Bourgeoisie verteidigend, die Verleumdungen der Kommunistischen Partei, ihrer Politik und ihres Kampfes. Die rechtsopportunistisch befohlene ideologische und politische Einigelung der sozialdemokratischen Mitgliedschaft erwies sich als das stärkste Hindernis für die Anstrengungen der KPD, die Mitglieder der beiden großen Arbeiterparteien gemeinsam in den antifaschistischen Kampf zu führen.

Ende 1931 zeigte sich immer deutlicher, daß die Mobilisierung der Kräfte und Reserven des Faschismus und des Antifaschismus ungleich verlief und die extreme Reaktion einen Vorsprung gewann. Im „Angriff" schrieb Goebbels am 31. Dezember 1931: „Das Jahr 1932 liegt als große, niemals wiederkehrende Chance vor uns."

7. Kapitel

Vor den verschlossenen Toren der Wilhelmstraße

Das Jahr 1932 begann für die Werktätigen in der kapitalistischen Welt mit bitterster sozialer und menschlicher Not. Allein im Deutschen Reich waren 5 668 187 Arbeitslose amtlich registriert; ihre Unterstützungssätze sanken immer weiter unter das Existenzminimum. Viele Erwerbslose fielen mit ihren Familienangehörigen der öffentlichen Armenfürsorge anheim. Die Zahl der vernichteten oder aufs ärgste bedrohten kleinbürgerlichen Existenzen stieg weiter an. Junge Menschen konnten nach dem Schulabschluß weder Arbeits- noch Lehrstellen erhalten. Das Elend der alten, aus dem Arbeitsprozeß ausgeschiedenen Menschen wuchs. Die Selbstmorde nahmen zu. Dies alles war das Resultat der seit 1929 eingeschlagenen Politik, welche die Lasten der Krise auf die Massen wälzte, damit das deutsche Finanzkapital absolut möglichst wenig Einbuße erlitt und seine Stellung relativ gegenüber der ausländischen Konkurrenz ausbauen konnte.

Schon im Verlauf der Jahre 1930 und 1931 hatte sich gezeigt, daß der ökonomisch und sozial aggressive Kurs des Präsidialkabinetts Brüning die Polarisierung der politischen Kräfte beschleunigte. Zugleich war deutlich geworden, daß die Not der Werktätigen keineswegs spontan antikapitalistische oder gar revolutionäre Denk- und Verhaltensweisen hervorbrachte. Die elenden Zustände unter Millionen Kleinbürgern, den Händlern und Handwerkern, der Bauernschaft und dem neuen Mittelstand begünstigten das demagogische Treiben des Hitlerfaschismus. Und umgekehrt: indem die Nazipartei die Hinwendung des einen Ausweg suchenden Kleinbürgertums zu den Arbeiterparteien verhinderte, es insbesondere gegen revolutionäre Ideen und Programme abschirmte und ihm statt dessen scheinrevolutionäre Phrasen anbot, schuf sie eine wesentliche Bedingung für die Krisenpolitik des Monopolkapitals. Eine zweite Bedingung wurde durch die auch im Krisen-

winter 1931/32 betriebene Tolerierungspolitik der rechten Führer der Sozialdemokratie hergestellt.

Schon 1931 war erkennbar geworden, daß sich die Gegenwehr der Arbeiterklasse gegen die sozialreaktionäre, antirepublikanische Offensive des Kapitals relativ langsam formierte. Auch in den Großbetrieben, in denen sich die Kernschichten des Proletariats konzentrierten, entwickelte sich der Widerstand als Folge der Stillhaltepolitik der rechten Führer von SPD und ADGB nur schleppend. Vor dem Zentralkomitee der KPD sprach Wilhelm Pieck im Februar 1932 die Befürchtung aus, daß der Faschismus in Deutschland zur Macht kommen und die KPD von den Faschisten geschlagen werden könnte, ohne daß es ihr gelingen würde, die Massen überhaupt in den Kampf zu führen.[1] Daß diese Möglichkeit, die die ungünstigste unter allen denkbaren Alternativen darstellte, ins Auge gefaßt werden mußte, besaß mehrere Gründe. Trotz des Wachstums der KPD an Mitgliedern, Wählern und Sympathisanten vertraute die Mehrheit der politisch und gewerkschaftlich organisierten Arbeiter – wenn auch nicht ohne Schwankungen und wachsende Zweifel – auf die rechtssozialdemokratische Taktik des „kleineren Übels". Sie ließ sich von der Fiktion der rechten SPD-Führer leiten, daß Reichskanzler Brüning und die Führung der bürgerlichen Zentrumspartei die Demokratie und die Republik retten wollten, und meinte folglich, in Gemeinschaft mit ihnen und anderen Politikern nichtnazistischer Parteien die Gefahr des Faschismus bannen zu können. Dieses Konzept legte faktisch jenen Teil des antifaschistischen Potentials, das die Millionen sozialdemokratischer und freigewerkschaftlicher Arbeiter bildeten, mehr und mehr lahm. Das gleiche traf für die Kräfte des Proletariats zu, die als katholische Gläubige sich direkt an der Zentrumspartei orientierten. Ein anderer Teil der Arbeiterklasse schließlich verhielt sich politisch weitgehend passiv. Manche Arbeiter, vor allem aus den Randschichten des Proletariats, ließen sich von faschistischen Parolen einfangen. Diese Lage macht die Größe und Schwierigkeit der Aufgabe deutlich, die deutsche Arbeiterklasse in einer Einheitsfront gegen den Faschismus zusammenzuschließen. Um das zu erreichen, maß das Zentralkomitee der KPD der Entfaltung des ökonomischen Abwehrkampfes gegen die Krisenstrategie des Monopolkapitals große erzieherische und organisierende Bedeutung zu, konnten doch auf diesem Wege Arbeiter für den wehrhaften Kampf gegen den Faschismus gewonnen werden.

Obwohl die Brüningsche Notverordnungsdiktatur 1930 und 1931

das Krisenkonzept des deutschen Finanzkapitals weitgehend durchgesetzt hatte, gingen dessen reaktionärsten Kräften die antisozialen und volksfeindlichen Maßnahmen des Kabinetts noch nicht weit genug. Sie drängten darauf, jene Rücksichten ganz aufzugeben, auf die der Zentrumskanzler, namentlich solange er auf die partielle Unterstützung reformistischer SPD-Führer angewiesen blieb, nicht verzichten konnte. Den Kern der Unzufriedenheit bildete folglich der Umstand, daß Brüning und die Zentrumspartei es nicht geschafft hatten, die rechtssozialdemokratische Führerschaft für das politische Herrschaftssystem entbehrlich zu machen. Ökonomisch mächtige und politisch einflußreiche Kreise der Monopolbourgeoisie verlangten nach einem breiten Block bürgerlicher Parteien.

Das Schicksal der Regierung und des Politikers Brüning mußte sich daran entscheiden, ob es ihnen gelang, einen noch schärferen reaktionären Kurs einzuleiten.

Um die bürgerlichen Parteien schrittweise einander anzunähern, setzte sich der Reichskanzler Anfang 1932 für eine Parteienfront vom Zentrum bis zur NSDAP ein, die nach Ablauf der ersten Amtsperiode Hindenburgs eine zweite ermöglichen sollte. Brüning schlug Hugenberg und Hitler vor, im Reichstag zunächst gemeinsam für eine Verfassungsänderung einzutreten und danach einen Parlamentsbeschluß anzunehmen, durch den der Reichspräsident weiter auf seinem Platz verbleiben konnte. Ein derartiges Übereinkommen hätte demonstrative Bedeutung besessen und sollte den Auftakt für weitergehende Kollaboration der Bourgeois-Parteien bilden. Brüning gab seine Bereitschaft zu verstehen, nachdem die bevorstehenden außenpolitischen Verhandlungen über die weitere Liquidierung des Versailler Vertrages und seiner Nachfolgeabkommen abgeschlossen sein würden, den Reichskanzlerstuhl für Hitler zu räumen.

So wenig die NSDAP-Führung zu diesem Zeitpunkt einen konkreten Plan besaß, nach dem sie den Marsch in die Wilhelmstraße hätte antreten können, und obwohl Brünings Angebot weiter als alles ging, was ihr bisher offeriert worden war, schlug Hitler den Handel aus. Nicht nur, daß jedwedes Bündnis mit der bisher scharf attackierten Zentrumspartei der NSDAP-Führung Schwierigkeiten mit der eigenen Mitgliedschaft eintragen und die Attraktivität der Nazis, die sich dann schwerlich noch als umstürzlerisch ausgeben konnten, herabsetzen mußte. Hinzu kam, daß dem Zusammengehen mit der Zentrumspartei in einem schwarzbraunen Block, wofür auch rechtsextreme Ideologen

im Lager des politischen Katholizismus den Weg ebnen wollten, die faschistische Rassenlehre, der pseudogermanische Führerkult und die Existenz einer neuheidnischen Strömung innerhalb der NSDAP, als deren Haupt der Herausgeber des „Völkischen Beobachters", Rosenberg, hervortrat, im Wege standen.

Hitler spürte angesichts der wachsenden Resonanz des Faschismus in den Kreisen des Kapitals, daß er der Stützen momentan nicht bedurfte, die ihm Brüning und Hugenberg reichten. Deshalb lehnte die NSDAP-Führung auch den Vorschlag der Deutschnationalen ab, im nun fälligen Reichspräsidentenwahlkampf mit einem gemeinsamen Kandidaten aufzutreten. Hitler beschäftigte der Gedanke, sich selbst um den Posten des Staatsoberhaupts zu bewerben. Drei bürgerliche Kandidaten standen schließlich gegeneinander: der vom Zentrum und den anderen Parteien der Weimarer Koalition favorisierte Hindenburg, der von der DNVP und seiner eigenen Organisation unterstützte, chancenlose 2. Stahlhelmvorsitzende Theodor Duesterberg und Hitler. Mit ihren Namen waren zunächst noch unvereinbare Projekte zur Vernichtung des Weimarer Staates verbunden, und eine Übereinkunft darüber, wie die bürgerlich-parlamentarischen Zustände zu beseitigen und wodurch sie zu ersetzen wären, schien ferner denn je. Charakterisiert wurde die Entwicklung aber dadurch, daß sich Sympathie und Unterstützung der Monopolbourgeoisie immer stärker und offen der NSDAP zuwandten. Davon zeugte auch das Zusammentreffen Hitlers mit Industriellen des Rhein-Ruhr-Gebietes im Düsseldorfer Parkhotel am 26. Januar 1932, dessen Zustandekommen, Verlauf und Ergebnis den Entschluß des obersten NSDAP-Führers maßgeblich bestimmt haben dürfte, sich Hindenburg als Kandidaten entgegenzustellen und damit zu versuchen, die faschistische Diktatur auf dem Weg über die Usurpation des höchsten Staatsamtes zu errichten.

Anders als seinen Gefolgsleuten präsentierte sich Hitler den Mitgliedern des exklusiven Industriellen-Clubs – wie ähnlichen Gesellschaften vor- und nachher – nicht in der braunen Parteiuniform, sondern im schwarzen Anzug. Und anders als vor der NSDAP-Mitgliedschaft redete er vor diesen etwa 700 Zuhörern, durchweg ebenso einfluß- und verbindungsreichen wie zahlungskräftigen kapitalistischen Wirtschaftsführern, die nicht Groschen aus zerschlissenen Hosentaschen hervorkramten, sondern Scheckbücher und Schreibzeug aus den Brusttaschen ihrer maßgeschneiderten Anzüge zogen. Dem auserwählten Kreis, ohne dessen Ja ihm das Tor zur Macht immer verschlossen blei-

ben würde, offerierte sich Hitler als ein Mann, den von anderen Politikern des Kapitals zwar die Schärfe des Programms und gewisse Methoden der Massenbeherrschung und -mobilisierung unterschieden, nicht aber die Haltung gegenüber Eigentum und Ausbeutung. Der Führer der NSDAP beachtete schließlich auch den in dieser Schicht stillschweigend geltenden Grundsatz, bei allen Verständigungen, und sei ihr Inhalt noch so brutal und antihuman, sich der grobschlächtigen oder gar rüden Worte zu enthalten und über politische Gemeinheit, Intrige und selbst über das verbrecherischste Vorhaben philosophierend, salbungsvoll und feierlich zu sprechen.

Hitler setzte seinem Zuhörerkreis auseinander, daß der „privaten Wirtschaft", in der persönliche Führung und Verantwortung herrsche, nicht die Demokratie, sondern der diktatorisch geführte Staat entspreche. Ihn zu schaffen, sei das Ziel nationalsozialistischer Politik, die den „Marxismus bis zur letzten Wurzel" ausrotten und das Volk in eine „Schule eiserner Disziplin" nehmen werde. Der NSDAP-Führer entwarf das Bild eines Staatswesens, in dem die Volksmassen ebenso durch Befehle kommandiert werden könnten wie gegenwärtig die Männer in den Reihen der SA und der anderen paramilitärischen Verbände der faschistischen Partei. Ohne sich bei Einzelheiten künftiger Außenpolitik aufzuhalten, endete Hitler mit dem unmißverständlichen Hinweis, daß – wie die Zerrissenheit des deutschen Volkes angeblich seine äußere Schwäche hervorgebracht – seine Geschlossenheit neue Möglichkeiten „der Welt gegenüber" eröffnen werde.[2] Thyssen, der die Zusammenkunft hatte arrangieren helfen, beschloß den offiziellen Teil mit dem Ruf „Heil, Herr Hitler!".

Hitlers Auftritt in Düsseldorf war das bedeutendste, nicht das einzige Treffen von Bank- und Industriekapitalisten mit Naziführern in jenen Monaten. Maßgebliche Mitarbeiter aus der Parteizentrale in München bestritten ebenso wie die Gauleiter ähnliche Veranstaltungen, um vor Bourgeois die wirklichen Ziele der NSDAP zu erläutern und ihr weitere Hilfs- und namentlich Geldquellen zu erschließen. In Düsseldorf hatten vor Hitler schon am 7. November 1931 Otto Wagener und Gottfried Feder vor etwa 1 000 Industriellen referiert.[3] Feder trat in gleicher Mission Anfang 1932 u. a. in Essen, Solingen und Aachen auf[4], Gauleiter Florian und der Syndikus der Leverkusener Farbwerke, Dr. Klein (Ürdingen), sprachen am 13. Januar 1932 vor mehreren hundert Teilnehmern, die von der NSDAP-Ortsgruppe Solingen geladen waren. Daß das Netz der Verbindungen zwischen

NSDAP-Führung und Kapitalistenklasse immer enger wurde, war für niemanden mehr ein Geheimnis, der die politische Szene wach beobachtete. Lakonisch hatte der Polizeipräsident von Wuppertal schon Anfang 1931 berichtet, daß die NSDAP „in manchen Unternehmerkreisen erhebliche Sympathien besitzt".[5] Auch Zeitungen der bürgerlichen Gegner und Rivalen der NSDAP, so z. B. die der Zentrumspartei, behandelten aus taktischen Gründen gelegentlich die Beziehungen zwischen der nazifaschistischen Führungsgruppe und Angehörigen der Kapitalistenklasse. Vor allem aber waren es die Presse der Arbeiterparteien und Publikationsorgane der Gewerkschaften, die immer wieder die sozialdemagogischen und antikapitalistischen Manöver der NSDAP als den Versuch entlarvten, Angehörige der werktätigen Klassen und Schichten durch skrupellose Versprechungen zu ködern, während die Führer dieser Partei gleichzeitig mit Kräften des Kapitals gegen die Lebensinteressen des Volkes intrigierten. In der verbalen Einschätzung des Klassenwesens der NSDAP lagen die Urteile in manchen Zeitungen der Sozialdemokratie und des ADGB nahe bei der Wahrheit, doch fehlte es deren Vertretern an jedweder praktisch-politischen Konsequenz, wie vor allem das Festhalten an der Politik des „kleineren Übels" und die Drosselung aller Bestrebungen zeigte, den ökonomischen Kampf gegen das Kapital auch unter den Bedingungen der Krise zu führen.

Auf die Mitglieder und Wähler der faschistischen Partei übten derartige Bloßstellungen allerdings wenig Einfluß aus. Die Naziführung pries den noch blindglaubenden Gefolgsleuten Hitler als einen gewieften und gewitzten Taktiker und folglich ließ sich alles, was in das Bild vom Volksbefreier nicht hineinpassen wollte, als unumgängliche taktische Finesse deuten und gedanklich verdrängen. Austritte von NSDAP-Mitgliedern, die erklärten, sie verließen die Partei, weil sie sich lediglich als sozialistisch ausgäbe, in Wirklichkeit aber Kapitalsinteressen vertrete, beantwortete die faschistische Reichsleitung nicht nur mit einem politisch-moralischen Bannfluch; sie überspielte die zahlenmäßig geringfügigen Einbußen auch mit der Aufwertung einzelner Renegaten, die aus den Reihen der Arbeiterparteien zu Hitler überliefen.

Dank ihres gewachsenen Einflusses und ihrer engmaschigeren Verbindung zu den verschiedensten Schichten der Bourgeoisie war die NSDAP Anfang 1932 nicht nur die mitgliederstärkste, sondern auch die finanzkräftigste bürgerliche Partei in Deutschland geworden. Bür-

gerliche Apologeten möchten diese Tatsache mit dem Hinweis auf die ständige Geldnot der faschistischen Organisationen abtun und behaupten, die Partei habe sich auf Beiträge und Spenden der „kleinen Leute" gestützt. Diskret wird die Frage umgangen, in welchem Umfang die NSDAP-Führung, die eine von Franz Xaver Schwarz geleitete Reichsschatzmeisterei eingerichtet hatte, Geld besaß und ständig ausgab und wie rasch sie ihr Eigentum vermehrte.

Der immer weiter verästelte und aufgeblähte Parteiapparat verschlang Riesenbeträge und verwandelte sich 1932 geradezu in einen Moloch. Immense Geldsummen verbrauchte die braune Bürgerkriegsarmee und deren Einsatz, obwohl ihre Mitglieder die Ausrüstung teilweise selbst bezahlten und auch in den SA-Heimen knapp gehalten wurden. Demgegenüber erreichten die Einkünfte führender Nazis in den NSDAP-Gauleitungen inzwischen Höhen, die den Bezügen leitender und mittlerer Konzernbeamter gleichkamen. Im Gau Köln–Aachen, der den nördlichsten Teil der preußischen Rheinprovinz umfaßte, bezogen nach dem Stand vom 1. Dezember 1931 der Gauleiter Grohé ein Grundgehalt von 650 RM, das sich durch Zuschläge vor allem aus der Tätigkeit als Redner und Journalist erhöhte. Der stellvertretende Gauleiter, der Mitglied des Reichstages war, verfügte mit den Diäten über ein Monatseinkommen von 1 000 RM. Bezüge in dieser Höhe strich auch der Organisationsleiter II ein. Das Gehalt des Gaupressewartes und Hauptschriftleiters des „Westdeutschen Beobachters" betrug 700 RM. Derartige Gehälter übertrafen das Nettoeinkommen der Arbeiter um das Fünf- bis Achtfache. Insgesamt gab es in der Gauleitung Köln–Aachen, ohne die in der NSDAP-eigenen Druckerei beschäftigten Arbeiter, etwa 20 besoldete Faschisten. Der Fuhrpark bestand aus vier Automobilen und drei Motorrädern mit Beiwagen. Für viele Nazis war es längst lukrativ geworden, in der Partei Karriere zu machen.[6]

Trotz der ständig steigenden fixen Ausgaben konnte die faschistische Partei sich in immer exklusiveren Gebäuden etablieren und sie komfortabel ausstatten. „Braune Häuser" entstanden nach dem Vorbild des Münchener Palais in allen Gauhauptstädten. Beispielsweise bezog die NSDAP-Gauleitung Hessen-Nassau-Süd am 1. Januar 1932 eine in Frankfurt a. M. aufgekaufte Villa. Heß ließ im Mai 1931 auf seinen Namen zwei Motorflugzeuge vom Typ BFW-M 23 eintragen. 1932 unternahm Hitler in den Wahlkämpfen mit einer Eskorte von einem halben Dutzend Unterführern und Adjutanten vier kostspielige

„Deutschlandflüge", die ihn von Kundgebung zu Kundgebung führten. Anfang 1932 wurde innerhalb der SA eine exklusive Spezialorganisation, das Nationalsozialistische Fliegerkorps (NSFK), geschaffen. Sie faßte die bereits existierenden flugsportlichen Vereine der NSDAP zusammen, gliederte sie nach Fliegerstürmen und -staffeln und warb Mitglieder der HJ, des faschistischen Studenten- und Schülerbundes zur Ausbildung an. Die Präsidentschaft übernahm Göring, während ein früherer Direktor der Verkehrsfliegerschule die faktische Leitung innehatte.[7]

Durch die Kassen der NSDAP flossen gewaltige Summen, die – wie gewonnen, so zerronnen – eingesetzt wurden, um den Masseneinfluß zu vergrößern und der „siegreichen" Partei neue Geldquellen zu erschließen. Im entscheidenden Jahr ihres Aufstiegs brauchte die faschistische Partei keine für ihre Politik wichtige Aktivität aus Geldmangel zu unterlassen. Ihre Funktionsfähigkeit wuchs, soweit sie von finanziellen Mitteln abhing, im Gegenteil unausgesetzt.

Am 22. Februar gab Goebbels im Berliner Sportpalast den lange hinausgeschobenen Entschluß Hitlers bekannt, für das Amt des Reichspräsidenten zu kandidieren. Schon vor der Kundgebung waren die Parteiorganisationen darauf eingestellt worden. In einer Instruktion der Ortsgruppe Dresden an ihre Sektionen hatte es geheißen: „Unsere Partei tritt in die entscheidende Stunde ein. Die nächsten Wochen sehen uns entweder als Herren von Deutschland oder Deutschland geht unter." Wer in dieser Situation an der NSDAP Kritik übe, solle aus den Sektionen kurzerhand verwiesen werden. Bis auf weiteres sei jede nicht der Wahl dienende Tätigkeit, auch die der Untersuchungs- und Schlichtungsausschüsse (Uschla), einzustellen.[8] Die erste Wahlredner-Information der NSDAP-Reichspropagandaleitung legte fest, wie die antikapitalistische Phraseologie zu handhaben sei. Nicht das kapitalistische Eigentum, so wurde auseinandergesetzt, sei die Ursache der Ausbeutung, sondern die „Freiheiten" des Kapitalismus. Die Propaganda solle daher auf die Forderung begrenzt werden, diese Freiheiten einzuschränken, worunter strenge Außenhandelskontrolle, Verhinderung der Kapitalflucht aus Deutschland, Bewahrung von Patenten und Erfindungen für die Nutzung im Inland, Entfernung von „Spekulanten" aus Direktorensesseln, Verstaatlichung der Banken, Gewinnbeteiligung der Schaffenden und ein Arbeitslohn, welcher der Leistung entspräche, zu verstehen seien.[9] In einem Moment des Machtkampfes, den die nazifaschistische Führung als entscheidend ansah, wollte sie garantieren,

daß ihre Beziehungen zu führenden Kreisen des Kapitals nicht durch eine revoluzzerhafte Agitation gegen die Ausbeuter gestört würden.

Angesichts der kultischen Verehrung Hindenburgs, die vor allem in Kreisen des Bürgertums und Kleinbürgertums weit verbreitet war, und wegen des Interesses der Naziführung, die gewonnenen Verbindungen zur Generalität auszubauen, verbot es sich für die Faschisten auch, das Idol der deutschen Militaristen und Mordspatrioten direkt anzugreifen. Die NSDAP-Gauleitung Süd-Hannover–Braunschweig erläuterte deshalb, es ginge darum, das „System seit 1918" zu stürzen, und das solle die zentrale Wahlparole „Schluß jetzt" ausdrücken. Sie müsse jedem „eindringlichst in den Kopf gehämmert werden" und sich wie ein Lauffeuer verbreiten, so daß „in 10 Tagen niemand mehr von anderem sprechen (dürfe), als von dieser Parole". Den Unterführern wurde eingeschärft, während der Versammlungen keine Diskussionen zu gestatten und namentlich Kommunisten nicht zu Worte kommen zu lassen.[10] Hitler handelte das zentrale Wahlthema der NSDAP in seinen Reden so ab: „Angefangen vom Tage der Revolution ... sehen wir Fehlschlag auf Fehlschlag, Zusammenbruch auf Zusammenbruch, Elend über Elend, Verzagtheit, Lethargie, Hoffnungslosigkeit sind überall die Meilensteine dieser Katastrophen ... Der Bauernstand liegt heute am Boden, das Gewerbe bricht zusammen, Millionen haben ihre Spargroschen verloren, Millionen andere sind arbeitslos. Alles, was früher war, hat sich gewendet, alles was früher groß schien, ist gestürzt worden. Nur etwas ist uns erhalten geblieben: Die Männer und die Parteien, die das Unglück verschuldet haben."[11] Der Sturz der Regierung sollte jetzt „von oben" bewirkt werden: der Reichspräsident Hitler würde dem Reichskanzler Brüning nach dem Wahltag den Laufpaß geben.

Am 13. März verfehlte Hindenburg die im ersten Wahlgang notwendige absolute Mehrheit mit 18 651 497 Wählerstimmen, das waren mehr als 49 Prozent, nur knapp. Hitler blieb demgegenüber klar zurück, und dennoch war er, der mit 11 339 446 Stimmen die zweitgrößte Wählergruppe mobilisiert hatte, nicht einfach der Verlierer. Hindenburg hatte sich mit Hitler die Gunst der Wähler aus dem Bürgertum und den kleinbürgerlichen Massen teilen müssen, und die NSDAP konnte zum ersten Mal an Hand von Zahlen belegen, daß sie von allen bürgerlichen Parteien bei weitem die einflußreichste war. Was Hindenburg Hitler voraushatte, war zum größten Teil der unwillkommenen Hilfe entsprungen, welche der Monarchist von den rechten Führern

der SPD erhalten hatte; durch sie waren Millionen Arbeiter veranlaßt worden, den 1925 scharf bekämpften Erzmilitaristen in dem Glauben zu wählen, dadurch einen Wall gegen den Hitlerfaschismus aufzurichten.

Gegen diese gefährliche Illusion, die von den rechtssozialdemokratischen Führern verbreitet worden war, hatte sich die KPD mit der warnenden Parole: „Wer Hindenburg wählt, wählt Hitler; wer Hitler wählt, wählt Krieg“ gewandt. Damit war die profaschistische Rolle des Reichspräsidenten ebenso treffend gekennzeichnet wie das Wesen des Programms, das Hitler und die NSDAP im Interesse des deutschen Imperialismus verfochten. Von diesen Einsichten und dem Ziel, das weitere Vorankommen des Faschismus zu verhindern, wurde der Reichspräsidentenwahlkampf der KPD geleitet, deren Vorsitzender für das höchste Staatsamt kandidierte. Daß Ernst Thälmann fast 5 Millionen Stimmen erhielt, bestätigte den wachsenden Einfluß der Kommunisten. Immer mehr Werktätige überzeugten sich von der Richtigkeit des Standpunktes und der Politik der KPD, was jedoch nicht schon bedeutete, daß sie auch ausdauernde und unbeirrbare Klassenkämpfer geworden waren. Angesichts des Wachstums ihrer Partei standen die Kommunisten von der Aufgabe, die neugewonnenen Mitglieder mit der marxistischen Weltanschauung, der Strategie und Taktik der KPD vertraut zu machen und sie rasch zu standhaften und zugleich klugen Kämpfern gegen den Faschismus zu entwickeln.

Da am 13. März keiner der Kandidaten die absolute Stimmenmehrheit errungen hatte, wurde ein zweiter Wahlgang für das Amt des Reichspräsidenten notwendig. Er führte nur noch zwei Kandidaten der Reaktion gegeneinander, da Duesterberg auf eine erneute Bewerbung verzichtete. Obwohl abzusehen war, daß Hindenburg die absolute Mehrheit zufallen würde, stellte sich Hitler ihm noch einmal entgegen. Faktisch galt die Kampagne der Faschisten nun auch nicht mehr dem unerreichbaren Präsidentenstuhl, sondern dem Nachweis, daß nur Hitler beanspruchen könne, Brünings Nachfolger zu werden und den Mann abzulösen, der der eigentliche Verlierer des Wahlkampfes war. Denn der Kanzler hatte zugunsten Hindenburgs die Hilfe der Sozialdemokratie gebraucht und damit eingestanden, daß er die Sammlung aller bürgerlichen Kräfte um ein innen- und außenpolitisches Programm nicht bewirken konnte.

Rücksichtslos warf die faschistische Führung ihre erschöpfte Parteiarmee in den zweiten Reichspräsidentenwahlkampf. Sie forderte, „mit

verzehnfachter Energie" für Hitlers Sieg einzutreten.[12] Um die besonders strapazierten Unterführer anzutreiben, drohte ihnen die Gauleitung Westfalen-Süd, daß jeder abgelöst werden würde, der sich nicht voll einsetzt.[13] Gauleiter Wagner forderte „unerhörte Zähigkeit" und „letzte Systematik", wies die Klagen einiger Ortsgruppen zurück, die gemeldet hatten, sie könnten angesichts fehlender finanzieller und materieller Mittel die ihnen befohlenen Aufträge nicht erfüllen, und verlangte, daß „in Westfalen-Süd kein verantwortlicher Mann mehr den Ausdruck: Das ist unmöglich" benutze. Am 10. und am 24. April (dem Tag der Landtagswahl in Preußen) würde der „endgültige Erfolg" errungen werden.[14] Nachdem eine Anordnung vom 24. März 1932 für Partei, SA und SS bereits die Erlaubnis erteilt hatte, bis zum 10. April Geldsammlungen jeder Art in ihrem Zuständigkeitsbereich durchzuführen und die Erträge ganz in den eigenen Kassen zu behalten,[15] wurde den Ortsgruppen gestattet, für die Wahlpropaganda in begrenztem Umfang Schulden zu machen.[16]

Der NSDAP gelang noch einmal ein Stimmenzuwachs; sie mobilisierte 13 418 547 Wähler. Während sie in Pommern die absolute Mehrheit der Wähler gewinnen konnte, erhielt der NSDAP-Führer in den Wahlkreisen Schleswig-Holstein, Ost-Hannover, Merseburg, Thüringen, Chemnitz–Zwickau mehr Stimmen als Hindenburg. In Berlin, Hamburg, Oberschlesien und den westlichen und südlichen Teilen des Reiches war der Einfluß der Faschisten nach wie vor erheblich geringer. Wie vorausgesehen worden war, ging der bisherige Reichspräsident aus dem zweiten Wahlgang als überlegener Sieger hervor. Er erhielt 19,3 Millionen Stimmen. Nur leichtfertiger Beobachtung konnte dies als eine Niederlage des Faschismus erscheinen. Das höchste Amt, das im Weimarer Staat zu vergeben war, befand sich weiter in den Händen eines politischen Reaktionärs und monarchistisch gesinnten Militaristen, unter dessen Verantwortung und Mitwirkung der Abbau der bürgerlich-parlamentarischen Verfassung bereits weit vorangeschritten war.

Am 24. April errang die NSDAP bei den Landtagswahlen in Preußen 36,3 Prozent der Wählerstimmen. Ihr Anhang war im wichtigsten Land, in dem drei Fünftel der deutschen Bevölkerung lebten, größer als die Wählerschaft von KPD und SPD zusammengenommen. Auch die Landtagswahlen in Anhalt, Württemberg und die Bürgerschaftswahlen in Hamburg wiesen die NSDAP als die stärkste Partei aus; in Bayern wuchs ihr Stimmenanteil weiter an. Hitler sprach von einem „herrlichen Sieg" und verlangte, „keine Stunde zu ruhen".[17]

Die Wahlerfolge brachten der NSDAP Machtpositionen auf Länderebene. In Preußen, wo sie mit Hanns Kerrl fortan den Präsidenten des Landtages stellte, besaß die von dem sozialdemokratischen Ministerpräsidenten geführte Regierungskoalition im Parlament keine Stimmenmehrheit mehr. Die faschistische Partei verfügte zusammen mit der Zentrumspartei über die Majorität der Abgeordnetensitze, beide konnten sich jedoch weder über die Machtverteilung noch über den Regierungskurs eines Preußischen Staatsministeriums einigen. So blieb die sozialdemokratisch geführte Regierung geschäftsführend weiter bestehen. In Präsidien und Ausschüssen der anderen Länderparlamente nahmen die NSDAP-Abgeordneten ebenfalls zu. In Anhalt traten die Nazis in die Regierung ein und stellten den Ministerpräsidenten. Und wenn sie auch in keinem Kabinett eines größeren Landes saßen, so genügten ihnen doch die in kleineren Ländern des Reiches errungenen Ministerposten vollauf, um Einblick in die Politik und Tätigkeit aller Reichsministerien zu erhalten. Die auf diese Weise gewonnene Kenntnis wie auch die Informationen, welche die NSDAP-Führung von mit ihr sympathisierenden und sich bei der NSDAP zugleich rückversichernden Ministerialbeamten erhielt, besaßen für die Bestimmung der nazifaschistischen Taktik hohen Wert.

Den gewonnenen Anteil an der staatlichen Macht in einzelnen Ländern (wie in Braunschweig und Anhalt) nutzten die NSDAP-Minister vor allem zu dem Zweck, die Tätigkeit der Arbeiterparteien zu verfolgen und zu unterdrücken. Verbote von Versammlungen und Zeitungen vor allem der KPD, Erlasse gegen die Aufführung progressiver, in erster Linie sowjetischer Filme und weitere antidemokratische Maßnahmen zeugten davon, daß der Nazifaschismus sich, wenn auch vorerst nur in kleineren Territorien, staatlich zu etablieren begann. Zugleich bewies die Politik der Länderminister, daß der Faschismus an der Macht zwar vor allem die KPD bekämpfen, sich keineswegs aber nur gegen sie richten würde. In Dessau erwirkten sie 1932 die Schließung des Bauhauses. Andererseits erwies sich erneut, daß die Entsendung von Naziführern in die Regierungsverantwortung auf Länderebene der NSDAP nicht nur Vorteile eintrug. Sie geriet dadurch in den Ruf, die Brüningsche- und später die Papensche-Notverordnungspolitik durchsetzen zu helfen.

Auf Reichsebene aber hatte die NSDAP ein greifbares Resultat durch die Wahlkämpfe nicht gewonnen. Die versprochene Entscheidung zugunsten Hitlers war nicht gefallen. Fragen innerhalb der Partei

reflektierte Anfang Mai ein Artikel Fricks, dessen Überschrift lautete: „Was nun?". Der Vorsitzende der NSDAP-Reichstagsfraktion antwortete darauf mit der Forderung, Hitler die Reichskanzlerschaft zu übergeben und offerierte dem Zentrum im Reich und in Preußen ein Regierungsbündnis unter Führung der Nazipartei. Zugleich verlangte Frick, die Bereitschaft der NSDAP beteuernd, „nach den Grundsätzen der parlamentarischen Demokratie" zu verfahren, den Reichstag vorzeitig aufzulösen und neu zu wählen.[18] Der Artikel ließ in Umrissen deutlich werden, wie Hitler und die faschistische Führung sich die Machtübergabe nun vorstellten: Beauftragung des NSDAP-Führers mit der Bildung eines Präsidialkabinetts, Einbeziehung anderer reaktionärer Politiker in die Regierung, Auflösung des Reichstages, koordiniertes Vorgehen bei der Beseitigung der bürgerlich-parlamentarischen Zustände im Reich und in Preußen. Ähnlich äußerte sich Kube am 6. Mai auf einer Kundgebung in Kassel: „Wegbegleiter auf dem Wege zur Macht lehnen wir nicht ab. Aber Adolf Hitler wird niemals bereit sein, Wegbegleiter des Zentrums zu sein."[19] Damit war der Führungsanspruch klar formuliert.

Faktisch besaß die NSDAP aus eigener Kraft jedoch weder die Möglichkeit, die Reichsregierung zu stürzen – das Kabinett Brüning erhielt im Mai im Parlament eine wenn auch knappe Mehrheit –, noch eine Reichstagsauflösung zu erzwingen. Umgekehrt: die Inhaber der Staatsgewalt hatten der NSDAP-Führung unmittelbar nach Hindenburgs Wahlsieg am 10. April bedeutet, daß sie noch über Mittel verfügten, die Verwirklichung der Machtinteressen und -pläne der Naziführer beeinflussen zu können. Auf eine Initiative, die vom Reichsinnen- und -wehrminister Groener ausging und sich auf Forderungen der Innenminister der großen Länder des Reiches stützte, wurden SA und SS verboten. Das geschah unter Berufung auf die bekanntgewordenen illegalen Maßnahmen, welche in den paramilitärischen Verbänden für den Fall vorbereitet und eingeleitet worden waren, daß Hitler aus dem Reichspräsidentenwahlkampf als Sieger hervorgegangen wäre. Das Verbot, dessen Für und Wider zwischen Reich und Ländern, Regierung, Staatsoberhaupt und Reichswehrführung lange erwogen und schließlich auch der Presse ruchbar wurde, traf die NSDAP-Führung wohlpräpariert und offenbarte ihr obendrein die Uneinigkeit, die an der Staatsspitze über die Behandlung der faschistischen Partei und ihrer SA herrschte.

Nach Ansicht von Reaktionären verschiedener Färbung verstieß das

Verbot gegen die Logik der Rechtsentwicklung: nicht die SA, sondern die sozialdemokratische Eiserne Front und das Reichsbanner hätten nach dem seit 1929 verbotenen Roten Frontkämpferbund für illegal erklärt werden sollen. Hitler und die SA-Führer befahlen den Mitgliedern der paramilitärischen Verbände, es nicht auf eine Kraftprobe ankommen zu lassen, sondern sich eine Zeitlang zurückzuziehen und die Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Kabinett, der Kamarilla um den Präsidenten und der Generalität ausreifen zu lassen. Praktisch lief das Verbot für die SA vielfach nur darauf hinaus, nicht uniformiert hervortreten zu können.

Die Differenzen innerhalb der herrschenden Klasse, die Richtung, Tempo und Methode des weiteren Abbaus des bürgerlich-parlamentarischen Systems und praktische Fragen der Krisenpolitik betrafen, führten Ende Mai 1932 zum Sturz der Brüning-Regierung. Das bedeutete das Ende der Karriere des Zentrumskanzlers, der es nicht vermocht hatte, die Sammlung aller antidemokratischen Kräfte zu bewerkstelligen, und vor allem bei dem Versuch gescheitert war, die faschistischen Führungsgruppen der NSDAP und der DNVP mit anderen republikfeindlichen Parteipolitikern zu gemeinsamem Handeln zusammenzuführen. Hindenburg setzte Franz von Papen, einen katholischen Deutschnationalen, der bisher zur Zentrumspartei gehört hatte, an die Spitze einer Regierung, die einzig von der Partei Hugenbergs unterstützt wurde und wegen ihrer aristokratisch-adligen Zusammensetzung bald den Namen „Kabinett der Barone" erhielt. Sein Zustandekommen kennzeichnete die weitere und forcierte Rechtsentwicklung des Weimarer Staates, bedeutete aber dennoch nicht mehr als eine Zwischenlösung, aus der die faschistische Führung jedoch doppeltes politisches Kapital zu schlagen wußte. Für das dem neuen Reichskanzler gegebene Versprechen, der Regierung nicht sofort feindselig entgegenzutreten, erhielt Hitler die Zusage, daß der Reichstag aufgelöst, Neuwahlen anberaumt und das SA-Verbot zurückgenommen werden würde. Also tolerierte die Nazipartei das neue Kabinett, aber sie tat das – wie die „Weltbühne" schrieb – mit dem Revolver in der Hand und präsentierte dem Kanzler in den folgenden Wochen Wechsel auf Wechsel.[20]

Da die Neuwahl des Reichstages am 31. Juli stattfinden sollte, konnte die NSDAP-Führung ihren Mitgliedern auf die Frage „Was nun?" wieder eine bestimmtere Antwort geben. Hitler rief erneut eine „Entscheidungsschlacht" aus. Die in einem frühen Stadium befindlichen

Koalitionskontakte mit der Zentrumsführung wurden unterbrochen. Die NSDAP, die bei allen voraufgegangenen Wahlen viele Stimmengewinne aus der schärfsten verbalen Konfrontation mit allen anderen bürgerlichen Parteien und aus ihrer Selbstdarstellung als „antibürgerliche" Kraft gezogen hatte, hielt es für zweckmäßig, nun auch die Zentrumspartei wieder zu ihren Gegnern zu erklären. Dabei berief sich die faschistische Reichsleitung auf die Entwicklung im Land Preußen, wo Zentrumspolitiker mit rechtssozialdemokratischen Politikern nach wie vor die geschäftsführende Landesregierung, das Staatsministerium, bildeten. Der Wahlaufruf der NSDAP beschuldigte das Zentrum, die „Übernahme der Verantwortung durch die NSDAP" verhindert zu haben, wofür man sich nun an ihm rächen werde. Der Hauptstoß werde darauf zielen, „die Macht der schwarz-roten Parteien" (des Zentrums und der Sozialdemokratie – d. Vf.) zu brechen. „So Gott will", werde die NSDAP am 1. August ohne Pakt und Kompromiß im Reiche regieren.[21] Der Appell enthielt keinen Angriff gegen die Regierung, was den Faschisten nicht nur zeitweilig den Spottnamen „Papenkreuzler" einbrachte, sondern sie im Wahlkampf vor eine neuartige Situation stellte. Bisher war die NSDAP stets als schärfste Opponentin der jeweiligen Reichsregierung aufgetreten und hatte ihre Stimmen nicht zuletzt aus der Unzufriedenheit der Massen mit der Kabinettspolitik gezogen. Immer wieder hatte die nazifaschistische Propaganda den Weimarer Staat verächtlich als „System" und alle Parteien, die an Kabinettsbildungen beteiligt waren oder sie tolerierten, als „Systemparteien" bezeichnet, sich selbst aber als unversöhnlichen Gegner dieses Staates hingestellt. In einem Moment aber, da er seine bis dahin reaktionärste Qualität annahm, verwandelte sich die NSDAP einen Monat lang in eine politische Partei, die dieses „System" mittrug und die Ära Papen ermöglichte. Es bedurfte eines hohen zusätzlichen demagogischen Aufwandes der Faschistenführer, um über diese entlarvende Tatsache hinwegzutäuschen.

Mit dem Blick auf den Wahlkampf wurde Mitte Juni der zentrale Apparat der faschistischen Partei, die NSDAP-Reichsleitung in München, reorganisiert und ihre Führung umstrukturiert. Es entstand eine einheitliche Organisationsleitung, an deren Spitze Gregor Strasser trat, der gleichzeitig für eine Hauptabteilung (mit den Ressorts Innen-, Rechts-, Kommunal-, Gesundheitspolitik und der Unterabteilung Rassefragen, u. a.) direkt verantwortlich war. Ihm wurden auch die NSDAP-Spezialorganisationen, der Juristen-, der Lehrer- und der

Ärztebund, direkt unterstellt. Diese Neuregelung ließ Strasser auf den Gipfelpunkt seiner faschistischen Karriere gelangen. Die Hauptabteilung Wirtschaft leitete Otto Wagener, die für Landwirtschaft R. Walther Darré. Für Grundsatzfragen der Wirtschaftspolitik existierte außerdem ein besonderes Referat, dem Walther Funk vorstand, der jahrelang Wirtschaftsredakteur und bis 1930 Chefredakteur der „Berliner Börsen-Zeitung" gewesen war. Zwei weitere Hauptabteilungen, als Reichsinspektionen bezeichnet, sollten den NSDAP-Apparat in den Gauen führen und überwachen; sie lagen in den Händen von Paul Schulz und Robert Ley. Zwischen Reichsinspekteure und Gauleiter wurden neun Landesinspekteure geschaltet. Auf diese Posten avancierten Goebbels, Martin Mutschmann und andere Gauleiter, von deren Tätigkeit man sich eine straffere Beherrschung der gesamten Führer- und Mitgliedschaft und ihren effektvolleren Einsatz versprach.[22]

Mit den Veränderungen erging ein Erlaß Hitlers, wonach Anträge, die NSDAP-Fraktionen in parlamentarischen Körperschaften stellen wollten, wenn sie sich „mit grundsätzlichen Fragen auch wirtschaftlichen Charakters" befaßten, vorher mit Strasser zu besprechen wären.[23] Auch diese Regelung sollte gewährleisten helfen, daß in keinem Parlament Abgeordnete der Nazipartei eine Initiative ergriffen, die bürgerliche Kreise von einer weiteren Förderung der NSDAP hätte abschrekken können. Das bedeutete freilich keinen generellen Verzicht darauf, Anhänger während Versammlungen und Kundgebungen durch demagogische Reden pseudorevolutionär aufzuputschen. Doch geschah das in einer Weise, die nicht nur immer unverbindlichere Versprechungen machte, sondern auch folgenlos blieb.

Bereits Anfang Mai wurde eine Reichsarbeitsgemeinschaft nationalsozialistischer Journalisten gegründet, der nur NSDAP-Mitglieder angehörten. Vom Leiter der Reichspressestelle Otto Dietrich geführt, sollte sie dabei mitwirken, die von der Nazipartei herausgegebenen Zeitungen auf dem taktischen Kurs der Führung zu halten.[24] Insgesamt verfolgten alle Zentralisierungsmaßnahmen das Ziel, die „Schlagkraft der NSDAP" – deren Mitgliederzahl nach eigenen offiziellen Angaben der Millionengrenze zustrebte[25] – zu erhöhen und zu garantieren, daß sie allein in die befohlene Richtung gelenkt würde.

Für den Reichstagswahlkampf der NSDAP war von großer Bedeutung, daß Papen am 16. Juni das Verbot der SA und der SS aufhob. Mit Vehemenz betraten die Terrorkolonnen die politische Szene wieder. Sie begannen einen mörderischen Feldzug, der sich vor allem gegen

die Kader der Arbeiterklasse richtete. Die Zahl der ermordeten und schwerverletzten Mitglieder von KPD, SAP, SPD, ADGB, Eiserner Front und Reichsbanner erhöhte sich von Woche zu Woche. Verheerend tobten die faschistischen Schläger in den proletarischen Straßenvierteln der Großstädte. Gaststätten, in denen politisch organisierte Arbeiter verkehrten, Gewerkschaftshäuser, Arbeiter-Wohnkolonien, Tanzvergnügen, selbst Privatwohnungen – niemand und nichts war vor ihnen sicher. Von „Sturmlokalen", das waren Gaststätten, in deren Hinterzimmern sich SA-Einheiten gegen die Garantie einer Verzehrsumme auf Dauer eingemietet hatten, zogen die Braununiformierten mit Pistolen, Stich-, Schlag- und Hiebwerkzeugen aus, um von Versammlungen heimkehrende Antifaschisten zu überfallen. Wegen ihres brutalen Vorgehens stadtbekannte SA-Banden, wie der berüchtigte Berliner Mordsturm 33, wurden von der Justiz nicht verfolgt. Lässig, widerwillig und auch offen wohlwollend verhandelten die Senate gegen Faschisten. Die erteilten Strafen ermutigten eher, als sie abschreckten. Bald setzte eine Amnestie die mörderische Bande meist wieder auf freien Fuß.

Jeder Tag des im Juni und Juli 1932 geführten Reichstagswahlkampfes betraf nicht nur das Stimmenverhältnis im künftigen Parlament, das – wie die Dinge lagen – ohnehin wenig Einfluß und jedenfalls keine reale Macht besitzen würde. Der Wahlkampf spitzte sich auf die Frage Faschismus oder Antifaschismus in Deutschland zu, und darin lag seine Tragweite. Die Kommunisten erkannten, daß die Kämpfe, die sie unter so vielen und schmerzlichen Opfern seit 1930 verstärkt gegen den angreifenden Nazifaschismus führten, in ihre entscheidende Phase eingetreten waren und daß ihr Ausgang Jahre deutscher Geschichte prägen würde. Entweder gelang es, den faschistischen Plänen der Monopol- und Großbourgeoisie durch eine mächtige Gegenoffensive der Arbeiterklasse und anderer werktätiger Schichten zu begegnen, oder Deutschland drohte in die Barbarei des Faschismus zu sinken. Entweder die Arbeiterklasse vermochte das Kräfteverhältnis zu ihren Gunsten zu verändern oder die Imperialisten und Militaristen würden triumphieren. Es galt: Du mußt steigen oder sinken. Die in Deutschland sich anbahnende Entscheidung besaß zudem eine große internationale Tragweite.

Dieser Situation, die sich seit dem Frühjahr 1932 herausgebildet hatte, trug der Schritt des Zentralkomitees der KPD Rechnung, der sich auf die Zusammenfassung aller im deutschen Volk irgend verfügbaren Kräfte in einer Antifaschistischen Aktion richtete. Der Aufruf dazu

erging am 25. Mai 1932, als die aufs höchste alarmierenden Wahlresultate des April vorlagen, die Brüning-Regierung in eine Krise geraten war und der „legale" Eintritt der NSDAP-Führer in die Regierungen Preußens und des Reiches drohte. Mit der Antifaschistischen Aktion sollte keine neue Organisation geschaffen werden, sondern eine breite überparteiliche Massenbewegung, deren Hauptziel darin bestand, „allen Plänen der Aufrichtung einer offenen, faschistischen Diktatur in Deutschland" eine vernichtende Abfuhr zu erteilen.[26] Kernstück und Kristallisationspunkt dieser Massenbewegung konnte nur die parteipolitisch und gewerkschaftlich organisierte Arbeiterklasse sein. Ein Gelingen der Antifaschistischen Aktion setzte damit, wie Ernst Thälmann vor dem Zentralkomitee der KPD erläuterte, voraus, daß die „vorhandene Mauer" niedergerissen wird, „die zwischen sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeitern steht".[27]

Die großen Anstrengungen der KPD, die Kongresse und Kundgebungen der Antifaschistischen Aktion einberief und auch durch ihre Fraktionen in den Länder- und anderen Territorialparlamenten bekundete, daß sie keinerlei Vorbedingungen für das Zusammenwirken aller Klassen und Schichten gegen den Faschismus stellte, ausgenommen die Bereitschaft zum aktiven Kampf, führten zur Anfangserfolgen. Einen Durchbruch, der das Kräfteverhältnis entscheidend zugunsten des Antifaschismus verändert hätte, blockierten vor allem die rechtssozialdemokratischen Führer, die auch nach dem Bankrott der Taktik des „kleineren Übels" zu keiner Neubestimmung ihrer Politik fähig waren. Wenn dennoch kampfbereite Mitglieder und Organisationen der SPD zu gemeinsamem Handeln mit der KPD fanden, so hatte daran auch die gewalttätige Verfolgung aller Antifaschisten durch die nazifaschistischen Terrorbanden selbst Anteil.

Zur nazistischen Methode, Macht zu demonstrieren, Gegner einzuschüchtern und die eigene Gefolgschaft verschwörerisch und verbrecherisch zusammenzuschließen, gehörten provokatorische Märsche in die Wohngegenden der Arbeiter, die traditionelle Hochburgen der Kommunistischen Partei und der Sozialdemokratischen Partei waren. Unter dem Schutz schwerbewaffneter Polizeieinheiten drangen Nazis am 17. Juli zu Tausenden in Altonaer Arbeitsviertel ein. Bei dieser Provokation, gegen die sich die Einwohner zur Wehr setzten, töteten SA und Polizei 14 Antifaschisten und verletzten 70 schwer.

Dieser „Altonaer Blutsonntag" zeigte die unversöhnlichen Gegensätze zwischen der wehrhaften Taktik der KPD und dem passiven

Abwarten der rechten SPD-Führer gegenüber den immer dreisteren Angriffen der Faschisten. Während die KPD den Selbstschutz der Arbeiterklasse in Wohnvierteln, Versammlungslokalen und Kundgebungssälen organisierte, rieten die reformistischen SPD-Führer ihren Anhängern, sich von der wehrhaften Auseinandersetzung mit dem Faschismus fernzuhalten, die sie gleichzeitig als Raufereien der „Radikalen von rechts und links" diffamierten. Diese Haltung, die nicht von allen noch unter dem Einfluß der rechten sozialdemokratischen Führer stehenden Arbeitern befolgt wurde, lief faktisch darauf hinaus, den Faschisten das Feld zu überlassen. Vor allem aber nährte sie die bourgeoisen Hoffnungen, daß die Arbeiterklasse Hitlers Garden schließlich das gesamte politische Terrain kampflos räumen würde. Es las sich wie ein Kommentar zur reformistischen Taktik, als die „Weltbühne" zwei Tage nach dem blutigen Ereignis in Altona schrieb: „Aber machen wir uns ... vom Vorurteil frei, daß Schläge nie ein Argument seien ... Eine ernüchternde Tracht Prügel ist in bestimmten Fällen wirksamere Widerlegung der Legende von der Unwiderstehlichkeit, der faszinierenden Unwiderstehlichkeit des Hakenkreuzes als die sachlichste Analyse ihres Programms. Als unlängst Hitlerstudenten in die Wiener Judengasse eindrangen, um die dort vegetierenden jüdischen Trödler anzustänkern, wurden sie von den degenerierten Untermenschen entsetzlich verhauen; das hat Hitler in Wien mehr geschadet als die Enthüllungen über die Pornographien des Gausafs (Gau-SA-Führer, d. Vf.)."[28]

Am 20. Juli entfernte das Papen-Kabinett die sozialdemokratisch geführte Koalitionsregierung in Preußen durch einen Staatsstreich aus ihren Ämtern und ersetzte sie durch eine Administration von Reichskommissaren, die Papen selbst leitete. Im größten Land des Reiches gelangten profaschistische, vorwiegend deutschnational orientierte Kräfte in die Exekutive, aus der sozialdemokratische und andere republikanisch gesinnte Ministerialbeamte, Ober- und Regierungspräsidenten, Landräte, Bürgermeister, Polizeipräsidenten und Polizeikommandeure kurzerhand entlassen wurden. Die etwa 90 000 Mann starke Polizei Preußens wurde von nun durch Gegner der Republik kommandiert. Die Vertreibung der verfassungsmäßigen Regierung Preußens brachte diejenigen politischen Kräfte ihrem Ziel ein wichtiges Stück näher, die die bürgerlich-parlamentarische Republik restlos beseitigen wollten. Der Staatsstreich vom 20. Juli erhöhte vor allem die Chancen des Nazifaschismus, im Reich an die Macht zu gelangen.

Unverhohlener Triumph und brennendes Rachegelüst sprachen auch aus den Kommentaren der Naziführer, hatten doch auch sie, nachdem ihnen die Regierungsgewalt in Preußen nicht zugefallen war, auf die gewaltsame und verfassungswidrige Beseitigung des sozialdemokratisch geführten Staatsministeriums gedrängt. Der nationalsozialistische Ministerpräsident in Oldenburg, Röver, erklärte am 22. Juli auf einer Kundgebung in Kassel: „Die Burschen (die gestürzten preußischen Minister – d. Vf.) werden noch was erleben, wenn Hitler an der Macht ist. Wir sagen Euch, Euch wird nichts geschenkt ... Ich garantiere diesen Schweinehunden, daß sie gehenkt werden, und wir werden sie solange hängen lassen, bis die Krähen sie gefressen haben. Das mag grausam sein, aber der Nächste soll sich überlegen, ob er daneben hängen will."[29]

Angesichts der profaschistischen Haltung der Papenregierung ging Hitler kein Risiko ein, als er sich öffentlich zu seinen Terrorbanden bekannte und vor Beginn einer Kundgebung in Gladbeck am 24. Juli zwei SA-Leute mit Blumensträußen begrüßte, die wenige Tage zuvor einen Reichsbanner-Mann erschossen und fünf weitere Mitglieder durch Schüsse teils schwer verletzt hatten.[30] So wenig die Regierung Brüning irgendeinen wirkungsvollen Schritt gegen den aufkommenden Faschismus unternommen und so viel sie – vor allem indirekt – zu dessen Ausbreitung beigetragen hatte, mit dem Papen-Kabinett und dem Regiment der Reichskommissare in Preußen erreichte die Begünstigung des Hitlerfaschismus eine neue Qualität. Das Preußische Staatsministerium beschloß am 29. Juli, die NSDAP nicht länger als staatsfeindliche Organisation zu behandeln und von der polizeilichen Überwachung zu befreien.[31] Sie war zu einer die präsidiale Notverordnungsdiktatur tragenden Partei avanciert und galt von nun als „aufbauwillige Kraft".

Neue Möglichkeiten erschlossen sich der NSDAP auch dadurch, daß die staatlich beherrschten Rundfunkanstalten durch die Papenregierung auf eine offene Förderung antidemokratischer Kräfte festgelegt wurden. Die Entfernung republikanisch gesinnter Intendanten und anderer Mitarbeiter ließ immer mehr Sender zu Sprachrohren der Rechtskräfte werden. Rosenberg, Goebbels, Kube, Hochschulprofessoren, die sich zur NSDAP bekannten, und weitere Faschisten konnten sich dieses neuen Mittels der Massenbeeinflussung bedienen, das mit der wachsenden Hörerzahl – 1932 waren im Deutschen Reich etwa vier Millionen Rundfunkempfänger angemeldet – unausgesetzt an Bedeutung gewann.

Wenige Tage vor der Reichstagswahl erhoben Universitäts- und Hochschullehrer ihre Stimme für die NSDAP. Elf Unterschriften allein von Angehörigen der Technischen Hochschule Dresden, acht von akademischen Lehrern der Universität Jena und viele weitere unter einem Wahlaufruf zugunsten der Nazipartei bezeugten, wie stark der Hitlerfaschismus aus diesem Kreis der Beamtenschaft befürwortet wurde und in welchem Grade die bürgerliche und kleinbürgerliche Studentenschaft dem Einfluß extrem reaktionärer Ideen ausgesetzt war. Zwar hatten die Verfasser, wie sie in geschraubter Diktion bekundeten, „einiger Zielgedanken der nationalsozialistischen Bewegung" wegen Bedenken gehabt. Diese hätten sie aber zurückstellen können, weil das Wesentliche an ihr der Kampf gegen den „fremdrassigen Einfluß", für die „Einschränkung des Eigennutzes", für die „Befreiung des Staates und des sozialen Lebens von der materialistischen Fessel des Finanzkapitals" sei. Von dieser Partei wäre keine Einschränkung der geistigen Freiheiten zu befürchten, betonten die Unterzeichner, zu denen der Physiker Philipp Lenard (Heidelberg), der Philosoph Erich Rothacker (Bonn) und der Historiker Johannes Haller (Tübingen) gehörten.[32] Die Professoren-Erklärung zugunsten der Nazipartei bewies in einer besonders drastischen Weise, wieviel Unterstützung und Kraft den extremen Feinden der Weimarer Republik durch das Wirken jener reaktionären Ideologen zuströmte, die nicht nur an Universitäten eines Staatswesens, das sich als demokratisch und humanistisch bezeichnete, lehren durften, sondern die diese Lehranstalten zumeist beherrschten.

Der 31. Juli brachte der Faschistenpartei den verheißenen und alles überwältigenden Triumph dennoch nicht. Sie konnte 13 779 111 Wählerstimmen, das waren 37,4 Prozent der abgegebenen, erlangen und in den Reichstag mit der stärksten, 230 Abgeordnete zählenden Fraktion einziehen. Doch vermochte die NSDAP gegenüber den Wahlgängen vom April keine Provinzen mehr zu gewinnen; im Vergleich zur Reichspräsidentenwahl betrug das Plus nur 360 000 Stimmen. In manchen Industriestädten Preußens hatte sie gegenüber der Landtagswahl sogar Wähler eingebüßt. Mit mehr als einem Drittel der wahlberechtigten Bevölkerung war das Reservoir der NSDAP offensichtlich erschöpft. Die bürgerlichen Parteien, mit Ausnahme des Zentrums, konnte sie zerreiben oder dezimieren, den Ansturm auf die Arbeiterparteien aber trotz aller antikapitalistischen Manöver nicht zum Erfolg führen. Mit 5 269 698 Stimmen erreichte die KPD den stärksten Wählereinfluß seit ihrer Gründung.

Die großbürgerliche „Deutsche Allgemeine Zeitung" kommentierte am 14. August 1932, Hitlers zahlenmäßige Basis im deutschen Volk könne sich „zunächst nicht mehr sehr erheblich zu seinen Gunsten verschieben".

Reichstagsfraktion der NSDAP (1930)

Sozialdemagogisches
NSDAP-Plakat (1930)

November 1932

Büro
des Reichspräsidenten
Eing. ... 4.96/32

Ew. Exzellenz,

Hochzuverehrender Herr Reichspräsident,

Gleich Eurer Exzellenz durchdrungen von heißer Liebe zum deutschen Volk und Vaterland, haben die Unterzeichneten die grundsätzliche Wandlung, die Eure Exzellenz in der Führung der Staatsgeschäfte angebahnt haben, mit Hoffnung begrüßt. Mit Eurer Exzellenz bejahen wir die Notwendigkeit einer vom parlamentarischen Parteiwesen unabhängigeren Regierung, wie sie in dem von Eurer Exzellenz formulierten Gedanken eines Präsidialkabinetts zum Ausdruck kommt.

Der Ausgang der Reichstagswahl vom 6. November d. J. hat gezeigt, daß das derzeitige Kabinett, dessen aufrechten Willen niemand im deutschen Volke bezweifelt, für den von ihm eingeschlagenen Weg keine ausreichende Stütze im deutschen Volke gefunden hat, daß aber das von Eurer Exzellenz gezeigte Ziel eine volle Mehrheit im deutschen Volke besitzt, wenn man – wie es geschehen muß – von der staatsverneinenden kommunistischen Partei absieht. Gegen das bisherige parlamentarische Parteiregime sind nicht nur die Deutschnationale Volkspartei und die ihr nahestehenden kleineren Gruppen, sondern auch die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei grundsätzlich eingestellt und haben damit das Ziel Eurer Exzellenz bejaht. Wir halten dieses Ergebnis für außerordentlich erfreulich und können uns nicht vorstellen, daß die Verwirklichung des Zieles nunmehr an der Beibehaltung einer unwirksamen Methode scheitern sollte.

Es ist klar, daß eine des öfteren wiederholte Reichstagsauflösung mit sich häufenden, den Parteikampf immer weiter zuspitzenden Neuwahlen nicht nur einer politischen, sondern auch jeder wirtschaftlichen Beruhigung und Festigung entgegenwirken muß. Es ist aber auch klar, daß jede Verfassungsänderung, die nicht von breitester Volksströmung getragen ist, noch schlimmere wirtschaftliche, politische und seelische Wirkungen auslösen wird.

Wir erachten es deshalb für unsere Gewissenspflicht, Eure Exzellenz ehrerbietigst zu bitten, daß zur Erreichung des von uns allen unterstützten Zieles Eurer Exzellenz die

Kc 502 03 II 9-2 /9 ...

Umgestaltung des Reichskabinetts in einer Weise erfolgen möge, die die größtmögliche Volkskraft hinter das Kabinett bringt.

Wir bekennen uns frei von jeder engen parteipolitischen Einstellung. Wir erkennen in der nationalen Bewegung, die durch unser Volk geht, den verheißungsvollen Beginn einer Zeit, die durch Überwindung des Klassengegensatzes die unerläßliche Grundlage für einen Wiederaufstieg der deutschen Wirtschaft erst schafft. Wir wissen, daß dieser Aufstieg noch viele Opfer erfordert. Wir glauben, daß diese Opfer nur dann willig gebracht werden können, wenn die grösste Gruppe dieser nationalen Bewegung führend an der Regierung beteiligt wird.

Die Uebertragung der verantwortlichen Leitung eines mit den besten sachlichen und persönlichen Kräften ausgestatteten Präsidialkabinetts an den Führer der grössten nationalen Gruppe wird die Schlacken und Fehler, die jeder Massenbewegung notgedrungen anhaften, ausmerzen und Millionen Menschen, die heute abseits stehen, zu bejahender Kraft mitreissen.

In vollem Vertrauen zu Eurer Exzellenz Weisheit und Eurer Exzellenz Gefühl der Volksverbundenheit begrüssen wir Eurer Exzellenz

mit grösster Ehrerbietung

Senator Dr. Beindorff - Hannover. Dr. Kurt v. Eichborn - Breslau.
Ewald Hecker - Hannover. E. Helfferich - Hamburg.
Eberhard Graf von Kalckreuth - Berlin.
Carl Vincent Krogmann - Hamburg. Dr. E. Lübbert - Berlin.
Erwin Merck - Hamburg. Joachim von Oppen - Dannenwalde.
Friedrich Reinhart - Berlin. Gen.-Dir. Rosterg - Kassel.
Dr Hjalmar Schacht - Berlin. Kurt Freiherr von Schröder - Köln.
Rudolf Ventzki - Eislingen. Senator F.H. Witthoefft - Hamburg.
Kurt Woermann - Hamburg

Die Industriellen-Eingabe zugunsten der Kanzlerschaft Hitlers (November 1932)

8. Kapitel

Kampf und Intrigen um die Vernichtung der Weimarer Republik

Während die großbürgerliche Presse subtile Überlegungen zum Wahltag anstellte, wurden die Anhänger der NSDAP, führergläubig und siegestaumelnd, nur von einer Erwartung beherrscht: Hitler würde nun Reichskanzler werden. Um die nahegeglaubte Machtübergabe noch schneller herbeizuführen, suchten faschistische Führer im Lande eine chaotische Situation zu schaffen, in die Hitler dann als Retter eintreten könnte. Die SA-Untergruppe Mittelschlesien-Süd terrorisierte die Bevölkerung in den Kreisen Reichenbach, Nimptsch, Görlitz und Lauban und versuchte, Antifaschisten durch Sprengstoffanschläge einzuschüchtern. In der Nacht vom 9./10. August 1932 unternahm der im Gebiet von Görlitz stationierte Sturmbann in 22 Ortschaften insgesamt 25 Angriffe auf Leib, Leben und Eigentum von Gegnern der Nazipartei. Die SA-Trupps brachten in der Ortschaft Küpper einen Arbeiter um, demolierten durch Schüsse und Steinwürfe Fensterscheiben in Privatwohnungen und ließen, um ihre Urheberschaft zu tarnen, auch Häuser ihrer eigenen Parteigänger nicht aus.[1] Auch auf diese Weise sollte der allgemeine Ruf nach dem „starken Mann“ provoziert werden.

Das Treiben im Niederschlesischen zeigte, daß die SA-Bande nach der „Nacht der langen Messer“ lechzte, mit der sie Hitlers Einzug in die Wilhelmstraße zu feiern gedachte. Im oberschlesischen Ort Potempa ermordeten vertierte Faschisten ebenfalls in der Nacht vom 9. zum 10. August einen Arbeiter in seiner Wohnung vor den Augen seiner Mutter. Diese Untat erregte weiteste Bevölkerungskreise nicht nur wegen der Grausamkeit der Mörder, sondern auch deshalb, weil das Verbrechen buchstäblich wenige Stunden nach dem Inkrafttreten der „Verordnung des Reichspräsidenten gegen politischen Terror“ und der „Verordnung der Reichsregierung über die Bildung von Sondergerich-

ten“ begangen worden war, so daß die Mörder ein abgekürztes juristisches Verfahren zu gewärtigen hatten, in dem ihnen eine hohe Zuchthaus- oder die Todesstrafe drohte.

Zwei Wochen nach der Wahl erfuhren Hitlers Anhänger durch eine frostige Erklärung aus dem Reichspräsidenten-Palais, es werde ein Kabinett des „Führers“ zunächst nicht geben. Nachdem der NSDAP-Chef am 5. August in Fürstenberg mit Reichswehrminister von Schleicher verhandelt und Hoffnungen auf die Befriedigung seines Führungsanspruches geschöpft hatte, wurde er acht Tage später vom Reichskanzler und danach vom Reichspräsidenten empfangen. Statt der Regierungsführung war Hitler aber lediglich der Eintritt in das Papenkabinett angetragen worden, in dem ihm der Posten des Vizekanzlers, also der zweite und obendrein wenig einflußreiche Platz nach dem Reichskanzler, zugedacht war. Weitere NSDAP-Führer sollten Regierungsmitglieder werden und u. a. das Reichsinnenministerium erhalten. Hitler lehnte das Angebotene ab, und er wußte warum. Der Eintritt in eine dem Volke verhaßte Regierung hätte seinen Anhang aufgebracht, den Faschismus vorzeitig sozial entlarvt und ihm jeden weiteren Zugang zu kleinbürgerlichen und Arbeiterwählern versperrt. In der offiziellen Erklärung der NSDAP zum Verhandlungsergebnis des 13. August hieß es, Hitler wolle in dieser monokelbewehrten Gesellschaft nicht verkehren.[2] In Wirklichkeit konnte er in diese Kreise nicht eintreten, es sei denn durch die Rangfolge seiner Plazierung würde der Anschein erweckt, daß sich die als reaktionär bekannten Kabinettmitglieder ihm, dem „Führer“, unterordneten. Der Eintritt als Vizekanzler hingegen hätte der faschistischen Führungsgruppe einen doppelten Nachteil gebracht. Zum einen wäre sie in ihrer Entscheidungs- und Bewegungsfreiheit im Kampf gegen die Arbeiterklasse, gegen die Demokratie und auch gegen alle liberalen und konservativen Hitlergegner bis zu einem gewissen Grade eingeengt gewesen. Zum anderen mußte diese Konstellation innerhalb der eigenen Anhängerschaft den Verdacht aufkommen lassen, es ginge Hitler und den anderen NSDAP-Führern doch nicht um die verheißene „nationalsozialistische Revolution“, sondern einzig um Ministerposten.

Zeitungen des Kapitals kritisierten nach dem 13. August Hitlers Anspruch auf „Alleinherrschaft“. Das Beharren auf der Forderung, die Posten des Reichskanzlers und des preußischen Ministerpräsidenten zu besetzen, rührte aber nicht aus dem Machthunger der Person her, sondern aus Hitlers geschärftem Blick für die Regeln des eigenen Auf-

stiegs und des Rückgangs der faschistischen Anhängerschaft. Wenn der NSDAP-Führer einen Einstieg in die Staatsspitze verlangte, durch den der Eindruck erweckt würde, nun habe die „nationalsozialistische Bewegung" total gesiegt und die Befriedigung der Wünsche ihrer Anhänger stünde unmittelbar bevor, dann lag das im Interesse des Finanzkapitals, das eine stabilisierte Staatsmacht erstrebte. Und subjektiv entsprach diese Lösung auch Hitlers politischem Ehrgeiz, der sich nicht darüber täuschte, daß er nur durch das Angebot einer reaktionär formierten Massenbasis, d. h. durch die Millionen seiner Anhänger, die Chance besaß, doch noch jenen anderen imperialistischen Politikern vorgezogen zu werden, die – wie Papen und später Schleicher – politische Führer ohne Armeen waren.

Einige großbürgerliche Zeitungen reagierten auf das Ergebnis des 13. August mit Bedauern und Kritik. Die „Berliner Börsen-Zeitung" vom 14. August 1932 nannte ihn einen schwarzen Tag in der deutschen Geschichte. Nüchterner schrieb die „Deutsche Allgemeine Zeitung" vom gleichen Tage, Hitler sei viel angeboten worden, und wenn nicht der NSDAP-Führer selbst, so hätte Strasser die Vizekanzlerschaft annehmen sollen. Der „Berliner Börsen-Courier" vom 16. August sprach von Hitlers „sinnlosen Forderungen".

In Hindenburgs und Papens Haltung wie in den Presseartikeln drückte sich aus, daß eine einflußstarke Gruppierung großbourgeoiser und großagrarischer Kräfte im Hochsommer 1932 die Regierungsführung durch die NSDAP noch nicht wünschte und das doppelte Risiko scheute, das in der Herausforderung an die Arbeiterklasse und in der Ungewißheit über die faschistische Regierungspraxis lag. Aber eine dauerhafte Alternative existierte nicht – eine Einsicht, die an jenem 13. August aus Hindenburgs Abschiedsworten an Hitler sprach: „Wir sind ja beide alte Kameraden und wollen es bleiben, da später uns der Weg doch wieder zusammenführen kann."[3] Angesichts dieser Konstellation war es, falls die Arbeiterklasse den Faschismus nicht entscheidend schwächte und schlug, nur eine Frage der Zeit, wann sich das Nein des Reichspräsidenten in ein Ja verwandeln würde. Dieser Augenblick mußte dann kommen, wenn auch die noch schwankenden oder die Kanzlerschaft Hitlers ablehnenden Kräfte des deutschen Monopolkapitals ihre Bedenken zurückstellten oder fallenließen.

In der heroisierenden Geschichtsschreibung der NSDAP wurden die Ereignisse der folgenden Monate als eine Zeit hingestellt, in der die Unbeirrbarkeit und der Siegesglaube Hitlers triumphiert hätten.

Doch der NSDAP-Führer stand jenen Kräften durchaus nicht einsam gegenüber, die Rosenberg als „nationale Reaktion“ bezeichnete und für die angebliche „Tragödie des 13. August“ verantwortlich machte.[4] Hitler wurde in seiner zum „historischen Nein“ aufgewerteten Haltung von Kräften des Monopolkapitals bestärkt, die sich – wie er – sorgten, daß die faschistische Massenbasis auseinanderlaufen könnte, bevor ihm die Staatsgewalt ausgehändigt werden würde, und deshalb ebenso auf seine Kanzlerschaft gedrängt, wie seiner Zweitplazierung widerraten hatten. Vom Wirken dieser Kräfte zeugte der an Hitler gerichtete Brief Schachts vom 29. August, der in einer Zeit schwerer Hemmungen, wie der Absender das Ergebnis des 13. August umschrieb, nicht nur eine Beistandskundgebung schlechthin bedeutete. Schacht befürchtete, daß die NSDAP-Führung sich von der Stimmung in den paramilitärischen Verbänden und angesichts des einsetzenden Verlustes von Anhängern, die er als „Abfall der Konjunkturmitläufer“ bezeichnete, dazu verleiten lassen könnte, den legalen Kurs aufzugeben und zur Putschtaktik zurückzukehren. Der Reichsbankpräsident a. D. sah Hitler in die Verteidigung gedrängt, riet ihm aber ausdrücklich der „Versuchung“ zu widerstehen, „sich falschen Idolen zu verbünden“. Insbesondere solle die NSDAP-Führung kein „detailliertes Wirtschaftsprogramm“ aufstellen, da es – was Schacht ausdrücklich bemerkte – weder der Sammlung von so divergierend interessierten Massen dienen noch – was er diskret verschwieg – zur Einigung der politischen Gruppierungen des Monopolkapitals beitragen könnte.[5] In diesem Ratschlag drückte sich das intime Wissen über den Widerspruch zwischen dem Klassenwesen der NSDAP und ihrem kleinbürgerlichen Massenanhang ebenso aus, wie die Kenntnis von Gruppeninteressen im Finanzkapital selbst. Schacht sah seine spezifische Aufgabe bei der Aufrichtung der faschistischen Diktatur gerade darin, die widerstreitenden Auffassungen und Projekte innerhalb der herrschenden Kreise zurückzudrängen und das imperialistische Gesamtinteresse an Machtbefestigung, Kriegsvorbereitung und Eroberung auf einen Nenner zu bringen. Dieser Nenner aber konnte nach der Lagebeurteilung durch den Bankier und auch nach seinen persönlichen politischen Sympathien nur Hitler heißen.

Schachts Schreiben beweist als ein Dokument unter vielen, daß der NSDAP im entscheidenden Jahr des Kampfes um die Machtübergabe ein Beraterkreis von Monopolisten zur Seite stand, der die interne programmatische Fixierung der Führergruppe und deren Taktik maßgeblich beeinflußte. Wie die NSDAP den anderen bürgerlichen Par-

teien Millionen ihrer Anhänger abjagte, so hatte sie auch einige Dutzend von deren Förderern auf ihre Seite gezogen. Im Frühjahr 1932 war sie imstande, diese – im wahrsten Wortsinn – Hintermänner der NSDAP, denn sie waren in der Regel weder auf einer Parteikundgebung zu sehen, noch verlautete von ihrer Tätigkeit ein Wort in der Presse, in einer lockeren, aber funktionstüchtigen Organisationsform zusammenzuführen, die es der Naziführung ermöglichte, ständig auf die Erfahrungen und die Verbindungen führender Bank- und Industriekapitalisten zurückgreifen zu können.[6] Alte und neugewonnene Förderer der NSDAP bildeten einen geheimen beratenden Ausschuß, dessen Wirken wohl seinerzeit schon spürbar war, über den Gewißheit aber erst 1945 erlangt wurde. Dieser Keppler-Kreis – sein Name geht auf den Wirtschaftsberater Hitlers, Wilhelm Keppler, zurück, der, selbst Kapitalist und Manager, 1927 in die NSDAP eintrat, seitdem mit Hitler persönlich bekannt war und 1931 hauptberuflich in die Reichsleitung in München einzog – hatte sich, als das Ende der Regierung Brüning abzusehen war, am 18. Mai 1932 im Berliner Hotel „Kaiserhof" mit Hitler getroffen und kam danach teils in München, teils in Berlin monatlich mit ihm zusammen, um in den rasch wechselnden Situationen zu beraten, wie sich der Plan, Hitler zum Reichskanzler zu machen, verwirklichen ließe. Rat und Tat der etwa 20 Bankiers, Industriellen und Großagrarier und ihr Einfluß auf ihresgleichen in monopolkapitalistischen Organisationen, auf Regierungskreise und – nicht zuletzt – im Ausland waren für Hitler und die anderen Parteiführer der NSDAP von unersetzbarem Wert. Aktion und Reaktion gerade dieses Kreises zeigte seismographisch genau, wo die Gefahren auf dem Wege zur Macht lauerten. In direkter und indirekter Verbindung mit diesen Beratern lernte Hitler Gesamtbelange wie Teilinteressen des Monopolkapitals und die Mentalität seiner herrschenden Schichten gründlicher kennen und berücksichtigen.

Schacht spielte in diesen Monaten eine entscheidende Rolle. Durch keine ständige Verpflichtung gebunden, von der Reichsbank mit einer märchenhaft hohen Geldsumme ausgestattet, ganz der politischen Intrige lebend, bereitete er mit der Schläue eines alten Fuchses die Kanzlerschaft des NSDAP-Führers und seinen eigenen Wiederaufstieg vor. Prompt wurde er 1933 mit dem Amt des Reichsbankpräsidenten, 1934 mit dem des kommissarischen Reichswirtschaftsministers und 1935 mit dem eines Generalbevollmächtigten für die ökonomische Kriegsvorbereitung – dies alles in Personalunion – bedacht, bevor er

sich über strategisch-taktische Fragen des weiteren Kurses mit Hitler und der Mehrheit der monopolkapitalistischen Herrschaftsspitze überwarf.

Mit dem Entschluß, Papens Präsidialkabinett weiterexistieren zu lassen, war für das monopolkapitalistische Gesamtinteresse dauerhaft nichts gewonnen. Dieses Regime besaß außerhalb der DNVP keine parteipolitische Basis und hatte keine Aussicht, sie durch Koalitionen zu erlangen, und Hitler sagte ihm, wie er bei seinem Gespräch mit Hindenburg angekündigt hatte, den schärfsten Kampf an. Papen führe ins Chaos, so lautete nun eine der NSDAP-Parolen. Allerdings wußte in Hitlers Führung niemand zu sagen, wie das „Kabinett der Barone" aus dem Sattel zu heben und dadurch auch dem deutschnationalen Rivalen eine Niederlage beizubringen sei. Noch schien auch niemand in der Lage, den Reichspräsidenten Hindenburg dazu zu bewegen, sich von Papen und dessen Ministern zu trennen, die dem Staatsoberhaupt nach ihrer sozialen Herkunft und Stellung, nach ihren elitär-reaktionären Überzeugungen und selbst nach ihren Umgangsformen so sympathisch waren.

Unter den Anhängern der NSDAP und insbesondere in den Reihen der SA, die – wie im 31. Juli nur den Sieg – im 13. August nur die Niederlage zu sehen vermochten, breitete sich Niedergeschlagenheit aus.

Zunächst noch äußerte sie sich nur vereinzelt, denn die Braununiformierten waren, um sich von den Strapazen der wochenlangen Wahlkämpfe zu erholen, durch einen SA-Befehl auf Urlaub geschickt worden. Als sie jedoch zum Einerlei ihres Dienstes wieder anzutreten hatten, begann das Räsonieren, Diskutieren und Rebellieren. Mannschaften und Unterführer forderten andere Kampfmethoden. Nichts aber konnte der NSDAP-Führung ungelegener kommen als wilde Aktionen ihrer paramilitärischen Verbände. Meldungen über ein faschistisches Vorgehen nach dem Vorbild des „Marsches auf Rom" dementierte Hitler. Es werde keinen illegalen Marsch auf Berlin geben, zumal er ja schon in der Reichshauptstadt sei.[7]

Vorerst gelang es der Naziführung noch, größere Ausbrüche des Unwillens und des Protestes in der SA zu verhindern, wozu insbesondere Hitlers Treue-Bekundung anläßlich der Aburteilung der Mörder von Potempa beitrug. Als ein Schnellgericht am 22. August die fünf Mörder zum Tode verurteilte, solidarisierte er sich sofort mit den vom Fallbeil Bedrohten und versprach ihnen baldige Befreiung.[8] Dem

Gewinn an Sympathien, den ihm diese Haltung in der SA eintrug, stand ein schwer zu ermessender Verlust in bürgerlichen und kleinbürgerlichen Schichten gegenüber, die zwar Macht und Gewalt bewunderten, vor anarchistischer Gesetzlosigkeit aber zurückschreckten. Nichtsdestoweniger begnadigte Reichskanzler Papen am 2. September die Mörder, was nicht nur ein Zurückweichen vor dem nazifaschistischen Terror bedeutete, sondern auch zeigte, daß er nach wie vor eine Verständigung mit der Führungsgruppe der NSDAP suchte. Deren eigener Handlungsspielraum hatte sich verengt. Die Partei war am Kulminationspunkt ihres Masseneinflusses angelangt. Unter den – wenn auch eingeschränkten – Bedingungen bürgerlich-parlamentarischer Herrschaft konnte die NSDAP nicht mehr gewinnen, ohne gleichzeitig zu verlieren. Verstärkte sie die antikapitalistische Demagogie in Wort und Tat, mußte sie um die Gunst der Bourgeoisie fürchten, schwächte sie aber die pseudosozialistischen Parolen ab, mit denen sie Kleinbürger, Randschichten der Arbeiterklasse und Lumpenproletarier angezogen hatte, so gab sie diese preis.

In der kritischen Situation nach dem 13. August entsann sich die Naziführung einer taktischen Möglichkeit, die sie in Erwartung von Hitlers präsidial gestützter Kanzlerschaft bisher nicht genutzt hatte. NSDAP- und Zentrumsfraktion besaßen im Reichstag seit den Juliwahlen gemeinsam die absolute Mehrheit der Abgeordneten und also die Chance, eine parlamentarisch abgesicherte Regierung zu bilden. Dem Plan kam entgegen, daß Politiker des Zentrums schon nach Brünings Sturz für eine Regierungsbeteiligung der NSDAP eingetreten waren und den Wahlkampf unter der Losung geführt hatten, einen großen „deutschen Ordnungsblock" zu schaffen.[9] Anfang August setzten sich in der Führung des Zentrums jene Politiker durch, die mit der faschistischen Partei zusammen regieren wollten. In Verhandlungen, die Mitte August einsetzten, wurden unter Beteiligung Hitlers, Görings, Strassers, Kerrls, der Zentrumspolitiker Bolz, Esser, Grass und des BVP-Führers Schäffer Fragen gemeinsamer Regierungspolitik im Reich und in Preußen erörtert. Deutliches Zeichen für die Annäherung der beiden Parteien war ihr Zusammengehen bei der Reichstagssitzung am 30. August. In ihrer Eröffnungsrede als Alterspräsidentin bezeichnete es Clara Zetkin als das Gebot der Stunde, die Einheitsfront aller Werktätigen zu schaffen, „um den Faschismus zurückzuwerfen, um damit den Versklavten und Ausgebeuteten die Kraft und die Macht ihrer Organisationen zu erhalten, ja sogar ihr physisches Leben".[10] Tatsäch-

lich zeigte sich auch während der Konstituierung des Reichstages, daß der Faschismus weiter vorankam. Zum ersten Mal in der Geschichte der Weimarer Republik wurde ein Faschist Reichstagspräsident. Göring gelangte in dieses Amt, und zwei Vizepräsidenten der katholischen Parteien saßen ihm zur Seite. Die Annäherung von NSDAP, Zentrumspartei und BVP begann Früchte zu tragen. Gemeinsam versuchten die drei Parteien auch, eine erneute Auflösung des Parlaments zu verhindern, doch erfuhren Göring, Esser und der BVP-Politiker Hans Rauch, als sie beim Reichspräsidenten vorstellig wurden, daß ein Mißtrauensvotum gegen Papen bereits das Ende dieses Reichstages bedeuten würde.[11] Hindenburg erklärte unumwunden, daß das Kabinett weiterregieren solle, obwohl es keinerlei verfassungsgerechte Legitimation besaß. Die Weimarer Republik befand sich bereits in der Stunde ihrer Agonie, ihr Zustand war durch „die Ohnmacht des Reichstages und die Allmacht des Präsidialkabinetts"[12] gekennzeichnet.

Nach der Auskunft Hindenburgs mußten sich die NSDAP-Führer entschließen, ob sie es erneut auf einen Wahlkampf ankommen lassen wollten, riskierten sie damit doch erstmalig seit 1929 einen Mißerfolg. Am 12. September fiel die Entscheidung. Die Papenregierung erlitt im Reichstag eine in der Geschichte des Weimarer Staates beispiellose Niederlage, denn nur die Abgeordneten der DNVP stellten sich gegen den von der kommunistischen Parlamentsfraktion eingebrachten Mißtrauensantrag. Doch der Kanzler verlas daraufhin die von Hindenburg bereits vorsorglich unterzeichnete Ordre, wonach der Reichstag erneut aufzulösen war.

Die NSDAP-Führer feierten das Ereignis als ihren Sieg, hetzten die Mitgliedschaft in eine weitere Wahlschlacht und verhießen ihr, nach einem noch gewaltigeren Triumph werde Hitler die Kanzlerschaft und der NSDAP die Macht zufallen. Doch die siegessichere Unbeschwertheit vergangener Wahlschlachten wollte sich diesmal in den SA-Reihen nicht einstellen. Die Führerschaft beschäftigte die Frage, woher der weitere Zulauf an Wählern kommen sollte. Nach allen Erfahrungen waren nennenswerte Einbrüche in das Wählerpotential der Arbeiterparteien nicht zu erzielen. Ebensowenig Erfolgsaussichten ließ das Anrennen gegen die Zentrumspartei erwarten, auf deren Stabilität sich ihre Führer – mit dem Blick auf die treue, von der katholischen Geistlichkeit bei den alten Fahnen gehaltenen Anhängerschaft – häufig mit dem Bild vom uneinnehmbaren Zentrumsturm beriefen. So blieb die DNVP, die unter Hugenbergs Führung das Kabinett Papen stützte.

Auf die Unpopularität dieser Haltung in der deutschnationalen Wählerschaft hoffend, begann die NSDAP-Reichsleitung den einstigen Partner der Harzburger Front scharf zu attackieren.

In Dortmund störten die Nazis eine deutschnationale Versammlung mit weißen Mäusen, Knallfröschen, Tränengas- und Stinkbomben. In Berlin griffen sie unter der Regie von Goebbels acht DNVP-Versammlungen an, die unterbrochen oder aufgelöst werden mußten. SA-Störtrupps, durch zivile Kleidung kaum getarnt, gröhlten ihre „Hugenberg-verrecke"-Rufe und schlugen Teilnehmer erbarmungslos zusammen. Der Höhepunkt war am 6. Oktober mit einer Saalschlacht im Versammlungslokal „Neue Welt" in der Hasenheide erreicht. Der „Vorwärts" kommentierte tags darauf kühl: „Die Prügel, die die Deutschnationalen von den Nazis jetzt bekommen, sind verdient."

Wichtiger noch als die Konfrontation mit dem Kabinett und den Deutschnationalen selbst war die ideologische Aufmachung der Attacke. In einer geschichtlichen Anklage wurde der DNVP vorgeworfen, „sich 1918 feige in den Mauselöchern verkrochen", den Kaiser verlassen, seine Rückkehr nach Deutschland verhindert und den „Dawesverrat" begangen zu haben.[13] Die Reichsleitung der NSDAP gab die Parole „Gegen die Reaktion" aus, griff Hugenberg als „Kapitalistenführer" an und attackierte die „kapitalistische Papen-Regierung". Auf diese Weise hoffte die Nazipartei, auch jene sich in der Arbeiterklasse und im Kleinbürgertum explosiv ausbreitende Unzufriedenheit mit der Politik des Kabinetts, die in den Notverordnungen vom 4. und 5. September gipfelte, für sich einfangen zu können.

Da der plebejische Teil der faschistischen Anhängerschaft die antikapitalistischen Parolen begierig aufgriff, ergänzte die NSDAP-Reichsleitung ihre Demagogie durch die Losung „Gegen Reaktion und Klassenkampf" und ließ erklären: „Wir dürfen niemals in den marxistischen Fehler verfallen, Unternehmer gleich Unternehmer zu setzen. Unser Kampf gilt allein dem unsozialen Arbeitgeber." Damit war das sozialrevolutionäre Gebell wieder auf jene Tonfolge zurückgeführt, deren sich auch liberale, klerikale und andere bürgerliche Parteien und Politiker bedienten. Inzwischen hatten die faschistischen Führer zudem Konzerne als „soziale Arbeitgeber" eingestuft, wie u. a. Annoncen des Zigaretten-Konzerns Reemtsma im parteioffiziellen „Illustrierten Beobachter" signalisierten. Daß auch weitere monopol- und großkapitalistische Firmen in der NSDAP-Presse ihre Erzeugnisse anboten und die Mercedes-Büromaschinen-Werke, die Weinbrand-Firma Asbach-

Uralt und viele andere die faschistische Partei materiell förderten, bildete in der SA-Mannschaft einen Stoff für lange Gespräche, in denen erörtert wurde, ob diese Praxis mit einer „revolutionären" Partei, für die viele Gefolgsleute die NSDAP noch immer hielten, ganz vereinbar sei. Die NSDAP-Reichsleitung schritt dagegen solange nicht ein, wie daraus keine gegen den reaktionären Kurs gerichteten Proteste hervorwuchsen. Das war jedoch nicht der Fall, und auch die weitere Zurücknahme von Anschuldigungen und Angriffen gegen den Großgrundbesitz wurden in der Anhängerschaft hingenommen. Generell ließ die faschistische Führung erklären, daß sich Äußerungen gegen die großen Agrarier „nicht gegen den Adel als solchen" richten, sondern ausschließlich dem „falschen Adel" gelten würden, „der sich nur auf Namen und Besitz beruft, ohne irgendeine Leistung aufweisen zu können".[14] Diese Interpretation sollte es weiteren großen Agrarkapitalisten ermöglichen, von der Unterstützung der DNVP zur Förderung der NSDAP überzugehen. Zugleich suchte die faschistische Führung auf diese Weise ein Hindernis zu beseitigen, das Angehörige des höheren Offizierskorps und der Generalität, die großenteils dem Adel entstammten, bisher noch von einer uneingeschränkten Parteinahme für den Nazifaschismus zurückgehalten hatte.

Während die faschistische Führung ihren Mitgliedern und Anhängern versicherte, der deprimierende 13. August werde nicht wiederkehren, schlug Hitler am 17. Oktober auf einer Kundgebung in Königsberg gedämpftere Töne an. Scheinbar gelassen erklärte er, es wäre im Leben des Volkes gleichgültig, ob die NSDAP zehn Jahre früher oder später zur Macht käme, ihre Ziele würde sie schließlich erreichen.[15] Wahlprognosen sagten für den 6. November einen Rückschlag der NSDAP-Stimmen voraus.

Kurz vor dem Reichstagswahltag, dem 6. November 1932, sahen sich die faschistischen Demagogen auf eine höchst unwillkommene Probe gestellt. Schon während des September und Oktober hatten Unterführer der NSDAP wiederholt zu entscheiden, wie sie sich zu Streiks verhalten sollten, mit denen immer mehr Arbeiter zunächst vorwiegend in kleinen und Mittelbetrieben den durch Papen forcierten Angriff auf Tarifrechte und Lohntarife beantworteten. Zu Beginn des November erreichte die Streikwelle mit der Berliner Verkehrsgesellschaft (BVG) einen Großbetrieb, dessen Stillegung nahezu alle Berliner Kapitalisten betraf und die Tätigkeit der Regierungsorgane gefährdete. Der BVG-Streik, bei dem die kommunistische RGO die

vorwärtstreibende Kraft war, besaß von vornherein einen hochpolitischen Charakter, denn wie kein Ausstand seit langem demonstrierte er die Potenzen der Arbeiterklasse. Die Reichs- und die Berliner Gauleitung der NSDAP standen vor einer schwierigen Frage. Würden sie die nazistisch organisierten BVG-Arbeiter für Streikbrecherdienste einsetzen, so mußten sie dies nicht nur in Berlin mit Einbußen an mühsam gewonnenen Arbeiterwählern, sondern auch mit Unzufriedenheit in SA und NSBO bezahlen. Entschieden sie sich aber für die Teilnahme am Streik, so würden das bürgerliche und kleinbürgerliche Wähler mit der Abkehr von dieser Partei quittieren. Derart zwischen Scylla und Charybdis, entschlossen sich die Faschistenführer, die Gefahr des höheren Wählerschwundes abzuwenden. Sie ließen ihre Anhänger am Streik teilnehmen, halfen aber, ihn abzubrechen, sobald sich ihnen dank der abwiegelnden Maßnahmen der rechten Führer von ADGB und SPD die Gelegenheit bot.

Wenige Tage standen im BVG-Streik Kommunisten und Nazis scheinbar in einer Front – eine Tatsache, die schon von Zeitgenossen vorsätzlich mißdeutet wurde und von bürgerlichen Historikern wider besseren Wissens benutzt wird, um die Existenz einer „rot-braunen" Einheitsfront gegen die Demokratie zu behaupten und die Doktrin vom Angriff der „totalitären Parteien" gegen die Republik zu stützen. Der „Vorwärts" schrieb am 5. November: „Eine neue ‚proletarische Einheitsfront' wird sichtbar. Braunjacken schmücken ihre Reihen. Adolf Hitler ist ihr Führer. Die KPD ... marschiert einfach mit ... Der Bruderbund ist geschlossen." Das war pure, haßerfüllte antikommunistische Hetze; denn während die KPD die ökonomischen Abwehrkämpfe gegen das Kapital zu politischen Abwehrschlachten gegen den Faschismus zu steigern suchte, hatten die NSDAP-Führer ihren Anhängern die Teilnahme am Streik nur gestattet, um ihre Demagogie nicht vollends unglaubwürdig werden zu lassen. „Wenn ich meine Leute von der Beteiligung abgehalten hätte", erklärte Hitler dem Reichspräsidenten, „hätte der Streik doch stattgefunden, aber ich hätte meine Anhänger in der Arbeiterschaft verloren; das wäre auch kein Vorteil für Deutschland."[16] Auch die Papenregierung wußte, daß sich die Haltung von KPD und NSDAP zum Streik in den Betrieben der BVG prinzipiell unterschied. Sie erkannte diese Differenz auch in der Behandlung beider Parteien an: während sie die „Rote Fahne" augenblicklich verbot, konnte „Der Angriff" weiter erscheinen. Das Geschrei über die angebliche Einheitsfront von Kommunisten und Faschisten,

von den rechten Führern der SPD und des ADGB nichtsdestoweniger weiter erhoben, sollte vor allem das an die sozialdemokratischen Arbeiter gerichtete antifaschistische Einheitsfrontangebot der KPD diskreditieren.

Am 6. November erlitt die NSDAP eine Niederlage; sie verlor mehr als 2 Millionen Wähler, womit sie rund 15 Prozent der Stimmen vom Juli 1932 einbüßte. Von der zeitweiligen Tolerierung des Papenkabinetts enttäuscht, die Verhandlungen mit dem Zentrum ablehnend, des langen Zuwartens auf eine Kanzlerschaft Hitlers müde, gegen die braunen Führer einen mehr oder weniger deutlichen Verdacht schöpfend, hatten sich Wähler, so rasch wie sie ihr zugelaufen waren, von der NSDAP abgekehrt. In keinem Wahlkreis hatte die Nazipartei noch Stimmen gewinnen können. Im Regierungsbezirk Merseburg, in Köln–Aachen, in Württemberg und weiteren Gebieten wandte sich jeder fünfte ihrer früheren Wähler von der Nazipartei ab. In Berlin und in den zur Reichshauptstadt gehörenden Gebieten der Wahlkreise Potsdam I und II bewiesen die Ergebnisse, daß das Manöver der Faschisten während des BVG-Streiks den Stimmenschwund zwar hatte verlangsamen, aber nicht aufhalten können. Der Stimmenverlust in den nördlichen und östlichen Gebieten Preußens zeigte, daß ein Teil der bürgerlichen NSDAP-Wähler mit dem reaktionären Regierungskurs zufrieden und daher zur Partei Hugenbergs zurückgekehrt war, die mehr als 700 000 Stimmen gewann. Die NSDAP beendete zum ersten Mal seit 1929 einen Wahlkampf schwer angeschlagen. Doch war damit die faschistische Gefahr keineswegs gebannt. Noch jeder dritte Wähler im Deutschen Reich hatte für die Nazifaschisten votiert.

Nirgendwo wurde der Rückschlag als ein Zufallsprodukt angesehen. Die monopolkapitalistisch-großagrarische Reaktion, gleichgültig, ob sie Hitler als Reichskanzler sehen wollte oder nicht, konstatierte, daß die faschistische Demagogie an Wirkung verlor, und war nicht gewillt, diesem Prozeß tatenlos zuzusehen. Der Großbankier Kurt Frhr. von Schröder bekannte im Jahre 1947: „Als die NSDAP am 6. November 1932 ihren ersten Rückschlag erlitt und somit also ihren Höhepunkt überschritten hatte, wurde eine Unterstützung durch die deutsche Wirtschaft besonders dringend."[17] Nicht weniger wurde die herrschende soziale Oberschicht durch den Stimmenzuwachs der KPD alarmiert. Im Kampf für die Antifaschistische Aktion, die Interessen sowohl der Betriebsarbeiter als auch der Erwerbslosen verteidigend, Proletarier über politische Differenzen und organisatorische Schranken hinweg

formierend, konnten die Kommunisten 700 000 Stimmen hinzugewinnen. Fast 6 Millionen Wähler ermöglichten es der KPD, 100 Abgeordnete in den Reichstag zu entsenden. Zum ersten Mal seit der Gründung der Weimarer Republik zeichnete sich für die Verteidiger des Kapitalismus die Gefahr ab, daß die KPD die reformistische Sozialdemokratie an Masseneinfluß in der Arbeiterklasse überflügeln könnte, denn immer mehr Menschen des arbeitenden Volkes wollten unter den elenden sozialen und politischen Bedingungen nicht weiter dahinvegetieren und wandten sich jener Partei zu, die konsequent und revolutionär das Volksinteresse vertrat.

Das Dilemma der Papenregierung war offenkundig. Sie hatte die Klassengegensätze aufs äußerste verschärft, und gleichzeitig war diejenige bürgerliche Partei in eine Krise geraten, die 1932 zur sozialen Hauptstütze des kapitalistischen Systems geworden war. Nun ging am 6. November auch der Nimbus des unaufhaltsamen Aufstiegs der faschistischen Bewegung verloren.

Die Verlautbarung Hitlers zum Wahlausgang erwähnte die verlorene Schlacht mit keinem Wort, sondern suchte die Tatsache auszubeuten, daß die KPD 16,9 Prozent der Stimmen erhalten hatte. Dies sei der „Hugenberg-Papenschen-Reaktion" zuzuschreiben, welche „Deutschland dem Bolschewismus" entgegentreibe.[18] Der „Völkische Beobachter" schrieb: „Papen bleibt der Kanzler ohne Volk, Hitler der einzige Schutz vor dem roten Blutrausch."[19] Der Sturz der Regierung sei auch weiter das Ziel, erklärte Hitler: „Keinerlei Kompromisse und kein Gedanke an irgendeine Verständigung mit diesen Elementen!" Verhandelt werde erst, wenn „dieses Regiment und die es deckenden Parteien" vernichtend geschlagen seien, was soviel bedeutete wie: er, Hitler, werde nur als Sieger zu Besiegten sprechen.[20]

Schacht sprach dem NSDAP-Führer „zu der festen Haltung ... unmittelbar nach den Wahlen" seine Glückwünsche aus und versicherte ihm, „daß die Entwicklung der Dinge nur das eine Ende haben kann, und das ist Ihre Kanzlerschaft". Er riet, die vom Faschismus beeinflußten Massen so fest an die Kandare zu nehmen, daß sich den Gegnern einer Kanzlerschaft Hitlers nicht neue Angriffsflächen boten, und empfahl dem angemessene Kampfesformen. Angriffe auf Personen sollten unterlassen werden.[21] Das betraf vor allem Papen, Hindenburg und Hugenberg, die sämtlich eine Schlüsselstellung besaßen. Denn bevor Hitler Regierungschef werden konnte, mußte der Kanzler zum Rücktritt veranlaßt, der Reichspräsident zur entscheidenden Unter-

schrift bewegt und der DNVP-Führer in die regierende Koalition einbezogen werden.

Durch die Erfahrungen des 13. August – so sein eigener Ausdruck – „gewitzigt"[22], blieb Hitler im Hintergrund und überließ seinen geheimen Förderern die Initiative. Schacht und der Vorsitzende des Aufsichtsrates der Ilseder Hütte, Ewald Hecker, besprachen zunächst mit Papen und Himmler, wie Hindenburg dazu gebracht werden könnte, jetzt ein Kabinett Hitler zu sanktionieren.[23] Am 19. November wurde dem Staatssekretär in der Präsidialkanzlei, Otto Meißner, von Friedrich Reinhart eine Eingabe übergeben, in der von Hindenburg die Übertragung der Regierungsgeschäfte an Hitler verlangt wurde. Die Forderung war vor allem von Angehörigen des Keppler-Kreises, so u. a. von Schröder, Thyssen, Rosterg, dem Großreeder Kurt Woermann und Eberhard Graf von Kalckreuth unterzeichnet. Paul Reusch, Fritz Springorum und Albert Vögler äußerten sich gesondert in gleichem Sinne. Auf Verstand und Mentalität Hindenburgs abgestimmt, legten die Absender dar, daß die Beseitigung der bürgerlich-parlamentarischen Zustände nur mit jenen Kräften weiter voranzubringen sei, die dem Kurs auf die Vernichtung der Republik eine „ausreichende Stütze im deutschen Volke", d. h. der imperialistischen Politik eine tragfähige Massenbasis, geben könnten. Als solche galten NSDAP und DNVP. Würde die Nazipartei den Reichskanzler stellen, dann ließen sich auch die „Schlacken und Fehler" ausmerzen, die ihr „wie jeder Massenbewegung notgedrungen anhaften".[24] Diesen wichtigen Gesichtspunkt diskutierte Thyssen eingehender mit dem Vorsitzenden des großkapitalistischen „Vereins zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen". Die Schuld daran, schrieb er an Max Schlenker, daß die NSDAP sich teilweise radikal gebärde, treffe jene, die sich gegen Hitlers Kanzlerschaft sperrten. Erst dadurch sei die „Erörterung der Ziele Gemeingut einer großen Masse" und die nazistische Bewegung „solchen Gefährnissen" ausgesetzt worden.[25]

Die NSDAP-Reichsleitung konnte davon ausgehen, daß ihre Sorge über die rückläufige Entwicklung der faschistischen Bewegung von den herrschenden Kreisen Deutschlands und namentlich von Angehörigen der monopolkapitalistischen Oberschicht geteilt wurde. Für den Zusammenhalt und die Disziplin der entmutigten NSDAP-Gefolgschaft, die über die Ränke der wirklichen Kanzlermacher in Unkenntnis bleiben mußte, war damit freilich wenig gewonnen. Zwar nutzte die fa-

schistische Führung den 9. November, um an die „Gefallenen der Bewegung" von 1923 zu erinnern, und suchte mit dem Totenkult die Risse in den eigenen Reihen zu kitten, doch schon am 13. November bewiesen die Kommunalwahlen in Sachsen und namentlich die Ergebnisse in Industriestädten wie Chemnitz, Plauen und Zwickau, daß die Abwanderung von der NSDAP anhielt. Unter dem Eindruck dieser Rückschläge und ihrer Wirkung auf den inneren Zustand der Nazibewegung wurde die Gefahr des Faschismus in liberalen und demokratischen Kreisen, aber auch im ADGB und in der SPD nun vielfach gering geachtet und leichtfertig beurteilt. Weit verbreitet war der Irrtum, es bestünde eine direkt proportionale Beziehung zwischen der Wählerzahl der NSDAP und ihrer Aussicht, Hitler als Reichskanzler zu stellen. Auch die verbürgerlichten Arbeiterführer waren unfähig zu sehen, daß das monopolkapitalistische Interesse an der Vernichtung des Weimarer Staates nicht allein durch die ökonomische Krise hervorgerufen war. Leichtfertig spottete der „Vorwärts" vom 7. November 1932 darüber, daß der angebliche Alleinherrschaftsanspruch Hitlers nun erledigt und „nur noch eine Donquichotterie" sei.

Wenige Tage nach dem Rücktritt Papens wurde Hitler im Reichspräsidenten-Palais empfangen und bekam, obwohl er soeben eine Schlacht verloren hatte, mehr angeboten als ein Vierteljahr zuvor. Hindenburg trug Hitler die Kanzlerschaft an, knüpfte daran allerdings Bedingungen. Daß sich das Staatsoberhaupt, der nicht nur Stand- und Sinnbild des preußisch-deutschen Militarismus war, sondern selbst auch als Wegbereiter des wachsenden Einflusses der Generalität wirkte, sich die Besetzung des Reichswehr- und des Außenministeriums vorbehalten wollte, hätte Hitler noch hinnehmen können. Anders stand es mit der Forderung, der NSDAP-Führer solle eine Regierung mit einer Reichstagsmehrheit leiten, denn das bedeutete faktisch, daß sich die Nazipartei nicht nur mit der DNVP, sondern auch mit dem Zentrum über Zusammensetzung und Programm der Regierung verständigen mußte.

Hitler lehnte ab, obwohl er jetzt damit zu rechnen hatte, daß auch einzelne Angehörige aus der ihn unmittelbar umgebenden engeren Führerschaft zu befürchten begannen, er werde die Chance, zur Macht zu gelangen, ganz vertun. Statt dessen forderte der NSDAP-Führer, das Konzept seiner Inthronisierung Ende Januar 1933 vorzeichnend, Chef einer Präsidialregierung und von keiner Reichstagsmehrheit abhängig zu sein, das Parlament aufzulösen und mit einem neuen Reichs-

tag ein Ermächtigungsgesetz anzustreben, das die Legislative in die Hand des Kabinetts legte. Was manchem als Hasardspiel erschien, beruhte in Wirklichkeit auf nüchterner Rechnung und Gegenrechnung. In Hitlers Quartier sah man klar, daß eine dauerhafte reaktionäre Lösung der politischen Krise, in welcher sich die bourgeoise Herrschaft befand, ohne weitergehende Zugeständnisse an die NSDAP nicht zu bewerkstelligen war. So sah auch Schacht, in der Reichshauptstadt ständig an der Hitler beratenden Runde teilnehmend, die Lage. In der Person des Reichsbankpräsidenten a. D. waren die extrem reaktionären Kreise des Monopolkapitals unmittelbar an der Aushandlung jener Mindestbedingungen beteiligt, an die ihr politischer Favorit seinen Einzug in die Reichskanzlei knüpften sollte.

Nach den gescheiterten Verhandlungen verließ Hitler Berlin sofort und die Ratlosigkeit war bei jenen, die ihn abgewiesen hatten, ohne mehr als eine weitere Zwischenlösung zu besitzen. Der Versuch, schrieb Hitler an Hindenburg, das reaktionäre Regime einzig auf den „Schutz der Bajonette", d. h. auf die Reichswehr, zu stellen, würde „zwangsläufig im Nichts" enden[26].

Als Hitler, Göring, Frick, Goebbels und Gregor Strasser Ende November sich in Weimar berieten, wo sie sich wegen der thüringischen Kommunalwahlen am 4. Dezember aufhielten – zuverlässige Nachrichten sind über die Gespräche nicht überliefert –, widerriet der Reichsorganisationsleiter der eingeschlagenen Taktik. Strasser hielt den Regierungsantritt auch angesichts der tiefgestimmten Anhängerschaft für geboten, blieb mit diesem Standpunkt aber allein. Hitler leistete der Einladung Hindenburgs, noch einmal in Berlin zu verhandeln, nicht Folge.

Im Dezember 1932 und während des Januar 1933 nahmen die vorbereitenden Schritte zur Aufrichtung der faschistischen Diktatur unter Führung der NSDAP immer mehr den Charakter eines Ränkespiels an, das in Bankiers- und Industriellen-Villen, in verschwiegenen Hotel-Appartements, auf abgelegenen Schlössern und Gutssitzen betrieben wurde. Die „Weltbühne" schrieb: „Niemals ist in Deutschland mehr intrigiert worden als heute unter der präsidialen Autorität."[27]

Zunächst machte eine derartige Intrige Kurt von Schleicher am 3. Dezember zum Chef eines Kabinetts, in dem die meisten Minister Papens verblieben. Der General, der mit den Posten des Kanzlers, Reichswehrministers und Reichskommissars in Preußen eine in der Geschichte des Weimarer Staates beispiellose Machtfülle zu besitzen schien, war

Ernst Thälmann auf der Maikundgebung im Berliner Lustgarten (1930)

Demonstration gegen den Faschismus (1932)

Fackelzug anlaßlich der Machtubergabe (30. Januar 1933)

selbst Gefangener der Tatsache, daß eine faschistische Diktatur in Deutschland allein auf die Armee nicht gestützt werden konnte. Sein phantastisches Konzept, der neuen Regierung dadurch Stabilität und Aktionsmöglichkeiten zu verschaffen, daß reformistische, christliche u. a. Gewerkschaftsführer für eine sozial drapierte Politik gewonnen wurden, scheiterte ebenso wie der Plan, die Krise in der NSDAP auszunutzen. Meinungsverschiedenheiten an der Spitze der Faschistenpartei überbewertend, spekulierte Schleicher auf eine Spaltung ihrer Führung und der gesamten faschistischen Bewegung und gedachte diesen Prozeß dadurch zu fördern, daß er Strasser als Vizekanzler in sein Kabinett einbezog. Ossietzky schrieb, Schleicher „setzt der Nazipartei, um sie bündnisreif zu machen, gleichsam Blutegel an".[28]

Thälmann kennzeichnete die objektive Rolle der Schleicherregierung schon am Tage nach ihrer Einsetzung als die eines Übergangskabinetts, das die Funktion des Platzhalters für eine „Hitlerkoalition bzw. Hitlerregierung" ausübte, deren Zustandekommen weiter vorbereitet wird.[29] Die „Deutsche Allgemeine Zeitung" bemerkte am 6. Dezember 1932, mit diesem Kabinett sei eine Atempause geschaffen, in der „zwischen den Inhabern der Gewalt und Hitler verhandelt werden kann".

Als am 5. Dezember in Berlin eine Führertagung der NSDAP zusammentrat, um sich auf den weiteren Parteikurs für die Erlangung der politischen Macht zu verständigen, war durch das Ergebnis der thüringischen Landtagswahlen vom Tage zuvor auch der fortdauernde Einflußverlust der Partei zur Gewißheit geworden. Nun brachen die Meinungsverschiedenheiten darüber, wie gegenüber der Schleicherregierung taktiert werden sollte, in einer Kontroverse zwischen Hitler und Strasser offen hervor. Während die Nazifraktion im Reichstag lavierte, um dessen erneute Auflösung und die gefürchteten Neuwahlen zu vermeiden, scheiterten alle Versuche, die Pläne Hitlers und des Reichsorganisationsleiters auf einen Nenner zu bringen. Strasser, wenige Monate zuvor an die Spitze des weitverzweigten organisatorischen Apparats der NSDAP gestellt und somit aus der nur wenige Personen zählenden zweiten Reihe der braunen Hierarchie noch herausgehoben, legte alle Parteiämter nieder. Er trat, wie es in der offiziellen Verlautbarung hieß, „mit Genehmigung des Führers einen Krankheitsurlaub von drei Wochen an".[30] Diese irreführende Version konnte unter den Anhängern glaubhaft verbreitet werden, weil Gregor Strasser – anders als sein Bruder Otto zwei Jahre zuvor – auch nicht das geringste Zeichen zur Sammlung unzufriedener Faschisten gab. Das schuf günstige

Bedingungen, um das Geschehene vor der Mitgliedschaft zu kaschieren und unliebsame Folgen zu vermeiden, die aus dem Bekanntwerden der Meinungsverschiedenheiten an der Parteispitze sich hätten ergeben können. Zunächst wurde am 9. Dezember eine theatralische Treuebekundung im Palais des Reichstagspräsidenten veranstaltet, in dem Göring Hausherr geblieben war. Hitler verpflichtete durch Handschlag alle Reichstagsabgeordneten der Nazifraktion sowie die Gauleiter zu bedingungsloser Gefolgschaft.

Die Strasser-Krise, wie die Episode im Kampf der Naziführung um die Machtübertragung genannt wurde, machte dennoch Sensation und überdeckte zugleich die entlarvende Tatsache, daß die NSDAP nun zum zweiten Mal ein Reichskabinett tolerierte. Hatte sie aber das Kabinett Papen aus Gründen des eigenen Vorteils eine Zeitlang geduldet, so tat sie dies gegenüber Schleicher ohne Gegenleistung und wegen ihrer Schwäche. Die „Berliner Börsen-Zeitung" vom 10. Dezember 1932, die der Naziführung immer wieder souffliert hatte, fragte nun, ob in der faschistischen Partei eine „Läuterungskrise" einsetzen und die Haltung des „Alles oder Nichts" preisgegeben werde. Man hoffe auf einen „Gärungsprozeß", der die Nazipartei nicht gefährde, aber dazu führe, daß sie in Zukunft „den Wert der anderen Teile der nationalen Bewegung" respektiere und „auf ihre Ausgangsstellung des reinen Nationalismus" zurückkehre. Dann könnten sich „auch alle Konsequenzen ... von selbst einstellen". Auch andere großkapitalistische Stimmen begrüßten Gregor Strassers Ausscheiden, hatten sie doch in ihm das personelle Hindernis dafür gesehen, daß die Partei der aggressiven sozialen Demagogie energisch absagte.

Hitler ordnete Maßnahmen an, die sichern sollten, daß sich die gesamte Partei nach wie vor strikt auf dem legalen Kurs hielt. Die Zentrale des Parteiapparats wurde umstrukturiert. Hitlers ergebener Sekretär Heß, der den Rang eines Amtsleiters erhielt, trat an die Spitze einer „Politischen Zentralkommission". Sie hatte alle Verlautbarungen und Anträge der Nazifraktionen in Ländern, Kreisen und Kommunen auf ihre Konformität mit dem Parteikurs hin zu überprüfen. Von dieser Regelung blieben der Reichstag, der sich mit Hilfe der NSDAP-Abgeordneten auf unbestimmte Zeit vertagt hatte, sowie der Preußische und der Bayerische Landtag ausgenommen, weil verläßliche Faschistenführer dort hinreichende Sicherheitsgarantien boten. Allein die Zentralkommission durfte künftig die Teilnahme von NSDAP-Mitgliedern an Streiks genehmigen. Die Auflösung der wirtschaftspolitischen Ab-

teilung in der Reichsleitung und des Reichswirtschaftsrates der NSDAP sollten nach außen dokumentieren, daß die Partei selbständige ökonomische Projekte nicht ausarbeiten, sondern sich als Regierungspartei mit den Verbänden und Institutionen des Kapitals verständigen werde. Besonderen Kontrollmaßnahmen wurden die faschistischen Zeitungen und auch der „Kampfbund des gewerblichen Mittelstandes" unterworfen. Diese Spezialorganisation der NSDAP war erst 1932 zu dem Zweck gegründet worden, den Nazifaschismus für die kleinen Geschäftsleute und selbständigen Handwerker noch anziehender zu machen und sie in die Parteireihen zu locken. Entgegen den Absichten der NSDAP-Führung hatten Führer und Mitglieder dieses Verbandes nicht nur erwünschte oder jedenfalls nicht verbotene antijüdische Kampagnen getragen, sondern darüber hinaus Forderungen nach vermehrten wirtschaftlichen und politischen Rechten in Staat und Gesellschaft gestellt.

Mit den organisationspolitischen Veränderungen rückten einige Naziführer dauernd in die Spitze der Parteihierarchie, während andere an Einfluß verloren. Walther Funk, der in der Zentralkommission die Unterkommission Wirtschaftspolitik leitete, Hitler in Wirtschaftsfragen beriet und den „Kampfbund" kontrollierte, gewann zusätzliche Vollmachten. Demgegenüber besaß Gottfried Feder, der auf dem Höhepunkt der Strasser-Krise ebenfalls einen Urlaub antreten mußte, deutlich geringere Befugnisse. Vor allem hob sich die Stellung Robert Leys, zuletzt Stabsleiter im Reichsorganisationsamt, der praktisch die organisatorische Leitung der Nazipartei übernahm, ohne die herausragende Position seines Vorgängers zu gewinnen. Die Landesinspektionen wurden abgeschafft und Faschistenführer wie Bernhard Rust, Hinrich Lohse, Wilhelm Loeper, Martin Mutschmann wieder ganz auf die Tätigkeit an der Spitze der Gauleitungen konzentriert.[31]

Neue Anweisungen erhielt auch die SA für ihre Tätigkeit; vor allem sollten die Unterführer und Mannschaften während ihres Dienstes sich weniger mit Fragen der Parteitaktik und insgesamt weniger mit politischen Angelegenheiten befassen.[32] Nach dem Antreten zum Dienst hatte die Mannschaft sich künftig höchstens eine halbe Stunde mit Fragen der Politik zu beschäftigen und statt dessen mehr Wehr- und Geländesport zu treiben. Stimmung und Disziplin verfielen in den Reihen der SA dennoch zusehends. Vereinzelt machte sich der Unmut in Schlägereien und Meutereien Luft. Geldsammlungen, mit denen die Braununiformierten die Parteikasse wieder auffüllen sollten und an deren

Ertrag sie auch selbst beteiligt waren – allein in Berlin klapperten am „silbernen" Vorweihnachtssonntag 2 800 SA-Leute mit blechernen Büchsen –, waren außerdem dazu gedacht, zu beschäftigen, abzulenken und die quälende, unbestimmte Zeitspanne des Zuwartens auf eine Wendung der Dinge zu verkürzen. Auch sanfte Weihnachtsstimmung sollte die Gefolgsleute beruhigen. Ihnen wurde empfohlen, mit Hakenkreuzen bemalten Christbaumschmuck zu kaufen und dem „nationalsozialistischen Kind" eine „vorschriftsmäßig" gekleidete SA- oder SS-Puppe unter den Weihnachtsbaum zu legen. Dennoch verlief der Versuch, die SA strikt im Rahmen der gegebenen Befehle zu halten, nicht überall reibungslos.

Den Bestrebungen, die eigenen Reihen straff zu disziplinieren, kam ein politischer „Burgfrieden" entgegen. Die Regierung verbot bis zum 3. Januar 1933 alle öffentlichen politischen Versammlungen. Diese Maßnahme richtete sich hauptsächlich gegen die Aktivität der KPD, die nach ihrem Wahlerfolg den Kampf gegen das staatlich verordnete Massenelend und insbesondere gegen die unmittelbaren Bestrebungen monopolkapitalistischer Kreise, den Nazifaschismus an die Staatsmacht zu bringen, verstärkt fortsetzte und traditionell gerade während der Wochen vor Weihnachten in den Großstädten zu Aktionen gegen Hunger und Kälte aufrief. Schleicher drohte der KPD in einer über den Rundfunk verbreiteten programmatischen Rede „drakonische Ausnahmebestimmungen" an.[33]

Die NSDAP-Führer aber waren durch die Verordnung des „Burgfriedens" der Notwendigkeit enthoben, sich in öffentlichen Versammlungen zu der Wahlniederlage, dem Scheitern ihrer Machtbestrebungen und der Tolerierungspolitik zu äußern. Sie konnten sich darauf konzentrieren, die Parteiapparate und Funktionärsreihen fest in die Hand zu bekommen. Hitler, Ley und andere Naziführer reisten von Gausitz zu Gausitz, um Ordnung zu schaffen. Auf einer Veranstaltung in Stettin wurde gefordert, daß die Partei sich in den folgenden Wochen vor allem antikommunistisch hervorzutun habe. Das würde Hitlers Berufung durch Hindenburg beschleunigen.[34] Nicht überall verliefen die Appelle nach der Regie der Naziführung. Wütend wegen der fortgesetzten Wahlniederlagen, betroffen durch Strassers Parteiflucht, bedrückt durch den Mangel an Geld, brachen innerhalb der Partei und zwischen ihren Gliederungen schwelende Differenzen wieder auf. In Halle kam es anläßlich einer Kundgebung mit Hitler zu schweren Schlägereien zwischen SA- und SS-Einheiten.

Als der „Burgfrieden" endete, wollte die NDSAP-Führung demonstrieren, daß die Reihen, wie es in der Horst-Wessel-Parteihymne hieß, wieder fest geschlossen wären. Das Jahr 1933 werde im Zeichen der Auseinandersetzung zwischen „Hakenkreuz und Sowjetstern" stehen, erklärte Gauleiter Grohé vor 6 000 Nazis in der Großen Messehalle in Köln. Nun stünden die „entscheidende Generaloffensive" und der „Endsturm" bevor. Unumwunden attackierte Grohé die „Schleicher-Reaktion", die Banken, Börsen und Juden diene. Der SA wurde versichert, zu gegebener Zeit werde man der „Kraft der Idee die Kraft anderer Mittel zur Seite stellen". Während der Kölner Kundgebung marschierte eine Formation uniformierter Polizisten auf, der ein Kriminalkommissar eine Fahne vorantrug. Sie war mit einem Polizeistern versehen, auf dem sich anstelle des Reichsadlers ein Hakenkreuz befand. Daß selbst im Repressivapparat tätige Beamte sich öffentlich zu einer Partei bekennen konnten, die die Vernichtung der Weimarer Republik betrieb, zeigte besonders drastisch, wie stark der Einfluß der NSDAP in den Institutionen des bürgerlichen Staates anwuchs.[35] Andererseits wurde an dieser Tatsache auch deutlich, wie weit unter den Regierungen Brüning, Papen und Schleicher die Politik dieses Staatswesens nach rechts getrieben worden war.

Als sich in der ersten Tagesstunde des 4. Januar 1933 die abmarschierende Kölner SA auflöste und den Müden die Worte, wonach es keine Kompromisse und kein Paktieren geben werde, noch in den Ohren klingen mochten, nahte in eben dieser Stadt ein für die Zukunft der NSDAP ebenso wie für das Schicksal der Weimarer Republik wichtiges Treffen. Hitler und von Papen kamen in der Villa des Bankiers von Schröder zusammen. Diese Begegnung, seit Mitte Dezember vorbereitet, bezweckte eine Regierung vorzubereiten, „die lange Zeit an der Macht bleiben würde".[36]

Hitler und von Papen saßen sich in Gegenwart des Hausherrn, während Keppler, Himmler und Heß in einem benachbarten Raum der Villa warteten, nicht einfach als zwei ehrgeizige Intriganten gegenüber, sondern als diejenigen Politiker, von deren Verständigung sich führende Vertreter des Monopolkapitals die Behebung der chronischen Charakter annehmenden politischen Krise erhofften. Beide Politiker kalkulierten ein, daß keiner allein eine Lösung zu bieten hatte. Hitler konnte davon ausgehen, daß – nachdem auch Schleicher eine Alternative zur faschistischen Massenbasis nicht hatte schaffen können – nun er an der Reihe sei. Papen, der keine ihrer Zahl nach ins Gewicht

fallende Gefolgschaft besaß, verfügte hingegen über die unentbehrlichen Beziehungen zum Reichspräsidenten, bei dem er die letzten Hindernisse für die Berufung einer Hitlerregierung beseitigen wollte. Hitler wußte, daß es ohne Kompromisse nicht abgehen würde. Und Papen seinerseits war gekommen, sie auszuhandeln. Derart waren durch die Klassen- und Machtkämpfe des verflossenen Jahres die Bedingungen für eine Aussöhnung und eine Übereinkunft der beiden Reaktionäre herangereift. Die in den politischen Rivalitäten des Jahres 1932 scheinbar ganz verfeindeten Personen konnten sich verständigen, nachdem alle Versuche, die Krise des Weimarer Staates ohne die faschistische NSDAP reaktionär zu überwinden, mit negativem Ergebnis erprobt und – unter dem Eindruck dieser Erfahrung – konkurrierende politische Projekte monopolkapitalistischer Gruppierungen einander weitgehend angeglichen worden waren. Zugleich existierte auch ein Zwang, das weitere gemeinsame Vorgehen jetzt auszuhandeln. Er war von doppelter Natur. Eine wachsende Gruppe von Monopolkapitalisten und Großagrariern erwartete, daß ein starkes Regime geschaffen wurde, und diese Erwartung besaß nicht den Charakter eines vagen Wunsches, sondern die Qualität einer Forderung der Eigentümer mächtiger Produktionsmittel an ihre Politiker. Und andererseits konnte der NSDAP-Führer so wenig wie sein Gegenüber Papen ausschließen, daß er aus seiner Favoritenstellung stürzte.

Die beiden Politiker erzielten „eine prinzipielle Einigung".[37] Sie schloß für den Exkanzler eine herausragende Stellung in der Hitlerregierung ein – Papen sprach von gemeinsamer Führung, was faktisch nur eine Aufwertung des Vizekanzlerpostens bedeuten konnte. Auch der DNVP waren im Präsidialkabinett Ministersessel zugedacht. Bereits vor dem Hitler-Papen-Treffen hatten Keppler und von Schröder das Verfahren erörtert, nach dem die Ernennung der Hitlerregierung vor sich gehen sollte. Hitler würde demnach an Schleichers Stelle treten, ohne daß der Reichstag noch einmal aufzulösen wäre. Erst wenn der NSDAP-Führer sich im Kanzler-Palais befand – gewissermaßen auf den Schwingen des Sieges und unter Ausnutzung der gewonnenen Machtfülle –, sollte der Wahlkampf geführt werden. Als günstigsten Zeitpunkt für die Machtübergabe an die Faschisten wurden die ersten Monate des Jahres 1933 angesehen. Dabei spielte sowohl der Entschluß eine Rolle, die angestrebte Entscheidung nicht mehr lange aufzuschieben, wie auch die Absicht, den zu erwartenden Rückgang der konjunkturellen und saisonbedingten Arbeitslosigkeit dazu auszunut-

zen, das neu zu etablierende Regime von Anfang an in einem ökonomischen Aufwind segeln zu lassen.[38]

Was den beiden Gästen Schröders am 4. Januar einzig mißlang, war die Geheimhaltung ihres Treffens. Die Wahrheit frech auf den Kopf stellend, ließ Hitler dementieren, daß es sich in Köln um einen von westdeutschen Industriellen unternommenen Vermittlungsversuch zwischen ihm und Papen gehandelt habe. Er sei einer privaten Einladung zu einer Aussprache mit dem ehemaligen Kanzler gefolgt. Auch sei es weder darum gegangen, der NSDAP aus der Krise zu helfen, noch die Partei an die „Wirtschaft" zu verkaufen.[39]

Während Papen nach dem Kölner Treffen in Düsseldorf und Dortmund mit Industriellen und DNVP-Politikern verhandelte, sich danach nach Berlin begab, um in der Kamarilla um den Reichspräsidenten den vereinbarten Plan voranzubringen, konferierten Hitler, Heß und Göring schon am 7. Januar im Hause Emil Kirdorfs mit finanzkapitalistischen Förderern der NSDAP. In raschem Tempo entfaltete sich die Verschwörung.

In dieser Phase der unmittelbaren Vorbereitung der Machtübergabe an die nazifaschistische Führungsgruppe erwartete und verlangte Hitler von allen Organisationen der NSDAP vor allem die absolute Ausrichtung des Kampfes gegen die revolutionäre Vorhut der Arbeiterklasse. Aktionen gegen die KPD sollten die faschistischen Politiker um Hitler von jedem bürgerlichen Verdacht reinigen, sie verfolgten andere als konterrevolutionäre Ziele. Zudem erstrebte die NSDAP-Reichsleitung den Nachweis, daß die Parteikräfte wieder wuchsen. Dazu bot sich eine willkommene Gelegenheit durch die Landtagswahlen, die in Lippe, einem der kleinsten Länder des Reiches, am 15. Januar fällig waren. Die NSDAP, die unter der überwiegend evangelischen bäuerlichen und kleinstädtischen Bevölkerung bereits starken Einfluß besaß, konnte hoffen, hier in einem entscheidungsvollen Moment Anhänger zurückzugewinnen. Hitler, Goebbels und andere Parteiführer, sonst an die Kundgebungshallen der Städte gewöhnt, redeten nun Tag für Tag in abgelegenen Dörfern. Der riesige Aufwand der Nazipartei trug ihr etwa 39 Prozent der Wählerstimmen ein. Absolut hatte sie gegenüber den Reichstagswahlen im November 1932 ganze 5 806 Anhänger zurückholen, das Wahlergebnis vom Juli 1932 aber nicht wieder erreichen können. Das an sich unbedeutende Ereignis wertete die Nazipropaganda maßlos auf; angeblich bestätige es, daß die Partei wieder auf dem unaufhaltsamen Vormarsch wäre. Selbst Stimmengewinne bei

den Gemeindewahlen in der kleinen westdeutschen Ortschaft Brühl und bei den Wahlen für den Beamtenausschuß im Breslauer Regierungs- und Polizeipräsidium feierte die Nazipresse wie triumphale Siege.[40]

Hitler fuhr nach dem Wahlkampf in Lippe zunächst nach Weimar, wo er den Gauleitern am 16. Januar das Vorgehen für die kommenden Wochen noch einmal einprägte. Das war um so dringender, als die Zusammenkunft mit Papen und deren Resultate an der organisatorischen Basis der NSDAP nicht sogleich die nötigen taktischen Wendungen bewirkte.

In den folgenden Wochen fanden dann Gespräche in dem politischen Dreieck NSDAP-Führung, DNVP-Spitze und Präsidenten-Kamarilla statt. Sie betrafen den Zeitpunkt des Sturzes der Schleicherregierung, die personelle Besetzung des Hitlerkabinetts, die Heranziehung weiterer politischer Kräfte. Von Weimar reiste der NSDAP-Führer in die Reichshauptstadt, in der Hindenburg bereits am 14. Januar den Vorsitzenden der DNVP empfangen hatte. Am 17. Januar trafen sich Hitler und Hugenberg, um in konkrete Verhandlungen über eine gemeinsame Regierung einzutreten. Einen Tag später sah Hitler Papen zwecks weiterer Verständigung wieder. Am 22. Januar konferierten im Berliner Haus des Naziführers Joachim von Ribbentrop Hitler, Papen und Hugenberg in Anwesenheit des Staatssekretärs des Reichspräsidenten, Otto Meißner, und des Hindenburg-Sohnes Oskar. Was zwischen Hitler und Hugenberg zu klären blieb, war am 27. Januar Gegenstand eines erneuten Gesprächs der beiden Parteiführer. Tags darauf wurde das Kabinett Schleicher zum Rücktritt gezwungen. Unverblümt sprachen sich nun großbürgerliche Zeitungen für die Berufung der extrem reaktionären Politiker an die Staatsspitze aus.

In der immer hektischeren Atmosphäre vernachlässigten die Faschistenführer keinen Moment die Probleme, welche mit der Beherrschung ihres Massenanhangs zusammenhingen. Hitler sprach am 20. Januar vor den NSDAP-Amtswaltern auf einer Kundgebung im Berliner Sportpalast. Am 22. Januar trat Göring vor Faschisten in Dresden auf und rief, an Schleicher gewandt, aus, daß die Torpedos des Reichskanzlers gegen die NSDAP auf „Panzerplatten der Treue" treffen würden, mit denen die faschistische Partei angeblich versehen sei.[41]

Unter Polizeischutz marschierten am 22. Januar Tausende von SA-Mitgliedern vor den Sitz des Zentralkomitees der KPD am Berliner

Bülowplatz. Die provokatorische „Front zum Liebknecht-Haus“ und der anschließende Marsch zum Grabe Horst Wessels, an dem Hitler einen Gedenkstein enthüllte, diente der Aufhetzung gegen die antifaschistischen Kräfte des Proletariats. Dieser faschistische Aufmarsch besaß in zweifachem Sinne orientierende Bedeutung. Dem bürgerlichen In- und Ausland sollte noch einmal sichtbar gemacht werden, wen der Faschismus als seinen Hauptfeind ansah. Und den SA- und SS-Leuten wurde sinnfällig gezeigt, wen sie nach den Befehlen ihrer Führer vor allem zu bekämpfen und zu vernichten hatten. In diese doppelte Absicht paßte der Befehl an die faschistischen Kohorten, sich diesmal noch auf die Drohung zu beschränken und auch jeden Konflikt mit den zu ihrem Schutz aufgebotenen Polizeikräften zu vermeiden. Dieses von der faschistischen Führung im Zentrum Berlins gestellte Bild von der SA stand in krassem Gegensatz zu den fortgesetzten mörderischen Gewalttaten der Nazis in allen Teilen des Reiches. Allein in der Zeit vom 1. bis zum 24. Januar 1933 ermordeten die Nazis elf Antifaschisten und verletzten etwa 300 ihrer Gegner.

Bis in die entscheidungsvollen Tage des Januar 1933 unternahm die KPD alle Anstrengungen, damit die Kräfte des antifaschistischen Widerstandes schneller wuchsen „als die Kräfte der faschistischen Konzentration“. Alles würde, wie Walter Ulbricht auf dem Berliner Bezirksparteitag der KPD kurz nach den Novemberwahlen gesagt hatte, „von der Wucht der Einheitsfrontaktion der Werktätigen“ abhängen.[42] Machtvolle Versammlungen und Aufmärsche fanden in Berlin, Dresden und anderen Städten statt. Am 4. Januar sprach Wilhelm Florin vor 100 000 Menschen im Berliner Lustgarten. Ernst Thälmann und Maurice Thorez wandten sich am 15. Januar in alarmierenden Appellen von den Gräbern Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs aus an die Arbeiter der Reichshauptstadt. Zu einer denkwürdigen Demonstration gegen den Faschismus wurde der mehrstündige Marsch, mit dem am 25. Januar die Provokation der NSDAP beantwortet wurde, die drei Tage zuvor stattgefunden hatte. Dieser Kampf gegen den zur Macht drängenden Faschismus forderte immer neue Opfer, und dies nicht allein durch den Naziterror. Neun Tote waren zu beklagen, als eine Polizeieinheit das Feuer auf die Teilnehmer einer Versammlung in Dresden richtete. Obwohl die direkte Einflußnahme der Kommunisten in vielen Betrieben erschwert war, weil die Mitglieder der KPD und mit ihr sympathisierende Arbeiter als erste auf die Entlassungslisten geschrieben worden waren, suchte die revolutionäre Partei die Prole-

tarier in den Betrieben der Schlüsselindustrien zu erreichen und zu höchster Wachsamkeit aufzurufen. Gerade ihr Handeln konnte in dem Augenblick, da die Aufrichtung der faschistischen Diktatur versucht wurde, die größte Tragweite erlangen.

Der wehrhafte Kampf der KPD gegen den Faschismus verband sich stets auch mit Anstrengungen, die Antifaschistische Aktion zu verbreitern. Das führte zu Teilerfolgen, eine grundlegende Wandlung des Kräfteverhältnisses zwischen Faschismus und Antifaschismus vermochten die Kommunisten aber infolge des Widerstandes der rechten Führer der SPD und der Gewerkschaften nicht zu erreichen. Die Spaltung der Arbeiterklasse, eine Bedingung für den Sieg des Faschismus, blieb aufrechterhalten. Der sozialdemokratische Parteivorstand verharrte auf den seit 1918 eingenommenen antikommunistischen Positionen. Forderungen aus den Reihen der Mitgliedschaft, die proletarische antifaschistische Einheitsfront zu schaffen, begegneten die rechtssozialdemokratischen Politiker auch mit glatten Beschwichtigungen. Am 1. Januar 1933 schrieb der „Vorwärts“: „Bei der Hochfinanz, bei Schwerindustrie und Großgrundbesitz hat der Hitlerismus schon seit längerer Zeit abgewirtschaftet.“

Ende Januar 1933 konnten extrem reaktionäre Kräfte den Weimarer Staat zur Strecke bringen. Ihr parteipolitisches Hauptinstrument bei der Errichtung eines offen diktatorischen Regimes war nicht zufällig die NSDAP geworden. Die deutsche Monopolbourgeoisie brauchte eine Partei, deren Programmatik nach innen wie nach außen hemmungslos aggressiv war. Sie suchte eine Partei, die den volksfeindlichen und expansiv-kriegerischen Kurs auf eine breite Massenbasis stellen konnte. Sie verlangte nach einer Partei, deren Führungsgruppe skrupellos, abenteuerlich, brutal bis zur Unmenschlichkeit und damit geeignet war, dem deutschen Volke jegliche Opfer zugunsten des Imperialismus abzuverlangen und anderen Völkern jedwede eigenen Lebensrechte zu rauben. Die Nazipartei erfüllte diese Anforderungen wie keine andere parteipolitische Organisation der deutschen Bourgeoisie. Wissend und nicht irrtümlich wurde ihr die Macht übertragen. Vorsätzlich und nicht versehentlich wurde sie führende und bald darauf auch einzige Staatspartei in der faschistischen Diktatur.

Die Republik von Weimar vernichteten diejenigen Kräfte des deutschen Monopol- und Großkapitals, die in ihr von Anfang an nur eine zeitweilige Lösung ihrer Herrschaftsprobleme gesehen hatten. Um diesen grundlegenden Tatbestand vergessen zu machen, haben bürgerliche

Politiker und Historiker die Legende erfunden, die bürgerlich-parlamentarischen Zustände seien von den Faschisten gewissermaßen auf eigene Rechnung beseitigt worden und die Kommunisten hätten ihnen dabei Hilfsdienste geleistet. Wahr ist hingegen, daß die deutschen Kommunisten wie keine andere politische Kraft den Nazifaschismus mit Wort, Schrift und Tat, in Städten und Dörfern, auf Straßen, in Versammlungssälen und in Parlamenten mutig bekämpften. Unbestreitbar bleibt, daß die Kommunisten in diesem Kampf, noch bevor die faschistische Diktatur errichtet wurde, die größten Opfer brachten – Opfer an Gut und persönlicher Freiheit, an Blut und Leben.

Der Kampf der KPD gegen den Faschismus konnte freilich nicht der Verewigung der Weimarer Zustände gelten, die – sozial und staatlich gesehen – ja den Nährboden für die Entstehung und das Wachstum der faschistischen Parteien und Organisationen abgegeben hatten. Er richtete sich auf die Bewahrung und Erweiterung der von den Faschisten attackierten bürgerlich-demokratischen Rechte und Freiheiten, die sich die Volksmassen erkämpft hatten, um von diesem Boden aus revolutionär zum Sozialismus fortzuschreiten.

Die harten Auseinandersetzungen mit dem an die Macht drängenden Nazifaschismus, wiewohl sie ihr Hauptziel infolge der reformistischen Sabotage am gemeinsamen Kampf der Arbeiterklasse nicht erreichten, bedeuteten doch keineswegs nur verlorene Schlachten. Die revolutionäre Arbeiterbewegung kann nicht anders zu ihren großen geschichtlichen Zielen gelangen als dadurch, daß sie sich in allen Situationen der Macht des Kapitals mit allen ihren Instrumenten, ihren politischen Parteien und deren Führern unerschrocken entgegenstellt. Die KPD war die einzige Arbeiterpartei, die am Beginn der dreißiger Jahre die Herausforderung des deutschen Imperialismus mutig annahm. In ihren Kämpfen gegen den Nazifaschismus bewährten sich die Kader, die auch unter den Bedingungen der faschistischen Diktatur in der Gewißheit weiterkämpften, daß sie eines Tages ihre Stunde herbeiführen würden.

Zunächst aber war die Vernichtung der Weimarer Republik, von den einflußreichsten Kräften der deutschen Bourgeoisie betrieben und durch die rechten Führer der Sozialdemokratie verschuldet, vor allem eine Niederlage des Volkes, der Arbeiterklasse, ihrer revolutionären Partei und aller demokratischen Kräfte. Deren Tragweite reichte weit über Deutschlands Grenzen, denn der faschistische deutsche Imperialismus ging auf den zweiten Weltkrieg aus.

9. Kapitel

Ein verbrecherisches Regime wird errichtet

Am 30. Januar 1933 wurde Hitler vom Reichspräsidenten Hindenburg zum Reichskanzler ernannt, und auch die anderen Minister des faschistischen Kabinetts erhielten ihre Urkunden. Die NSDAP war rund dreizehn Jahre nach ihrer Gründung an ihrem ersten Ziel. Ihre Führer besaßen den Auftrag, die inneren Herrschaftsprobleme des deutschen Imperialismus zu bewältigen und dessen Expansionspläne nach außen zu verwirklichen.

Das äußere Bild des 30. Januar 1933 aber war für viele Deutsche verwirrend. Demonstrativ erschien Hitler vor dem Reichspräsidenten nicht in Parteiuniform, sondern im festlichen Zivilanzug. Und der Parteipolitiker, dem die bürgerliche und sozialdemokratische Presse solange nachgesagt hatte, er akzeptiere nur die „Alleinherrschaft", leitete ein Kabinett, in dem lediglich zwei weitere NSDAP-Führer Ministerposten erhielten. Frick bekam das Reichsinnenministerium, Göring trat als Minister ohne Geschäftsbereich in die Regierung und übernahm gleichzeitig das Innenministerium in Preußen. Damit war der von den Faschistenführern seit 1930 erhobenen Forderung voll Rechnung getragen, der NSDAP im Reich und im größten Land die Ministerämter zu übergeben, mit denen sich die Befehlsgewalt über die Polizeitruppen verband. Die Besetzung des Reichswehrministeriums hatte sich Hindenburg hingegen vorbehalten und seine Leitung dem pronazistischen General Werner von Blomberg übertragen.

Daß drei NSDAP-Minister in der faschistischen Koalitionsregierung nur ein knappes Drittel des Ministerkollegiums stellten, veranlaßte bürgerliche Politiker zu allerlei Spekulationen. Vor allem wurde behauptet, die Hitlerfaschisten wären in der Regierung eingerahmt und könnten daher ihr Programm nicht nach Belieben verwirklichen. Auch der Parteivorstand der SPD sprach lediglich von „einer reaktionären

großkapitalistischen und großagrarischen Konzentration".[1] Demgegenüber stellte der Aufruf der KPD vom 30. Januar 1933 fest: „Dies neue Kabinett der offenen, faschistischen Diktatur ist die brutalste, unverhüllteste Kriegserklärung an die Werktätigen, die deutsche Arbeiterklasse!" Über die zu erwartende Politik der Hitlerregierung wurde gesagt: „Schamloser Raub der Löhne, schrankenloser Terror der braunen Mordpest, Zertrampelung der letzten spärlichen Überreste der Rechte der Arbeiterklasse, hemmungsloser Kurs auf den imperialistischen Krieg – das alles steht unmittelbar bevor."[2]

In der Tat trat kein Minister in dieses Kabinett mit der Absicht ein, die Anschläge gegen das Volk und den Frieden zu verhindern. Die Faschisten ohne NSDAP-Parteibuch waren mit Hitler, Frick und Göring gundsätzlich eines Sinnes. Das galt für die deutschnationalen Partner, den Vorsitzenden der DNVP, Hugenberg, der die Ministerien für Wirtschaft und Ernährung im Reich und in Preußen übernahm, für den Stahlhelmführer Franz Seldte, der das Arbeitsministerium leitete, und für den Reichsjustizminister Franz Gürtner, der schon als bayerischer Justizminister seine Hand schützend über die NSDAP hielt. Das traf auch für den Reichsaußenminister Konstantin Freiherr von Neurath, den Post- und Verkehrsminister Paul Freiherr Eltz von Rübenach und den Finanzminister Lutz Graf Schwerin von Krosigk zu, die sämtlich – wie auch Gürtner – aus dem Kabinett Schleicher übernommen wurden. Franz von Papen aber hatte mehr als jeder andere Kanzler der Weimarer Republik die demokratischen Kräfte bekämpft und auf die vollständige Liquidierung der bürgerlichen Verfassung hingearbeitet.

Wie war es möglich, daß die NSDAP-Mitgliedschaft dieses Hitlerkabinett mit fünf Ministern, die Adelstitel besaßen, darunter ein Graf, ein Baron und zwei Freiherren, mit Hugenberg, dem ehemaligen Krupp-Direktor und Eigentümer eines Presse- und Filmkonzerns, als eine Regierung des „nationalen Sozialismus" annahm, statt das Regime sogleich als einen Zusammenschluß auf ihre Kosten, als einen Verrat auch an ihren Erwartungen und Hoffnungen zu erkennen? Tatsächlich fanden die Nazis Hitlers Gesellschaft nicht anstößig, sondern ließen sich von der Nachricht, ihr Parteiführer sei Reichskanzler geworden, in eine Jubelstimmung versetzen, die von der Parteipropaganda zum Rausch gesteigert wurde. Am Abend des 30. Januar marschierten die SA-Kolonnen, aus dem Berliner Tiergarten durch das Brandenburger Tor kommend und ein immer dichter werdendes Spalier ihrer Anhänger teilend, durch die Wilhelmstraße. Die Arme zum Faschistengruß ge-

reckt, aus heiseren Kehlen immer wieder Sieg und Heil herbeirufend, brachten sie Hitler eine ekstatische Huldigung dar. So war kein Kanzler vor ihm begrüßt worden.

Die Szene rief den Eindruck hervor, den die Regie des Reichspropagandaleiters der NSDAP beabsichtigte. Sie sollte in Deutschland und für die Weltöffentlichkeit demonstrieren, daß von nun an ein „Volkskanzler" regiere. Zu diesem Zweck griff Goebbels, der wortgewandteste unter den Faschistenführern, selbst zum Mikrofon. Den immerhin schon nach Millionen zählenden Rundfunkhörern entwarf er ein Bild vom angeblich historischen Geschehen in der Berliner Innenstadt und unterlegte der Stunde eine verlogene Bedeutung. „Deutschland erwache", so lautete die faschistische Parole. Sie sollte nationalistische Gefühle aufpeitschen und an Heldensagen erinnern, die von Recken und Riesen erzählen, die sich nach langem Schlaf zu neuen Taten erheben.

Hitler, der an einem Fenster der Reichskanzlei auf die Scharen seiner Getreuen herabgrüßte, die gläubig, nicht wenige in Verzückung zu ihm heraufjubelten, mimte schlichte Ergriffenheit. Er strengte sich an zu verbergen, wie zermürbt und nervös er nach den Wochen und Monaten war, in denen er auf diesen Moment hingearbeitet und auch einfach gewartet hatte. Jetzt stand er, mittlerweile im 44. Lebensjahr, an den Schalthebeln des Räderwerks, das die deutsche Arbeiterbewegung, ihre Parteien und Organisationen vernichten und alle demokratischen und auch liberalen Regungen in Deutschland abtöten sollte. Dadurch sollte im Innern des Reiches der „totale Burgfriede" hergestellt werden, der seit den Erfahrungen der Novemberrevolution der herrschenden Klasse als conditio sine qua non des Revanchekrieges galt. Die Schlacht gegen Kommunisten, Sozialisten, Demokraten und andere Gegner wollte Hitler mit denen schlagen, die ihn dort unten im Schein ihrer Fackeln enthusiastisch feierten und die er im Grunde seines Herzens doch tief verachtete. Ihre konterrevolutionäre Kraft, kombiniert mit den Machtmitteln des bürgerlichen Staates – insbesondere der Polizei, der Politischen Polizei und der Justiz –, sollte die Bahn für die politische und geistige Beherrschung des Volkes freimachen. Die nächtliche Demonstration war so vor allem auch als Bekundung von Stärke gegenüber der deutschen Arbeiterbewegung gedacht, und noch in der gleichen Nacht begannen Trupps der SA und der SS namentlich in den Berliner Arbeitervierteln die Gegner des Faschismus niederzuknüppeln und mit ihnen „abzurechnen". In diesen Aktionen zeigte sich am bru-

talsten das antikommunistische und antirevolutionäre Wesen des Nazifaschismus.

Bereits am Nachmittag des 30. Januar hatte das Kabinett einen Beschluß gefaßt, der die Taktik der Aufrichtung der faschistischen Diktatur betraf.[3] Die KPD und die anderen antifaschistischen Organisationen sollten nicht sofort verboten werden. Zunächst würde der Reichstag wieder aufgelöst und in einem letzten Wahlkampf die Überlegenheit der Regierungsparteien nachgewiesen und deren pseudodemokratische Legitimation nachträglich erlangt werden. Von diesem Vorgehen versprach sich die NSDAP-Führung einen überwältigenden politischen und psychologischen Sieg, der die Wahlniederlage des November 1932 endgültig vergessen machen würde. Zugleich kalkulierte sie, daß die rechten Führer der SPD das Angebot des Wahlkampfes annehmen und damit den Appell der KPD ausschlagen würden, die ungefestigte Herrschaft der Faschisten mit der einzig erfolgversprechenden Waffe des Genralstreiks zu bekämpfen. Denn das Zentralkomitee der KPD hatte den rechtssozialdemokratischen Führern – wie schon beim Papen-Staatsstreich in Preußen – sofort nach der Übergabe der Regierungsgewalt an das faschistische Kabinett vorgeschlagen, gemeinsam mit dem ADGB der Regierung durch die vollständige Stillegung von Industrie und Verkehr, Verwaltung und Nachrichtenwesen Paroli zu bieten. Nicht anders als die Kapp-Putschisten 1920 oder die Regierung des Reichskanzlers Cuno 1923 hätte auch das Hitlerkabinett einem derartigen Gegenangriff kaum standhalten können.

Tatsächlich beließ es der Vorstand der SPD in seinem Aufruf vom 31. Januar aber bei allgemeinen, sich gegen die antifaschistische Aktionseinheit richtenden Ermahnungen zu Bereitschaft, Kaltblütigkeit, Entschlossenheit, Disziplin und Einigkeit, ohne den Parteimitgliedern eine Aktionslosung für die Stunde zu geben. Die rechten sozialdemokratischen Führer beteuerten, den Boden der Verfassung solange nicht verlassen zu wollen, wie es die Regierung nicht täte, und verlangten von den Mitgliedern, die Gesetze zu achten. Mit dem Hitlerfaschismus sollte in einer neuen Wahlschlacht abgerechnet werden. Wie der Vogel, der auf die für ihn präparierte Leimrute gehüpft ist, sich nicht mehr zum Fluge erheben kann, so sehr er mit den Flügeln schlägt, so verurteilten die rechtssozialdemokratischen Parteipolitiker ihre Mitglieder zu vergeblichen Kraftanstrengungen. Denn mit dem Stimmzettel allein war dem sich etablierenden Faschismus nicht beizukommen.

Der Aufruf der KPD zum Generalstreik verlangte demgegenüber,

sofort den Kampf mit allen Mitteln, die der Arbeiterklasse zu Gebote standen, zu organisieren. „Heraus auf die Straße! Legt die Betriebe still! Antwortet sofort auf den Anschlag der faschistischen Bluthunde mit Streik, mit dem Massenstreik, mit dem Generalstreik!"[4] In der Gewißheit, daß Kommunisten, Sozialdemokraten und Gewerkschaftsmitglieder auch jetzt noch der faschistischen Herrschaft den Weg verlegen konnten, appellierte das Zentralkomitee der KPD an den sozialdemokratischen Vorstand, den außerparlamentarischen Kampf gemeinsam zu führen. Vergeblich! Der Entschluß der reformistischen Führerschaft, die Regierung Hitler als legal und verfassungsmäßig zu betrachten und ihr mit bürgerlich-parlamentarischen Mitteln – Wahlparolen, Stimmscheinen und Mißtrauensanträgen – entgegenzutreten, war unumstößlich. Er verschaffte den ärgsten Feinden der Arbeiterklasse und der Nation, was sie vorderhand am nötigsten brauchten: Zeit. So veränderte sich bereits in den ersten Stunden der faschistischen Diktatur das Kräfteverhältnis zwischen Faschisten und Antifaschisten nachhaltig zuungunsten der letzteren.

Die Haltung der rechten SPD-Politiker und – in deren Gefolge – auch der ADGB-Führer nahm der faschistischen Reaktion die Furcht vor dem Generalstreik, der sie augenblicklich vor die Entscheidung gestellt hätte, SA, SS, Polizei und Reichswehr gegen die Arbeiterklasse einzusetzen. Erleichtert konnte sich Hitler folglich am 3. Februar zu einer internen Besprechung mit den höchsten Befehlshabern der Reichswehr und der Reichsmarine begeben. Ohne die Hilfe der Reichswehrgenerale für die Befestigung der innenpolitischen Macht des faschistischen Regimes erbitten zu müssen, konnte Hitler die zwei strategischen Etappen faschistischer Weltmachtpolitik erläutern, die er vor sich sah. In der ersten, kriegsvorbereitenden, sollte die bürgerliche Demokratie beseitigt, der Marxismus „mit Stumpf und Stiel" ausgerottet, eine auf der allgemeinen Wehrpflicht beruhende militärische Streitmacht aufgebaut, das Volk, insbesondere seine Jugend, ideologisch auf den Krieg eingestellt und ein internationales Bündnissystem geschaffen werden. In der zweiten würde Krieg geführt werden, wobei Hitler zunächst offenlassen konnte, ob sich die Aggression zuerst gegen die imperialistischen Rivalen im Westen richten oder sogleich der Eroberung von Gebieten Osteuropas und deren rücksichtsloser „Germanisierung" gelten sollte.

Vor den Generalen ging Hitler auch auf die zukünftige Funktion der SA ein. Er versicherte ihnen, daß im Unterschied zum faschistischen Regime in Italien „keine Verquickung von Heer und SA beabsichtigt"

Hitler und Hindenburg am sogenannten Tag von Potsdam (21. März 1933)

Sozialdemokratische Politiker im KZ Oranienburg (1933)

„Wie im Mittelalter – so im Dritten Reich".
Fotomontage von John Heartfield (1934)

sei, und zerstreute damit Befürchtungen innerhalb der Reichswehrführung, welche die Schlagkraft der Wehrmacht ebenso betrafen wie die Stellung und Privilegien der Generalität.[5]

Hitlers Erklärung über die künftige Rolle der SA galt nur dem Spezialfall eines generellen Problems, das mit dem 30. Januar für die Reichsleitung der NSDAP entstand. Es betraf den Platz und die Rolle der Nazipartei im faschistischen Staat und ihr Verhältnis zu den anderen Machtorganen der Diktatur. Während die obersten faschistischen Führer trachteten, die NSDAP zur unentbehrlichen Staatspartei des faschistischen deutschen Imperialismus zu machen und sich dadurch selbst eine dauerhafte und mächtige Stellung zu sichern, existierten unter den Mannschaften der SA, der Masse der – zumeist kleinbürgerlichen – Parteimitglieder und Führern auf unterer Ebene höchst vage Vorstellungen darüber, wie der Machtgewinn der Nazipartei auch ihnen zum Vorteil gereichen könnte. Beider Interessen waren miteinander unvereinbar, denn sie unterschieden sich nach ihrer Klassennatur. Hitler und mit ihm die anderen höchstgestellten NSDAP-Führer hatten – wie antibürgerlich sie sich immer gebärdeten – den Weg an die Staatsspitze als bürgerliche Politiker gefunden und waren objektiv wie subjektiv auf diese Rolle fixiert. Sie besaßen keine vergleichsweise erfolgversprechende Lebensalternative und wollten, nun in Schlüsselstellungen des imperialistischen Systems einrückend, ihre konterrevolutionäre Karriere als Politiker von Weltgeltung machen und in die Geschichte als „große Männer" eingehen. Der größte Teil der einfachen Mitglieder der NSDAP hingegen verfolgte ungleich bescheidenere, ihrem Wesen nach kleinbürgerliche Ziele. Er glaubte den Führern noch, daß sie sich für die Belange der kleinen Leute einsetzen würden. Dieses mit der Machtübergabe entstandene Problem mußte sich zu einem Konflikt ausweiten, denn im Verlauf der Etablierung der faschistischen Diktatur würde auch dem einfältigsten und noch so verblendeten Nazi der Widerspruch zwischen den Interessen der NSDAP-Führung und seinen eigenen Nöten und Sorgen bewußt werden.

Zunächst deckte nicht nur der Siegesrausch vieles zu, sondern auch die Hektik des neuen Wahlkampfes, den Hitler am 10. Februar im Berliner Sportpalast eröffnete. Nun hatte die erneut aufs höchste mobilisierte Mitgliedschaft nahezu vier Wochen wieder mit martialischen Gesichtern, Parolen und Lieder brüllend, durch die Straßen zu marschieren, sich in Kundgebungshallen der Großstädte zu versammeln, in Chöre des Beifalls, des Haßgebrülls oder des Hohngelächters aus-

zubrechen, tags mit Wahllosungen auf Lastwagen durch Ortschaften zu fahren und nachts kommunistische und andere Parteilokale zu überfallen, in Arbeiterwohnungen einzudringen und auf heimkehrende politische Gegner einzuschlagen, sie zu terrorisieren und Schrecken zu verbreiten.

Der Wahlkampf des Februar/März 1933 ähnelte jenen voraufgegangener Jahre und war dennoch beispiellos. Mordbuben der SA und SS konnten ihr Handwerk diesmal ungestraft verrichten. Bereits am 12. Februar, zwei Tage nach Beginn der Wahlkampagne, verübten mehrere hundert bewaffnete SA-Leute aus dem Bezirk Halle-Merseburg unter den Antifaschisten Eislebens ein Blutbad. Tags darauf sprach der Führer der SA-Gruppe Mitte, von Tschammer und Osten, den SA-Einheiten seine „volle Anerkennung" dafür aus, daß sie „reinen Tisch machten". Überall sollte nun so vorgegangen werden, „daß dem Gegner Hören und Sehen vergeht".[6] Offen wurden Rache- und Mordgelüste angestachelt.

Dieses Treiben, das allen noch existierenden Gesetzen hohnsprach, war möglich, weil die Parteien der Regierungskoalition sowie deren paramilitärische Verbände, SA, SS, Hitlerjugend, Stahlhelm und Jungstahlhelm, nun als dem Staat „befreundete" Organisationen galten und den staatlichen Behörden befohlen wurde, ihre Tätigkeit zu fördern.[7] Politische Polizei und Justiz hatten jede Kontrolltätigkeit, die sich auf diese Parteien und Organisationen richtete, einzustellen und die darüber geführten Akten zu schließen. Die Statistik über die politischen Morde wurde nicht mehr geführt. Diesen Kurs sicherten Frick und Göring, indem sie alle Polizeibeamten entfernten, die irgendwelcher Antipathien gegen den Faschismus verdächtig waren. Sozialdemokraten, demokratische oder liberal gesinnte Personen, soweit sie die antidemokratischen Maßnahmen der Papenregierung überdauert hatten, mußten ihre Staatsposten für Nationalsozialisten und Deutschnationale räumen. In seiner Eigenschaft als preußischer Innenminister forderte Göring am 17. Februar die Polizeieinheiten direkt dazu auf, gegen Kommunisten und andere antifaschistische Kräfte von der Schußwaffe ohne Zögern Gebrauch zu machen. Während der faschistische Minister jenen Schutz versprach, die Arbeiter bedenkenlos erschossen, drohte er den Polizisten Strafen an, die nicht rigoros genug vorgingen. Fünf Tage später wurden in Preußen der SA, der SS und dem Stahlhelm durch einen weiteren Erlaß des Innenministers faktisch Polizeifunktionen zuerkannt. Mit der Begründung, die Berufsbeamten könn-

ten ihre Aufgaben allein nicht mehr bewältigen, erhielten 50 000 Mitglieder der paramilitärischen Formationen der „nationalen Parteien" die Stellung von Hilfspolizisten.[8] Die Bestimmung, daß diese Hilfspolizisten nur unter dem Kommando von Polizeibeamten eingesetzt werden sollten, besaß nur formale Bedeutung. Mit leichten Infanteriewaffen ausgerüstet, patrouillierten Angehörige der faschistischen Trupps durch die Arbeiterviertel, beteiligten sich alsbald an der Fahndung nach Antifaschisten und ihrer Verschleppung in Gefangenanstalten und betätigten sich als brutal zuschlagende, sich in allen Methoden der Menschenquälerei perfektionierende Vernehmungsbeamte. Das von ihnen praktizierte Verfahren, Informationen und Geständnisse aus Menschen herauszuschlagen – eine Bestialität, deren sich die herkömmlichen Polizeieinheiten und -beamten als noch nicht fähig erwiesen –, galt Göring als so erfolgreich, daß er wenig später die generelle Weisung erteilte, Kommunisten und andere Gegner des Regimes zeitweilig der SA und SS zu übergeben, damit sie ihre Opfer den scheußlichsten Torturen unterwerfen konnten. Die buchstäblich zu Tode geprügelten Antifaschisten – wie beispielsweise der Nürnberger Kommunist Oskar Pflaumer – wurden dann lediglich zum Sterben in Polizeigewahrsam zurückgebracht.

Görings Erlasse vom 17. und 22. Februar 1933 leiteten einen Prozeß ein, in dessen Verlauf die traditionellen Institutionen der bürgerlichen Staatsgewalt und die NSDAP-Organisationen immer stärker zu einem Herrschafts- und Unterdrückungsapparat zusammenwuchsen – ein Prozeß, in dem die Unterführer und Mitglieder der Naziorganisationen, anders als sie es erwartet hatten, Werkzeuge und Rädchen in einem Machtmechanismus wurden, der imperialistischen Interessen diente.

Auf dieses neue Verhältnis von NSDAP und Polizei mußte die faschistische Führung auch die eigene Mitgliedschaft erst einstellen, denn in deren Reihen waren die Auseinandersetzungen mit Polizeikräften noch in frischer Erinnerung. Willkommenen Anlaß, die veränderte Situation zu demonstrieren, gab der Tod des Führers des SA-Mordsturms 33, Maikowski, und des Polizeibeamten Zauritz, die bei Zusammenstößen in Berlin-Charlottenburg umgekommen waren. NSDAP-Führung und Regierung veranstalteten für beide im Berliner Dom ein Staatsbegräbnis, an dem auch Hitler teilnahm. Beide, so interpretierte die faschistische Propaganda das Ereignis, wären für die „Ordnung" und für eine gemeinsame Sache gestorben, und ihr Tod

veranschauliche die Notwendigkeit, jegliches Gegeneinander von SA und Polizei zu beenden.

Da das Regime vor der Weltöffentlichkeit nicht als ungesittet und brutal erscheinen wollte, wurde der tobende faschistische Terror vor allem vor dem Ausland verschleiert. Regimefreundliche bürgerliche Zeitungen verbreiteten tagaus, tagein die Mär, die bürgerkriegsähnlichen Zustände seien durch die Arbeiterparteien, namentlich die KPD, verschuldet. In Wirklichkeit betrieb die SA „die Ausrottung des Marxismus" – einen mit Bestialität ausgeführten Feldzug gegen die Kader des Proletariats. Die legalen Möglichkeiten für den Kampf der KPD wurden von Tag zu Tag, ohne daß ein Parteiverbot erlassen worden war, durch die Verfolgung der Kommunisten immer mehr eingeschränkt. Am 17. Februar hatten Polizeieinheiten das Gebäude des Zentralkomitees der KPD, das am Berliner Bülowplatz gelegene Karl-Liebknecht-Haus, besetzt. Das geschah in doppelter Absicht. Damit sollte der zentrale Apparat der Kommunistischen Partei stillgelegt werden, und zugleich hofften die Faschistenführer, im Gebäude des Zentralkomitees Dokumente zu finden, die sie für ihre verleumderischen antikommunistischen Hetzkampagnen zu verwenden gedachten. Von dieser Absicht zeugte auch die augenblicklich verbreitete Zwecklüge, im Karl-Liebknecht-Haus seien Beweise für Putschpläne der KPD entdeckt worden.

Die faschistischen Terrortrupps, von der SA-Führung zu höchster Aktivität und rücksichtsloser Brutalität angestachelt, hielten jedoch mitunter die Richtungen und Grenzen nicht ein, die ihnen gewiesen wurden. Insbesondere mehrten sich bald Gewaltakte gegen jüdische Bürger, obwohl die faschistische Führung zu diesem Zeitpunkt an Gewaltakten gegen diesen Teil der deutschen Bevölkerung, der sich zumeist passiv und abwartend verhielt, noch nicht interessiert war. Auch Angriffe auf Mitglieder der katholischen Partei nahmen zu, nachdem Hitler während einer Wahlrede in Stuttgart scharfe Angriffe gegen das Zentrum und den ihm zugehörigen Württembergischen Staatspräsidenten Eugen Bolz gerichtet hatte. Tätlich griffen faschistische Rowdys den früheren Preußischen Staatsminister und christlichen Gewerkschaftsführer Adam Stegerwald an. Es entstand die Gefahr, daß die Taktik der NSDAP-Führung durchkreuzt würde, einen Gegner und Rivalen des Faschismus nach dem andern zu schlagen. Daher erhielten die SA-Mannschaften den Befehl, die Angehörigen bürgerlicher Parteien vom physischen Terror vorerst auszunehmen.

Der Wahlkampf, in dem Hitler 18 bis 19 Millionen Stimmen erobern, also sieben bis acht Millionen Wähler mehr gewinnen wollte, als im November 1932 für die NSDAP votiert hatten, verschlang Woche für Woche riesige Geldsummen. Um die finanzielle Mobilität der Regierungsparteien zu sichern, spendeten führende deutsche Monopolisten vierzehn Tage vor der Abstimmung noch einmal 3 Millionen RM, die den Reichstagswahlfonds der NSDAP und jener „Kampffront Schwarz-Weiß-Rot" zuflossen, die DNVP, Stahlhelm und eine Gruppe deutschnationaler Katholiken gebildet hatten und deren Galionsfiguren Hindenburg, Papen und Hugenberg abgaben. Zu dieser finanzpolitischen Hilfsaktion war es am 20. Februar gekommen, als sich Hitler und Göring mit einem ausgewählten Kreis führender Angehöriger des deutschen Finanzkapitals im Berliner Palais des Reichstagspräsidenten trafen. Vor diesem Kreis, zu dem Schacht, Krupp von Bohlen und Halbach, Vögler, Georg von Schnitzler vom IG-Farben-Trust und weitere zählten, bekräftigte der oberste NSDAP-Führer, daß die Reichstagswahl nur ein Mittel in einem umfangreicheren Instrumentarium sei, das zur Vernichtung der bürgerlichen Demokratie und der deutschen Arbeiterbewegung eingesetzt würde. Diese Politik solle wiederum den Weg für die Aufrüstung und den Wehrmachtsaufbau freimachen. Wie vor den Generalen versicherte Hitler auch dieser, ihm großenteils bekannten Zuhörerschaft, daß das faschistische Regime nichts überstürzen und zunächst den Ausgangspunkt für alle weiteren Schritte schaffen werde. Er aber bestünde darin, den „Marxismus zu erledigen". Göring beteuerte den Anwesenden, daß die Wahl sicherlich innerhalb von 10 Jahren, voraussichtlich aber für 100 Jahre die letzte sein werde.[9]

Den Löwenanteil der Spenden erhielt und verschlang der nazistische Propagandafeldzug, der trotz seiner Kombination mit dem Terror nicht so verlief, daß die NSDAP sich im Vorgefühl sicheren Sieges wähnen konnte. Die Naziführung suchte daher einen Vorwand, um vom individuellen Terror und der Verfolgung einzelner Gruppen ihrer Gegner zum politischen Massenterror überzugehen. Diesen Vorwand schuf sie fünf Tage vor dem Wahlsonntag mit dem Reichstagsbrand. Von der Untat des 27. Februar wurde, ohne daß ein einziges Indiz vorlag, sogleich behauptet, sie hätte einem kommunistischen Aufstand als Signal dienen sollen. In Wirklichkeit sprachen alle Tatsachen dafür, daß ein Spezialtrupp der SA das Feuer gelegt hatte, während der von faschistischen Agenten gedungene holländische Staatsbürger Marinus van der Lubbe als Brandstifter en miniature eingesetzt wurde

und nach vollbrachter Tat der Polizei als das gesuchte „Werkzeug der Kommunistischen Internationale" in die Handschellen zu laufen hatte.

Die klassische Frage aller Verbrechensaufklärung – cui bono, wem nützt es – ließ sich klar beantworten. Der Brand diente am 28. Februar zur Rechtfertigung einer Notverordnung, die demagogisch „Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze von Volk und Staat" benannt wurde. Sie setzte die grundlegenden Bestimmungen der Weimarer Verfassung außer Kraft und erklärte die Gegner des Regimes für vogelfrei.[10] Kommunisten, Sozialdemokraten und andere Antifaschisten wurden in SA-Lokale, -Kasernen und Keller der „Braunen Häuser" verschleppt, mittelalterlichen Torturen unterworfen, um ihnen Aussagen abzupressen, aus ihnen Namen und Adressen ihrer Kampfgenossen herauszuprügeln oder in sadistischer Wollust mit ihnen abzurechnen. Durch ein Reichsgesetz gedeckt, konnten sich die SA-Leute als Häscher, Kerkermeister und Folterknechte des Regimes austoben. Sie errichteten eigene Gefangenenanstalten, die Vorbild und Vorläufer in den Marterhöhlen der katholischen Inquisition, den Verliesen der zaristischen Geheimpolizei und den Lagern imperialistischer Kolonisatoren hatten.

Währenddessen flog Hitler, der zugkräftigste unter den faschistischen Trommlern, in der letzten Woche vor der Wahl wieder von Großstadt zu Großstadt, um Abend für Abend in das Milieu zu tauchen, das ihm das vertrauteste und liebste war. Sich in die Rolle eines Messias hineinsteigernd, verhieß er seinen Zuhörern Deutschlands Aufstieg zu nationaler Größe und die Schaffung eines „geeinten Volkes", verkündete ihnen die Überwindung allen sozialen Elends. Als Vorbedingung dieser wunderbaren Wandlungen aber stellte Hitler immer wieder die „Vernichtung des Marxismus" hin. Er prophezeite eine Zeit, in der sich in Deutschland niemand mehr der Lehre von Karl Marx und des Kampfes der revolutionären Arbeiterbewegung werde erinnern können. Weder über die außenpolitischen Ziele war Hitlers Reden irgend etwas zu entnehmen, noch über die nächsten innenpolitischen Schritte. Es könne kein Wirtschaftsprogramm geben, mit dem sich die erforderliche Millionenzahl von Stimmen gewinnen ließe, hatte Hitler in einer Kabinettssitzung gesagt[11], und folglich flüchtete er in das allgemeine und an alle gerichtete Versprechen, daß sich unter seiner Regierung das Leben in Deutschland binnen vier Jahren grundlegend gebessert haben werde.

Am 5. März wählten mehr als 17 Millionen Deutsche die NSDAP.

Sie waren vor allem auf die nationalistischen Phrasen hereingefallen, die unter der Parole „Deutschland erwache" und mit der Behauptung, am 30. Januar habe eine „nationale Erhebung" des deutschen Volkes begonnen, überall verbreitet worden waren. Viele Naziwähler fielen auch auf den infamen Mißbrauch des Revolutionsbegriffes durch die Faschisten herein, die mit Bezug auf die Machtübergabe von einer „nationalen Revolution" sprachen, während in Wirklichkeit doch die Konterrevolution triumphiert hatte. Ein großer Teil der NSDAP-Wählerschaft erwartete von dieser Partei Arbeit, Brot, soziale Sicherheit für ein Geschäft oder eine Werkstatt, Berufschancen nach einer akademischen Ausbildung, Entschuldung eines Bauernhofes, Boden für eine ländliche Siedlerstelle und verhielt sich gegenüber den gewalttätigen Verfolgungen von Kommunisten, Sozialisten, Sozialdemokraten, „Juden", bürgerliche Republikaner und Pazifisten zumeist gleichgültig. Der deutschnationale Partner der NSDAP hatte nur drei Millionen Stimmen erhalten, aber erst sie halfen dem Kabinett über die 50-Prozent-Hürde und konnten die Behauptung stützen, hinter der Regierung und deren Programm stehe die Volksmehrheit.

Für die Kommunisten hatten sich trotz brutaler Verfolgung fast fünf Millionen Wähler entschieden. Viele von ihnen votierten für Reichstagskandidaten, die bereits den Verhaftungen und Verschleppungen durch die Naziterroristen zum Opfer gefallen waren, wie Walter Stoecker, oder die bereits illegal lebten. Gemeinsam zählten KPD und SPD mehr als 30 Prozent der Wählerstimmen. Dieses Ergebnis verdeutlichte noch einmal die Chance des antifaschistischen Widerstandes, zumal die Wählerschaft der beiden Arbeiterparteien vorwiegend den Industriezentren entstammte, die im Kampf gegen den Faschismus letztlich den Ausschlag geben mußte. Von der Treue zum Antifaschismus zeugten auch die Stadt- und Bezirksverordnetenwahlen in Berlin, die eine Woche nach der Reichstagswahl stattfanden. Die Nazis erreichten in der Reichshauptstadt nur 37,9 Prozent der Stimmen. In den Stadtbezirken Friedrichshain, Neukölln, Prenzlauer Berg, Wedding und Lichtenberg erhielten KPD und SPD zusammen 50 Prozent und mehr aller Stimmen.[12] Aber die rechten Führer der SPD, wiewohl ihr taktisches Konzept durch nazistischen Terror und Verfassungsbruch gründlich widerlegt war, lehnten auch nach der Reichstagsbrandprovokation alle Appelle der KPD ab, die Aktionseinheit der Arbeiterklasse herzustellen. Das Kräfteverhältnis veränderte sich dadurch weiter zugunsten der faschistischen Machthaber.

Diese gingen, nachdem die pseudodemokratische Fassade des Wahlkampfes ihren Zweck erfüllt hatte, zu immer offenerem Terror über.

Im März entstanden am Stadtrand oder im Weichbild größerer Städte von SA-Einheiten verwaltete und bewachte Konzentrationslager, in die politische Gegner des Regimes, insbesondere Kommunisten, auch manche jener rechtssozialdemokratischen Führer, welche den Kampf auf dem Boden der Verfassung hatten weiterführen wollen, und andere den Nazis mißliebige Personen verschleppt wurden. So niedrig Gesinnung und Empfindung der SA-Führer, die über diese Lager herrschten, so roh und unmenschlich waren auch die Zustände in diesen Lagern. Schlimmste Foltern quälten die Insassen der Lager in Oranienburg bei Berlin, Dachau bei München, Dürrgoy bei Breslau, auf dem Gelände der ehemaligen Vulkanwerft in Stettin, im Moorland Nordwestdeutschlands und vielen anderen Konzentrationslagern. In ihnen begann der Leidensweg der besten und aufrechtesten Persönlichkeiten, die das deutsche Volk in den Kämpfen gegen den imperialistischen Weltkrieg, in den Klassenschlachten der Novemberrevolution und im Weimarer Staat hervorgebracht hatte. Hier sollte der Wille zum antifaschistischen Widerstand durch physische Gewalt und psychische Marter, durch Zermürbung der Gesundheit des Körpers und des Geistes gebrochen werden. Hier wurde totgeschlagen und gemordet, „auf der Flucht erschossen" und „in der Zelle erhängt aufgefunden". Die faschistische Führung, welche die Existenz der Lager nicht geheimhalten konnte, bezeichnete sie frech als Stätten, die der „Erziehung zu nützlicher Arbeit" und der „Wiedereingliederung in das Volksleben" dienten.[13] Anfänglich verbreitete die NSDAP-Presse sogar die Namen derjenigen Antifaschisten, die in die Gewalt der SA-Stürme geraten und in die Konzentrationslager gepfercht worden waren.

Die KPD, schon in den ersten Wochen der faschistischen Herrschaft immer schärfer verfolgt, wurde nach dem Reichstagsbrand in die Illegalität gezwungen. In einem dichtbesiedelten Staat, in dem die Kommunisten jahrelang öffentlich mitten im Volke gearbeitet und gekämpft hatten und auch den Gegnern von Angesicht zu Angesicht bekannt waren, konnte der Schritt aus der Legalität in den Untergrund nicht ohne größte Schwierigkeiten und empfindliche Verluste getan werden. Auch der Parteivorsitzende Ernst Thälmann fiel den Nazis in die Hände. Dennoch ging die Partei nicht von dem Prinzip ab, daß der antifaschistische Kampf unter allen, auch den gefahrdrohendsten

Umständen weitergeführt werden mußte. Wieder und wieder schlossen Kommunisten die Lücken, welche die Gestapo in die Parteireihen schlug. Die Kader der KPD betrachteten es als ihre patriotische und internationalistische Pflicht, den Faschismus zu bekämpfen und das Regime zu stürzen, bevor es sich zu festigen und einen Krieg zu entfesseln vermochte.

Zunächst aber schritt der Stabilisierungsprozeß der Hitlerregierung fort. Dazu trugen auch alle von der Regierungsbeteiligung ausgeschlossenen bürgerlichen Parteien bei. Das Zentrum, die DVP und die Deutsche Staatspartei erteilten dem Kabinett am 23. März im Reichstag die von ihm verlangte Ermächtigung, Gesetze selbst – also ohne Billigung durch eine Parlamentsmehrheit – zu erlassen. Damit schalteten sie sich faktisch von jeder weiteren Mitwirkung an den Staatsgeschäften selbst aus und halfen dem Regime einen wichtigen Schritt auf dem Weg seiner Konsolidierung voran. Von dieser Selbstaufgabe bürgerlicher Parteiführungen profitierte auch die NSDAP direkt. Viele bürgerliche und kleinbürgerliche Elemente drängten nun in die „braunen" Reihen, unter ihnen auch eine wachsende Zahl von bisherigen Mitgliedern anderer bürgerlicher Parteien. Für diese Überläufer wurde die spöttische und verächtliche Bezeichnung „Märzgefallene" geprägt. Die „alten Kämpfer" der NSDAP aber empfingen die neuen Mitglieder mißtrauisch, befürchteten sie doch, nun allzu viele Konkurrenten im Gerangel um lukrative Partei- und Staatsposten zu erhalten. So entwickelten sich innerhalb der ohnehin inhomogenen Nazibewegung weitere Gegensätze, welche die Führung jedoch geschickt auszunutzen verstand. Teils dämpfte sie die Konflikte, denn sie hatte die verrohten Schläger nicht weniger nötig wie die in der Leitung und Verwaltung der bürgerlichen Gesellschaft und des kapitalistischen Staates erfahrenen und gewandten neuen NSDAP-Mitglieder. Teils schürte sie Zwistigkeiten, wenn daraus Vorteile für die Beherrschung der gesamten Mitgliedschaft erwuchsen. Unter demonstrativem Beifall der langjährigen Parteigänger wurde auf einer Berliner NSDAP-Kundgebung erklärt, daß die vielen neuaufgenommenen Mitglieder „zum Teil keinen Gewinn, sondern eine Belastung der Partei" darstellten.[14]

In der Tat brachte jeder wirkliche oder vermeintliche Erfolg des Faschismus für die NSDAP-Reichsleitung die Notwendigkeit mit sich, jene Methoden der Herrschaft zu vervollkommnen, mit denen die eigene Mitgliedschaft stets aufs neue diszipliniert werden konnte.

Gegenüber allen Ungeduldigen, welche die Früchte der Machtübergabe sogleich ernten wollten, verlegte sich die Führung auf hinhaltendes Taktieren und behauptete, bevor wirtschaftliche und soziale Veränderungen eintreten könnten, müsse immer noch die „Politik" in Ordnung gebracht werden. Am 10. März erließ Hitler einen an alle NSDAP-Mitglieder gerichteten Aufruf zu strengster Disziplin und unbedingter Unterwerfung unter die Weisungen und Befehle der Führer. Der Appell enthielt nur noch eine Parole: „Vernichtung des Marxismus" und warnte eindringend vor „Störungen des Geschäftslebens" durch SA und SS.[15] Diesen Schritt kommentierten die Zeitungen des Großkapitals sofort beifällig. Paul Henrichs, Direktor im Zeiss-Konzern und Vorstandsmitglied des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, schrieb, es habe den Anschein, „als ob die Spitzenleute nunmehr ernsthaft bemüht wären, ihrer Formationen Herr zu werden und sie in die erforderliche Disziplin hineinzuzwingen".[16]

Hitlers Weisung war Reaktion vor allem auf die innere Entwicklung und die Aktivität der SA-Einheiten, auf einen Prozeß, der angesichts der sozialen Zusammensetzung des Massenanhangs der NSDAP wohl vorausgesehen, von der Naziführung aber nicht unterbunden werden konnte. Ein Teil der Gefolgschaft hatte begonnen, „nationalsozialistische Revolution" auf eigene Faust und aus eigenem Mißverständnis zu betreiben. Er richtete den Angriff gegen Warenhäuser, Einheitspreisgeschäfte und Filialen der Konsumgenossenschaften und wollte den Einfluß der Monopole und die Rechte kapitalistischer Betriebsleitungen einschränken. Jetzt offenbarte sich die zwiespältige Rolle solcher nazistischer Spezialorganisationen wie der NSBO und des „Kampfbundes für den gewerblichen Mittelstand". Ihre Mitglieder versuchten gemeinsam mit der SA soziale und politische Veränderungen durchzusetzen, die im Widerspruch zum Wesen des Faschismus und dem Auftrag der NSDAP standen.

Die Führer der NSBO usurpierten Betriebsräte und spielten sich als Arbeitervertreter auf. In einzelnen Industriebetrieben gingen sie radikal gegen die Leitung der Unternehmen vor und verlangten Auskunft über die Gehälter der Direktoren, die Geschäftslage, Profite und Tantiemen. Gemeinsam mit SS- und SA-Trupps organisierten NSBO-Leitungen in vielen Städten Überfälle auf Gewerkschaftshäuser und legten die Tätigkeit der freien Gewerkschaften lahm. Für den 1. April 1933 bereitete die Zentrale der NSBO die Liquidierung des ADGB im gesamten Reichsgebiet vor, um sich selbst an dessen Stelle

zu setzen. Dieses Vorhaben verhinderte die Reichsleitung der NSDAP, denn noch war mit den führenden Vertretern der Industrie nicht entschieden worden, was an die Stelle der Gewerkschaften gesetzt und wie das diktatorische, den Arbeitern alle Rechte raubende Führerprinzip in der kapitalistischen Wirtschaft verwirklicht werden sollte. Mit ihrem pseudorevolutionären und antikapitalistischen Auftreten disqualifizierten die NSBO-Führer sich und die von ihnen geleitete Organisation für eine Verwendung im faschistischen Machtapparat. Von den Kapitalisten wegen ihrer früheren, lediglich aus taktischen Erwägungen erfolgten Teilnahme an Streiks ohnehin abgelehnt, wurde die NSBO in der Folgezeit von der NSDAP-Führung – ohne sogleich der Auflösung zu verfallen – in den Hintergrund gedrängt. Die Bezeichnung als „SA der Betriebe" sollte dieser Organisation äußeren Glanz und das Ansehen eines Vortrupps geben, der gegenüber der neugegründeten DAF ältere und besondere Rechte geltend machen könnte. In Wirklichkeit wurde die Stellung der NSBO im nazistischen Organisationsgefüge immer kümmerlicher, und schon 1935 verschwand sie ganz aus der Liste der NSDAP-Organisationen. Viele ihrer Angehörigen marschierten in besonderen in den Betrieben formierten und uniformierten Trupps, den Werkscharen, die eine Art Streikbrecher-Organisation darstellten und im Kriegsfall Aufgaben des Betriebsschutzes übernehmen sollten. Hitler fühlte sich durch diese Werkscharen, wiewohl sie keinerlei Rechte gegenüber den Betriebsführern geltend machten, noch immer an die angeblich überwundenen Zeiten des Klassenkampfes erinnert. Während einer Vorbesprechung für die Aufmärsche während des Parteitages in Nürnberg wies er 1937 an, daß sie unter den demonstrierenden faschistischen Einheiten nicht mehr erscheinen sollten.

Die „Kampfbund"-Organisation richtete ihre Angriffe vor allem gegen die Warenhäuser, von denen ein erheblicher Teil sich in jüdischem Besitz befand. Sie konnte sich durch eine Erklärung Görings ermutigt fühlen, wonach die Polizei in Preußen nicht dazu da sei, „jüdisches Eigentum zu schützen".[17] Im März breitete sich in zahlreichen Städten eine Boykottwelle gegen jüdische Warenhäuser und Einzelhandelsgeschäfte aus, die mit einer infamen antisemitischen Propaganda einherging. Störungen der ohnehin krisengeschwächten Wirtschaft waren die unausbleibliche Folge und riefen Einsprüche von Unternehmerorganisationen hervor. Der kritische Punkt der revoluzzerhaften Aktivitäten war überschritten, als SA-Einheiten in der bayerischen Pfalz

in den Bankverkehr eingriffen und androhten, Bankgebäude zu besetzen, falls ihnen der Einblick in Konten von Kapitalisten verwehrt würde. Hitlers erster Disziplinappell hatte also nicht zu dem gewünschten Ergebnis geführt und Ende März sah sich die NSDAP-Reichsleitung noch stärker von der Frage bedrängt, wie sich die Eigenmächtigkeiten von Führern auf unterer und mittlerer Ebene und den von ihnen kommandierten Mannschaften unterbinden ließen, ohne die Anhänger zu verprellen. Ein reichsweiter antijüdischer Pogrom sollte dem außer Kontrolle geratenden Treiben der SA einen Höhepunkt und gleichzeitig ein Ende setzen.[18]

Der am 1. April 1933 durchgeführte Boykott, von der Parteizentrale in München organisiert und durch das Kabinett gebilligt, leitete die planmäßigen Verfolgungen der Deutschen jüdischer Herkunft durch die faschistische Partei und den Staat ein. Sie trafen zuerst jüdische Händler, Geschäftsinhaber, Handelskapitalisten, vor deren Läden und Warenhäusern SA- und SS-Posten aufzogen, und richteten sich gegen Hochschullehrer und Ärzte im staatlichen und kommunalen Dienst sowie gegen Richter, Staats- und Rechtsanwälte. Bankhäuser und industrielle Unternehmen in jüdischem Eigentum blieben von den Angriffen auf ausdrückliche Anordnung der NSDAP-Reichsleitung verschont, die zusätzliche Unruhe und Unsicherheit im Binnen- und Außenhandel und im Geldverkehr nicht entstehen lassen wollte und in den Tagen vor dem Boykott von einzelnen Bourgeois und Wirtschaftsvereinigungen nachdrücklich auf die schwerwiegenden Folgen hingewiesen worden war, die aus Eingriffen „Unbefugter“ in die ökonomischen Prozesse der Gesamtwirtschaft erwachsen könnten. An den Universitäten und Hochschulen hingegen machten die Provokationen des Nationalsozialistischen Studentenbundes bereits jede Lehrtätigkeit von Dozenten jüdischer Abkunft unmöglich.

Entgegen den Erwartungen der faschistischen Gefolgsleute wurde der Pogrom von der NSDAP-Führung nach 24 Stunden beendet und steigerte sich noch nicht zum blutigen Exzeß. Vertreter des Kapitals hatten die Kurzzeitigkeit der Kampagne durchgesetzt, denn mehr noch als die vereinzelten antijüdischen Aktionen während des Monats März schadete das reichsweite Vorgehen den „arischen“ Profitinteressen. Zudem begann sich im Ausland eine Bewegung des Gegenboykotts zu formieren, die sich gegen alle Waren „Made in Germany“ richtete. Die SA- und SS-Posten hatten abzuziehen. Heß sprach in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Politischen Zentralkommission der NSDAP ein

erneutes Verbot aus, in Wirtschaftsunternehmen, Industriewerke und Banken einzugreifen und Absetzungen von Wirtschaftsfunktionären vorzunehmen, gab aber gleichzeitig bekannt, daß es erlaubt sei, „gegen Gewerkschaften vorzugehen".[19]

Der Konsolidierungsprozeß der faschistischen Diktatur vollzog sich im März/April vor allem durch den Ausbau ihrer Machtorgane auf territorialer und lokaler Ebene. Am 1. April wurden an die Spitze der Länder Reichsstatthalter gesetzt, die diktatorische Vollmachten besaßen und den Länderregierungen befehlen konnten. Diese Schlüsselpositionen erhielten zumeist Gauleiter der NSDAP, die auch ihre Parteiämter behielten. Brutalen NSDAP-Politikern wie Martin Mutschmann in Sachsen, Fritz Sauckel in Thüringen, Wilhelm Kube und Erich Koch als Oberpräsidenten der preußischen Provinzen Brandenburg bzw. Ostpreußen wurde damit eine Machtfülle zuteil, welche die völlige Unterordnung der Landes- und Provinzialpolitik unter die auf Aufrüstung und Krieg orientierte Reichspolitik sicherstellte. Ein weiteres Reichsgesetz bestimmte, daß sich die Parlamente in Ländern, Provinzen, Kreisen, Städten und Gemeinden nach dem Anteil der Reichstagssitze zusammenzusetzen hatten. Das raubte den Kommunisten alle Abgeordnetensitze und schuf den NSDAP- und DNVP-Fraktionen die Möglichkeit, beliebige Veränderungen in der Exekutive vorzunehmen und nur solche Mitarbeiter darin zu belassen, die den faschistischen Kurs bedingungslos einhielten.

Die Etablierung der faschistischen Staatsmacht und die gleichzeitig eingeleitete Ausrichtung vieler wirtschaftlicher, sozialer und anderer Institutionen und Organisationen auf die neuen Machtverhältnisse gaben vielen weiteren Mitgliedern der Nazipartei Gelegenheit, einen Posten zu erjagen. Führer der NSDAP und Kommandeure der SA und SS wurden Minister in den Ländern, Oberpräsidenten und Präsidenten in den preußischen Provinzen und Regierungsbezirken, Land- und Stadträte, Bürgermeister und Polizeipräsidenten oder erhielten andere beamtete Stellen in Staats- und Verwaltungsbehörden. Das stellte eine Minderheit von Nazis persönlich zufrieden.

Für den 1. Mai 1933 bereiteten die Faschisten einen demagogischen Coup vor, mit dem sie weite Kreise der Arbeiterschaft und auch Führer der freien, der christlichen und der Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften zu verwirren und für sich einzunehmen gedachten. Sie erklärten den traditionellen internationalen Kampftag der Arbeiterklasse zum Staatsfeiertag und „Fest der nationalen Arbeit". Hitler sprach vor

einer riesigen Menge seiner Anhänger, die auf dem Flugfeld in Berlin-Tempelhof aufmarschiert war. Er behauptete, daß der 30. Januar die deutschen Arbeiter aus den Fesseln des Klassenkampfes befreit und sie der geeinten deutschen Nation wiedergegeben habe. Die NSDAP stellte er demagogisch als eine Art Makler dar, die kapitalistische und Arbeiterinteressen uneigennützig ausgleichen und die Angehörigen aller Klassen und Schichten im Deutschen Reich völlig miteinander versöhnen werde. Um diese verlogene Darstellung zu stützen, waren auch Ausbeuter und Manager kapitalistischer Betriebe zur faschistischen Demonstration erschienen, für die nach Plänen des Architekten Albert Speer eine besonders pompöse Kulisse geschaffen wurde.

Die Lüge vom Arbeiterstaat enthüllte sich bereits einen Tag später. Am 2. Mai zerschlugen die Faschisten den ADGB, dessen Führer, statt zu kämpfen, versucht hatten, sich mit dem Regime zu arrangieren. Häuser, Büros und alle weiteren Einrichtungen der freien Gewerkschaften wurden besetzt, Führer und Funktionäre in die Konzentrationslager verschleppt, die organisationseigenen Banken und Versicherungen und das gesamte mobile Eigentum geraubt. Millionenwerte, von Proletariern oft Pfennig für Pfennig zusammengetragen, fielen in die Hände der Faschisten.

Während eines Staatsaktes, an dem Hitler und die gesamte Naziprominenz teilnahm, wurde am 10. Mai die Deutsche Arbeitsfront (DAF) gegründet, die alle Arbeiter und Angestellten zusammenfassen, sie nach den Profit- und Machtinteressen des Kapitals organisieren und auf die Rüstungs- und Kriegswirtschaft ausrichten sollte. An die Spitze der DAF trat Ley, der auch das Amt des Reichsorganisationsleiters der NSDAP weiter innehatte. In dieser Personalunion drückte sich das Interesse aus, die ihrer Zahl nach stärkste faschistische Organisation der Werktätigen, deren höchsten Anteil wiederum Industriearbeiter ausmachten, eng an die Nazipartei zu binden und sie strikt zu kontrollieren, um in ihr keinerlei klassenkämpferische Tendenzen und Kräfte aufkommen zu lassen. Die DAF-Gründung entsprach insgesamt den Vorschlägen aus Kreisen des Kapitals, die das Präsidiumsmitglied der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Arbeitgeberverbände, Roland Brauweiler, zur „Lösung der Gewerkschaftsfrage“ gemacht hatte.[20] Mit dem Aufbau der DAF wurde zugleich negativ über die Pläne der NSBO-Funktionäre entschieden, die in den Betriebszellen den Kern einer umfassenden faschistischen Zwangsorganisation für alle Arbeiter und Angestellten erblickten und selbst in einflußreiche Stellungen auf-

rücken wollten. Andererseits setzten sich die Faschistenführer auch über jene bourgeoisen Vorstellungen hinweg, wonach die faschistische Diktatur ganz ohne eine Organisation auskommen sollte, die wenigstens den Anspruch erhob, sich für Arbeiterinteressen zu verwenden. Eine derart radikale Lösung schien Hitler und Ley allein deshalb ungeeignet zu sein, weil die Arbeiterklasse nicht einfach nur niedergehalten, sondern auch für Rüstung und Krieg mobilisiert werden sollte. Sie wußten, daß auch die faschistische Diktatur ohne Zugeständnisse an die Werktätigen, und das hieß auch: ohne eine faschistische bürgerliche Sozialpolitik, keine hinreichende Stabilität gewinnen konnte. Nach diesem Konzept kam der DAF und ihrem Führerkorps eine besondere Verantwortung dafür zu, unter allen Bedingungen für „Ruhe in den Betriebsbelegschaften" zu sorgen.[21] Daraus ergab sich für die DAF – stärker noch als für andere Organisationen der NSDAP –, daß sie und insbesondere ein großer Teil ihrer niederen Funktionäre objektiv eine Art sozialer Puffer zwischen dem Herrschaftsapparat, den Kapitalisten und den Massen bildete. Unter dem Druck der Stimmung von Arbeitern und Angestellten und befürchtend, ihrem reaktionären Auftrag nicht gerecht zu werden, mußten sich die Walter und Walterinnen, wie die Beauftragten der DAF auf unterer Ebene hießen, mitunter einfach zu Sprechern sozialer Belange der Ausgebeuteten machen. Das geschah zumeist in der opportunistischen Absicht, sich die eigene Situation zu erleichtern und den geforderten Beitrag zur Erhaltung der Massenbasis des Regimes zu leisten.

Am 22. Juni 1933 führten die faschistischen Machthaber den Schlag gegen die letzte, nur de jure noch legale Organisation der deutschen Arbeiterklasse. Nachdem bereits jedes öffentliche Hervortreten der SPD unterbunden, ihre Funktionäre verfolgt, viele in Konzentrationslagern inhaftiert, ihre Versammlungen und ihre Presse verboten waren, untersagte ein Erlaß Fricks jede weitere Tätigkeit der Partei. Diesen Schritt begleitete die SA in den Arbeitervierteln Berlin-Köpenicks mit einem Massaker unter Kommunisten, Sozialdemokraten und parteilosen Antifaschisten. Sturmabteilungen, unter ihnen der eigens aus Charlottenburg herbeigeschaffte Mordsturm 33, ermordeten zwischen dem 20. und 23. Juni während der „Köpenicker Blutwoche" 91 Menschen auf die scheußlichste Weise, unter ihnen das Mitglied des SPD-Parteivorstandes und des Reichstages, Johannes Stelling.

Wenige Tage später gaben die bürgerlichen Parteien ihre Auflösung bekannt. Keine unterließ es, aus diesem Anlaß an ihre meist zusammen-

geschmolzene Mitgliedschaft zu appellieren, sich hinter die Regierung Hitler zu stellen. Auch die DNVP, Wegbereiter des Aufstiegs der NSDAP und sechs Monate lang deren Koalitionspartner, räumte das politische Feld. Hugenbergs Versuch war gescheitert, die Partei, gestützt auf konservative Kreise des Großgrundbesitzes, der Großbourgeoisie und des preußisch-deutschen Militarismus, zu behaupten, denn als Sicherung gegen systemgefährdende Experimente wurde die DNVP nicht mehr gebraucht. Die Mehrheit der deutschen Monopolbourgeoisie hatte sich nach einem halben Jahr faschistischer Diktatur davon überzeugt, daß Hitler und die NSDAP-Führungsgruppe diese Garantie boten und sich strikt an ihren Auftrag hielten.

Das Kabinett verabschiedete am 14. Juli ein „Reichsgesetz gegen die Neubildung von Parteien", das kategorisch bestimmte: „In Deutschland besteht als einzige politische Partei die Nationalsozialistische Arbeiterpartei."[22] Jede Arbeit für eine andere Partei war fortan mit Gefängnis- und Zuchthausstrafen bedroht. Das staatsrechtlich gesicherte Monopol parteipolitischer Betätigung, das die NSDAP nun besaß, feierte die Nazipropaganda als großen historischen Fortschritt, durch den endlich die innenpolitische Zerrissenheit der Deutschen beseitigt werde. Die geschichtliche Wirklichkeit auf den Kopf stellend, bezeichnete die faschistische Demagogie die Parteien als Ursache der innenpolitischen Kämpfe, während sie in Wahrheit doch stets der Ausdruck des Vorhandenseins von unversöhnlichen Klassengegensätzen gewesen waren. Gleichzeitig gab sich die NSDAP als eine Organisation aus, die sich von allen anderen, nun verbotenen Parteien dadurch unterschied, daß sie angeblich keine Sonderinteressen verfocht, sondern dem Volke und der Nation diene.

Kurz bevor das Gesetz über das Parteimonopol der NSDAP erlassen wurde, hatte Hitler durch eine Verfügung vom 2. Juni 1933 eine neue Reichsleitung der NSDAP eingesetzt. So wenig wie die kurzlebige Zentralkommission war sie als ein kollegiales, den Parteiführer beratendes Organ gedacht. Reichsleitung blieb ein Sammelbegriff für die Reichsleiter der NSDAP, die Inhaber der höchsten Parteiämter. Mit Heß, der seit dem 21. April zum „Stellvertreter des Führers" in Parteiangelegenheiten avanciert war und in dieser Eigenschaft die Verbindung zwischen Parteispitze und Reichsregierung zu wahren hatte, dem SA-Stabschef Röhm und dem HJ-Führer von Schirach wurden der Reichsorganisationsleiter Ley, der Reichsschatzmeister Schwarz, der Reichspropagandaleiter Goebbels, der Reichsgeschäftsführer Philipp

Erich Mühsam

Carl von Ossietzky

Bücherverbrennung (10. Mai 1933)

Der „gleichgeschaltete“ Reichstag sanktioniert die faschistische Außenpolitik. Lk. n. Hitler v. Papen, hinter ihm Hugenberg (17. Mai 1933)

Bouhler, die Parteirichter Walter Buch und Wilhelm Grimm, der Schriftführer Karl Fiehler, der Leiter des Agrarpolitischen Apparats Darré, der für Justizfragen zuständige Hans Frank, sowie die für die Verbreitung der Naziideologie zuständigen Parteiführer, der für das Presse- und Verlagswesen verantwortliche Rosenberg und Max Amann, der Leiter des Zentralverlages der NSDAP, sowie der Reichspressechef Otto Dietrich zu Reichsleitern bestimmt. In den gleichen Rang rückten in den Jahren 1933 bis 1936 der führende Kolonialpolitiker der NSDAP und Reichsstatthalter von Bayern, Franz Xaver Ritter von Epp, der Leiter des Stabsamtes beim „Stellvertreter des Führers", Martin Bormann, der Reichsinnenminister und Leiter der – dem Namen nach noch weiterexistierenden, in Wirklichkeit funktionslosen – NSDAP-Reichstagsfraktion, Frick, der Reichsführer SS, Himmler, der Röhm-Nachfolger, SA-Stabschef Viktor Lutze und der Reichsarbeitsdienstführer Konstantin Hierl. Einzig der Mann, der auf dem Gebiet der Ämteranhäufung alle anderen Faschistenführer übertraf, 1933 bereits die Eigenschaften des Reichsministers für Luftfahrt, des Preußischen Ministerpräsidenten und Innenministers, des Chefs des Geheimen Staatspolizeiamtes und des Präsidenten des faschistischen Reichstages besaß, blieb ohne diesen Ehrentitel und wurde dadurch in seiner Sonderstellung in der Partei- und Staatshierarchie noch herausgehoben: Göring.

Mit dem Gesetz, das die faschistische Diktatur als ein Einpartei-Regime etablierte, schloß eine wichtige Etappe in deren Konsolidierungsprozeß ab. Es war den Faschisten gelungen, die politische Situation im Deutschen Reich gründlich zu verändern, die bürgerlich-parlamentarischen Zustände vollständig zu liquidieren und ihre eigene Macht zu festigen. In der Zeit von Januar bis Juli 1933 hatte sich das Kräfteverhältnis zwischen Bourgeoisie und Arbeiterklasse, den Hauptklassen der bürgerlichen Gesellschaft, in einem Umfang zuungunsten des Proletariats verschoben, der alle Kräfteveränderungen während der letzten Jahre der Weimarer Republik bei weitem übertraf. Die faschistische Führung vermochte, rascher und gründlicher als viele ihrer großindustriellen und -agrarischen Förderer sich dies erträumt hatten, den ersten Teil ihrer innenpolitischen Hauptaufgabe, die mit drakonischen Mitteln erreichte Niederhaltung der Arbeiterbewegung und aller anderen demokratischen Kräfte, weitgehend zu lösen. Diese Erfolge stärkten die Autorität der NSDAP-Führer und namentlich Hitlers persönliches Ansehen in den führenden Kreisen des Kapitals. Deren Angehörige

hatten die Stabilisierung der faschistischen Macht keineswegs nur beobachtend verfolgt, sondern nach eigenen Kräften geholfen, die Zerschlagung der Demokratie und die Vernichtung der Arbeiterbewegung zu unterstützen. Dabei bevorzugten sie die Taktik, sich „hinter die Regierung zu stellen" und mit dieser Formel den Eindruck zu erwecken, sie würden sich der neuen Herrschaft unterordnen. In dieser, das tatsächliche Verhältnis auf den Kopf stellenden Diktion schrieb Krupp von Bohlen und Halbach schon am 24. März 1933 an Hitler, der Reichsverband der deutschen Industrie werde „alles tun, um der Reichsregierung bei ihrem schweren Werke zu helfen".[23] Praktisch bestimmten führende deutsche Finanzkapitalisten und insbesondere die Leiter der industriellen Spitzenverbände die Entscheidungen maßgeblich mit, die im Interesse der Konsolidierung der faschistischen Diktatur zu treffen waren. Das geschah sowohl durch öffentliche Bekundungen in jenen kapitalistischen Zeitungen und Zeitschriften, die traditionell Gesamt- und Gruppeninteressen der Bourgeoisie zum Ausdruck brachten, wie auch – und mehr noch – durch Expertisen, Memoranden, Eingaben und briefliche Ratschläge, die Krupp von Bohlen und Halbach, Hermann Röchling, August Rosterg u. a. Industrielle an Hitler, Himmler, Papen und weitere führende Faschisten richteten. Insbesondere stellten die Monopolisten ihre weitreichenden Auslandsverbindungen in den Dienst der Festigung des Regimes. Um die finanziellen Grundlagen für die NSDAP auch unter den neuen Bedingungen des Faschismus an der Macht zu sichern, riefen maßgebliche Bourgeois die „Adolf-Hitler-Spende der deutschen Wirtschaft" ins Leben, auf deren Konten die von den Kapitalisten eingezahlten Geldsummen zusammenflossen. Diese Regelung, durch die sich die Angehörigen der Kapitalistenklasse auch gegenüber fortgesetzten finanziellen Anbetteleien unterer faschistischer Organisationen schützen und die zweckmäßigste Verwendung ihrer Spenden sichern wollten, schloß die Zahlung von Zuwendungen an Teilorganisationen der NSDAP nicht aus. Insbesondere auf die Konten des Reichsführers SS kamen ansehnliche Geldbeträge, deren Entrichtung in besonderer Weise bekundete, daß führende deutsche Monopol- und Großbourgeois die SS als die unentbehrlichste Organisation unter allen faschistischen Spezialverbänden ansahen.

Schon in dieser frühen Phase der faschistischen Diktatur nahmen auch die Elogen führender Monopolisten auf Hitler zu. Krupp nannte ihn bereits im Mai 1933 den „Führer der Nation". Die aktive Mithilfe,

die namhafte Kapitalisten und die bürgerliche Presse dabei leisteten, Hitler vom Parteiführer zum Volksführer zu stilisieren und ihn kultisch zu verehren, besaß ihre realen Gründe. Der oberste Faschistenführer hatte in den wenigen Monaten nach der Machtübergabe seine Fähigkeit bewiesen, die faschistische Konterrevolution zu führen und zu beherrschen. Mit seinem Namen war die schwerste Niederlage der deutschen Arbeiterbewegung seit ihrem Entstehen verbunden. Unter seiner Führung war der sozial so heterogene Massenanhang der NSDAP nicht nur zusammengehalten, sondern noch vergrößert worden, obwohl Hitler – was von ihm erwartet worden war – strikt die Linie kapitalistischer Interessenpolitik eingehalten hatte. Dies führte Mitte 1933 sogar zu dem Vorschlag führender Monopolisten, Hitler möge auch selbst das Wirtschaftsministerium übernehmen.[24] Dazu zeigte der NSDAP-Führer aber keinerlei Neigung, zumal das Regime irgendwelche wirtschaftspolitischen Ergebnisse, die soziale Erwartungen und Forderungen des Volkes hätten befriedigen können, naturgemäß nicht vorzuweisen hatte. Die Leitung des Reichswirtschaftsministeriums wurde Kurt Schmitt, einem Manager aus der monopolkapitalistischen Versicherungsbranche, übergeben, einem in der Öffentlichkeit wenig bekannten Faschisten. Dessen Einsetzung ließ der NSDAP-Führung, wenn auch nicht im gleichen Maße wie im Fall seines deutschnationalen Vorgängers Hugenberg, die Möglichkeit des propagandistischen Taktierens. Nicht jeder Entschluß in Wirtschaftsfragen ging direkt zu Lasten der Naziführer, was der Fall gewesen wäre, hätte Hitler sich in persona an die Spitze der Wirtschaftsressorts gestellt.

10. Kapitel

Stark, aber nicht stabil

Ein halbes Jahr nach der Machtübergabe fühlten sich die Faschisten ihrer neugewonnenen Macht sicher. Ihre gefestigten Beziehungen zu einflußstarken Vertretern des Monopolkapitals und der Reichswehrgeneralität bildeten das Fundament des sich etablierenden Herrschaftssystems. Dessen starke politische Stellung gründete sich vor allem auf die Niederlage, die der deutschen Arbeiterbewegung beigebracht war, auf die kampflose Kapitulation der bürgerlichen Rivalen der NSDAP und auf die Verläßlichkeit und Funktionstüchtigkeit des faschistisch ausgerichteten Staatsapparates, namentlich seiner Repressivorgane, in erster Linie der Politischen Polizei, die in Preußen unter Görings Leitung zur Geheimen Staatspolizei (Gestapo) formiert wurde. Die faschistische Propaganda behauptete, der neue Staatsbau sei für die Ewigkeit bestimmt. Die Bezeichnung „Drittes Reich" und mehr noch die Benennung „Tausendjähriges Reich" sollten die Nazis und ihre Anhänger in dem Glauben bestärken, am 30. Januar wären historisch unwiderrufliche Entscheidungen gefallen und die Gegner des Faschismus lägen am Boden, ohne sich je wieder erheben zu können. Goebbels hatte schon im Frühjahr vor Berliner Naziführern ausgerufen: „Wir gehen nie mehr! Wir bleiben!" Und als Chef des neugeschaffenen Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda erklärte er seinen Mitarbeitern pathetisch, man werde die errungenen Positionen mit eigenem Blute verteidigen und sich nur als Leichen aus der Wilhelmstraße fortschaffen lassen.[1]

Die Veränderungen der bürgerlichen Staatsform, ihre rasche Transformation aus dem bürgerlich-parlamentarischen Zustand in den faschistischen, nutzte die Reichsleitung der NSDAP, um Anfang Juli 1933 durch Hitler das „Ende der nationalsozialistischen Revolution" verkünden zu lassen.[2] Die infame Methode, der Konterrevolution eine

revolutionäre Tarnkappe überzustülpen – durch die insbesondere kleinbürgerliche Massen verwirrt worden waren, denen die Nazis den „deutschen Sozialismus" als Alternative zum angeblich undeutschen „internationalen Sozialismus" der Marxisten anpriesen –, hatte nach Ansicht der faschistischen Parteiführer ihren Zweck erfüllt. Denn nun, da der NSDAP-Führung die Staatsmacht übergeben war und die Gefolgschaft die Einlösung der wirtschaftlichen und sozialen Versprechen erwartete, begann das Gerede von der „Revolution" auf die faschistischen Urheber zurückzuschlagen.

Die Preisgabe der ebenso wohlfeilen wie zugkräftigen Parolen war indessen auch zweischneidig. In Wirklichkeit hatte sich nichts ereignet, wodurch das Unterste in der Gesellschaft zuoberst gekehrt worden wäre. Die Eigentums- und Produktionsverhältnisse waren unangetastet geblieben. Trusts und Konzerne, Banken und Börsen, Warenhäuser und Genossenschaften, selbst – und das mußte die einfältigen Köpfe vieler NSDAP-Mitglieder besonders erhitzen – Firmen und Geschäfte, deren Eigentümer jüdischer Herkunft waren, existierten weiter. Von einer neuen Gesellschaft und der „Volksgemeinschaft" konnte nicht die Rede sein. Wer unter diesen Umständen, da so viele betrogene „alte Kämpfer" der Nazipartei grundstürzende Veränderungen erst noch erwarteten, die Parole vom „Ende der Revolution" ausgab, mußte innerhalb der NSDAP Unzufriedenheit hervorrufen.

Damit rechneten auch die faschistischen Führer, deshalb riefen sie ganz im Sinne ihrer kapitalistischen Auftraggeber als neue Losung die „Arbeitsschlacht" aus. Sie kündigten energische Maßnahmen zur Eindämmung der Arbeitslosigkeit an, die als Folge konjunktureller Prozesse langsam, aber deutlich zurückzugehen begann. Noch waren aber Millionen erwerbslos, und mit dem nahen Winter stand das erneute saisonbedingte Anwachsen der Beschäftigungslosigkeit bevor. Zunächst wurde die Senkung der Arbeitslosenziffer auch von der Hitlerregierung in den Bahnen betrieben, welche die Regierungen Papen und Schleicher betreten hatten. Zum lärmendsten Ereignis der „Arbeitsschlacht" wurde jedoch der Beginn des Baus von „Reichsautobahnen", bei dem Hitler selbst den symbolischen ersten Spatenstrich vornahm. Während in einer Reihe kapitalistischer Staaten ohne viel Aufhebens Pläne in Angriff genommen wurden, das veraltete und meist noch mittelalterlichen Handelswegen folgende Straßennetz durch direktere Fernverbindungen zu ersetzen, nahmen die Faschisten den Bau der neuen Autostraßen als eine Gelegenheit, um sich als weitschauende Planer, moderne Öko-

nomen und Bahnbrecher technischer Neuerungen zu feiern. Um den Autobahnbau und die Motorisierung des Verkehrs veranstalteten sie einen riesigen sozialdemagogischen Rummel. Dabei dienten gerade die Fernverkehrsstraßen am wenigsten ihren Erbauern. Sie lebten in primitiven Wohnlagern, waren unzureichend gekleidet und mußten schwerste körperliche Arbeit verrichten. Den Vorteil genoß die sich motorisierende soziale Oberschicht und bald auch die faschistische Wehrmacht. Das nach militärgeographischen Gesichtspunkten angelegte Verkehrsnetz gab die Möglichkeit, Landtruppen rasch von einer Grenze des Reiches zur anderen zu befördern.

Die Maßnahmen gegen die Erwerbslosigkeit besaßen allgemeine Bedeutung für die Festigung des faschistischen Regimes. Zugleich sollte die Verminderung der Zahl der arbeitslosen Faschisten in den NSDAP-Organisationen, namentlich in der SA, eine gewisse Beruhigung schaffen. Deshalb betrieb die NSDAP-Reichsleitung eine Kampagne, um insbesondere „alte Kämpfer" bevorzugt auf Arbeitsplätze zu bringen. Die lokalen Organisationen der Nazipartei wandten sich direkt und drängend an die Leitungen kapitalistischer Unternehmen, öffentlicher Betriebe und Verwaltungen, doch führte das nur zu unbefriedigenden Teilergebnissen. Viele Faschisten mußten weiter auf den ihnen verheißenen „Dank des Vaterlandes" warten.

Für die NSDAP-Reichsleitung bedeutete dieser Zustand, daß Zehntausende ihrer außerhalb des Arbeitsprozesses stehenden Mitglieder unbegrenzt Zeit besaßen, über die Politik ihrer Parteiführer zu räsonieren. In diesen Kreisen fand das für die faschistischen Machthaber gefährliche Wort von der „zweiten Revolution" Anklang, die ein „viertes Reich", das angeblich wirklich nationalsozialistische, entstehen lassen sollte. Der Widerspruch zwischen NSDAP-Führung und der Masse ihrer organisierten Gefolgsleute begann Ausmaße anzunehmen, welche die Machtstabilisierung behinderten, so daß die Milderung dieses Widerspruchs selbst zu einer Teilaufgabe im Konsolidierungsprozeß der faschistischen Diktatur wurde.

Während die NSDAP-Führung und namentlich Hitler gemeinsam mit den Gauleitern im Zeichen der Kampagne „Ende der nationalsozialistischen Revolution" darauf drängte, daß die Geschäfte des Staatsapparats und im wirtschaftlichen Bereich ohne Störungen durch unbefugte Naziführer der mittleren und unteren Ebene abliefen und die faschistische Diktatur sich rasch konsolidierte, begann der Stab der SA unter Röhm einen davon abweichenden politischen Kurs zu verfechten.

Die ehrgeizigen Ziele Röhms und einiger ihm ergebener SA-Kommandeure liefen darauf hinaus, die SA zur entscheidenden und einflußreichsten Organisation im faschistischen Staat zu machen. Ihr sollte das Recht zufallen, den gesamten Staatsapparat durch SA-Kommissare zu kontrollieren. Die Verwirklichung dieses Plans hätte eine vorwiegend aus kleinbürgerlichen Schichten und lumpenproletarischen Elementen formierte Organisation mit Befugnissen versehen, aus deren Nutzung der staatsmonopolistischen Herrschaft und dem Zusammenwirken von NSDAP-Führern, Staatsbeamten und Wirtschaftsmanagern ernste Gefahren und schließlich chaotische Zustände erwachsen konnten.

Bedrohten diese Pläne Röhms und anderer SA-Führer das Einvernehmen von Naziführung und Kapital, so störte die Absicht der höchsten SA-Befehlshaber, sich selbst an die Spitze der Wehrmacht zu setzen, die Beziehungen zur Reichswehrgeneralität. Die von Röhm verfochtene Linie drohte in mehrfacher Hinsicht zu einem Hindernis für die Konsolidierung des Regimes zu werden.

Während Hitler sich zunächst, wie in vielen künftigen Fällen auch, aus den Meinungsverschiedenheiten heraushielt, um sie bis zur Entscheidungsreife sich entwickeln zu lassen, hatte der für die Innenpolitik verantwortliche Frick bereits im Sommer 1933 Auseinandersetzungen über die Bewaffnung der SA zu bestehen. Gemeinsam mit Blomberg lehnte er Röhms Ansinnen ab, ihm zu überlassen, „ob und in welchem Umfang SA und SS bewaffnet auftreten" würden.[3] Reichsinnen- und Reichswehrminister verweigerten die Ausrüstung der SA-Einheiten mit Karabinern und die Hergabe von Pistolen aus Heeresbeständen für 12 000 bis 20 000 SA-Führer. Die Minister beriefen sich bei der Rechtfertigung ihrer Haltung auf mögliche Verwicklungen, die auf internationaler Ebene durch eine weitere Bewaffnung der SA entstehen könnten. In Wirklichkeit lag die infanteristische Ausstattung der SA innenpolitisch in einem Augenblick außerhalb des Interesses der Machthaber, da die revoluzzerhafte Unruhe stiftenden Elemente in dieser Organisation total diszipliniert werden sollten.

Überlagert und verdeckt wurden die inneren Probleme des Regimes jedoch im Herbst 1933 durch weitere faschistische Aktionen, durch welche die Aufmerksamkeit des Inlands und auch breiterer Kreise des Auslands zunächst von den internen Vorgängen in der Nazipartei abgelenkt wurden. Rasch trieben die Machthaber, nachdem sie kommunistische, sozialistische, sozialdemokratische, demokratische, liberale

und auch konservative Gegner des Regimes aus den Kreisen der wissenschaftlichen und künstlerischen Intelligenz ins Exil gezwungen hatten, die faschistische Ausrichtung von Wissenschaft, Kunst und Bildungswesen voran. Unter der Leitung von Goebbels wurden die Reichsfilm-, Reichstheater-, Reichsschrifttums-, Reichsmusik- und Reichsrundfunkkammer sowie eine weitere Zwangsorganisation für bildende Künstler geschaffen und in der Reichskulturkammer zusammengefaßt. Zu diesen Zwangsvereinigungen war nur zugelassen, wer im Sinne faschistischer Ansprüche als zuverlässig galt und nicht zu den „Juden" gezählt wurde. Da Kammermitgliedschaft zugleich die Voraussetzung für jede berufliche Tätigkeit als Künstler und Journalist war, besaß das Regime eine wirksame Kontrolle über einen großen Bereich des geistigen Lebens, den sie zunehmend in den direktesten Dienst der faschistischen Ideologie und Kriegsvorbereitung stellte. Zensur- und Kontrollmechanismen, Konkurrenzneid und Spitzeltum bewirkten zusätzlich, daß nicht systemdienliche Äußerungen aus Filmen und Museen, von Bühnen und Ausstellungen, aus Orchestersälen, Büchern, Zeitschriften, Zeitungen und Rundfunksendungen nahezu ganz verschwanden. Im Interesse imperialistischer Herrschaftsbefestigung unterwarfen die Faschisten das deutsche Volk auch geistig nahezu total ihrem Einfluß. Noch 1933 wurde begonnen, die ohnehin nationalistisch ausgerichteten Schulbücher nach den faschistischen Lehren umzuschreiben. Die Lehrer in den allgemeinbildenden Schulen, Gymnasien und Lyzeen, vielfach deutschnational gesinnt, strömten in die faschistische NSDAP oder schlossen sich dem schon 1927 gegründeten Nationalsozialistischen Lehrerbund (NSLB) an, so daß die Pädagogen bald jenen Teil der Intelligenz bildeten, der prozentual am stärksten in den Organisationen der Nazipartei erfaßt war.

Die Regierung beschloß im Oktober den Austritt aus dem Völkerbund, angeblich weil dem Deutschen Reich die Gleichberechtigung verwehrt würde, in Wirklichkeit, um freie Hand für die Aufrüstung zu gewinnen und sich Debatten über die Rechte der Menschen und Minderheiten in Deutschland zu entziehen. Die außenpolitische Provokation war von einer neuen Flutwelle nationalistischer Propaganda begleitet. Eine Volksabstimmung, durch die Millionen aufgehetzter oder verängstigter Deutscher den Schritt des Kabinetts billigten, setzte die NSDAP-Mitgliedschaft erneut in Bewegung. Von einem Wahlkampf konnte freilich keine Rede sein, denn Gegenkräfte, denen eine legale Betätigung gestattet worden wäre, existierten nicht mehr. Um so laut-

stärker warben die faschistischen Redner um Zustimmung zu diesem ersten, ihre abenteuerliche und provokatorische Außenpolitik charakterisierenden Schritt durch die Mehrheit der Deutschen. Zum ersten Mal seit der Gründung der NSDAP sprach Hitler in einem Industriebetrieb. Sein Auftritt in einer Berliner Werkhalle des Siemens-Konzerns, vom Rundfunk übertragen, von Filmoperateuren aufgenommen, bezeugte die besonderen Anstrengungen des Regimes, die Gunst von Arbeitern zu erwerben. Die Veranstaltung wurde genutzt, um Hitler als einen Mann der Arbeit und einen Führer der Arbeiter anzupreisen. Unter den Bedingungen des Monopols der Meinungsbildung und durch eine beispiellose nationalistische und chauvinistische Hetze gelang es den faschistischen Machthabern, bei dieser zu vielerlei demagogischen Zwecken anberaumten Volksabstimmung – weitere ähnliche Zustimmungsbekundungen zur faschistischen Außenpolitik in den Vorkriegsjahren folgten – den beabsichtigten Effekt zu erreichen. Dem Ausland wurde ein durch die Politik des Faschismus „geeintes Volk" präsentiert. Glaubwürdig war dieses Ergebnis freilich für niemanden, der sein Zustandekommen kannte.

Im Herbst 1933 erlangte die Verfolgung der antifaschistischen Kräfte mit dem Reichstagsbrandprozeß vor dem Leipziger Reichsgericht einen neuen Höhepunkt. Mit van der Lubbe wurden das führende Mitglied der Komintern, Georgi Dimitroff, und zwei weitere bulgarische Kommunisten, Blagoj Popoff und Vasil Taneff, sowie der Vorsitzende der KPD-Reichstagsfraktion Ernst Torgler der Brandstiftung bezichtigt. Presseberichte und Rundfunkübertragungen vom Prozeß stellten das international isolierte faschistische Regime als Retter Europas vor dem Kommunismus hin, um ihm in den militant antikommunistischen Kreisen des Auslands weitere Sympathisanten und Förderer zu gewinnen. Höchste Naziführer wie Göring und Goebbels, faschistische Führer der unteren Ebene und Staatsbeamte wurden als „Zeugen der Anklage" aufgeboten. Doch endete der Prozeß für die Faschisten, vor allem dank Dimitroffs überlegener Verteidigung, die Wesen, Taktik und Ziele des Hitlerfaschismus entlarvte, mit einem Fiasko. Während van der Lubbe, der nach allen Indizien ein von den Faschisten gedungenes und gebrauchtes Werkzeug war, zum Tode verurteilt und hingerichtet wurde, Torgler eine Freiheitsstrafe erhielt, ließ sich ein Freispruch Dimitroffs und seiner bulgarischen Mitangeklagten nicht umgehen. Aber erst die Verleihung der sowjetischen Staatsbürgerschaft und die Ausreise in die UdSSR entzog sie endgültig der faschi-

stischen Todesdrohung. Verlauf und Ausgang des Prozesses in Leipzig machten in einer Zeit, da dem faschistischen Regime alles zu gelingen schien, deutlich, daß seine Macht nicht unbegrenzt war. Aus dieser Tatsache gewannen die Widerstandskämpfer in den Reihen der KPD, aber auch andere Hitlergegner in Deutschland neuen Mut. Dimitroff, der als der „Sieger von Leipzig" gefeiert wurde, hatte auch wesentlich zur Formierung der internationalen Kampffront gegen den Faschismus beigetragen.

Während des Prozesses befaßte sich in Moskau die XIII. Tagung des Exekutivkomitees der Komintern mit den Aufgaben der Kommunisten im Kampf gegen Faschismus und Kriegsgefahr. Wilhelm Pieck berichtete über die Tätigkeit der KPD. Mit der Charakteristik des Faschismus als der „offenen terroristischen Diktatur der am meisten reaktionären, chauvinistischen und imperialistischen Elemente des Finanzkapitals" enthüllte die Komintern das Klassenwesen dieser bürgerlichen Staatsform und zugleich den Widerspruch zwischen der zahlenmäßig geringen Oberschicht, welche diese neue Herrschaftsform zur Befestigung des Ausbeutungsverhältnisses und zur Verwirklichung ihrer expansionistischen Pläne brauchte, und den Volksmassen, gegen die sich das Regime richtete. Damit war ein bleibender theoretischer Ansatz für die Volksfrontpolitik gegen den Faschismus gewonnen. Jedoch behinderten die falsche Beurteilung der Festigkeit des faschistischen Regimes in Deutschland und sektiererische Positionen noch die Formulierung eines durchgreifend erneuerten Aktionsprogramms.

Das Wesen der faschistischen Macht zu verschleiern – gerade das gehörte zu den ständigen Aufgaben aller Parteipolitiker, Beamten und Angestellten, die in den Apparaten des Staates und der NSDAP tätig waren. Unausgesetzt waren die NSDAP-Reichsleitung und die Führungen der Teilorganisationen bestrebt, den Eindruck zu erwecken, sie handelten zum Wohle des deutschen Volkes. Zu diesem demagogischen Zweck wurde im Winter 1933/34 zum ersten Mal das nationalsozialistische Winterhilfswerk (WHW) veranstaltet, das einen „Sozialismus der Tat"[4] vortäuschen und den Leuten beweisen sollte, das faschistische Regime wisse besser für die Armen, Hungernden und Frierenden zu sorgen als jedes Kabinett der Weimarer Republik. Zugleich war die Kampagne dazu bestimmt, das Ansehen der NSDAP im Volke aufzubessern. Eine ihrer Spezialorganisationen, die Nationalsozialistische Volkswohlfahrt (NSV), trat in den Mittelpunkt der Aktion, die von allen Formationen der Nazipartei getragen wurde.

Winterhilfswerke waren keine Erfindung der Hitlerfaschisten. Politische, religiöse und caritative Organisationen und Kommunen hatten sie schon vor 1933 veranstaltet und dabei miteinander konkurriert. Die NSDAP beanspruchte nun aber das Monopol der Winterhilfe und zeigte, wie virtuos sie materielle Korruption, ideologische Demagogie und physischen und psychischen Terror in einer Kampagne verbinden konnte. Sie schickte die uniformierten Angehörigen der SA, SS und HJ mit Sammelbüchsen auf die Straßen, ließ sie treppauf, treppab an Wohnungstüren Nahrungsmittelspenden eintreiben und ordnete sogenannte Eintopfsonntage an. Naziführer suppten auf öffentlichen Plätzen in Gulaschkanonen gekochte Gerichte, so demagogisch ihre Anteilnahme am Leben von Millionen von Menschen bekundend, die – vor allem in den Großstädten – Hunger litten. Im Stadtzentrum Berlins forderten höchste Reichsbeamte die Passanten zu Geldspenden auf und präsentierten den faschistischen Staat und seine vorgeblichen Diener als volksverbunden. Auf dem platten Land wurden von den Bauern WHW-Spenden erwartet, die nach Zentnern wogen. Personen, die solche Spenden verweigerten, hatten öffentliche Angriffe in der NSDAP-Presse und die Kennzeichnung als Gegner der „Volksgemeinschaft" zu gewärtigen. In einzelnen Fällen veranstalteten Nazis vor den Gehöften skandalöse Demonstrationen, bei denen in Sprechchören gebeunwillige Bauern als Asoziale beschimpft und auch Fensterscheiben demoliert wurden.

Das WHW, von Jahr zu Jahr in seinen Methoden perfektioniert, brachte riesige Geldsummen ein. Nach der amtlichen Schlußaufrechnung betrugen sie 1933/34 358 Millionen RM, bei der letzten Sammlungskampagne vor Beginn des zweiten Weltkrieges 566 Millionen RM und im Winter 1942/43, in dem die Faschisten den „totalen" Krieg verkündeten, 1 595 Millionen RM.[5] Immer wieder erwiesen sich die Aktionen auch als außerordentlich massenwirksam. Mit Kartoffel- und Kohlenspenden, mit Tüten voller Mehl, Linsen und Graupen vermochten die Nazis nicht wenige Menschen für sich einzunehmen. Aus der Höhe der Spenden aber gewannen die Faschisten gewisse Aufschlüsse über den Einsatz der Sammler und die politische Stimmung in der Bevölkerung.

Im Winter 1933/34 gehörte das WHW zu jenen Initiativen des Regimes, die von seinen ungelösten Konsolidierungsproblemen ablenkten. Darauf zielte auch der schwülstige Rummel um die erste Weihnacht im Zeichen des Hakenkreuzes – die erste Weihnacht des

angeblich geeinten Volkes. Das Einkaufen von Geschenken wurde wegen seiner konjunkturbelebenden Wirkung zur nationalen Pflicht erklärt. In den Läden wurden „Hitler-Puppen", Kinderspielzeug in SA-, SS- und HJ-Uniform, und die verschiedensten Geschenkartikel mit Symbolen des Faschismus angeboten. Die Produktion von politischem Kitsch nahm so große Ausmaße an, daß das Reichspropagandaministerium dagegen einschritt.[6]

Nächst der NSV machte im Winter 1933 die neugegründete Nationalsozialistische Kriegsopferversorgung (NSKOV) von sich reden. Die NSDAP-Führung schuf diesen organisatorischen Zusammenschluß der Kriegskrüppel des ersten Weltkrieges eingedenk der Erfahrung, daß für die Opfer des Völkermords sorgen muß, wer einen neuen imperialistischen Krieg vorbereitet. Der deutlich zur Schau getragenen Aufmerksamkeit der NSDAP und des faschistischen Staates für die Kriegsversehrten stellte die Nazipropaganda deren angebliche Verhöhnung im Weimarer Staat gegenüber, wobei sie sich insbesondere auf Werke der Malerei von George Grosz und Otto Dix bezog, in denen der Krieg und seine die Menschen an Körper und Geist verstümmelnden Folgen angeklagt wurden. Die Faschisten erklärten, daß die Kriegsversehrten, die für das „Vaterland" gekämpft hätten, nun unter ihrem Schutz stünden. NSKOV-Mitglieder, ordengeschmückt, nicht wenige in SA-Uniformen in ihren Selbstfahrern sitzend, waren es auch, die 1933 auf einer Kundgebung als Geschenk des „Führers" – der sich selbst meist mit dem Orden „Eisernes Kreuz" und dem für mehrfache Verwundungen gestifteten Kriegszeichen präsentierte – die ersten Radiogeräte vom Typ „Volksempfänger" erhielten. Dieser leistungsschwache Empfänger, der lediglich das Hören des nächstgelegenen Mittelwellensenders und des Deutschlandsenders erlaubte, wurde in den folgenden Jahren millionenweise produziert, um die nazistische Propaganda effektvoller verbreiten zu können und gleichzeitig die Masse der deutschen Hörer vom Empfang ausländischer Rundfunkstationen auszuschließen.

Den Konsolidierungsprozeß der faschistischen Diktatur sollte das „Gesetz zur Sicherung der Einheit von Partei und Staat"[7] voranbringen, das vom Reichskabinett am 1. Dezember 1933 verabschiedet wurde. Mit ihm verfolgte die NSDAP-Führung mehrere Ziele. Die Erklärung, die Nazipartei sei „Trägerin des deutschen Staatsgedankens" und mit dem Staat unauflöslich verbunden, sollte vor allem die Dauerhaftigkeit der Stellung bekunden und juristisch sichern, welche

die NSDAP und ihre oberste Führungsgruppe im Herrschaftssystem gewonnen hatte. Unmittelbar lieferte das Gesetz mit seiner demagogischen nationalen und staatsverherrlichenden Ausdeutung der Beziehungen von NSDAP und Staat den Vorwand, die Zahl der NSDAP-Führer in der faschistischen Regierung – inzwischen war auch Reichsarbeitsminister Seldte der Nazipartei beigetreten – von fünf auf sieben zu erhöhen. Heß und Röhm wurden Mitglieder der Regierung ohne Geschäftsbereich. Da Heß fortan grundsätzlich an der Ausarbeitung aller Gesetzesvorlagen zu beteiligen war, kam er in die Lage, die Tätigkeit nahezu aller Reichsministerien zu kontrollieren, die Arbeit an Gesetzentwürfen zu beschleunigen, zu blockieren oder zu verzögern, in Verbindung mit dem Innenministerium bei der Einstellung, Beförderung und Entlassung von Beamten mitzuwirken und auch die spezifischen Belange der NSDAP im Regierungsapparat zur Geltung zu bringen. In dem Amt „Stellvertreter des Führers", das sich inmitten des Berliner Regierungsviertels etablierte, war Martin Bormann als Stabsleiter tätig, ein mit bürokratischen Fähigkeiten ausgestatteter Faschist, der bereits durch seine Tätigkeit in der NSDAP-Reichsleitung und durch die Verwaltung einer sogenannten Hilfskasse der Nazipartei, die formal unterstützungsbedürftigen NSDAP-Mitgliedern, in hohem Maße aber der Parteifinanzierung diente, eine zentrale und beziehungsreiche Stellung im Apparat der Nazipartei innegehabt hatte.

Auf die Mitglieder der NSDAP und insbesondere der SA sollte dieses Gesetz in doppelter Weise propagandistisch wirken. Sie sollten glauben, daß der Regierungsbeitritt dieser beiden Parteiführer ihre Interessen fördern würde, und sich zugleich dem Staat stärker verbunden fühlen. Ausdrücklich legte das Gesetz für die NSDAP- und die SA-Mitglieder „erhöhte Pflichten" gegenüber dem Staat fest. Hinter dieser Floskel verbarg sich die Forderung an die Mitglieder aller faschistischen Organisationen, sich „freiwillig" und unentgeltlich, persönliche und private Interessen hintansetzend, für den kapitalistischen Staat einzusetzen. Unmittelbar diente die These, Partei und Staat bildeten eine Einheit, jedoch dazu, von den organisierten Gefolgsleuten, insbesondere den Mitgliedern und den Führern der SA und der NSBO auf niederer Ebene, nachdrücklich zu verlangen, die Staatsgesetze endlich strikt einzuhalten. Da die Unterordnung unter Gesetze und Erlasse, die von Beamten ausgearbeitet und verfochten wurden, welche bereits dem so viel geschmähten „Weimarer System" gedient hatten, aber bei den „alten Kämpfern" nach wie vor höchst unpopulär war,

wurde den Mitgliedern der NSDAP und der SA eine besondere eigene Gerichtsbarkeit in Aussicht gestellt. Jedoch kam es nie zur Einführung dieser umstrittenen Sonderjustiz, gegen die bourgeoise Kreise und leitende faschistische Beamte des Innen- und des Justizministeriums opponierten, weil sie darin eine Untergrabung notwendiger einheitlicher Prinzipien des bürgerlichen Rechts erblickten.

Ein Jahr nach der Errichtung der faschistischen Diktatur vollzogen sich in ihr gegenläufige Prozesse. Einerseits festigte sich das Regime im Januar/Februar 1934. Zu diesem Zweck wurde das Führer-Gefolgschafts-Prinzip in den industriellen Betrieben und Verwaltungen eingeführt, die Zentralisation des Staatsapparates vervollkommnet und die Rechte der Länder zugunsten des Reiches weiter eingeschränkt, die Gestapo zu einer einheitlich geleiteten Politischen Polizei für das gesamte Reichsgebiet ausgebaut und ein Sondergericht, der „Volksgerichtshof", geschaffen, der ein weiteres Instrument juristisch getarnter drakonischer Verfolgung von Antifaschisten darstellte. Andererseits wurde die 1933 rasch gewonnene Massenbasis des Regimes instabiler und selbst die Verläßlichkeit der Mitgliedschaft der NSDAP und ihrer Parteiorganisationen nahm ab. Dieser Prozeß entsprang vor allem der Unzufriedenheit mit der Sozialgesetzgebung seit dem Machtantritt des Faschismus. Die Arbeitslosigkeit, die im Sommer 1933 erheblich zurückgegangen war, betrug an der Jahreswende 1933/34 wieder vier Millionen. Die Löhne wurden auf dem niedrigen Krisenniveau gehalten, mitunter sogar noch gesenkt. Preise von Grundnahrungsmitteln begannen hingegen zu steigen, so daß die Kaufkraft der Massen sank. Dies wirkte negativ auf die Lage der städtischen Kleinhändler und auf die Bauern, die Aufkaufpreise zudiktiert erhielten.

Im Massenanhang der NSDAP, dem so viel versprochen worden war und der selbst den noch schwankenden und abwartenden Menschen so vieles in Aussicht gestellt hatte, war die Enttäuschung doppelt groß. Hier, insbesondere in der SA, verschlechterte sich die Stimmung dadurch weiter, daß die Hoffnung, die Sturmabteilungen würden zum Kern eines neuartigen faschistischen Heeres werden und die SA-Führer auf höchste militärische Ränge rücken, sich als trügerisch erwies. Statt in ihrem sozialen Prestige erhöht zu werden und ihre politischen Rechte erweitert zu sehen, wurden der SA die Befugnisse der Hilfspolizei wieder entzogen. Die Parteiführer im engeren Sinne, Gau-, Kreis- und Ortsgruppenleiter der NSDAP, gewannen dagegen eine Stellung, die sich gegenüber den Posten der SA-Führer deutlich nach oben abhob.

Anfang 1934 formierte die NSDAP-Reichsleitung das Korps der Politischen Leiter, dem die Führer der NSDAP und ihrer Teilorganisationen, gleichgültig, ob sie hauptberuflich oder nebenamtlich ihre Posten innehatten, bis zur unteren Ebene angehörten. Diese Gruppe von NSDAP-Führern wurde während Großkundgebungen in den Gauhauptstädten auf Hitler vereidigt. Eigens für sie ließ die Reichszeugmeisterei in München prunkvolle Uniformen anfertigen, die sich vom „schlichten Braunhemd" der SA aufdringlich unterschieden. Während das Korps der Politischen Leiter berechtigt wurde, Waffen zu tragen, verstärkten sich die Forderungen aus den Kreisen der Großindustrie, des Junkertums und der Reichswehrgeneralität, die SA vollständig zu entwaffnen, denn noch verfügten deren Mitglieder – sie zählten etwa eine Million, nachdem auch Teile der Stahlhelm-Organisation in die SA eingegliedert worden waren – über leichte Infanteriewaffen (Pistolen, Gewehre, Karabiner, Maschinengewehre, Handgranaten u. a.) und besaßen damit eine Aktionsmöglichkeit, die ihr im Interesse der Absicherung des monopolkapitalistischen Herrschaftssystems nach innen ein für allemal genommen werden sollte.

In das Zentrum aller zu lösenden innerparteilichen Probleme trat die SA, ohne deren Disziplinierung die Geschlossenheit des Hitlerfaschismus nicht erreichbar war. Sie aber bildete wiederum eine Voraussetzung dafür, daß sich die NSDAP-Führung gegenüber Kräften durchzusetzen vermochte, die über die innere Ausgestaltung des Herrschaftssystems andere Vorstellungen vertraten als Hitler und der ihn umgebende Führungskreis. Diese Meinungsverschiedenheiten besaßen ihren letzten Ursprung in den divergierenden Interessen monopolkapitalistischer Gruppierungen, welche um den dominierenden Einfluß in der faschistischen Diktatur stritten. Aber auch im politischen und staatlichen Bereich selbst wurzelten Machtkämpfe. Sie galten der Stellung von Behörden, Institutionen und Organisationen im Regime, betrafen auch die Staatsführung und damit Hitlers Rolle. Noch machten sich konservativ-faschistische Kräfte Hoffnungen, nach Hindenburgs Tod das Kaisertum erneuern und eine monarcho-faschistische Staatsform schaffen zu können.

Der Mehrheit des Volkes und auch der NSDAP-Mitgliedschaft blieben diese Auseinandersetzungen um die Stellung der SA und anderer faschistischer Organisationen sowie deren Ursachen, Triebkräfte und Ziele meist verborgen. Nur einzelne Maßnahmen ließen die ungelösten Herrschaftsprobleme partiell sichtbar werden. Das war der

Fall gewesen, als die Reichsleitung der NSDAP am 7. August 1933 den „Kampfbund für den gewerblichen Mittelstand“ auflöste, seine Mitglieder der DAF eingliederte oder sie in der neugeschaffenen Nationalsozialistischen Handwerks-, Handels- und Gewerbeorganisation (NS-Hago) zusammenschloß. Dieser Schritt stellte den Versuch dar, im nationalsozialistischen Organisationsgefüge einen Konzentrationspunkt der Unzufriedenen zu beseitigen. Doch hatten die Machthaber die Probleme mit dem kleinbürgerlichen Teil ihrer Gefolgschaft damit nicht bewältigt, zumal seine Angehörigen in vielen faschistischen Organisationen zahlreiche Posten besaßen. Nach einer unvollständigen Statistik stellten Händler und Handwerker in Berlin wenigstens ein Viertel aller Ortsgruppenleiter der NSDAP.[8] Ständiger Wechsel auf den unteren Parteiämtern bezeugte die Unruhe innerhalb der Nazipartei, in der die einen ihre Posten aus Enttäuschung niederlegten, andere sich durch ihre Vorgesetzten verdrängt sahen, weil sie deren Befehle nicht bedingungslos ausführten, dritte wegen – im faschistischen Sinne – Unfähigkeit weichen mußten.

Anfänglich waren Röhm und ein Teil der SA-Führerschaft davon ausgegangen, daß der SA eine dominierende Stellung in Staat und Heer zufallen werde. Als grundlegende Bedingung dafür galt ihnen die disziplinierte Schlagkraft der eigenen Mannschaft, deren soziale Interessen Röhm übrigens nicht weniger gleichgültig ließen als Hitler oder Göring. Der SA-Stabschef appellierte während der Kampagne „Ende der nationalsozialistischen Revolution“ an die braununiformierten Kohorten, „den guten Ruf der SA“ nicht aufs Spiel zu setzen, d. h. ihren brutalen Einsatz ausschließlich gegen die Arbeiterbewegung zu richten.[9] Je mehr sich jedoch auch in der NSDAP-Führung die Überzeugung durchsetzte, daß die SA für die von ihren Kommandeuren erstrebte Rolle im Herrschaftssystem untauglich sei und – mehr noch – daß diese Organisation die Beziehungen zwischen NSDAP-Reichsleitung, Staatsführung und maßgeblichen Kräften des deutschen Monopolkapitals störte, um so dringender wurde die Entwaffnung des Kleinbürgertums. Das Problem erhielt seine Schärfe aber erst dadurch, daß Röhm und andere hochgestellte SA-Führer die Unzufriedenheit der SA-Mannschaften für die Erreichung ihrer eigenen ehrgeizigen und machtlüsternen Ziele auszunutzen trachteten. Nicht daß, wie später von Hitler verlogen behauptet wurde, die Absichten je zu Putschplänen gediehen wären. In Röhms Worten, die SA werde nicht der Mohr sein, der gehe, wenn er seine Schuldigkeit getan habe, schwangen aber

Faschistische Erziehung zum Antisemitismus (1935)

Preis 20 Pfennig

Sonder-Nummer

Der Stürmer

...ches Wochenblatt zum Kampfe um die Wahrheit

HERAUSGEBER: JULIUS STREICHER

Nürnberg, im Januar 1936 — 14. Jahr 1936

Alfred Fabian

Ein Bolschewik als Kulturlieferant der Geistlichkeit
Lebensweg eines jüdischen Großverbrechers

Die Juden sind unser Unglück!

. . . zur Aufputschung gegen die
„jüdisch-bolschewistischen Untermenschen" (1936)

Albert Vogler, Adrian v. Renteln und Gustav Krupp von Bohlen und Halbach auf einer Kundgebung (7. Oktober 1933)

Naziführer und katholische Würdenträger. Rechts: Goebbels, daneben: Frick

eine Drohung und der Anspruch mit, daß dieser Organisation und ihren Mitgliedern noch zu geben sei, was ihnen aufgrund ihrer besonderen Verdienste während der „Kampfzeit" zustünde.[10]

Die NSDAP-Führung ergriff eine Reihe sozialer, politischer und ideologischer Maßnahmen, um die aufkeimende und sich ausbreitende krisenhafte Situation zu entspannen. Im März 1934 verkündete sie die „zweite Arbeitsschlacht", als deren Hauptziel die weitere Beseitigung der Erwerbslosigkeit ausgegeben wurde. Gleichzeitig gestanden Naziführer und auch Hitler selbst auf öffentlichen Veranstaltungen die miserable Lage weitester Volkskreise, in erster Linie der Arbeiter, ein, bezeichneten die Löhne als völlig unzureichend und gaben neue Versprechungen. Auch die Parole von der „nationalsozialistischen Revolution", eben erst aus dem Sprachgebrauch der Faschisten verdammt, wurde wieder hervorgeholt, und deren erneute Propagierung machte es unmöglich, Faschistenführer wie Hitler, Frick und Goebbels, die mit der Revolutionslosung nur allgemeine Zwecke des Volksbetrugs verfolgten, von jenen aus den Reihen der SA zu unterscheiden, die von „Revolution" redeten, um ihre Untergebenen zu opponierender Haltung gegenüber dem Kurs der Machthaber anzustacheln.

Die Situation wurde noch unübersichtlicher, als die NSDAP-Führer im Mai und Juni 1934 die Kampagne gegen „Kritikaster und Miesmacher" gemeinsam bestritten. Während der Eröffnungsveranstaltung bezeichnete Goebbels die Kritik am Regime rundweg als eine „verbrecherische Haltung"[11]. Dieser lauttönende politische und ideologische Feldzug diente dem doppelten Ziel, Gegner und Kritiker des Regimes einzuschüchtern und unter den Faschisten mehr Solidarität und Zusammenhalt hervorzubringen. Gemeinsame Frontstellung gegen die absichtlich nicht näher bezeichnete, angeblich aber angreifende „Reaktion" sollte die divergierenden Interessen zurückdrängen und alle Naziorganisationen auf die Behauptung der faschistischen Macht ausrichten. Wüste Angriffe auf konservative Kreise und kirchliche Kräfte, gegen die alte Staatsbürokratie und gewaltdrohende Parolen gegen ungenannte Feinde kennzeichneten die Reden der höchstgestellten NSDAP-Führer. Gleichzeitig verstärkte sich die antijüdische Hetze und führte erneut zu Aktionen gegen das Eigentum jüdischer Bürger. In einem Augenblick, da jedwede sozialrevolutionären Ideen und Aktionen endgültig unterdrückt werden sollten, duldete und begünstigte die NSDAP-Reichsleitung zeitweise als Ersatz und in begrenztem Umfang antisemitische terroristische Ausschreitungen.

Die öffentliche demagogische Propaganda stand in Beziehung zur geheimen Vorbereitung einer Mordaktion. Während noch die lärmende Kampagne die Aufmerksamkeit beanspruchte, war bereits eine streng geheime „Reichsliste unerwünschter Personen" angefertigt. Auf ihr befanden sich die Namen von SA-Führern und konservativen Politikern, die durch einen überraschenden blutigen Schlag und ohne das Dazwischentreten anderer politischer Kräfte beseitigt werden sollten.

Tatsächlich war es unaufschiebbar geworden, den gordischen Knoten zu durchhauen, zu dem sich die Probleme mit der SA-Führerschaft und ihrer zumeist kleinbürgerlichen Mannschaft geschürzt hatten. Führende Vertreter des Monopolkapitals und die Reichswehrführung drängten namentlich Hitler zu einer definitiven Entscheidung zwischen den konkurrierenden Plänen und rivalisierenden Personen. Für das weitere Vorgehen gab letztlich den Ausschlag, daß sich die Auseinandersetzung um die Stellung der SA innerhalb der NSDAP, um das Verhältnis von SA und Reichswehr, um die damit verbundenen Prinzipien der Aufstellung eines Massenheeres mit anderen kontroversen Fragen der inneren und äußeren Politik verwoben, denn die nun doch erkennbar werdenden politischen und ökonomischen Schwierigkeiten ermunterten die unterschiedlichsten reaktionären Kräfte zu neuer Aktivität.

Am 30. Juni 1934 wurde der Schlag gegen die Führungsgruppe der SA um ihren Stabschef Röhm und gegen konservative Politiker geführt, die eine wirkliche oder vermeintliche, augenblickliche oder potentielle Bedrohung der Stabilität des Regimes darstellten. Hitler, Göring, Himmler und dessen Stellvertreter in der Gestapo, Reinhard Heydrich, hatten mit den Reichswehrgeneralen von Blomberg und Walther von Reichenau die Aktion vorbereitet, deren Ereignisse vor allem in München und Berlin ablaufen sollten. Aus dem bayerischen Bad Wiessee, wohin die höchsten SA-Führer zu einer Tagung bestellt worden waren, schleppten SS-Kommandos, deren Einsatz Hitler selbst leitete, die zur Füsilierung bestimmten Faschisten in die Haftanstalt nach München-Stadelheim und brachten sie dort um. In der Reichshauptstadt, in der Göring die Mordaktion befehligte, schossen SS-Pelotons die Opfer in der Kadettenanstalt Berlin-Lichterfelde nieder. Besondere Einsatzgruppen der SS erhielten den Auftrag, einzelne Politiker zu ermorden, von denen die Faschisten wußten oder vermuteten, daß sie gegen das Regime konspirierten oder es einfach mißbilligten. In ihren Wohnungen oder an ihren Arbeitsplätzen wurden u. a. Hitlers Vorgänger im

Reichskanzleramt, von Schleicher, der ihm nahestehende General a. D. Kurt von Bredow sowie der frühere Leiter der Polizei-Abteilung im Preußischen Innenministerium und derzeitige Mitarbeiter im Reichsverkehrsministerium, Ernst Klausener, umgebracht, der auch die Katholische Aktion – eine kirchliche Bewegung gläubiger Laien – in der Diözese Berlin führte. Auch konservative Politiker aus der Umgebung des ehemaligen Reichskanzlers Franz von Papen, der selbst unbehelligt blieb, gehörten zu den Opfern.

Der Öffentlichkeit erklärte die faschistische Propaganda, es sei einem Putschversuch Röhms rechtzeitig begegnet worden. Das Reichskabinett billigte am 3. Juli 1934 durch das „Gesetz über die Maßnahmen der Staatsnotwehr" die Morde nachträglich, und die Staatsanwaltschaften beschränkten ihre Tätigkeit – einer Weisung Görings gemäß – darauf, die Leichen zu identifizieren und mit den Namenslisten zu vergleichen, die ihnen von den Mördern übergeben wurden. Reichswehrführung und Organisationen des Monopolkapitals sandten Hitler Glückwünsche und Danksagungen für sein „schnelles Zupacken", durch das, wie die schwerindustrielle „Deutsche Bergwerkszeitung" schrieb, die „Wirtschaft" gerettet worden sei.[12] In derartigen Verlautbarungen drückte sich vor allem aus, daß die Aktion des 30. Juni dem objektiven Gesamtinteresse des deutschen Monopolkapitals entsprach, das – ungeachtet von weiter existierenden Meinungsverschiedenheiten über die Ausgestaltung von Macht- und Herrschaftsverhältnissen im Regime und über Schritte, Etappen und Ziele seiner Außenpolitik – gemeinsam daran interessiert gewesen war, den Umtrieben der kleinbürgerlich-revoluzzerhaften Kräfte in der NSDAP ein Ende zu setzen.

Einen Monat nach dem Blutbad, das anders als die Mordzüge gegen die deutsche Arbeiterbewegung im kapitalistischen Ausland auch bürgerliche und kleinbürgerliche Schichten schaudern ließ, starb Hindenburg. Hitler konnte nun auch das Amt des Staatsoberhauptes übernehmen und führte von da an offiziell den Titel „Führer und Reichskanzler". Schacht, seit 1933 wieder an der Spitze der Reichsbank, erhielt in Personalunion kommissarisch die Leitung des Reichswirtschaftsministeriums übertragen. Ihm fiel die Aufgabe zu, den Übergang zur forcierten Rüstungswirtschaft zu organisieren.

Die verbrecherische Tat des 30. Juni stärkte das faschistische Regime und schloß seinen Konsolidierungsprozeß ab. NSDAP-Führung, Reichswehrgeneralität und die reaktionärsten Kreise des Monopolkapitals hatten sich handelnd und planend enger verschworen. Zu-

gleich war die Minderheit derjenigen konservativen Kräfte aufs schrecklichste gewarnt, die an den Ergebnissen und Folgen der faschistischen Machtübergabe mehr oder weniger wesentliche Korrekturen vornehmen wollten. Die Ermordung einst hochgestellter Politiker und Militärs durch ihresgleichen – ein in der deutschen Geschichte beispielloser Vorgang – machte deutlich, daß sich an der Staatsspitze eine politische Clique formiert hatte, die kein Jota ihrer Macht preiszugeben bereit war – einer Macht, die sie im Gesamtinteresse der Herrschenden und ihres sozialreaktionären und kriegerischen Generalkurses gebrauchte.

Die NSDAP-Führung gewann durch die Mordaktion größere Geschlossenheit. Hitler, Göring, Frick, Himmler, Goebbels, Heß, Ley und Rosenberg standen, unabhängig von allen persönlichen Rivalitäten und Querelen, auf einheitlichen Positionen. Hitler selbst war durch die auf ihn gehäufte Machtfülle noch stärker aus seiner nächsten Umgebung herausgehoben. Zu den Posten und Befugnissen des NSDAP-Führers, Reichskanzlers und Staatsoberhauptes kam die Vereidigung der Wehrmacht auf seine Person hinzu. Eine solche Stellung hatten weder Bismarck noch Wilhelm II. besessen. Dennoch bedeutete Hitlers Aufstieg – den er selbst und die gesamte faschistische Propaganda den Volksmassen immer öfter als das Kommen eines Messias der Deutschen darstellte – nichts Wunderbares. Hitler hatte sich in knapp eineinhalb Regierungsjahren als verläßlicher Politiker des deutschen Imperialismus erwiesen, die Gesamtbelange aller antikommunistischen, volksfeindlichen und antidemokratischen Kräfte der deutschen bürgerlichen Gesellschaft wahrgenommen, die Stellung des Militarismus und der Generalität im Staat gehoben, Schritte zur entschiedenen Wiederaufrüstung eingeleitet, kurzum: Taten vollbracht, an deren rasches Gelingen Ende 1932 selbst optimistische Reaktionäre nicht geglaubt hatten. Sie waren nicht sein Werk allein, aber er hatte den konterrevolutionären, auf Krieg und Eroberung gerichteten Prozeß geführt. So stellten Hitlers erweiterte Machtbefugnisse eine von reaktionärer Seite vorgenommene Anerkennung einer Leistung im Klassenkampf dar. Zugleich wurde in der Machtfülle und Heraushebung Hitlers eine Bedingung für die weitere Festigung des Regimes und seiner künftigen Erfolge gesehen. Der oberste Naziführer war die Integrationsfigur für die gesamte Spitze der Parteihierarchie, und die Reichs- und Gauleiter ordneten sich ihm bedingungslos zu. Sie erkannten seine Rolle an und stärkten Hitlers Autorität in jeder Weise, sahen sie in seiner unantast-

baren Stellung zugleich doch eine sichere Gewähr für ihren eigenen Machtanteil. Und darin täuschten sie sich nicht. Innerhalb der faschistischen Bonzokratie galt die sonst nur zum Zwecke des Massenbetrugs benutzte Parole „Treue um Treue". Hitler beließ Gauleiter und andere höhere Führer der NSDAP auf ihren Posten, auch wenn sie – selbstredend an faschistischen Maßstäben gemessen – nicht allen Anforderungen entsprachen. Entscheidend war ihm die Gewißheit, auf einflußreichen Posten Faschisten zu wissen, die ihm in allen Situationen bedingungslos ergeben waren. Auf Hitler, den Parteiführer, war die Masse der Nazimitgliedschaft, wie auf keinen zweiten Parteipolitiker der NSDAP fixiert, an ihn glaubte sie noch, wenn ihr im Hinblick auf andere faschistische Führer Zweifel kommen mochten. Hitler wurde von der NSDAP-Propaganda nun immer stärker als „Volksführer" stilisiert. Er wurde zu einem „getreuen Ekkehart der Deutschen" erklärt, auf den sich die Volksmassen in jeder Situation verlassen könnten. Der Führerkult beeinflußte, ungeachtet seiner mitunter grotesken Formen, immer breitere Volkskreise. Seine Entstehung und Wirkung wurzelten freilich nicht im Mystischen, sondern in den Ergebnissen der imperialistischen Politik des Regimes, die den Massen als nationale und soziale Errungenschaften hingestellt wurden.

Unter den Machtverschiebungen, die als ein Resultat des 30. Juni 1934 zwischen den Naziorganisationen eintraten, war die zwischen SS und SA die wichtigste. Die SA-Mitglieder, durch die Ermordung vieler ihrer Führer erschreckt, irritiert, gedemütigt, sahen sich urplötzlich in einer Organisation, die nicht mehr als zuverlässig galt und erhielten dies tagtäglich bestätigt. Über die SA wurde eine allgemeine Beförderungssperre verhängt. Bis in das Jahr 1935 dauerten die Versetzungen von SA-Führern in neue, meist von ihren bisherigen Wirkungsbereichen auch territorial weit entfernte Arbeitsgebiete, wodurch bestehende Beziehungen und Verbindungen unterbrochen werden sollten. Die SS-Formationen, die Exekutoren der Mordaktion, hatten sich hingegen erneut als verläßlich im Sinne ihrer Losung „SS-Mann – Deine Ehre heißt Treue" ausgezeichnet. Auf Befehl Hitlers wurde die SS aus ihrer Unterstellung unter den SA-Stab genommen und zur selbständigen Organisation erklärt. Damit wuchsen auch der persönliche Einfluß und Machtanteil Himmlers.

Die Mordaktion des 30. Juni 1934 und die danach ergriffenen Maßnahmen vermochten freilich samt und sonders einen Widerspruch nicht zu lösen, den zwischen dem imperialistischen Wesen des Regimes und

seiner nach wie vor zumeist kleinbürgerlichen Massenbasis. Extrem volksfeindliche Interessenpolitik zu betreiben, deren Achse das imperialistische Weltherrschaftsprogramm bildete, und gleichzeitig eine Massenbasis zu behaupten und noch zu erweitern – das schuf eine Konstellation, die dauernd auch auf Aufgaben und Tätigkeit der NSDAP zurückwirkte. Die NSDAP-Führer von der höchsten bis zur niedersten Ebene mußten lernen, sich in diesem Widerspruch politisch zu bewegen, Terror, Demagogie und Korruption miteinander zu kombinieren und wirkungsvoll anzuwenden. Insbesondere die Naziführer auf unterster Ebene gerieten in alltägliche Konflikte mit Angehörigen der werktätigen Klassen und Schichten und waren mitunter gezwungen, sich gegenüber ihren Vorgesetzten zu Fürsprechern von Zugeständnissen an die Massenstimmung zu machen. Wurde der soziale Druck von unten, der in Betrieben und auf Baustellen aus der verschärften Ausbeutung entstand und sich bis zu Kurzstreiks unter der Führung kommunistischer Widerstandskämpfer steigerte, zu groß, schufen als Folge der Aufrüstung steigende Preise und der Mangel an Konsumgütern eine Mißstimmung, die ein bedrohliches Ausmaß anzunehmen begann, dann kamen auch Führungskreise der NSDAP – von der Gestapo ständig über Labilisierungsprozesse in der Massenbasis unterrichtet – nicht umhin, regulierende Maßnahmen zu verlangen und sie gegenüber anderen Herrschaftsinteressen zu verfechten. Doch die Belange des Volkes interessierten in der Führung der NSDAP stets nur unter dem Gesichtspunkt stabilerer imperialistischer Herrschaft. Und in den folgenden nahezu elf Jahren faschistischer Diktatur hat keine Gruppe von Politikern, Militärs oder Wirtschaftsführern es wieder unternommen, die Unzufriedenheit faschistisch organisierter Kleinbürger für ihre Ziele auszunutzen. Das geschah weder 1938 während der „Fritsch-Krise" noch 1944 durch die Verschwörer um Carl Goerdeler und Ludwig Beck.

Vom Standpunkt des faschistischen Gesamtplans, der die Fähigkeit, Krieg um die Weltherrschaft des deutschen Imperialismus führen zu können, als das große strategische Ziel verzeichnete, bedeuteten die Ereignisse des 30. Juni einen beträchtlichen Schritt nach vorn. In den inneren Auseinandersetzungen hatten sich diejenigen Kräfte durchgesetzt, die für die schärfste Konzentration aller Kräfte auf die Aufrüstung eintraten und das höchste Tempo auf dem Weg zum Tag X erstrebten. Innen- und außenpolitisch begab sich das Deutsche Reich unter faschistischer Führung auf einen Kurs, der an Abenteuerlichkeit

den im ersten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts vom kaiserlichen deutschen Imperialismus eingeschlagenen in jeder Beziehung noch übertraf.

11. Kapitel

Das faschistische System des deutschen Imperialismus: Terror, Demagogie und Organisationen

Nach der Röhm-Affäre hatten ausländische Beobachter dem faschistischen Regime eine langwährende Herrschaftskrise prophezeit und geglaubt, das Ereignis werde die Pläne der Machthaber für längere Zeit stören. Damit waren die Meinungsverschiedenheiten zwischen NSDAP-Führern, Reichswehrgeneralen und den deutschen Monopolisten weit überschätzt. Die Affäre stellte den Abschluß, nicht den Beginn einer krisengeladenen Entwicklung dar. Die Führungskräfte der faschistischen Diktatur – Politiker, Bankiers, Industrielle, Militärs – schlossen sich eng um das Vorhaben zusammen, die Rüstungswirtschaft anzukurbeln und ein Massenheer aufzubauen. Diese Teilziele traten auch in das Zentrum aller Aktivitäten der NSDAP. Auf die Vorkriegsjahre zurückblickend, erklärte Hitler 1939: „Die zurückliegende Zeit ist wohl ausgenutzt worden. Alle Schritte waren folgerichtig ..."[1] Sie galten der Kriegsvorbereitung. Über ihr Tempo wurde wesentlich in den Jahren 1935 und 1936 entschieden.

Nahezu nahtlos fand das faschistische Regime den Übergang von der Konsolidierungsphase in die Phase der forcierten Aufrüstung. Zug um Zug wurde die Industrie auf die Versorgung eines Massenheeres mit modernsten Waffen umgestellt. Drakonisch ließ Schacht im Rahmen des „Neuen Plans" Import und Export auf die Bedürfnisse der Rüstungswirtschaft ausrichten und Erzeugung und Einfuhr für den zivilen und Luxusbedarf einschränken. Ein kompliziertes System staatsmonopolistischer Lenkungs- und Leitungsmaßnahmen, das auch einen beträchtlichen personellen und organisatorischen Aufwand erforderte, garantierte dem deutschen Monopolkapital und insbesondere den am stärksten in der Rüstung engagierten kapitalistischen Gesellschaften und Firmen wachsende Gewinne und benachteiligte zunehmend diejenigen Zweige der – zumeist nichtmonopolistischen – Industrie, die

für den zivilen Massenbedarf im Inland produzierten, Konsumgüter für Ausfuhrzwecke herstellten und dafür auf den Import von Rohstoffen oder Halbfertigfabrikaten angewiesen waren.

Die im September 1933 geschaffene Zwangsorganisation „Reichsnährstand" drängte die Bauern zur Anspannung aller Kräfte, um die Produktion von Nahrungs- und Genußmitteln und die Erzeugung von industriellen Rohstoffen (vor allem pflanzliche und tierische Fasern) zu erhöhen. Der Aufbau von militärischen Anlagen wie Kasernen, Flugplätzen, maritimen Stützpunkten u. a. wurde durch die Zwangsverpflichtungen von Arbeitskräften, die vorerst noch in ausreichender Zahl vorhanden waren, immer schneller vorangetrieben.

Die Lasten und Folgen der Aufrüstung hatte das Volk zu tragen. Die Löhne blieben auf dem niedrigen Krisenniveau. Die Arbeitshetze und mit ihr die Arbeitsunfälle stiegen an. Die Lebensbedingungen namentlich der Arbeiter, die in Wohnlagern von ihren Familien getrennt leben mußten, waren vielfach katastrophal. Zugunsten von rüstungswichtigen Investitionen und dem Bau militärischer Anlagen wurde der Wohnungsbau immer mehr gedrosselt, so daß das Wohnungselend vor allem in den Großstädten zunahm. Mitunter fürchteten selbst manche hochgestellten Faschistenführer und insbesondere die Nazifunktionäre, die für die Niederhaltung der Arbeiter in den Produktionsbetrieben verantwortlich waren, die möglichen negativen Auswirkungen der forcierten Rüstungswirtschaft auf die Stabilität des Regimes. In Beratungen, in denen sich das Heß unterstellte Amt „Stellvertreter des Führers" und die Reichsleitung der NSDAP für geringe Lohnerhöhungen verwandten und die Versorgung mit Lebensmitteln garantiert wissen wollten, um den Masseneinfluß der NSDAP nicht zu gefährden, erklärte Schacht bereits 1935 rüde, daß man sich zur Not auch mit Sand waschen könne, wenn fetthaltige Seife wegen Devisenmangels nicht zur Verfügung stehe.[2] Der Rechtfertigung dieser Politik diente schließlich die 1935 zuerst ausgegebene Durchhalteparole der Vorkriegszeit „Kanonen statt Butter".

Das angeschlagene hohe Rüstungstempo war nur unter drei grundlegenden Bedingungen einzuhalten. Erstens mußte der Terrorapparat des Regimes funktionieren und alle Antifaschisten und anderen Hitlergegner niederhalten. Zweitens mußte die NSDAP ihre Macht über Millionen Staatsbürger behaupten und geistig und organisatorisch ausdehnen. Und drittens mußte die Wirkung der nationalen und sozialen Demagogie auf die Masse des Volkes erhalten werden, was wirkliche

oder vorgebliche Erfolge verlangte, mit denen das Trugbild von der „nationalsozialistischen Volksgemeinschaft“ gestützt werden konnte.

In der Tat nahmen viele Menschen, die den Faschisten vertrauten, die ihnen auferlegten Lasten hin. Sie spürten eine gewisse Besserung ihrer Lebensverhältnisse gegenüber den Krisenjahren, die vor allem durch die schrittweise Beseitigung der Arbeitslosigkeit und durch die als Folge verlängerter Arbeitszeit steigenden Wochenlöhne und Familieneinkommen verursacht war. Sie glaubten den Faschisten auch noch, daß eine durchgreifende Änderung ihrer Lebensverhältnisse eintreten werde, wenn die letzten Erwerbslosen „von der Straße“ verschwunden wären. So vermochten die deutschen Imperialisten ihre Kriegsvorbereitung psychologisch auf die Hoffnungsbereitschaft, die Vertrauensseligkeit und den Opfersinn breiter Volkskreise zu stützen, auf Verhaltensweisen, die von den Nazidemagogen auf schnödeste Weise ausgenutzt wurden.

Über die Stellung der NSDAP in der faschistischen Diktatur hatte es öffentliche Einwände zuletzt von seiten des früheren Vizekanzlers von Papen gegeben. Seine im Juni 1934 an der Marburger Universität ausgesprochene Ansicht, „die Vorherrschaft einer einzigen Partei“ könne nur „ein Übergangszustand“ sein, auf den eine andere Organisationsform des Herrschaftssystems folgen müsse[3], wurde mit dem energischsten Ausbau der NSDAP beantwortet. Er bestand nicht einfach in einem quantitativen Wachstum der faschistischen Organisationen, sondern ging auf ihre weitere und vollständige Anpassung an die Aufgaben der Rüstungs- und Kriegsvorbereitungsphase aus. Die Faschistenführer an der Staatsspitze, alles andere als blind gegenüber ihrer eigenen sozialen und politischen Rolle, verstanden, daß – ähnlich der freilich andersgearteten Situation vor 1933 – die NSDAP und ihre Teilorganisationen sich im Dienst am imperialistischen Gesamtinteresse immer aufs neue bewähren mußten, wenn sie ihren Platz im Herrschaftssystem behaupten und ausbauen wollten. Darüber hinaus traten Hitler und andere NSDAP-Führer wortreich Auffassungen entgegen, wonach die Nazipartei nach der Etablierung der faschistischen Staatsmacht überflüssig geworden sei. Solche Ansichten hielten sich noch eine Zeitlang in jenen Teilen der herrschenden Klasse, die aus der Weiterexistenz der NSDAP und ihrer militanten Verbände stets neue Schwierigkeiten für die Herstellung der „Volksgemeinschaft“ entstehen sahen. Es waren vorwiegend Bourgeois und Großgrundbesitzer aus konservativen, deutschnationalen und christlichen Kreisen, die

meinten, zwischen dem Faschismus und der NSDAP differenzieren zu können, und sich einen deutschen Faschismus ohne NSDAP vorstellten, in dem sie selbst einen stärkeren Einfluß besitzen würden.

Tatsächlich fand die NSDAP im Programm der forcierten materiellen und ideologischen Kriegsvorbereitung ihren festen Platz. Es festigte sich der faschistische Typ des imperialistischen Herrschaftssystems, in dem neben dem Staatsapparat eine – die „nationalsozialistische" – Massenpartei existierte, die keinerlei von der Staatspolitik abweichende Interessen oder Ziele verfolgte. Staat und NSDAP verschmolzen zu einem Herrschaftsorganismus, der die kapitalistischen Ausbeutungsverhältnisse sicherte, die Volksmassen politisch, sozial und geistig niederhielt und sie zugleich für die Zwecke des imperialistischen Raubkrieges in einen Zustand „hysterischer Leidenschaft", so lautete eine Formulierung Hitlers, zu setzen trachtete. Im Deutschen Reich entstand eine an das Vorbild des italienischen Faschismus sich anlehnende, aber es nicht einfach kopierende Form kapitalistischen Herrschens und Regierens, mit der das ökonomische und politische Interesse des Finanzkapitals außerordentlich wirkungsvoll durchgesetzt wurde. Es hätte der Tradition der politischen Organisation des Kapitalismus in Deutschland ebenso widersprochen wie den Tarnbedürfnissen des „nationalen Sozialismus", wären in diesem Herrschaftssystem führende Monopolisten in größerer Zahl direkt und an sichtbarer Stelle an das Staatsruder getreten. Hugenberg, Schmitt, Schacht, die Wirtschaftsminister des Regimes in der Zeit von 1933 bis 1938, die der monopolbourgeoisen Oberschicht angehörten oder zuzurechnen waren, bildeten nicht zufällig Ausnahmen in der Regierung. Die faschistische Demagogie suchte den Massen gerade weiszumachen, daß Kapitalisten, Grundbesitzer, Arbeiter und Bauern lediglich an unterschiedlichem, aber natürlichem Platz dem Ganzen, der „Volksgemeinschaft", zu dienen hätten. Diesem Betrug halfen kapitalistische Aktionäre und Manager nach Kräften auf, indem sie sich in der Öffentlichkeit vor Hitler und anderen Politikern des Regimes, wenn auch als bevorzugte, so doch immer nur als Gehilfen der Staatsführung ausgaben, mit Ergebenheitsbekundungen nicht sparten und sich bei allen Gelegenheiten als Diener der Nation hinstellten. In Wirklichkeit hatte das deutsche Monopol- und Großkapital aber gegenüber der Weimarer Republik an Einfluß auf den Staat noch gewonnen, wenn auch Wege, Mittel und Formen dieser Einflußnahme sich wandelten. Der Reichsstand der deutschen Industrie, wie der frühere Reichsverband jetzt hieß, die Wirtschafts-

und Handelskammern, die Vereinigungen der Kapitalisten, welche die Interessen einzelner Industriezweige oder besondere außenhandelspolitische Belange verfochten, existierten fort. Sie und die Konzernzentralen bauten ihre Verbindungen zum Staatsapparat, namentlich zu den entscheidenden Reichsministerien, insbesondere denen für Wirtschaft, Arbeit und Finanzen und zu den Wehrmachtsaufträge vergebenden Institutionen des Heeres, der Luftwaffe und der Kriegsmarine aus und verursachten, beeinflußten oder modifizierten Entscheidungen, die für ihre Profite und ihre Gewinnchancen wesentlich waren. Je rascher die Entwicklung zum Kriege hingetrieben wurde, vor allem im Zeichen des 1936 in Angriff genommenen „Vierjahresplans", um so enger verflochten Staats- und Wirtschaftsapparat miteinander, die sich mit der NSDAP zu einem arbeitsteiligen Herrschaftsgefüge formten. Mit der faschistischen Diktatur erreichte die staatsmonopolistische Entwicklung im Deutschen Reich eine neue Etappe.

Auf dem Parteitag 1935 erklärte Hitler, daß das faschistische Regime und er selbst sich auf zwei Säulen, den Staat und die Partei – mitunter war auch von einer dritten Säule, dem Militär, die Rede –, stütze. Dieses entschiedene Eintreten für die Existenz der NSDAP entsprang nicht bloß opportunistischer Konzessionsbereitschaft gegenüber den „alten Kämpfern". Das Festhalten an der historisch gewordenen Struktur faschistischer Herrschaft gründete sich auf die Erfahrung, daß imperialistische Machtbefestigung nach innen direkte politische Fesselung breitester Volkskreise an das Ausbeutungssystem brauche. Dafür galt die ideologische Verkettung mit dem Faschismus, wiewohl am dauerhaftesten, allein nicht als ausreichend. Wurde sie hingegen durch Bindungen an nazistische Organisationen ergänzt, mußten sich ungleich weitere Möglichkeiten der geistigen Beeinflussung und der praktischen Aktivierung ergeben. Sie verstrickten das Volk sukzessive in das größte weltgeschichtliche Verbrechen.

Die NSDAP-Reichsleitung verfocht ihr Konzept, die Bürger restlos durch die Nazipartei zu erfassen. Diesem Entwurf folgte der Ausbau der NSDAP zur umfassendsten Parteiorganisation, über die der deutsche Imperialismus seit seiner Entstehung gebot. Sie zählte Ende 1934 etwa 2,5 Millionen Mitglieder und dürfte sich zum Zeitpunkt ihrer größten Ausdehnung auf etwa 10 Millionen erweitert haben. Nach Zahl und materieller Basis, nach Gliederung und Einfluß kam der NSDAP keine bürgerliche Partei in den kapitalistischen Staaten Europas gleich.

Mit dem Anwachsen der NSDAP gelangten schon in den ersten Jahren der faschistischen Diktatur Menschen in die Parteireihen, deren Beziehung zum Faschismus bisher labil war. Sie erwarben die NSDAP-Mitgliedschaft aus Opportunitätsgründen oder schlossen sich unter mehr oder weniger offenem Druck einer faschistischen Organisation an. Von diesen Motiven zeugte auch der Anteil von NSDAP-Mitgliedern in den sozialen Klassen und Schichten und den Berufsgruppen. Nach einer Statistik vom 1. Januar 1935 waren NSDAP-Mitglieder unter den Staatsbeamten am weitaus stärksten anzutreffen. Von ihnen gehörte jeder Fünfte zur Nazipartei. In der Beamtenschaft waren wiederum die Lehrer – mit 30 Prozent – besonders zahlreich organisiert. Aus der Kategorie der Selbständigen, deren Hauptanteil städtische Händler und Handwerker ausmachten, hatte die NSDAP 15 Prozent, unter den Angestellten 12 Prozent als Mitglieder gewonnen. Demgegenüber gehörte nur jeder zwanzigste Arbeiter zur Nazipartei. Noch geringer war die Zahl der Parteizugehörigen unter den Bauern, woraus nicht auf deren ablehnende Haltung zum Faschismus geschlossen werden darf. Die Bauern organisierten sich traditionell parteipolitisch in geringem Maße, und ihre zwangsweise Erfassung im Reichsnährstand schuf den Machthabern obendrein ein Äquivalent. Insgesamt hatten sich Anfang 1935 7,3 Prozent aller Berufstätigen der NSDAP angeschlossen.[4]

Auch den faschistischen Führern konnte nicht verborgen bleiben, daß das quantitative Anwachsen der Nazipartei nicht nur Vorteile besaß. Entgegen allen Erklärungen, wonach die NSDAP die „Besten" des Volkes erfasse, war nur die SS eine Organisation der reaktionären Elite. Hinter ihr verringerte sich der Grad der politischen Verläßlichkeit und der Verwendungsfähigkeit faschistischer Organisationen bis zur DAF, der schließlich jeder Berufstätige obligatorisch angehören mußte, sofern er nicht durch den Reichsnährstand erfaßt wurde. Nichtsdestoweniger spielte jede NSDAP-Organisation ihre Rolle im Herrschaftsapparat, und selbst in der Endkrise des faschistischen Systems 1944/45 brach keine aus dem Machtgefüge heraus. Die Naziführung blieb imstande, sie alle so zu kontrollieren, daß ihre Tätigkeit sich nirgendwann verselbständigte. Zu diesem Zweck arbeitete die Reichsleitung auch mit der Gestapo zusammen.[5] Die Beziehungen zwischen Staatsapparat und Parteidienststellen zu harmonisieren, unnötige Reibereien und Kämpfe zu unterbinden und von Eigennutz, Besserwisserei und bornierten Machtgelüsten geleitetes Hineinreden in Kompetenzen

der Staatsbürokratie auszuschalten, blieb eine ständige Aufgabe der NSDAP-Reichsleitung. Nur Hoheitsträger, also NSDAP-Führer von der Reichs- bis zur Ortsgruppenebene, waren noch befugt, in politischen Angelegenheiten mit staatlichen Stellen in Kontakt zu treten. Dieses Prinzip, das die Befugnisse der Block- und Zellenleiter und die der Führer in den Parteigliederungen, insbesondere in SA und HJ, einschneidend begrenzte, wurde direkt und indirekt immer wieder verletzt. Das Ziel, die Funktionsfähigkeit der Staatsbürokratie zu gewährleisten, die faschistischen Beamten vor willkürlichen Eingriffen unbefugter NSDAP-Führer und -Dienststellen zu schützen und ihnen Sicherheit in ihren Aktionen zu geben, konnte aber erreicht werden.

Der Ausbau der NSDAP besaß also seine dem imperialistischen Herrschaftssystem als Ganzem dienenden Gründe und lag keineswegs nur im Interesse der Faschistenführer und ihrer „alten" Mitkämpfer, von denen bürgerliche Historiker behaupten, sie hätten Sonderinteressen gegenüber dem Staat verfechten wollen. Staat und NSDAP waren zwei relativ selbständige Instrumente in einem einheitlichen, wenn auch nicht widerspruchsfreien Herrschaftsgefüge. An seiner Spitze wurde darauf geachtet, daß sich die von ihnen bewegten Kräfte potenzierten. Das gelang nicht in jedem Fall, und Effektverluste waren in diesem wie in jedem anderen kapitalistischen Regime unvermeidlich. Sie bildeten aber nicht das Charakteristikum faschistischer Herrschaft. Das Miteinander von Organen des Staates und der NSDAP stellte den Normalfall, den Alltag faschistischer Machtausübung dar. Die dennoch massenhaft vorkommenden Auseinandersetzungen, die sich keineswegs allein in Konfrontation von Staatsbeamten und NSDAP-Führern äußerten, sondern sich auch in der Staatsbürokratie selbst und im Organisationsimperium der NSDAP ergaben, waren im ganzen eine unvermeidliche Begleiterscheinung einer hektischen auf Krieg und Weltherrschaft gerichteten Aktivität. Sie verursachten keineswegs immer Wirkungseinbußen oder gar Stillstand. In zahlreichen Fällen führte das Gegeneinander von Personen, Gruppen und Bestrebungen gerade zu Resultaten, die dem monopolkapitalistischen Gesamtinteresse adäquat waren. In nur zu durchsichtiger Absicht unterschlägt die bürgerliche Geschichtsschreibung diesen Tatbestand zumeist und entwirft ein wahrheitsuntreues Bild, wonach der faschistische Staat und seine Beamten mäßigend, zurückhaltend, friedensuchend, ja sogar antifaschistisch tätig geworden wären und die NSDAP-Führung allein imperialistisch, abenteuerlich, kriegstreibend, verbrecherisch gewirkt

hätte. In Wirklichkeit vermochte erst beider Zusammenarbeit jene Stoßkräfte hervorzubringen, zu deren schließlicher Vernichtung die Menschheit so große Anstrengungen zu unternehmen hatte.

Der Konzentration aller Kräfte und der Koordinierung der Tätigkeit von Staats- und NSDAP-Apparat diente auch eine Vielzahl von Personalunionen. Hitler stand seit 1933 an der Spitze beider Apparate. Goebbels war Reichspropagandaleiter der NSDAP und Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda. Heß, der Stellvertreter Hitlers für die Angelegenheiten der NSDAP, bekam – wie erwähnt – Ende 1933 den Rang eines Ministers.

Personalunionen existierten aber nicht nur auf der obersten Staatsebene. Gauleiter der NSDAP übten seit 1933 neben ihrem Parteiamt das des Reichsstatthalters aus und damit die höchste Staatsfunktion in dem jeweiligen Territorium. In Preußen erhielten sie die Leitung der Oberpräsidien, womit sie an die Spitze der Staatsexekutive in den Provinzen traten. Diese Praxis setzte sich in Städten und Kreisen nicht fort. Den Posten des Landrates oder Oberbürgermeisters und den des NSDAP-Kreisleiters nahmen unterschiedliche Personen ein, denn die NSDAP-Führer auf der mittleren und unteren Ebene sollten sich ganz auf die Formierung der Bevölkerung, ihren Einsatz und ihre Kontrolle konzentrieren können. Die faschistischen Staatsbeamten und die hauptberuflichen NSDAP-Führer auf lokaler Ebene wirkten – nicht anders als ihre Vorgesetzten an der Staatsspitze und in den Reichsministerien – in eine Richtung und arbeiteten, mitunter durch höchstgestellte faschistische Machthaber dazu ermahnt, auf ihren jeweiligen Posten einträchtig zusammen.

Im Verlauf des Jahres 1935 wurde auch Klarheit über die Methoden des innenpolitischen Einsatzes der NSDAP-Mitgliedschaft geschaffen. Anfänglich glaubten die Machthaber noch, durch Anwendung jener offenen Terrormethoden, die in der Zeit vor 1933 praktiziert worden waren, widerstrebende Elemente und Tendenzen bekämpfen zu können. Diese Praxis richtete sich, da die illegal kämpfende KPD und andere Widerstandsgruppen im Untergrund damit nicht mehr zu treffen waren, in erster Linie gegen Kräfte in den christlichen Kirchen und deren legale Aktivitäten. Mit antiklerikalen Provokationen waren die Meinungsverschiedenheiten im ideologischen Bereich, die aus der faschistischen Rassentheorie und den vornehmlich von Rosenberg verbreiteten neuheidnischen Lehren herrührten und das noch engere Zusammenwirken der Obrigkeit beider Konfessionen mit den Macht-

habern behinderten, jedoch nicht aus der Welt zu schaffen. Besonders aber verschärfte der Anspruch der Faschisten, die Jugenderziehung zu monopolisieren, die Beziehungen zwischen der NSDAP und den Kirchen. Im Frühjahr und im Sommer 1935 fanden – von den Faschisten so bezeichnete – „Einzelaktionen" gegen kirchliche Veranstaltungen, Einrichtungen und Personen statt, wobei SA, SS und HJ, teils offen, manchmal aber in sogenanntem Räuberzivil, agierten. Zusammenkünfte in kirchlichen Gebäuden wurden provozierend gestört, Jugendheime und -herbergen demoliert, jugendliche Laienfunktionäre mißhandelt. Diese Gewaltakte, welche mit grundsätzlicher Billigung der NSDAP-Reichsleitung stattfanden, schlugen gegen die Faschisten, erschwerten sie doch den kollaborationswilligen Kirchenoberen die Einordnung der Gläubigen in die faschistische Diktatur.

Gleichzeitig nährten die „Einzelaktionen" – und darin lag ihr demagogischer Effekt in den NSDAP-Organisationen – aber das falsche Bewußtsein der beteiligten Faschisten, die „Revolution" weiter vorantreiben zu sollen. Dazu fühlten sich SS-Männer, SA-Leute und Hitlerjungen auch durch die antisemitischen Terrorakte angestachelt, welche sie mit sadistischer Erfindungsgabe planen und durchführen durften. Im Juli und August 1935 drohten diese antikirchlichen und antijüdischen „Einzelaktionen" alle Grenzen zu sprengen, welche den gewalttätigen Umtrieben der faschistischen Trupps von der NSDAP-Reichsleitung gewiesen worden waren. Der Terror gegen jüdische Firmen und Geschäfte störte erneut die Profitinteressen der „Arier". Himmler befahl der SS daher, das Treiben zu beenden. Stabschef Lutze erließ einen entsprechenden Befehl an die SA.[6]

Obzwar diese Verbote unmittelbar nur den faschistischen Krawallen gegen „Juden" und „schwarze Reaktion", wie die Kirchenführer genannt wurden, galten, besaßen sie prinzipielle Bedeutung. Sie bezeichneten das Ende des relativ eigenmächtigen Einsatzes von Einheiten der SA, SS und HJ durch Parteiführer der unteren und mittleren Ebene, war dieses Vorgehen doch ungeeignet, „die erforderliche Einmütigkeit im Volke zu schaffen".[7] Das Recht, Teile der Bevölkerung nach eigenen Plänen zu terrorisieren, stand den lokalen und territorialen NSDAP-Führern nicht länger zu. Der Terror wurde ein Monopol der Polizei, namentlich der Gestapo, der Justiz und von Spezialeinheiten der SS. Nur in Ausnahmefällen erhielten Formationen der Allgemeinen SS, SA oder HJ noch Befehle, in der Öffentlichkeit gewaltsam vorzugehen. Dann aber wurde – wie es während der „Reichskristall-

Im Zeichen der NSV – im Interesse der Rüstung. Eintopfessen unterm Hitler-Bild und bei Blasmusik

Propaganda für den „Volksempfänger“ (Baujahr 1933)

Aufmarsch der faschisti-
schen Organisationen
zum Reichsparteitag der
NSDAP (Nürnberg 1934)

Zwangsrekrutierte Angehörige des Reichsarbeitsdienstes (1935)

Göring und Himmler (rechts) vor einer faschistischen Kundgebung in München (1936)

VII. Weltkongreß der Komintern (Juli/August 1935). V. lk. n. rechts: Georgi Dimitroff, Maurice Thorez, Wilhelm Pieck

Im Kampf gegen den Faschismus in Spanien (Albacete 1937). V. lk. n. rechts: Louis de Brouckère, Luigi Longo, Franz Dahlem

Ludwig Renn zu Besuch bei ungarischen Spanienkämpfern

Brennende Synagoge in der Oranienburger Straße in Berlin (9./10. November 1938)

tem, statt den Kauf von Neuem anpriesen. Wer den eigentlichen Zweck von Parolen, wie „Kampf dem Verderb" oder „Eßt mehr Fisch", die für sich genommen vernünftig klangen, bloßstellte, galt als Volksschädling und wurde von der Gestapo verfolgt. Sie nahm, um die Massen faschistisch zu disziplinieren, auch Menschen vorübergehend in „Schutzhaft", die sich abfällig über Maßnahmen, Ergebnisse oder Personen der faschistischen Politik geäußert hatten. Auch die Methode, durch einen kurzfristigen Aufenthalt in einem Gestapo-Gefängnis faschistische Lektionen zu erteilen, ließ die Furcht vor den Machthabern anwachsen und mit ihr verbreitete sich das Bestreben, jeden Konflikt mit dem Regime zu vermeiden. Das erschwerte den antifaschistischen Widerstand und erhöhte die Gefahren für den illegalen Kampf.

Resultate, Bedingungen und Aufgaben dieses Kampfes hatten der VII. Weltkongreß der Komintern und die im Oktober 1935 in der Nähe von Moskau tagende Parteikonferenz der KPD beraten. Die kommunistische Weltbewegung war aufgrund der Kämpfe, die sie in Italien, Deutschland, Österreich, Frankreich und Spanien gegen den Faschismus mit wechselndem Erfolg und Ausgang geführt hatte, zu dem Standpunkt gelangt, daß der Sieg über die faschistischen Parteien und Diktaturen die breiteste Volksfront erfordere, als deren Kern die Einheitsfront der Arbeiterklasse der jeweiligen Länder geschaffen werden müsse. Zugleich war das strategische Ziel des antifaschistischen Ringens überdacht und erkannt worden, daß es nicht unbedingt direkt in die Herrschaft der Arbeiterklasse einmünden müsse, sondern zunächst zu neuartigen antiimperialistischen Herrschaftsformen führen könne.

Mit den Beratungen und den Beschlüssen des VII. Weltkongresses und deren Anwendung auf die konkreten Bedingungen in Deutschland, wie sie die Parteikonferenz der KPD gab, fand die Ausarbeitung der marxistisch-leninistischen Faschismus-Theorie einen gewissen Abschluß. Im Kampf gegen faschistische Ideologie, Politik und Organisation hatten die Kommunisten das Wesen des Faschismus immer exakter erkannt. Damit schufen sie sich das Fundament für die antifaschistische Strategie und Taktik der Einheits- und Volksfrontpolitik, für ihr zielklares Eintreten zugunsten der vom Faschismus bedrohten Völker und für deren soziale, nationale und Friedensinteressen.

Die KPD ging davon aus, daß in Deutschland längere und große Anstrengungen notwendig sein würden, um das etablierte faschistische Regime zu stürzen. Beharrlicher Kampf um die Einheitsfront in der

Illegalität, in Gefängnissen, Zuchthäusern und Konzentrationslagern und in der Emigration, ausdauernde Versuche, den nach wie vor existierenden Widerstand rechter Führer der Sozialdemokratie gegen den Zusammenschluß der antifaschistischen Kräfte zu überwinden, taktisch bewegliches halblegales und illegales Vorgehen, um die Bevölkerung in Deutschland selbst über Wesen und Ziele der faschistischen Diktatur aufzuklären und damit Voraussetzungen für eine antifaschistische Volksfront zu schaffen, darin bestanden Grundlinien des kommunistischen Kampfes. Vor allem verpflichteten die Beschlüsse der Komintern und der KPD alle Kommunisten, vor den Völkern die Kriegsgefahr zu enthüllen, die von den faschistischen Staaten, insbesondere von Deutschland und Italien, ausging, und alle friedenswilligen Menschen zum Kampf gegen den drohenden zweiten Weltkrieg zu mobilisieren.

Tatsächlich zeigte sich immer deutlicher die alternativlose Orientierung des faschistischen Regimes auf Aufrüstung und Krieg, hinter der die Mehrheit des Monopolkapitals stand. Göring erklärte vor Unternehmern im Dezember 1936: „Sieg oder Untergang. Wenn wir siegen, wird die Wirtschaft genug entschädigt werden. Es darf nicht kalkuliert werden, was es kostet. Wir spielen jetzt um den höchsten Einsatz." Noch ungeschminkter drückte Göring die größenwahnsinnigen Ziele der deutschen Imperialisten während einer Besprechung mit Luftfahrtindustriellen am 8. Juli 1938 aus: „... wenn wir den Kampf gewinnen würden. Dann ist Deutschland die erste Macht der Welt, dann gehört Deutschland der Markt der Welt, dann kommt die Stunde, wo Deutschland reich ist. Aber man muß was riskieren, man muß was einsetzen."[25]

12. Kapitel

Führer in den zweiten Weltkrieg

1937/38 begannen die Kriegspläne des deutschen Imperialismus schrittweise konkrete Gestalt anzunehmen. Das „Dritte Reich" trat in die Etappe seiner Eroberungen ohne Krieg ein, wobei die faschistischen Machthaber Europa von einer politischen Krise in die andere stürzten. Der Friede war permanent gefährdet, die Welt immer wieder bis dicht an den Abgrund des Krieges gedrängt.[1]

Aufgrund koordinierter Maßnahmen von Staat und Rüstungskapital machte die Militarisierung materiell riesige Fortschritte. Der Anteil der Rüstungsausgaben am Volkseinkommen stieg 1937 auf 22 Prozent und erhöhte sich 1938 um weitere 10 Prozent, so daß rund ein Drittel für die Vorbereitung der militärischen Aggression aufgewendet wurde. Der Rüstungsboom ließ die Gewinne der Bourgeoisie steigen. Gleichzeitig führte er zu einem weiteren Absinken der Arbeitslosigkeit, die 1937 im Jahresdurchschnitt mit einer Zahl von 912 312 erstmals unter die Einmillionengrenze sank. 1938 verminderte sich die Zahl der Arbeitslosen noch einmal um 50 Prozent.

Es verging keine propagandistische Rede Hitlers, Leys oder eines anderen Faschistenführers, in der die „Beseitigung" der Arbeitslosigkeit nicht als das Verdienst des Faschismus ausgegeben worden wäre. Die Formel „Aber sie haben Arbeit geschaffen" wurde zum wichtigen Selbstberuhigungsmittel vieler Deutscher, die Zweifel oder Einwände gegen das Regime verdrängten, indem sie das angeblich Gute gegen das wirklich Schlechte und Verbrecherische in kleinbürgerlicher und letztlich unmoralischer Denkweise gegeneinander abwogen.

Die wachsende Stabilität des Regimes und das Fortschreiten von Rüstungswirtschaft und Wehrmachtsaufbau nahmen der Frage, wie die militärische Gewalt eines Tages eingesetzt werden sollte, ihren allgemeinen Charakter. Am 5. November 1937 erklärte Hitler den Ober-

befehlshabern der Wehrmachtsteile, die Jahre 1943 bis 1945 wären als diejenigen anzusehen, die wegen der dann erreichten eigenen Stärke zum Losschlagen am besten geeignet seien. Jedoch sollte jede Gelegenheit genutzt werden, schon vorher erste Eroberungen anzustreben. Österreich und die Tschechoslowakei galten als die europäischen Staaten, die zuerst liquidiert werden sollten. Die Untätigkeit Englands und Frankreichs vorausgesetzt, hielt Hitler die Erreichung dieser Teilziele „bereits im Jahr 1938" für möglich.[2]

Als es über diese Pläne zu Auseinandersetzungen kam, wurden Anfang Februar 1938 Militärs und Politiker ausgeschaltet, denen der außenpolitische Kurs zu risikoreich schien und die über Tempo und Qualität der Aufrüstung sowie über die Richtung, in der das aufgehäufte Kriegspotential angewendet werden sollte, Auffassungen vertraten, die von jenen der maßgeblichen faschistischen Führungsgruppe abwichen. Hitler übernahm den direkten Oberbefehl über die Wehrmacht selbst, das ihm unterstellte Oberkommando der Wehrmacht (OKW) trat an die Stelle des Reichskriegsministeriums. An die Spitze des Auswärtigen Amtes gelangte Joachim von Ribbentrop, seit 1930 mit der NSDAP verbunden und seit 1932 ihr Mitglied, der ein außenpolitischer Sonderberater Hitlers gewesen war und diplomatische Aufträge – seit 1936 als Botschafter in London – ausgeführt hatte. Ribbentrop sollte erreichen, daß Großbritannien und in seinem Gefolge Frankreich während der nächsten aggressiven Schritte des faschistischen Staates stillhielten. Das Wirtschaftsministerium, dessen Leitung Schacht im November 1937 entzogen worden war, besetzte ein NSDAP-Führer, der sich harmonisch in die eingeschlagene Linie einpaßte: Walther Funk, der seit 1933 Staatssekretär im Propagandaministerium gewesen war, wurde 1939 zudem Reichsbankpräsident.

Dieses Revirement bezeichnete das ZK der KPD in einer Verlautbarung als alarmierend, sollte es doch „alle im Staatsapparat noch vorhandenen Hemmungen" gegen die abenteuerlichste Kriegspolitik beseitigen.[3] Nicht, daß der Personenwechsel einen Kurswechsel ausdrückte. Die Ausgeschiedenen, wie Schacht, der als erster für die Organisation der Rüstungswirtschaft zuständig war, Blomberg, der als Kriegsminister Reichswehr und faschistische Partei eng zusammenführte, und der Oberbefehlshaber des Heeres, Werner Freiherr von Fritsch, hatten die faschistische Politik während einer entscheidenden Wegstrecke vorangebracht und hielten ihr auch weiter die Treue.

Die von den Machthabern als „nationale Konzentration" übertünchte

Februar-Krise 1938 schuf größere Homogenität des aggressiven Denkens und Handelns an der Staatsspitze und beseitigte Reibungsverluste. Sie löste keinerlei Erschütterung im Verhältnis von Staat, Partei und Kapital aus, wozu die nun beginnenden Eroberungen ohne Krieg beitrugen.

Der Kriegspfad, auf den sich die faschistischen Machthaber mit einem Zeitplan begaben, der die Termine für die Auslösung der militärischen Aggression immer weiter vorverlegte, wurde auch für Aufgaben und Tätigkeit der NSDAP bestimmend. Überstunden waren nicht nur in der Rüstungsproduktion, sondern auch in der Staats- und Parteibürokratie an der Tagesordnung, wo die immer wieder korrigierten Teilpläne für die Kriegsvorbereitung und wechselnde Planungen für die ersten annektionistischen Vorhaben ausgearbeitet wurden. Große Teile der Bevölkerung und insbesondere die NSDAP-Mitgliedschaft gerieten in einen andauernden Mobilisierungszustand. Sie hatten die wirtschaftliche Aufrüstung im Rahmen des „Vierjahresplanes" mitzutragen, sich selbst militärisch auf den Krieg vorzubereiten, Propaganda für die verschiedensten Sparmaßnahmen zu machen, Altstoffe zu sammeln, an politischen Kampagnen des faschistischen Reiches und jenes Jahresritual mitzuwirken, das in einer Kette von Feierlichkeiten bestand.

Im Januar begingen die Nazis den „Tag der Machtergreifung", im Februar den der Parteigründung, im März wurden die Kriegshelden und im April „Führers Geburtstag" gefeiert, am 1. Mai, dem „Tag der nationalen Arbeit", massenweise aufmarschiert, und so setzten sich über Sommersonnenwende, Parteitage, die Feier zum Gedenken an den Putsch 1923 die politischen Demonstrationen des Regimes bis zur Wintersonnenwende fort. Das alles verlangte von den organisierten Gefolgsleuten des Faschismus immer wieder Zeit- und Kraftaufwand, denn die Mitglieder von SA, SS, NSKK, NSFK und HJ trugen bei all dem die Hauptlast. Klagen über die andauernde Überbeanspruchung hörten daher in den Reihen der faschistischen Gefolgschaft nie auf. Parteiführer und -unterführer antworteten mit Disziplingeboten und verstanden, sie mit Drohungen, Nach- und Strafexerzieren auch durchzusetzen. Bei der Unterordnung unter die Befehle der NSDAP-Führer wirkte einerseits die Furcht überstrapazierter Mitglieder mit, im Falle nachlassender Aktivität benachteiligt oder bestraft zu werden. Und andererseits galt der Dienst in den NSDAP-Organisationen als Bedingung für die Förderung in einem Regime, in dem nur aufsteigen konnte, wer sich bedingungslos einordnete und das Befohlene exakt, „zackig"

und bedenkenlos ausführte. Unter dem Druck der Angst und von dem Wunsch angetrieben, in der Gesellschaft höher und nach „oben" zu gelangen, wurden Schritt für Schritt willfährige Werkzeuge erzogen. Dieser faschistische Ausleseprozeß bedeutete für alle, die an ihm teilnahmen, und darunter befanden sich auch besonders viele junge Angehörige der Intelligenz, einen permanenten moralischen Abstieg.

Das Führerkorps auf mittlerer und unterer Ebene hatte sich bis zu einem gewissen Grade zu einer eigenen gesellschaftlichen Gruppe konstituiert. Obwohl es verschiedenen Klassen entstammte oder angehörte und sein Amt in der NSDAP meist ehrenamtlich versah, fühlte es sich gegenüber allen anderen „Volksgenossen" durch Befehlsgewalt, Titel, Stellung, Uniform, Rangzeichen und Ordensschmuck herausgehoben. Während der Stunden des Dienstes durfte es anweisen, kommandieren, Fronten abschreiten, Fahnen und Standarten tragen, ließen sich seine Angehörigen selbst militärisch grüßen und fanden sich aus dem eintönigen und ermüdenden Alltag in Beruf und Familie auf feierliche Weise herausgerissen. Das imponierte vielen kleinbürgerlichen Naturen. Von der Mehrheit der Bevölkerung wurde dieses untere und mittlere Führerkorps insgeheim verächtlich verspottet, wovon Bezeichnungen wie „Goldfasane", „Lamettaträger" u. a. zeugten, mehr noch aber war es zu fürchten. Die Angehörigen dieses Korps besaßen über den Kreis der NSDAP-Mitgliedschaft hinaus Kenntnisse über das politische Verhalten der Menschen. Sie wußten, wer die Fahnen des Regimes nicht zeigte, für die zahllosen Geldsammlungen nicht spendete, seine Kinder nicht zum HJ-Dienst schickte, Kirchen besuchte, der Luftschutzausbildung fernblieb usw. Mit diesen Informationen bildeten sie den verlängerten Arm der Gestapo und waren imstande, den Menschen Vor- und Nachteile zu verschaffen.

Je intensiver auf den Kriegsbeginn hingearbeitet wurde, um so höher gerieten die Ansprüche der faschistischen Machthaber an die innere Geschlossenheit der Volksmassen und um so schärfer verfolgten sie alle Hitlergegner. Himmler sprach Anfang 1937 vor Wehrmachtsoffizieren davon, daß es im kommenden Kriege den „vierten Kriegsschauplatz: Innerdeutschland" geben werde, der von Polizei und SS zu beherrschen sei. Dann würde eine „recht erhebliche Anzahl unsicherer Kantonisten" in Konzentrationslager gebracht werden.[4] Mit Blickrichtung auf den Krieg erhöhte die SS die Anzahl der Totenkopfverbände und konzentrierte sie in Kasernen nahe der neuerrichteten großen Konzentrationslager, die an die Stelle einer Anzahl aufge-

löster kleinerer Lager traten. Am 16. Juli 1937 wurde das KZ Buchenwald bei Weimar errichtet, dessen Name mit denen von Sachsenhausen, Dachau und dem Frauen-KZ Ravensbrück ein Inbegriff faschistischer Grausamkeit war. In diesen Lagern hielt das Regime im November 1938 nahezu 60 000 Menschen gefangen[5]; unter ihnen bildeten die Kommunisten die größte politische Gruppe, die den antifaschistischen Kampf auch in todesdrohender Gefangenschaft fortsetzte. Unter den kommunistischen Kämpfern, die seit 1933 eingekerkert waren und den Torturen der Faschisten standhielten und auch in der Haft den antifaschistischen Kampf fortsetzten, befanden sich Walter Stoecker, Ernst Schneller, Theodor Neubauer, Albert Kuntz, Mathias Thesen, Bernhard Bästlein, Ernst Grube, Rudolf Renner und viele andere. Mit Tausenden Antifaschisten wurden sie umgebracht. Andere, unter ihnen die kommunistischen Jugendfunktionäre Fritz Große und Erich Honecker, erduldeten zehn und mehr Jahre Haft, bis sie befreit wurden.

Anfang 1938 sahen die faschistischen Machthaber die Möglichkeit, ihre Annexionsabsichten gegenüber Österreich zu verwirklichen. Wie in Deutschland so hatte sich nach dem ersten Weltkrieg in Österreich eine faschistische Bewegung gebildet, deren Anführer glaubten, nach dem Sieg der Hitlerfaschisten in Deutschland würde es leicht sein, die „Anschlußfrage" zu lösen. Am 18. Juni 1933 aber wurde die NSDAP in Österreich verboten. 1934 putschten die Nationalsozialisten in Wien, um – an die Macht gelangt – den „Anschluß" zu vollziehen. Die Aktion, bei der der österreichische Bundeskanzler Dollfuß von Angehörigen der SS-Standarte 89 ermordet wurde, scheiterte, und die Führer des Putsches kamen vor die Gerichte und in Strafanstalten. Das faschistische Regime in Deutschland mußte sich von den Ereignissen distanzieren, beteuerte gezwungenermaßen Loyalität gegenüber dem österreichischen Staat und erklärte, dessen Selbständigkeit nicht antasten zu wollen. Gleichzeitig bot es nicht nur den geflohenen österreichischen Nazis Asyl, sondern faßte diese in kasernierten SA-Formationen, der sogenannten Österreichischen Legion, zusammen, um sie auf ihren zukünftigen Einsatz vorzubereiten.

Die illegale NSDAP in Österreich, in der es für eine begrenzte Zeit Konfusions- und Zerfallserscheinungen gab, wurde mit Hilfe der NSDAP-Reichsleitung von München aus neu formiert, finanziell gestützt und auf einen dem Kräfteverhältnis angemessenen Kurs umgestellt. An die Stelle von Putschversuchen trat das Vorhaben, in Wien pseudolegal an die Macht zu gelangen, wobei der innenpolitische An-

griff der österreichischen Faschisten mit äußerem Druck kombiniert werden sollte. Zu diesem Zweck bauten die Nazis ihre Parteiorganisationen, die SA, SS und HJ, im Untergrund aus und lancierten Faschisten oder Sympathisanten mit dem Auftrag in den Staatsapparat und an die Staatsspitze, die Abwehrkräfte gegen die Herrschaft des deutschen Imperialismus zu paralysieren. Der einflußreichste unter diesen legal operierenden Faschisten wurde Arthur Seyß-Inquart, welcher der NSDAP insgeheim seit 1932 angehörte. Er konnte 1937 österreichischer Staatsrat und im Februar 1938 durch offene Einmischung des faschistischen deutschen Regimes in die inneren Angelegenheiten des Nachbarstaates und durch direkten Druck Hitlers auf den österreichischen Bundeskanzler Schuschnigg Innenminister werden. Vor der Pression von außen, die sich ökonomischer, politischer und ideologischer Mittel bediente und in der Kriegsdrohung gipfelte, und dem sich ausbreitenden Terror der Nazis im Innern kapitulierte die österreichische Regierung schließlich. Seyß-Inquart ernannte sich am 11. März 1938 selbst zum österreichischen Bundeskanzler.

Während die österreichischen Faschisten in Wien, Klagenfurt, Graz und anderen Städten den Staatsapparat besetzten, lief das militärische „Unternehmen Otto" an. Die Wehrmacht überschritt die Grenze und wurde von großdeutsch-nationalistisch aufgehetzten Massen der Bevölkerung ebenso begrüßt wie bald darauf der als Triumphator in Wien eintreffende Hitler. Für dessen Einzug war die Parole „Ein Volk – ein Reich – ein Führer" ausgegeben worden. Mit der Wehrmacht marschierte auch die 8 000 Mann starke Österreichische Legion unter dem Kommando des SA-Obergruppenführers Hermann Reschny ein. Äußerlich wurde der Annexion Österreichs der Anstrich seiner „Rückkehr ins Reich" gegeben. Hinter der Fassade des „Blumenfeldzuges" begann die brutale Jagd auf alle Hitlergegner, namentlich auf Kommunisten, Sozialisten und Sozialdemokraten, die sich dem „Anschluß" entgegengestellt hatten. Die Faschisten verschleppten sie in das KZ Dachau. Bald wurde im österreichischen Mauthausen ein weiteres Konzentrationslager errichtet, das wie die bereits im sogenannten „Altreich" bestehenden eine grausige Berühmtheit erlangte. Unter dem Befehl des SS-Führers Ernst Kaltenbrunner tobte sich eine Haß- und Rachekampagne gegen Antifaschisten und jüdische Einwohner aus. Wieder flohen lebensbedrohte Menschen zu Tausenden vor dem Hitlerfaschismus. Emigranten aus dem Deutschen Reich, die 1933 in Österreich ein erstes Asyl gefunden hatten, mußten sich in ein zweites Exil retten.

Die Annexion Österreichs war Exerzierfeld für militärische Truppenbewegungen und erste Gelegenheit, die Rolle der faschistischen Organisationen bei der Inbesitznahme eines fremden Landes zu erproben. Diese Möglichkeiten nutzten nach ausgearbeiteten Plänen auch Gestapo und SD. Mit Himmler kamen am ersten Tag der Annexion Spezialkommandos der SS nach Wien, um den Repressivapparat zu errichten. Ein Sonderauftrag führte auch den SD-Mitarbeiter Eichmann in Österreichs Hauptstadt, wo er noch 1938 ein brutales Verfahren der Judenvertreibung zu praktizieren begann. Zehntausende österreichischer Juden wurden zur Emigration gezwungen, nachdem sie ihres Eigentums weitgehend beraubt worden waren. Einige Stadtgebiete Wiens verwandelten sich in ghettoähnliche Sammellager, in die alle jüdischen Menschen Österreichs verbracht wurden. Binnen weniger Monate nahm die antisemitische Praxis in den annektierten Gebieten krassere und brutalere Formen an, als sie bis dahin im „Altreich" angewendet worden waren.

Die NSDAP gründete im besetzten Österreich sieben Gau-Organisationen (Wien, Ober- und Niederdonau, Kärnten, Steiermark, Salzburg und Tirol-Vorarlberg). An die Spitze der „Ostmark", wie das eroberte Territorium insgesamt genannt wurde, trat als Reichsstatthalter zuerst Josef Bürckel, der die Erfahrungen der Einverleibung des Saargebietes besaß. Sein Nachfolger wurde 1939 Reichsjugendführer von Schirach. Unter seiner Leitung und durch die Entsendung einer Vielzahl von Beamten aus den Reichsministerien, von NSDAP-Führern und Managern deutscher Konzerne nach Österreich vermochten die faschistischen Machthaber, das Land in kurzer Zeit in den Dienst der materiellen Kriegsvorbereitung Deutschlands zu stellen. Durch die Aneignung der Bodenschätze Österreichs, insbesondere der reichen Eisenerzlager, verbesserte sich zudem die Rohstoffversorgung der deutschen Rüstungsindustrie. Die Einheiten des österreichischen Bundesheeres verstärkten die Landtruppen der faschistischen Wehrmacht, vor allem auch durch ihren Bestand an Gebirgstruppen mit alpinen Erfahrungen.

Das Eindringen der deutschen Faschisten in Österreich, das die Nazipropaganda auch als die „Heimkehr" des Geburtslandes des „Führers" mit heimattümelnden und rührseligen Berichten feierte, stärkte die Stellung Hitlers, der NSDAP und der gesamten Führungsgruppe des faschistischen Regimes. Der erste expansive Coup gegen einen souveränen Staat war gelungen. Seine Verbrämung als nationale Tat gab

dem demagogischen Arsenal der Faschisten neue Waffen, und es wurde begonnen, Hitler als den „großen Deutschen" zu feiern, durch den die Taten Friedrichs II. und namentlich Bismarcks weitergeführt und noch übertroffen würden. Bürgerliche Historiker knüpfen bis heute an die Behauptung von Hitlers überragender Größe an und meinen, sie würde bis in unsere Tage unbestritten sein, wenn er sich mit dem bis 1938 Erreichten beschieden hätte. Diese Geschichtsschreibung ignoriert nicht nur die von den Hitlerfaschisten bereits bis dahin begangenen zahllosen Verbrechen. Sie läßt nicht allein den seit 1933 verfolgten imperialistischen Gesamtplan außer acht, der weder ein Einhalten vorsah noch erlaubte. Sie verschweigt vor allem die objektiven Bedingungen der außenpolitischen Erfolge der faschistischen Diktatur und Hitlers. Diese rührten wesentlich aus dem Umstand her, daß die Großmächte Westeuropas die faschistischen Machthaber in der Erwartung gewähren ließen, begünstigten und direkt unterstützten, sie würden im Interesse der Weltreaktion vollbringen, was unmittelbar nach dem Sieg der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution nicht gelungen war: die Vernichtung der UdSSR.

Großbritannien und Frankreich wählten in der Mitte der dreißiger Jahre als Grundlinie ihrer Außenpolitik gegenüber dem faschistischen Deutschland die Methode der Beschwichtigung und Befriedung des Aggressors. Sie begaben sich auf jenen ebenso eigensüchtigen wie kurzsichtigen Kurs, der später als „Münchener Politik" bezeichnet wurde. Die regierenden Kreise in England und Frankreich erkannten nicht, daß ihre Absicht, den Aggressor von sich weg- und auf die Sowjetunion hinzulenken, an der allseitigen Expansivität und den Weltherrschaftsplänen des deutschen Imperialismus scheitern mußte. Das anglofranzösische Konzept durchkreuzte aber die von der Regierung der UdSSR verfolgte Politik der kollektiven Sicherheit, die von den Friedensinteressen aller europäischen Völker ausging und eine reale Alternative zur Appeasement-Politik darstellte. Es machte die Eroberungen ohne Krieg möglich und trug dadurch wesentlich zur innenpolitischen Stabilisierung des faschistischen Regimes bei.

Das Ende Österreichs hätte vor allem für die europäischen Kleinstaaten in Mittel-, Ost- und Südosteuropa eine Warnung sein können. Bedroht waren nun in erster Linie die Tschechoslowakei und Polen. In diesen Staaten, in denen deutsche nationale Minderheiten – geschlossen oder zwischen der tschechischen und polnischen Bevölkerungsmehrheit – lebten, aktivierte die NSDAP-Reichsleitung nach der in Öster-

reich praktizierten Methode nationalistisch verhetzte Deutsche. In diesen beiden Nachbarstaaten, aber auch in anderen Ländern Europas und in Übersee trat der „Volksbund für das Deutschtum im Ausland" (VDA) immer provozierender hervor. Es gelang ihm, Millionen Auslandsdeutscher als „Bazillenträger des Faschismus" zu benutzen[6]. Dessen Führer versammelten sich alljährlich im Deutschen Reich. Ihre Zusammenkünfte, äußerlich harmlos als Feste der Verbundenheit mit der alten Heimat aufgemacht, fanden in Stuttgart statt, das von den Nazis den Beinamen „Stadt der Auslandsdeutschen" erhielt.

Während die faschistischen Machthaber daran gingen, Bevölkerung, Wirtschaft und Territorium Österreichs in die Kriegsvorbereitungen einzubeziehen, verfolgten sie bereits das nächste außenpolitische Ziel. Die Tschechoslowakische Republik sollte beseitigt, dadurch das faschistische Reich vergrößert, ein Verbündeter Frankreichs in Mitteleuropa liquidiert und die eigene militärgeographische Lage verbessert werden. Bei diesem Vorhaben war den nationalen Minderheiten in der ČSR, insbesondere den Deutschen, aber auch den von nationalistischen und faschistischen Führern unterschiedlicher Coleur angeführten Slowaken, Ungarn und Ruthenen, die Rolle einer Fünften Kolonne zugedacht. In den Mittelpunkt des Interesses der faschistischen Führung trat die NSDAP-Organisation in der Tschechoslowakei, die hauptsächlich in den von vielen Deutschen besiedelten grenznahen Gebieten, den sogenannten Sudeten, Einfluß besaß. Eine deutsch-faschistische Partei hatte in der ČSR bereits in den frühen zwanziger Jahren bestanden und versucht, sich in einer „großdeutschen Bewegung" mit den Faschisten im Deutschen Reich und der Republik Österreich zusammenzuschließen. Nach dem Sieg des Hitlerfaschismus in Deutschland traten die Nazis auch hier immer dreister auf und entgingen 1933 einem Verbot nur dadurch, daß sie die NSDAP auflösten. Gleichzeitig gelang es ihnen aber, eine Ersatzorganisation zu schaffen, die 1934 den Namen Sudetendeutsche Partei (SdP) erhielt und nach ihrem Führer Konrad Henlein auch Henlein-Partei genannt wurde. Sie entwickelte sich zu einer getarnten, jenseits der Reichsgrenzen operierenden Gauorganisation der NSDAP, bekam ihre strategischen und taktischen Weisungen aus Berlin bzw. München, bezog von dort auch finanzielle Hilfen, unterhielt ein eigenes Verbindungsbüro zu den zentralen Partei- und Staatsdiensstellen in Berlin und stand, sofern sich ihre Führer nicht direkt mit Hitler, Heß und Ribbentrop berieten, über die deutsche Botschaft in Prag in permanentem Kontakt mit der faschistischen Füh-

rung. Unter dem Namen Freiwilliger Selbstschutz (FS) schuf sich die Henlein-Partei eine paramilitärische Organisation, die sowohl die antifaschistisch gesinnte deutsche Bevölkerung wie die aus Deutschland geflohenen Hitlergegner terrorisierte. Schon 1933 war in Marienbad (Mariánské Lázně) der aus Braunschweig vertriebene Philosophieprofessor Theodor Lessing hinterrücks an seinem Arbeitsplatz ermordet worden. Vor allem entfachte die Henlein-Partei eine antitschechische Hysterie, eine Stimmung deutsch-tschechischer Feindschaft, die sich in faschistischen Gewalttaten äußerte und deren propagandistische Verdrehung durch die Nazipropaganda wiederum den Beweis dafür liefern sollte, daß ein friedliches Leben der deutschen Minderheit auf der Grundlage des Status quo unmöglich sei.

Nachdem Österreich annektiert war, schlug die Stunde der Henlein-Faschisten. Auf Weisung der faschistischen Machthaber in Deutschland gingen sie zu einer neuen Taktik über. Ohne die ernsthafte Absicht, Fragen des Zusammenlebens von Deutschen und Tschechen zu lösen, steigerten sie – mit der „Heim-ins-Reich" Parole noch zurückhaltend – ihre drohenden Forderungen an die Regierung der Tschechoslowakei zunächst bis zu der Losung von der „vollkommenen Autonomie für die deutsche Bevölkerung". Gleichzeitig provozierten die deutsch-faschistischen Kräfte die tschechoslowakischen Staatsbehörden immer dreister. Terrorgruppen begingen Überfälle auf Gendarmen, Zoll- und andere Staatsbeamte und schreckten auch vor hinterhältigen Morden nicht zurück. Die SdP wollte der Welt die angeblich chaotischen, nach Veränderung schreienden Zustände im Sudetengebiet vorführen.

Rasch eskalierten die Henlein-Faschisten ihre Forderungen an die bürgerliche Regierung unter dem Ministerpräsidenten Edvard Beneš, die von der SdP und der Nazipropaganda als die „hussitisch-bolschewistischen Verbrecher in Prag" beschimpft wurde. Nun lautete die Forderung unverblümt, die Grenzgebiete „Großdeutschland" zu überlassen.[7] Als das Beneš-Kabinett Gegenmaßnahmen ergriff, die wegen der faktischen Beherrschung ganzer Städte und Gemeinden durch die Faschisten freilich nicht mehr voll wirksam werden konnten, und Führer der SdP gezwungen waren, in das Deutsche Reich zu flüchten, überschlug sich die nationalchauvinistische Demagogie in Schilderungen von angeblichen Verfolgungen der deutschen Minderheit.

Henlein, der mit seinem Stellvertreter Karl Hermann Frank ebenfalls in das faschistische Reichsgebiet übergewechselt war, begann dort das „Sudetendeutsche Freikorps" zu formieren, das mit Waffen aus den

Beständen des ehemaligen österreichischen Heeres ausgerüstet wurde. Angehörige dieses Korps verübten auf tschechischem Territorium Gewaltakte und waren dazu bestimmt, eines nicht fernen Tages gemeinsam mit der Wehrmacht und mit Spezialeinheiten der SS in die ČSR einzufallen. Dazu aber kam es nicht mehr, denn die Besetzung der Grenzlande der Tschechoslowakei per Handstreich wurde unnötig.

Die Regierungschefs Großbritanniens, Frankreichs, Italiens und Deutschlands beschlossen im September 1938 in München, die von den faschistischen deutschen Machthabern verursachte Krise dadurch zu beheben, daß die ČSR gezwungen wurde, die geforderten Gebiete herzugeben. Dieser diplomatischen Erpressung und dem Verrat durch seinen eigenen militärischen Verbündeten, Frankreich, hatte die bürgerliche tschechoslowakische Regierung nichts mehr entgegenzusetzen. Aufgrund dieses völkerrechtswidrigen Abkommens konnte die Wehrmacht im Oktober jene Gebiete etappenweise besetzen, deren Befestigungsanlagen dem Oberkommando des Heeres als schwer einnehmbar galten. Damit war das Tor zur Tschechoslowakei militärisch aufgestoßen. Die in einer erneut hochgepeitschten nationalistischen Stimmung enthusiastisch gefeierte „Heimkehr der Sudetendeutschen" brachte dem deutschen Imperialismus ein militärgeographisch und ökonomisch wichtiges Gebiet ein. Aus der SdP wurde, was sie de facto bereits war, eine eigene Gauorganisation der NSDAP, die am 7. November 1938 feierlich in die Gesamtpartei aufgenommen wurde. Triumphierend zog mit der Wehrmacht das „Sudetendeutsche Freikorps" in die okkupierten Gebiete ein und bildete fortan den Kern der SA-Gruppe „Sudetenland".

An der Losreißung von Teilen der Tschechoslowakei beteiligte sich auch eine besondere reichsdeutsche SA-Formation, die Standarte „Feldherrnhalle", die Regimentsstärke besaß und deren Ehrenkommandeur Göring war.[8] Diese Einheit erhielt 1938 das Recht, Soldaten zu rekrutieren und sie „mit den eigenen Führern" auszubilden, war jedoch nicht als Keimzelle eines SA-Heeres neben der regulären Wehrmacht gedacht. Die Existenz dieses SA-Regiments symbolisierte lediglich, daß die militärische Ausbildung in den Sturmabteilungen inzwischen im Heer als vollwertig galt.

Kurz nach der Besetzung der Randgebiete der Tschechoslowakei erklärte Himmler auf einer SS-Gruppenführerbesprechung, mit dem Gewinn Österreichs und des Sudetenlandes seien „das Fundament und der Anfang" geschaffen. Das Ergebnis der weiteren Anstrengungen

würde „entweder das großgermanische Imperium oder das Nichts“ sein. Aus der faschistischen Kriegspolitik solle „das größte Reich“ hervorgehen, „das von dieser Menschheit errichtet wurde und das die Erde je gesehen hat“.[9]

Offiziell aber ließen die Faschistenführer noch immer verlauten, Deutschland wolle territoriale Ansprüche bis auf die „Kolonialfrage“ nicht mehr stellen. Die dilatorische Behandlung der Forderung nach den Kolonien in Übersee, die nach dem ersten Weltkrieg verloren gegangen waren, besaß zwei Gründe. Zum einen stand im faschistischen Aggressionsprogramm die Schaffung eines Großreichs im Zentrum und Osten Europas weiter im Vordergrund und galt als Voraussetzung für ausgreifende Annexionen in anderen Kontinenten. Zum anderen sollten zu nachdrückliche Kolonialforderungen unterbleiben, um die Regierung in London möglichst lange bei der Appeasement-Politik zu halten.

Diplomatische Lässigkeit einerseits und politische und ideologische Vorbereitung auf die Rückgewinnung insbesondere der afrikanischen Kolonien andererseits schlossen sich indessen nicht aus. Nach 1933 hatten die faschistischen Machthaber eine Dachorganisation für die zahlreichen politischen Verbände geschaffen, welche koloniale Eroberungen während der Weimarer Republik propagiert hatten. Dieser Reichskolonialbund war, ohne zunächst Teil der NSDAP zu sein, mit dieser durch Personalunion verbunden worden. Den entscheidenden Einfluß besaß der frühere Kolonialoffizier und spätere Reichswehrgeneral Franz Xaver Ritter von Epp, der seit 1932 das Kolonialpolitische Referat in der NSDAP-Reichsleitung innehatte. Dieses Referat wurde durch einen Erlaß von Heß am 5. Mai 1934 zu einem selbständigen Kolonialpolitischen Amt erklärt, jedoch war das – nach einer Äußerung von Epps – nicht gleichbedeutend damit, daß nun „auf die große Negertrommel der kolonialen Werbung“[10] geschlagen wurde. Auch durch die 1935/36 vorgenommene Umwandlung des Reichskolonialbundes in eine von der NSDAP „betreute(n) Organisation“ sollten die „alten Afrikaner“, d. h. die einstigen Angehörigen der Kolonialtruppen des Kaiserreiches, die bei Paraden noch immer in ihren traditionellen Uniformen aufmarschieren durften, ebenso wie die nach überseeischer Expansion drängenden kapitalistischen Unternehmungen in den Gesamtplan der faschistischen Welteroberungsabsichten eingeordnet werden. Und dies bedeutete nicht mehr, als daß sie sich zunächst noch mit Geduld zu wappnen hatten.

Daß es den faschistischen Machthabern bei der Besetzung der Randgebiete der ČSR nicht um die Menschen deutscher Nationalität gegangen war und daß sie den Vorstoß nur als die erste Stufe der totalen Vernichtung der Tschechoslowakei ansahen, offenbarte sich im März 1939. Die Wehrmacht besetzte die „Resttschechei". Den militärischen Coup unterstützten 60 000 SA-Männer, denen SA-Führer Lutze dafür dankte, daß sie die Straßen für das Heer schnee- und eisfrei gehalten und geholfen hatten, die Okkupation rasch zu vollziehen. Aus den böhmischen und mährischen Teilen des tschechoslowakischen Staates wurde das „Protektorat" gebildet und dem „Großdeutschen Reich" einverleibt. Auf dem slowakischen Territorium entstand ein klerikal-faschistischer Staat, ein Satellit des Deutschen Reiches. Als „Reichsprotektor" zog der frühere Außenminister von Neurath auf die Prager Burg, ihm folgte 1941 der Chef der Sicherheitspolizei und des SD, Heydrich, dessen Name zum Synonym für die Qualen des tschechischen Volkes unter der deutschen Okkupation wurde.

Im Siegesgefühl, soeben den zweiten Staat an der Südostgrenze des faschistischen Deutschlands zerschlagen zu haben, feierten Machthaber und fanatisierte Anhänger am 20. April 1939 den 50. Geburtstag Hitlers. In einer Proklamation Görings hieß es: „Adolf Hitler ist der größte Deutsche aller Zeiten". Er habe „unbeugsamen Willen", „geniale Geisteskraft" und „überragende Staatskunst" bewiesen. Göring wandte sich an den „Allmächtigen", Heß an den „Höchsten" und Himmler an „Gott und das Schicksal", um ein langes Leben für Hitler zu erbitten, den die faschistische Propaganda als gottgesandten Führer hinstellte, auf einer Stufe zwischen Überirdischem und Irdischem thronend und Taten vollbringend, die wenigstens ans Wunderbare grenzten.

An jenem Tage, dem NSDAP und Wehrmacht das Gepräge gaben und der die Volksmassen auf das Kommende, den Krieg, fixieren sollte, ohne daß von ihm schon unumwunden gesprochen werden konnte, wurde die Funktion des Führerkultes besonders deutlich. Mehrere Aufrufe verlangten in stereotyper Diktion Hitler zu folgen, „wohin er uns auch führt". Heß sagte in Anwesenheit von 1 600 der höchstgestellten NSDAP-Führer, Hitler werde selbst dann Erfolg haben, „wenn die Hetzer in der Welt es zum Äußersten treiben sollten".[11] Zwei Parolen kennzeichneten besonders deutlich, daß der Inhalt des Hitler-Kultes immer stärker auf die Erzeugung eines bedingungslosen Führer-Gefolgschafts-Verhältnisses in Kriegszeiten ausgerichtet wurde. Die eine, bereits in der kritischen Situation des Herbstes 1938 geprägt,

lautete: „Führer befiehl, wir folgen." Die andere postulierte: „Der Führer hat immer recht." Diese Gefolgstreue sollten in erster Linie die „Hoheitsträger" sichern, jene Gruppe, in die von den Reichsleitern bis zu den Blockleitern alle NSDAP-Führer einbezogen waren und die 41 Gau-, 808 Kreis-, 28 376 Ortsgruppen- und 89 378 Zellen- und 463 048 Blockleiter, insgesamt also mehr als 580 000 Naziführer umfaßte.[12]

Am deutlichsten war die Sprache des Wehrmachtsaufmarsches, der den Höhepunkt des Tages darstellte und als die größte Truppenparade in der deutschen Geschichte bezeichnet wurde. Der „Völkische Beobachter" vom 21. April 1939 schrieb: „Deutschlands Wehrmacht ist vollendet." Im Zentrum Berlins fand die Einweihung der sogenannten Ost-West-Achse statt, die nach Plänen Speers gebaut und dazu bestimmt war, künftigen Siegesparaden Kulisse zu sein. Die Vereidigung von Hunderttausenden politischer Leiter der NSDAP, vor allem in Österreich und im Sudetengau, schloß den bombastischen Tag ab.

Kaum in Prag, konzentrierten sich die faschistischen Machthaber auf ihre Pläne zur Vernichtung Polens. Nach dem Muster der „Sudetenkrise" sollte auch im polnischen Staat eine Situation heraufbeschworen werden, die den Vorwand zur Intervention gab. Allerdings sahen die Naziführer selbst, daß an eine „Wiederholung der Tschechei", wie Hitler sich ausdrückte, „nicht zu glauben" war. Er erklärte: „Es wird zum Kampf kommen."[13] Nun steuerte die faschistische Führung direkt auf die Auslösung eines Krieges zu, wobei zunächst noch davon ausgegangen wurde, die militärische Auseinandersetzung würde sich isolieren und die Zerschlagung Polens ohne das Dazwischentreten europäischer Großmächte vollbringen lassen.

Zwei Ansatzpunkte nutzte die faschistische Führung, um die Beziehungen zu Polen abrupt zu verschlechtern und in Deutschland eine antipolnische hysterische Stimmung zu entfachen. Der eine bot sich mit der Freien Stadt Danzig. Hier beherrschten die Nazis unter dem Gauleiter Albert Forster das Parlament, den Senat und auch die exekutive Gewalt. Sie hatten 1934 die Danziger Parteiorganisation der KPD in die Illegalität gezwungen und standen bereit, nach Befehlen der imperialistischen Politiker in Berlin Polen, dem die Freie Stadt ungehinderten Zugang zum Hafen zu gewähren hatte, herauszufordern. Der zweite Angriffspunkt für faschistische Provokationen war mit der Existenz der deutschen nationalen Minderheit in Polen gegeben. Ihre Angehörigen, die vornehmlich in westlichen, südwestlichen und nörd-

lichen Teilen Polens lebten, konnten kein Interesse haben, sich ihre Umwelt zum Feinde zu machen, und lebten mit der polnischen Bevölkerungsmehrheit friedlich zusammen. Manche aber fielen der faschistischen antipolnischen Hetze zum Opfer und wünschten in das so mächtig gewordene, wirtschaftlich scheinbar aufblühende Deutschland zu gelangen. Faschistische Kräfte wiegelten die deutsche Minderheit immer stärker auf, warben aus ihren Reihen Agenten, ließen sie in Deutschland schulen und auf ihre Rolle als Diversanten im Kriege vorbereiten. Gleichzeitig vergifteten illegale Aktionen der NSDAP in Polen die Atmosphäre von Tag zu Tag mehr, waren sie doch darauf angelegt, nationalistischen Hader und Haß hochzupeitschen.

Wie schon vordem gegenüber der Tschechoslowakei, so stellten die faschistischen Machthaber nun auch der Regierung Polens ultimative Forderungen. Zuerst wurde der „Anschluß" Danzigs und eine exterritoriale Auto- und Eisenbahnverbindung durch Pomorze (den sogenannten polnischen „Korridor" zur Ostsee) verlangt. Bald wurde die Hergabe des gesamten Gebietes zwischen Pommern und Ostpreußen und dessen Einverleibung in das „Großdeutsche Reich" gefordert. Und schließlich operierten die deutschen Faschisten – unter Berufung auf die von ihren Werkzeugen in Polen provozierten blutigen Zusammenstöße oder einfach unter Verwendung von Falschmeldungen – mit der Parole „Sicherung des Lebens der deutschen Volksgruppen" und schufen sich damit einen Vorwand für die Einmischung in innere Angelegenheiten des Nachbarstaates. Für dessen Regierung waren die Ansprüche der faschistischen Machthaber, heuchlerisch Verständigungsangebote genannt, unannehmbar, und sie sollten es sein, denn es ging – wie Hitler dem italienischen Außenminister Galeazzo Graf Ciano im August 1939 sagte – nun darum, „den alten Germanenweg nach Osten (zu) beschreiten, der ... auch aus wirtschaftlichen Gründen angezeigt erscheine".[14]

Auf den Krieg hatte sich auch die NSDAP seit Jahren direkt vorbereitet. Im Stab des Stellvertreters des Führers arbeitete unter der Leitung von Heß und Bormann eine Abteilung Mobilisierung, die Mitte Mai 1938 einen Mobilmachungsplan „Einsatz der Partei und der angeschlossenen Verbände im A-Falle"[15] vorlegte. Das geheime Dokument ließ erkennen, daß die faschistische Führung über die Härte der Strapazen, denen das Volk im Kriege ausgesetzt sein würde, deutliche Vorstellungen besaß: Begriffe wie „Hinterland" und „Front" würden sich sehr relativieren und die Einwohner der deutschen Städte

bald unter dem Bombenkrieg zu leiden haben. Aus der angenommenen Kriegsentwicklung wurde die doppelte generelle Funktion der NSDAP abgeleitet: sie sollte die Kriegsmoral – die Nazis sprachen von der „seelischen Haltung im Kriege" – stärken und die Kriegsgegner im Innern vernichten helfen. Um dies erreichen zu können, mußte der Parteiapparat der NSDAP intakt gehalten werden. Vom Kreisleiter der NSDAP an aufwärts sollte daher z. B. kein politischer Leiter Militärdienst leisten. Durch eine möglichst niedrige physische und psychische Belastung der Zivilbevölkerung, insbesondere der Frauen, wollten die faschistischen Machthaber die Kriegsstimmung hochhalten. Zu diesem Zweck war selbst daran gedacht, die Tätigkeit der KdF-Organisation im Kriege fortzusetzen. Frauen und Kinder sollten sich selbst in einer Zeit ablenken können, in der das Schicksal der Väter und Männer aufs äußerste ungewiß sein und nicht wenige von ihnen an den Fronten sterben würden. Auch die Terminologie dieses Mobilisierungsplans bezeugte, daß sich die NSDAP-Führer geistig bereits in einer total vom Kriege bestimmten Welt befanden. Begriffe wie „Kriegerfrauen", „Kriegskindergärten", „Kriegerfamilien" gehörten fest zum internen Sprachgebrauch der NSDAP. Der Mobilisierungsplan regelte auch den Einsatz der NSDAP für den Fall, daß Teile des Reichsgebietes von den Kriegsgegnern besetzt würden, und nahm Weisungen vorweg, die im Frühjahr 1945 tatsächlich ergingen, um in den von den alliierten Truppen bereits befreiten Gebieten Deutschlands eine Nazipartei im Untergrund zu schaffen.

Auf dem Kurs in den Krieg erhielt auch die SA ihren endgültigen Platz im Regime. „Die schwierige Aufgabe, der SA eine positive, sie voll in Anspruch nehmende Aufgabe zu geben", wurde nun gelöst.[16] Die Sturmabteilungen übernahmen die vor- und die nachmilitärische Ausbildung. Darauf hatte sich die SA, da nicht wenige ihrer ehemaligen Führer 1934/35 in die Reihen der Wehrmacht getreten waren, um das Offiziers- und Unteroffizierskorps aufzufüllen, durch den Ausbau eigener Schulungsstätten vorbereitet. Zwischen 1934 und 1939 absolvierten etwa 22 000–25 000 SA-Führer eine der drei in München, Dresden und Wien bestehenden Reichs- oder eine der 22 territorialen Schulen, über welche die SA-Gruppen verfügten. Außerdem existierten spezielle Ausbildungsstätten für die Führer der Marine-, Nachrichten- und Sanitäts-SA. Vor Kriegsbeginn erfaßte die SA schätzungsweise 2 bis 2,5 Millionen Faschisten, nicht alle im aktiven Dienstalter und manche wegen anderer Aufträge nicht für den praktischen Einsatz verfügbar.

Am 21. Januar 1939 bestimmte Hitler, der SA nicht nur die gesamte vor- und nachmilitärische Ausbildung der eigenen Mannschaften, sondern der gesamten männlichen Bevölkerung vom 17. bis zum 45. Lebensjahr zu übertragen.[17] Diese Maßnahme, als deren Initiator sich der neue Oberbefehlshaber des Heeres, Walther von Brauchitsch, bezeichnete, nannte Wilhelm Pieck den Versuch, „alle deutschen Männer der Disziplin und der politischen Beeinflussung der Hitlerpartei" zu unterstellen und sie „dauernd im halbmobilen Zustand" zu halten.[18] Den Führer-Erlaß feierten die Berliner SA-Formationen mit einem Fackelzug. Sie dokumentierten, daß die Röhm-Affäre nun ganz der Geschichte angehörte. Auch nach den Maßstäben der Generalität galt die SA jetzt als zuverlässig, und deren Führerkorps bildete keine Konkurrenz zur Wehrmachtführung mehr. Umgekehrt war die politische Demoralisierung der Generalität so weit vorgeschritten, daß es in ihren Reihen niemand als anstößig empfand, mit den blutbesudelten Verfolgern von Kommunisten, Sozialdemokraten und anderen Hitlergegnern sowie Menschen jüdischer Herkunft eng zu kooperieren.

Im Mai 1939 befahl SA-Stabschef Lutze, die Wehr- und Jungwehrmannschaften der SA zu formieren und nach Waffengattungen zu gliedern. Die monatliche zehnstündige Ausbildung sollte bei unverkürzter Arbeitszeit erfolgen und im Oktober 1939 beginnen. Das OKW befahl, SA- und NSKK-Führer durch das Heer weiterzubilden, und detachierte je einen Offizier aus Heer, Luftwaffe und Marine zum neugebildeten Wehrstab bei der SA-Führung.

Auch die anderen NSDAP-Organisationen schufen ihre Pläne für den A- (d. h. den Kriegs-)Fall. Während der Massenaushebung von Arbeitern für die Wehrmacht sollte die DAF dafür sorgen, daß die Produktion auf den Krieg umgestellt und die Arbeiter in den Betrieben nach der Devise handelten: „Höchste Pflichterfüllung bei geringsten Ansprüchen". Die DAF beabsichtigte eine „Arbeitskriegsstammrolle" einzurichten, um ausnahmslos alle männlichen und weiblichen Arbeitskräfte so zu registrieren, „wie die Wehrmacht ihre Wehrmachtsangehörigen für eine Mobilisierung erfaßt hat".[19] Dadurch sollte in einem Moment, da unvermeidlich auch Facharbeiter zum Kriegsdienst in der Armee herangezogen werden würden, der zweckmäßigste Einsatz des verbleibenden Potentials gesichert werden. Nicht alle faschistischen Pläne, denen vielfach die Vorstellung vom perfekt vorbereiteten und geführten Krieg zugrunde lagen, wurden in den verbleibenden wenigen Monaten bis zum Beginn des Krieges noch ausgeführt. Daran hinderte

fehlende Zeit ebenso wie die Absicht, die Stimmung der Bevölkerung durch allzu drastische Militarisierungsschritte nicht vorzeitig zu verschlechtern.

Bereits am Vorabend des Krieges zeigte sich, daß die Pläne der Faschisten und ihre Möglichkeiten auseinanderklafften. In der NSDAP wurde dieser Widerspruch dadurch sichtbar, daß die zu erwartende Mobilisierung der kriegsdienstfähigen männlichen Bevölkerung sich im Parteiapparat faktisch nicht kompensieren ließ. Zugleich machte sich bemerkbar, daß die gesteigerten Anforderungen, welche die vielen Spezialorganisationen der NSDAP an die faschistische Mitgliedschaft stellten, die territoriale Wirksamkeit der Nazipartei behinderten. In den Ortsgruppen fehlte es an Unterführern, die bereits in paramilitärischen Verbänden, Luftschutz-Einheiten, in der „Organisation Todt" und anderswo Dienst taten. Es konnte der Fall eintreten, daß das Kontroll- und Terrorinstrument NSDAP im Kriege gerade dort funktionsgeschwächt sein würde, wo die Bevölkerung fest im Griff gehalten werden sollte: in den dicht besiedelten Wohngebieten der Mittel- und Großstädte.

Dieser Kalamität suchte die NSDAP dadurch zu begegnen, daß sie 1937 die nie verschlossenen Tore der Partei, denn alle nach der Machtübergabe verfügten Sperren gegen die Aufnahme neuer Mitglieder enthielten stets zahlreiche Ausnahmeregelungen, weit aufstieß. Die Vergrößerung der Mitgliedschaft, die bis Kriegsbeginn auf etwa 8 bis 10 Millionen anstieg, war selbst Teil der Aggressionsvorbereitung und der Versuch, die NSDAP auch quantitativ auf die Bedingungen des Krieges einzustellen. Bewerber um das Parteibuch der NSDAP gab es in der Zeit der ohne Krieg erfolgten faschistischen Annexionen genug. Sie kamen vor allem aus der Beamtenschaft, dem Kleinbürgertum, den Kreisen der Studenten und Akademiker. Ihr Zustrom machte es der NSDAP-Reichsleitung möglich, das Ortsgruppensystem zu verändern. Ley verkündete Anfang 1938 den Grundsatz, jede Ortsgruppe so klein wie möglich zu halten und ihr nicht mehr als etwa 1 000 Haushalte zuzuordnen.

Fieberhaft arbeiteten alle Naziorganisationen daran, die Deutschen geistig in Kriegsbereitschaft zu versetzen. Presse, Rundfunk und Film ausnutzend, verbreitete die NSDAP die faschistischen Lehren in allen Bevölkerungsschichten, um deren Denken und Fühlen so zu lenken, daß – wie Hitler sich Ende 1938 ausdrückte – „die innere Stimme des Volkes selbst langsam nach der Gewalt zu schreien" beginnt.[20] Dieser

hysterische Bewußtseins- und Gefühlszustand sollte einerseits durch die Propagierung der faschistischen Weltanschauung, insbesondere der Lehre von der „Herrenrasse", andererseits durch systematische Verfälschung innen- und außenpolitischer Tatsachen herbeigeführt werden, wie sie – ohne allerdings die gewünschten Resultate zu bewirken – zuerst mit demagogischer Meisterschaft während der „Sudetenkrise" praktiziert worden war.

Wiewohl die Ideologie der NSDAP in ihrem Bestand weder Veränderungen noch Ergänzungen erfuhr, wechselten – je nach den inneren und äußeren Situationen und Bedürfnissen des Regimes – die Themen und Parolen, die ins Zentrum der Nazipropaganda gerückt wurden. Anfangs dominierte die Friedensdemagogie, und erst mit dem Beginn der umfassenden Kriegsvorbereitung gab die Nazipropaganda immer aufputschendere national- und rassenchauvinistische Losungen heraus. Anfänglich hielten sich die Faschistenführer mit der Verbreitung geopolitischer Lehren und der These vom „Volk ohne Raum", die zu allen Zeiten fester Bestandteil ihres Denkens waren, noch zurück. Es entstand der Anschein, als wäre der Anspruch auf Territorien anderer Staaten aufgegeben. Hitler erklärte, im Deutschen Reich gäbe es genug zu tun, und zeichnete das Bild eines faustischen Volkes, das Einöden in fruchtbares Land verwandelte. Seit 1935 wandelte sich mit dem Übergang zur forcierten Aufrüstung auch dieser Teil der ideologischen Szene, und die Nazis behaupteten, daß sich die Bevölkerung Deutschlands vom eigenen Boden nicht ernähren könnte. Dreist sprachen sie von den angeblich ungenutzten riesigen landwirtschaftlichen Gebieten in Osteuropa. Den männlichen Jugendlichen und insbesondere den Söhnen von Landarbeitern und Bauern suchten sie zu suggerieren, ihre Zukunft läge jenseits der deutschen Grenzen. Die feudalen Eroberungen, durch welche die Slawen ostwärts gedrängt worden waren, galten als geschichtlicher Orientierungspunkt für kommendes eigenes Handeln. In einer Denkschrift des Oberbefehlshabers des Heeres vom August 1937 wurde konstatiert, daß „die Ziele eines deutschen Sieges nur in Ost-Eroberungen liegen können" und die „Oststaaten" durch überlegene Heereskräfte tödlich getroffen werden sollten.[21]

Wie im Falle der Geopolitik erfolgte auch auf anderen Gebieten eine Radikalisierung der Propaganda, was bis zu einem gewissen Grade – obwohl die Friedensdemagogie bis in den Krieg nicht aufgegeben wurde – einer Selbstentlarvung gleichkam. 1933 legten die Faschisten

die Lehre von der „Herrenrasse“ in einer mit dem Blick auf das Ausland abgemilderten Variante vor. Je mehr sie mit der militärischen, ökonomischen und politischen Kriegsvorbereitung vorankamen, um so ungenierter propagierten und praktizierten sie das angebliche Herrenrecht der Deutschen. In Städten und Gemeinden Deutschlands wurden Seelen- und Gnadenlosigkeit gegenüber anderen Menschen vor allem durch die Verfolgung der Deutschen jüdischer Herkunft geübt. Sie erreichte seit 1935, nachdem die antijüdischen „Nürnberger Gesetze“ verkündet worden waren, eine neue Stufe. Die beschimpfte, gedemütigte, dransalierte und verfolgte Minderheit besaß immer weniger Möglichkeiten, sich in ihren Berufen zu betätigen, ihren Geschäften nachzugehen oder ihre Kinder auszubilden. In allen Bereichen des Alltags wurden jüdische Menschen herabgesetzt und benachteiligt. So war ihnen das Betreten von Ortschaften, Stadtteilen und Landschaften verboten, die von den Faschisten für „judenrein“ erklärt wurden. Die Verfolgten besaßen keine Möglichkeit mehr, sich gegen die infamsten Verleumdungen durch die Propagandamittel des Staates und der NSDAP zu schützen. Die Gerichte ahndeten Fälle sogenannter Rassenschande, worunter sexuelle Beziehungen zwischen „Ariern“ und „Nichtariern“ verstanden wurden, mit Zuchthausstrafen. Diese und andere unmenschliche Maßnahmen trieben das sich ausbreitende Spitzel- und Denunziantentum der NSDAP in eine weitere Dimension.

Die antisemitische Praxis stellte bis 1939 eine Art Vorschule dar, in der die deutsche Bevölkerung auf den Umgang mit Angehörigen jener Völker vorbereitet wurde, die im Kriege in die Gewalt der faschistischen Eroberer geraten sollten. Diese generelle und langfristige Funktion der Judenverfolgungen machte die blutige Nacht vom 9. zum 10. November 1938 in einer Weise deutlich, die in weitesten Kreisen des Auslands Abscheu erregte und antifaschistische Kräfte mobilisierte. Auf einen Befehl der NSDAP-Reichsleitung, den Hitler während der traditionellen Feiern aus Anlaß des Putsches von 1923 in München gegeben hatte, zerstörten die nächtlich mobilisierten Einheiten der SA und weiterer faschistischer Organisationen Geschäftshäuser und Läden der jüdischen Deutschen, ermordeten viele von ihnen und verschleppten in den folgenden Tagen mehr als 20 000 jüdische Menschen in Konzentrationslager. Dort wurden viele von ihnen umgebracht. Andere gelangten gegen das erpreßte Versprechen aus der Gewalt der SS, Deutschland sofort zu verlassen. Die „Reichskristallnacht“, wie der Terrorfeldzug gegen die Deutschen jüdischer Herkunft genannt wurde,

offenbarte, wieviele fanatisierte Faschisten bereit waren, unter dem verruchten Banner des Rassenchauvinismus gemein, roh, brutal und bestialisch zu handeln, und wie sehr die Bereitschaft dieser aktivsten Parteigänger des Regimes gewachsen war, sich an entsetzlichen Verbrechen zu beteiligen oder sich in sie verstricken zu lassen. Dem stand die – nach ihrem Ausmaß schwer meßbare – ablehnende Reaktion vieler Deutscher gegenüber, die sich unter den Bedingungen der eigenen Bedrohung durch den Terror aber zumeist nur in engstem Freundes- und Vertrautenkreis noch äußerste, damit aber politisch nicht relevant wurde.

Im Volke sollte die Vorstellung entstehen, Deutschland sei kraft naturgesetzlicher Notwendigkeit bestimmt, zur Weltmacht aufzusteigen. Hitler sprach im November 1937 vor den Oberbefehlshabern der Wehrmacht davon, daß ein großes „Weltgebilde" unter faschistischer Führung geschaffen werden solle.[22] Mit diesem Plan verband sich die Vorstellung, das Endziel in einer Kette von Kriegen zu erreichen, die von mehreren Generationen geführt werden müßten, zunächst um das Weltreich zu schaffen, später um es zu verteidigen und ihm Dauer zu verleihen.

Es entsprach dem Programm des stufenweisen Aufstiegs zur weltbeherrschenden Macht, daß die NSDAP alles unternahm, um „soldatische" Gesinnung und Kriegsgeist zu verbreiten. An die Seite der Tugend, ein eifriger Arbeiter zu sein und sozialen Frieden zu halten, trat die Tugend, welche der Jugend als höchste hingestellt wurde: ein todesmutiger Krieger des deutschen Imperialismus zu werden. Die HJ lernte, daß der Krieg und die Feldschlacht erst die eigentliche Lebenserfüllung brächten. Nur eine männliche Generation, die dem Kriegstod gegenübergestanden habe, galt als vollwertig. In dieser Propaganda besaß das Plädoyer für eine brutale Kriegführung seinen festen Platz. Die „Helden" des uneingeschränkten U-Boot-Krieges, die ohne Rücksicht auf Besatzung und Passagiere im Weltkrieg Handelsschiffe torpediert hatten, waren der HJ ebenso bekannt und galten ihr gleichermaßen als Vorbilder wie die Zeppelinflieger, welche ihre Bomben auf Londons Einwohnerschaft geworfen hatten.

Im Zentrum aller faschistischen Anstrengungen, die Kriegsbereitschaft und Kriegsvergottung erzeugen sollten, standen Antikommunismus und Antisowjetismus. Der Jugend, welche die Zeit der Weimarer Republik nicht bewußt miterlebt hatte und keine Erinnerung an die Zeit des legalen Kampfes der KPD besaß, wurde ein blutigrotes

Zerrbild von den Kommunisten gezeichnet. Den Angehörigen der faschistischen Jugendorganisationen wurde beispielsweise der schon 1933 gedrehte antikommunistische Film „Hitlerjunge Quex" vorgeführt, der zur Zeit der Weltwirtschaftskrise in einem Proletarierviertel Berlins spielte. Er zeigte die Kommunisten als eine „Verbrecherbande", heruntergekommen und hemmungslos, verschlagen und brutal, zu jedem Mittel greifend, das „Deutschland" schaden könne. Praktisch forderte dieser Film die Jugendlichen auf, den eigenen Vater an die Gestapo auszuliefern, falls er den Sohn oder die Tochter der Beeinflussung durch den Faschismus zu entziehen trachtete.

Kommunisten – das waren in der Lügenwelt der Nazipropagandisten einfach Untermenschen. Die antikommunistische Hetze erreichte seit 1936 mit der Berichterstattung über den Spanischen Bürgerkrieg einen widerwärtigen Höhepunkt. Die faschistischen Legionäre aus Deutschland und Italien wurden als Befreier der Spanier vom „Bolschewismus" hingestellt, während sie in Wirklichkeit Spaniens Volk in die Ketten des Faschismus legten. Die Söldner der „Legion Condor" galten der HJ als Vorbilder. Über den Kampf der wahren Helden der deutschen Nation, in deren Reihen an der Seite des spanischen Volkes u. a. Artur Becker, Hans Beimler, Franz Dahlem, Kurt Hager, Heinz Hoffmann, Ludwig Renn, Paul Verner kämpften, wurde die deutsche Jugend in Unwissenheit gelassen.

Das Hauptziel der antikommunistischen Hetze der Faschisten aber bildeten die Sowjetunion und die KPdSU. Das Propagandamonopol der Machthaber ließ keine objektive Nachricht vom Aufbau der sozialistischen Gesellschaft nach Deutschland. Dem Volk wurde ein Trugbild von der sowjetischen Entwicklung gezeichnet, das in den schwärzesten, Furcht und Abscheu erregenden Farben gemalt war. Seit der Oktoberrevolution befand sich das russische Volk angeblich in den Händen einer „jüdisch-bolschewistischen Clique", wie es beispielsweise das Plakat einer antijüdischen und antikommunistischen Ausstellung zeigte, auf dem das Zerrbild eines Juden in orthodoxer Tracht, mit einer Landkarte der UdSSR unter dem Arm und der Knute in der Hand, zu sehen war. Die nach 1933 heuchlerisch abgegebenen Erklärungen, wonach jedes Volk nach seiner Fasson selig werden könne, waren zu den Akten gelegt; die Deutschen sollten sich an den Gedanken gewöhnen, daß sie andere Völker zu „befreien" hätten. Die HJ sang „Nach Ostland geht unser Ritt . . ."

Die mündliche Propaganda bot den Nazis den Vorteil, unverblümt

reden und alle Rücksichten fallen lassen zu können. Das half einen Widerspruch zu mildern, den die Faschisten vor Kriegsbeginn nicht beseitigen konnten. Einerseits mußten sie noch immer Friedfertigkeit vortäuschen, andererseits wollten sie das Volk auf den Tag vorbereiten, an dem der Friede gebrochen werden sollte. Die Machthaber kannten diese Ungereimtheiten ihrer Propaganda und befürchteten, „daß sich in den Gehirnen vieler Menschen die Auffassung festsetzt, daß das heutige Regime an sich identisch sei mit dem Entschluß und dem Willen, den Frieden unter allen Umständen zu bewahren".[23] Sie wußten auch, daß die Erinnerungen an den ersten Weltkrieg frisch waren und seine Narben noch immer schmerzten.

Trotz aller Anstrengungen blieb das Resultat der ideologischen Kriegsvorbereitung – gemessen an den Zielen der Machthaber – widersprüchlich und unbefriedigend. Die Mehrheit des Volkes befand sich 1939 ideologisch fest im Griff der faschistischen Machthaber. Sie billigte die Eroberungen ohne Krieg, welche sie nicht als imperialistisch erkannte. Sie dachte „großdeutsch" und verband die Idee von „Großdeutschland" mit vagen Vorstellungen von eigenem Vorteil und Genuß. Aber diese Mehrheit wollte keinen zweiten Weltkrieg. Selbst in der NSDAP glaubten viele, Hitler werde alles, was wünschenswert sei, im Frieden erreichen. Hatte er das Saargebiet erhalten, Österreich „angeschlossen", die Sudeten „heimgeführt", ganz Böhmen und Mähren zu einem „Protektorat" des Reiches gemacht, das Memelgebiet von Litauen gewonnen, warum sollten ihm nicht auch polnische Gebiete zugestanden und überseeische Kolonien gewährt werden?

Zu den ungelösten Problemen faschistischer ideologischer Kriegsvorbereitung gehörte die Einstellung der Mehrheit der Deutschen zu den Verbündeten. Die Erinnerungen an die Unzuverlässigkeit des Bündnissystems im ersten Weltkrieg, namentlich an den „italienischen Treubruch" 1915, war noch lebendig und die Volksstimmung mit nationalistischen Vorurteilen gegenüber Italien geradezu gespickt. Im Sinne der Rassenlehre galten seine Soldaten zudem als minderwertig. Ähnlich geringschätzig wurde der zweite Hauptverbündete, Japan, betrachtet, mit dem 1936 der Antikominternpakt zur Koordinierung der gemeinsamen antikommunistischen und antisowjetischen Politik abgeschlossen worden war. Fehlte es schon den wichtigsten Verbündeten in Deutschland an Popularität, so stand es um die kleinen Satellitenstaaten in Südosteuropa noch schlechter. Bis zu einem gewissen Grade wurde diese Lage aber durch maßlose Selbstüberhebung kompensiert,

die sich in Parolen wie „Der Starke ist am mächtigsten allein" oder „Viel Feind, viel Ehr' " oder auch „Und wenn die Welt voll Teufel wär' " ausdrückte. Von der faschistischen Propaganda ausgegeben, wurden sie vielfach gedankenlos nachgesprochen.

Im deutschen Volk existierte 1939 eine Mischung von Friedensgläubigkeit, Kriegsangst, Chauvinismus und Rassenhaß, und diese Stimmungen und Denkweisen konnten häufig in ein und derselben Person angetroffen werden. Was obsiegte und im Denken, Fühlen und Handeln der Menschen schließlich dominierte, entschied sich nicht vor dem Krieg, sondern erst nach Kriegsbeginn unter dem Eindruck der „Blitzsiege".

Vor Beginn des Krieges hatte eine Spezialorganisation der NSDAP, die Auslandsorganisation (AO), eine besondere Aufgabe. Sie existierte bereits 1931, wurde zuerst durch Hans Nieland von einer Zentrale im verkehrsgünstigen Hamburg aus geleitet und hielt die Nazis im Ausland parteipolitisch zusammen. Da unter ihnen viele begüterte und reiche Faschisten waren, spielte die AO – so beispielsweise die Landesgruppe Schweiz – auch als Finanzquelle der Nazipartei eine wichtige Rolle. Unter Ernst Wilhelm Bohle avancierte sie zu einem selbständigen Gau, der sich in Landes-, Kreis- und Ortsgruppen gliederte. Hinter der harmlos drapierten Fassade verbarg sich bald ein legaler Apparat, der mit den politischen und militärischen Geheimdiensten des faschistischen Deutschen Reiches zusammenarbeitete und für deren Wirken Kader bereitstellte und Tarnungsmöglichkeiten schuf. Daß bürgerliche Regierungen dem Treiben der deutschen Faschisten untätig zusahen und ihren Versuchen, „durch Korruption, faschistische Agenturen in der Presse, im Staats- und Militärapparat zu schaffen,"[24] nicht entschlossen entgegentraten, rächte sich bitter, als die Wehrmacht Staaten wie Holland angriff und die Mitglieder der AO als Diversanten und dann als Kollaborateure in Aktion traten.

Schon vor dem Kriege verfügte die NSDAP über Beziehungen zu faschistischen Parteien im Ausland, wie der Mussert-Bewegung in den Niederlanden und der Partei Oswald Mosleys in Großbritannien. Ihr Dasein diente der Nazipropaganda dazu, von einem faschistischen Aufbruch aller Nationen zu sprechen und zu behaupten, der Faschismus in Deutschland und Italien sei deren Vorbote und Vorkämpfer in Europa. Umgekehrt nutzten die bedeutungsarmen faschistischen Parteien die Existenz Hitlerdeutschlands und Mussolini-Italiens, um sich selbst eine große Zukunft zu prophezeien. In Wirklichkeit verknüpfte

die faschistischen Staatsparteien in Deutschland, Italien und seit 1939 in Spanien mit den kleinen, ihnen verwandten Parteien und Gruppen in anderen Staaten kein einigendes Band. Sie alle verfochten die Interessen der Bourgeoisie oder von Bourgeoisfraktionen im eigenen Lande und folglich nationalistische und chauvinistische Programme, weshalb sie sich auf einheitliche übernationale Forderungen nicht zu verständigen vermochten. Eine Ausnahme bildete der ihnen gemeinsame wütende Antikommunismus und Antisowjetismus.

Auch andere außenpolitische Maßnahmen, bei denen sich die NSDAP als Vorkämpferin einer internationalen faschistischen Bewegung ausgab, dienten nur den strategischen und taktischen Interessen des Regimes. Das traf z. B. auf die sogenannte Internationale der Antisemiten zu, welche Julius Streicher zu organisieren versuchte. Sie sollte die Judenverfolgungen im Deutschen Reich als bahnbrechende Tat in einem weltweiten antisemitischen „Abwehrkampf" hinstellen, den alle Völker noch zu führen hätten, und die rassistischen Verbrechen des faschistischen deutschen Imperialismus dadurch beschönigen.

An eine breitere Öffentlichkeit des Auslands suchten Ley und die DAF mit der Gründung der internationalen Organisation „Freude und Arbeit" zu gelangen. Deren Aufgabe bestand darin, die Ausbeutungspraktiken in den faschistischen Betrieben international zu propagieren und dem Faschismus neue Freunde zu gewinnen. Das Werbemotiv „Deutschland arbeitet!" sollte zudem von dem Kriegsplan ablenken.

Der NSDAP war es in den Jahren bis 1939 gelungen, politische Fäden in Staaten zu ziehen, die danach Ziel der Aggression wurden. Über politisch gleich oder ähnlich operierende faschistische Gruppen hinaus hatte es die Auslandspropaganda der NSDAP verstanden, bürgerliche und kleinbürgerliche Kreise jenseits der deutschen Grenzen für bestimmte Seiten der nazistischen Politik einzunehmen und sie über die wahren Ziele des deutschen Imperialismus hinwegzutäuschen. Diese partielle ideologische Entwaffnung von Teilen der Bevölkerung, insbesondere in den Nachbarstaaten des Deutschen Reiches, wurde von der NSDAP und den Institutionen des Staatsapparates, insbesondere dem Auswärtigen Amt und dem Propagandaministerium, in abgestimmter Aktion gemeinsam herbeigeführt und bildete eine Voraussetzung für die Strategie militärischer Blitzsiege.

Viel hatte die NSDAP in den Vorkriegsjahren im Interesse des deutschen Imperialismus erreicht, mehr als jede andere bürgerliche

Partei vor ihr. Eines war auch ihr nicht gelungen: die den Finanzkapitalisten versprochene Ausrottung des Marxismus. So schwer die Verluste der KPD durch die Ermordung vieler ihrer besten Kader, so groß die Lücken in ihren Reihen durch Inhaftierungen mit und ohne Prozeßurteile – die revolutionäre Partei der deutschen Arbeiterklasse lebte und kämpfte, in Deutschland, in der Illegalität und im Exil. Trotz aller erlittenen Verluste und Rückschläge formierten sich die Organisationen der KPD immer wieder zum antifaschistischen Ringen mit dem übermächtigen Gegner. 300 000 politische Häftlinge waren das indirekte Eingeständnis der faschistischen Machthaber, daß sie Überzeugung und Kampfesmut einer Minderheit des Volkes nicht zu brechen vermochten. Andererseits zeugte die hohe Zahl der immer wieder aus dem illegalen Kampf Gerissenen von der Perfektion, welche die Gestapo bei der Verfolgung von Hitlergegnern erreicht hatte. Deren hauptsächliche innere Schwäche rührte aus ihrer Uneinheitlichkeit und Zersplitterung her, denn die rechten Führer der Sozialdemokratie hielten an der antikommunistischen Ablehnung der Einheitsfront der Arbeiterklasse fest und boykottierten damit auch die Volksfront aller Hitlergegner. In diesem Sinne beeinflußten sie vom Ausland her auch die antifaschistischen Sozialdemokraten in Deutschland. Eine Minderheit einstiger Mitglieder der SPD setzte sich indessen über diese Haltung, die der Sabotage am Kampf gegen das faschistische Regime gleichkam, hinweg und nahm am Ringen gegen den Faschismus teil. Manche Gruppen früherer SPD-Mitglieder und einzelne sozialdemokratische Arbeiter fanden Anschluß an die Organisationen der KPD. So konnten die faschistischen Machthaber nicht damit rechnen, während des imperialistischen Krieges einen totalen Burgfrieden herzustellen.

Im Westen wie im Osten, so charakterisierte die KPD die entstandene Situation auf der Berner Parteikonferenz, die im Januar 1939 in der Nähe von Paris stattfand, schaffe das Hitlerregime eine Lage, „wo über Nacht das deutsche Volk in die Katastrophe des Krieges gestürzt werden kann“.[25] Die Politik „der großen Rüstungskapitalisten und der Nazibürokratie“ sei im Begriff, das deutsche Volk in einen „furchtbaren und hoffnungslosen Krieg“ zu führen, weshalb – so hieß es in der Resolution der Konferenz – „der Kampf gegen den Krieg, für den Sturz des Kriegstreibers Hitler, die höchste nationale Aufgabe aller Deutschen ist“.[26]

Angesichts der Tatsache, daß die Kriegsgefahr, wie Wilhelm Pieck sagte, rascher wachse als der Widerstand der Massen gegen das fa-

schistische Regime, drängte die KPD auf die stärksten Anstrengungen zur Zusammenführung aller Antifaschisten und der Vereinigung ihrer Kräfte. Diesen Prozeß suchte die Berner Konferenz dadurch zu fördern, daß sie die Politik der Einheits- und Volksfront weiter entwickelte. Als Ziel des gemeinsamen Kampfes bezeichnete die KPD eine neue, demokratische Republik, in der „die einige Arbeiterklasse, vereint mit den Bauern, dem Mittelstand und der Intelligenz in der Volksfront ... das Schicksal des Landes bestimmen" werde.[27] In den gemeinsamen Kämpfen für diese Republik würden auch die Voraussetzungen für die endgültige Überwindung der Spaltung der deutschen Arbeiterklasse wachsen und eine einheitliche, revolutionäre Partei entstehen.

Die Verwirklichung dieses Programms der KPD zum Sturz des faschistischen Regimes und zur Aufrichtung eines antiimperialistischen, antifaschistischen Staates hing freilich nicht allein von dem Willen und dem Kampf der Kommunisten ab. Insbesondere war es fraglich, ob die antifaschistischen Kräfte in so raschem Tempo erstarken würden, daß die deutschen Imperialisten daran gehindert werden könnten, den Krieg zu beginnen. Sollte er dennoch ausbrechen, so bestimmten die Beschlüsse der Berner Konferenz, so würden die Kommunisten mit allen Mitteln für dessen rascheste Beendigung, für die totale Niederlage des Faschismus kämpfen.

13. Kapitel

Die „politischen Soldaten“ im Einsatz für die „Neuordnung“ Europas

Etwas anders als sonst war das Bild, das die eilig herbeigerufenen Abgeordneten des faschistischen Reichstages in den Vormittagsstunden des 1. September 1939 schauen durften: Ihr „Führer“, den sie fast nur in der braunen Parteiuniform oder im zivilen Frack kannten – je nach Gelegenheit und Zweck seines Auftretens –, erschien im feldgrauen Tuch der faschistischen Wehrmacht, als er verkündete, daß seit 4 Uhr 45 gegen Polen marschiert und „zurückgeschossen“ werde. Seine pathetisch-theatralische Rede über die neue militärische Aggression des faschistischen deutschen Imperialismus, mit der dieser den zweiten Weltkrieg entfesselte, verband Hitler mit einer Tirade, die sich auf seinen symbolischen Kleidungswechsel bezog. Er habe „wieder jenen Rock“ angezogen, der ihm seit dem Kriegsausbruch von 1914 immer „der heiligste und teuerste“ gewesen sei, und er wolle nichts anderes mehr sein als der „erste Soldat des deutschen Reiches“. Ungewollt, aber unübersehbar verdeutlichte sich der Zusammenhang zwischen dem ersten, dem verlorenen Weltkrieg und dem Versuch, den Ansturm auf den „Platz an der Sonne“ zu wiederholen.

Den Überfall auf Polen stellte Hitler nicht, wie es der historischen Wahrheit entsprochen hätte, als Teil der Entfesselung eines neuen Weltkrieges und auch nicht als Ergebnis des aggressiv-expansionistischen Programms und der friedensfeindlichen Ziele des faschistischen deutschen Imperialismus und seiner Partei dar; im Gegenteil, er kaschierte ihn als angeblich notwendig gewordene „Verteidigung“, als Beitrag zur „Wiederherstellung der deutschen Souveränität“. Es gehe beim „Abwehrschlag“ gegen Polen nur darum, „daß im Osten der Friede kein anderer ist, als wir ihn an unseren anderen Grenzen haben“.[1] Die eigentlichen, imperialistischen Kriegsziele wurden verschwiegen, ebenso die geheimen Einsätze von nazistischen Spezialkom-

mandos gegen den Sender Gleiwitz und in anderen Grenzorten, die den „Vorwand" zum Kriegsbeginn lieferten. Kein Wort sagte er dazu, daß nunmehr in einem neuen Anlauf das erreicht werden sollte, was sowohl im ersten Weltkrieg als auch danach von allen anderen bürgerlichen Parteien und Regierungen vergeblich ins Visier genommen worden war: die Vorherrschaft des deutschen Imperialismus und Militarismus in Europa und in der Welt, die Eroberung fremder Gebiete zur Erweiterung des eigenen Maximalprofits, die Errichtung von brutalen Okkupationsregimen zur wirtschaftlichen Ausplünderung der besetzten Länder, die dem Charakter dieses Krieges adäquate politische Sicherung der Macht in einem „Großgermanischen Reich" durch barbarischen Massenmord und Ausrottung ganzer Völker. Mit keinem Wort erwähnte er, daß den deutschen Monopolherren, den Großagrariern und den faschistischen Politikern die Situation im Spätsommer 1939 dafür so günstig wie nie zuvor und später nicht mehr möglich erschien. Natürlich gab er auch nicht zu erkennen, in welchem hohen Maße die antisowjetische Politik der Westmächte zur Stärkung des faschistischen Regimes in Deutschland beigetragen hatte, wie durch die beschwichtigende Haltung insbesondere der englischen und der französischen Regierung eine faschistische Aggression nach der anderen möglich geworden war, so daß der deutsche Imperialismus in wenigen Jahren sein Territorium um fast eine Viertelmillion Quadratkilometer hatte erweitern und sein Potential um 18 Millionen Menschen hatte vergrößern können.[2]

Über die NSDAP und ihre neuen Aufgaben verlor Hitler ebenfalls kein Wort. Das war auch nicht notwendig, trat diese doch vielfältig gerüstet und auf die neuen Aufgaben umfassend getrimmt in den zweiten Weltkrieg ein. Ihr schon zwei Jahre zuvor eingerichteter Mobilisierungs-Apparat lief – ausgelöst durch das Stichwort „P 111" – auf vollen Touren, u. a. um die mit vielen Absichten verbundene Eingliederung der männlichen „Parteigenossen" in die Wehrmacht so rasch wie irgend möglich durchführen, vor allem aber, um den Einsatz aller Mittel für die innere Sicherung der Macht des deutschen Imperialismus im Kriege gewährleisten zu können. Auf der Grundlage der sorgfältig ausgearbeiteten Pläne begannen die Nazis gleichzeitig, ihre Organisationen den neuen Bedingungen und Aufgaben anzupassen. Mit aller nur denkbaren Vehemenz und ohne jede Skrupel stellte sich die Nazipartei einschließlich der Gliederungen und angeschlossenen Verbände, d. h. das gesamte faschistische Organisationssystem – ein außerordent-

lich großes personelles und materielles Potential –, in den Dienst des begonnenen imperialistischen Krieges und der Annexionen.

Für die herrschende Klasse mußte sich die Nazipartei nach dem 1. September 1939 erneut bewähren; bis dahin war sie nur auf die allseitige Kriegsvorbereitung orientiert gewesen, jetzt galt es, Regierungsgewalt und Massenbasis unmittelbar für die Kriegführung sowie für den Aufbau faschistischer Machtapparate in den eroberten Gebieten zu nutzen. Die objektive Funktion der faschistischen Partei bestand nunmehr darin, das staatsmonopolistische Herrschaftsgefüge auf einen wirksamen Einsatz aller ökonomischen, politischen und militärischen Kräfte umzustellen, um siegen, rauben, plündern und – im Gegensatz zu 1918/19 – gleichzeitig die „innere Front" sichern zu können.

Die immer wieder geäußerte, in internen monopolbourgeoisen Kreisen ebenso wie in der von den Nazis beherrschten Öffentlichkeit formulierten Furcht vor einer erneuten revolutionären Erhebung der deutschen Arbeiterklasse bestimmte vor allem den „Kriegseinsatz" der gesamten Nazipartei.

Die größte und militanteste Partei, über die der deutsche Imperialismus je verfügt hatte, stand erneut an einem Wendepunkt ihrer Geschichte. Nachdem sie die umfangreichen kriegsvorbereitenden Maßnahmen der faschistischen Diktatur politisch abgesichert hatte, sollte sie jetzt – wie es im „Völkischen Beobachter" am 22. September 1939 hieß – ihre „politischen Soldaten" als „Rückgrat der inneren Front" stellen und „alle nur denkbare Sorge" tragen, um „einen November 1918 zu verhindern". Der Umfang dieser Aufgabe, die allgemeine Situation im Klassenkampf und die weitgespannten Annexions- und Expansionsziele ließen die Nazipartei eine andere, weitaus gewichtigere Rolle im imperialistischen Herrschaftssystem spielen, als dies den bürgerlichen Parteien und Verbänden während des ersten Weltkrieges und der Weimarer Republik möglich gewesen war. Im Verlauf des zweiten Weltkrieges sollte sich die Bedeutung der NSDAP sogar Schritt für Schritt erhöhen, soweit sie der herrschenden Klasse eine wesentliche politische und soziale Manövrierfähigkeit sicherte und bis auch sie mit der Zerschlagung des militärischen Potentials der Wehrmacht und des imperialistischen deutschen Staates durch die Armeen der Antihitlerkoalition völlig zusammenbrach.

Ihre unmittelbarste und wichtigste Aufgabe sah die Führung der Nazipartei nach dem Überfall auf Polen, der zwei Tage später von

Deutsche Rassenbilder

Rassenhetze auf Glanzpapier: Bildskala aus einem Buch des faschistischen Rassekundlers Hans F. K. Günther

Mit dem Überfall auf Polen entfesselt der deutsche Faschismus den zweiten Weltkrieg (1. September 1939)

„Herrenmenschen" in Aktion. Die faschistischen Mörder auf dem Territorium der UdSSR

den imperialistischen Konkurrenten England und Frankreich mit einer vorerst nur verbalen Kriegserklärung beantwortet wurde, in der Verschärfung des Terrors sowie in der Verfolgung der Kommunisten und aller Kriegsgegner, in der Unterdrückung aller vorhandenen und potentiell möglichen Antikriegstendenzen in der deutschen Bevölkerung überhaupt. Jeglicher Widerstand gegen das imperialistische Völkermorden sollte gebrochen und die Volksmassen mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln noch stärker der absoluten Gewalt der herrschenden Klasse unterworfen werden. Entsprechende Maßnahmen wurden auch von allen Teilen der NSDAP eingeleitet. Ihr riesiger Apparat, der über 150 000 hauptberufliche und nahezu eine Million ehrenamtlicher Kräfte umfaßte, diente unter den irreführenden Schlagworten von der „Menschenführung" – darunter verstand man Propaganda, Schulung, Organisation und Personalpolitik[3] – und von der „Betreuung aller Volksgenossen" der verstärkten Bespitzelung und Überwachung der Massen. Von der Bevölkerung wurde nicht mehr allein widerspruchslose Unterordnung unter das faschistische Regime und die Unterstützung seiner Kriegspolitik, sondern aktiver militärischer Einsatz auf den Schlachtfeldern und blinde, fanatische Opferbereitschaft für die Front verlangt. Unmittelbar vor der Entfesselung des zweiten Weltkrieges hatte in diesem Sinne z. B. die großbürgerliche „Frankfurter Zeitung" vom 9. Juli 1939 kategorisch erklärt: „Menschenführung: Das ist die zentrale Aufgabe, die sich die NSDAP stellt ... Aus der gestaltlosen ‚Masse' will die moderne Menschenführung die gegliederte Volksgemeinschaft machen, ein kraftvolles *und nicht etwa nur passiv* gedachtes Instrument, das die politische Führung trägt, indem es sich ihr unterordnet." (Hervorhebung durch die Vf.).

Die verstärkte Bespitzelung und Überwachung der gesamten Bevölkerung zielten auf die Isolierung und letztlich auf die Beseitigung aller oppositionellen und für den Krieg des faschistischen deutschen Imperialismus als unzuverlässig eingeschätzten Kräfte.

Fernschriftlich wurden am ersten Tag des Krieges alle Staatspolizeileitstellen beauftragt, „staatsfeindliche und staatsgefährdende Umtriebe, namentlich auf kommunistisch-marxistischer Grundlage sowie im Rahmen der sogenannten Volksfrontpolitik, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu bekämpfen und niederzuhalten. Größte Aufmerksamkeit ist kommunistischen Schmierereien, Hetzaposteln, etwaigen Zusammenschlußbestrebungen usw. zu schenken. Hierbei Betroffene sind festzunehmen und in Schutzhaft zu überführen."[4] Zwei

Tage später gab Heydrich einen Runderlaß über die „Grundsätze der inneren Staatssicherung während des Krieges" heraus, in dem es hieß: „Jeder Versuch, die Geschlossenheit und den Kampfwillen des deutschen Volkes zu zersetzen, ist rücksichtslos zu unterdrücken. Insbesondere ist gegen jede Person sofort durch Festnahme einzuschreiten, die in ihren Äußerungen am Sieg des deutschen Volkes zweifelt oder das Recht des Krieges in Frage stellt." In diesen „Grundsätzen" wurde die „wirksame Niederhaltung jeder defaitistischen Bewegung" zur persönlichen Aufgabe der Leiter aller Staatspolizeileitstellen erklärt. „Besonders verdächtige" Personen sollten speziell überprüft werden, „da gegebenenfalls auf höhere Weisung brutale Liquidierung solcher Elemente erfolgen" werde.[5]

Diesem Erlaß, der am 20. September und 24. Oktober ergänzt wurde, folgten die „präventive" Verhaftung von etwa 2 000 Kommunisten[6], erneute „Schutzhaft" in den verbrecherischen Konzentrationslagern, zahlreiche Morde auch an anderen Antifaschisten sowie viele weitere Maßnahmen zur Einschüchterung des werktätigen Volkes. Der insbesondere von der SS aufgebaute Apparat und die staatlichen Institutionen der Polizei verschmolzen zu einem einheitlichen terroristischen Machtinstrument.[7] An dessen Spitze stand seit dem 27. September 1939 das Reichssicherheitshauptamt (RSHA), das aus sieben Ämtern gebildet wurde[8]; in ihm fällten solche SS-Führer wie Heydrich, Kaltenbrunner, Otto Ohlendorf, Heinrich Müller, Walter Schellenberg, Eichmann u. a. ihre verbrecherischen Entscheidungen. Nicht zufällig vollzog sich der Prozeß der Herausbildung völlig neuer Institutionen vorrangig im Bereich der terroristischen Einrichtungen der faschistischen Partei und des Staates. In einem längeren Prozeß war die SS aus einer „Schutzorganisation" der Nazipartei das „Schutzkorps" von Partei und Staat, d. h. der faschistischen Diktatur in ihrer Gesamtheit geworden. Die Faschisten waren offen bemüht, die Realisierung der verbrecherischen Kriegsziele des deutschen Imperialismus durch die Schaffung eines staatsmonopolistischen Apparates – in Gestalt des von der SS geführten RSHA – vor Widerstand und Opposition sowie auch vor Rivalitäten in der Nazipartei selbst abzusichern.

Diese Konzentration von Machtpositionen innerhalb des staatsmonopolistischen Machtmechanismus bedeutete nicht, andere Bereiche, wie beispielsweise die Justizorgane, in ihrem Wirkungskreis einzuschränken oder gar zu ersetzen. Zugleich erhielt die SS mit ihren „besonderen" Aufgaben[9] eine relative Selbständigkeit gegenüber dem Staats-

apparat und auch gegenüber dem „Korps der Politischen Leiter" in der NSDAP. Solche Veränderungen wurden vom kriegs- und annexionslüsternen deutschen Finanzkapital nicht nur in Kauf genommen, sondern gefordert und gefördert; lag es doch in der Logik der faschistischen Kriegspolitik und der inneren Widersprüche dieses Herrschaftssystems, daß mit der Verschärfung des Terrors dessen Institutionen ausgebaut und mit außerordentlichen Vollmachten ausgestattet werden mußten. Andere Ursachen – subjektive Faktoren, die Vorstellungen und Bestrebungen einzelner Personen, die von der bürgerlichen Geschichtsschreibung gern als angeblich entscheidende Triebkräfte dieses Prozesses gekennzeichnet werden – blieben demgegenüber von untergeordneter Bedeutung.

Die Reichsleitung der NSDAP erklärte in den ersten Septembertagen, die Struktur der nationalsozialistischen Organisationen bleibe „grundsätzlich bestehen", habe sich aber den „besonderen Anforderungen" anzupassen.[10] Darunter wurden die Maßnahmen verstanden, die den Apparat der Partei strafften und stärker als bisher zentralisierten, aber auch neue Institutionen schufen. Am 1. September ernannte Hitler 16 der 40 Gauleiter zu „Reichsverteidigungskommissaren", die jeweils in ihrem Gebiet als oberste „Hoheitsträger" die volle politische Verantwortung tragen und die autoritäre Staatsmacht insbesondere auf der unteren Ebene verstärken sollten. Der Kreis der gegenüber allen anderen Organisationen weisungsberechtigten „Hoheitsträger" der NSDAP wurde auf diejenigen eingeschränkt, die im sogenannten Mobilisierungs-Dienst der NSDAP standen. Diese erhielten neue, detaillierte Sondervollmachten. Als ein völlig neues Amt entstand am 7. Oktober das des „Reichskommissars für die Festigung des deutschen Volkstums", das – geleitet von Himmler – mit der Organisierung von Umsiedlungen unter dem verlogenen Motto „Deutsches Blut kehrt heim" begann. Einige Ämter in der NSDAP-Reichsleitung (z. B. das Hauptamt für Kommunalpolitik, das Hauptamt für Technik, das Reichsrechtsamt u. a.) waren im September angewiesen worden, ihre Arbeit zu unterbrechen. Offensichtlich hielt man sie für nicht „kriegswichtig". Nach der militärischen Zerschlagung Polens machte Heß diese Stilllegungsaktion im November wieder rückgängig. Es gab in dieser Zeit jedoch auch Stimmen, die einen so umfassenden Einsatz der Nazipartei nicht unbedingt für erforderlich hielten. Gegenüber den hohen personellen Forderungen der Wehrmachtführung warnte z. B. Ley sehr eindringlich, niemand „möge die Belastung der Nerven und die seelischen

Konflikte unterschätzen, die der Dienst in der inneren Front erfordert".[11] Immer wieder wurde erklärt, die Partei steht „neben der Wehrmacht"[12], was ja nichts anderes ausdrücken sollte als die Absicht, der „inneren Front" die gleiche Bedeutung beizumessen wie der äußeren. Heß forderte in einem gesonderten Rundschreiben vom 13. September, daß nicht nur die Uniform der Wehrmacht, sondern wie im bisher üblichen Maße auch die Parteiuniform getragen werden solle.[13] Andererseits stellte die faschistische Presse alle Kriegsdienstleistungen von Faschisten in führenden Positionen stark heraus, unter anderem auch in den groß aufgemachten Todesanzeigen auf dem „Felde der Ehre" gefallener Politischer Leiter.

Von den Millionen Mitgliedern der NSDAP, der DAF, der SA und auch des „Korps der Politischen Leiter" wurde ein großer Teil zum Kriegsdienst an den militärischen Fronten einberufen. Diese Nazis sollten – nach den Vorstellungen der Reichsleitung der NSDAP – in der Wehrmacht ebenfalls als „politische Soldaten" wirken, die faschistische Ideologie verbreiten und den Einfluß der NSDAP festigen helfen, obwohl ihre Mitgliedschaft formell ruhte. Zwischen dem Stellvertreter des Führers und dem von Generaloberst Wilhelm Keitel geleiteten OKW wurde im Herbst 1939 eine Vereinbarung über „Personalaustausch" getroffen, mit dessen Hilfe u. a. „die Einheit zwischen der kämpfenden Truppe und der politischen inneren Front" verwirklicht werden sollte. Die Wehrmachtführung, unzufrieden mit der Haltung und der Disziplin vieler Soldaten und sich auf die Erfahrungen im ersten Weltkrieg stützend, daß „mit Strafen allein eine disziplinierte Truppe weder geschaffen noch erhalten werden kann"[14], verlangte nach einer intensiven ideologischen Beeinflussung der Wehrmachtsangehörigen. Erst im späteren Kriegsverlauf kam es zu einer nicht unbeträchtlichen Erweiterung von Vollmachten und Einfluß der Nazipartei in der Wehrmacht, die in der Schaffung des Nationalsozialistischen Führungsoffiziers (NSFO) im Winter 1943/44 gipfelten. Die Beeinflussung der Wehrmacht durch die NSDAP erfolgte zunächst auf der Grundlage des Arbeitsabkommens vom 11. November 1939 zwischen dem OKW und dem Amt Rosenberg, das bald nicht mehr den Anforderungen genügte, weil es mehr oder weniger nur formale Fragen des Verhältnisses der Nazipartei zur Wehrmacht beinhaltete.

Für die NSDAP spielte von Kriegsbeginn an – neben der Aufgabe, das Kriegsabenteuer des deutschen Imperialismus durch den Ausbau ihres Terrorapparates sowie durch eine rasche Anpassung aller Orga-

nisationen an die neuen Bedingungen zu stützen – auch die Frage eine wesentliche Rolle, wie ihre ohnehin schon außerordentlich breite Propaganda an der „inneren Front" noch weiter zu verstärken sei, um auch mit dem Mittel der Massenbeeinflussung einen für den deutschen Imperialismus und Militarismus erfolgreichen Ausgang des Krieges sichern zu helfen. Inhalt, Richtung und Einsatz der faschistischen Propaganda wurden in einer Denkschrift fixiert, die – vermutlich von Goebbels – noch vor dem Abschluß des mehrwöchigen Angriffskrieges gegen Polen unter dem Titel „Gedanken zum Kriegsbeginn 1939" verfaßt worden ist.[15] Im Rahmen eines beinahe Leitmotiv-Vergleichs mit dem ersten Weltkrieg schlußfolgerte der Verfasser, „daß sich die heutige Lage weder auf militärischem, noch wirtschaftlichem, aber vor allem auch nicht auf politischem Gebiet mit 1918 vergleichen" lasse. Trotz dieser optimistischen Einschätzung der innenpolitischen Situation und der Stellung der werktätigen Massen zur NSDAP betonte die Denkschrift, daß die „Kampfentschlossenheit ... kein Gefälle nach abwärts erfahren" dürfe. Notwendig sei deren „fortgesetzte Steigerung mit immer bewußterer und zäherer Erfassung des politischen Kampfzieles". Eine Steigerung der Kampfbereitschaft sei möglich, wenn durch die Propaganda *„die heutige Ausgangssituation immer mehr verdeutlicht, die negativen Einflüsse ausgeschaltet und das positive Kriegsziel klar herausgestellt werden"*. Die Denkschrift setzte die „seelische Bereitschaft" der Massen als Bedingung für den Krieg voraus, „wie lange er auch dauern sollte". Zu diesem Zweck müsse der Eindruck erweckt werden, „daß die heutige Kriegführung nicht wie in den Jahren 1917 und 1918 einen wirtschaftlichen Raubbau und ein Ausbluten der Bevölkerung bedeutet, sondern sich eine Art Normalisierung einstellt, die wohl vollkommen auf die Kriegsaufgaben abgestellt ist, aber dennoch die Erhaltung der wirtschaftlichen und die möglichste Schonung der biologischen Substanz gewährleistet".[16] Damit wurde auf eine lange Dauer des Krieges, auf die schonungslose Ausplünderung der eroberten Länder und damit auf den Krieg als „Normalzustand" orientiert. Die Faschisten glaubten, dies erreichen zu können, wenn es Massenverluste unter der Wehrmacht und der deutschen Bevölkerung sowie keine Wiederholung des „Kohlrübenwinters" des ersten Weltkrieges gebe. Damit war auch deutlich formuliert, daß die Wirksamkeit der Propaganda in unmittelbarer Abhängigkeit sowohl vom faschistischen Terror als auch von der sozialen Korrumpierung größerer Teile des deutschen Volkes gesehen wurde.

Die Reichspropagandaleitung der NSDAP verschickte im September 1939 an alle Gauleiter und Gaupropagandaleiter „Richtlinien für die Durchführung der Propaganda der NSDAP", die unter dem Motto „Die kämpfende und opfernde Heimatfront" standen. Sie reagierte damit zugleich auf die Tatsache, daß es den Faschisten in den ersten Septembertagen nicht gelungen war, einen dem August 1914 vergleichbaren chauvinistischen Begeisterungstaumel unter der Bevölkerung hervorzurufen. Dies hatte die Naziführung veranlaßt, auf die Organisierung von Zustimmungsdemonstrationen zum Überfall auf Polen vorerst zu verzichten. Die neuen Richtlinien sahen umfangreiche Maßnahmen vor, mit deren Hilfe die „allgemeine politische Propaganda" erstens durch eine „Aufklärung zur Verbrauchslenkung" sowie zweitens durch die „Propaganda der Tat" ergänzt werden sollte.[17] Den Mitgliedern der Nazipartei wurde auferlegt, Verstößen „gegen die Rationierung" von Lebensmitteln und anderer Waren „vorzubeugen". Als „Propaganda der Tat" galten z. B. die „Betreuung" von Wehrmachtseinheiten durch NSDAP-Ortsgruppen, Altmaterialsammlungen und „Erntehilfe". Im Rundfunk sollte eine neue Sendereihe „Stunde der Partei" eingerichtet werden, gedacht vor allem als Anleitung für die Block- und die Zellenleiter. Diese Nazis sollten ihrer „Betreuungs"-funktion in Verbindung mit der Ausgabe von Lebensmittelkarten, der Auszahlung von Kinderbeihilfen, der Kassierung von Spenden für das WHW erfüllen, gleichzeitig aber auch in jedem Haushalt kontrollieren, ob und wie die neuen, drakonische Strafen androhenden Vorschriften gegen das Abhören ausländischer Rundfunksender und die Anweisung zur Verdunkelung der Fenster eingehalten werden. Eine ebenfalls in den ersten Kriegstagen verbreitete Anordnung von Heß machte die NSDAP-Ortsgruppenleiter persönlich dafür verantwortlich, „daß in keinem Orte der Kampfwille, die Entschlossenheit zum Durchhalten und die Bereitschaft zu Entbehrungen und Opfern erlahmen". Wenn von „schlechter Stimmung" der Bevölkerung gesprochen werden müsse, so sei dies nur „der Beweis für die Unfähigkeit des Hoheitsträgers".[18]

In politischer Hinsicht verbreitete die faschistische Propagandamaschinerie in den ersten Kriegsmonaten vor allem verlogene und den Tatsachen widersprechende Parolen sowohl über die Ursachen als auch über den Charakter und die Ziele des Krieges. Sie sollten davon ablenken, daß – wie von den Kommunisten richtig erkannt wurde, beispielsweise in dem „Brief der Parteileitung an die Leitung und Funktionäre der KPD im Lande über die Aufgaben der Partei" vom

21. Oktober 1939 und in der „Politischen Plattform der Kommunistischen Partei Deutschlands" vom 30. Dezember 1939[19] – der zweite Weltkrieg in dieser Zeit seinem Wesen nach ein imperialistischer Krieg und aus den Widersprüchen zwischen den imperialistischen Hauptmächten entstanden war, daß der faschistische deutsche Imperialismus als Hauptaggressor dieses neuerliche Blutvergießen entfesselt hatte.

Im Mittelpunkt der Nazipropaganda stand die chauvinistische Behauptung, der Krieg sei Deutschland aufgezwungen worden; er müsse geführt werden, um das mit dem Versailler Vertrag an Deutschland verübte Unrecht wiedergutmachen zu können. Über die wahren Kriegsziele des deutschen Imperialismus – in geheimen Dokumenten der Faschisten ausführlich dargestellt – fiel in der Öffentlichkeit kein Wort. Ein kleiner Teil der deutschen Bevölkerung konnte sich allerdings dennoch darüber dank der illegalen Flugblätter und Schriften der antifaschistischen Widerstandsorganisationen ein richtiges Bild machen. In den Materialien der deutschen Kommunisten und aller mit ihnen verbündeten Antifaschisten wurden die Ziele der kriegführenden imperialistischen Länder treffsicher entlarvt. So hieß es beispielsweise in einem Aufruf von Gewerkschaftern, kommunistischen und sozialdemokratischen Arbeitern des Siemens-Konzerns an die Arbeiter in den Rüstungsbetrieben und an die Bevölkerung Berlins vom Herbst 1939: „Es ist kein gerechter Krieg, weil er nicht für die Ehre und Freiheit unseres Volkes geführt wird, sondern für die Unterdrückung anderer Völker, für die Annexion anderer Länder. Hitler führt ihn, um neue Rohstoffquellen und neue Absatzmärkte für die Großindustrie zu erobern. Er führt ihn mit dem Ziel, die Arbeiter anderer Länder derselben Ausbeutung durch das deutsche Großkapital zu unterwerfen, unter der ihr selber schon leidete. Ein derartiger Krieg ist gegen das Volk, es ist ein imperialistischer Krieg ..." Aus dieser richtigen Einschätzung leiteten diese Antifaschisten die Schlußfolgerung ab, es könne keinen Frieden geben, solange der Faschismus regiert „und die Macht der wahren Herren Deutschlands, der Krupp, Thyssen, Siemens, Klöckner nicht vollkommen gebrochen ist".[20] Auf der Grundlage der Materialien der Berner Konferenz und der Stellungnahme des Sekretariats des Zentralkomitees der KPD vom 3. September 1939 erläuterte Wilhelm Florin in einem dem 75. Jahrestag der Gründung der I. Internationale gewidmeten und am 28. September 1939 veröffentlichten Artikel den Standpunkt der Kommunisten: „Der neue Krieg begann als ein allseitig imperialistischer Krieg.

Die Völker bluten für die Raubinteressen der Imperialisten auf beiden Seiten. Jeder imperialistische Krieg wurde von den Kapitalisten bisher mit der verlogenen Phrase von der ,Rettung der Zivilisation' geführt. Auch dieser. 1937 und 1938 verteilten sie noch im Kompromiß die Völker der Welt. Österreich, Tschechoslowakei, Spanien. Die Kompromisse wurden geboren aus dem gemeinsamen Wollen, einen Kreuzzug gegen das Land der Sowjetunion zu machen. Die Sowjetunion hat das durchkreuzt."[21] „Heute kämpfen die Räuber gegeneinander."[22]

Die deutschen Faschisten versuchten, von solchen Einsichten und Konsequenzen abzulenken. Dabei wurden nicht nur die eigenen Ziele verschleiert und idealisiert, man versuchte auch die Kriegsinteressen Großbritanniens und Frankreichs aufzubauschen. Vor allem hieß es, der Kampf müsse auf Leben oder Tod geführt werden, da die Gegner nach einer „Vernichtung" Deutschlands streben würden. Goebbels erklärte – trotz des raschen Sieges der Faschisten über Polen und trotz des faktisch nicht geführten, daher „komisch" genannten Krieges an der Westfront – in seiner am 22. Dezember 1939 von allen Rundfunksendern übertragenen Weihnachtsansprache, daß Deutschland einen „totalen Krieg" führen müsse, der „Front und Heimat wenn nicht mit denselben Opfern, so doch mit denselben nationalen Verpflichtungen umfaßt". Seine durch und durch verlogene Rede gipfelte in der Behauptung, wie der „Völkische Beobachter" vom 23. Dezember 1939 hervorhob: „Es geht in diesem Krieg um unsere nackte Existenz." Bei einer Niederlage werde Deutschland „als Großmacht abdanken und das Volk zugrunde gehen ..." Schließlich versuchte die faschistische Propaganda, den militärischen Sieg als unausbleiblich darzustellen. Daher tauchten immer wieder Formulierungen auf wie: „Unsere Waffen sind an Zahl und Güte unerreicht! Unsere innere Ordnung ist vorbildlich!" oder: „Den Waffen und der Moral der deutschen Wehrmacht kann keine Kraft der Welt widerstehen." Ein weiteres, auf das Anheizen fanatischer Kriegsbereitschaft zielendes und häufig verwandtes Argument lautete: Durch die Partei und den „Führer" sei im Gegensatz zu den „unklaren" Befehlsverhältnissen im ersten Weltkrieg eine straffe und verantwortungsbewußte Führung vorhanden.[23]

Ende September 1939 begann die Nazipartei wieder einmal die sozialdemagogischen Aspekte ihrer Propaganda stärker hervorzuheben. Damit wollte sie der Unruhe und der Mißstimmung in weiten Teilen der Bevölkerung über die Kriegswirtschaftsverordnung vom

4. September 1939 begegnen, mit deren Hilfe der faschistische Staat eine im Sinne der großen Monopole profitable Kriegswirtschaft und Kriegsfinanzierung auf Kosten des Volkes anstrebte. Mit Bestürzung hatte der SD in seinen geheimen Lageberichten festgestellt, daß die Mißstimmung selbst NSDAP-Mitglieder in den Rüstungsbetrieben erfaßt habe und diese häufig den Wunsch äußerten, wegen erhöhter Arbeitszeit und -intensität vom „Parteidienst freigestellt" zu werden.[24] Die DAF pries in einer regelrechten Kampagne während der Monate Oktober und November 1939 die angeblichen sozialen Leistungen und sozialpolitischen Ergebnisse des Faschismus, zu denen der Kapitalismus in anderen Ländern niemals fähig sei und die einer der Gründe für „englisch-jüdische Mißgunst" gegenüber dem deutschen Volke wären. Der „Völkische Beobachter" wies am 20. November als Bilanz von zehn Kriegswochen aus: „Der deutsche Sozialismus wird Englands Geldsackherrschaft bezwingen. Trotz der Kriegszeit wesentliche soziale Verbesserungen. Nacht- und Feiertagszuschläge werden wieder bezahlt." Obwohl die Naziregierung mehrere Milliarden Reichsmark, die eigentlich für die Finanzierung des Krieges vorgesehen waren, dafür verwenden mußte, handelte sie im unmittelbaren Interesse der Monopole und deren Forderung nach „Sicherung des sozialen Friedens".[25] Folgerichtig erfaßte die Nazipartei auch in dieser Hinsicht seit Kriegsbeginn als ihren entscheidenden Grundsatz, daß „nichts im Kriege wichtiger sein kann als der innere Friede, über den wir alle gemeinsam zu wachen haben".[26]

Die teilweise und nur zögernd erfolgte Zurücknahme der Kriegswirtschaftsverordnung im November 1939 verbuchte die NSDAP als ein Ergebnis ihrer Sozialpolitik. Am 26. September hatte Ley im zentralen Organ der DAF eine größere Artikelserie über die Vorbereitung auf den Krieg („Die DAF hat vorgesorgt") angekündigt. Bereits in der zweiten Folge dieser Serie bekam diese eine andere Richtung, die im neuen Titel deutlich wurde: „Das alles, deutscher Arbeiter, will dir die englisch-jüdisch-plutokratische Herrenschicht rauben! Die Leistungsgemeinschaft der Deutschen Arbeitsfront."[27] Ley verkündete Anfang 1940 in einem Leitartikel, die militärischen Auseinandersetzungen würden zwar eine Unterbrechung des „sozialistischen Aufbaus" bedeuten, der Krieg würde ihn aber zugleich vorantreiben und auf eine neue Stufe stellen, ja sein „großer Wegbereiter" sein.[28] Einen gewissen Abschluß und Höhepunkt dieser Propagandaparolen bildete die anläßlich des 20. Jahrestages der Verkündung des Parteiprogramms

im Februar 1940 verbreitete These, das 25-Punkte-Programm sei erfüllt und Deutschland ein „Volks- und Sozialstaat“ geworden. Die Naziführer versprachen in diesem Zusammenhang unter anderem, nach dem Krieg eine großzügige Altersversorgung einrichten zu wollen. Ihre Sozialdemagogie stand in krassem Gegensatz zur faschistischen Kriegspolitik, durch die der größte soziale Raubbau an der deutschen Bevölkerung betrieben wurde. Sie manipulierten Hoffnungen und Illusionen und spekulierten skrupellos auf die Leichtgläubigkeit irregeführter Volksmassen. Ähnlich wie vor dem 30. Januar 1933 alle Versprechungen an die Bedingung geknüpft waren: „Wenn wir die Macht haben ...“, waren sie jetzt an die Formel gebunden: „Nach dem Siege ...“.

Je nach militärischer und innenpolitischer Situation sowie in Abhängigkeit vom konkreten Kriegsverlauf verstärkte oder verminderte sich die Intensität des Geredes über den „deutschen Sozialismus“. Im Frühjahr 1940, als in Blitzkriegen Dänemark und Norwegen überfallen, die Niederlande, Belgien, Luxemburg und Frankreich erobert und einem brutalen Okkupationsregime unterworfen wurden, spielte die soziale Demagogie nur eine geringe Rolle. Ihr Anteil an der Propaganda der Nazipartei nahm erst wieder zu, als im Sommer 1940 nach den breit organisierten Siegesfeiern starke Friedenshoffnungen unter der werktätigen Bevölkerung aufkeimten, als die weitgreifenden Kriegszielplanungen des deutschen Imperialismus unter der Losung von der „Neuordnung Europas“ liefen und die unmittelbaren Vorbereitungen zum Überfall auf die Sowjetunion begannen. Die Nazis erklärten wieder einmal, nach diesen Siegen müsse der „Helm fester gebunden“ und weiter gekämpft werden. Vor allem richteten sich die sozialdemagogischen und pseudosozialistischen Parolen an die deutsche Arbeiterklasse. In eintöniger Wiederholung, aber auch in krassester Überspitzung trommelte der Propagandaapparat der Nazipartei. Ley, von Hitler nicht zufällig gerade in dieser Zeit als „größter Idealist in der deutschen Arbeiterschaft“ bezeichnet, verkündete im September 1940 den „sozialistischen Durchbruch unserer Zeit“ und sogar den Sieg des deutschen „Staatssozialismus“.[29] Einige Wochen später, kurz vor seiner Ernennung zum Reichskommissar für den sozialen Wohnungsbau, offerierte Ley, was die Partei angeblich für die Zeit nach dem endgültigen „Siege“ in sozialpolitischer Hinsicht plane. Da wurde – ohne konkrete Angaben – von einem großzügigen Wohnungsbauprogramm, von einer Reichslohnordnung für alle Berufe und von

einem System sozialer Gesundheitspflege geredet und außerdem angekündigt, nach Kriegsende würden 6,5 Mrd. RM für zusätzliche soziale Leistungen (neue Seebäder und Erholungsschiffe) aufgewendet. Nicht zuletzt sahen sich die Faschisten genötigt zu versprechen, daß die freie Arbeitsplatzwahl – vor dem Krieg schon völlig aufgehoben – wieder hergestellt würde.[30] Gauleiter Sauckel verstieg sich sogar zu der Behauptung: „Wir gewinnen den Krieg für die deutsche Arbeiterschaft."[31] Alle diese sozialdemagogischen Bemühungen und pseudosozialistischen Parolen verrieten, inwieweit die Faschisten in der Arbeiterklasse jene Kraft erblickten, von der die politische Stabilität ihrer Herrschaft in entscheidendem Maße abhing.

Allein in den ersten eineinhalb Jahren nach Kriegsbeginn ließ die Reichspropagandaleitung der NSDAP mehr als zwei Millionen Broschüren, sieben Millionen Plakate, 67 Millionen Flugblätter sowie 60 Millionen Zeitschriften, Wandzeitungen und Handzettel verbreiten. Unter ihrer Regie wurden außerdem 200 000 öffentliche Versammlungen und Betriebskundgebungen, 30 000 Lichtbilderveranstaltungen und 45 000 Filmabende durchgeführt. Der sogenannte Reichsautozug „Deutschland", eine mobile technische Anlage zur Durchführung von Veranstaltungen unterschiedlichster Art, wurde bis Anfang 1941 für 50 Großeinsätze verwendet, bei denen eine Strecke von 360 000 km zurückgelegt wurde.[32] Mitglieder der Nazipartei, die als Kriegsberichterstatter in Presse und Rundfunk von den militärischen Fronten zu berichten hatten, wurden in sogenannten Propaganda-Kompanien zusammengefaßt. Im ersten Jahr des imperialistischen Raubkrieges verstärkte die Nazipartei nicht nur ihren propagandistischen Einsatz, sie zentralisierte zugleich die Leitung und die Koordinierung der Propaganda. Dies erfolgte vor allem durch die Einrichtung der sogenannten Ministerkonferenz, die seit September 1939 täglich zwischen 11 und 12 Uhr bei Goebbels stattfand. In ihr wurden die wichtigsten Propagandainstitutionen – das Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda, die Reichspropagandaleitung der NSDAP, die Abteilung Wehrmachtspropaganda im OKW, die Presseabteilung und die rundfunkpolitische Abteilung im Auswärtigen Amt sowie der Rundfunk – zusammengefaßt und einheitlichen Richtlinien unterworfen. Zunächst für etwa 20, nach dem Überfall auf die UdSSR für fast 50 Naziführer wies Goebbels an, wie Berichte über Kriegsereignisse und andere Nachrichten für die Massenmedien aufzubereiten, darzustellen und zu kommentieren waren.

Die Zentralisierungsmaßnahmen von Goebbels, der in Abstimmung mit dem Stab des „Stellvertreters des Führers" für die einheitliche Ausrichtung der faschistischen Propaganda verantwortlich war, überbrückten seine taktische Fragen betreffenden und subjektiv gefärbten Gegensätze zu Max Amann, Reichsleiter der NSDAP für die Presse, und zu Otto Dietrich, Reichspressechef der NSDAP und Pressechef der faschistischen Regierung, ebensowenig wie zu Alfred Rosenberg, dem „Beauftragten des Führers für die Überwachung der gesamten geistigen und weltanschaulichen Schulung und Erziehung der NSDAP" (seit 9. Februar 1940 auch „Beauftragter zur Sicherung der nationalsozialistischen Weltanschauung"). Rosenberg wollte die Goebbels-These vom „Propagandakrieg" durch die vom „Seelenkrieg" ergänzt wissen. Unter diesem Begriff wurde eine langfristige ideologische und weltanschauliche Vergiftung des deutschen Volkes verstanden, die naturgemäß oft in Widerspruch zu den auf den Tag und auf einzelne Ereignisse bezogenen Parolen von Goebbels geriet. Über die faschistische Schulungsarbeit innerhalb der Naziorganisation gab es Kompetenzstreitigkeiten vor allem zwischen Ley und Rosenberg. Dieser verlangte als „Beauftragter des Führers für die Überwachung der gesamten geistigen und weltanschaulichen Schulung und Erziehung der NSDAP" im September 1939, daß ihm der gesamte Schulungsapparat der Partei unterstellt wird. Das Hauptschulungsamt innerhalb der Reichsorganisationsleitung der NSDAP hätte danach seiner Dienststelle angegliedert werden müssen. Gleichzeitig wäre er in allen Fragen, die als weltanschaulich bezeichnet werden konnten, für die Arbeit verschiedener Reichsministerien (u. a. Inneres, Äußeres, Erziehung . . ., Propaganda, kirchliche Angelegenheiten) maßgebend gewesen. Dieses Ansinnen entsprang keineswegs allein oder gar primär persönlichem Machtstreben oder Neid und Eifersucht, wie von einzelnen bürgerlichen Historikern immer wieder behauptet wird,[33] sondern den Konzentrationsbedürfnissen des staatsmonopolistischen Machtgefüges, das effektiv gestaltet und von sich überschneidenden Kompetenzbereichen bereinigt werden sollte. Im Januar 1940 erhielt Rosenberg jedoch von Hitler nur den „endgültigen" Auftrag, die Gründung einer „Hohen Schule", einer Art faschistischer Parteiuniversität vorzubereiten, während die Schulungsarbeit für die NSDAP und die ihr angeschlossenen Verbände (nicht für die Gliederungen, die über eigene Schulungsämter verfügten) weiter von Ley organisiert wurde, und zwar in einem riesigen Umfang.

Trotz ihrer umfassenden und intensiven Bemühungen konnten die deutschen Faschisten nach der Entfesselung des zweiten Weltkrieges – sogar noch weniger als vorher – verhindern, daß sich Widerstand gegen die Kriegs- und die Eroberungspolitik der Hitlerregierung erhob. Heldenmütig und unbesiegbar setzte die KPD den Kampf für die schnelle Beendigung des Krieges durch den Sturz der faschistischen Diktatur fort. Im Prozeß der Bewältigung der neuen, komplizierten Aufgaben festigten sich die illegalen Organisationen der Kommunistischen Partei, die unter der Führung von Robert Abshagen, Bernhard Bästlein, Wilhelm Guddorf, Franz Jacob, Albert Kuntz, Georg Lechleiter, Theodor Neubauer, Magnus Poser, Anton Saefkow, Ernst Schneller, Georg Schumann, John Sieg, Robert Uhrig u. a. m. standen. Sie verstanden es, größere antifaschistische Widerstandsorganisationen u. a. in Berlin, Hamburg, Sachsen, Thüringen, im Rhein-Ruhr-Gebiet und in Südwestdeutschland zu bilden. In diesen Organisationen wirkten an der Seite der Kommunisten auch Sozialdemokraten, Parteilose, Intellektuelle und bürgerliche Hitlergegner.[34]

Durch den Ausbau ihres Terror- und Propagandaapparates sowie durch den Einsatz neuer Mittel war es der NSDAP im Laufe des ersten Kriegsjahres dennoch gelungen, ein für den deutschen Imperialismus und Militarismus relativ sicheres Hinterland entstehen zu lassen. Dazu trug auch die Tatsache bei, daß der Widerstand der polnischen Armee in einem Feldzug von wenigen Wochen gebrochen wurde, die Westmächte keine aktiven Kriegshandlungen zur Rettung Polens führten und schließlich nicht nur die kleineren nord- und westeuropäischen Länder kapitulierten, sondern im Mai/Juni 1940 auch der große imperialistische Konkurrent Frankreich relativ rasch geschlagen werden konnte. Die ideologischen Auswirkungen dieser militärischen Siege waren unverkennbar. Nach den Blitzsiegen überspülte eine große Welle nationalistischer Begeisterung das ganze Land. Der Mythos von der „Unbesiegbarkeit der Wehrmacht" und von der Möglichkeit eines großen „Endsieges" beeinflußte zeitweilig auch Menschen, die bis dahin noch dem Faschismus gegenüber eine gewisse Distanz gewahrt hatten. Die Tatsache, daß Teile der Bevölkerung materielle Vorteile der räuberischen Annexions- und Okkupationspolitik verspürten und so als Nutznießer des Krieges korrumpiert wurden, trug zu jener Situation bei, in der sich die Faschisten ihres Regimes völlig sicher wähnten und den Zeitpunkt für weitere Eroberungen und vor allem zur Vernichtung des Sozialismus in der UdSSR als günstig ansahen.

Auf der Grundlage dieser ersten militärischen Erfolge und der inneren Situation ging die deutsche Monopolbourgeoisie im Sommer und Herbst 1940 daran, ihre gesamten räuberischen Kriegsziele genauer und umfassender als bisher zu fixieren. Sie plante jetzt die Gewinnung weiterer Territorien, Einflußbereiche, Rohstoffquellen und Märkte im Rahmen einer politischen Herrschaft über das „neugeordnete" Europa. Die nationale Unterdrückung und die physische Vernichtung anderer Völker, die Errichtung einer barbarischen Fremdherrschaft über die okkupierten Länder sollten Voraussetzungen entstehen lassen für das wichtigste Ziel des Imperialismus: die Vernichtung der Macht des Sozialismus im ersten Staat der Arbeiter und Bauern, im Hort und Zentrum der internationalen Arbeiterbewegung, der Sowjetunion. Aus zahlreichen Plänen einzelner staatsmonopolistischer Institutionen, vor allem der Reichsgruppe Industrie, ergab sich ein komplexes und weitreichendes Programm für die „Neuordnung" Europas.

Nach diesem Programm sollten einige der okkupierten Länder zusammen mit Großdeutschland ein „Großgermanisches Reich" bilden, als dessen Grenzen im Osten die Berge des Urals und im Süden die des Kaukasus angesehen wurden. Anderen europäischen Ländern (z. B. Dänemark, Norwegen, die Slowakei und ein auf französischem Boden zu schaffender Staat Burgund) war eine begrenzte Souveränität zugedacht. Sie sollten als „Schutzstaaten" dem faschistischen Reich angegliedert sein. Darüber hinaus war die Existenz von Satellitenstaaten vorgesehen, die auf militärischem, wirtschaftlichem und außenpolitischem Gebiet eng an den faschistischen deutschen Imperialismus gebunden sein sollten. Dazu zählten vor allem Finnland, Ungarn, Rumänien und Bulgarien. Gemeinsam mit den Plänen für ein riesiges deutsches Kolonialreich in Afrika sowie zur Schaffung bzw. zeitweisen Duldung anderer „Großräume" in Übersee bildeten die Pläne zur „Neuordnung" Europas das Weltherrschaftsprogramm der imperialistischen Bourgeoisie Deutschlands.

Die „Neuordnungs"-Planung für die kapitalistischen Länder Europas vollzog sich zeitlich erst nach den Blitzkriegsfeldzügen der Jahre 1939 und 1940. Dagegen war jene für die Eroberung der UdSSR ein unmittelbarer und „enger Bestandteil der gesamten Vorbereitung für den Überfall, und zwar in allen Einzelheiten".[35] Dabei erarbeiteten die verschiedensten Institutionen der Monopole, des Staates, der Wehrmacht und der NSDAP detaillierte Pläne.

Die NSDAP war daran in unterschiedlichster Weise beteiligt, sei es durch eigene Ausarbeitungen diverser Ämter der Reichsleitung, sei es durch Einbeziehung führender Nazis in bestimmte Gremien oder durch den Aufbau neuer Institutionen in den okkupierten Gebieten. Offensichtlich betrachtete es die Führung der Nazipartei nicht als ihre Aufgabe, nach einer zentralen Zusammenfassung aller wirtschaftlichen, politischen und militärischen Kriegszielplanungen unter ihrer Leitung zu streben. Das entsprach auch der Tatsache, daß sich vor allem in den wirtschaftlichen Fragen der „Neuordnungs"-Planung eine zunehmende Vorrangstellung der Reichsgruppe Industrie ergab – eingeordnet in den Prozeß einer wachsenden „direkten Beteiligung von führenden Vertretern der Industrie und Großbanken an der Leitung der Kriegswirtschaft und der Okkupationsorgane vermittels staatsmonopolistischer Einrichtungen".[36]

Im Prozeß des weiteren Ausbaus staatsmonopolistischer Institutionen der faschistischen Diktatur des deutschen Imperialismus gab es – bei aller grundsätzlichen Übereinstimmung – seit dem Frühjahr und Sommer 1940 wiederum unterschiedliche Auffassungen über die Rolle, die die Nazipartei unmittelbar in einzelnen Bereichen und auf bestimmten Gebieten spielen sollte. Die angestrebte Potenzierung der Kräfte des faschistischen Regimes verbanden einzelne führende Faschisten mit der Vorstellung, die Naziorganisationen dürften nicht so prononciert als führende Kraft in Staat und Wehrmacht auftreten, sie sollten vor allem unter den Bedingungen des Krieges die Kriegswirtschaft und damit die Profite der Rüstungsmonopole absichern. In diesem Sinne forderte Fritz Nonnenbruch, der den Wirtschaftsteil des „Völkischen Beobachters" leitete, im April 1940 die notwendige Anpassung der Aufgaben der NSDAP an die Bedingungen des Krieges, was er als Reform der Verwaltungsmethoden, nicht der Verwaltung selbst bezeichnete. Diese Reform beginne damit, so erläuterte er mit offenen Worten, daß die NSDAP „alle die Aufgaben auf sich nimmt, die kein staatlicher Verwaltungsapparat bewältigen kann. Der Staat kann nicht aufrufen zum Kohleschippen, ohne zu bezahlen – die Politischen Leiter haben die Schaufel selbst in die Hand genommen ... Die Partei ist eine derartige Reserve von gewaltigstem Umfange".[37] Das „unbezahlte Kohleschippen" mit Hilfe der Nazipartei, vor allem mit Hilfe der Millionen Mitglieder, und damit die NSDAP selbst galten für Nonnenbruch nicht nur als eine ganz profane Profitquelle, sondern vor allem auch als ein Mittel zur Lösung des immer prekärer

werdenden Arbeitskräfteproblems, das in wachsendem Maße gleich einer Schlüsselfrage der weiteren Kriegführung tief in den politischen Bereich hineingriff.

Nachdem mehrere Monate lang weder im „Völkischen Beobachter" noch in anderen faschistischen Presseorganen ein direkter Artikel über die NSDAP erschienen war, begannen im Juni und Juli 1940 einige Naziführer zu monieren, daß in der Berichterstattung über die militärischen Siege die „Leistungen der Partei" etwas in den Hintergrund getreten seien. Sie opponierten damit auch ganz offensichtlich gegen eine Anweisung, die Goebbels noch am 29. Mai 1940 gegeben hatte, wonach die NSDAP „für die Dauer des Krieges Berichterstattung über Parteiversammlungen usw. ... auf ein Minimum einschränken" sollte.[38] Der SD-Bericht für den Monat Juli 1940 hob aus den Reaktionen auf Hitlers Reichstagsrede vom 19. Juli vor allem hervor, daß besonders „in Parteikreisen ... mit Genugtuung" die Stelle aufgenommen worden wäre, „in der der Führer die wichtige Schlüsselstellung der Partei hervorhob und auf die Tatsache besonders einging, daß ohne die Partei all das nicht möglich gewesen wäre, was in den letzten Jahren geschaffen wurde, und daß auch die Wehrmacht ihren jetzigen Stand nur der jahrelangen Vorarbeit der Partei verdanke".[39]

Der „Völkische Beobachter" veröffentlichte in der Zeit vom 4. Juli bis zum 1. September 1940 eine mehrteilige Artikelserie zum Thema „Die Partei im Kriege". In ihr wurde hervorgehoben, daß erst durch die Erfassung und die ständige Beobachtung aller Menschen durch die Blockleiter die „Blitzaktionen der inneren Front" zum Erfolg führen konnten.[40] Ausgangspunkt waren wiederum Erinnerungen an das militärische und politische Fiasko des ersten Weltkrieges sowie an die damals „verfehlte Volksführung". Der Gauleiter von München-Oberbayern, Adolf Wagner, führte die Niederlage von 1918 und die Novemberrevolution hauptsächlich auf die „Differenz zwischen Front und Heimat", zwischen Militär und Zivilbevölkerung, zwischen der damaligen Reichsleitung und den Volksmassen zurück. Seine Schlußfolgerung lautete, es sei seit der Entfesselung des zweiten Weltkrieges „die vornehmste Aufgabe der politischen Führung", den *„Einklang zwischen Front und Heimat"* herzustellen. Erst daraus ergebe sich „die Begriffsbestimmung des *totalen Krieges*". Ley stellte mit Genugtuung fest, „daß es keine Heimat *hinter* der Front mehr und deshalb ... auch keine Meuterei in der Heimat hinter der Front" geben würde. Die Front könne „von hinten *nicht* erdolcht werden, weil der totale Krieg

Die Rüstungsmonopolisten Messerschmitt, Heinkel und Porsche in der Reichskanzlei (1939). Rechts: Fritz Todt

Zwangsverpflichtete Frauen in der Rüstungsindustrie

Nationalkomitee „Freies Deutschland". Sitzend rechts: Erich Weinert, lk. daneben: Walter v. Seydlitz

Hitlerjunge mit Panzerfaust (Marz 1945)

unser gesamtes Volk in eine Abwehrfront hineinzwingt, in der die Führung, ob Offizier der Wehrmacht oder Politischer Leiter der Partei, *vor* dem Volk und *vor* den Soldaten steht.[41] Wenn in dieser Zeit nach dem Sieg über Frankreich vom „totalen" Krieg gesprochen wurde, so meinten die Naziführer vor allem die Weiterführung des Krieges gegen Großbritannien und die Vorbereitung des Überfalls auf die UdSSR, aber auch die Ausgestaltung eines barbarischen Besatzungs- und Okkupationsapparates in den besetzten europäischen Ländern (Belgien, Dänemark, Frankreich, Griechenland, Jugoslawien, Luxemburg, Niederlande, Norwegen, Österreich, Polen und die Tschechoslowakei).

Die faschistische Nazipartei beteiligte sich in dieser Zeit am Aufbau der „zivilen" Verwaltungen in den besetzten Gebieten. Sie versuchte, ein möglichst wirkungsvolles und reibungsloses Zusammenspiel zwischen den an der Okkupationspraxis beteiligten Wirtschaftsverbänden, der Wehrmacht, der SS und den Kollaborateuren zu organisieren. Im Unterschied zur Praxis der Verwaltung besetzter Gebiete durch das Heer in der Zeit des ersten Weltkrieges wurden seit 1940 – nach kurzfristigen Übergangslösungen – neue Apparate zur rigorosen Ausplünderung dieser Länder geschaffen. Diese wurden in der Regel Gau- bzw. Reichsleitern der NSDAP unterstellt, die aber ihre alten Funktionen nicht verloren. Eine Vielzahl von Faschisten aus allen nazistischen Gliederungen und Verbänden fand in der politischen und wirtschaftlichen Verwaltung der okkupierten Gebiete Verwendung. Der große personelle Bedarf führte auch dazu, daß selbst solche Mitglieder der Nazipartei auf führende Positionen gesetzt wurden, die vor 1939 wegen krimineller Delikte oder politischer Unzuverlässigkeit in Ungnade gefallen waren. Gerade solche Kräfte zeichneten sich häufig durch ein besonders hohes Maß an Brutalität und Skrupellosigkeit aus, um sich in den Augen ihrer Vorgesetzten hervorzutun.

Entgegen ihrer Behauptung, in den Krieg gezwungen worden zu sein und ihn als Verteidigungskrieg zu führen, strebten die Faschisten von Anfang an nach „tausendjährigen" Lösungen im Rahmen eines differenzierten Systems von Okkupationsregimen. Ihre diesbezüglichen Vorstellungen, auch die über den Platz der Naziorganisationen, kamen bereits unmittelbar nach dem militärischen Sieg der Wehrmacht über Polen zum Ausdruck[42]: Aus Teilen des okkupierten Gebietes bildeten die Nazis den „Reichsgau" Danzig-Westpreußen (Gauleiter: Albert Forster) und den „Reichsgau" Wartheland (Gauleiter: Arthur

Greiser). Generalgouverneur über das restliche okkupierte Polen wurde Hans Frank, der Leiter des Nationalsozialistischen Rechtswahrerbundes. In dieser Eigenschaft setzte er das räuberische, antislawische und antisemitische Programm der Nazipartei in eine grauenvolle Realität um, der über sechs Millionen Polen zum Opfer fielen und die dem Land unermeßlichen Schaden brachte; vom Nürnberger Tribunal wurde er wegen seiner grausamen Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen zum Tode verurteilt. Unter seiner Leitung entstand im Mai 1940 ein „Arbeitsbereich der NSDAP im Generalgouvernement Polen", der alle in diesem Teil des okkupierten polnischen Landes eingesetzten Mitglieder der Nazipartei erfassen, anleiten und natürlich auch überwachen sollte.

Schulung und Überwachung jener Nazis, die formell weiterhin den Ortsgruppen der NSDAP in Deutschland angehörten, sowie die Durchführung von monatlichen Appellen sollte Aufgabe dieses „Arbeitsbereichs" und seiner Standort-Gruppen sein. In der Öffentlichkeit diente als Begründung für den „Arbeitsbereich" die folgende Argumentation: „Die Partei erneuert immer wieder die seelische Widerstandskraft der draußen arbeitenden Volksgenossen, und sie gibt die Gewähr für den stets notwendigen Kontakt unserer auf verantwortlichem Posten jenseits der Grenzen stehenden Männer mit Volk und Reich. Der Gefahr einer Zersplitterung der deutschen Kräfte außerhalb des Reiches ist damit ein für allemal vorgebeugt und die zielbewußte Leitung der unter unserem Schutz stehenden Gebiete zugleich gewährleistet."[43] Ergänzend zum „Arbeitsbereich", der im Generalgouvernement etwa 30 000 Nazis erfaßte, wurde die „Deutsche Gemeinschaft" aus etwa 100 000 sogenannten Volksdeutschen gebildet, ein der NSDAP angeschlossener Verband. Beide Organisationen stellten eine zusätzliche Kraft für die Absicherung des Besatzungsregimes dar, die hauptsächlich in der wirtschaftlichen Ausplünderung des Gebietes, in der Zwangsverpflichtung und Ausbeutung von Arbeitskräften, im Terror gegen Widerstandskämpfer und Partisanen sowie im Massenmord an den Juden bestand.

Weitere „Arbeitsbereiche der NSDAP" wurden am 27. Oktober 1940 in den Niederlanden, wo Arthur Seyß-Inquart als Reichskommissar fungierte, und am 8. Februar 1941 in Luxemburg unter Gauleiter Gustav Simon geschaffen. Schon am 21. Januar 1940 nahm eine sogenannte Parteiverbindungsstelle beim Reichsprotektor für Böhmen und Mähren unter Gauleiter Hugo Jury ihre Tätigkeit auf. Reichs-

kommissar für die besetzten Gebiete Norwegens wurde am 24. April 1940 der NSDAP-Gauleiter von Essen, Josef Terboven, der eng mit den Kollaborateuren um Vidkun Quisling und dessen faschistischer Partei (Nasjonal Samling) zusammenarbeitete. Am 7. August 1940 übernahmen Robert Wagner, Gauleiter von Baden, und Josef Bürckel, Gauleiter von Rheinpfalz, im Elsaß bzw. in Lothringen die oberste Befehlsgewalt, deren Ziel in der schrittweisen „Eindeutschung" dieser Gebiete bestand. Die französischen Nord- und Ostprovinzen sowie ein breiter Streifen an der Atlantikküste unterstanden der politischen Verwaltung von Werner Best, SS-Gruppenführer im RSHA, bis dieser Ende 1942 Reichsbevollmächtigter in Dänemark wurde. Größere Machtbefugnis besaßen in den besetzten Teilen Frankreichs allerdings die deutsche Botschaft unter Otto Abetz sowie die Auslandsorganisation der NSDAP. Daneben verfolgte der sogenannte Einsatzstab des Reichsleiters Rosenberg spezielle Ziele: den Raub von Kunstschätzen und Kulturgütern aus Frankreich, wo bis März 1941 Kunstwerke im Werte von über 1 Mrd. RM gestohlen wurden.

In allen okkupierten Gebieten sicherten die Naziorganisationen Ausplünderung und Terror und arbeiteten eng mit den faschistischen, prodeutschen Kräften des jeweiligen Landes zusammen. Die subversive Tätigkeit der Auslandsorganisation der NSDAP verlagerte sich weitgehend in andere Länder. Dieser Teil der Nazipartei, der unter Leitung von Bohle als eigener Gau galt und die berüchtigten „Fünften Kolonnen" organisiert hatte, betrieb auf anderen Kontinenten, vor allem in Südamerika, sein Unwesen und faschistische Propaganda, die jedoch in zunehmendem Maße an Wirkung verlor. Die Auslandsorganisation leistete gemeinsam mit dem Kolonialpolitischen Amt der NSDAP unter General Franz Ritter von Epp umfassende Vorarbeit für die Zeit, in der es das geplante deutsche Kolonialreich geben sollte. Heß beauftragte Bohle am 2. November 1940, „alle Vorbereitungen für den Aufbau der Parteiorganisation in den Kolonien zu treffen" sowie mit der Suche nach Kadern, „die geeignet und gewillt sind, in den zukünftigen Kolonien tätig zu sein".[44] Das Kolonialpolitische Amt der NSDAP übernahm im März 1940 die bis dahin vom Reichsbund der Deutschen Beamten geleiteten Ausbildungskurse für künftige Kolonialbeamte.[45]

Seit dem Sommer 1940 versuchte die NSDAP, ihren Apparat weiter den Bedingungen des Krieges anzupassen und zu zentralisieren, um dadurch die einzelnen Ämter und Verbände umfassend in den Dienst

der imperialistischen Weltherrschaftspläne stellen zu können. Damit sollte gleichzeitig aber die mit dem wachsenden Ausbau auch zunehmende Schwerfälligkeit des Apparates überwunden werden. Die Maßnahmen der Naziführung wirkten sich in unterschiedlichem Maße auf die einzelnen Dienststellen innerhalb der Reichsleitung der NSDAP sowie auf das Verhältnis zwischen Reichsleitern und Gauleitern aus. Veränderungen im politischen Gewicht einzelner Teile der Naziführung ergaben sich nicht zuletzt auch aus der Tatsache, daß sich Hitler kaum noch um die unmittelbaren Angelegenheiten der Partei, sondern vor allem um die militärischen Belange kümmerte und vielfach engeren Kontakt zur Generalität der faschistischen Wehrmacht als zum Korps der Politischen Leiter seiner Partei hielt. Dennoch liefen bei ihm nach wie vor alle Fäden der Parteipolitik zusammen. Mehr und mehr galt der von Heß geleitete Stab des Stellvertreters des Führers nur als eine Institution unter anderen, verringerte sich sein realer Einfluß. Neben Hitler als dem offiziellen Parteiführer, Göring als Vorsitzender des Ministerrates für die Reichsverteidigung und als designierter Nachfolger des Diktators, Bormann, Ley, Ribbentrop und Goebbels gehörten in dieser Zeit auch Schwarz, Bouhler, Amann und einige andere zu den einflußreichsten, wenn auch nicht immer in der Öffentlichkeit agierenden Figuren auf der obersten Ebene der Parteihierarchie.

Amann verdankte seine Position dem Konzentrationsprozeß, der sich in der Presse vollzog und der allein dem Franz-Eher-Verlag als dem Zentralverlag der NSDAP zugute kam. Bei Bouhler als dem Leiter der Kanzlei des „Führers" liefen in dieser Zeit alle Fäden der ersten großen, industriemäßig durchgeführten Mordaktion des Naziregimes zusammen. Bouhler, Bormann, Karl Brand (Reichskommissar für das Sanitäts- und Gesundheitswesen) und Reichsgesundheitsführer Leonardo Conti bildeten einen Hitler direkt unterstellten Stab zur Realisierung des „Euthanasieprogramms", eines Programms zur Ermordung geisteskranker, mit Mißbildungen behafteter oder als erbkrank bezeichneter Menschen, dem nach Feststellungen im Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozeß mindestens 100 000 Menschen zum Opfer fielen. Die Faschisten berechneten für die Ermordung von 70 273 „unnützen Essern" eine jährliche Ersparnis von 88 543 980 RM sowie von 33 733 003,40 kg Lebensmittel![46]

Reichsschatzmeister Schwarz konnte seinen Einfluß in dem Maße festigen und ausbauen, in dem es ihm gelang, die reichen Finanzen der Partei im Gesamtinteresse des deutschen Monopolkapitals zu verwen-

den. Die NSDAP stützte sich auf die Mittel, die ihr aus der „Adolf-Hitler-Spende der deutschen Industrie" und aus der DAF, deren Jahreseinnahmen zwischen 340 und 500 Millionen RM lagen, zuflossen. Nach 1939 wurden in zunehmendem Maße staatliche Zuschüsse zur wichtigsten Quelle der Parteifinanzierung, was formell als „Rückerstattung der verauslagten Barbeträge" verschleiert wurde und – nach Angaben eines Vertreters des Reichsfinanzministeriums die Höhe von „einige(n) hundert Millionen" erreichte.[47] Das Aufkommen an Mitgliedsbeiträgen ging zurück, da während des Dienstes in der faschistischen Wehrmacht die Mitgliedschaft ruhte. Durch das Abkommen vom 18. März 1941 zwischen dem Rechnungshof des Deutschen Reiches und dem Reichsschatzmeister wurde das arbeitsteilige Zusammenwirken, zugleich auch die gegenseitige Rechnungsprüfung zwischen der faschistischen Partei, allein repräsentiert durch Schwarz, und dem faschistischen Staat vereinbart.

Auch in anderen Tätigkeitsbereichen der NSDAP nahm die Zentralisierung seit dem Sommer 1940 zu. Im Rundfunk setzte Goebbels Schritt für Schritt ein einheitliches „Reichsprogramm" durch. Ley ließ seit 1941 sogenannte Reichsschulungswochen durchführen, besonders in „Gegenden, deren Bevölkerung sich ... gegenüber dem Ideengut des Nationalsozialismus merkbar verschließt".[48]

Das faschistische Regime baute jedoch in konzentrierter Form vor allem sein Terrorsystem aus. Dazu gehörte der Ausbau und die Schaffung weiterer Konzentrationslager, von denen das KZ Auschwitz als riesige Vernichtungsstätte für die jüdische und slawische Bevölkerung aus den militärisch besetzten Gebieten vorgesehen war. Weitere Konzentrationslager wurden 1940/41 in Neuengamme bei Hamburg, Groß-Rosen, Stutthof und im elsässischen Natzweiler errichtet.

Im Zusammenhang mit der Zentralisierung der Kriegswirtschaft entstanden neue, zusammenfassende Organe, die den Einfluß des Reichswirtschaftsministers Funk und des wirtschaftlichen Apparates der Wehrmacht beschränkten. Die neugeschaffenen „Reichsvereinigungen", von denen die für Kohle und Eisen am wirksamsten tätig war, stellten direkte Organe der Monopole mit staatlichen und produktionsbestimmenden Vollmachten dar. Diese Organe strebten eine effektivere „Planung" der Kriegswirtschaft an, ohne natürlich den Konkurrenzkampf – eine Gesetzmäßigkeit des Kapitalismus – innerhalb des staatsmonopolistischen Gefüges ausschalten oder beenden zu können. „Infolgedessen setzten sich weder eine einheitliche Rüstungskon-

zeption noch eine einheitliche staatsmonopolistische Leitung in der Kriegswirtschaft durch."[49]

Der direkte Zusammenhang aller Konzentrations- und Zentralisierungsbestrebungen der Jahre 1940/41 mit der planmäßigen Vorbereitung des Überfalls auf die UdSSR ist unverkennbar. Schon vor dem Kriege hatte Hitler geäußert: „Sowjetrußland ist eine schwierige Aufgabe. Ich werde damit kaum beginnen können."[50] Erst nachdem sich der faschistische deutsche Imperialismus das Potential fast ganz Kontinental-Europas militärisch gesichert und entsprechende innenpolitische Voraussetzungen geschaffen hatte, konnte er die militärische Aggression gegen das Haupthindernis auf dem Wege zur Weltherrschaft beginnen. Es war keineswegs zufällig, daß es in der Führung der Nazipartei im Mai 1941 zu Veränderungen und weiteren Zentralisierungsbestrebungen kam, als die geheimen Sondierungen für einen antisowjetischen Kreuzzug Englands an der Seite des faschistischen Deutschlands scheiterten und der Versuch von Heß, am 11. Mai 1941 Verhandlungen aufzunehmen, erfolglos blieb. Die Art und Weise, wie in der faschistischen Propaganda der Heß-Flug nach England dargestellt wurde – als bedauerliche „Sinnesverwirrung" und „Alleingang" –, ließ auch erkennen, daß der von Heß geleitete Stab des Stellvertreters des Führers nicht in gleicher Form weitergeführt werden sollte.

Bormann, bisher Stabschef bei Heß, bekam am 12. Mai 1941 die Leitung der neugeschaffenen Parteikanzlei übertragen. Er konnte damit seine Schlüsselstellung in der Parteispitze ausbauen, die er sich bisher als Chef des Stabes bei Heß und insbesondere durch die Verwaltung der von den Konzernen und den Banken an die NSDAP gezahlten Gelder geschaffen hatte. Durch ihn, der sehr gute Beziehungen zu einflußreichen Monopolkreisen besaß und seit dem 29. Mai 1941 zugleich der faschistischen Regierung und dem „Ministerrat für die Reichsverteidigung" angehörte, wurde der Verschmelzungsprozeß von Partei- und Staatsapparat vor allem auf zentraler Ebene vorangetrieben. An der Spitze des unmittelbaren Parteiapparates stehend, verstand es Bormann, seine Stellung rasch zu untermauern und wichtige Positionen in Einrichtungen des Staates mit seinen Vertrauensleuten zu besetzen. Nach seiner Vorstellung sollte die Parteikanzlei zum „politischen Generalstab" des faschistischen Reiches ausgebaut werden. Wie kaum ein anderer Führer der Nazipartei, von Himmler abgesehen, erreichte Bormann eine Machtfülle, die sich aus dem ob-

jektiven Konzentrationsprozeß des faschistischen Machtapparates sowie aus dem Wesen und dem Mechanismus des faschistischen Staates ergab.[51] Darüber hinaus besaß Bormann in vieler Hinsicht das Vertrauen Hitlers, als dessen „Privatsekretär" er sich unentbehrlich zu machen bestrebt war, auch dadurch, daß er sich meistens im sogenannten Führerhauptquartier aufhielt, wo alle wesentlichen Entscheidungen vorbereitet und gefällt wurden, und Hitler – wann immer dieser wollte – zur Verfügung stand. Seine „Monopolstellung, alleiniger Vertreter der Nazipartei bei der Gesetzgebung und Personalpolitik des Staates zu sein, hatte zwangsläufig Rückwirkungen auf parteiinterne Auseinandersetzungen um die Führung der NSDAP",[52] die er häufig zu seinen Gunsten und gegen die Interessen insbesondere von Ley, Goebbels und Rosenberg entscheiden konnte.

Die Parteikanzlei entwickelte sich unter Bormanns Leitung zur Zentrale des gesamten Apparates der NSDAP und nahm, in enger Verbindung mit den Gauleitern sowie mit einigen Reichsleitern bald einen dominierenden Platz in der Hierarchie der Nazipartei ein. Sie trug wesentlich dazu bei, daß das faschistische politische Herrschaftssystem des deutschen Imperialismus seinen verderblichen, folgenschweren Einfluß auf die werktätigen Massen auch während des unmittelbar bevorstehenden Überfalls auf die UdSSR aufrechterhalten und dem deutschen Monopolkapital dienstbar machen konnte.

14. Kapitel

Auf dem „Kreuzzug" gegen den Hauptfeind

Am 22. Juni 1941 begann der faschistische deutsche Imperialismus und Militarismus seinen heimtückischen und verbrecherischen Überfall auf die UdSSR. Mit gewaltsamen Mitteln sollte der Grundwiderspruch der Epoche zwischen Sozialismus und Imperialismus zur Stabilisierung des imperialistischen Weltsystems unter deutscher Führung und Vorherrschaft gelöst werden. Das abenteuerliche und von vornherein illusionäre Ziel bestand darin, das Haupthindernis bei der Verwirklichung seiner Eroberungs- und Weltherrschaftspläne, die sozialistische Sowjetmacht, zu vernichten. Damit ging der Krieg über die Grenzen des kapitalistischen Systems hinaus und der „gerechte, antifaschistische Charakter des Befreiungskrieges der Völker gegen Hitlerdeutschland und seine Verbündeten wurde voll wirksam".[1] Das faschistische Deutschland war dazu übergegangen, seine aggressivsten und umfassendsten Pläne in die Tat umzusetzen. Der Angriff durch die außerordentlich stark gerüstete und kriegserfahrene Wehrmacht bedeutete den bis dahin gefährlichsten Schlag gegen den Sozialismus. Die Völker der Sowjetunion sollten ihrer sozialistischen Errungenschaften und ihrer nationalen Freiheit beraubt werden. Imperialistische Versklavung und teilweise Ausrottung war das ihnen von den Nazis zugedachte Schicksal.

Die illegale KPD entlarvte die Klassenziele dieser erneuten Aggression als das schwerste Verbrechen gegen den ersten sozialistischen Staat der Welt, an der Menschheit und auch am deutschen Volke selbst. Die gerechten Kriegsziele der UdSSR wurden als übereinstimmend mit den Interessen der Völker – auch denen des deutschen Volkes – charakterisiert: „Unsere eigene Sache ist es, die von der Roten Armee siegreich verteidigt wird. Unser Feind steht im eigenen Land: Die faschistischen Landsknechte der Großkapitalisten, der Kriegsgewinn-

ler sind unser Feind! Der gemeinsame Sieg der Roten Armee und der um ihre nationale Freiheit kämpfenden unterdrückten Völker wird auch der Sieg unseres deutschen Volkes sein."[2] Der Aufruf des Zentralkomitees der KPD vom 24. Juni 1941 wies unmittelbar nach dem Überfall auf die UdSSR, d. h. in einer Zeit, in der die faschistische Wehrmacht beträchtliche Anfangserfolge erzielen konnte und die Nazis ihre antisowjetische Hetze außerordentlich verstärkten, auf die Unvermeidlichkeit der Niederlage Hitlerdeutschlands hin.

Die faschistische Presse hob nach dem Überfall auf die Sowjetunion hervor, daß es sich um einen alten Konflikt handeln würde, der jetzt erneut aufgebrochen sei. „Hei lewet noch – der alte Feind", überschrieb Ley einen Artikel in der DAF-Zeitung.[3] Der eindeutige Bruch des deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrages vom August 1939 wurde vom deutschen Faschismus als ein notwendiger präventiver Schlag gegen die angeblich expansionistische Ziele verfolgende Sowjetunion hingestellt. Der „Völkische Beobachter" behauptete am 23. Juni 1941, die Sowjetunion habe „mit Sabotage und Zersetzungspropaganda die Vernichtung des nationalsozialistischen Deutschlands" betrieben und schrieb in seinem Leitartikel: „Nationalsozialismus und Bolschewismus stehen sich wie Feuer und Wasser in einer grundsätzlichen Feindschaft gegenüber, die in der Geschichte der nationalsozialistischen Bewegung vom ersten Augenblick an stets eine ausschlaggebende Rolle gespielt hat."

Gleichzeitig verstärkte sich die antisemitische Propaganda, während die sozialpolitischen Parolen spürbar in den Hintergrund traten. Hauptsächlich „feierte" aber die Nazipresse einen „Sieg" nach dem anderen, wurde ein „Erfolg" der faschistischen Wehrmacht immer sensationeller dargestellt als der andere. Hitler erklärte schließlich am 3. Oktober 1941: „Bis zum heutigen Tage ist jede Aktion genau so planmäßig verlaufen wie einst im Osten gegen Polen, dann gegen Norwegen und endlich gegen den Westen und auf dem Balkan." Obwohl der Zeitplan für den Blitzkrieg schon längst durcheinander geraten war, verkündete er, daß nunmehr auch der Gegner Sowjetunion „gebrochen" sei und sich „nie mehr erheben" werde.[4] Angesichts des scheinbar unaufhaltsamen Vordringens der faschistischen Wehrmacht und des Verschweigens ihrer gewaltigen Verluste fielen diese Parolen auf einen furchtbaren Boden. Sie wurden von großen Teilen des deutschen Volkes für bare Münze genommen. Es gehörten schon Weitsicht und ein ungebrochenes Vertrauen in die Kraft der Sowjetunion

dazu, um wie der eingekerkerte Ernst Thälmann zu wissen: „Stalin bricht Hitler das Genick!"

Die verstärkt betriebenen antisowjetischen Hetzkampagnen gingen Hand in Hand mit einem gesteigerten Terror gegen die antifaschistische Widerstandsbewegung in Deutschland. Diese war nach dem Überfall auf die UdSSR mit neuen und wirksamen Aktionen hervorgetreten, die Zahl der verbreiteten Flugblätter war erheblich angestiegen. In den antifaschistischen Widerstandsorganisationen führte das unermüdliche Ringen der KPD zu einer wachsenden Zusammenarbeit von Kommunisten, Sozialdemokraten, Gewerkschaftern, parteilosen Arbeitern, Angestellten, Intellektuellen und bürgerlichen Hitlergegnern. Gemeinsam verbreiteten sie die Wahrheit über den verbrecherischen Krieg des Faschismus und über die Politik der Sowjetregierung.

Der erstarkenden Front des Widerstandes suchten die Nazis mit gesteigerter brachialer Gewalt zu begegnen. Allein im zweiten Halbjahr 1941 verhaftete die Gestapo über 70 000 Antifaschisten und andere Kriegsgegner. Die Justiz der faschistischen Diktatur verkündete mehr und mehr Todesurteile und ließ 1942 3 400 Gegner des faschistischen Regimes hinrichten. Davon versprach sich die Nazipartei eine „totale" Befriedung der Klassenfront in Deutschland, der „inneren Front", ohne dies jedoch wirklich erreichen zu können. Unter Führung und an der Seite der KPD wuchs die deutsche antifaschistische Widerstandsbewegung, die fest mit dem Kampf der unterjochten Völker und der internationalen Bewegung gegen den Faschismus verschmolz.

Die Nazipartei pries sich selbst im Sommer und Herbst 1941 als die „beste" antikommunistische Organisation der Welt, wobei sie unablässig die weitere Stärkung ihres Apparates und den Ausbau ihres Einflusses betrieb. Eine der ersten unter den vielfältigen, mehr und mehr von der Parteikanzlei initiierten Maßnahmen galt dem Zuwachs an Parteimitgliedern. Entgegen früheren Festlegungen erklärte Schwarz, daß keine Aufnahmesperre für neue Mitglieder bestünde.[5] Am 28. September 1941 wurden 150 000 Angehörige der HJ und des BDM in die Nazipartei aufgenommen und „deren Gliederungen ... überwiesen".[6] Gleichzeitig mehrten sich die Versuche, die innerparteilichen Auseinandersetzungen zurückzudrängen, um die „Schlagkraft" der Nazipartei an der „inneren Front", zu der auch die Truppen der faschistischen Wehrmacht an den militärischen Fronten und in den okkupierten Gebieten gerechnet wurden, zu erhöhen.

Hitler forderte, wie Bormann am 3. September 1941 Ley wissen ließ, die Nazipartei müsse jetzt wieder ihre „alte Beweglichkeit" zeigen und „dürfe jetzt nur mehr Dinge behandeln, die die Geschlossenheit zu verstärken geeignet seien".[7] Daher blieben auch alle Überlegungen einzelner Nazifunktionäre unerörtert, die sich in sogenannten Denkschriften mit der Situation der NSDAP befaßten und Vorschläge zu einer Reorganisation der Führung unterbreiteten. Unter dem Motto: „Die Bewegung ist auf dem besten Wege zu verzopfen" sah z. B. ein Plan aus der Feder von Gotthard Urban, Stabsleiter bei Rosenberg, nicht nur die Konzentration der Reichsleitung der NSDAP auf zehn Mitglieder, sondern auch deren Tätigkeit in größerer „Gemeinschaft" als bisher vor. Die Forderung, Reichsleiter dürften nur direkt dem „Führer" unterstehen, richtete sich eindeutig gegen Bormann und die wachsende Rolle der Parteikanzlei.[8] Vereinzelt gab es auch Kritik am Bestreben der meisten Naziführer, sich persönlich zu bereichern, sich Villen, Güter, Kunstgegenstände, Schmuck usw. privat anzueignen und ein kostspieliges Leben zu führen. Solche „kritische" Stimmen berührten niemals das System, immer nur die Frage nach den möglichen negativen Auswirkungen auf den Masseneinfluß der Naziorganisationen.

Die Nazipartei trat als Organisation zunächst wenig in Erscheinung, als in den besetzten Gebieten der UdSSR ein blutiges und brutales Okkupationsregime errichtet wurde. Das entsprach völlig den unterschiedlichen Aufgaben der einzelnen Bestandteile des faschistischen Herrschaftsmechanismus. Dennoch war auch die Führung der NSDAP unmittelbar daran beteiligt, jene umfangreichen räuberischen Pläne Wirklichkeit werden zu lassen, die unter ihrer aktiven Mitwirkung von den verschiedensten Monopolen, staatlichen Institutionen, Wehrmachtdienststellen und anderen Einrichtungen[9] bereits vor dem Überfall auf die UdSSR ausgearbeitet vorlagen. Sie verfolgte das Ziel, „den riesenhaften Kuchen handgerecht zu zerlegen", damit ihn der deutsche Imperialismus – nach Worten Hitlers vom 16. Juli 1941 – „erstens beherrschen, zweitens verwalten und drittens ausbeuten" konnte. Vor allem über Göring nahm die Führung der Nazipartei Einfluß auf die Ausarbeitung und die Fertigstellung der Dokumente, die eine grundlegende Orientierung für die Ausplünderung und die Unterjochung der sowjetischen Bevölkerung enthielten. Dazu gehörten u. a. die als „Grüne Mappe" bezeichnete „Richtlinie für die Führung der Wirtschaft in den neubesetzten Ostgebieten" und die „Wirtschafts-

politischen Richtlinien für die Wirtschaftsorganisation Ost, Gruppe Landwirtschaft", Dokumente, die ein anschauliches Bild von der Ungeheuerlichkeit der faschistischen Kriegszielplanung geben. Am 29. Juni 1941 wurden Göring außerordentliche Vollmachten zur Leitung des gesamten staatsmonopolistischen Apparates für die wirtschaftliche Ausplünderung und Kolonisierung der Sowjetunion übertragen.

Einige Ämter der NSDAP-Reichsleitung, darunter das Rassenpolitische Amt und das Rassen- und Siedlungshauptamt im RSHA, bereiteten den langfristigen (heute nur noch in Bruchstücken bekannten) „Generalplan Ost" vor[10], der am 12. Juni 1942 von Himmler bestätigt wurde. Dieser barbarische Plan bildete die Grundlage für die beabsichtigte „Eindeutschung" und „Germanisierung" von etwa 14 Millionen Menschen ebenso wie für die Zwangsausweisung großer Teile der sowjetischen Bevölkerung nach Sibirien. Der als „Ostexperte der NSDAP" geltende Rosenberg erhielt weitere neue Funktionen: am 20. April 1941 wurde er „Beauftragter für die zentrale Bearbeitung der Fragen des osteuropäischen Raumes", am 17. Juli 1941 „Reichsminister für die besetzten Ostgebiete". Auf seine Initiative ging die Schaffung von vier Reichskommissariaten zurück, untergliedert in über 30 General- und zahlreiche Hauptkommissariate, wobei durch diese nicht nur die sozialistischen Errungenschaften vernichtet, sondern auch die Ergebnisse der sowjetischen Nationalitätenpolitik beseitigt werden sollten. An die Spitze der einzelnen Verwaltungsorgane in den okkupierten Gebieten wurden hohe, z. T. auch weniger hohe „Leiter" von Einrichtungen der NSDAP berufen. Als Stellvertreter Rosenbergs fungierte Alfred Meyer, Gauleiter von Westfalen-Nord. Hinrich Lohse, Gauleiter von Schleswig-Holstein, stand dem „Reichskommissariat Ostland" vor, das die baltischen Sowjetrepubliken sowie einen Teil der Belorussischen Sozialistischen Sowjetrepublik erfaßte. Generalkommissar belorussischer Gebiete („Weißruthenien") war Wilhelm Kube, der sich ebenfalls mit dem Titel eines Gauleiters schmücken konnte. Für den größten Teil der Ukrainischen Sozialistischen Sowjetrepublik zeichnete Erich Koch, Gauleiter von Ostpreußen, als Reichskommissar verantwortlich. Diese Methode des Einsatzes von aktiven und als erfahren betrachteten Nazifaschisten in der „Zivilverwaltung" der zeitweilig okkupierten sowjetischen Gebiete setzte sich auch auf mittlerer und unterer Ebene fort.

Um Mißverständnissen vorzubeugen, die sich aus den demagogischen

und geschichtsfälschenden „Begründungen" für den Krieg gegen die UdSSR ergeben konnten, formulierte Rosenberg, es könne nicht darum gehen, im „Kreuzzug gegen den Bolschewismus" die sowjetische Bevölkerung vor dem „Bolschewismus für alle Zeiten zu erretten", sondern der Krieg sei zu führen, „um deutsche Weltpolitik zu treiben ..."[11] Erst später, als die Blitzkriegsstrategie gescheitert war, modifizierte Rosenberg seine Auffassungen und versuchte, solche Formen der Ausplünderung der okkupierten Gebiete zu finden, die nach seiner Auffassung langfristig wirksam sein könnten. Dadurch geriet er in einen krassen Gegensatz zu allen Kräften der Monopolbourgeoisie und der Naziführung, die zur Fortsetzung des Krieges eine „totale", d. h. eine nur für bestimmte Zeit mögliche Ausplünderungspolitik betrieben. Er verlor rasch seinen Einfluß in der faschistischen Parteispitze.

Die Errichtung und das Funktionieren des Okkupations- und des Ausplünderungsapparates in den besetzten Teilen der Sowjetunion hielt Hitler für „sehr schwierig". Er meinte daher, daß „man sie nicht dem Heere zumuten" könne.[12] Die konkrete historische Situation und die weitgespannten Ziele des deutschen Imperialismus bedingten die neuen Mittel und Methoden der faschistischen Kriegführung. Diese waren verbrecherisch, grausam und brutal. Die Unterjochung von 200 Millionen sowjetischer Menschen und die Ausplünderung des europäischen Teils der UdSSR – das ließ sich weder „friedlich" noch ohne faschistischen Massenmord und den Einsatz verbrecherischer Organisationen erreichen. Deshalb erhielten, bevor die politische Verwaltung Rosenbergs langfristige Ziele anvisieren konnte, andere Aufgaben den Vorrang: die „polizeiliche Sicherung" und die wirtschaftliche Ausplünderung der okkupierten Gebiete. Davon zeugen die Erlasse Hitlers über die „Hoheitsrechte der Wehrmachtsbefehlshaber in den besetzten Gebieten" vom 25. Juni, über die Befugnisse des „Beauftragten für den Vierjahresplan in den neu besetzten Ostgebieten" vom 29. Juni, über „die Zivilverwaltung der besetzten Ostgebiete" vom 17. Juli 1941 und über „die polizeiliche Sicherung der besetzten Ostgebiete" vom gleichen Tage.[13] In der Besprechung Hitlers vom 16. Juli 1941 mit Göring, Lammers, Rosenberg, Keitel und Bormann erklärte Göring gegen zurückhaltend formulierte Überlegungen Rosenbergs von einer gewissen „kulturellen Betreuung" der sowjetischen Bevölkerung in der Ukraine, daß zunächst ausschließlich an die „Sicherung unserer Ernährung" gedacht werden müsse, „alles andere könne doch erst viel später kommen".[14]

Dieses Hinausschieben langfristig wirksamer und auf den antisozialistischen Einfluß des bürgerlichen Nationalismus spekulierender Besatzungsmaßnahmen war von den unmittelbaren Profitinteressen der deutschen Monopolherren diktiert, die in der „Grünen Mappe" ihren Niederschlag gefunden hatten. Darin hieß es eindeutig, den Hungertod und die Zwangsarbeit von vielen Millionen Sowjetbürgern einkalkulierend, daß alle Maßnahmen zu treffen seien, die „notwendig sind, um die *sofortige und höchstmögliche Ausnutzung der besetzten Gebiete* zugunsten Deutschlands herbeizuführen. Dagegen sind alle Maßnahmen zu unterlassen oder zurückzustellen, die dieses Ziel gefährden könnten ... Soviel wie möglich Lebensmittel und Mineralöl für Deutschland zu gewinnen, ist *das wirtschaftliche Hauptziel der Aktion*".[15] Auf einer großangelegten Beratung über „Wirtschaftspolitik und -organisation" in den okkupierten Teilen der Sowjetunion erklärte Göring am 8. November 1941: „Auf lange Sicht gesehen werden die neubesetzten Ostgebiete *unter kolonialen Gesichtspunkten* und mit kolonialen Methoden wirtschaftlich ausgenutzt."[16]

Der siegreiche Kampf der Sowjetarmee machte diese und auch alle anderen Pläne bald unmöglich. Zum Scheitern verurteilt war auch der Versuch, im Mai 1942 das Okkupationsregime auf sowjetischem Territorium durch die Schaffung eines „Arbeitsbereiches Ost der NSDAP" funktionsfähiger zu machen. Dieser gliederte sich in einen „Bereich Ostland" unter Hinrich Lohse und den „Bereich Ukraine" unter Erich Koch. Die Zusammenfassung aller Mitglieder der Nazipartei, die im Apparat des Rosenberg-Ministeriums tätig waren, erfolgte in zunehmendem Maße auf dem Papier.

Der kombinierte Einsatz des Apparates von faschistischem Staat und faschistischer Partei, mit dessen Hilfe die wirtschaftliche Ausplünderung durch Terror gesichert werden sollte, brachte für die Bevölkerung der sozialistischen Sowjetunion furchtbare Entbehrungen und Opfer. Wehrmacht und SS führten gemeinsam und arbeitsteilig einen Vernichtungsfeldzug gegen die Völker der UdSSR, über dessen Methoden Hitler schon am 17. März 1941 erklärt hatte: „Die von Stalin eingesetzte Intelligenz muß vernichtet werden. Die Führungsmaschinerie des russischen Reiches muß zerschlagen werden. Im großrussischen Reich ist Anwendung brutalster Gewalt notwendig."[17] Extremster und militantester Antikommunismus verknüpfte sich mit der Diskreditierung der slawischen Völker als „minderwertig". Kampf gegen das „bolschewistische Untermenschentum" – das wurde ständig

als notwendige Aufgabe des deutschen Volkes hingestellt. In diesem Sinne forderte Hitler die „Vernichtung der bolschewistischen Kommissare und der kommunistischen Intelligenz" und erklärte: „Der Kampf wird sich sehr unterscheiden vom Kampf im Westen. Im Osten ist Härte mild für die Zukunft."[18]

Diesem Vorhaben entsprach die erneute Aufstellung von sogenannten Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD, die einen Monat vor dem Überfall auf die UdSSR gemeinsam vom RSHA, dem OKW und dem OKH vereinbart wurde. In enger Verbindung mit den Dienststellen der Heeresverbände und als fester Bestandteil der faschistischen Aggressionsmaschinerie erschossen, henkten und vergasten die vier Einsatzgruppen, die die Bezeichnung A bis D erhalten hatten und etwa je 1 000 Mann stark waren[19], sowjetische Männer, Frauen und Kinder. Sie gingen daran, das Programm des deutschen Faschismus zu verwirklichen, das von einem Naziführer in die Worte gekleidet worden war: „Die Slawen sollen für uns arbeiten. Soweit wir sie nicht brauchen, mögen sie sterben."[20]

Rund zwei Millionen Menschen wurden Opfer dieser Einsatzgruppen, die rücksichtslos gegen jeden Widerstand vorgingen. Sie führten den weit auslegbaren Auftrag konsequent aus, den Heydrich zunächst mündlich und am 2. Juli 1941 schriftlich gab: „Zu exekutieren sind alle Funktionäre der Komintern (wie überhaupt die kommunistischen Berufspolitiker schlechthin), die höheren, mittleren und radikalen unteren Funktionäre der Partei, des Zentralkomitees, der Gau- und Gebietskomitees, Volkskommissare, Juden in Partei- und Staatsstellungen, sonstige radikale Elemente (Saboteure, Propagandeure, Heckenschützen, Attentäter, Hetzer usw.)."[21] Dieser Mordbefehl sah auch eine Zusammenarbeit mit konterrevolutionären, nationalistischen und kriminellen Elementen vor.

Der Massenmord war Element der Kriegsstrategie des deutschen Imperialismus, und wenn auch sein Ausmaß und seine Methoden nur wenigen exakt bekannt waren, so wußten doch viele und namentlich die politischen, wirtschaftlichen und militärischen Führungskräfte, was geschah. Vor dem „Freundeskreis des Reichsführers SS" erklärte am 8. Juli 1942 der SS-Gruppenführer Ohlendorf, auf dessen Befehl allein in der Ukraine 90 000 Menschen durch die von ihm befehligte Einsatzgruppe D ermordet wurden, daß „alle Mittel recht (sind), die zum Erfolg führen" und der Krieg „nicht im Zeichen der Menschlichkeit" gegenüber anderen Völkern betrieben werden könne.[22]

Für die NSDAP – wie für den gesamten staatsmonopolistischen Apparat des faschistischen deutschen Imperialismus – bedeuteten die erste große Niederlage der Wehrmacht in der Schlacht vor Moskau und das Scheitern der faschistischen Blitzkriegsstrategie einen folgenreichen Einschnitt. Das faschistische Regime stand vor einem Scherbenhaufen seiner bisherigen militär-strategischen Pläne. Es mußte sich jetzt auf einen kräftezehrenden Krieg von langer Dauer und an mehreren Fronten einstellen. Aus dem Blitzkrieg drohte – fast wie in den Jahren 1914 bis 1918 – ein „Grabenkrieg" zu werden, für den der faschistische Mächteblock ungleich schlechtere materielle, technische und personelle Voraussetzungen als die Sowjetunion und die sich Ende 1941 formierende Völkerfront der Antihitlerkoalition besaß. „Die Schwächen des kriegswirtschaftlichen Potentials, die objektiven Grenzen der deutschen Kriegswirtschaft im Hinblick auf die Rohstoffe, die Kapazitäten und die Möglichkeiten ihrer konsequenten Ausnutzung für die Rüstung, die Schwierigkeiten in der Arbeitskräftelage sowie im Lebensstandard der Bevölkerung unter den Bedingungen eines langen und angespannten Krieges mußten immer offener zutage treten."[23] Dennoch blieb der faschistische deutsche Imperialismus bei seiner illusionären, abenteuerlichen Zielsetzung eines „Endsieges". Viele führende Nazis wollten sich nicht einmal die Niederlage in der Schlacht vor Moskau eingestehen, so wie sie auch die Schlachten an der Wolga und im Kursker Bogen und an anderen Fronten als Kriegsentscheidungen nicht anerkannten und die Taktik verfolgten, die endgültige militärische Niederlage so weit wie nur irgend möglich hinauszuschieben.

Auch unter den Bedingungen eines langen Krieges bestand die Hauptaufgabe der Naziorganisationen in der Sicherung der für Profit und Macht des deutschen Imperialismus erforderlichen innenpolitischen Voraussetzungen. Seit dem Winter 1941/42 konnte diese Aufgabe jedoch nur im Rahmen der Anpassung des gesamten Systems der politischen Massenbeeinflussung und der Herrschaftsorganisation an die sich wesentlich verschlechternden Existenzbedingungen erfüllt werden. Die Nazipartei vermochte die Interessen des deutschen Monopolkapitals und dessen fortgesetzte Kriegszielplanungen nur noch dann ausreichend zu vertreten – und damit für die Monopolherren weiter als unersetzbar zu gelten –, wenn sie die „totale" Mobilisierung der Kräfte des deutschen Volkes und aller anderen vom deutschen Faschismus unterjochten Länder für eine lange Kriegszeit zu organisieren verstand.

Alle weiteren Prozesse in der Nazipartei und ihrer Führung können daher nur in engstem Zusammenhang mit den Maßnahmen des faschistischen Regimes gesehen werden, die in der Zeit vom Dezember 1941 bis Mai 1942 zu einer Umorganisation, Neugruppierung und Zentralisation im staatsmonopolistischen Mechanismus der deutschen Kriegswirtschaft führten. Das strategische und das militärische Konzept der faschistischen Aggressoren war gescheitert; sie hatten sich auf einen langen, kräftezehrenden Krieg einzustellen. Vor allem die Niederlage in der Schlacht vor Moskau, aber auch der von den Faschisten provozierte und schwerwiegende Eintritt der USA in den Krieg gegen Deutschland und die Vereinigung der zum antifaschistischen Kampf bereiten Völker in der Antihitlerkoalition zwangen zu einem neuen Kurs.

Der Apparat der Nazipartei sollte nach den Vorstellungen jener Kräfte verkleinert werden, die in der zahlenmäßigen Verstärkung der Wehrmacht die wichtigste Voraussetzung für den erhofften faschistischen Sieg sahen. Die Einschränkungen blieben jedoch für die meisten der nationalsozialistischen Organisationen in einem durchaus erträglichen Rahmen und dienten vorrangig als „Aufhänger" für entsprechende propagandistische Aktionen. In der Zeit von Januar 1941 bis März 1942 verringerte sich der Bestand an hauptberuflichen Kräften des politischen Apparates der Nazipartei, die als „unabkömmlich" bezeichnet wurden und nicht zur Wehrmacht einberufen werden durften, lediglich von 16 800 auf 16 087.[24] Die von Hitler am 25. Januar 1942 befohlene „Vereinfachung der Verwaltung" hatte nichts weiter als die Schließung oder Zusammenlegung verschiedener Ämter der Partei zur Folge. Der neue „Kriegsorganisationsplan der DAF" vom 26. Januar 1942 verbot alle „nicht unbedingt kriegswichtigen" Arbeiten und hob faktisch die vielgepriesenen sozialen Leistungen des Werks „Kraft durch Freude" auf. Gegenüber der Bevölkerung wurden diese Maßnahmen brutal durchgesetzt. Im Apparat der Nazipartei jedoch kam es kaum zu wirklichen Veränderungen; ein Jahr später forderte Hitler, daß die in seinem Erlaß angedeuteten Maßnahmen „verstärkt durchzuführen" seien, wobei er besonders hervorhob, daß auch in der NSDAP „alle nicht für kriegswichtige Zwecke eingesetzten Kräfte" für die Wehrmacht freizusetzen wären.[25]

Weitaus bedeutsamer als solche minimalen Einschränkungen des Parteiapparates sollte für die Wahrung der Interessen des Monopolkapitals die von der Führung der Nazipartei eingeleitete und unter-

stützte staatsmonopolistische Zwangsmobilisierung von Arbeitskräften werden. Die NSDAP hatte ab 1942 noch umfassender an den staatsmonopolistischen Maßnahmen zur Lösung des Arbeitskräfteproblems, d. h. bei der Vergrößerung von Wehrmacht und bei der gleichzeitigen Erhöhung der Rüstungsproduktion mitzuwirken. Angesichts der Voraussetzungen des deutschen Imperialismus kam das der Aufgabe gleich, die Quadratur des Kreises zu lösen. Die unlösbaren Widersprüche zwischen den Weltherrschaftszielen des faschistischen deutschen Imperialismus und seinen unzulänglichen Mitteln ließen ihn auch in dieser Frage zu den extrem gewaltsamen und militärisch-repressiven Mitteln greifen.

Beschaffung, Einsatz und die verstärkte Ausbeutung von Arbeitskräften war zu einem der ökonomischen und der politischen Schlüsselprobleme der gesamten Kriegführung und Kriegswirtschaft geworden. „Mit den vielfältigen Aspekten des Arbeitskräfteproblems – Ersatzgestellung für die Wehrmacht, Zwangsarbeit, ‚Auskämmungen' und ‚Umsetzungen' von Arbeitskräften, UK-Stellung und Reklamation von Facharbeitern, Frauenarbeitspflicht, ‚Leistungssteigerung', Lohnstopp – waren zu jener Zeit in der Tat alle maßgeblichen wirtschaftlichen, politischen und militärischen Stellen des faschistischen Regimes befaßt. Jede durchgreifende Maßnahme mußte hier nicht nur Interessen verletzen und Kompetenzen beschneiden, sondern auch ernsthafte politische Probleme für die Faschisten provozieren."[26] Gegensätzliche Auffassungen innerhalb des faschistischen Staates und der NSDAP-Führung über die Schaffung eines neuen Amtes, eines sog. „Menschendiktators", bestanden vor allem zwischen dem OKW und dem Reichsministerium für Bewaffnung und Munition, das seit dem 9. Februar 1942 anstelle des tödlich verunglückten Fritz Todt von Albert Speer geleitet wurde. Hinter Speer, der in der Nazihierarchie einen maßgeblichen Rang einnahm und über aussichtsreiche Verbindungen zu Gauleitern und Reichsstatthaltern verfügte[27], standen die großen Rüstungsmonopole und die führenden Kräfte der Reichsgruppe Industrie, da er deren Bestreben nach einem ihre Macht steigernden System der „Selbstverwaltung der Wirtschaft" Rechnung trug und schließlich auch eine höhere Machtkonzentration bei dieser Kommandozentrale der Kriegswirtschaft erreichte.

Zu den Maßnahmen der Nazipartei gehörte die Verfügung über den Zwangsarbeitseinsatz der HJ vom 5. Februar 1942 für den „Landdienst", den „Osteinsatz" und in der Rüstungsindustrie. Allein zum

„Ernteeinsatz" wurden im Verlauf des Jahres 1942 etwa 1 373 000 Mädchen und 577 000 Jungen gezwungen – im Vergleich zum Jahre 1939 die doppelte Anzahl. Die Forderung von Ley, der DAF die Lenkung des Einsatzes der ausländischen Arbeitskräfte zu übertragen und ihn zum Beauftragten für den Arbeitseinsatz zu ernennen[28], wurde abgelehnt. Das entscheidende, wenn auch durch und durch verlogene Argument hierfür dürfte von Speer in einer Besprechung mit Hitler genannt worden sein, „daß es eine schlechte Konstruktion wäre, wenn dieselbe Organisation, die die Interessen des Arbeiters zu vertreten hat (sic!) gleichzeitig auch die oft dagegenlaufenden Interessen des Staates vertritt".[29] Am 21. März 1942 erfolgte die Ernennung des Gauleiters der NSDAP von Thüringen, Fritz Sauckel, zum „Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz". Die Wahl fiel auf ihn, weil er seinen Ehrgeiz und seine Skrupellosigkeit bereits vielfach unter Beweis gestellt hatte, weil er den bei der Lösung des Arbeitskräfteproblems entstandenen Rivalitäten zwischen den Gauen entgegenzutreten bereit war, und nicht zuletzt deshalb, weil er selbst als „Stiftungsführer" des Gustloff-Rüstungskonzerns über industriell-monopolistische Erfahrungen verfügte.

Die Aufgabe Sauckels bestand im Ausbau des Systems der Zwangsarbeit. Zur Mobilisierung deutscher, vor allem aber ausländischer Arbeitskräfte für die deutsche Kriegswirtschaft stand ihm ein neugeschaffenes staatsmonopolistisches Regulierungsorgan zur Verfügung, das mit allen Vollmachten für Massendeportationen aus den okkupierten Ländern, insbesondere aus dem besetzten Teil der Sowjetunion, ausgestattet war. Das System des Zwangseinsatzes wurde vervollkommnet und wesentlich ausgebaut, von einer „Freiwilligkeit" oder „Anwerbung" der ausländischen Arbeiter konnte schon vor Sauckels Ernennung, danach aber erst recht nicht mehr die Rede sein. Am 23. Dezember 1942 konnte Sauckel berichten, daß die zwei Millionen Einberufungen zur Wehrmacht im Jahre 1942 mehr als ausgeglichen seien durch den Einsatz von über drei Millionen ausländischer Zwangsarbeiter, darunter 1 750 000 Kriegsgefangener, 570 000 französischer, belgischer und holländischer Arbeiter und 1 480 000 „Ostarbeiter" aus Polen und der UdSSR. Insgesamt befanden sich zu diesem Zeitpunkt etwa sechs Millionen Zwangsarbeiter aus fast allen europäischen Ländern in Deutschland, „wobei die sogenannten Ostarbeiter unter den entwürdigendsten Lebensbedingungen in stacheldrahtumzäunten Barackenlagern bei völlig unzureichender Verpflegung

dahinvegetieren mußten".[30] Von den insgesamt 14 Millionen Menschen, die auf Sauckels Befehl bis zum Ende des zweiten Weltkrieges nach Deutschland verschleppt wurden, kam fast jeder zweite ums Leben.

Sauckel bestimmte auch weitgehend, welche Aufgaben die einzelnen Naziorganisationen bei der „Anwerbung, Beratung, Unterbringung, Ernährung und Behandlung ausländischer Arbeiter und Arbeiterinnen" – so der Titel einer Anordnung vom 7. Mai 1942 – zu erfüllen hatten. Vor allem die DAF und der Reichsnährstand wurden zur „Betreuung" herangezogen. Dafür erließ Sauckel spezielle Weisungen. Eine davon besagte, daß die DAF nur in Verbindung mit der SS, dem wichtigsten Instrument des faschistischen Terrors, „Wach- und Betreuungspersonal" stellen dürfe, wenn es sich um Arbeitslager mit „Ostarbeitern" aus der UdSSR handele. Die Gauleiter der NSDAP erhielten das Recht zugesprochen, die Tätigkeit der DAF und des Reichsnährstandes in den Lagern zu kontrollieren.[31]

Die deutschen Konzerne verlangten ab Frühjahr 1942 verstärkt die Ausbeutung der KZ-Häftlinge und anderer Opfer des faschistischen Terrors, bevor sie erschossen, hingerichtet oder in die Gaskammern getrieben wurden. Oswald Pohl, Chef des SS-Wirtschaftsverwaltungshauptamtes, formulierte am 30. April in einem Brief an Himmler: „Der Krieg hat eine sichtbare Strukturänderung der Konzentrationslager gebracht und ihre Aufgaben hinsichtlich des Häftlingseinsatzes grundlegend geändert ... Die Mobilisierung aller Häftlingsarbeitskräfte *zunächst* für Kriegsaufgaben (Rüstungssteigerung) und später für Friedensaufgaben schiebt sich immer mehr in den Vordergrund."[32] Durch die Ausbeutung der Häftlinge in den Konzentrationslagern, in denen ab 1942 das faschistische Prinzip „Vernichtung durch Arbeit" grauenvolle Realität wurde, schufen die Nazipartei und insbesondere die SS immer größere Profitmöglichkeiten für die Monopole, natürlich auch für sich selbst. Der verstärkte Ausbau wirtschaftlicher Machtpositionen durch die SS vermittels ihres Monopols an den Arbeitskräften aus den Konzentrationslagern wurde jedoch dadurch behindert, daß die so „erwirtschafteten" Mittel von den Lagerkommandanten direkt an die Reichskasse überwiesen werden mußten. Das SS-Wirtschaftsverwaltungshauptamt registrierte lediglich die entsprechenden Aufstellungen.[33] In den 15 großen Konzentrationslagern stieg 1942 die Zahl der Häftlinge sprunghaft an. Die SS „vermietete" in zunehmendem Maße Häftlinge an Betriebe, die zum Teil neue Werke neben den Lagern

aufbauten oder Lager in der Nähe bereits bestehender Werke errichteten. Der Tagespreis betrug in der Regel für einen Facharbeiter 6 RM und für einen Hilfsarbeiter 4 RM. Die Gewinne der Faschisten waren enorm. Das KZ Dachau nahm auf diese Art und Weise monatlich zwei Millionen RM ein. Die „Vermietung" allein der männlichen Häftlinge des KZ Buchenwald als Arbeitssklaven erbrachte innerhalb von 21 Monaten die Summe von 84 877 929,31 RM. Die Höhe des gesamten Profits, den das System der Konzentrationslager für die deutschen Monopole und für den faschistischen Staat ergab, ist nicht bekannt. Das Geschäft mit der barbarischen Menschenfeindlichkeit des Faschismus läßt sich jedoch bestimmen, wenn von den Rentabilitätsberechnungen der SS für einen einzelnen Häftling – Gewinn von 1631 RM bei einer durchschnittlichen Lebensdauer von neun Monaten – ausgegangen wird.[34]

Ihren Anteil am Profit nutzte die SS u. a. für den Aufbau und die Erweiterung eigener wirtschaftlicher Unternehmungen, zu denen bald 150 kleine und mittlere Betriebe zählten. Sie waren dem SS-Wirtschaftsverwaltungshauptamt unterstellt, dem seit 1942 die Konzentrationslager unterstanden. Die bereits 1938 entstandene Deutsche Erd- und Steinwerke G. m. b. H. (DEST) erhöhte ihren Gesamtumsatz, der 1941 etwa 5,1 Millionen RM betrug, im Jahre 1943 auf 14,8 Millionen RM. Im gleichen Zeitraum kletterte der Umsatz der Deutschen Ausrüstungswerke G. m. b. H. (DAW) von 5,3 Millionen RM auf 23,2 Millionen RM. Der Gesamtumsatz der SS-eigenen Betriebe belief sich 1943 auf 86,7 Millionen RM.[35]

Zweifellos besaßen aber die wirtschaftlichen Positionen der DAF, die über ein Barvermögen von 1,1 Mrd. RM verfügte, für die Kriegführung des deutschen Imperialismus und Militarismus ein etwas größeres Gewicht. In den Unternehmungen der DAF waren, einem „Leistungsbericht 1943" zufolge, etwa 200 000 Werktätige beschäftigt. Das Stammkapital der Bank der Deutschen Arbeit, des Volkswagenwerkes, einiger Werften, von acht Versicherungen, Wohnungs- und Baugenossenschaften und des Gemeinschaftswerkes der DAF betrug 500 Millionen RM. Die in 135 Versorgungsringen zusammengefaßten 12 500 Verkaufsstellen der von der DAF übernommenen genossenschaftlichen Einrichtungen verzeichneten 1943 einen Umsatz von 813 Millionen RM und damit eine Steigerung von 3,9 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Die Bank der Deutschen Arbeit, das größte Unternehmen der DAF, steigerte ihre Bilanzsumme von 3,7 Mrd. RM im

Jahre 1942 auf 4,5 Mrd. RM im Jahre 1943. Im gleichen Zeitraum wuchsen ihre Umsätze von 51,5 Mrd. RM auf 68 Mrd. RM, d. h. um 33 Prozent. Sie verfügte über Tochterbanken in Brüssel und Amsterdam sowie über Bankvertretungen in Paris, Warschau und Riga.[36]

Im Bereich von Propaganda und Schulung steigerte die Nazipartei 1942 Antikommunismus und Antisowjetismus in einem erheblichen, kaum mehr zu übertreffenden Ausmaß. Die Ausgaben des Propagandaministeriums beliefen sich 1942 auf über 330 Millionen RM, während sie 1939 nur knapp 100 Millionen RM betragen hatten. Im Frühjahr 1942 organisierte das faschistische Propagandaministerium die großangelegte antisowjetische und antijüdische Hetzausstellung „Das Sowjetparadies", die zunächst im Berliner Lustgarten – wo sie von Antifaschisten angezündet wurde – und dann als Wanderausstellung in anderen Städten gezeigt wurde. Die Reichspropagandaleitung überschwemmte Deutschland mit einer Vielzahl antikommunistischer und antisowjetischer Broschüren, Plakate, Klebzettel und anderer Agitationsmittel. Der Hauptinhalt faschistischer Ideologie und Propaganda trat immer deutlicher und offener hervor. Das war sowohl in den Artikeln und Reden von Goebbels als auch in der weltanschaulichen Schulungsarbeit der NSDAP ablesbar. Für die letztere verkündete Rosenberg Themen wie „Die Neuordnung Europas" (1941/42) und „Der Schicksalskampf im Osten" (1942/43), auf die sich alle Veranstaltungen zu konzentrieren hatten.[37]

In enger Verbindung mit der enorm gesteigerten antikommunistischen Hetze stand die ebenfalls anwachsende Verbreitung der nationalchauvinistischen Leitsätze über die angebliche Unbesiegbarkeit des deutschen „Herrenvolkes", begleitet von unermüdlich wiederholten Lobpreisungen des „heroischen" Kampfes deutscher Soldaten und einiger besonders herausgestellter „Helden" (z. B. U-Boot-Kommandant Günther Prien, Jagdflieger Werner Mölders, General Erwin Rommel, später auch SS-Obersturmbannführer Otto Skorzeny, Oberst Hans-Ulrich Rudel). Des weiteren verstärkte sich wieder die demagogische Lobpreisung des „deutschen Sozialismus", den es nunmehr mit allen Mitteln zu verteidigen gelte. Zum Jahrestag der Errichtung der faschistischen Diktatur 1942 zählte z. B. „Der Angriff" auf zwei Seiten alle sozialen Maßnahmen auf, mit denen seit 1933 angeblich eine Verbesserung der Lage der Werktätigen erreicht worden sei. Sinn und Zweck dieser Propaganda bestand vor allem in einer ungeheuren Intensivierung der Ausbeutung des werktätigen Volkes. Dafür veran-

staltete allein die DAF im Jahre 1942 mehr als 50 000 Betriebsappelle sowie 961 Veranstaltungen in Großbetrieben, die unter der Losung „Schafft Waffen – schafft Munition" stattfanden. Die DAF konnte in einem „Leistungsbericht" konstatieren: „Im Jahre 1917 gingen durch politische Streiks nahezu zwei Millionen Arbeitstage verloren. Im Jahre 1918 waren es fünf Millionen Arbeitstage. Im Kriegsjahr 1942 wurden ungezählte Millionen von Arbeitstagen zusätzlich gewonnen, noch nicht eingerechnet die Arbeitsleistung der Millionen von eingesetzten ausländischen Arbeitskräften."[38]

Bereits 1941, vor allem aber mit Beginn des Jahres 1942, verstärkte die Nazipartei ihre rassistische und antisemitische Hetze, mit deren Hilfe nicht allein ideologische, sondern auch ökonomische und vor allem politisch-strategische Ziele verfolgt wurden. Die beabsichtigte Vernichtung des Sozialismus in der UdSSR und die Errichtung eines „neugeordneten" Europas führten zwangsläufig zur Praxis der Ausrottung ganzer zum Widerstand entschlossener Völker. Diesen Zusammenhang erfaßte Generalfeldmarschall von Manstein in einem Befehl vom 20. November 1941 mit folgenden Worten, die zugleich zeigen, daß die Wehrmacht nicht – wie zahlreiche bürgerliche Historiker immer wieder behaupten – von der Mitverantwortung entlastet werden kann: „Das jüdisch-bolschewistische System muß ein für allemal ausgerottet werden. Nie wieder darf es in unseren europäischen Lebensraum eingreifen ... Für die Notwendigkeit der Sühne am Judentum, dem geistigen Träger des bolschewistischen Terrors, muß der Soldat Verständnis aufbringen. Sie ist auch notwendig, um alle Erhebungen, die meist von Juden angezettelt werden, im Keime zu ersticken."[39] Himmler kleidete das in die Worte: „Das Gebiet der Welt, das keine Juden hat, ist gefeit gegen jede Revolution."[40]

Damit ist eine der wichtigsten Ursachen für die massenhafte Deportation und die schließlich systematische Ermordung jüdischer Menschen – im faschistischen Sprachgebrauch: „Endlösung der Judenfrage" – bezeichnet: die rassenideologisch verbrämte Furcht vor dem zu erwartenden Widerstandskampf der Völker, der in einem langwährenden Krieg zu einem bedeutsamen Faktor einer erneuten Niederlage des deutschen Imperialismus und Militarismus werden mußte. Dem dienten spezielle Vernichtungslager, die Ende 1941/Anfang 1942 auf polnischem Territorium in Bełżec, Chełmno, Treblinka und Sobibór eingerichtet wurden. In diesen „Todesfabriken" ermordete die SS insbesondere jüdische Menschen aus allen Teilen Europas. Die Be-

freiung durch die Soldaten der sowjetischen Armee erlebten in Sobibór etwa 50 Häftlinge![41] Das KZ Auschwitz diente als Massenvernichtungsstätte, in der vier Millionen Menschen barbarisch umgebracht wurden. Viele wurden in die Gaskammern getrieben, nachdem sie zunächst zu sklavenähnlicher Arbeit in den eigens zu diesem Zweck geschaffenen Betriebsteilen der IG Farben, des Krupp-Konzerns und der Siemens-Werke gepreßt worden waren.

Selbst die barbarische Ausrottung großer Teile der slawischen und der jüdischen Bevölkerung sollte – nach den Vorstellungen der nazifaschistischen Führer – zu hohen Profiten für die Monopole führen. Offen und brutal formulierten die Teilnehmer der verbrecherischen Wannsee-Konferenz, die am 20. Januar 1942 stattfand und die Ermordung von mehr als 11 Millionen Juden aus 27 europäischen Ländern beschloß, die Parole: Vernichtung durch Arbeit. Das von Adolf Eichmann angefertigte Protokoll enthält die taktische Orientierung dazu: „Unter entsprechender Leitung sollen im Zuge der Endlösung die Juden in geeigneter Weise im Osten zum Arbeitseinsatz kommen. In großen Arbeitskolonnen, unter Trennung der Geschlechter, werden die arbeitsfähigen Juden straßenbauend in diese Gebiete geführt, wobei zweifellos ein Großteil durch natürliche Verminderung ausfallen wird. Der allfällig endlich verbleibende Restbestand wird, da es sich bei diesem zweifellos um den widerstandsfähigsten Teil handelt, entsprechend behandelt werden müssen, da dieser, eine natürliche Auslese darstellend, bei Freilassung als Keimzelle eines neuen jüdischen Aufbaues anzusprechen ist." Die Konferenz legte Umfang und Ablauf des Massenmordes fest und fixierte die Rolle der beteiligten Institutionen. Aus „Gründen der Wohnungsfrage und sonstiger sozialpolitischer Notwendigkeiten" sollte in Europa als erstes das Reichsgebiet einschließlich Böhmen und Mähren „durchgekämmt" werden.[42]

Während die faschistische Parteiführung und der faschistische Staat den Mechanismus für die Deportationen, zur Ausbeutung zum Tode verurteilten Juden und Slawen sowie zur Ermordung von mehreren Millionen Menschen nach dem Überfall auf die UdSSR in Gang setzte und nach der militärischen Niederlage in der Schlacht vor Moskau forcierte, hatten die nazistischen Organisationen den propagandistischen und den psychologischen Nutzen aus der „Endlösung" zu ziehen. „Das Wissen um Verhaftung, Einkerkerung und Drangsalierung der Antifaschisten spielte – wie auch die Kenntnis von der Judenverfolgung – im imperialistischen Terrorsystem eine gewichtige Rolle. Zudem

sollte die ständige Hetze gegen Kommunisten und andere Kriegs- und Hitlergegner und gegen Juden diese von den Volksmassen isolieren und jegliche solidarische Handlung gegenüber den Verfolgten unterbinden."[43]

Die faschistische Propaganda ging in dieser Zeit generell dazu über, den Terror in der Öffentlichkeit zu rechtfertigen. Goebbels hielt am 23. März 1942 eine Rede in Berlin vor den Kreis- und den Ortsgruppenleitern der NSDAP, in der er erklärte, die Situation im dritten Kriegsjahr mache härtere und radikalere Maßnahmen in der Innenpolitik notwendig.[44] In der Presse erschienen fast täglich Gerichtsurteile gegen sogenannte Hamsterer, Schleichhändler und Schieber, die als „Kriegswirtschaftsverbrecher" bezeichnet wurden. Todesurteile gegen „Schwarzhörer" und „Gerüchtemacher" sollten davon abschrecken, Nachrichten des Moskauer oder des Londoner Rundfunks zu hören und die Wahrheit über Kriegsverlauf und faschistische Verbrechen zu verbreiten. Am 29. März 1942 drohte Goebbels in einem seiner wöchentlich erscheinenden Leitartikel in der Zeitschrift „Das Reich" jedem, der die Kriegführung störe, härteste Strafen an: „Jetzt wird Fraktur geredet."[45]

Wenige Tage vor der Veröffentlichung dieser Drohung, am 26. März, hatte sich Hitler vom Reichstag zum „Obersten Gerichtsherrn" benennen lassen. Dies bedeutete den Übergang zu einer absoluten Terrorwillkür und deren juristische Fixierung. Dem faschistischen Diktator wurde das „Recht" zugesprochen, gegen Antifaschisten und alle oppositionellen Kräfte vorgehen zu können – „ganz gleich, wie immer auch formale Auffassungen der Justiz dem widersprechen mögen".[46] Mit der Übertragung dieser Machtbefugnis konnte der nazifaschistische Machtapparat erneut gestärkt werden. Außerdem entschieden sich auch die teilweise bestehenden Rivalitäten zwischen der Nazi-Justiz und der SS endgültig zugunsten Himmlers, weil es so möglich erschien, die größte Konzentration der Macht zu erreichen. Daneben profitierte auch Bormann von den sich verändernden Machtkonstellationen zwischen den verschiedenen Teilen des faschistischen Herrschaftsapparates: Hitler legte am 16. Januar 1942 das Recht der Parteikanzlei gesetzlich fest, auf die gesamte Gesetzgebung und die Verordnungspraxis sowie auf die Personalgelegenheiten der Beamten entscheidend einzuwirken. Ende März bestimmte Hitler, daß die „Hoheitsträger der Partei" auf allen Ebenen bei der Ernennung von Beamten einzuschalten wären.

Mit ihren vielfältigen und umfangreichen Aktionen an der „inne-

ren Front“ erreichte die NSDAP im Jahre 1942, daß die überwiegende Mehrheit der deutschen Bevölkerung immer noch mit einem siegreichen Ausgang des Krieges rechnete und dafür sich mit allen Kräften einzusetzen bereit war. Und dennoch: Die Zeichen der beginnenden Krise des faschistischen Regimes mehrten sich.

15. Kapitel

Die „totale" Mobilmachung der Parteiformationen

Im Sommer 1942 gingen die Truppen der faschistischen Wehrmacht an der deutsch-sowjetischen Front erneut zum Angriff über. Intensive militärische, ökonomische und politische Maßnahmen des faschistischen Regimes hatten dies ermöglicht. Die Rote Armee brachte diese Offensive im Kaukasus und bei Stalingrad jedoch zum Stehen. Ende 1942/Anfang 1943 leiteten die erfolgreiche sowjetische Gegenoffensive und die Vernichtung der faschistischen 6. Armee, die unter dem Befehl von Generaloberst Paulus 330 000 Mann zum Einsatz brachte und in den strategisch-militärischen Plänen der Nazis eine große Rolle spielte, im Kessel von Stalingrad den grundlegenden Umschwung im Verlauf des zweiten Weltkrieges ein. Mit der militärischen Krise begann sich auch eine politische Krise der hitlerfaschistischen Diktatur in Deutschland abzuzeichnen. Die neue Etappe in der Geschichte der NSDAP wurde von dieser sich anbahnenden und rasch um sich greifenden Krise geprägt.

Die herrschenden Kreise des deutschen Imperialismus gingen ab Ende 1942/Anfang 1943 zur völligen, rücksichtslosesten Mobilisierung aller Kräfte über und suchten damit auf faschistische Art einen Ausweg aus der Krise, um neue Offensiven vorbereiten und die Kriegspolitik den veränderten Bedingungen anpassen zu können. Diesen Ausweg glaubten die Naziführer in der „totalen" Mobilmachung gefunden zu haben, d. h. in der maximalen Erweiterung der Rüstungsproduktion – was bis 1943/44 weitgehend gelang –, in der staatsmonopolistischen Konzentration und Lenkung der Produktion, in den Zwangsverpflichtungen von männlichen und weiblichen Arbeitskräften für die rüstungswirtschaftlich bedeutenden Monopolbetriebe, in der maßlos verschärften Ausbeutung der nach Deutschland deportierten ausländischen Zwangsarbeiter, in der Schließung kleiner Geschäfte und gewerblicher

Einrichtungen aller Art, in der weitgehenden Reduzierung des Lebensstandards der Bevölkerung sowie nicht zuletzt in der weiteren Verschärfung des Terrors gegen alle Antifaschisten und andere Kriegsgegner.

Angesichts des wachsenden Widerspruchs zwischen den Zielen und den Möglichkeiten, diese Ziele zu realisieren, angesichts des vielfach von den faschistischen Behörden besorgt registrierten „Tiefstandes" in der Stimmung fast aller Teile der deutschen Bevölkerung und des beginnenden Stimmungswandels auch unter den Soldaten der faschistischen Wehrmacht ließ sich der Raubkrieg nach außen nur fortsetzen, wenn zugleich der Krieg an der sogenannten inneren Front „total" geführt wurde. Der Übergang zur „totalen" Mobilmachung war Ausdruck einer krisenhaften Entwicklung des faschistischen Herrschaftssystems, die alle sozialen und politischen Widersprüche innerhalb Deutschlands verschärfte.

Am 15. Januar 1943 – die Niederlage der Faschisten in der Schlacht an der Wolga stand unmittelbar bevor – erklärte Speer in einem Aufruf an die Rüstungsindustriellen, daß es der Ernst der Lage erforderlich mache, „nicht bei halben Maßnahmen stehen zu bleiben".[1] Mit Vertretern der Großindustrie beriet er am 29. Januar 1943 auf einer Tagung der Reichsarbeitskammer über die Maßnahmen, die die Industriellen von der „totalen" Mobilmachung zugunsten ihrer weiteren Kriegsziele erwarteten. Danach sprach er auf der Posener Tagung der Reichs- und Gauleiter der NSDAP, die am 5. und 6. Februar 1943 stattfand und eine Orientierung der Naziführer auf die politischen und wirtschaftlichen Hauptaufgaben des „totalen" Krieges bezweckte. Neben Speer referierten auch die Faschisten Herbert Backe, amtierender Landwirtschaftsminister, Albert Ganzenmüller, Staatssekretär im Reichsverkehrsministerium, General von Unruh als „Bevollmächtigter für die Überprüfung des Kriegseinsatzes" (im Volksmund nannte man diese Überprüfung der UK-Stellungen „Heldenklau-Aktion", in Anlehnung an die Figur des „Kohlenklau" aus der Energiesparpropaganda) sowie Sauckel und Ley. Diese Tagung diente zugleich der einheitlichen Ausrichtung der Parteiinstanzen auf Reichs- und Gauebene. Ihr folgte in den Gauen eine Vielzahl ähnlicher Veranstaltungen, die Befehlsempfängen für die Kreisleiter glichen.[2]

Als Goebbels am 18. Februar 1943 in seiner berüchtigten Sportpalast-Rede den „totalen" Krieg in der Öffentlichkeit verkündete, hatte die Führung der Nazipartei schon alles unternommen, um die

nationalsozialistischen Organisationen als ein innenpolitisches Instrument zur verstärkten Unterdrückung und Ausbeutung des deutschen Volkes einsetzen zu können. Einige Tage zuvor, am 15. und 16. Februar, waren alle „Reichsredner" in Berlin zusammengefaßt und auf eine neue Versammlungs- und Veranstaltungsaktion vorbereitet worden. Diese sollte mit Hilfe verstärkter antisowjetischer und antikommunistischer Hetze der um sich greifenden Kriegsmüdigkeit begegnen. Zu diesem Zweck wurden alle „Reichsredner" orientiert, „ausschließlich antibolschewistische" Parolen zu verwenden. Das Hauptamt Propaganda der Reichspropagandaleitung erließ eine eigene, sehr detaillierte „Anweisung für die antibolschewistische Propaganda-Aktion", die als Grundsätze die folgenden Parolen vorsah: „Nur Deutschland kann den Bolschewismus schlagen und Europa retten", „Die Folgen einer bolschewistischen Herrschaft würden das ganze Volk treffen", „Nur totale Kriegführung führt zum Sieg" und „Wir werden siegen, weil uns Adolf Hitler führt!"[3]. Auf Plakaten, die in Millionen-Auflagen gedruckt und verbreitet wurden, hieß es dementsprechend: „Sieg oder bolschewistisches Chaos", „Totaler Krieg führt zum totalen Sieg" und „Jedes Opfer, ein Schritt zum Sieg".[4] Die Verwendung der Losung „Totaler Krieg – kürzester Krieg" bedeutete im Grunde auch ein Eingeständnis der sich ausbreitenden Kriegsmüdigkeit vieler Deutscher.

Die bereits im Jahre 1942 begonnene Kampagne zur „Aktivierung der NSDAP", die nach der Niederlage in der Schlacht von Stalingrad außerordentlich verstärkt wurde, stellte einen wesentlichen Bestandteil der „totalen" Kriegführung an der „Heimatfront" dar. Die Krise der faschistischen Diktatur ließ die herrschenden Kreise den verstärkten und immer umfassenderen Einsatz der NSDAP fordern. Die NSDAP müsse, so erklärte Bormann in einem Rundschreiben am 1. März 1943, „der Motor für die Umstellung der Heimat auf die totale Kriegführung" sein.[5] Die Mitglieder der Nazipartei wurden – wie in den Jahren vor 1933 – ständig mit sogenannten Sprechabenden, Generalmitgliederappellen, Propagandamärschen, Versammlungen, Familienabenden und Lebensfeiern in Bewegung gehalten. Der Ablauf dieser Veranstaltungen war genau vorgeschrieben. So hieß es u. a. in einer Anordnung der Parteikanzlei zur Wiedereinführung der „Sprechabende" der NSDAP: „Jede negative Kritk ist sofort schärfstens zu unterbinden. Fragen, die nicht in den Rahmen der Parteiarbeit hineingehören – wie z. B. der militärischen Kriegführung, der Außenpolitik,

der Kirchenpolitik usw. – sind ebenfalls von vornherein auszuschließen. Es ist nicht entscheidend, daß jeder anwesende Parteigenosse, der in der Aussprache etwas zu sagen hätte, zu Wort kommt: Für die Wirkung des Abends werden vielmehr die anfeuernden Worte des Redners sowie das gemeinsame Bekenntnis zu den Forderungen des totalen Krieges ausschlaggebend sein."[6] In der Schulung, so dozierte Bormann am 5. Februar 1943 gegenüber Rosenberg, komme es nicht auf großes Theoretisieren, sondern darauf an, Rüstzeug für die tägliche Kleinarbeit zu vermitteln und „Kampfgeist" zu wecken.[7]

Für den Herbst 1943 sah die NSDAP eine spezielle Kampagne ihrer Mitglieder in Aufmärschen und öffentlichen Kundgebungen vor. Dabei solle „die Heimat ihr wahres Gesicht" zeigen, ließ Sauckel fordern.[8] Den Umfang dieser Kampagne verdeutlicht ein Bericht des NSDAP-Kreisleiters von Trier, in dessen Gebiet vom 1. September bis 30. November 1943 durchgeführt wurden: 2 Großkundgebungen mit 9 200 Teilnehmern, 71 öffentliche Versammlungen mit rund 20 000 Teilnehmern, 120 Generalmitgliederappelle mit 25 600 Teilnehmern, 2 Behördenpflichtappelle mit 5 500 Teilnehmern, 24 Betriebsappelle mit 8 450 Teilnehmern, 5 Aufmärsche der HJ, 60 Gedenkstunden der NSDAP zum 9. November anläßlich des gescheiterten Münchener Putsches 1923, 60 Dorfgemeinschaftsabende zum Erntedankfest.[9] Im Gau Thüringen, wo eineinhalb Millionen Menschen lebten, wurden im zweiten Quartal des Jahres 1944 über 17 500 Veranstaltungen mit 2,6 Millionen Besuchern durchgeführt.

Als Redner wurden häufig Fronturlauber, fanatische und hoch dekorierte Offiziere, sogenannte Ritterkreuzträger, eingesetzt. Das Motto hieß: „Die Front spricht zur Heimat". Die faschistische „Kulturarbeit" der Naziorganisationen verstärkte sich ebenfalls in dieser Zeit, um Unterhaltungs- und Entspannungsmöglichkeiten für die faschistische Kriegspolitik „weitgehend auszunutzen und einzusetzen".[10] Zahllose „Müttererhrungs"- und „Volksweihnachts"- und andere Feiern der NSDAP fanden statt, die wenigstens für ein paar Stunden den immer düsteren Alltag vergessen machen sollten. Vor rigorosen Eingriffen in den Unterhaltungs- und Amüsierbetrieb scheuten die Nazis zurück, obwohl solche verlangt wurden. In Veranstaltungen von Ortsgruppen der NSDAP wurde dazu aufgefordert, Briefe und Päckchen an Einheiten der Wehrmacht und der SS zu versenden. In den Briefen sollte allerdings kein Wort über die zunehmenden Versorgungsschwierigkeiten im Hinterland, über die Auswirkungen des anglo-amerikani-

schen Bombenkrieges und ebensowenig über den Stimmungsumschwung der Bevölkerung sowie über oppositionelle Regungen von Teilen der Bevölkerung stehen.

Die Aufgaben der Mitglieder und NSDAP-Führer auf unterer Ebene bestanden noch mehr als in den vorangegangenen Jahren in der Bespitzelung von Nachbarn, Freunden und Bekannten, in der Unterstützung des Terrors von Gestapo und SD. Unter dem Deckmantel der „Betreuung" hatten die Nazis Stimmung und Haltung der Bevölkerung zu erkunden und alle anzuzeigen, die Zweifel an der faschistischen Propaganda hegten, die Sinn und siegreichen Ausgang des Krieges in Frage stellten oder für dessen rasches Ende und für den Sturz der faschistischen Diktatur eintraten. Die Aufgaben der NSDAP-Mitglieder bestanden ferner in der Unterstützung und in der Kontrolle hinsichtlich der Durchsetzung der wachsenden Arbeitshetze in der Rüstungsproduktion, in der Rechtfertigung der auf 60, in einigen Rüstungsbetrieben sogar auf 72 Stunden pro Woche verlängerten Arbeitszeit, in der Altmaterialerfassung, im Einsatz bei Frühjahrsbestellung und Ernte, bei Aufräumungs- und Reparaturarbeiten nach anglo-amerikanischen Luftangriffen. Darüber hinaus waren umfassende „Kriegshilfsdienste" aller Art zu leisten und zu organisieren, darunter in Einsatzstäben für „Katastrophenfälle", bei der sogenannten Heimatflak und bei Streifendiensten, als Luftwaffenhelfer und in Werkschutzkompanien, bei Alarm- und Nachrichtendiensten, in den Staffeln Politischer Leiter sowie bei der Bewachung der aus den okkupierten Gebieten verschleppten Arbeitskräfte im Rahmen der DAF bzw. des Reichsnährstandes.

Die Nazipartei übernahm in wachsendem Maße Aufgaben im „Luftschutz", nachdem Ende März 1942 die britische Luftwaffe bei einem Angriff auf Lübeck erstmals eine Stadt in Deutschland mit einem Flächenbombardement belegte und ähnliche Angriffe auf Köln, Bremen, Wilhelmshaven, Mainz, Kassel und Düsseldorf folgten. Um die von den Alliierten beabsichtigte und teilweise auch erreichte „Verunsicherung" in der deutschen Bevölkerung eindämmen zu können, sollten die Nazifunktionäre mit ihrem Auftreten für die „Aufrechterhaltung einer ruhigen, zuversichtlichen Haltung der Bevölkerung" und für „die Vermeidung jeder Panikstimmung" sorgen.[11] Die Einhaltung der Bestimmungen für den Bau und das Aufsuchen von Luftschutzbunkern wurde von ihnen ständig kontrolliert, ebenso das Verhalten der Menschen bei und nach den Luftangriffen. Hitler verfügte

außerdem, daß die NSDAP „weitgehend für den Aufbau der Heimatflakbatterien einzusetzen" sei, die Luftwaffe bei der „Erfassung des notwendigen Personalbedarfs" zu unterstützen sowie die örtliche SA- und HJ-Führung dafür zu mobilisieren habe.[12] Die faschistischen Propagandaämter wurden angewiesen, den Einsatz von sechzehnjährigen Schülern als Luftwaffenhelfer zu einem „spontanen Bekenntnis der Jugend zum Einsatz für den Sieg" umzumünzen.[13] Ein Jahr später, als bereits über eine Million Wohnungen total zerstört waren, wurde der 1933 als selbständige Organisation geschaffene Reichsluftschutzbund direkt in die NSDAP eingegliedert.

Die Anpassung der NSDAP an die Bedingungen des „totalen" Krieges machte eine weitere Veränderung ihrer rechtlichen Stellung erforderlich. Als Körperschaft des öffentlichen Rechts war sie – natürlich nur formal – an immer noch bestehende Gesetze gebunden, die sich aber in Krisensituationen für ihre verbrecherische Tätigkeit als nicht genügend förderlich und eventuell sogar hemmend auswirken konnten. In seinem Erlaß vom 12. Dezember 1942 hob Hitler daher diesen rechtlichen Status auf und leitete die Rechtsstellung der NSDAP nunmehr ausschließlich aus den ihr gestellten, raschen Veränderungen unterliegenden Aufgaben ab. Damit öffnete er der Willkür und dem Machtmißbrauch der Naziführer endgültig alle Türen. Einen Monat zuvor waren bereits der Begriff „Politischer Leiter" präzisiert und der Kreis von Naziführern, der zum Korps der Politischen Leiter in der NSDAP gehörte, erweitert worden. So sollte ein vielseitiger, nicht an den jeweiligen Dienstrang gebundener Einsatz der Politischen Leiter erreicht werden.

Im Rahmen der Kampagne zur „Aktivierung der Partei" gab es seit Februar 1943 einige „Vereinfachungsmaßnahmen". So sollten die NSV, die NSF und die Nationalsozialistische Kriegsopferversorgung die Arbeiten an ihren Mitgliederkarteien einstellen. Für die Dauer des Krieges wurden das Hauptamt für Erzieher und der NSLB, das Hauptamt für Beamte und der Reichsbund der Deutschen Beamten, das Kolonialpolitische Amt und der Reichskolonialbund, das Außenpolitische Amt und der NS-Dozentenbund „stillgelegt".[14] Diese Maßnahmen waren eng mit einem fortschreitenden Zentralisierungsprozeß des Apparates der NSDAP verknüpft. Dabei konnte die Parteikanzlei unter der Leitung Bormanns ständig ihren Einfluß erweitern, nicht zuletzt dadurch, daß sie die Befugnisse der Reichsleiter einschränkte und die der Gauleiter erweiterte. Systematisch, konsequent

und skrupellos in der Wahl der Mittel verstärkte der „politische Generalstab" seine Macht über alle Teile der nazistischen Organisationen. Seit 1941 setzte Bormann mit Hilfe von Schwarz einheitliche Besoldungsrichtlinien durch. Sie bedeuteten für die hauptamtlichen Kräfte z. T. Gehaltserhöhungen von 30 bis 40 Prozent. Diese erhielten damit zusätzliche finanzielle Mittel zur weiteren persönlichen Bereicherung, aber auch zum Erwerb der rar gewordenen Lebens- und Genußmittel auf dem sich sprunghaft entwickelnden „schwarzen" Markt.

Mit einer zunehmenden Zahl von Anordnungen und Verfügungen versuchte die Parteikanzlei die gesamte Tätigkeit der Nazipartei zu dirigieren. Inspektionen und Sondereinsätze durch Mitarbeiter der Parteikanzlei vergrößerten deren Kontrollfunktion. Zahlenmäßig wurde sie mit ihren etwa 500 bis 600 hauptamtlichen Kräften nach dem Zentralbüro der DAF zur zweitgrößten Dienststelle der NSDAP, die eifrig darüber wachte, ihren Personalbestand trotz der Einberufungen zur Wehrmacht nicht zu verringern. Höhere Politische Leiter der Reichsleitung der NSDAP und der Gaue wurden fast nur noch ernannt bzw. befördert, wenn sie vorher auch einen Informationskurs der Parteikanzlei absolviert hatten. In ihren Ämtern hatten solche Faschisten 6 bis 12 Monate Dienst zu leisten, die für einen hauptamtlichen Einsatz auf Gauebene vorgesehen waren. Das galt vor allem für die Anwärter auf den Posten eines stellvertretenden Gauleiters, der bis 1942 in den wenigsten Gauen besetzt, infolge der häufigen zusätzlichen Ämter der Gauleiter (hauptsächlich in den okkupierten Gebieten) aber von großer Bedeutung geworden war. Für die stellvertretenden Gauleiter[15] wurde festgelegt, daß sie keine anderen Ämter ausüben durften.[16] Alle Gauleiter erhielten am 1. Dezember 1942 die Aufgaben von Reichsverteidigungskommissaren übertragen sowie im einzelnen vielfältige Aufträge. Mehr als je zuvor fanden 1943 und Anfang 1944 Tagungen der Reichs- und der Gauleiter der NSDAP statt, auf denen diese über die allgemeine Situation, einzelne Probleme und neue Maßnahmen der faschistischen Führung informiert wurden.

Die Parteikanzlei gliederte sich in drei große Abteilungen und in zahlreiche Referate. Die Abteilung I zeichnete für die interne Geschäftsführung und für das Personalbüro der Kanzlei verantwortlich. Helmut Friedrichs leitete die zweite, die sogenannte Parteirechtliche Abteilung, über die alle Angelegenheiten der Partei, ihrer Gliederungen und angeschlossenen Verbände liefen. Sie dirigierte in zunehmendem Maße den Apparat der hauptamtlichen Nazifunktionäre und über

diese die mehr als sechseinhalb Millionen Mitglieder der NSDAP,[17] die in 42 Gauen,[18] 808 Kreisen, 28 376 Ortsgruppen, 89 378 Zellen und 397 040 Blöcken organisiert waren. Die größte Abteilung war die dritte, die sogenannte Staatsrechtliche Abteilung, die für alle Belange staatlicher Art sowie für die Verbindung zum RSHA und zum „Apparat in den okkupierten Gebieten" zuständig war. Sie stand ab 1941 unter der Leitung von Gerhard Klopfer und umfaßte sechs Gruppen mit 39 Referaten. Darunter befand sich auch das wichtige Referat III B 4, das u. a. der Anleitung der Gauwirtschaftsberater diente und dem die im ersten Halbjahr 1943 gebildeten Gauwirtschaftskammern unterstanden. In diesem verkörperten sich die engen und direkten Beziehungen der Monopole zur Nazipartei; sie bildeten neue regionale Stützen des staatsmonopolistischen Kriegswirtschafts- und Herrschaftssystems.

Die Parteikanzlei wurde zur Führungs- und zur Befehlszentrale des gesamten Apparates der faschistischen Nazipartei ausgebaut. Sie hatte weitreichende Machtbefugnis bei der Durchsetzung wirtschaftspolitischer Maßnahmen beim Übergang zur „totalen" Kriegführung an der „inneren Front", ferner hatte sie die ins Wanken geratene Funktionstüchtigkeit des Apparates zu stabilisieren. Ihr standen die Berichte und Analysen des ausgedehnten Agenten- und Spitzelnetzes, mit dem Deutschland überzogen war, zur Verfügung. Aus dem von regionalen Dienststellen zusammengetragenen Material lieferten das RSHA die SD-Meldungen, die Dienststelle Rosenberg die weltanschaulichen Lageberichte der Politischen Leiter, das Reichsinnenministerium die Berichterstattungen von Landräten, Oberbürgermeistern, Regierungs- und Oberpräsidenten, das Reichspropagandaministerium die Einschätzungen der Reichs- und Gaupropagandaämter.

Die Parteikanzlei handelte im unmittelbaren Interesse der einflußreichsten Kreise der deutschen Monopolbourgeoisie, die danach trachteten, mit allen Mitteln ihren Maximalprofit wie auch die Profitquellen aus der räuberischen Kriegs- und Okkupationspolitik weiterhin zu sichern – trotz des Scheiterns der Blitzkriegsstrategie, trotz des Stockens aller militärischen Fronten ab Ende 1942 und vor allem trotz des eingeleiteten grundlegenden Umschwunges im zweiten Weltkrieg seit dem Sieg der Roten Armee bei Stalingrad. Die Fortsetzung des Krieges entsprach dem besonders aggressiven Wesen des deutschen Imperialismus und Militarismus, aus ihm erwuchs die Forderung nach dem restlosen Einsatz aller personellen und materiellen Mittel, den die Faschisten zunächst – aus innenpolitischen Erwägungen, vor allem aus

der Erinnerung an die Novemberrevolution 1918/19 – hatten vermeiden wollen.

Im Zusammenhang mit der umfassenden Kampagne zur „Aktivierung der Partei" wurden von einzelnen Naziführern auch die Situation der NSDAP und die innenpolitische Wirksamkeit des faschistischen Machtapparates untersucht. In den Analysen kam häufig neben der oftmals anzutreffenden Selbstbeweihräucherung und Selbstüberschätzung – der persönliche Stil Hitlers prägte auch den vieler anderer Naziführer – offen zum Ausdruck, daß es der Nazipartei nicht in dem erwarteten Maße gelungen war, ihre vielfältigen Aufgaben bei der Durchsetzung der weitgespannten, abenteuerlichen Ziele der deutschen Monopolbourgeoisie zu erfüllen. Der immer deutlicher zutage tretende Gegensatz zwischen der ausgedehnten Profitgier und den geringen Möglichkeiten zu ihrer Realisierung, zwischen den Zielen und den Grenzen der faschistischen Diktatur des deutschen Imperialismus widerspiegelte sich auch in den Einschätzungen über die Ergebnisse des terroristischen und propagandistischen Einsatzes der nationalsozialistischen Organisationen. Unter den Naziführern selbst mehrten sich Stimmen der Unzufriedenheit.

Einer der Gauleiter schob die Schuld für die Anzeichen einer Krise in der NSDAP auf die Mitglieder: „Die augenblickliche Parteigenossenschaft stellt noch keine aktivistische Kampfgruppe dar." Im Hinblick auf die erwartete lange Kriegszeit forderte er eine Überprüfung aller Angehörigen der Nazipartei sowie die Einführung einer neuen Disziplinar- und Strafordnung.[19]

Ein Kreisleiter aus Württemberg resignierte: „An sich sollten die Parteigenossen ... eine Auslese darstellen. Es wird aber kaum zu verhindern sein, daß bei dem gegenwärtigen Mangel an Menschen auch Männer und Frauen zum Zuge kommen, die unseren Wünschen nicht ganz entsprechen."[20] Für das Generalgouvernement Polen forderte ein Vertreter der Parteikanzlei sogar die „Neubildung des Parteiapparates", da die NSDAP dort lediglich „ein Nebeninstrument der staatlichen Verwaltung und eine Fahnenträger- und Aufmarsch-Organisation" sei.[21] Im Juni 1943 wurden alle „Mobilisierungs-Beauftragte" der NSDAP über die Handhabung der „Uk-Stellung" von Nazifunktionären instruiert; dabei erhielten sie auch die Order, „besonders ins Auge springende politisch unzuverlässige Elemente" an die Front zu schicken. Etwas später hieß es dazu noch: „Wir haben ... keinen Anlaß, uns mit den Uk-Gestellten auch noch Miesmacher und De-

faitisten in der politisch schon schwach genug besetzten Heimat zu erhalten."[22]

Bei einer Amtsleiterbesprechung der Dienststelle Rosenberg wurde der nazistischen Propaganda jede weltanschauliche „Beständigkeit" abgesprochen und erklärt: „Die derzeitige Propaganda spreche an dem wirklichen Gefühl der Menschen vorbei."[23] In einer schriftlichen „Beurteilung der bisherigen Propaganda" stellte ein Bereichsleiter im gleichen Amt fest, daß von „einem roten Faden der Propaganda" nur bedingt gesprochen werden könne. Die Propaganda habe leider die „Absicht, das Volk bei Stimmung zu halten, als ein um jeden Preis zu erreichendes Ziel" angesehen. Darunter habe „die Substanz gelitten, da man heute angriff, was man gestern verteidigt hatte oder auch umgekehrt ... Bei dem denkenden Teil unserer Volksgenossen stößt diese Propagandamethode jedoch auf Ablehnung".[24] Obwohl die beiden letzten Einschätzungen überwiegend gegen Goebbels gerichtet waren, entsprachen sie den Tatsachen, die unfreiwillig auch von der Reichspropagandaleitung bestätigt wurden, als diese beispielsweise die Gaupropagandaleiter anwies, im Impressum von Broschüren nicht mehr die parteiamtliche Herausgabe erkennen zu lassen. Das bisherige Impressum mit dem Namen der NSDAP „setzt selbstverständlich die Wirkung der Broschüre herab ... Das gleiche trifft auch für Plakate zu, die einen rein politisch aufklärenden Text enthalten".[25]

Wie alle diese Denkschriften und sonstigen Materialien zeigen, begannen hochgestellte Nazis die Schwächen der NSDAP und die Anzeichen der Krise in ihren Reihen zu erkennen. Ein Rezept zur Bewältigung der Probleme sowie zur Beseitigung der grundsätzlichen Diskrepanz zwischen Ansprüchen und Möglichkeiten vermochten auch diese Naziführer nicht zu entdecken. Angesichts der sinkenden Stimmung größerer Teile der Bevölkerung sowie des Anwachsens der antifaschistischen Widerstandsbewegung entbrannte unter den führenden Ideologen des faschistischen Regimes immer wieder der Streit darüber, wie die „Heimatfront" am ehesten zu stabilisieren sei.

In den kritischen Reflexionen und in den Überlegungen, die Nazipartei an die neuen Bedingungen anzupassen, blieb die Person Hitlers weitgehend aus dem Spiel; im Gegenteil, die kultische und immer mystischere Formen annehmende Verehrung des „Führers" wurde bewußt auf die Spitze getrieben. Gezielte Flüsterpropaganda sollte neue Stimmungen zugunsten des Faschistenführers wecken: „Wenn das der Führer wüßte ...", „Der Führer weiß schon, was er tut", „Der Führer

wird die versprochenen Wunderwaffen schon zum günstigsten Zeitpunkt einsetzen", „Der Führer läßt uns nicht im Stich" u. ä. m. Die Wirkung solcher Parolen erlaubte es dem Regime, den sich mehrenden Unmut bei den werktätigen Massen über den Krieg, den Lebensstil und das Auftreten verhaßter Naziführer zu verkraften und ihm alle systemgefährdenden Momente zu nehmen. Der ins Unermeßliche gesteigerte Kult um den über alle Kritik erhabenen „Führer" bot in der wachsenden Krise vielen Anhängern so etwas wie einen festen, zum Optimismus veranlassenden Halt. Er verhinderte jedoch nicht, daß mehr und mehr Spuren einer gewissen Distanzierung von der Nazipartei als Organisation auftraten.

Von einzelnen Nazis wurden in ihren Überlegungen zur Überwindung der Krisenanzeichen in der NSDAP auch die faschistischen Führungsprinzipien unter die Lupe genommen. So fixierte Rosenberg – auf Anregung von Hans Heinrich Lammers, dem Chef der Reichskanzlei – „Gedanken über einen Partei- und Reichssenat", ohne jedoch über Fragen zur technischen Gestaltung der Nachfolgeschaft Hitlers hinauszugehen.[26] Carl Röver, der bis zu seinem Tode Ende 1942 Gauleiter von Weser-Ems war, beschrieb in einer umfangreichen Denkschrift die „Vor- und Nachteile des Führerprinzips" und forderte die Möglichkeit, „leistungsschwache Führer" absetzen zu können, sowie eine „laufende einheitliche Zusammenfassung des höheren Parteiführerkorps", wobei Gelegenheit zur Aussprache" gegeben werden müsse. Gegen die Kompetenzstreitigkeiten zwischen verschiedenen Naziführern gerichtet, schrieb er: „Unter den augenblicklichen Verhältnissen hat die Autorität der Reichsleitung und damit der gesamten Partei erheblich gelitten."[27]

Röver entwickelte sogar weitgehende Vorschläge zur Reformierung der Nazipartei, d. h. zu einer seiner Meinung nach effektiveren Gestaltung des gesamten Mechanismus der politischen Unterdrückung und Ausbeutung der werktätigen Massen. Diese Vorschläge sahen im einzelnen vor: klare Aufgabenbegrenzung für alle Dienststellen; Aufhebung der Personalunion von Partei und Staat; Sicherungen gegen den Aufstieg „despotischer Führer"; freies und offenes Auftreten gegenüber vorgesetzten Politischen Leitern; einheitliche Gestaltung der Gaue bei allen Institutionen und Organisationen; stärkere Verbindung von SA, NSKK, NSFK, RAD und DAF mit der Nazipartei; Auflösung des Reichsnährstandes und Schaffung eines Nationalsozialistischen Bauernbundes; Schaffung eines Sozialamtes der NSDAP u. a. m. Die

meisten dieser Vorschläge trugen illusorischen Charakter. Sie widerspiegelten jedoch die zur Anpassung an die neuen Bedingungen drängende, krisenhafte Stimmung unter einigen Naziführern, aus der heraus aber häufig sowohl ein starres Festhalten an den nun einmal gewählten Prinzipien als auch der Wille zur Veränderung um jeden Preis entstand.

Bormann vertrat wie Röver und andere führende Faschisten auch die Auffassung, daß durch die Einheit von Partei- und Staatsämtern die „Dynamik der Partei flöten" gehe[28], wobei er ins Kalkül zog, daß die NSDAP, die sich jahrelang alle „Erfolge" selbst zu Buche geschlagen hatte, jetzt immer mehr und auf allen Ebenen mit den Schwierigkeiten und Mißständen identifiziert wurde. In der Praxis betrieb er jedoch eine völlig entgegengesetzte Politik. Die faschistische Partei unterlag einem objektiven Zwang, da sich das autoritäre Führerprinzip nicht allein durch die Reichsleitung der Nazipartei sowie durch deren Verschmelzung mit der obersten Ebene des Staatsapparates realisieren ließ. Dazu bedurfte es auch autoritärer Strukturen und Mittel auf der regionalen und der örtlichen Ebene. Daraus resultierte beispielsweise die in bürgerlichen Geschichtsdarstellungen häufig völlig überbewertete „Treue" Hitlers auch zu unfähigen Gauleitern, deren Stellung er in jeder Situation zu festigen trachtete. Über die staatliche Funktion der Gauleiter ist tatsächlich nie diskutiert worden, lediglich über die Einheit von Partei und Staat auf der untersten Ebene.

Die verstärkte antikommunistische und antisowjetische Kampagne der NSDAP Ende 1942 und im Jahr 1943 führte zu einer wenn auch nur zeitweiligen Stabilisierung der faschistischen Organe zur Manipulation und zur Lenkung der Massen. Der Krise des Regimes zeigte sich die NSDAP in dieser Situation zwar noch weitgehend gewachsen. Es mehrten sich jedoch die Anzeichen, daß ihr Einfluß auf die Massen zurückging. In den geheimen „Meldungen aus dem Reich" des RSHA tauchten seit dem Sommer 1943 zunehmend Berichte über abfällige Äußerungen gegen die Nazipartei, über „starke Kritiksucht"[29] sowie über das „Verschwinden von Parteiabzeichen an den Revers" und damit über Tendenzen einer sinkenden Disziplin selbst der Mitglieder der NSDAP auf. In den Berichten wurden auch mit Besorgnis die politischen Witze registriert, die unter den Massen die Runde machten und ein gewisses Barometer der Stimmung darstellten. So fühlten sich die Nazis offensichtlich peinlich daran erinnert, daß sie nach dem Krieg und dem Sturz der Hitlerdiktatur mit Sicherheit zur Verantwortung

gezogen würden, wenn es in einem dieser Witze hieß: „Wer der Partei fünf neue Mitglieder zuführt, darf selbst austreten. Wer zehn neue Mitglieder wirbt, bekommt sogar eine Bescheinigung, daß er nie in der Partei gewesen ist."[30] Es liest sich wie ein Resümé zur ersten Phase des „totalen" Krieges, was am 25. Juni 1943 in einer Meldung des SD geschrieben wurde: „Zu beobachten ist eine stetige Entwicklung zur negativen Seite hin, die aufzuhalten Propagandamaßnahmen und Reden führender Männer nicht in der Lage zu sein scheinen."[31]

Bormann formulierte am 6. Dezember 1943 in einer besonderen Anordnung erneut „Sinn und Ziel der Aktivierung der Partei". Er warnte davor, die an die NSDAP gestellten Aufgaben nur als „vorübergehenden Zustand" zu betrachten; es gelte vielmehr, „nun die *begonnenen Aktivierungsmaßnahmen fortzusetzen*".[32] Kurze Zeit später verlangte er von den Faschisten auf mittlerer und höherer Ebene, „auch in Zukunft alle Ansätze von Schwäche und schwankender Haltung mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln abzustellen". Diese Anordnung vom 24. Januar 1944 erhielt durch eine Gauleitung noch folgende Konkretisierung: „Da wo mit den Mitteln der Aufklärung, Propaganda und Schulung Andersdenkende nicht zu belehren sind, ist das Abstempeln zum Volksverräter und Wehrkraftzersetzer das einzig beste Mittel, das stets die gewünschte Wirkung erzielt."[33] Den Politischen Leitern der NSDAP und aller Naziorganisationen wurde es zur Pflicht erklärt, nicht nur alles zu tun, um den antifaschistischen Widerstandskampf unterbinden zu können, sondern auch rasch und hart gegen „Meckerer", „Unruhestifter", „Defaitisten" und „Gerüchtemacher" vorzugehen. In einem anderen Zusammenhang forderte Bormann, die Mitglieder der Parteiformationen müßten es verstehen, alle „immer wieder von neuem Glauben und Zuversicht zu beleben und die mitzureißen, deren Haltung erschüttert scheint".[34] Die Krise in der faschistischen Partei war jedoch zu einer unübersehbaren Tatsache geworden; es schien nicht nur so.

Dieser Entwicklung versuchten die Nazis auch mit einer Entscheidung zu begegnen, die am 24. August 1943 gefällt wurde. Hitler übertrug das bis dahin von Frick verwaltete Reichsinnenministerium an den Reichsführer SS Himmler. Damit vereinigte dieser alle faschistischen Repressivorgane in seiner Hand. Seine Ernennung zum Reichsinnenminister begrüßten solche führenden Monopolherren wie Friedrich Flick, Heinrich Bütefisch und Hermann Schmitz (IG Farben), Karl Ritter von Halt (Deutsche Bank), Ewald Hecker (Präsident der In-

dustrie- und Handelskammer Hannover, Ilseder Hütte AG), Emil Meyer (Dresdener Bank), Friedrich Reinhart (Commerzbank), Hellmut Roehnert (Rheinmetall Borsig AG) und August Rosterg (Wintershall AG). Sie unterstützten seine neuen Vollmachten und überwiesen ihm mehr als 1 Million RM. Im Begleitschreiben des Bankiers Kurt von Schröder hieß es: „Eine starke Hand ist jetzt für die Führung dieses Ministeriums notwendig, und es wird deshalb allseitig, insbesondere aber von Ihren Freunden dankbar empfunden, daß der Führer Ihnen diese Aufgabe übertragen hat."[35] Mit der Übernahme dieser Machtposition verstärkte sich Himmlers Einfluß auch in der Nazipartei, da ihm nunmehr auch die Gauleiter in ihrer Funktion als Reichsverteidigungskommissare unterstellt waren.

Die deutschen Kommunisten ließen sich in richtiger Erkenntnis der krisenhaften Prozesse des faschistischen Regimes von der Schlußfolgerung leiten, wie sie in einem „Kadermaterial der Leitung an die Genossen" vom 1. Oktober 1943 von Anton Saefkow und anderen führenden Widerstandskämpfern formuliert ist. Sie gingen davon aus, daß der deutsche Faschismus infolge seiner militärischen und innenpolitischen Lage in die letzte Etappe seiner Existenz eingetreten ist. Dieser kämpfe jetzt „mit dem Rücken an der Wand, um die Krise ... zu meistern". Darüber hinaus gingen die Kommunisten davon aus, daß diese Krise „nicht nur die Krise einer Clique oder des Staatsapparates allein (ist), sondern die Krise der deutschen Bourgeoisie". Weitsichtig und zugleich als Grundlage für eine Verstärkung der antifaschistischen Aktivitäten gegen *alle* Pläne der herrschenden Klasse wurde ferner formuliert: „Und genauso, wie die italienische Bourgeoisie durch den Sturz Mussolinis sich einen Ausweg zur Sicherung ihrer eigenen Klassenherrschaft zu sichern versucht, ist auch die deutsche Bourgeoisie nicht auf immer und ewig mit Hitler verheiratet, sondern wird alles tun, um, wenn nicht mit Hitler – dann gegen ihn – trotz militärischen Zusammenbruchs und politischer Katastrophe, sich einen kapitalistischen Ausweg zu eröffnen."[36]

16. Kapitel

„. . . bis alles in Scherben fällt"

Der grundlegende Umschwung im Verlauf des zweiten Weltkrieges hatte sich in den großen Sommer- und Herbstschlachten des Jahres 1943 an der deutsch-sowjetischen Front vollendet. Von mehr als der Hälfte des besetzten sowjetischen Territoriums konnten die faschistischen Truppen vertrieben werden; 144 Divisionen waren zerschlagen worden. Deutschland hatte den Verlust von fast zwei Millionen Toten, Verwundeten und Vermißten sowie einer unübersehbaren Menge an Kriegsmaterial zu verzeichnen. Auch auf den anderen Kriegsschauplätzen, an der nordafrikanischen Küste, in Italien, zur See und in der Luft erlitten die Faschisten eine Niederlage nach der anderen. Der Versuch Hitlerdeutschlands war völlig fehlgeschlagen, durch eine groß vorbereitete Offensive im Kursker Bogen die Wende des Krieges aufzuhalten, den faschistischen Mächteblock vor dem Zerfall zu bewahren und die politischen Auswirkungen der militärischen Niederlagen zu mindern.

Die Faschisten sahen sich endgültig in die Defensive gezwungen. Ihre Hoffnung, die Streitkräfte der UdSSR schlagen und große sowjetische Gebiete okkupieren zu können, brach völlig zusammen. Mit Hilfe der im Rahmen des „totalen" Krieges getroffenen Maßnahmen gelang es ihnen zwar, 1944 die Rüstungsproduktion noch weiter zu steigern und den Krieg fortzusetzen, an der unvermeidlichen Niederlage des faschistischen deutschen Imperialismus ließ sich jedoch nichts mehr ändern. Ihre militärstrategischen Pläne sahen daher für das Jahr 1944 hauptsächlich vor, die Front gegen die Rote Armee zu stabilisieren. Dadurch sollten Zeit und Gelegenheit geschaffen werden, den Truppen der als militärisch schwächer eingeschätzten Westmächte bei deren Landung in Westeuropa, der lang erwarteten Eröffnung der „zweiten Front", erfolgreich begegnen zu können. Ihre Ziele waren darauf ge-

richtet, die Antihitlerkoalition zu spalten sowie den wachsenden Widerstand in den okkupierten Gebieten, aber auch die in den verbündeten Ländern aufkeimende Opposition zu brechen. Danach wollten die Faschisten erneut alle Kraft gegen die Sowjetunion konzentrieren.

In politischer Hinsicht waren die Nazis gezwungen, ihre 1940/1941 ausgearbeiteten und weitreichenden Pläne der „Neuordnung" Europas zu modifizieren. Dementsprechend propagierten sie jetzt als ihr Kriegsziel vor allem die „europäische Solidarität gegen den Bolschewismus" bzw. einen „Europäischen Sozialismus", der von einem antikommunistischen „Europäischen Staatenbund" oder von einer „Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft" getragen werden sollte. Diese Anpassung an die veränderten Bedingungen für den faschistischen deutschen Imperialismus äußerte sich in einer Vielzahl neuer terroristischer Aktionen und staatsmonopolistischer Maßnahmen, von denen die Naziführer glaubten, sie seien für die weitere Kriegführung zweckmäßig und gleichzeitig geeignet, den Krieg bei Aufrechterhaltung imperialistischer Machtpositionen zu beenden. Mehr und mehr wurde auch die Nachkriegszeit ins Visier genommen. Alle Institutionen und Organisationen der Nazipartei richteten ihre Tätigkeit auf das Ziel, „die seelischen Kräfte des deutschen Volkes *für die Gefahren und für die Gestaltung des kommenden Friedens hart und bereit* zu machen".[1]

Angesichts des siegreichen Vormarsches der Roten Armee und des sich festigenden Bündnisses der Antihitlerkoalition wurden von einzelnen Gruppen und Personen der faschistischen Führung zahlreiche Vorschläge für eine modifizierte Politik ausgearbeitet, aber immer wieder zugunsten der extremsten Lösungen als untauglich verworfen, da auch sie den Gegebenheiten und dem Kräfteverhältnis zuwiderliefen. Die Fülle von Denkschriften und Erfahrungsberichten, deren Verfasser in den Jahren 1944 und 1945 nach neuen Wegen suchten und gewisse Veränderungen der Prinzipien und Praktiken faschistischer Außen- und Okkupationspolitik empfahlen, widerspiegelte die Zuspitzung der inneren und äußeren Widersprüche des faschistischen deutschen Herrschaftssystems. Sie brachten die Divergenzen und Meinungsverschiedenheiten zum Ausdruck, die im Vergleich zu früher immer weniger nur Fragen von taktischem Rang betrafen und die quer durch den gesamten faschistisch-staatsmonopolistischen Machtapparat verliefen.[2] Selbst innerhalb der Reichsleitung der NSDAP und in der Parteikanzlei wurden in verstärktem Maße unterschiedliche konzeptionelle Varianten erwogen.

Als der zweite Weltkrieg Ende 1943/Anfang 1944 in seine letzte Periode trat, suchten bestimmte Kreise aus der Industrie, dem Staatsapparat, der Wehrmachtführung und auch aus der NSDAP, einen solchen Übergang vom Krieg zum Frieden zu finden, der die Machtgrundlagen des deutschen Imperialismus zu erhalten in der Lage war.[3] Dabei erreichte die Rivalität zwischen den verschiedenen staatsmonopolistischen Gruppierungen einen neuen Höhepunkt. Es ging um die Aufteilung der schrumpfenden Auslandsmärkte, um die knapper werdenden Rohstoffe und vor allem auch um die Sicherstellung von Arbeitskräften, ohne die selbst wichtigste Produktionskapazitäten brachliegen mußten. Ein großer Teil der deutschen Monopolbourgeoisie stand nach wie vor hinter dem faschistischen Partei- und Staatsapparat und festigte die Beziehungen zu den maßgeblichen Kreisen der NSDAP um Hitler, Bormann, Speer, Funk, Schwerin von Krosigk, Göring und die Gauleiter.[4] Dieser Teil der herrschenden Klasse war zwar untereinander zerstritten und bildete ein Konglomerat verschiedenster Sonderinteressen, er stand jedoch bis Mitte 1944 noch relativ geschlossen jener von Carl Goerdeler und Ludwig Beck repräsentierten Gruppierung entgegen, die willens war, wesentliche Teile des faschistischen Kriegszielprogramms sowie die Machtpositionen des deutschen Imperialismus und Militarismus im Innern durch eine Preisgabe Hitlers und anderer besonders kompromittierter faschistischer Führer zu retten. Sie bereitete einen Putsch gegen die Hitlerregierung vor, wollte eine konservativ-autoritäre Militärdiktatur errichten sowie durch einen antisowjetischen Separatfrieden mit den Westmächten den deutschen Imperialismus vor einer vernichtenden Niederlage bewahren. Allen Gruppierungen ging es jedoch nicht um eine sinnvolle Alternative zu der sich abzeichnenden totalen Niederlage, sondern lediglich um neue Varianten der klassenegoistischen aggressiven und abenteuerlichen Politik des deutschen Imperialismus und Militarismus.

Der Sturz des faschistischen Regimes in Italien im September 1943, das rasche Zerbröckeln des faschistischen Mächteblocks und das Anwachsen der Befreiungsbewegungen in ganz Europa blieben nicht ohne ernste Auswirkungen auf die innere Lage Hitlerdeutschlands. Unter den Werktätigen nahmen die berechtigten Zweifel an einem Sieg Hitlerdeutschlands überall zu, verstärkten sich kritische Äußerungen gegen die faschistische Partei und die Naziregierung. Die Führung der NSDAP reagierte darauf mit einer weiteren Verstärkung aller ihrer Aktivitäten. Die Tendenz wurde immer spürbarer, um jeden Preis

wenigstens die imperialistische Staatsmacht zu erhalten und das Funktionieren eines möglichst intakten Staatsapparates – sowohl nach innen als auch nach außen – zu gewährleisten. Es ist augenfällig, daß die meisten Denkschriften, deren Autoren selbst dem faschistischen Machtapparat in Partei- oder Regierungsfunktionen dienten und neue Lösungen und Varianten als Ausweg aus der immer ungünstiger werdenden Situation vorschlugen, kaum Gedanken über die Existenz und die Rolle der NSDAP in einem imperialistischen deutschen Nachkriegsstaat enthielten. Obwohl sich fast alle Führer der Nazipartei an den Nachkriegsplanungen beteiligten, ist in der bisherigen Forschung wenig darüber bekannt geworden, welche Pläne sie in dieser Zeit über die künftige Rolle der NSDAP hegten. Im Vordergrund standen eindeutig ökonomische Fragen, die Rettung der Wirtschaft vor einem Zusammenbruch durch eine „wirtschaftspolitische Überlebensstrategie".[5]

Im Verlauf des Jahres 1944 verdichteten sich – nach dem bisherigen Stand der geschichtswissenschaftlichen Forschung – diese und andere Überlegungen nicht zu einer einheitlichen Konzeption über Veränderungen in Einsatz und Funktion der Nazipartei. Für die Kriegs- und Nachkriegsplaner war die Existenz der NSDAP noch ein Tabu, strebten sie doch die Schaffung von Voraussetzungen für die Realisierung ihrer „wirtschaftspolitischen Überlebensstrategie" mit Hilfe der Nazipartei an. Die unmittelbaren Aufgaben der NSDAP vergrößerten sich sogar.[6] Alle Faschisten wußten sich auch darin einig, daß selbst eine Andeutung, die Stellung dieser Organisation im faschistischen politischen Herrschaftssystem müsse reduziert werden, die innere Krisenhaftigkeit der Diktatur verstärkt und dem antifaschistischen Widerstand neue Kräfte zugeführt hätte. Im Rahmen der Überlegungen für einen Ausweg aus den innenpolitischen Konsequenzen der bevorstehenden militärischen Zerschlagung ging auch die bürgerliche Opposition, deren Aktionen im Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944 und in einem rasch zerschlagenen Putschversuch gipfelten, nicht von der Beseitigung oder dem Verbot der NSDAP aus; es gab nichts Vergleichbares, was an ihre Stelle gesetzt oder rasch neu geschaffen werden konnte.

General von Witzleben, für den der Oberbefehl über die Streitkräfte vorgesehen war, wollte mit dem ersten Befehl nach einem gelungenen Staatsstreich den Eindruck erwecken, als hätte „eine gewissenlose Clique frontfremder Parteiführer" Hitler ermordet.[7] Nach den Vorstellungen von Goerdeler, Popitz, Beck u.a. sollten lediglich Hitler

sowie einige bei den Werktätigen besonders verhaßte Führer der Nazipartei, der SS und der Naziregierung beseitigt werden. Unter einer neuen Führung sollten die Nazis in einem Mehrparteiensystem einen wichtigen Platz einnehmen, wobei Goerdeler allerdings auf die Existenz mehrerer bürgerlicher Parteien orientierte: „Der Marxismus hat abgewirtschaftet und kann nicht wieder Grundlage einer Partei werden."[8]

Von dieser Position hoben sich Stauffenberg und andere patriotische Offiziere ab, die nicht nur die Person Hitlers beseitigen wollten. Ihnen ging es um die Liquidierung des gesamten Naziregimes.[9] Die NSDAP sollte den neuen militärischen Befehlshabern unterstellt, die Waffen-SS in das Heer eingegliedert werden. Führende Nazis sollten verhaftet und abgeurteilt werden. Eine konsequente Auflösung und ein dauerhaftes Verbot der NSDAP forderten vor allem die deutschen Kommunisten[10], sowohl deren Zentralkomitee und das von ihm initiierte Nationalkomitee „Freies Deutschland" als auch die operative Leitung der KPD in Deutschland. In einem von Franz Jacob niedergeschriebenen Dokument der operativen Leitung vom Juni 1944, das Prinzipien der schrittweisen Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse nach der Beendigung des zweiten Weltkrieges enthielt, wurde von der Notwendigkeit ausgegangen, den Faschismus als „Organisation und Ideologie" zu liquidieren, mit seinen Hintermännern ebenso wie mit den Kriegsverbrechern abzurechnen.[11]

Die Führung der Nazipartei stellte ihre Organisationen völlig auf die „Durchhalte"-Taktik des deutschen Imperialismus und die Vorbereitung eines Kriegsendes ohne einen neuen 9. November 1918 ein. Sie beteiligte sich an der Ausarbeitung der zahlreichen Pläne und Konzeptionen in den unterschiedlichsten, z. T. neugeschaffenen Institutionen und Gremien.[12] Diese Pläne galten der Frage, welche Expansions- und Integrationsstrategie langfristig vorzubereiten und wie diese ideologisch-propagandistisch zu begründen wäre, wie die werktätigen Massen auch weiterhin unterdrückt werden können sowie vielen weiteren Fragen. Auf dem organisationspolitischen Gebiet gab es dagegen kaum größere ausgearbeitete Vorstellungen. In dieser Hinsicht wurde improvisiert, ließ man sich mehr oder weniger von den Ereignissen treiben. In internen Äußerungen häuften sich daher die Klagen über ein zu hohes Maß an „Tagesarbeit". Viele Faschisten sahen, sich selbst bemitleidend, die Nazipartei „dem deutschen Volke gegenüber in einen außerordentlich großen Mißkredit" und in die Rolle

eines „Prügelknaben der Öffentlichkeit" gedrängt. Der 20. Juli 1944 wurde von einigen Faschisten „auch auf einen ungenügenden Einsatz der Partei in diesem Kriege" zurückgeführt.[13] Der mitunter gewünschte Rückzug auf die „reinen politischen Führungsaufgaben", die dem „Verwalten" gegenübergestellt wurden, fand nicht statt. Im Gegenteil, die Tatsache, daß die Organisation der Nazis den verläßlichsten Teil des gesamten politischen Herrschaftsapparates des deutschen Imperialismus darstellte, sowie die Bereitwilligkeit, jede sich bietende Möglichkeit wahrzunehmen, um den Zeitpunkt der endgültigen Zerschlagung des faschistischen Regimes hinauszögern zu können, führten zwangsläufig zu einer verstärkten und „totalen" Übernahme staatlicher Aufgaben durch Institutionen, Parteiführer und Mitglieder der NSDAP.

Damit wuchs die Bedeutung der Nazipartei innerhalb des gesamten faschistischen Herrschaftsapparates des deutschen Imperialismus; die parteipolitische Organisation des deutschen Faschismus verselbständigte sich jedoch nicht und erhob sich auch nicht – wie bürgerliche Geschichtsdeuter immer wieder behaupten – „über" den Staat. Es handelte sich vielmehr um einen Prozeß der Ausdehnung von Funktionen und Aufgaben der NSDAP. Dieser war in vieler Hinsicht identisch mit dem Einsatz aller verfügbaren Parteikräfte für die Rüstungsproduktion, insofern auch mit einer weiteren Unterordnung der Nazipartei unter die Interessen und den unmittelbaren Machtapparat der Monopolherren. Vor allem Speer als Leiter des Reichsministeriums für Bewaffnung und Munition, das am 2. September 1943 im Ergebnis des Hitler-Erlasses über die „Konzentration der Kriegswirtschaft" seinen Verantwortungsbereich auf die gesamte „Rüstung und Kriegsproduktion" ausdehnte, machte sich zum Sprecher derjenigen, die die Nazipartei in erster Linie als eine Organisation zur Schaffung der politischen Bedingungen für eine gesicherte Rüstungsproduktion sowie für die Durchsetzung rücksichtslosester, totaler Prinzipien der Kriegswirtschaft betrachteten.

In einer Denkschrift, die Speer in seinen „Erinnerungen" bezeichnenderweise nicht abhandelt, legte er Hitler Anfang 1944 die Vorschläge des deutschen Finanzkapitals zur weiteren Steigerung der Rüstungsproduktion dar. Für sein Ministerium, das unmittelbar von führenden Monopolisten und Monopolvertretern geleitet wurde, forderte er neue Befugnisse: „Eine planvolle Lenkung der Gesamtproduktion ist eben nur möglich, wenn man gleichzeitig die Verteilung der Kohle, des Stromes, des Gases, der Arbeitskräfte ebenso wie des Stah-

les, der Metalle, der Betriebsmittel und der Transportmöglichkeiten bei sich vereinigt ... und gleichzeitig die vielen Dienststellen, die dem Betriebsführer Vorschriften, Maßregeln, Verhaltungen und Ratschläge geben, auch bei sich zusammenfaßt." Speer ging davon aus, daß eine Steigerung der Produktion zwar außerordentlich schwierig, für die „Durchhalte"strategie aber unabdingbar wäre. Daher wollte er „den Kreis der an der Rüstung mitarbeitenden Kräfte" vergrößern, und zwar *„durch die verstärkte Einschaltung der Partei*, insbesondere der Gauleiter als Reichsverteidigungskommissare, der DAF und des GBA". Diese „Aktivierung aller erforderlichen Kräfte" sei er jedoch nur durchzuführen bereit, wenn er wüßte, „daß insbesondere die Gauleiter als Reichsverteidigungskommissare und ihre Beauftragten ebenso wie alle anderen in Frage kommenden Stellen ... in allen Fragen meines Ressorts und meiner Aufgabenstellung *auch wirklich bedingungslos meinen fachlichen Weisungen entsprechen*".[14]

In seinen Reden vor den Gauleitern vom 6. Oktober 1943 und 9. Juni 1944 verfolgte Speer die gleiche Linie und forderte weitere Stillegungen in der Konsumgüterindustrie sowie die Überführung weiterer Arbeitskräfte in die Rüstungsproduktion. Bormann vertrat die Interessen der Rüstungsmonopole und widersetzte sich der Forderung des OKW, die Nazipartei solle sich vor allem stärker für die zahlenmäßige Vergrößerung der Wehrmacht einsetzen. Führende Mitarbeiter der Parteikanzlei standen in dieser Frage im Gegensatz zu ihm. Das geht aus einem aufschlußreichen Aktenvermerk Bormanns für Friedrichs und Klopfer vom 20. Mai 1944 hervor.[15] Bormann wandte sich gegen den Vorschlag Keitels, sogenannte Gaukommissionen unter Führung bzw. entscheidender Mitsprache der Gauleiter zu schaffen, deren Aufgabe es sein sollte, „Menschen unmittelbar für den Wehrdienst zu benennen". Das Profitstreben der Rüstungsmonopole diktierte die Ablehnung solch eines einseitigen Einsatzes der Nazipartei für die Wehrmacht; die NSDAP blieb auch jetzt die Interessenvertreterin der reaktionärsten Teile der deutschen Monopolbourgeoisie, der großen Rüstungsmonopole.

Innerhalb des politischen Herrschaftssystems veränderte sich im Verlauf des Jahres 1944 und in den letzten Kriegsmonaten der Platz und das machtpolitische Gewicht einzelner seiner Bestandteile. Den größten Bedeutungszuwachs erhielt – parallel zur wachsenden Rolle des faschistischen Terrors – die SS, deren Führer am 21. Juli 1944 zum Chef des Ersatzheeres ernannt wurde. Auch dabei handelte es

sich keineswegs um das Ergebnis einer „autonomen" Entwicklung der SS, sondern um das einer besonderen Förderung durch die herrschende Klasse. Der Machtzuwachs der SS führte natürlich auch zu Eigenständigkeitstendenzen und gelegentlich zu sehr heftigen Spannungen mit der Parteikanzlei und einigen Gauleitern der NSDAP, er widerspiegelte aber insgesamt eine objektiv bedingte Entwicklung innerhalb der faschistischen Diktatur. Die Aufgabe der ständigen „Sicherung der Macht" konnte nur mit einem sich mehr und mehr verbreiternden, immer stärker zentralisierten, gleichgeschalteten Apparat bewältigt werden, wozu die SS als Teil der NSDAP die günstigsten Voraussetzungen besaß.

So entfaltete sich das „Schwarze Korps" als das wichtigste Instrument der faschistischen Massenmord- und Ausrottungspraxis während des zweiten Weltkrieges und insbesondere in dessen letzter Periode. Seine Angehörigen erwiesen sich immer stärker als politische Kriminelle, die skrupellose und barbarische Befehle empfingen, erteilten und umsetzten. Das Gesicht der SS als verbrecherischste Organisation wurde u. a. von solchen Typen geprägt wie Rudolf Höß, Kommandant des Vernichtungslagers Auschwitz, wie Jürgen Stroop, der als führender Offizier der Waffen-SS das Warschauer Ghetto dem Erdboden gleichmachen ließ, wie Odilo Globocnik, der als SS- und Polizeiführer im Distrikt Lublin wütete und mit der Vernichtung der jüdischen Bevölkerung im Generalgouvernement Polen beauftragt war, wie Herta Oberhäuser, die als Ärztin verbrecherische medizinische Experimente an Häftlingen des Konzentrationslagers Ravensbrück vornahm, und auch von Scharführer Martin Sommer, der im Zellenbau des Konzentrationslagers Buchenwald mit sadistischer Lust Gefangene zu Tode prügelte.

In Deutschland richtete sich dieser Apparat insbesondere gegen die wachsende antifaschistische Widerstandsbewegung, aber auch gegen jede andere oppositionelle Regung, gegen die große Zahl von „Arbeitsniederlegungen" ausländischer Zwangsarbeiter, aber auch deutscher Arbeiter und schließlich selbst gegen kleinste Vergehen auf kriegswirtschaftlichem Gebiet. Auch in der zunehmenden Zahl von Verhaftungen und Todesurteilen kam zum Ausdruck, daß der Widerstandskampf gegen die Hitlerdiktatur in der zweiten Hälfte des Jahres 1943 und 1944 einen breiteren Umfang angenommen hatte. Gegen ihn gingen die Faschisten mit den allerhärtesten, den drakonischsten Maßnahmen vor. Die antifaschistische Widerstandsbewegung, die unter

Der SS entrissen – dem Leben noch nicht wiedergegeben. Nach der Befreiung des KZ Auschwitz durch sowjetische Truppen (27. Januar 1945)

Befreiung von Häftlingen des KZ Dachau durch amerikanische Truppen

Nach dem Sieg: sowjetische
Soldaten in den Trümmern
der Reichskanzlei

Führung der KPD stand und deren Kern illegale Organisationen der Kommunisten waren, vergrößerte sich und verbreiterte ihren Einfluß. In vielen Teilen Deutschlands dehnten die Widerstandsorganisationen, denen sich Kräfte aus fast allen Schichten der Bevölkerung anschlossen, ihren Kampf für den Sturz der faschistischen Diktatur und die Beendigung des Krieges immer stärker aus. Nach der Gründung des Nationalkomitees „Freies Deutschland" – sie erfolgte im Juli 1943 auf Initiative des Zentralkomitees der KPD sowie mit Unterstützung der KPdSU(B) und der sowjetischen Regierung – entfaltete sich der Widerstandskampf auch in Deutschland im Zeichen der Ziele der Bewegung „Freies Deutschland".[16] Gerade darin zeigte sich, daß die Faschisten in dem Jahrzehnt ihrer Herrschaft vergeblich versucht hatten, den revolutionären Geist der deutschen Kommunisten zu brechen. Getragen von großer Zukunftsgewißheit sowie historischer Verantwortung gegenüber der Arbeiterklasse und den werktätigen Massen wuchs die Bereitschaft der unter Führung der KPD stehenden antifaschistischen Widerstandsbewegung zur Aktion für den Frieden und den gesellschaftlichen Fortschritt.

Das Hitlerregime nutzte den fehlgeschlagenen Putsch vom 20. Juli 1944, um Tausende aktiver Antifaschisten zu verhaften und zu ermorden. Der hauptsächlich von der SS verübte Terror verbreitete unter dem größten Teil des deutschen Volkes Angst und Schrecken. Das war die von den Faschisten gewünschte Grundlage für ihre skrupellose antikommunistische Hetze, für die Einschüchterung des deutschen Volkes mit immer wieder verbreitetem Argument, es müsse bis zum „Endsieg" kämpfen, da es sonst vollständig vernichtet würde, aber auch für die niederträchtige Demagogie ihrer Kampagnen zur Propagierung eines baldigen Sieges aufgrund der von Hitler versprochenen „Wunderwaffen", infolge eines Auseinanderfallens der Antihitlerkoalition und vieler anderer illusionärer Parolen. So wurde erreicht, daß die große Mehrheit der deutschen Bevölkerung, trotz wachsender Unzufriedenheit, der faschistischen Diktatur und ihrer barbarischen Kriegführung gegenüber bis zum Ende des zweiten Weltkrieges, bis „fünf Minuten nach zwölf", nicht in den Arm fiel.

Der Machtzuwachs der SS erstreckte sich auch auf den militärischen Bereich. Sprunghaft erhöhte sich die zahlenmäßige Stärke der seit Ende 1939 existierenden Waffen-SS, für die von den Gau- und den Kreisleitern der Nazipartei besonders geworben wurde.[17] Die 40 Divisionen der Waffen-SS mit 910 000 Mann machten Ende 1944 zwar

nur etwa 10 Prozent der faschistischen Wehrmacht aus, sie verfügten aber über beinahe ein Viertel aller Panzerdivisionen und ein Drittel der Panzergrenadierdivisionen, d. h. der schlagkräftigsten Truppeneinheiten. Sie wurden auch besser mit Waffen und Munition als die übrigen Teile der Wehrmacht ausgerüstet. Bei den verlustreichen und fluchtartigen Rückzügen der faschistischen Wehrmacht wurden sie als sogenannte Eingreifverbände eingesetzt, um die Niederlagen hinauszögern zu können. Die unmenschliche Kampfführung der SS-Divisionen, ihr Fanatismus und ihre Skrupellosigkeit machten sie für den faschistischen deutschen Imperialismus und Militarismus unentbehrlich. Außerdem verwirklichten sie den faschistischen „Europa"-Gedanken auf eine besondere Weise: fast die Hälfte aller Divisionen bestand aus Angehörigen nationalistischer und antikommunistischer Organisationen anderer europäischer Länder.

Alle anderen nationalsozialistischen Organisationen wurden in verstärktem Maße zu „Kriegshilfsdiensten" herangezogen, einige entwickelten sich direkt zu Bestandteilen und Hilfstruppen der militärischen Formationen des faschistischen deutschen Imperialismus. Die SA, das NSKK und das NSFK verloren an Bedeutung, da kaum noch einsatzfähige Mitglieder zur Verfügung standen. Ihre Tätigkeit beschränkte sich mehr und mehr auf die Unterstützung der Wehrmacht in Deutschland durch die Mobilisierung älterer oder bereits zu Krüppeln gemachter Menschen. Dagegen erweiterten sich die Aufgaben solcher Naziorganisationen wie der NSF, mit deren Hilfe ein großer Teil der weiblichen Bevölkerung in die Rüstungsproduktion und in Hilfsdienste für die Wehrmacht eingegliedert wurde, wie der NSV, die aus der deutschen Bevölkerung die älteren Menschen und Versehrten „betreute", und der faschistischen Jugendorganisationen. Die HJ formierte aus Kindern und Jugendlichen zahlreiche Sondereinheiten und verstärkte die militärische Ausnutzung der Nachrichten-, Marine-, Flieger- und Motor-HJ. Der HJ-Streifendienst wurde ausgebaut, er wirkte als Kontroll- und Terroreinheit und vertiefte seine Zusammenarbeit mit Gestapo und SS.[18]

Gliederungen und Verbände, von denen die Naziführer keine „kriegsentscheidenden" Aktionen erwarteten, hatten ihre Tätigkeit einzustellen und ihre Ämter in der Reichsleitung der NSDAP zu schließen. Dieser Prozeß der „Vereinfachung" und „Einschränkung" kam auch einer Umverteilung personeller Einflußsphären innerhalb der Naziführung gleich. Neben Bormann und Himmler konnten Goebbels

(seit dem 25. Juli 1944 „Reichsbevollmächtigter für den totalen Kriegseinsatz“) und die skrupellosesten unter den Gauleitern ihren Einfluß erhöhen. Rosenberg, Ley, Göring u. a. vermochten sich trotz ihrer hohen faschistischen Funktionen immer weniger durchzusetzen. Die sich verändernde Einstellung Hitlers zu den Betreffenden kann dafür nicht als Ursache, wohl aber als Indikator angesehen werden.

Als im Gefolge der neuen Niederlagen im Herbst 1943 die Kampfkraft der faschistischen Armeen weiter sank, versuchte die Führung Hitlerdeutschlands, die Prinzipien ihrer Kampagne zur „Aktivierung der Partei“ auf die Wehrmacht zu übertragen. Durch einen Befehl Hitlers vom 22. Dezember 1943 wurde die Institution des „Offiziers für nationalsozialistische Führung“ geschaffen, die die als unzureichend angesehene politische Beeinflussung der Soldaten durch die bisherige „wehrgeistige“ Arbeit ersetzen und „eine allgemeine politische Aktivierung des Offizierskorps“ erreichen sollte. Zu diesem Zweck formierte sich innerhalb des OKW ein eigener Stab (NSF/W), dem im Jahre 1944 fast 100 Offiziere angehörten und der die Tätigkeit von 1 076 hauptamtlichen und 47 332 nebenamtlichen NS-Führungsoffizieren zu lenken hatte.[19] In der Parteikanzlei bildete sich unter Leitung von Willy Ruder ein Arbeitsstab, der die Zusammenarbeit der Nazipartei mit dem OKW-Stab (NSF/W) gewährleisten sollte. Dieser sicherte die Auswahl und organisierte den Einsatz sowie die Schulung der NS-Führungsoffiziere. Gemeinsam mit Rosenberg, der sich als „Beauftragter des Führers für die Überwachung der gesamten geistigen und weltanschaulichen Schulung und Erziehung der NSDAP“ bemüht hatte, die neue Institution seiner Dienststelle anzugliedern oder eine „Akademie für wehrgeistige Forschung und Erziehung“ zu schaffen, veranstaltete der Arbeitsstab der Parteikanzlei bis Ende 1944 in Krössinsee 13 Lehrgänge mit 2 435 Teilnehmern. Rosenbergs Rednertruppe hielt monatlich 1 300 Vorträge vor Wehrmachtangehörigen. Die Schulungsarbeit stellte nur einen kleinen Teil der Aufgaben des NS-Führungsoffiziers dar. Mit der Einrichtung des NSFO, der den Wehrmachtkommandeuren direkt unterstellt wurde, strebten die Faschisten vor allem eine Konzentration der sogenannten Truppenbetreuung an, die von der DAF, der KdF, dem Propagandaministerium, der Dienststellen Rosenbergs u. a. m. betrieben wurde. Das Schwergewicht, so erklärte Bormann, liege „besonders bei längerer Dauer des Krieges ... in einer für die Truppe notwendigen politischen Aktivierung, Willensbildung und einfachen, aber zwingenden politischen Führung“.[20]

Am Beispiel der NS-Führungsoffiziere ist von bürgerlichen Historikern oft nachzuweisen versucht worden, daß sich die Nazipartei damit die Wehrmacht untergeordnet hätte und von den Generalen im Gegensatz zu den Faschisten ein „unpolitischer Soldat" bevorzugt worden wäre. Das Spannungsverhältnis, das es in dieser Hinsicht und auf vielen Ebenen tatsächlich gegeben hat, betraf jedoch niemals die Grundfrage des Krieges und dessen Fortsetzung sowie die angestrebte Verstärkung der ideologischen Beeinflussung der Soldaten. Grundsätzlich richtete sich der Einsatz der NSFO gegen die Masse der Soldaten. Er brachte die Volksfeindlichkeit des Faschismus zum Ausdruck und nicht eine angebliche „Feindschaft" der NSDAP gegenüber der Wehrmachtführung. Zahlreiche Dokumente der Wehrmachtführung, aus der Feder von Generalen und Offizieren, belegen deren Bereitschaft und Initiative zur faschistischen Kriegführung und zu ihrer ideologischen Absicherung. Auseinandersetzungen in taktischen Fragen vermochten nicht das gemeinsame Interesse zu verdecken, das in der weiteren Sicherung der politischen und der geistigen Voraussetzungen des aggressiven militärischen Kampfes bestand.

Gemeinsam war den Führungen von Wehrmacht und Nazipartei die Furcht, daß die mutige Tat der Offiziere und Soldaten, die den Weg an die Seite des Nationalkomitees „Freies Deutschland" und des Bundes Deutscher Offiziere gefunden hatten, als Beispiel gelten und sich zuungunsten der faschistischen Armeen auswirken könnte. In einer Besprechung vom 7. Januar 1944 über den NSFO und seine Aufgaben erklärte Hitler: „Das Gefährlichste, was momentan an der Front stattfindet ... sind ohne Zweifel die Aufrufe, die von General Seydlitz kommen."[21] Nach Ruders Worten, der am 23. Februar 1944 vor den Reichs- und Gauleitern referierte, richteten sich die von den NS-Führungsoffizieren zu betreibende „dauernde politische Aufklärung" und „schlagkräftige(n) Parolen" gegen „das immer stärker verbreitete Gift des Feindes ...".[22]

Selbst als in den letzten Kriegsmonaten eine Eingliederung des NS-Führungsstabes der Wehrmacht in die Parteikanzlei erwogen wurde – eine Entscheidung fiel nicht mehr –, bedeutete dies keinen „Sturmangriff" der Nazipartei auf die „Machtstellung" der Militärs[23], sondern lediglich den Versuch, mit Hilfe organisatorischer Veränderungen einen höheren Grad der „Aktivierung" und der „Fanatisierung" der Soldaten zu erreichen. Insgesamt hat die Institution des NS-Führungsoffiziers die krisenhafte Entwicklung nicht zum Stillstand bringen können;

immer mehr Soldaten und Offiziere erkannten, wie aussichtslos die Fortsetzung des Krieges war und welchen verbrecherischen Zielen sie geopfert werden sollten. Waren bis 1943 durch die faschistischen Militärgerichte etwa 4 000 deutsche Soldaten zum Tode verurteilt worden, so verdreifachte sich in der letzten Periode des Krieges diese Zahl.[24] Am 7. Juli 1944 wurde ein Zentrales Sonderstandgericht für die Wehrmacht geschaffen, das allein über die „politischen Straftaten" deutscher Offiziere und Soldaten zu urteilen hatte. Die Zahl der Hinrichtungen in den letzten Kriegsmonaten ist heute nicht mehr feststellbar. Unter dem Druck dieses Terrors und der faschistischen „Durchhalte"-Propaganda folgte die Masse der deutschen Soldaten der Naziführung bis zur Befreiung des deutschen Volkes vom Hitlerfaschismus und brachte unsägliche Opfer für den sinnlosen, verbrecherischen Krieg.

Mit dem Erlaß Hitlers über den „totalen" Kriegseinsatz vom 25. Juli 1944 reagierte das faschistische Regime im innenpolitischen Bereich auf die Eröffnung der zweiten Front durch anglo-amerikanische Truppen am 6. Juni und vor allem auf die am 23. Juni begonnene sowjetische Großoffensive gegen die faschistische Heeresgruppe Mitte. Er leitete zugleich eine neue Phase des faschistischen Terrors und den Versuch der nationalsozialistischen Organisationen ein, noch stärker als bisher alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens ihrer Kontrolle zu unterwerfen. Weitere einschneidende Maßnahmen traten in Kraft, um der ernsthaften Krise der Diktatur und der wachsenden Unzufriedenheit der Bevölkerung begegnen zu können und um das Äußerste aus den Volksmassen für die sinnlose Fortsetzung des Krieges herauszuholen. In einer kaum noch zu überbietenden Weise verschärften die Nazis den Terror. „Der Krieg des Hitlerregimes trat in seine blutigste und terroristischste Phase."[25]

Bormann ordnete am 12. August 1944 eine „Aktion zur rücksichtslosen Ausmerzung aller Verräter, Defätisten und ähnlicher Handlanger des Feindes" an, wobei die Funktionäre und die Mitglieder der Nazipartei verpflichtet wurden, der Gestapo alle Personen zu melden, „die in Vergangenheit oder Gegenwart durch ihr Verhalten Anlaß zu Zweifeln an ihrer nationalsozialistischen Haltung und weltanschaulichen Festigkeit gegeben haben". Diese Anordnung ergänzte Bormann mit einem Rundschreiben, in dem der § 127 der Reichsstrafprozeßordnung dahingehend ausgelegt wurde, daß jeder „Parteigenosse" und jeder „Volksgenosse" jeden anderen Bürger auf bloßen Verdacht hin „vorläufig festnehmen" dürfe.[26]

In den Sommer- und Herbstmonaten des Jahres 1944 begann der zweite Weltkrieg dorthin zurückzukehren, von wo er ausgegangen war. Die sowjetischen Streitkräfte hatten die faschistischen Truppen fast vom gesamten Territorium der UdSSR vertrieben und die Befreiung der Länder Ost- und Südosteuropas begonnen. In dem Maße, wie sich die Alliierten den Grenzen Deutschlands im Osten und im Westen näherten bzw. sie überschritten, steigerte sich auch die Furcht der Faschisten vor Unruhen und Aufständen der deutschen Arbeiterklasse und der zwangsweise nach Deutschland verschleppten ausländischen Arbeitskräfte. Hitler versicherte zwar Ende Juni 1944 in Reden vor Generalen und Offizieren sowie vor Industriellen, daß es „im heutigen Deutschland keine Revolution geben" könne.[27] Die Nazipartei, deren Gauleitern Himmler im September 1944 besondere SS-Alarmeinheiten zur „Bekämpfung innerer Unruhen" zur Verfügung stellte, erhielt selbst immer mehr militärische Mittel, um ihre Funktionsfähigkeit als brutales Instrument zur Unterdrückung und Manipulierung der Massen auch in der letzten Kriegsphase aufrechterhalten zu können. Nach einem Rundschreiben Bormanns, in dem die Aufgaben der NSDAP im Falle einer Besetzung deutscher Gebiete durch Truppen der Alliierten festgelegt wurden, sollten sich alle Mitglieder bei „Unruhen und Aufständen Fremdvölkischer ... soldatisch an den Brennpunkten der Ereignisse" einsetzen.[28] Dementsprechend veranlaßte die Parteikanzlei die ausreichende Bewaffnung der Politischen Leiter. Vom OKW wurden im Herbst 1944 zu diesem Zweck 40 000 Pistolen, 3 000 Handgranaten, 500 Gewehre und 150 Maschinengewehre zur Verfügung gestellt. Darüber hinaus befanden sich mehr als 100 000 Pistolen im Besitz der Naziführer.[29]

Der „Kriegseinsatz" der Nazipartei wuchs an, je mehr sich der Widerspruch zwischen den Anforderungen des Krieges und den tatsächlich vorhandenen Kräften zuspitzte. Einerseits nahm der Einsatz der NSDAP auf allen Gebieten ständig zu, andererseits wuchs die Diskrepanz zwischen den Zielen der deutschen Monopolbourgeoisie und den Ergebnissen des Einsatzes der Nazipartei. Dieser Widerspruch prägte die krisenhafte Entwicklung der NSDAP in den letzten Monaten und Wochen des zweiten Weltkrieges.

Die Parteikanzlei versuchte, dem mit vielfältigen Maßnahmen entgegenzuwirken. Zunächst ging sie daran, den Apparat der Nazipartei wieder personell zu vergrößern. Dies begründete Bormann in einem aufschlußreichen Schreiben vom 19. August 1944: „Noch weit ein-

dringender und umfassender als bisher muß der Zusammenhalt zwischen den Volksgenossen täglich aufs neue sichergestellt werden. Es wäre ebenso töricht wie verantwortungslos, wenn wir Mitarbeiter, die für diesen Aufgabenbereich notwendig und wichtig sind, freigäben. Einrichtungen der Partei, die zur Aufrechterhaltung und Festigung des Gemeinschaftsgefühls, des Widerstandswillens und der Einsatzbereitschaft des Volkes dienen, dürfen deshalb keinesfalls eingeschränkt werden. Die täglich neue Festigung des Volksgefüges ist von kriegsentscheidender Bedeutung. Durch Einschränkungsmaßnahmen in den Reichsleitungsdienststellen sollen für die praktische Parteiarbeit besonders in den Kreisleitungen Kräfte freigestellt werden."[30] Hitler verfügte, daß die durch Einberufungen zur Wehrmacht entstandenen Lücken im Korps der Politischen Leiter „schnellstens geschlossen" werden sollten.[31] Die Zahl der „Unabkömmlichen" im Apparat der Nazipartei (ohne die SS) erhöhte sich von 13 886 im Mai 1943 auf 20 964 im Juni 1944. Von den 37 192 männlichen hauptberuflichen Naziführern waren im Juli 1944 beschäftigt: 8 782 im engeren Parteiapparat, 1 381 in der SA, 643 im NSKK, 2 964 in der HJ, 14 094 in der DAF, 8 484 in der NSV und 844 in anderen Gliederungen und Verbänden (ohne SS). 10 550 galten als Mitarbeiter der NSDAP-Reichsleitung und der Parteikanzlei, während 26 642 in den Gau- und Kreisleitungen tätig waren.[32] Außerdem arbeiteten 140 000 Frauen hauptberuflich für die Nazipartei, davon etwa 60 000 in der NSV. Als ehrenamtliche Kräfte und Mitarbeiter der Nazipartei galten etwa drei Millionen Mitglieder.

Obwohl in einem Rundschreiben Bormanns die „Einschränkung des amtlichen Erlaß- und Verkündungswesens" verlangt wurde, bürokratisierte sich der Führungsstil innerhalb der Nazipartei während der letzten beiden Kriegsjahre außerordentlich. Je weniger die Befehle umgesetzt werden konnten und zu wirksamen Ergebnissen führten, desto mehr wurde Papier beschrieben. 1944 verschickte die Parteikanzlei – von Goebbels einmal spöttisch als „Papierkanzlei" bezeichnet[33] – allein 478 Rundschreiben, 471 Bekanntgaben, 423 Anordnungen sowie zahlreiche weitere Verfügungen und Führungsbefehle. Auch das war ein Ausdruck der sich immer mehr vertiefenden Kluft zwischen den Mitgliedern und den Führern innerhalb der Nazipartei. Da sich die Wirkung der faschistischen Propaganda verringerte und die Unzufriedenheit großer Teile der deutschen Bevölkerung – die allerdings kaum zu größerem aktivem antifaschistischem Kampf führte – auch auf

die Mitglieder der Nazipartei übergriff, suchte die NSDAP-Reichsleitung einen Ausweg in weiteren und immer strikteren Befehlen gegenüber den eigenen Anhängern. Sie sah auch keine Möglichkeit mehr, neue Mitglieder zu gewinnen. Daher ordnete Schwarz am 30. September 1944 die „Einstellung" von Mitgliederaufnahmen an, wovon aber „Kriegsversehrte" ausgenommen waren.

Zu den am 25. Juli 1944 angekündigten Maßnahmen gehörte auch der Ausbau aller sog. Selbstschutzkräfte, wobei die Führung, der organisatorische Ausbau und der Einsatz dieser Kräfte den Dienststellen der Nazipartei übertragen wurden. Neben dem Luftschutz gehörte der Stellungsbau ebenfalls in den Kompetenzbereich der Nazipartei. Die Faschisten trieben die Bevölkerung in den östlichen Gebieten zum Anlegen von Gräben und sonstiger behelfsmäßiger Verteidigungsanlagen, die allerdings für die moderne Technik und den Kampfgeist der Roten Armee keinerlei Hindernis bedeuteten. Ab November 1944 baute die Nazipartei ein sog. Wehrmachthelferinnenkorps auf. Außerdem formierte sie „Kriegshilfsmannschaften" für Einrichtungen wie die Heimatflak, Scheinwerferbatterien, Stadt- und Landwacht und die Werkschutzalarmkompanien. Schließlich schuf sie den „Werwolf", der in den von alliierten Truppen besetzten Gebieten terroristische Aktionen durchführen sollte. Diese und andere Zwangsmaßnahmen sollten die gesamte „Volksgemeinschaft einschließlich der weiblichen Bevölkerung", unter ausdrücklichem Verzicht auf das Prinzip der Freiwilligkeit, in den „totalen Kriegseinsatz" integrieren. Einen geschlossenen Einsatz von Nazi-Formationen verbot Bormann ausdrücklich, damit sich die Kontrollmöglichkeiten der Faschisten auch ja nicht verringerten.[34]

Mit dem Erlaß vom 25. September 1944 übertrug Hitler auch die Bildung und Formierung des „Deutschen Volkssturmes" den Hoheitsträgern der NSDAP. Damit begannen die Nazis buchstäblich das letzte militärische Aufgebot zu organisieren, dem alle waffenfähigen Männer im Alter von 16 bis 60 Jahren angehören sollten, die nicht zur Wehrmacht eingezogen waren. Die Ortsgruppen der NSDAP hatten die Listen für die Erfassung zum Volkssturm zu führen. Mit Hilfe eines eigenen, von Friedrichs geleiteten Arbeitsstabes lenkte die Parteikanzlei den Aufbau des Volkssturmes, der nach ihren Plänen aus sechs Millionen Angehörigen sowie einem umfangreichen weiblichen Hilfsdienst bestehen sollte. Seine Gliederung entsprach der territorialen Struktur der NSDAP. Vorgesehen waren vier „Aufgebote": das erste

für den direkten Einsatz im militärischen Kampf – vor allem an der deutsch-sowjetischen Front; das zweite, das sich weitgehend mit den „Werkscharen" der DAF deckte, für den Einsatz zu Sicherungsaufgaben in kriegswichtigen Betrieben; das dritte zur Erfassung aller „Ungedienten"; das vierte zum Einsatz von Kriegsversehrten, Kranken und Gebrechlichen für Wachdienste.[35] Die Schießausbildung des Volkssturmes erfolgte durch die SA, der militärische Einsatz durch die SS. Die unzulängliche Ausrüstung des Volkssturms mit Kleidung und Nahrungsmangel veranlaßten die NSDAP, im Januar 1945 eine von ihr getragene Sammlung unter dem Motto: „Volksopfer" und „Der Führer erwartet Dein Opfer für Wehrmacht und Volkssturm" durchzuführen. Nicht einmal jeder Volkssturmmann konnte mit einem Gewehr für den Fronteinsatz versehen werden. Fünf Schuß Munition pro Karabiner und einige „Panzerfäuste" – das stellte oft die Bewaffnung ganzer Einheiten des Volkssturms dar. Viele von ihnen lösten sich beim ersten Kampf auf oder ließen sich durch Antifaschisten von der Sinnlosigkeit weiterer Kampfhandlungen überzeugen. Das letzte Mittel der Nazipartei zur Verlängerung des Krieges erwies sich rasch als wirkungslos, in innenpolitischer und organisatorischer Hinsicht trug es jedoch dazu bei, die faschistische Kontrolle über große Teile der Bevölkerung bis in die letzten Kriegstage hinein funktionsfähig zu halten.

Anfang 1945 stand der faschistische deutsche Imperialismus vor seiner endgültigen Niederlage. Die sowjetischen Truppen erreichten in breiter Front die Oder, die Verteidigungsstellungen der Wehrmacht in den west- und süddeutschen Gebieten hielten nicht mehr stand. Angesichts dieser Situation galt die unmittelbare Tätigkeit der Parteikanzlei mehr und mehr auch dem Organisieren von Sondereinsätzen der Politischen Leiter sowie der Herausgabe von Appellen, die den Zusammenbruch der Naziorganisationen auf der unteren Ebene verlangsamen sollten. Die Agonie der faschistischen Partei hatte noch viele andere Gesichter; sie zeigte sich darin, daß die braune Parteiuniform fast völlig aus dem Straßenbild verschwand, daß viele Naziführer einzig und allein ihren persönlichen Besitz zu retten bestrebt waren, daß viele Gau- und Kreisleiter die als „Evakuierung" deklarierte und von den faschistischen Parteidienststellen erzwungene Massenflucht der Bevölkerung aus den östlichen Gebieten zu einem Chaos werden ließen, nicht zuletzt auch darin, daß viele Politische Leiter feige und in Widerspruch zu ihren eigenen „Aufrufen" an die Bevölkerung skrupellos die Front und frontnahe Gebiete verließen.

Der Chef des RSHA, Ernst Kaltenbrunner, informierte Bormann im März 1945 über den nach seiner Meinung zu konstatierenden völligen Zerfall des Apparates der faschistischen Partei und über das „Versagen" vieler Naziführer. Bormann – offensichtlich in Illusionen befangen – veranlaßte dieser Bericht zu einer geharnischten Kritik und dem Vorwurf, Kaltenbrunner habe zu stark verallgemeinert.[36] Am 4. April notierte auch Goebbels für sein Tagebuch, es sei ein starker „Vertrauensschwund" in der Bevölkerung spürbar und „die Partei ... (habe) ziemlich ausgespielt".[37]

Trotz der zahlreichen Auflösungserscheinungen, trotz der Tatsache, daß die Vielzahl der gleichzeitig an sie gestellten Aufgaben wahrscheinlich auch von einer im Sinne der faschistischen Diktatur des deutschen Imperialismus völlig intakten und funktionsfähigen Partei nicht hätte erfüllt werden können, wirkte die Nazipartei selbst in den letzten Kriegswochen in beträchtlichem Maße systemstabilisierend. Große Teile der Bevölkerung distanzierten sich lediglich stillschweigend, nur partiell vom faschistischen Regime. Die Erkenntnis, daß der Krieg auf jeden Fall verloren war, führte noch immer nicht zur vollständigen Lösung von den vielfältigen Bindungen an den Faschismus.

Die deutschen Kommunisten, die sich in der Illegalität und im Exil darauf vorbereiteten, nach der Befreiung des deutschen Volkes die Überreste und die Wurzeln des Faschismus zu beseitigen sowie neue gesellschaftliche Verhältnisse zu schaffen, gingen davon aus, daß auch in dieser Zeit die Naziideologie und die Furcht vor dem Terror weiterwirkten. Sie stellten sich auf diese Situation ein, ebenso auf Stimmungen der Apathie und der Ausweglosigkeit, auf das Vorhandensein eines blinden antikommunistischen und antisowjetischen Hasses bei vielen Menschen. Die unübersehbaren Risse in der Massenbasis des Hitlerregimes bewirkten noch nicht den Übergang größerer Teile der Bevölkerung zu einem konsequenten und aktiven Antifaschismus.

Für solche Gebiete, in denen die „örtlichen Hoheitsträger ihren Aufgaben nicht gerecht" wurden, organisierte Bormann im Februar und März 1945 den „Sondereinsatz der Parteikanzlei", dessen Zentralstelle sich im 1936 errichteten Olympischen Dorf bei Berlin niederließ. Politische Leiter und Wehrmachtoffiziere, erstere auch in Wehrmachtuniform, hatten sich mehrere Wochen in solchen Gebieten aufzuhalten, den Volkssturm zu „betreuen", das Zusammenwirken zwischen der Wehrmacht und den örtlichen bzw. regionalen Dienststellen der NSDAP zu regeln oder die letzteren zu ersetzen.

Die Parteikanzlei sicherte mit einer Vielzahl von Rundschreiben und Anordnungen, in denen die Parole „siegen oder fallen" ständig variiert wurde, diesen Einsatz ab. Im Rundschreiben „Betr. Zuverlässigkeit und Disziplin in der Arbeit der Partei" vom 1. Februar 1945 hieß es u. a.: „Alle Befehle und zentralen Anweisungen sind unter allen Umständen bindend. Ihre Ausführung ist mit Entschlossenheit und notfalls mit drakonischen Mitteln durchzusetzen."[38] Am 23. Februar forderte Bormann den Ausschluß jedes Mitgliedes und Leiters aus der Nazipartei, der durch sein Verhalten zeige, „daß er sich von der NSDAP zu distanzieren versucht". Wer vor dem Feind fliehe, solle den staatlichen Gerichten bzw. dem Standgericht übergeben werden.[39] Am 1. April hieß es: „Ein Hundsfott . . ., wer nicht bis zum letzten Atemzuge kämpft. Er wird als Fahnenflüchtiger geächtet und behandelt."[40] Das RSHA beauftragte alle SD-Abschnitte und Außenstellen, das Funktionieren der Naziorganisationen in den Gauen und Kreisen zu überwachen, wobei alle Fälle, die mit den Anordnungen Bormanns „in Widerspruch stehen, dem RSHA sofort zu melden sind".[41]

Die meisten Naziführer wußten, daß mit der Zerschlagung der faschistischen Herrschaftsform des deutschen Imperialismus auch das Ende ihrer Organisation unvermeidlich bevorstand. Ihre persönlichen Zukunftserwartungen waren jetzt mit denen der großen Industriellen und Bankiers nicht mehr in jedem Fall identisch. Überlegungen, die noch 1944 in der Parteikanzlei zu den Themen: „Das Ausmaß des Kreises der Parteifunktionäre, die mit dem Ende des Krieges in den Ruhestand treten" und „Was die Partei tun muß, um mit dem Eintritt der Waffenruhe als Bewegung dem Volke wiedergeschenkt zu sein" angestellt wurden[42], spielten 1945 keine Rolle mehr. Als im April 1945 das „Freikorps Adolf Hitler" aus Politischen Leitern und der „Werwolf" aus HJ-Angehörigen gebildet werden sollten – viele Befehle blieben wie dieser auf dem Papier stehen –, war an einen letzten militärischen Einsatz an der Front bzw. in den bereits von den Alliierten besetzten Teilen Deutschlands gedacht. Die SS, die sich vielfach als die einzige intakte nazistische Organisation ansah, bereitete die Aktion „Überlebensträger" vor, d. h. die Flucht, das „Untertauchen" und die finanzielle Ausstattung der Nazis für die Nachkriegszeit. Aus den Reihen der SS stammte vermutlich auch der Gedanke, eine „deutsche Freiheitsbewegung (volksgenossische Bewegung)" zu konstituieren. Diese sei „als Bewegung der Frontsoldaten aus der alten nationalsozia-

listischen Bewegung herausgewachsen" und müsse sich von „einer verrotteten Parteibürokratie und einem mancherort eingerissenen korrupten Bonzentum", von „einem undeutschen einseitigen Führerprinzip" sowie vom „verantwortungslosen, leichtfertigen Vergeuden der deutschen Volkskräfte" lossagen. In Treue zu Hitler sollte Himmler als Reichskanzler fungieren und eine „feste Regierung" bilden, die „ergänzt wird durch die Mitentscheidung des Volkes, durch Volksentscheid und indirekte Wahl von Personen und nicht Parteien".[43] Bei seinen letzten Rettungsversuchen zugunsten der um ihre Existenz bangenden deutschen Monopolherren, u. a. in den Verhandlungen mit dem schwedischen Grafen Folke Bernadotte, wollte Himmler die NSDAP einschließlich der SS auflösen bzw. deren Namen durch „Partei der Nationalen Einheit" ersetzen.

Die letzte Phase des Bestehens der NSDAP bot ein Bild des potenzierten Verbrechens, des Bestrebens, sich der Verantwortung vor dem Gericht der Völker zu entziehen. Ihr volksfeindliches Wesen offenbarte sich zuletzt in der Absicht, die deutsche Bevölkerung in den eigenen Untergang einzubeziehen und sinnlos zu opfern. Die faschistischen Parolen vom Marschieren „. . . bis alles in Scherben fällt" sollten nun auch für Deutschland gelten, das nach dem bezeichnenden Selbstverständnis der Naziführer nicht wert sei, ohne sie weiter zu existieren. Mit dem „Nero"-Befehl Hitlers vom 19. März 1945, dessen Verwirklichung die Vernichtung selbst der ökonomischen Substanz der deutschen Monopolbourgeoisie bedeutet hätte, stießen die Nazis jedoch über die Grenze ihres sozialen Auftrages hinaus. Es kam zu großen Auseinandersetzungen um diesen Befehl. Vor allem Speer suchte ihn zu umgehen und aufzuheben, wobei er sich auf Klopfer, den Vertreter Bormanns in der Parteikanzlei, stützen konnte.[44] Am 30. März mußte sich Hitler mit der Linie einverstanden erklären, die Industrie nur zu „lähmen" anstatt wie ursprünglich vorgesehen die Taktik der „verbrannten Erde" anzuwenden. Speer sollte die dafür nötigen Durchführungsbestimmungen herausgeben. Damit war eine Entscheidung gefallen, die den Interessen der Monopolherren vor allem in den westdeutschen Industrierevieren Rechnung trug, während es im Osten Deutschlands zu großen Zerstörungen kam.

Die strategische Konzeption des deutschen Monopolkapitals diente – ungeachtet aller inneren Widersprüche – der Vorbereitung eines imperialistischen Friedens sowie der Sicherung neuer Startbedingungen für die Zeit nach dem Kriege. Mehr und mehr blieb in dieser Kon-

zeption kein Platz für die gescheiterte, krisengeschüttelte und diskreditierte Nazipartei. Die deutsche Monopolbourgeoisie gab jedoch die Partei, die ihr bisher so große Profite und so günstige Expansionsbedingungen geboten hatte, nicht freiwillig oder gar aus eigener „antifaschistischer" Initiative auf. Sie stand unter dem Druck der siegreichen Völker der Sowjetunion und der Antihitlerkoalition, unter dem Zwang des gesetzmäßigen Sieges aller Kräfte des Sozialismus, der Demokratie und des Friedens über den Faschismus.

Die deutsche Monopolbourgeoisie nahm die Dienste der Nazipartei bis zur Zerschlagung des deutschen Faschismus in Anspruch, unabhängig davon, daß diese mehr und mehr der Versuch unternahm, einen neuen Ausgangspunkt zur Erhaltung und Weiterführung der kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung in Deutschland zu finden. 1918 hatte es genügt, daß sich die bürgerlichen Parteien neu formierten und die Firmenschilder wechselten; 1945 stand mehr auf dem Spiel. Der zweite Weltkrieg war mit dem Ziel der Vernichtung des Sozialismus in der UdSSR und der Errichtung der Weltherrschaft des deutschen Imperialismus begonnen worden, doch die neue, sozialistische Gesellschaftsordnung erwies ihre Lebenskraft und Überlegenheit. Auch in Deutschland war das Ziel, die Kommunisten und alle anderen revolutionären Kräfte zu beseitigen, nicht erreicht worden, im Gegenteil, die Wirksamkeit des antifaschistischen Widerstandes nahm in den letzten Monaten des zweiten Weltkrieges mehr denn je zu.

Der Sieg der Sowjetunion und ihrer Verbündeten über den Hitlerfaschismus veränderte grundlegend das internationale Kräfteverhältnis und leitete neue Schritte auf dem Wege der Menschheit vom Kapitalismus zum Sozialismus ein. Anders als 1918, in viel größerer Dringlichkeit stand der deutsche Imperialismus und Militarismus jetzt am Rande eines von seiner Profitgier, von seiner barbarischen Menschenfeindlichkeit und seiner abenteuerlichen Aggressionslust herbeigeführten Abgrundes. Die faschistische Diktatur und die NSDAP hatten sich nur zeitweilig als stabilisierende und profitfördernde Faktoren in der politischen Machtausübung des deutschen Imperialismus erwiesen. Für den Übergang zum imperialistischen Frieden, für das angestrebte Bündnis mit den Westmächten und für ihren weiteren Kampf gegen den Sozialismus, gegen Frieden und Demokratie, war die diskreditierte Nazipartei ein untaugliches Instrument geworden.

Im Juli 1944 hatte erst ein kleiner Teil der deutschen Monopol-

bourgeoisie versucht, sich von der NSDAP und ihrem „Führer" zu distanzieren – im April und Mai 1945 dominierte dieses Bestreben in allen Teilen der herrschenden Klasse, deren maßgebliche Vertreter sich bereits auf der geheimen Konferenz vom 10. August 1944 in Straßburg darauf zu orientieren begannen. Die deutsche Monopolbourgeoisie ließ sich dabei von dem Beschluß der Alliierten über die vollständige Vernichtung der NSDAP, der Anfang Februar 1945 in Jalta gefaßt wurde, leiten. Ein Teil der Führung der Nazipartei begriff nun, daß man nach der Niederlage ausgespielt haben würde, und entschied sich vollends für die Parole „Sieg oder Untergang", mit der sich mehr und mehr nur ihre persönlichen Interessen deckten. Bei den Auseinandersetzungen in allen Teilen des faschistischen Staates und der NSDAP „handelte es sich um einen objektiven Widerspruch unterschiedlicher Interessen der deutschen Monopolbourgeoisie. Einerseits war sie nachgewiesenermaßen an der Verlängerung des Krieges und damit an der von den führenden Nazis proklamierten und geforderten fanatischen, barbarischen Kampfführung aufgrund ihrer Macht- und Profitinteressen und vor allem wegen der Realisierung ihrer Nachkriegspläne interessiert. Andererseits minderte und bedrohte gerade diese Kriegführung ihr ökonomisches Potential, dessen Rettung ein wichtiges Ziel ihrer Konzeption war".[45]

Während sich in den letzten Monaten der Herrschaft der faschistischen Diktatur die deutschen Kommunisten intensiv auf die Schaffung neuer gesellschaftlicher Verhältnisse vorbereiteten, die eine Wiederholung des Faschismus ein für allemal ausschließen würden, endete im April und Mai 1945 die 25jährige Geschichte der NSDAP mit dem weitgehenden Zerfall ihrer Reichsleitung und der Hierarchie der Naziclique. Hitler, der in seinem „politischen Testament" vom 29. April 1945 zwar Bormann als „Parteiminister" in einer neuen Reichsregierung, aber keinen Nachfolger für sich als Parteiführer der NSDAP benannte, und Goebbels entzogen sich während der siegreichen Kämpfe der Roten Armee um Berlin der Verantwortung durch Selbstmord. Unter den anderen Naziführern häufte sich das Gerangel um die Nachfolgeschaft. Mit den gleichen Mitteln, mit denen sie bisher Hitler gedient hatten, versuchten sie jetzt, für sich persönlich neue Startbedingungen zu organisieren und führende Stellungen an der Seite der imperialistischen Besatzungsmächte zu erringen. Das angesichts ihrer Verbrechen unumgängliche Scheitern dieser Bemühungen besiegelten Himmler, Terboven, Simon, Sprenger, Rust, Murr, Telschow,

Meyer sowie etwas später auch Ley und Göring mit ihrem Selbstmord. Die Masse der Naziführer sorgte dagegen ausschließlich und unter Verzicht auf ihre politische Zukunft für das eigene „Überleben" und natürlich für die Sicherung dessen, was sie im Laufe der Zeit zusammengeraubt und ergaunert hatten. Die Summen auf den rechtzeitig im Ausland eingerichteten Konten gingen in die Millionen. Lebensversicherungen waren vor allem mit amerikanischen, schwedischen und schweizerischen Gesellschaften abgeschlossen worden. In Deutschland hatte man sich den Besitz zahlreicher Grundstücke gesichert. Als 1955 bei Westberliner Privatbanken Geheimkonten von Göring, Frick, Goebbels, Ley, Ribbentrop, Kaltenbrunner, Freisler und einigen anderen Naziführern entdeckt wurden, beliefen sich allein diese Guthaben auf fast 20 Millionen RM.[46]

Am 8. April 1945 war ein Befehl zur Abgrenzung der Funktionen der faschistischen Partei und des Staates ergangen. Die Politischen Leiter der NSDAP, die gleichzeitig als Landräte oder Oberbürgermeister fungierten, wurden angewiesen, sich auf ihre Parteifunktion zu beschränken. „Das sollte es den herrschenden Kreisen ermöglichen, in Schlüsselfunktionen des Verwaltungsapparates Leute einzusetzen, die sich nicht durch ihre Nazivergangenheit kompromittiert hatten. Auf diese Weise sollten Verwaltungen geschaffen oder vorbereitet werden, die eventuell auch nach der Besetzung Deutschlands weiterexistieren konnten."[47] Das unmittelbare Ziel der führenden Kreise des deutschen Imperialismus und Militarismus bestand darin, mit den USA und Großbritannien zu einem Übereinkommen zu gelangen, um die Reste der faschistischen Wehrmacht erhalten und den Krieg gegen die Sowjetunion fortsetzen zu können. Auf dieser Linie bewegte sich auch die Dönitz-Regierung, die Hitler einsetzte, bevor er sich am 30. April 1945 durch Selbstmord der Verantwortung entzog. Der von Speer vorgeschlagene und noch nach der Befreiung in Flensburg agierende Nachfolger Hitlers verbot daher die NSDAP nicht, sondern hob lediglich am 2. Mai mit einer verschwommenen Formulierung die „Einheit von Partei und Staat" auf, weil die NSDAP „vom Schauplatz ihrer Wirksamkeit abgetreten" sei. Worum es Dönitz dabei in Wirklichkeit ging, offenbarte seine Anweisung zur „Ausrichtung des Offizierskorps" vom 15. Mai 1945, in der es hieß: „Die wahre Volksgemeinschaft, die der Nationalsozialismus geschaffen hat, muß erhalten werden; der Wahnsinn der Parteien, wie er vor 1933 herrschte, darf nicht wieder Platz greifen."[48]

Am 8. Mai 1945 war das deutsche Volk befreit vom Joch der faschistischen Diktatur, vom Druck ständiger Drangsalierungen und ideologischer Manipulation durch die verbrecherische Nazipartei, deren Ende die Niederlage des deutschen Imperialismus und Militarismus im zweiten Weltkrieg vervollständigte. Die Befreier sprachen das notwendige Verbot der faschistischen Nazipartei aus. Am 2. Mai 1945 hieß es im ersten Befehl des sowjetischen Stadtkommandanten von Berlin: „Die nationalsozialistische Partei und ihre Organisationen sind aufgelöst, ihre Tätigkeit ist verboten."[49] Als die Vertreter der UdSSR, der USA und Großbritanniens in Potsdam über Maßnahmen berieten, die gewährleisten sollten, daß nie wieder von deutschem Boden ein Krieg ausgeht, legten sie im Interesse aller friedliebenden Völker, auch des deutschen Volkes, demokratische Grundsätze fest. Zu ihnen gehörten u. a. folgende wichtige Maßnahmen: „Die nationalsozialistische Partei und ihre Gliederungen sowie die von ihnen kontrollierten Organisationen zu vernichten, alle Nazidienststellen aufzulösen ... Die Naziführer, die einflußreichen Anhänger der Nazis und das Leitende Personal der Nazidienststellen und -organisationen sowie beliebige andere Personen, die eine Gefahr für die Besetzung und ihre Ziele darstellen, sind zu verhaften und zu internieren." Besondere Hervorhebung fand in diesem Dokument wie auch den Verlautbarungen aller fortschrittlichen Kräfte Deutschlands und der Welt die Forderung nach Sicherheit dafür, daß die Partei der Faschisten niemals mehr und „in keinerlei Form wieder auferstehen" darf und „jegliche nazistische oder militaristische Betätigung oder Propaganda zu verhüten" ist.[50]

Von den Schrecken des Krieges gezeichnet (Mai 1945)

Die Hinterlassenschaft des Naziregimes. Mai 1945 in Berlin

Die 21 angeklagten Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg (4. November 1945 bis 1. Oktober 1946)

Nachwort

Während die Autoren dieses Buches an ihrem Manuskript gearbeitet haben, verging kein Tag, an dem aus den kapitalistischen Staaten Europas nicht Nachrichten über die Existenz und das Wirken neuer faschistischer Organisationen bekannt wurden. Derartige Meldungen kamen aus Italien und Frankreich, aus Spanien und England, aus Österreich, Belgien und der Schweiz und – immer wieder – aus der Bundesrepublik Deutschland. Dort konnte sich unlängst eine faschistische Gruppe unter dem Namen NSDAP etablieren. Ihr Erscheinen stellte einen weiteren Versuch dar, in diesem Staat eine Partei zu legalisieren, die ihr Vorbild in der 1945 verbotenen besitzt. Die zuständigen Justizorgane erklärten, daß es gegen die Parteigründung kein Rechtsmittel gäbe. Das bedeutet mehr als nur Ignoranz gegenüber den Normen des internationalen Rechts, die nach der Zerschlagung des Nazifaschismus gesetzt wurden. Damals, unmittelbar nach der Zerschlagung des Faschismus, war es schwer vorstellbar, daß auf deutschem Boden faschistische Kräfte jemals wieder so dreist hervortreten könnten.

Es genügt, sich einen Augenblick zu fragen, ob in einem der sozialistischen Staaten Europas – in der DDR, in der Ungarischen Volksrepublik oder der SR Rumänien – die NSDAP oder eine andere faschistische Partei wiederbelebt werden könnte, um das Ausmaß der unterschiedlichen Entwicklungen zu erfassen, die sich seit dem Ende des zweiten Weltkrieges vollzogen. Während der Faschismus im sozialistischen Europa keine Chance mehr besitzt, ist er im kapitalistischen Teil des Kontinents wieder zu einem politischen Faktor geworden. Diese Tatsache betrifft alle Völker und deren Lebensinteressen. Denn: der Faschismus erneut an der Macht, das wäre ein Faschismus mit der Wasserstoffbombe und anderen menschheitsmordenden Vernich-

tungsmitteln, mit Waffen gegen die Erdbevölkerung, die der Nazifaschismus zum Glück nicht besaß.

1975 und 1977 wurden die letzten faschistischen Diktaturen in Europa beseitigt. Auch der südwestlichste Teil des Kontinents war dieser Gewalt entzogen. Fünfundfünfzig Jahre, nachdem in Italien der erste faschistische Staat entstand, war ein Ziel erreicht, wofür Millionen Menschen gekämpft hatten. Die Siege in Portugal und in Spanien wurden nicht nur in diesen Ländern selbst gefeiert.

Doch die Freude war nicht ungeteilt. Seit 1973 existiert das faschistische Regime Pinochets in Chile. Im Süden Afrikas wüten rassistische Diktaturen auf eigenem Territorium und bekämpfen die nationalen Befreiungsbewegungen in den Nachbarländern auf blutige Weise, die an das Wüten der SS erinnert.

Europa ist seit 1977 ein Kontinent ohne faschistische Diktaturen, aber nicht ohne Faschismus. Als Ideologie, Politik und Organisation existiert er fort. Ein Blick auf die Skala der politischen Parteien und Verbände in den kapitalistischen Staaten überzeugt davon. Worte wie „Bewegung" und „Aktion", wie „national", „sozial" und „sozialistisch" dienen den heutigen Faschisten erneut zu betrügerischer Selbstkennzeichnung. Doch lange nicht alle politischen Feldzeichen weisen sogleich auf die Traditionslinie hin, in der ihre Träger stehen. Man denke nur an die englische „League of St. Georg" oder an die italienische Gruppe „Bewaffneter Revolutionärer Kern". Der organisierte Faschismus besitzt Zeitungen und Zeitschriften, verfügt über Buchläden und Buchverlage, formiert legal und illegal militante Kampforganisationen, entsendet Abgeordnete in Parlamente von Kommunen und Regionen, selbst – wie in Italien – in das Zentralparlament. Wiewohl dieser gegenwärtige Faschismus nirgendwo die Staatsmacht erlangt hat und seine Gefolgschaft – gemessen an den Mitglieder- und Wählerzahlen anderer bürgerlicher Parteien – zumeist minimal ist, beunruhigt er viele Menschen in den kapitalistischen Ländern sehr. Sie wissen, daß der Faschismus am Beginn der zwanziger Jahre zunächst in kleinen und kleinsten Gruppen existierte, so daß ihnen der Hinweis, es handele sich um Randerscheinungen der Gesellschaft, unsinnig vorkommt. Auch die NSDAP war einmal eine solche „Randgruppe".

Viel stärker als die Beunruhigung durch ihren bei Wahlen zählbaren Einfluß ist jene, die durch die praktische Tätigkeit faschistischer Kräfte hervorgerufen wird. Die Bilder von heute und die von einst gleichen sich hier ganz. Versammlungen und Demonstrationen von

Kommunisten und anderen antifaschistischen Parteien und Organisationen werden überfallen. Sprengstoff, Tränengas, Stinkbomben, Schlagstöcke, Metallketten und Pistolen zählen zu den Waffen, mit denen die Gegner des Faschismus – beispielsweise in der Bundesrepublik – bekämpft werden. Büros demokratischer Organisationen, Synagogen, jüdische Friedhöfe, antifaschistische Ausstellungen, Gedenkstätten und Denkmäler, die an den Kampf gegen den „alten" Faschismus erinnern und mahnen, bilden bevorzugte Ziele von Anschlägen der „neuen" Faschisten. Deren Terrorismus und Banditentum erstreckt sich aber auch auf die Zerstörung wirtschaftlicher Anlagen, z. B. von elektrischen Versorgungsleitungen, und auf Banküberfälle. Einzelne faschistische Gruppen richten Waffenlager ein. Das Blutbad im Hauptbahnhof von Bologna zeigte, wessen der Faschismus unserer Tage fähig ist.

Eindeutig sind auch seine programmatischen Äußerungen. Eine in den USA und in der BRD wirkende NSDAP-AO (Auslandsorganisation) tritt für „eine zukünftige politische Freiheit aller Nationalsozialisten, die Neuordnung des Reiches und die Errichtung einer neuen arischen Weltordnung" ein. Sie bezieht sich damit auf jene drei Schritte, welche auch die von Hitler geführte nazifaschistische Bewegung ging: den eigenen Aufstieg im Prozeß einer Rechtsentwicklung des Staates, die Aufrichtung der faschistischen Diktatur und die Vorbereitung der Aggression und schließlich die Entfesselung und Führung des Krieges um die Weltherrschaft.

Wenn auch nicht jede neue faschistische Partei oder Gruppe Ziele verkündet, die sich mit jenen des „alten" deutschen Faschismus so vollkommen decken, so wollen sie doch allesamt die kommunistischen Parteien vernichten, die Arbeiterbewegung beseitigen, die bürgerlich-parlamentarische Herrschaft restlos liquidieren und die Volksmassen vollständig der Ideologie, Politik und Kultur des Faschismus unterwerfen. Nur Rücksichten auf die stärkeren Gegenkräfte, auf existierende Verfassungen und Gesetze lassen diese oder jene Tarnung, das eine oder andere Manöver geraten erscheinen. Am reaktionären, imperialistischen Wesen dieses neuen Faschismus ändern sie nichts.

Sein außenpolitisches Hauptziel richtet sich auf die Vernichtung der sozialistischen Staaten ohne Ausnahme. Der Faschismus der ersten Etappe der allgemeinen Krise des Kapitalismus, als er Einfluß gewann, verschlechterte augenblicklich die internationalen staatlichen Beziehungen, erhöhte die Kriegsgefahr wesentlich und arbeitete auf

die Auslösung des Krieges hin. Danach trachten auch seine Nachfahren, wurde doch die imperialistische Politik des „kalten Krieges" zum Lebenselexier für Wiedergeburt und Wirken des Faschismus. Sie zielte auf die Zusammenfassung aller Kräfte zum Kampf gegen den Kommunismus, gegen die Sowjetunion und das sozialistische Staatensystem. Als ultima ratio dieser Politik, an deren Spitze sich 1946 der USA-Imperialismus setzte, erschien der Atombombenkrieg gegen die UdSSR. So wurde das Hauptziel der eben zerschlagenen faschistischen Mächtekoalition zur deklarierten Absicht einer sich formierenden imperialistischen Staatengruppe, der NATO-Mächte. Darin lag die stärkste internationale Rehabilitierung des Faschismus.

Der Faschismus trat nach dem zweiten Weltkrieg unter Bedingungen erneut hervor, die jenen nach dem ersten ähnelten. Da der Kapitalismus aber schwächer, der Sozialismus stärker geworden war, gebärdete sich der Faschismus in der zweiten Etappe der allgemeinen Krise noch antikommunistischer. Er trug jener reaktionären Kritik am Nazifaschismus Rechnung, die ihn anklagte, seine Kräfte teilweise verschwendet, statt sie ausschließlich auf die Vernichtung der UdSSR verwendet zu haben.

Der historisch geschwächte Kapitalismus erweist sich seit Jahren als unfähig, den Faschismus wirklich zu bekämpfen. Nirgendwo zeigt sich das deutlicher als in der BRD. Gegenüber allen Forderungen aus den Kreisen des aktiven Antifaschismus, die faschistischen Organisationen und Institutionen zu verbieten, verlegen sich die staatlichen Instanzen darauf, offenkundige Tatsachen zu bestreiten, den Umfang neofaschistischer Umtriebe ganz zu leugnen oder zu bagatellisieren und die Funktionstüchtigkeit und Unantastbarkeit der bürgerlichen Demokratie zu beteuern. Das erinnert sehr an Erklärungen bürgerlich-liberaler und sozialdemokratischer Politiker des Weimarer Staates.

Nach Ermittlungen, die keinen Anspruch auf Vollständigkeit erhoben, waren 1979 in der BRD 32 neonazistische Untergrundorganisationen tätig, 15 „Wehrsportgruppen", 47 Verbände, in denen sich Angehörige der einstigen SS-Formationen zusammengeschlossen haben, 13 speziell sich an Jugendliche wendende faschistische Gruppen, 31 ideologische Zirkel, 34 Verlage und Vertriebsgesellschaften. Das Verhältnis der BRD gegenüber diesen faschistischen Organisationen wurde dadurch charakterisiert, daß Polizei-Einheiten deren Versammlungen, Aufmärsche und Parteitage schützten, brutale Terroristen zu begünstigend niedrigen Strafen verurteilt wurden oder straffrei ausgingen,

neofaschistische Literatur auf Messen feilgeboten werden konnte, der Verkauf von Büchern wie z. B. Hitlers „Mein Kampf" kein strafbares Delikt darstellte, Staatsanwaltschaften sich auf fehlende Rechtsgrundlagen herausredeten, anstatt die Verbreitung chauvinistischer, rassistischer und zum Kriege hetzender Literatur strafrechtlich zu verfolgen. Typisch war weiter, daß Ermittlungen, Anklageerhebungen, Prozesse gegen nazifaschistische Verbrecher verzögert wurden, Personen jahrelang im Staatsdienst blieben, die sich nachweislich neofaschistisch betätigten, Bundeswehr-Delegationen sich mit Führern von SS-Traditionsverbänden zu gemeinsamer Verherrlichung des faschistischen Krieges zusammenfanden.

Vor kurzem wurde eine besonders militante faschistische „Wehrsportorganisation" durch das Eingreifen des Innenministeriums der BRD verboten. Dem waren jahrelang drängende Forderungen vorausgegangen, die Kommunisten, Sozialdemokraten, Mitglieder von Organisationen der antifaschistischen Widerstandskämpfer, bürgerlich-demokratische Kreise, Angehörige kirchlicher Vereinigungen erhoben hatten. Der Einzelfall charakterisierte das Ganze: Was gegen den Faschismus in der BRD von staatswegen geschah, wurde diesem Staat von Antifaschisten abgerungen, und auch von jener internationalen antifaschistischen Öffentlichkeit erkämpft, die – beispielsweise von Frankreich und den Niederlanden her – in das Staatswesen hineinwirkt, in dem der deutsche Imperialismus seine Herrschaft nach dem zweiten Weltkrieg zu restaurieren vermochte.

Die bürgerlich-parlamentarischen Staaten der Gegenwart bieten so wenig wie einst die Weimarer Republik eine Garantie gegen das Hochkommen des Faschismus. Das ist selbst in Zeiten nicht der Fall, in denen die Mehrheit der herrschenden Klasse ihre innen- und außenpolitischen Interessen mit einem nichtfaschistischen Machtinstrumentarium durchsetzt.

Eine Gewähr gegen das Vordringen des Faschismus stellt nur der antifaschistische, antiimperialistische Kampf der Massen dar. Er muß – eingedenk geschichtlicher Erfahrungen und Lehren – in zwei Richtungen geführt werden: gegen den Faschismus direkt und gegen die wegbereitenden Kräfte im Vorfeld, den Konservatismus in seinen diversen Spielarten.

Nicht in einer einmaligen Entscheidungsschlacht wird der Faschismus unserer Tage besiegt werden. Nur das ausdauernde Ringen gegen seine Anfänge und Entwicklungsformen, seine Förderer und Verbün-

deten vermag die Gefahr zu bannen. Dieser Kampf kann heute gewonnen werden, denn er besitzt seinen stärksten Rückhalt in der von Ausbeutung und Unterdrückung befreiten Welt und in der revolutionären Arbeiterbewegung in den kapitalistischen Staaten. Die Aufgabe bleibt der Menschheit noch für längere Zeit, und erst mit dem vollständigen Untergang der letzten Ausbeutergesellschaft wird sie ganz gelöst sein.

Abkürzungen

ADGB	Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund
AO	Auslandsorganisation
BA Koblenz	Bundesarchiv Koblenz (BRD)
BDM	Bund Deutscher Mädel
BHStA	Bayerisches Hauptstaatsarchiv München (BRD)
BVP	Bayerische Volkspartei
BzG	Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung
DAF	Deutsche Arbeitsfront
DAP	Deutsche Arbeiterpartei
DDP	Deutsche Demokratische Partei
DJ	Deutsches Jungvolk
DNVP	Deutschnationale Volkspartei
DSP	Deutschsozialistische Partei
DVFP	Deutschvölkische Freiheitspartei
DVP	Deutsche Volkspartei
EKKI	Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale
FS	Freiwilliger Selbstschutz
GBA	Generalbevollmächtigter für den Arbeitseinsatz
Gestapo	Geheime Staatspolizei
HJ	Hitlerjugend
JM	Jungmädelbund
IMG	Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof, Nürnberg, 14. November 1945 bis 1. Oktober 1946
KdF	Kraft durch Freude
KI/Komintern	Kommunistische Internationale

Napola	Nationalsozialistische Erziehungsanstalten
NSBO	Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation
NSDStB	Nationalsozialistischer Deutscher Studentenbund
NSF	Nationalsozialistische Frauenschaft
NSFK	Nationalsozialistisches Fliegerkorps
NSFO	Nationalsozialistischer Führungsoffizier
NSKK	Nationalsozialistisches Kraftfahrkorps
NSLB	Nationalsozialistischer Lehrerbund
NSV	Nationalsozialistische Volkswohlfahrt
OHL	Oberste Heeresleitung
OKW	Oberkommando der Wehrmacht
RAD	Reichsarbeitsdienst
RGBL	Reichsgesetzblatt
RGO	Revolutionäre Gewerkschaftsopposition
ROL	Reichsorganisationsleiter
RSHA	Reichssicherheitshauptamt
SA	Sturmabteilung
SAP	Sozialistische Arbeiterpartei
SD	Sicherheitsdienst
SdP	Sudetendeutsche Partei
SS	Schutzstaffel
StA	Staatsarchiv
unpag.	unpaginiert
USPD	Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands
VDA	Verein (ab 1933: Volksbund) für das Deutschtum im Ausland
VZG	Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte
WHW	Winterhilfswerk
WTB	Wolffsches Telegraphenbüro
ZfG	Zeitschrift für Geschichtswissenschaft
ZStA	Zentrales Staatsarchiv der Deutschen Demokratischen Republik (Potsdam)

Anmerkungen

1. Kapitel

1 Zur marxistisch-leninistischen Definition des Begriffs Faschismus vgl. vor allem: Georgi Dimitroff, Die Offensive des Faschismus und die Aufgaben der Kommunistischen Internationale im Kampf für die Einheit der Arbeiterklasse gegen den Faschismus, in: VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale. Referate und Resolutionen, Berlin 1975, S. 91 ff.; Elfriede Lewerenz, Die Analyse des Faschismus durch die Kommunistische Internationale. Die Aufdeckung von Wesen und Funktion des Faschismus während der Vorbereitung und Durchführung des VII. Kongresses der Kommunistischen Internationale (1933–1935), Berlin 1975; Faschismusforschung. Positionen, Probleme, Polemik, hrsg. von Dietrich Eichholtz und Kurt Gossweiler, Berlin 1980; Istorija Fašizma v Zapadnoj Evrope, Moskau 1978; Gerhard Lozek und Rolf Richter, Legende oder Rechtfertigung? Zur Kritik der Faschismustheorien in der bürgerlichen Geschichtsschreibung (Zur Kritik der bürgerlichen Ideologie, Bd. 97), Berlin 1979.

2 Zit. in: Werner Maser, Die Frühgeschichte der NSDAP. Hitlers Weg bis 1924, Frankfurt/M. und Bonn 1965, S. 150 f.; Albrecht Tyrell, Vom ‚Trommler' zum ‚Führer'. Der Wandel von Hitlers Selbstverständnis zwischen 1919 und 1924 und die Entwicklung der NSDAP, München 1975, S. 22.

3 Vgl. Grundriß der deutschen Geschichte. Von den Anfängen der Geschichte des deutschen Volkes bis zur Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der Deutschen Demokratischen Republik. Klassenkampf – Tradition – Sozialismus, hrsg. vom Zentralinstitut für Geschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin 1979, S. 358 ff.

4 Walter Wimmer, Revolutionäre Partei der Arbeiterklasse, Volksmassen und Bewußtseinsentwicklung in der Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus, in: ZfG, 10/1977, S. 1229.

5 Karl Nuß, Militär und Wiederaufrüstung in der Weimarer Republik. Zur politischen Rolle und Entwicklung der Reichswehr, Berlin 1977, S. 26.

6 Protokoll des Gründungsparteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands (30. Dezember 1918–1. Januar 1919), Berlin 1972, S. 318.

7 Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Reihe II, Bd. 3, Januar 1919–Mai 1919, Berlin 1958, S. 262.

8 Vgl. Edgar Hartwig, Alldeutscher Verband, in: Die bürgerlichen Parteien in Deutschland. Handbuch der Geschichte der bürgerlichen Parteien und anderer bürgerlicher Interessenorganisationen vom Vormärz bis zum Jahre 1945, hrsg. von einem Redaktionskollektiv unter Leitung von Dieter Fricke (künftig: Die bürgerlichen Parteien), Bd. I, Leipzig 1968, S. 1 ff.

9 Vgl. Robert Ullrich, Deutsche Vaterlandspartei, in: Ebenda, S. 620 ff.

10 Vgl. Dirk Stegmann, Zwischen Repression und Manipulation: Konservative Machteliten und Arbeiter- und Angestelltenbewegung 1910–1918. Ein Beitrag zur Vorgeschichte der DAP/NSDAP, in: Archiv für Sozialgeschichte, Bd. XII (1972), S. 386. Vgl. Anton Drexler, Mein politisches Erwachen, München 1919, S. 12. Drexler begrüßte die Gründung der Vaterlandspartei als „Lichtstrahl" und schrieb: „Es erwachte in mir neue Hoffnung, alles noch zum Guten führen zu können. Die Arbeiterschaft dachte darüber anders. Sie sah an der Spitze der Vaterlandspartei keine Männer des Volkes ... Also für die Arbeiter war die Sache in dieser Form nichts. Ich entschloß mich deshalb, einen Aufruf zu schreiben, um die Arbeiterschaft zu gewinnen und mehr ‚deutschen Interessen' zugänglich zu machen."

11 Der diffuse Begriff „völkisch" wurde vor allem von rassistisch-antisemitischen Kräften als Sammelbezeichnung für die verschiedensten Strömungen des Chauvinismus der deutschen Großbourgeoisie verwandt. Man könne das „Völkische" nur mit dem Herzen begreifen, so erklärte Ludendorff, aber „nicht jeder" habe ein „Herz", in: Das Deutsche Tageblatt. Wahlbeilage, 4. 5. 1924.

12 Vgl. Rudolf von Sebottendorff (d. i. Rudolf Glauer), Bevor Hitler kam. Urkundliches aus der Frühzeit der nationalsozialistischen Bewegung, München 1933.

13 Georg Franz-Willing, Die Hitlerbewegung. Der Ursprung 1919–1922, Hamburg und (West-)Berlin 1962, S. 63.

14 Anton Drexler, S. 25.

15 Alfred Tirpitz, Erinnerungen, Leipzig 1919, S. 292.

16 Walter Mohrmann, Antisemitismus. Ideologie und Geschichte im Kaiserreich und in der Weimarer Republik, Berlin 1972, S. 78.

17 Zit. in: Dirk Stegmann, S. 408. Hervorhebung durch die Vf.

18 Grundriß der deutschen Geschichte, S. 391.

19 Vgl. Herbert Blechschmidt, Antibolschewistische Liga, in: Die bürgerlichen Parteien, Bd. I, S. 30 ff.

20 Eduard Stadtler, Als Antibolschewist 1918/19. Lebenserinnerungen, Bd. 3, Düsseldorf 1936, S. 76 f. und 28.

21 Vgl. Kurt Gossweiler, Faschismus und Arbeiterklasse, in: Faschismusforschung, S. 110 ff. und 122 f.

22 Dokumente und Materialien ..., S. 37.

23 Georg Franz-Willing, S. 64.
24 Hans Beyer, Von der Novemberrevolution zur Räterepublik in München, Berlin 1957, S. 38 f.
25 BHStA II, MA 99902, Bl. 1.
26 Zit. aus einem Erlaß des Gruppenkommandos in: Georg Franz-Willing, S. 37.
27 Karl Nuß, S. 75 und 73.
28 Georg Franz-Willing, S. 107.
29 Ebenda, S. 171 und 338.
30 Vgl. die Liste bei: Ernst Deuerlein, Hitlers Eintritt in die Politik und die Reichswehr, in: VZG (1959), H. 2, S. 187.
31 Vgl. Die Wahrheit über Hitler. Kurt Bachmann im Gespräch mit Wilfried Reckert, Dortmund 1978, S. 10 ff.
32 BHStA I, Sonderabgabe I, 1478.
33 Werner Maser, S. 175.
34 Zit. in: Dirk Stegmann, S. 413. Hervorhebung durch die Vf.
35 Uwe Lohalm, Völkischer Radikalismus. Die Geschichte des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes 1919–1923, Hamburg 1970, S. 294 ff.
36 Friedrich von Rabenau, Seeckt. Aus seinem Leben 1918–1936, Leipzig 1940, S. 194.
37 In der antisemitischen, von Theodor Fritsch herausgegebenen Zeitschrift „Hammer. Blätter für deutschen Sinn", 19. Jg. (1920), S. 124, hieß es in einer Rückschau auf den Kapp-Putsch: „Die heutigen Zeiten sind nicht mehr darnach, daß hochgeschorene, feudale Herren in exklusiven Klubs Staatsaktionen ausbrüten und sie dann dem ungefragten Volke aufzwingen können. Die Massenstimmung ist heute unbedingt als ein nicht auszuschaltender Faktor mit in Rechnung zu setzen."
38 Vgl. Reginald H. Phelps, Hitler als Parteiredner im Jahre 1920, in: VZG, 11. Jg. (1963), S. 294 ff.

2. Kapitel

1 Adolf Hitler, Mein Kampf. Zwei Bände in einem Band. Ungekürzte Ausgabe, München 1939, S. 406.
2 Ebenda, S. 540 f.
3 Grundriß der deutschen Geschichte, S. 390.
4 Adolf Hitler, Mein Kampf, S. 510.
5 Ebenda, S. 514.
6 Ebenda, S. 512. Hervorhebung durch die Vf.
7 Aus dem NSDAP-Programm wird hier und im folgenden zitiert nach: Reinhard Kühnl, Der deutsche Faschismus in Quellen und Dokumenten, Köln 1975, S. 105 ff.

8 Adolf Hitler, S. 306 ff.
9 Reinhard Kühnl, S. 106 f.
10 25 Punkte. Das Programm der NSDAP, hrsg. von der Kommunistischen Partei Deutschlands, Berlin 1932, S. 5.
11 Wilhelm Pieck, Bekämpft den Faschismus, die Hoffnung der internationalen Reaktion! Rede zur Großen Anfrage im Preußischen Landtag, 24. November 1922, in: Reden und Aufsätze, Bd. IV, Parlamentsreden, Berlin 1955, S. 120.
12 Ebenda, S. 110.
13 Von Hermann Duncker unterzeichnetes Rundschreiben der Abteilung Bildung der KPD an alle Kommunistischen Studentenfraktionen (Kostufras) vom 29. 1. 1923, in: Staatsarchiv Weimar, Sammlungen F, Nr. 2039, Bl. 82 f.
14 Adolf Hitler, S. 189 f.
15 Vgl. Wolfgang Heise, Aufbruch in die Illusion. Zur Kritik der bürgerlichen Philosophie in Deutschland, Berlin 1964, S. 321 f.
16 Ebenda, S. 324.
17 Vgl. Die deutsche Philosophie von 1917–1945, Berlin 1961, S. 69 ff.
18 Vgl. S. F. Oduev, Auf den Spuren Zarathustras. Der Einfluß Nietzsches auf die bürgerliche deutsche Philosophie, Berlin 1977, S. 17.
19 Heinrich von Treitschke, Ein Wort über unser Judenthum. Separatabdruck aus dem 44., 45. und 46. Band der Preußischen Jahrbücher, Berlin 1881.
20 Vgl. Daniel Frymann (d. i. Heinrich Claß), Wenn ich der Kaiser wär, Leipzig 1912, bes. S. 36 f., 63, 71, 76, 99, 106 und 108.
21 W. I. Lenin, Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, in: Werke, Bd. 22, Berlin 1960, S. 292.
22 Vgl. Joachim Petzold, Konservative Theoretiker des deutschen Faschismus. Jungkonservative Ideologen in der Weimarer Republik als geistige Wegbereiter der faschistischen Diktatur, Berlin 1978, S. 8 f.
23 Ebenda, S. 8.
24 Adolf Hitler, S. 69, 184 und 351.
25 Ebenda, S. 186.
26 Ebenda, S. 497 f. und 493.
27 Ebenda, S. 369.
28 Vgl. Hitlers Zweites Buch. Ein Dokument aus dem Jahre 1928, eingel. und kommentiert von Gerhard L. Weinberg, Stuttgart 1961.
29 Adolf Hitler, S. 736 und 741.
30 Ebenda, S. 742.
31 Vgl. Weltherrschaft im Visier. Dokumente zu den Europa- und Weltherrschaftsplänen des deutschen Imperialismus von der Jahrhundertwende bis Mai 1945, hrsg. u. eingel. von Wolfgang Schumann und Ludwig Nestler unter Mitarbeit von Willibald Gutsche und Wolfgang Ruge, Berlin 1975, S. 15 ff. und passim.
32 Feder behauptete dennoch, der Faschismus stehe „in schärfster Opposition zu

der heutigen Welt des Kapitalismus". An die Stelle dieser „untergehenden Gesellschaft" werde die NSDAP eine „universalistische Gesellschaftsordnung" setzen, in der eine „Bedarfsdeckungswirtschaft" existieren solle. Feder grollte gegen „die Blutsauger von Bank und Börse", die „Börsenpiraten", die „Raubzüge des Finanzkapitals" sowie gegen „mammonistische Herrschaft" und die „Tyrannis des Leihkapitals". Die Banken nannte er „moderne Raubritterburgen". Gottfried Feder, Das Programm der NSDAP und seine weltanschaulichen Grundlagen, München 1932, passim.

33 Alfred Rosenberg, Der Mythus des 20. Jahrhunderts. Eine Wertung der seelisch-geistigen Gestaltenkämpfe unserer Zeit, München 1935, S. 21 f.

34 Ebenda, S. 215 f.

35 Vgl. Walther Darré, Das Bauerntum als Lebensquell der Nordischen Rasse, München 1929; ders., Neuadel aus Blut und Boden, München 1930; Joseph Goebbels, Das kleine abc des Nationalsozialisten, Elberfeld 1925; ders., Die zweite Revolution. Briefe an Zeitgenossen, Zwickau 1926; ders., Der Nazi-Sozi. Fragen und Antworten für den Nationalsozialisten, Elberfeld 1926; ders., Wesen und Gestalt des Nationalsozialismus, Berlin 1934; Gregor Strasser, Freiheit und Brot. Ausgewählte Reden und Schriften eines Nationalsozialisten, Teil I: Idee, Berlin 1928; ders., Hammer und Schwert. Ausgewählte Reden und Schriften eines Nationalsozialisten, Teil II: Kampf, Berlin 1928; Julius Streicher, Kampf dem Weltfeind. Reden aus der Kampfzeit. Gesammelt und bearb. von Heinz Preiß, Nürnberg 1938.

36 Diese und die anderen Expertisen der Statistischen Abteilung der Deutschen Reichsbank über die NSDAP siehe ZStA, Deutsche Reichsbank, Handaktensammlung, Nr. 6788.

37 Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED (künftig: GdA), Bd. 4, Berlin 1966, S. 230.

3. Kapitel

1 Erwin Könnemann, Einwohnerwehren und Zeitfreiwilligenverbände. Ihre Funktion beim Aufbau eines neuen imperialistischen Militärsystems (November 1918 bis 1920), Berlin 1971, S. 155 f.

2 Georg Franz-Willing, S. 150 ff.

3 Ebenda, S. 200.

4 Zit. in: Ebenda, S. 211.

5 Vgl. Clara Zetkin, Der Kampf gegen den Faschismus. Bericht auf dem III. Erweiterten Plenum des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale. 20. Juni 1923, in: Clara Zetkin, Zur Theorie und Taktik der kommunistischen Bewegung, Leipzig 1974, S. 299 f.

6 BHStA I, Sonderabgabe I, 1486, unpag.; Vgl. auch Michael Kater, Zur Soziographie der frühen NSDAP, in: VZG (1971), H. 2, S. 193.
7 BHStA I, Sonderabgabe I, 1486, unpag.
8 Clara Zetkin, S. 325.
9 Georg Franz-Willing, S. 182.
10 Vgl. Albrecht Tyrell, S. 72 ff.
11 Zit. in: Ebenda, S. 100.
12 Konrad Heiden, Geschichte des Nationalsozialismus, Hamburg 1932, S. 53 f.
13 Vgl. Geschichte der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Abriß, Berlin 1978, S. 47.
14 Vgl. Wolfgang Ruge, Deutschland von 1917 bis 1933. Lehrbuch der deutschen Geschichte (Beiträge), 3. Aufl., Berlin 1978, S. 176 f.
15 Albrecht Tyrell, S. 126 ff.
16 Bei einem gerichtlichen Nachspiel erhielt Hitler Ende 1921 Aktenmaterial von Mayr, einem der „dunklen Hintermänner", zur Verfügung gestellt. Die Justiz nahm es hin, daß Mayr erklärte, es sei ein rein privates Aktenstück gewesen, BHStA I, Sonderabgabe I, 1475, Bl. 15.
17 BHStA I, Sonderabgabe I, 1475, Bl. 1 und 1a.
18 Albrecht Tyrell, S. 125 f.
19 Zit. in: Helm Stierlin, Adolf Hitler. Familienperspektiven, Frankfurt/M. 1975, S. 156.
20 Zit. in: Georg Franz-Willing, S. 122 f.
21 Dokumente und Materialien ..., Bd. 7, 2. Halbbd., Januar 1922–Dezember 1923, Berlin 1966, S. 103 ff.
22 BA Koblenz, NS 26, Nr. 1263.
23 Zit. in: Ernst Röhm, Die Geschichte eines Hochverräters, München 1928, S. 144.
24 Georg Franz-Willing, S. 217.
25 Ebenda, S. 222.
26 Georg Franz-Willing, S. 221.
27 Werner Maser, S. 356.
28 BA Koblenz, NS 26, Nr. 1263.
29 Protokoll des IV. Kongresses der Kommunistischen Internationale, Petrograd–Moskau vom 5. November bis 5. Dezember 1922, Hamburg 1923, S. 1011 f.
30 Internationale Presse-Korrespondenz, 3. 2. 1923, S. 118.
31 „Der Faschismus an der Macht ... ist ... die offene terroristische Diktatur der reaktionärsten, am meisten chauvinistischen, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals." Georgi Dimitroff, S. 93.
32 Vgl. Elfriede Lewerenz, S. 25.
33 Clara Zetkin, S. 292.
34 Ebenda, S. 301.
35 BHStA I, Sonderabgabe 1509. Da in der Denkschrift vom Sieg der italieni-

schen Faschisten gesprochen wird, ist sie mit Sicherheit erst nach dem 28. 10. zu datieren.

36 Albert Norden, Fälscher. Zur Geschichte der deutsch-sowjetischen Beziehungen, 8. Aufl., Berlin 1970, S. 129 ff.

37 Lew Besymenski, Generale ohne Maske, Berlin 1963, S. 49.

38 Eberhard Czichon, Wer verhalf Hitler zur Macht?, Köln 1967, S. 15.

39 Werner Maser, S. 396.

40 Ebenda, S. 389.

41 Ebenda, S. 394.

42 Zit. in: Wolfgang Ruge, S. 218.

43 Zit. in: Ernst Deuerlein, Der Hitler-Putsch. Bayerische Dokumente zum 8./9. November 1923, Stuttgart 1962, S. 210.

44 Zit. in: Ernst Röhm, S. 229.

45 Hitler äußerte Anfang November 1923 zu Seißer, jetzt müsse etwas geschehen, sonst würden die Mannschaften aus wirtschaftlicher Not ins Lager der Kommunisten getrieben. Vgl. Joachim C. Fest, Hitler. Eine Biographie, Frankfurt/Main, (West-)Berlin und Wien 1973, S. 258.

46 BHStA I, Sonderabgabe I, 1490, Bl. 3.

47 Wilhelm Hoegner, Die verratene Republik. Geschichte der deutschen Konterrevolution, München 1958, S. 103.

4. Kapitel

1 BHStA I, Generalstaatskommissar 93, Bl. 27.

2 BA Koblenz, Sammlung Schumacher, Nr. 374, unpag.

3 Vgl. Kurt Finker, Frontbann, in: Die bürgerlichen Parteien, Bd. II, Leipzig 1970, S. 93 ff.

4 BHStA I, Generalstaatskommissar 93, Bl. 16. Hervorhebung durch die Vf.

5 Grundriß der deutschen Geschichte, S. 405.

6 Vgl. Werner Fritsch und Heinz Herz, Deutsche Demokratische Partei, in: Die bürgerlichen Parteien, Bd. I, Leipzig 1968, S. 302 ff.

7 Vgl. Wolfgang Ruge, Deutsche Volkspartei, in: Ebenda, S. 645 ff.

8 Vgl. ders., Deutschnationale Volkspartei, in: Ebenda, S. 715 ff.

9 Vgl. Bernhard Mahlke, Stahlhelm – Bund der Frontsoldaten, in: Ebenda, Bd. II, S. 654 ff.

10 Vgl. Kurt Finker, Vereinigte vaterländische Verbände, in: Ebenda, S. 743 ff.

11 Vgl. Max Wolkowitz, Arbeitsausschuß Deutscher Verbände, in: Ebenda, Bd. I, S. 48 ff.

12 Protokoll der Ministerratssitzung vom 4. 3. 1924, BHStA I, Ministerium des Innern 73699.

13 Hans von Hülsen, Zwillings-Seele. Denkwürdigkeiten aus einem Leben zwischen Kunst und Politik, Bd. 1, München 1947, S. 207 ff.

14 Der Hitler-Prozeß vor dem Volksgericht in München, Bd. 2, München 1924, S. 104.

15 Vgl. Hellmuth Auerbach, Hitlers politische Lehrjahre und die Münchener Gesellschaft 1919–1923, in: VZG, (1977), H. 1, S. 42.

16 Dokumente und Materialien . . ., Bd. 8, Berlin 1975, S. 19.

17 Zit. in: K. G. W. Luedecke, I knew Hitler, London 1938, S. 217 f.

18 BHStA I, Sonderabgabe I, 1481, Bl. 45 f.

19 Bewußt an seine Stellung im Oktober 1923 anknüpfend, hatte Hitler auch vor dem Gericht am Ende des Prozesses erklärt, es sei lediglich sein Ziel gewesen, „Wegbereiter zu sein der großen deutschen Freiheitsbewegung". Bewußt verschwieg er, daß er in der Nacht des Putsches als „Reichskanzler" zu amtieren vorgegeben hatte. Vgl. Ernst Deuerlein, S. 220.

20 Vgl. Konrad Heiden, S. 187.

21 Vgl. Völkischer Beobachter, 26. 2. 1925.

22 Dokumente und Materialien . . ., Bd. 8, S. 56.

23 Als O. Strasser am 29. 6. 1926 einen Zeitungsartikel von Goebbels erbat, schrieb er: „Worauf es mir am meisten ankommt, ist natürlich immer die Betonung unserer sozialistischen Grundideen, die, wie wir ja wissen, in den programmatischen Äußerungen der Partei noch immer recht stiefmütterlich behandelt werden. Also bitte schreiben Sie mir über irgend etwas, das den Unterschied zwischen dem marxistischen und dem nationalen Sozialismus scharf herausarbeitet, wobei aber gleichzeitig unser nationaler Sozialismus als der wahre und der allein Rettung bringende erscheint." BA Koblenz, NS 1, vorl. Nr. 340, Bl. 91.

24 Zit. in: Reinhard Kühnl, Die nationalsozialistische Linke 1925–1930, Meisenheim am Glan 1966, S. 16.

25 Zit. in: Ebenda, S. 299.

26 Das Tagebuch von Joseph Goebbels 1925/26, hrsg. von Helmut Heiber, Stuttgart 1961, S. 36 f.

27 Gregor Strasser, Zu den außenpolitischen Zielen des Jungdeutschen Ordens, in: Nationalsozialistische Briefe, 15. 1. 1926.

28 Joseph Goebbels, Ost- oder West-Orientierung?, in: Ebenda.

29 Vgl. Gerhard Schildt, Die Arbeitsgemeinschaft Nord-West. Untersuchungen zur Geschichte der NSDAP 1925/26, Phil. Diss., Freiburg i. Br. 1964, S. 149 f.

30 Ebenda, S. 151.

31 Reinhard Kühnl, Die nationalsozialistische Linke, S. 48 ff.

32 Völkischer Beobachter, 26. 5. 1926.

33 Kurt Gossweiler, Hitler und das Kapital 1925–1928, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Köln, 7/1978, S. 842 ff.

34 Vgl. ders., Faschismus und Arbeiterklasse, in: Faschismusforschung, S. 118.
35 Ders., Hitler und das Kapital 1925–1928, in: Blätter für deutsche und internatiooale Politik, Köln, 7/1978, S. 848.
36 Vgl. Dirk Stegmann, Zum Verhältnis von Großindustrie und Natiooalsozialismus 1930–1933. Ein Beitrag zur Geschichte der sog. Machtergreifung, in: Archiv für Sozialgeschichte, Bd. XIII (1973), S. 413. Der Vf. setzt sich auch kritisch-empirisch mit dem jüngsten Versuch auseinander, die Monopolbourgeoisie von der Verantwortung für den Faschismus zu befreien, deo Henry Ashby Turner jr., Faschismus und Kapitalismus in Deutschland. Studien zum Verhältnis von Nationalsozialismus und Wirtschaft, Göttingen 1972, uoteroommen hat.
37 Zit. in: Weltherrschaft im Visier, S. 208.
38 Zit. io: Ebenda, S. 212 ff. Hervorhebung durch die Vf.
39 Vgl. Wolfgang Ruge, S. 318 ff.
40 L. Alfred, Die organisatorische Struktur der nationalsozialistischen Bewegung und ihre Methoden des Eindringens in die Massen, in: Die Kommunistische Internationale, 1931, S. 532.
41 Vgl. Ernst Thälmann. Eine Biographie, hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED, Berlin 1979, S. 386 f.
42 Das Programm der Kommunistischen Internationale (Angenommeo vom VI. Weltkongreß, 17. Juli bis 1. September 1928), zit. in: GdA, Bd. 4, S. 493.
43 Vgl. Wolfgang Schäfer, NSDAP. Entwicklung und Struktur der Staatspartei des Dritten Reiches, Hannover und Frankfurt/Main 1956, S. 11.
44 Völkischer Beobachter, 21./22. 8. 1927.
45 Nach einer statistischen Übersicht über die Berufszugehörigkeit der neu eingetretenen NSDAP-Mitglieder galten als Landwirte: 1925 – 5,5 %, 1926 – 8,7 %, 1927 – 6,9 %, 1928 – 13,2 %, 1929 – 16,0 % und 1930 – 15,5 %, BA Koblenz, Sammlung Schumacher, 376.
46 Vgl. Michael Kater, Sozialer Wandel in der NSDAP im Zuge der nationalsozialistischen Machtergreifung, in: Faschismus als soziale Bewegung. Deutschland und Italien im Vergleich, hrsg. von Wolfgang Schieder, Hamburg 1976, S. 30; vgl. auch Albrecht Tyrell, Führer befiehl. Selbstzeugnisse aus der „Kampfzeit" der NSDAP. Dokumentation und Analyse, Düsseldorf 1969, S. 379 f., und Bildtafel VI/VII.
47 Stellungnahme zu einem Antrag Heinemanns an den Parteitag 1927, BA Kolenz, NS 26, vorl. Nr. 390.
48 Zit. in: Albrecht Tyrell, Führer befiehl . . ., S. 294 f.
49 Ebenda, S. 127.
50 Vgl. Albrecht Tyrell, Führer befiehl . . ., S. 382 f.

5. Kapitel

1 Die Rote Fahne, 24. 7. 1930.

2 ZStA Merseburg, Rep. 77, Tit. 4043, Nr. 296, Bl. 174 f., Rundschreiben der NSDAP-Gauleitung Ostpreußen vom 28. Juli 1929, und ebenda, Bl. 540, Rundschreiben Nr. 21 der NSDAP-Gauleitung Schleswig-Holstein.

3 ZStA, DNVP Nr. 393, Bl. 21 ff., Mitteilungen der DNVP-Zentrale.

4 So die NSDAP im Urteil von Jakob Wilhelm Reichert, Hauptgeschäftsführer des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller, vom September 1930 (zit. in: Ursachen und Folgen, Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart. Eine Urkunden- und Dokumentensammlung, hrsg. von Herbert Michaelis und Ernst Schraepler, Bd. 7, (West-)Berlin o. J., S. 358), und Moritz Klönne (zit. in: Deutsche Allgemeine Zeitung, 4. 12. 1929).

5 Gerhard Neuber, Faschismus in Berlin. Entwicklung und Wirken der NSDAP und ihrer Organisationen in der Reichshauptstadt 1920–1934, Phil. Diss. Humboldt-Universität Berlin, 1976, S. 106 f.

6 Karl Dietrich Bracher, Die Auflösung der Weimarer Republik, 3. Aufl., Villingen 1960, S. 147 ff.

7 Nationalsozialistische Briefe, 23. 6. 1929.

8 ZStA, Reichsinnenministerium, Nr. 26 065, Bl. 4.

9 Ebenda, Bl. 2, Schreiben vom 17. Juli 1929.

10 Der Angriff, 26. 1. 1930.

11 Verhandlungen des Deutschen Reichstages, Bd. 427, S. 4386.

12 Völkischer Beobachter, 19. 6. 1930. Zum Verlauf des Prozesses: Erich Landsberg, Der Richter von Schweidnitz, in: Weltbühne, 31. 12. 1929.

13 Völkischer Beobachter, 15. 1. 1930.

14 Der nationale Sozialist, 12. 4. 1930, Schleswig-Holsteinische Tageszeitung, 8. 4. 1930; Der Angriff, 6. 4. 1930.

15 Ernst Thälmann, Reden und Aufsätze zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. II, Auswahl aus den Jahren November 1928–September 1930, Berlin 1956, S. 475.

16 Völkischer Beobachter, 25./26. 5. 1930.

17 Zit. in: Ursachen und Folgen, Bd. 8, S. 328.

18 ZStA, Reichsinnenministerium, Nr. 26 605, Bl. 306, Propaganda-Rundschreiben Nr. 16 der NSDAP-Gauleitung Groß-Berlin.

19 Referenten-Denkschrift des Preußischen Innenministeriums, zit. in: Ursachen und Folgen, Bd. 8, S. 328.

20 Der nationale Sozialist, 4. 7. 1930.

21 Rede von Joseph Goebbels, gehalten am 1. Juli 1930 auf der Generalversammlung des NSDAP-Gaus Berlin, in: Der Angriff, 3. 7. 1930.

22 Der Angriff, 6. 7./17. 7. 1930.

23 Ernst Thälmann, Reden und Aufsätze ..., S. 465.
24 Ebenda, S. 484.
25 Ebenda, S. 478.
26 Ebenda, S. 520.
27 Revolutionäre deutsche Parteiprogramme. Vom Kommunistischen Manifest zum Programm des Sozialismus, hrsg. und eingel. von Lothar Berthold und Ernst Diehl, Berlin 1965, S. 122 und 124.
28 Völkischer Beobachter, 18. 9. 1930.
29 Der Angriff, 18. 9./28. 9. 1930.
30 Völkischer Beobachter, 19. 9. 1930.
31 Zit. in: Schultheß' Europäischer Geschichtskalender, 1930, München 1931, S. 199.
32 Wilhelm Pieck, Reden und Aufsätze, Auswahl aus den Jahren 1908 bis 1950, Bd. I, Berlin 1950, S. 127.
33 ZStA, Reichsinnenministerium, Nr. 25 065, Bl. 231.
34 Adolf Hitlers Antwort an Gustave Hervé, zit. in: Schultheß' Europäischer Geschichtskalender, 1930, S. 217 ff.
35 Zit. in: Ebenda, S. 239 ff.
36 Völkischer Beobachter, 30. 12. 1930. Bejahend hatten die Umfrage u. a. Generaloberst Hans von Seeckt, Hjalmar Schacht und der deutschnationale Großgrundbesitzer Elard von Oldenburg-Januschau beantwortet.
37 ZStA Merseburg, Rep. 77, Tit. 4043, Nr. 283, Bl. 180.
38 Berliner Börsen-Zeitung, 11. 11. 1930.
39 Ebenda, 15. 11. 1930.
40 Verhandlungen des Deutschen Reichstages, Bd. 444, S. 874 f.

6. Kapitel

1 Völkischer Beobachter, 18. 2. 1931.
2 Völkischer Beobachter, 1. 4. 1931.
3 Den Begleitbrief an Paul von Hindenburg und Wilhelm Groener hatte Otto Wels, der Parteivorsitzende der SPD, im Namen einer „Terrorabwehrstelle beim Parteivorstand der SPD" am 22. Dezember 1931 unterzeichnet.
4 Vgl. auch ZStA, Reichsinnenministerium, Nr. 26 067, Bl. 17 ff.
5 Der Angriff, 11. 5. 1931.
6 Gregor Strasser, Der letzte Abwehrkampf des Systems, Artikelserie im Völkischen Beobachter, 3./4. 10., 12. 5. 1931.
7 Der Angriff, 9. 11. 1931.
8 ZStA, Reichsinnenministerium, Nr. 26 066, Bl. 289 ff., Rundschreiben des Gauleiters des NSDAP-Gaus Ostmark für die Monate Juli, September, Oktober, Dezember 1930.

9 Illustrierter Beobachter, 31. 1. 1931.
10 Völkischer Beobachter, 6. 5. 1931.
11 Völkischer Beobachter, 22. 10. 1930.
12 Stellungnahme zu einem Antrag des NSDAP-Gaus Schleswig-Holstein, abgedruckt in: Albrecht Tyrell, Führer befiehl . . ., S. 296.
13 Völkischer Beobachter, 15./16. 11. 1931.
14 Brief des NSDAP-Kreisleiters in Neuß a. Rh., Wilhelm Börger, an Gregor Strasser vom 16. April 1931. Börger beklagte, daß es schwierig sei, die Fragen der „Herren von der Industrie" zu beantworten. Strasser antwortete am 6. Mai 1931. Beide Briefe in: Albrecht Tyrell, Führer befiehl . . ., S. 303.
15 ZStA, Reichsinnenministerium, Nr. 26 066, Bl. 364, Rundschreiben der NSDAP-Gauleitung Rheinland vom 21. Februar 1931.
16 SA-Tagesbefehl vom 29. August 1930, in: Heinrich Bennecke, Hitler und die SA, München 1962, S. 251.
17 Ebenda, S. 252.
18 ZStA, Reichsinnenministerium, Nr. 26 067, Bl. 101 f., Bericht des Oberpräsidenten der Provinz Sachsen vom 5. Juli 1931 bzw. vom 7. Juli 1931.
19 Die deutsche Pest, in: Kurt Tucholsky, Ausgewählte Werke, Bd. 6, S. 217.
20 ZStA, Reichsinnenministerium, Nr. 26 065, Bl. 16.
21 Völkischer Beobachter, 17. 10. 1930; Der Angriff, 19. 10. 1930.
22 Für Ende 1932 wurde die Mitgliederzahl mit 258 210 angegeben, Berliner Börsen-Zeitung, 2. 9. 1937.
23 ZStA Merseburg, Rep. 77, Tit. 4043, Nr. 295, Bl. 193, im Preußischen Innenministerium angefertigter Vermerk, der sich auf das Rundschreiben des NSDAP-Gaus Köln–Aachen vom 1. Oktober 1932 bezieht.
24 Verordnungsblatt der Reichsleitung der NSDAP, 27. 7. 1931.
25 Der Angriff, 6. 5. 1931.
26 ZStA, Reichsinnenministerium, Nr. 26 067, Bl. 109.
27 Der Angriff, 5. 3. 1931.
28 Zit. in: Die bürgerlichen Parteien, Bd. II, Leipzig 1970, S. 406.
29 StA Potsdam, Herrschaft Boitzenburg, Pr. Br. Rep. 37, Bl. 20 f., mit der Niederschrift, die Hitlers Gesprächspartner über die Unterhaltung anfertigte, um sein Resümee zu Werbezwecken an deutschnationale Großagrarier zu versenden.
30 Rundschreiben des NSDAP-Gauleiters von Ost-Hannover, Telschow, an sämtliche Kreisleiter vom 28. Juli 1931, zit. in: Ursachen und Folgen, Bd. 8, S. 354.
31 ZStA, Stahlhelm Nr. 301, Bl. 162, Schreiben der Kanzlei Adolf Hitlers an den Bundesvorsitzenden des Stahlhelm Franz Seldte vom 13. März 1931.
32 Aufruf Adolf Hitlers vom 8. April 1931, in: Völkischer Beobachter, 11. 4. 1931.
33 ZStA Merseburg, Rep. 77, Tit. 4043, Nr. 10, Bl. 119, Bericht über die Rede von Joseph Goebbels auf dem NSDAP-Gautag in Berlin am 4. März 1931.

34 Der Angriff, 11. 8. 1931.
35 Völkischer Beobachter, 11. 8. 1931.
36 ZStA, Reichsinnenministerium, Nr. 26 061, Bl. 85, Rundschreiben der NSDAP-Gauleitung Köln–Aachen vom 10. August 1931.
37 ZStA Merseburg, Rep. 77, Tit. 4043, Nr. 302, Bl. 223, Polizeibericht über eine Rede Loepelmanns am 12. August 1931.
38 ZStA, Reichsinnenministerium, Nr. 26 067, Bl. 156 f., Schreiben des Preußischen Ministers des Innern an den Reichsminister des Innern vom 21. Juli 1931.
39 Kommuniqué der DNVP-Pressestelle über die Parteiführerzusammenkunft, zit. in: Vorwärts, 11. 7. 1931.
40 Der Angriff, 15. 7. 1931.
41 Der Angriff, 8. 9. 1931.
42 Schreiben Gregor Strassers an Ernst Schlange vom 12. September 1931, zit. in: Albrecht Tyrell, Führer befiehl . . ., S. 343 ff.
43 Niedersächsischer Beobachter, 3. 10. 1931.
44 ZStA, Reichsinnenministerium, Nr. 26 067, Bl. 302.
45 Deutscher Geschichtskalender. Begr. von Karl Wippermann, hrsg. von Friedrich Purlitz und Siegfried H. Steinberg, 47. Jg. (Januar–Dezember 1931, Abt. A: Inland), Leipzig (1932), S. 461 f.
46 Joseph Goebbels, Von Harzburg nach Braunschweig, in: Der Angriff, 21. 10. 1931.
47 ZStA Merseburg, Rep. 77, Tit. 4043, Nr. 302, Bl. 227 f., Polizeibericht über die Versammlung vom 24. November 1931.
48 Berliner Lokalanzeiger, 27. 11. 1931.
49 Der Angriff, 28. 11. 1931.
50 ZStA, Reichsinnenministerium, Nr. 26 067, Bl. 423.
51 Völkischer Beobachter, 1./2. 1. 1931.
52 Völkischer Beobachter, Sondernummer 23 (März 1932).
53 Völkischer Beobachter, 27. 10. 1931, Verfügung Adolf Hitlers vom 21. Oktober 1931.
54 ZStA, Reichsinnenministerium, Nr. 26 067, Bl. 406 a, Dienstanweisung Adolf Hitlers vom 12. Dezember 1931, in: Verordnungsblatt der Reichsleitung der NSDAP vom 17. Dezember 1931.
55 Völkischer Beobachter, 1./2. 11. 1931.
56 Probleme des Machtkampfes, Überlegene Taktik sichert den Sieg, in: Vorwärts, 3. 12. 1931.

7. Kapitel

1 Zit. nach: Kurt Wrobel, Zum Kampf Wilhelm Piecks gegen imperialistischen Terror und Faschismus 1929–1932, in: ZfG, 10/1975, S. 1437.
2 Adolf Hitler, Vortrag vor westdeutschen Wirtschaftlern im Industrie-Klub zu Düsseldorf am 27. Januar 1932, München o. J., S. 31.
3 ZStA Merseburg, Rep. 77, Tit. 4043, Nr. 302, Bl. 230 f.
4 Ebenda, Nr. 295, Bl. 183 f.
5 Ebenda, Nr. 295, Bl. 141, zit. in: Schreiben des Oberpräsidenten der Rheinprovinz an den Preußischen Minister des Innern vom 10. Februar 1931.
6 Ebenda, Nr. 299, Bl. 625 f.
7 Ebenda, Nr. 326, Bl. 15, Verordnungsblatt der Obersten SA-Führung, 1. Jg., Nr. 5.
8 Ebenda, Nr. 301, Bl. 233.
9 Ebenda, Bl. 195 ff., Redner-Information Nr. 1/1932 (15. Februar 1932), hrsg. von der NSDAP-Reichspropagandaleitung
10 Ebenda, Bl. 205, Monatliches Rundschreiben 2/32.
11 So in einer Rede vom 7. März 1932, zit. in: Adolf Hitler in Franken, o. O., o. J., S. 179.
12 ZStA Merseburg, Rep. 77, Tit. 4043, Nr. 301, Bl. 214, Rundschreiben Nr. 3 der NSDAP-Gauleitung Westfalen-Süd (15. März 1932).
13 Ebenda, Bl. 217, Rundschreiben Nr. 4 der NSDAP-Gauleitung Westfalen-Süd (24. März 1932).
14 Ebenda, Bl. 218 f., Rundschreiben Nr. 5 der NSDAP-Gauleitung Westfalen-Süd (1. April 1932).
15 Ebenda, Bl. 224, Sonder-Anordnung vom 24. März 1932.
16 Ebenda, Bl. 214, Rundschreiben Nr. 3 der Gauleitung Westfalen-Süd (15. März 1932).
17 Völkischer Beobachter, 26. 4. 1932.
18 Völkischer Beobachter, 4. 5. 1932.
19 Hessische Volkswacht, 7./8. 5. 1932.
20 Die Weltbühne, 16. 8. 1932.
21 Völkischer Beobachter, 23. 6. 1932.
22 Völkischer Beobachter, 15. 6. 1932.
23 Völkischer Beobachter, Erlaß Hitlers vom 9. Juni 1932.
24 Völkischer Beobachter, 4. 5. 1932.
25 Völkischer Beobachter, Sondernummer 23 (März 1932).
26 Die Rote Fahne, 26. 5. 1932.
27 Die Antifaschistische Aktion. Dokumentation und Chronik. Mai 1932 bis Januar 1933, hrsg. und eingel. von Heinz Karl und Erika Kücklich, Berlin 1965, S. 33 ff.
28 Die Weltbühne, 19. 7. 1932.

29 ZStA Merseburg, Rep. 77, Tit. 4043, Nr. 305, Bl. 243, Der Oberpräsident der Provinz Hessen-Nassau an den Preußischen Minister des Innern vom 5. August 1932.
30 Ebenda, Nr. 301, Bl. 287.
31 Ministerialblatt für die innere Verwaltung, Runderlaß vom 29. Juli 1932, S. 773.
32 Völkischer Beobachter, 29. 7. 1932.

8. Kapitel

1 ZStA Merseburg, Rep. 77, Tit. 4043, Nr. 301, Bl. 548 ff., Vermerk (über polizeiliche Ermittlungen) o. D.
2 Rede vom 4. September 1932, in: Adolf Hitler in Franken, S. 194.
3 ZStA, Büro des Reichspräsidenten, Nr. 47, Bl. 182 ff., Niederschrift des Staatssekretärs Otto Meißner über die Unterredung Paul von Hindenburgs mit Adolf Hitler am 13. August 1932.
4 Völkischer Beobachter, 16. 8. 1932.
5 IMG, Bd. XXXVI, S. 536 f., Brief Hjalmar Schachts an Adolf Hitler vom 29. August 1932.
6 Eberhard Czichon, Wer verhalf Hitler zur Macht?, 2. Aufl., Köln 1971, S. 27 ff.
7 Völkischer Beobachter, 17. und 20./21. 8. 1932.
8 Das Deutsche Reich von 1918 bis heute, hrsg. von Cuno Horkenbach, Jg. 1932, S. 291.
9 Zu den Verhandlungen Zentrum-NSDAP vgl.: Rudolf Morsey, Die deutsche Zentrumspartei, in: Erich Matthias und Rudolf Morsey, Das Ende der Parteien, Düsseldorf 1960, S. 317.
10 Clara Zetkin, Eröffnungsrede als Alterspräsidentin des Reichstages vom 30. August 1932, in: Ausgewählte Reden und Schriften, Bd. III, Berlin 1960, S. 418.
11 ZStA, Büro des Reichspräsidenten, Nr. 47, Niederschrift über den Empfang des Reichstagspräsidiums durch den Reichspräsidenten am 9. September 1932.
12 Clara Zetkin, S. 415.
13 Der Angriff, 7. 10. 1932.
14 Vorwärts, 1. 11. 1932, Information Nr. 5 des NSDAP-Reichspropagandaleiters.
15 ZStA Merseburg, Rep. 77, Tit. 4043, Nr. 301, Bl. 380 f., Bericht des Regierungspräsidenten in Königsberg vom 19. Oktober 1932.
16 Niederschrift über die Besprechung Paul von Hindenburgs mit Hitler am 19. November 1932, zit. in: ZfG, 3/1958, S. 550 f.
17 Eidesstattliche Erklärung Kurt von Schröders vor der amerikanischen Untersuchungsbehörde vom 21. Juli 1947, zit. in: GdA, Bd. 4, S. 606.

18 Völkischer Beobachter, 8. 11. 1932, Aufruf Hitlers vom 6. November 1932.
19 Völkischer Beobachter, 8. 11. 1932.
20 Ebenda, Aufruf Hitlers vom 6. November 1932.
21 IMG, Bd. XXXVI, S. 535.
22 Zit. in: Ursachen und Folgen, Bd. 8, S. 676.
23 Schreiben Wilhelm Kepplers an Kurt von Schröder vom 13. November 1932, zit. in: Eberhard Czichon, S. 65 f.
24 Eingabe von Industriellen, Bankiers und Großgrundbesitzern an Paul von Hindenburg vom November 1932, IMG, Bd. XXXIII, S. 531 ff.
25 ZStA, Nachlaß Bracht, Nr. 2, Bl. 129 f.
26 Die Wahrheit über Hitlers Verhalten und Vorgehen in der Regierungskrise, Berlin 1932, S. 12.
27 Carl von Ossietzky, Rechenschaft. Publizistik aus den Jahren 1913–1933, Berlin 1970, S. 330.
28 Ebenda, S. 328.
29 Rede Ernst Thälmanns auf dem Bezirksparteitag der KPD Wasserkante am 4. Dezember 1932, zit. in: Die Antifaschistische Aktion, S. 320.
30 Schultheß' Europäischer Geschichtskalender, 46. Jg., Bd. 2, München 1933, S. 220.
31 Völkischer Beobachter, 17. 12. 1932.
32 Die Weltbühne, 27. 12. 1932.
33 Deutscher Geschichtskalender, 48. Jg. (Januar–Dezember 1932, Abt. A: Deutschland), Leipzig (1933), S. 258.
34 ZStA Merseburg, Rep. 77, Tit. 4043, Nr. 301, Bl. 515 ff., Bericht des Oberpräsidenten der Provinz Pommern vom 16. Dezember 1932 an den Preußischen Minister des Innern.
35 Westdeutscher Beobachter, 4. 1. 1933; ZStA Merseburg, Rep. 77, Tit. 4043, Nr. 301, Bl. 602. Die Führung der Preußischen Polizei reagierte auf die Provokation in Köln lediglich mit dem Hinweis, daß ein öffentliches geschlossenes Auftreten von Polizeibeamten zugunsten der NSDAP unterbleiben solle.
36 Eidesstattliche Erklärung des Kurt von Schröder vom 21. Juli 1947, zit. in: Eberhard Czichon, S. 78.
37 Ebenda.
38 Schreiben Wilhelm Kepplers an Kurt von Schröder vom 19. Dezember 1932, zit. in: Ebenda, S. 75.
39 Völkischer Beobachter, 7./8. 1. 1933.
40 Westdeutscher Beobachter, 16. 1. 1933.
41 Schultheß' Europäischer Geschichtskalender, 1933, S. 27.
42 Walter Ulbricht, Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Aus Reden und Aufsätzen, Bd. I: 1918–1933, Berlin 1953, S. 646.

9. Kapitel

1 Vorwärts (Berlin), 31. 1. 1933 (Morgenausgabe).
2 Zit. in: GdA, Bd. 5, S. 441.
3 IMG, Bd. XXV, S. 374 ff.
4 Aufruf der KPD zum Generalstreik vom 30. Januar 1933, zit. in: GdA, Bd. 5, S. 441 f.
5 Aufzeichnung der Ansprache Adolf Hitlers am 3. Februar 1933 vor Befehlshabern der Reichswehr und der Reichsmarine über die innen- und außenpolitischen Ziele des faschistischen Regimes, zit. in: Gerhard Förster u. a., Der preußisch-deutsche Generalstab 1640–1965. Zu seiner politischen Rolle in der Geschichte, Berlin 1966, S. 514 f.
6 ZStA Merseburg, Rep. 77, Tit. 4043, Nr. 301, Bl. 694, Befehl des SA-Gruppenführers Mitte (Dessau), Hans von Tschammer und Osten, vom 13. Februar 1933 (im Dokument fälschlich 13. Januar 1933).
7 ZStA Merseburg, Rep. 77, Tit. 4043, Nr. 123, Runderlaß des Preußischen Ministers des Innern vom 17. Februar 1933 über die „Förderung der nationalen Bewegung".
8 Diese Hilfspolizei war eine zeitweilige Einrichtung und existierte bis zum 8. August 1933.
9 IMG, Bd. XXXV, S. 42 f.
10 „Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat", RGBl, 1933, Teil I, Nr. 17, S. 83.
11 Mit der Ablehnung eines auch nur für propagandistische Zwecke bestimmten Wirtschaftsprogramms in diesem Moment nahm Hitler einen Vorschlag auf, den Schacht 1932 erteilt hatte.
12 Gerhard Neuber, Faschismus in Berlin. Entwicklung und Wirken der NSDAP und ihrer Organisationen in der Reichshauptstadt (1920–1934), Phil. Diss., Humboldt-Universität Berlin, 1976, S. 173 f.
13 Vgl. z. B. die Meldung über die Errichtung des KZ Dachau, in: Völkischer Beobachter, 21. 3. 1933, oder den Bericht über die Einlieferung führender badischer Sozialdemokraten in ein Konzentrationslager, in: Völkischer Beobachter, 17. 5. 1933.
14 Der Angriff, 20. 5. 1933.
15 Aufruf Adolf Hitlers an die NSDAP, in: Völkischer Beobachter, 11./12. 3. 1933.
16 Betriebsarchiv der Zeiss-Werke Jena, Nr. 7885, Schreiben Paul Henrichs' an Julius Flaschner vom 13. März 1933.
17 IMG, Bd. IX., S. 583.
18 Zum Charakter des 1. April 1933 vgl. Kurt Pätzold, Faschismus, Rassenwahn, Judenverfolgung. Eine Studie zur politischen Strategie und Taktik des faschistischen deutschen Imperialismus (1933–1935), Berlin 1975, S. 53 ff.

19 ZStA, Reichsinnenministerium, Nr. 25 794/1, Bl. 130 f., Anordnung der Politischen Zentralkommission vom 7. April 1933. Die erste Fassung der Anordnung (Meldung von WTB, Nr. 810) untersagte lediglich Eingriffe in Wirtschaftsunternehmen. Die zweite (WTB, Nr. 811) sprach von einer Ergänzung und gestattete, „gegen Gewerkschaften vorzugehen", was de facto einer Aufforderung gleichkam.

20 BA Koblenz, R 53, Nr. 80, Bl. 127 ff., Schreiben Roland Brauweilers, Geschäftsführendes Präsidialmitglied der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände e. V., an Franz von Papen vom 31. März 1933 mit Denkschrift betr. die Liquidierung der Gewerkschaftsbewegung.

21 Jochen Eckhardt, Die Tätigkeit der Deutschen Arbeitsfront im faschistischen Betrieb 1936–1939. Ein Beitrag zum Verhältnis Faschismus an der Macht und Arbeiterklasse. Phil. Diss., Humboldt Universität Berlin, 1980.

22 RGBl, 1933, Teil I, Nr. 81, S. 479.

23 BA Koblenz, R 2, Nr. 21 573, Schreiben Gustav Krupps von Bohlen und Halbach an Adolf Hitler vom 24. März 1933.

24 Archivum Glówna komisja Badania Zbrodni Hitlerotwskich w Polsce, Krupp-Prozeß, Dok. NIK–6567.

10. Kapitel

1 Rede des Reichsministers Goebbels zur Fahnenweihe im Propaganda-Ministerium am 4. Juli 1933, o. O., o. J., S. 5.

2 WTB Telegramme, Nr. 1679, 11. Juli 1933, Rundschreiben des Reichsinnenministers Wilhelm Frick vom 11. Juli 1933 an alle Reichsstatthalter.

3 ZStA, Reichsinnenministerium, Nr. 25 794/1, Bl. 222, Schreiben Ernst Röhms an Wilhelm Frick vom 8. Juli 1933.

4 Rede von Joseph Goebbels zur Eröffnung des 1. faschistischen WHW vom 27. September 1933, in: Völkischer Beobachter, 28. 9. 1933.

5 BA Koblenz, NS 26, vorl. Nr. 261, unpag.

6 ZStA, Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda, Nr. 749.

7 RGBl, 1933, Teil I., Nr. 135, S. 1016.

8 Gerhard Neuber, S. 194.

9 ZStA, Reichsjustizministerium, Nr. 5429, SA-Befehl Ernst Röhms vom 31. Juli 1933.

10 Kurt Pätzold, S. 164 f.

11 Rede von Joseph Goebbels am 11. Mai 1934 im Berliner Sportpalast, in: Völkischer Beobachter, 12. 5. 1934.

12 Deutsche Bergwerkszeitung, 8. 7. 1934.

11. Kapitel

1 Bericht des Oberstleutnants i. G. Rudolf Schmundt über eine Besprechung Adolf Hitlers mit den Befehlshabern und weiteren Offizieren der drei Wehrmachtsteile vom 23. Mai 1939, zit. in: Reinhard Kühnl, Der deutsche Faschismus in Quellen und Dokumenten, Köln 1975, S. 297.

2 ZStA, Deutsche Reichsbank, Handaktensammlung, Nr. 31, 170, Protokoll einer Beratung Hjalmar Schachts mit den Reichsbeauftragten der Außenhandels-Überwachungsstellen vom 13. Dezember 1934.

3 Dokumente der Deutschen Politik und Geschichte von 1848 bis zur Gegenwart, hrsg. von Johannes Hohlfeld, Bd. 4: Die Zeit der nationalsozialistischen Diktatur 1933–1945, Aufbau und Entwicklung 1933–1939, Berlin/München (o. J.), S. 162.

4 Martin Broszat, Der Staat Hitlers, S. 254.

5 Laut Geschäftsverteilungsplan der Gestapo wurde die NSBO bereits 1934 ständig überwacht. Eine Anordnung Bormanns vom 26. Juni 1935 bestimmte, daß Gestapo-Dienststellen zu allen größeren Veranstaltungen der NSDAP und ihrer Gliederungen einzuladen waren, IMG, Bd. IV, S. 42 f.

6 ZStA, Film Nr. 3572, SS-Befehl Heinrich Himmlers vom 16. August 1935; BA Koblenz, NS 10, Nr. 87, Schreiben Viktor Lutzes an Adolf Hitler vom 22. August 1935.

7 Wilhelm Pieck, Der neue Weg zum gemeinsamen Kampf für den Sturz der Hitlerdiktatur, in: Gesammelte Reden und Schriften: Bd. V (Februar 1933 bis August 1939), Berlin 1972, S. 253.

8 Zit. in: IMG, Bd. IV, S. 148.

9 Wilhelm Pieck, S. 255.

10 Laut einer Anordnung Rudolf Heß' vom 25. Oktober 1934 war das Recht, Abmachungen politischer Natur mit staatlichen Organen zu treffen, auf die faschistischen Hoheitsträger (Reichs-, Gau-, Kreis- und Ortsgruppenleiter der NSDAP) begrenzt, in: IMG, Bd. IV, S. 42. Über die Erweiterung des Kreises der Hoheitsträger: Völkischer Beobachter, 11. 11. 1937.

11 IMG, Bd. IV, S. 199.

12 Rede Heinrich Himmlers auf dem Reichsbauerntag in Goslar am 12. November 1935 „Die Schutzstaffel als antibolschewistische Kampforganisation", in: Dokumente der Deutschen Politik, hrsg. von Paul Meier-Benneckenstein, Bd. 3: Deutschlands Weg zur Freiheit 1935, bearb. v. Axel Friedrichs, Berlin 1940, S. 43 ff.

13 Klaus Drobisch, Der Freundeskreis Himmler, in: ZfG 2/1960, S. 372 f.

14 Peter-Alfons Steiniger, Der Nürnberger Prozeß, Bd. I, Berlin 1962, S. 311.

15 IMG, Bd. IV, S. 190.

16 Ebenda, S. 189.

17 Ebenda, S. 186.

18 Verordnung Adolf Hitlers vom 24. Oktober 1934, in: Völkischer Beobachter, 25. 10. 1934.
19 RGBl, 1936, Teil I, Nr. 113, S. 999.
20 RGBl, 1939, Teil I, Nr. 66, S. 710.
21 Völkischer Beobachter, 7. 5. 1938.
22 Nationalsozialistische Korrespondenz, 21. 7. 1938.
23 ZStA, IG-Farben-Prozeß, Film Nr. 414/601, Dok. NI-4955, Geheime Denkschrift Adolf Hitlers vom 26. August 1936 über den Vierjahresplan.
24 Ebenda.
25 IMG, Bd. XXXVIII, S. 379 f.

12. Kapitel

1 Wilhelm Pieck, Lehren von München, in: Gesammelte Reden und Schriften, S. 554.
2 Niederschrift des Obersten Friedrich Hoßbach vom 10. November 1937 über die Kriegszielbesprechung in der Reichskanzlei vom 5. November 1937, IMG, Bd. XXV, S. 403 ff.
3 „Kundgebung des Zentralkomitees der KPD" zu den Ereignissen vom 4. Februar 1938, in: Rundschau über Politik, Wirtschaft und Arbeiterbewegung, 1938, Nr. 6, S. 5.
4 IMG, Bd. XXIX, S. 221 f.
5 Heinz Kühnrich, Der KZ-Staat. Die faschistischen Konzentrationslager 1933 bis 1945, 2. Aufl., Berlin 1980, S. 212 f.
6 Diskussionsrede Otto Niebergalls, in: Die Berner Konferenz der KPD (30. Januar – 1. Februar 1939), hrsg. und eingel. von Klaus Mammach, Berlin 1974, S. 107.
7 IMG, Bd. III, S. 93.
8 Völkischer Beobachter, 28. 10. 1938.
9 BA Koblenz, NS 19, Nr. 422, Rede Heinrich Himmlers auf der Gruppenführerbesprechung am 18. November 1938 im Führerheim der SS-Standarte „Deutschland".
10 Franz Ritter von Epp, Ein Leben für Deutschland, hrsg. von Joseph H. Krumbach, München 1939, S. 261 f.
11 Völkischer Beobachter, 20./21. 4. 1939.
12 Der Hoheitsträger, 1939, H. 8.
13 Bericht des Oberstleutnants i. G. Rudolf Schmundt . . ., in: Reinhard Kühnl, S. 297.
14 IMG, Bd. III, S. 260.
15 ZStA, Film Nr. 5581, Arbeitspläne der Reichsleitung der NSDAP für den Einsatz der Partei und der ihr angeschlossenen Verbände im A Falle, hrsg.

von der Abt. M des Stabes des Stellvertreters des Führers, vom 16. Mai 1938.

16 Völkischer Beobachter, 16. 1. 1939, Rede Viktor Lutzes in Goslar.

17 Der Erlaß Hitlers wurde zum Anlaß für eine Demonstration der Einheit von Wehrmacht und SA genommen. Vgl. Völkischer Beobachter, 28. 1. 1939. Die Durchführungsbestimmungen ergingen im Mai 1939. Im Oktober sollte mit der militärischen Ausbildung begonnen werden, Völkischer Beobachter, 27. 5. 1939.

18 Wilhelm Pieck, Die gegenwärtige Lage und die Aufgaben der Partei, in: Gesammelte Reden und Schriften, S. 584.

19 ZStA, Film Nr. 5457, Grundgedanken über ein Übereinkommen zwischen dem Reichskriegsministerium und der Deutschen Arbeitsfront betr. „die Regelung einer Zusammenarbeit bzw. einer Arbeitsteilung über die im Rahmen des Vierjahresplans erforderlichen Maßnahmen für die Sicherstellung der für wehrpolitische und wehrwirtschaftliche Zwecke erforderlichen deutschen Arbeitskraft". Geheimer Entwurf. o. D.

20 Rede Adolf Hitlers vor der deutschen Presse am 10. November 1938, in: VZG (1958), H. 2, S. 182 f.

21 Denkschrift des Generalobersten Werner von Fritsch an Generalfeldmarschall Werner von Blomberg vom August 1937, zit. in: Der zweite Weltkrieg. Dokumente, Ausgewählt und eingel. von Gerhard Förster und Olaf Groehler, Berlin 1972, S. 29.

22 IMG, Bd. XXV, S. 403 ff.

23 Rede Adolf Hitlers vor der deutschen Presse am 10. November 1938, in: VZG, (1958), H. 2, S. 182 f.

24 Wilhelm Pieck, Was wird das Jahr 1937 bringen?, in: Gesammelte Reden und Schriften, S. 414.

25 Der Weg zum Sturze Hitlers und der Kampf um die neue, demokratische Republik. Resolution der Berner Konferenz, in: Die Berner Konferenz der KPD, S. 117.

26 Ebenda, S. 119.

27 Ebenda, S. 135.

13. Kapitel

1 Völkischer Beobachter, 2. 9. 1939.

2 Grundriß der deutschen Geschichte, S. 464 f.

3 Vgl. Das Gesicht der Partei, Sonderdruck, hrsg. vom Reichsorganisationsleiter/Hauptschulungsamt der NSDAP, o. O., o. J., S. 7.

4 ZStA, Film Nr. 1629.

5 Ebenda, Film Nr. 2436.

6 Vgl. Die KPD im Kampf gegen Faschismus und Krieg (1933–1945), hrsg. von der Parteihochschule „Karl Marx" beim ZK der SED, (Berlin 1978), S. 137.

7 Himmler erklärte, daß durch die Zusammenfassung die Stellung des Hauptamtes Sicherheitspolizei, des Sicherheitshauptamtes des Reichsführers SS, des Geheimen Staatspolizeiamtes und des Reichskriminalpolizeiamtes zum RSHA „in der Partei und in der staatlichen Verwaltung nicht geändert" würde, ZStA, Film Nr. 2436.

8 Die Ämter der RSHA trugen folgende Bezeichnungen:
Amt I : Personal
Amt II : Organisation, Verwaltung, Recht
Amt III : Sicherheitsdienst Inland
Amt IV : Gegnerforschung und -bekämpfung (Gestapo)
Amt V : Verbrechenbekämpfung (Kriminalpolizei)
Amt VI : Sicherheitsdienst Ausland
Amt VII : Weltanschauliche Forschung und Auswertung.

9 Ebenda, Film Nr. 13695.

10 Der Angriff, 6. 9. 1939.

11 Ebenda.

12 Z. B. Völkischer Beobachter, 13. 10. 1939.

13 ZStA, Film Nr. 13716.

14 Ebenda, Film Nr. 11264.

15 BA Koblenz, NS 10, Bd. 37, Bl. 232. Bemerkenswert ist dabei der Satz: „Die Entscheidung wird Voraussicht nach nicht auf militärischem Gebiet fallen."

16 Ebenda, Bl. 222 ff. Hervorhebung durch die Vf.

17 ZStA, Film Nr. 2373.

18 Ebenda, Film Nr. 14645.

19 Vgl. GdA, Bd. 5, S. 530 ff.

20 Zit. in: Ebenda, S. 528 f.

21 Damit war der deutsch-sowjetische Nichtangriffsvertrag vom 23. 8. 1939 gemeint, den die UdSSR abschloß, als die Westmächte im August 1939 bei den britisch-französisch-sowjetischen Verhandlungen die letzte Möglichkeit hintertrieben hatten, in Europa ein System der kollektiven Sicherheit gegen den faschistischen Aggressor zu schaffen.

22 Zit. in: Die KPD im Kampf gegen Faschismus und Krieg (1933–1945), S. 134 f.

23 Richtlinien und Anordnungen für den Einsatz der NSDAP im Kriege, BA Koblenz, NS 6, Bd. 146.

24 Zit. in: Meldungen aus dem Reich. Auswahl aus den geheimen Lageberichten des Sicherheitsdienstes der SS 1939–1944, hrsg. von Heinz Boberach, Neuwied/(West-)Berlin 1965, S. 4.

25 So z. B. Josef Winschuh in der Deutschen Allgemeinen Zeitung, 8. 10. 1939.

26 Zit. in: Deutschland im zweiten Weltkrieg, hrsg. v. einem Autorenkollektiv u. d. Leitung von Wolfgang Schumann und Gerhart Hass, Bd. 1, Berlin 1974, S. 201.
27 Der Angriff, 4. 10. 1939.
28 Der Angriff, 24. 1. 1940.
29 Ebenda, 24. 9. 1940 und 1. 10. 1940.
30 Völkischer Beobachter, 5. 11. 1940.
31 Gausonderdienst. Die innere Front. Gau Thüringen, hrsg. vom Gaupresseamt der Gauleitung Thüringen der NSDAP, 18. 10. 1940.
32 Völkischer Beobachter, 26. 2. 1941.
33 Vgl. Reinhard Bollmus, Das Amt Rosenberg und seine Gegner. Zum Machtkampf im nationalsozialistischen Herrschaftssystem, Stuttgart 1970, S. 123 ff.
34 Vgl. Grundriß der deutschen Geschichte, S. 468 f.
35 Die Kriegsziele Hitlerdeutschlands im zweiten Weltkrieg und die Ursachen ihres Scheiterns. Diskussionsmaterial für das internationale Historiker-Kolloquium in Weimar vom 26. bis 31. Mai 1975. Ausgearbeitet von einem Autorenkollektiv unter Leitung von Wolfgang Schumann, o. O., o. J., S. 39.
36 Konzept für die „Neuordnung" der Welt. Die Kriegsziele des faschistischen deutschen Imperialismus im zweiten Weltkrieg. Von einem Autorenkollektiv unter Leitung von Wolfgang Schumann, Berlin 1977, S. 52.
37 Völkischer Beobachter, 25. 4. 1940; Heß hatte bereits am 16. 1. 1940 eine Anordnung für den „Einsatz der Partei im Interesse der Kohleversorgung" erlassen, in der es hieß: „Das Fehlen des warmen Heimes muß sich auch stimmungsmäßig aufs schärfste auswirken." ZStA, Film Nr. 13695.
38 Kriegspropaganda 1939–1941. Geheime Ministerkonferenzen im Reichspropagandaministerium, hrsg. und eingel. von Willi A. Boelcke, Stuttgart (1966), S. 369.
39 Zit. in: Meldungen aus dem Reich, S. 90.
40 Völkischer Beobachter, 19. 7. 1940.
41 Der Angriff, 10. 9. 1940. Hervorhebung durch die Vf.
42 Protokoll der Amtschefbesprechung des RSHA vom 7. 9. 1939, zit. in: Deutschland im zweiten Weltkrieg, Bd. 1, S. 188.
43 Die innere Front. Kriegssonderdienst der Nationalsozialistischen Parteikorrespondenz, 16. 7. 1940.
44 ZStA, Film Nr. 13695.
45 Vgl. Deutschland im zweiten Weltkrieg, Bd. 1, S. 418.
46 Vgl. Friedrich Karl Kaul, Nazimordaktion T 4. Ein Bericht über die erste industriemäßig durchgeführte Mordaktion des Naziregimes, Berlin 1973, S. 169 ff.
47 Besprechungsnotiz vom 22. 2. 1940 im „Stab des Stellvertreters des Führers" über Kosten der Freimachung für die Wehrmacht, ZStA, Film Nr. 14442.
48 BA Koblenz, NS 22, vorl. Nr. 28, unpag.

49 Deutschland im zweiten Weltkrieg, Bd. 1, S. 535.

50 Hermann Rauschning, Gespräche mit Hitler, Zürich und New York 1940, S. 112.

51 Vgl. Deutschland im zweiten Weltkrieg, Bd. 1, S. 554.

52 Ebenda.

14. Kapitel

1 Grundriß der deutschen Geschichte, S. 470.

2 Zit. in: GdA, Bd. 5, S. 547.

3 Der Angriff, 25. 6. 1941.

4 Völkischer Beobachter, 4. 10. 1941.

5 Völkischer Beobachter, 6. 7. 1941.

6 Völkischer Beobachter, 29. 9. 1941; auch 1942 wurde diese Übernahme im September durchgeführt, 1943 wurde sie auf den 20. April und 1944 sogar auf den 27. Februar vorgezogen.

7 BA Koblenz, NS 22, vorl. Nr. 714, unpag.

8 ZStA, Film Nr. 13689 P.; als Reichsleiter waren vorgesehen, wobei auch die Reihenfolge aufschlußreich ist:
   1. der Reichsorganisationsleiter,
   2. der Reichsleiter für die Sicherung der Einheit der nationalsozialistischen Weltanschauung (mit den Gebieten Wissenschaft und Kultur, Weltanschauliche Gegner, Nationalsozialismus und Ausland),
   3. ein Reichsleiter für soziale Gestaltung,
   4. ein Reichsleiter für Volksaufklärung,
   5. der Stabschef der SA,
   6. der Reichsführer SS,
   7. ein Reichsleiter für Jugenderziehung,
   8. ein Reichsleiter des Obersten Ehre- und Disziplinargerichtes,
   9. der Reichsleiter der Parteikanzlei und
   10. der Reichsschatzmeister.

9 Vgl. Die Kriegsziele Hitlerdeutschlands . . ., S. 35 ff.

10 Vgl. L. A. Bezymenskij, General'nyj Plan „Ost": Zamysel, zeli, resul'taty (novye materialy), in: Voprosy istorii 5/1978.

11 Zit. in: Verbrecherische Ziele – verbrecherische Mittel. Dokumente der Okkupationspolitik des faschistischen Deutschlands auf dem Territorium der UdSSR (1941–1944), Moskau 1963, S. 50.

12 Fall Barbarossa. Dokumente zur Vorbereitung der faschistischen Wehrmacht auf die Aggression gegen die Sowjetunion (1940/41), ausgewählt und eingel. von Erhard Moritz, Berlin 1970, S. 286.

13 Vgl. Verbrecherische Ziele – verbrecherische Mittel, S. 57 f., 65 ff. und 69 f.

14 Fall Barbarossa, S. 333.

15 Ebenda, S. 365. Hervorhebungen durch die Vf.
16 ZStA, Film Nr. 13754.
17 Fall Barbarossa, S. 291.
18 Ebenda, S. 292.
19 Vgl. Fall 9. Das Urteil im SS-Einsatzgruppenprozeß, gefällt am 10. April 1948 in Nürnberg vom Militärgerichtshof II der Vereinigten Staaten von Amerika, hrsg. von Kazimierz Leszczyński mit einer Einleitung von Dr. Siegmar Quilitzsch, Berlin 1963, S. 31 ff.
20 Der Nürnberger Prozeß, Bd. 1, S. 188.
21 Zit. in: Helmut Krausnick, Judenverfolgung, in: Hans Buchheim, Martin Broszat, Hans-Adolf Jacobsen und Helmut Krausnick, Anatomie des SS-Staates, Bd. 2, München 1967, S. 300.
22 Zit. in: Alwin Ramme, Der Sicherheitsdienst der SS. Zu seiner Funktion im faschistischen Machtapparat und im Besatzungsregime des sogenannten Generalgouvernements Polen, Berlin 1970, S. 220.
23 Deutschland im zweiten Weltkrieg, Bd. 2, Berlin 1976, S. 279.
24 ZStA, Film Nr. 14587.
25 „Erlaß des Führers über den umfassenden Einsatz von Männern und Frauen für Aufgaben der Reichsverteidigung vom 13. 1. 1943", BA Koblenz, Sammlung Schumacher, Nr. 253, unpag.
26 Dietrich Eichholtz, Die Vorgeschichte des „Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz" (mit Dokumenten), in: Jahrbuch für Geschichte, Bd. 9, Berlin 1973, S. 356.
27 Die Tatsachen stehen im Gegensatz zu der Behauptung bürgerlicher Historiker, daß Speer die Reorganisation der Rüstungswirtschaft „unter weitgehender Ausschaltung der Parteiinstanzen und gleichsam gegen deren Willen durchgezogen hat". Vgl. W. J. Mommsen, Diskussionsbeitrag zu: Horst Matzerath und Heinrich Volkmann, Modernisierungstheorie und Nationalsozialismus, in: Geschichte und Gesellschaft, Sonderh. 3, Göttingen 1977, S. 107.
28 Brief von Ley an Göring vom 5. 3. 1942, BA Koblenz, NS 22, vorl. Nr. 976, unpag.
29 Zit. in: Dietrich Eichholtz, Die Vorgeschichte . . ., S. 367.
30 Wolfgang Bleyer u. a., Deutschland von 1939 bis 1945, Lehrbuch d. deutschen Geschichte (Beiträge), Beitrag 12, 2. überarb. Aufl., Berlin 1975, S. 208.
31 ZStA, Film Nr. 5581.
32 SS im Einsatz. Eine Dokumentation über die Verbrechen der SS, Berlin 1967, S. 216. Hervorhebung durch die Vf.
33 Vgl. Walter Bartel, Gutachten über Rolle und Bedeutung des KZ Dora-Mittelbau und die Funktion der SS bei der A 4-Produktion, Schriftenreihe des Präsidiums der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes, Frankfurt/Main, H. 13/1970, S. 16.

34 Vgl. Heinz Kühnrich, Der KZ-Staat. Rolle und Entwicklung der faschistischen Konzentrationslager 1933 bis 1945, Berlin 1960, S. 86.
35 Enno Georg, Die wirtschaftlichen Unternehmungen der SS, Stuttgart 1963, S. 137.
36 BA Koblenz, NS 5 I, Bd. 33, unpag.; Im Vergleich dazu sind folgende Zahlen von Interesse: Die Bilanzsumme der Deutschen Bank stieg 1942/43 von 7,5 Mrd. RM auf 8,7 Mrd. RM, die der Dresdner Bank von 5,7 Mrd. RM auf 6,7 Mrd. RM.
37 Ebenda, NS 22, vorl. Nr. 30, unpag.
38 Ebenda, NS 26, Bd. 319, unpag.
39 IMG, Bd. XXXIV, S. 130 f., Dok. 4064–PS.
40 ZStA, Film Nr. 15061.
41 Vgl. Nationalsozialistische Vernichtungslager im Spiegel deutscher Strafprozesse. Belzec, Sobibor, Treblinka, Chelmno, hrsg. von Adalbert Rückert. Mit einem Vorwort von Martin Broszat, München 1977, S. 13.
42 SS im Einsatz, S. 118 ff.
43 Klaus Drobisch u. a., Juden unterm Hakenkreuz. Verfolgung und Ausrottung der deutschen Juden 1933–1945, Berlin 1973, S. 287.
44 Wolfgang Bleyer u. a., S. 201.
45 Ebenda, S. 202.
46 Ebenda.

15. Kapitel

1 Zit. in: Wolfgang Bleyer u. a., S. 274.
2 Weitere Tagungen der Reichs- und Gauleiter fanden am 7. 5., 6. 10., 11. 11. 1943 und 26. 2. 1944 statt.
3 ZStA, Film Nr. 1622.
4 Ebenda.
5 Verfügungen, Anordnungen, Bekanntgaben, hrsg. von der Parteikanzlei, München (1944), Bd. IV, S. 5.
6 ZStA, Film Nr. 5581.
7 Ebenda, Film Nr. 13718.
8 Thüringer Gauzeitung, 1. 11. 1943.
9 Zit. in: Franz Josef Heyen, Nationalsozialismus im Alltag. Quellen zur Geschichte des Nationalsozialismus vornehmlich im Raum Mainz–Koblenz–Trier, Boppard 1967, S. 309.
10 Verfügungen, Anordnungen, Bekanntgaben, S. 177 f.
11 ZStA, Film Nr. 13695.
12 Ebenda, Film Nr. 13721 P.
13 Ebenda, Film Nr. 1622.

14 BA Koblenz, Sammlung Schumacher, Nr. 253. Rundschreiben von Bormann, Nr. 24/43 vom 12. 2. 1943.

15 Zum Aufgabenbereich eines stellvertretenden Gauleiters gehörten z. B. „der Aufbau der Parteibereitschaften zur Bekämpfung von Luftnotständen, der Einsatz der Partei allgemein und insbesondere im Luftschutz, die Führung und der Einsatz der Politischen Leiter (politische Staffeln), die Ausrichtung der Politischen Leiter auf ihre kriegsnotwendigen Aufgaben und ihre allgemeine Haltung, die Gestaltung des inneren Parteiaufbaues, die Tätigkeit als Beauftragter für alle kriegswichtigen Sammlungen der Partei, die immer schwieriger werdenden Erfordernisse der Ausrüstung der Politischen Leiter und die anderen damit im Zusammenhang stehenden organisatorischen Arbeiten". ZStA, Film Nr. 3869, Schreiben des Reichsorganisationsleiters der NSDAP Robert Ley an den Gauleiter von Baden Robert Wagner vom 3. 5. 1944.

16 ZStA, Film Nr. 13721.

17 Nach einer Übersicht des Reichsorganisationsleiters der NSDAP über „Einsatz und Bewährung der Parteigenossen im Wehr- oder anderweitigen Kriegsdienst" vom 1. 5. 1943 zählte die Nazipartei insgesamt 6 542 261 Mitglieder, von denen bereits 226 126 (3,5 %) gefallen oder vermißt waren. 3 676 825 Mitglieder hatten bis zu diesem Zeitpunkt keinen Wehr- oder sonstigen Kriegsdienst geleistet. Von ihnen waren 1 035 715 (28,1 %) Politische Leiter, 756 245 (20,6 %) Gliederungsangehörige und 1 884 865 als „Beitragszahler" eingestufte Nazis. Lediglich 2 638 710 (40,3 %) aller Mitglieder standen im Wehrdienst (91,4 %) oder in anderweitigem Kriegsdienst (8,6 %). Das Dokument enthält außerdem den Vermerk, daß etwa 100 000 weitere Mitglieder der NSDAP für die Statistik nicht erfaßt werden konnten, ZStA, Film Nr. 19602/38264.

18 Gaue und Gauleiter der NSDAP waren im Jahre 1943:

1. Baden	–	Robert Wagner
2. Bayreuth	–	Fritz Wächtler
3. Berlin	–	Joseph Goebbels
4. Danzig-Westpreußen	–	Albert Forster
5. Düsseldorf	–	Friedrich Karl Florian
6. Essen	–	Josef Terboven
7. Franken	–	Karl Holz
8. Halle-Merseburg	–	Joachim Albrecht Eggeling
9. Hamburg	–	Karl Kaufmann
10. Hessen-Nassau	–	Jacob Sprenger
11. Kärnten	–	Friedrich Rainer
12. Köln-Aachen	–	Josef Grohé
13. Kurhessen	–	Karl Weinreich
14. Magdeburg-Anhalt	–	Rudolf Jordan

15. Mainfranken	–	Otto Hellmuth
16. Mark Brandenburg	–	Emil Stürtz
17. Mecklenburg	–	Friedrich Hildebrandt
18. Moselland	–	Gustav Simon
19. München/Oberbayern	–	Adolf Wagner
20. Niederdonau	–	Hugo Jury
21. Niederschlesien	–	Karl Hanke
22. Oberdonau	–	August Eigruber
23. Oberschlesien	–	Fritz Bracht
24. Ost-Hannover	–	Otto Telschow
25. Ostpreußen	–	Erich Koch
26. Pommern	–	Franz Schwede-Coburg
27. Sachsen	–	Martin Mutschmann
28. Salzburg	–	Gustav Adolf Scheel
29. Schleswig-Holstein	–	Hinrich Lohse
30. Schwaben	–	Karl Wahl
31. Steiermark	–	Siegfried Uiberreither
32. Sudetenland	–	Konrad Henlein
33. Süd-Hannover-Braunschweig	–	Hartmann Lauterbacher
34. Thüringen	–	Fritz Sauckel
35. Tirol-Vorarlberg	–	Franz Hofer
36. Wartheland	–	Arthur Greiser
37. Weser-Ems	–	Paul Wegener
38. Westfalen-Nord	–	Alfred Meyer
39. Westfalen-Süd	–	Paul Giesler
40. Westmark	–	Josef Bürckel
41. Wien	–	Baldur von Schirach
42. Württemberg-Hohenzollern	–	Wilhelm Murr
43. Auslandsorganisation	–	Ernst Wilhelm Bohle

19 ZStA, Film Nr. 380.

20 BA Koblenz, NS 22, vorl. Nr. 29.

21 ZStA, Film Nr. 14440, Bericht von Hoffmann an Bormann vom 20. 8. 1942.

22 Ebenda, Film Nr. 14438, Vorgang „Einschaltung der Partei bei Uk-Stellungen".

23 Ebenda, Film Nr. 13693.

24 Ebenda, Film Nr. 13730.

25 Ebenda, Film Nr. 1662.

26 Ebenda, Film Nr. 13677.

27 Ebenda, Film Nr. 380.

28 Ebenda, Film Nr. 14588, Aktenvermerk Bormanns für Friedrichs und Klopfer vom 14. 4. 1942.

29 Meldungen aus dem Reich, S. 418.

30 Ebenda, S. 430.
31 BA Koblenz, NS 6, Bd. 411, unpag.
32 ZStA, Film Nr. 13720. Hervorhebung durch die Vf.
33 Ebenda, Dienststelle Rosenberg, Nr. 4, Bl. 171 f.
34 Ebenda, Film Nr. 10913, Führungshinweis Nr. 17 der Parteikanzlei, durch die Gauleitung Baden an die Funktionäre im Gau mitgeteilt am 25. 5. 1944.
35 Zit. in: Wolfgang Bleyer, Staat und Monopole im „totalen Krieg". Der staatsmonopolistische Machtapparat und die „totale Mobilisierung" im ersten Halbjahr 1943, Berlin 1970, S. 185.
36 Zit. in: Gerhard Nitzsche, Die Saefkow-Jacob-Bästlein-Gruppe. Dokumente und Materialien des illegalen antifaschistischen Kampfes (1942 bis 1945), Berlin 1957, S. 139 f.

16. Kapitel

1 ZStA, Film Nr. 13669. Hervorhebung durch die Vf.
2 Vgl. Die Kriegsziele Hitlerdeutschlands, S. 68 ff.
3 Vgl. Grundriß der deutschen Geschichte, S. 478 f.
4 Vgl. Joachim Piskol, Konzeptionelle Pläne und Maßnahmen der deutschen Monopolbourgeoisie für den Übergang vom imperialistischen Krieg zum imperialistischen Frieden und zur Rettung ihrer Machtgrundlagen aus der faschistischen Niederlage (1943–1945), Phil. Diss., Berlin 1972, S. 237.
5 Vgl. Wolfgang Schumann, Die wirtschaftspolitische Überlebensstrategie des deutschen Imperialismus in der Endphase des zweiten Weltkrieges, in: ZfG 6/1979, S. 499.
6 Vgl. ders., Politische Aspekte der Nachkriegsplanungen des faschistischen deutschen Imperialismus in der Endphase des zweiten Weltkrieges, in: ZfG 5/1979, S. 406 f.
7 Zit. in: Daniil Melnikow, 20. Juli 1944. Legende und Wirklichkeit, Berlin 1966, S. 193.
8 Gerhard Ritter, Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung, Stuttgart 1955, S. 558.
9 Vgl. Kurt Finker, Stauffenberg und der 20. Juli 1944, Berlin 1973, S. 146 f.
10 Vgl. z. B. Ilse Krause, Die Schumann-Engert-Kresse-Gruppe. Dokumente und Materialien des illegalen antifaschistischen Kampfes (Leipzig – 1943 bis 1945), Berlin 1960, S. 132.
11 Heinz Kühnrich und Karlheinz Pech, Neue, bedeutsame Dokumente über die politisch-theoretische Tätigkeit der illegalen operativen Leitung der KPD in Deutschland 1944, in: BzG 1/1979, S. 37.
12 Vgl. Konzept für die „Neuordnung" der Welt, S. 120 ff.
13 ZStA, Film Nr. 13669.

14 Ebenda, Film Nr. 3385, „Führervorlage" vom 25. 1. 1944. Hervorhebung durch die Vf.
15 Ebenda, Film Nr. 14437, Brief Friedrichs an Bormann vom 29. 6. 1944 mit handschriftlichen Randbemerkungen Bormanns.
16 Vgl. Grundriß der deutschen Geschichte, S. 477.
17 Eine entsprechende Anordnung existierte bereits seit dem 19. 1. 1940. Vgl. ZStA, Film Nr. 13695.
18 Vgl. Arno Klönne, Hitlerjugend. Die Jugend und ihre Organisation im Dritten Reich, Hannover und Frankfurt/Main 1956, S. 24.
19 ZStA, Film Nr. 14438, Bericht „Ein Jahr NS-Führung in der Wehrmacht".
20 Ebenda, Film Nr. 13718.
21 Zit. in: Gerhard L. Weinberg, Adolf Hitler und der NS-Führungsoffizier (NSFO), in: VZG, 12. Jg. (1964), H. 4, S. 453.
22 Zit. in: Waldemar Besson, Zur Geschichte des Nationalsozialistischen Führungsoffiziers (NSFO), in: Ebenda, 9. Jg. (1961), H. 1, S. 110.
23 Ebenda, S. 79.
24 Bleyer u. a., S. 397 f.
25 Ebenda, S. 393.
26 ZStA, Film Nr. 13673.
27 Ebenda, Film Nr. 14437.
28 Ebenda, Film Nr. 13720.
29 Ebenda, Film Nr. 14588, Aktenvermerk betr. Bewaffnung der NSDAP vom 30. 8. 1944 über ein Gespräch zwischen Bormann und Himmler.
30 Ebenda, Film Nr. 13673.
31 Ebenda, Film Nr. 13719.
32 Ebenda, Film Nr. 14588. Übersicht der zur Verfügung stehenden hauptberuflichen Angehörigen der Partei, ihrer Gliederungen und angeschlossenen Verbände (Juli 1944).
33 Joseph Goebbels, Tagebücher 1945. Die letzten Aufzeichnungen. Einführung Rolf Hochhuth, Hamburg 1977, S. 514.
34 ZStA, Film Nr. 13719.
35 Ebenda, Film Nr. 13671.
36 Ebenda, Film Nr. 521.
37 Joseph Goebbels, Tagebücher, S. 507.
38 ZStA, Film Nr. 373.
39 Ebenda.
40 Ebenda, Film Nr. 521.
41 Ebenda, Film Nr. 373.
42 Ebenda, Film Nr. 13684.
43 Ebenda, Film Nr. 1831, unpag.
44 Albert Speer, Erinnerungen, Frankfurt/Main 1969, S. 462.
45 J. Piskol, S. 332.

46 Vgl. SS im Einsatz. Eine Dokumentation über die Verbrechen der SS, Berlin 1957, S. 614 f. und 418 ff.

47 Bleyer u. a., S. 431.

48 ZStA, Film Nr. 1831.

49 Zit. in: German Rosanow, Das Ende des Dritten Reiches, Berlin 1965, S. 221.

50 Zit. in: Karl Bittel, Vom Potsdamer Abkommen zur Viermächte-Konferenz, Berlin 1953, S. 71 f.

Personenregister

VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften
DDR – 1080 Berlin, Postfach 1216

Sachsenhausen.

Dokumente, Aussagen, Forschungsergebnisse und Erlebnisberichte über das ehemalige Konzentrationslager Sachsenhausen
Herausgegeben von der Zentralleitung des Komitees der Antifaschistischen Widerstandskämpfer der DDR.
Mit einem Vorwort von H. Sindermann
3., überarbeitete Auflage
162 Seiten, 52 Abbildungen,
1 Lagerskizze, 120 mm×190 mm,
Broschur, 2,75 Mark
Bestellangaben: 570 176 7/Sachsenhausen

Diese Dokumentation der Verbrechen des deutschen Faschismus, die aus Tausenden von Akten, Forschungs- und Erlebnisberichten ausgewählte Texte und zahlreiche Bilddokumente enthält, spiegelt die Unmenschlichkeit des faschistischen Regimes am Beispiel des KZ Sachsenhausen wider. Zugleich vermittelt sie einen anschaulichen Eindruck davon, wie auch die in diesem Konzentrationslager gefangengehaltenen Antifaschisten dem Antihumanismus der Faschisten ihre Solidarität, Opferbereitschaft und den unbeugsamen Willen zum Widerstand entgegensetzen. Über die Erfüllung des Vermächtnisses der antifaschistischen Widerstandskämpfer in der DDR berichtet ein Kapitel im Anschluß an die Dokumentation, dem mehrere Abbildungen von der Nationalen Mahn- und Gedenkstätte Sachsenhausen beigefügt sind. Neben der Neugestaltung einzelner Abschnitte wurden für die vorliegende Auflage die Chronologie ergänzt sowie die Auswahlbibliographie vor allem im Hinblick auf Publikationen über das KZ Sachsenhausen vervollständigt.

DVW
VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften
DDR – 1080 Berlin, Postfach 1216

Frauen-KZ Ravensbrück

Autorenkollektiv unter Leitung von G. Zörner
Herausgegeben vom Komitee der Antifaschistischen
Widerstandskämpfer der DDR
4. Auflage
200 Seiten, 50 Abbildungen,
1 Lagerskizze, 120 mm×190 mm,
Broschur, 2,60 Mark
Bestellangaben: 569 948 4/Zörner, Ravensbrück

In dieser Arbeit wird die Entstehung und die Geschichte des Frauen-KZ Ravensbrück nachgezeichnet. An Hand zahlreicher Erlebnisberichte, Dokumente und Abbildungen gewinnt der Leser ein eindrucksvolles Bild vom Kampf und Leid deutscher und ausländischer Antifaschistinnen, wie Olga Benario, Rosa Thälmann, Katja Niederkirchner, Jewgenia Klemm, Lolja Boika u. v. a. Die Darstellung beschließt eine Gegenüberstellung der Haltung der DDR und der BRD zur Frage der Verfolgung der Naziverbrechen.

BÖRGERMOOR
ESTERWEGEN
NEUENGAMME
RAVENSBRÜCK
BERGEN-BELSEN
SACHSENHAUS
DORA-NORDHAUSEN
BUCHENWALD
THERESIENSTAD
FLOSSENBÜRG
NATZWEILER
DACHAU
MAUTHAU

STUTTHOF

TREBLINKA

EN

CHEŁMNO

SOBIBÓR

MAJDANEK

GROSSROSEN

T

BEŁŻEC

AUSCHWITZ

SEN

▲ *Konzentrationslager 1933–1945*

STUTTHOF
NEUENGAMME
BORGERMOOR
ESTERWEGEN
RAVENSBRÜCK
BERGEN-BELSEN
SACHSENHAUSEN
TREBLINKA
CHEŁMNO
SOBIBÓR
DORA-NORDHAUSEN
BUCHENWALD
MAJDANEK
GROSSROSEN
THERESIENSTADT
BEŁŻEC
AUSCHWITZ
FLOSSENBÜRG
NATZWEILER
DACHAU
MAUTHAUSEN

Konzentrationslager 1933–1945